

Thomas Falkner (Hrsg.)

**DIETMAR WITTICH.
GESELLSCHAFT
BEGREIFEN**

SOZIOLOGIE, KLASSENTHEORIE,
PARTEIENFORSCHUNG 1989–2018

31

Dietmar Wittich. Gesellschaft begreifen
Soziologie, Klassentheorie, Parteienforschung 1989–2018

Thomas Falkner (Hrsg.)

**DIETMAR WITTICH.
GESELLSCHAFT BEGREIFEN**

SOZIOLOGIE, KLASSENTHEORIE,
PARTEIENFORSCHUNG 1989–2018

Rosa-Luxemburg-Stiftung

IMPRESSUM

MANUSKRIPTE – Neue Folge wird herausgegeben
von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
V.i.S.d.P.: Alrun Kaune-Nüßlein, Ulrike Hempel
Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 2194-864X · Redaktionsschluss: November 2021

Fotos: privat

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

INHALT

Thomas Falkner

Vorwort: Von der Befreiung des Denkens und seiner Nutzbarmachung 9

Ostdeutschland in den frühen 1990er Jahren: die Tiefe des Umbruchs 27
Analyse und politisch-programmatische Ableitungen

Ost-West-Wahlanalyse 1/1993: Ergebnisse einer repräsentativen gesamtdeutschen
Bevölkerungsbefragung in Zusammenarbeit mit EMNID Bielefeld 27

Momente des Umbruchs. Sozialstruktur und Lebensqualität in Ostdeutschland 37

Sozialstruktur von PDS-Mitgliedern 67

Wer kann etwas ändern? 71

Entdeckung der Informationsarbeiter und
Weiterführung der Klassentheorie 91

Informationsarbeiter. Eine Nicht-Klasse an sich 91

Klassenentwicklung und Klassenanalyse in kapitalistischen Metropolen 94

Neues aus der Klassengesellschaft 105

Klassenlage. Entwurf für ein HKWM-Stichwort 116

1998–2005: Rot-Grün und das Regieren gegen den Wertehorizont
der Bevölkerung 127

Konturen der Berliner Republik und moderne sozialistische Politik. 127

Gedanken zur Analyse der Bundestagswahlen vom 27. September 1998 127

«Panta rhei». Veränderungen im Umfeld sozialistischer Politik 132

Berichte aus der sozialen Hängematte. Sozialpolitische Themen
in der öffentlichen Meinung (Schlaglichter) 145

Wer benötigt sozialistische Politik und linke politische Bildung?	
Eine empirisch gestützte Suche nach Chancen	151
Allgemeine Verunsicherung. Neue Umfragen über politischen Alltag und Zukunftserwartungen und ihre Bedeutung für die Politik der Linken	159
Fremdenfeindlichkeit in Deutschland	
Eine empirisch-soziologische Annäherung	167
Wo, bitte schön, geht es zu Hartz IV?	
Die Gegenreformen in Deutschland im Spiegel der öffentlichen Meinung	175
Informationen zur Umfeldbeobachtung 3/2005	181
Informationen zur Umfeldbeobachtung 4/2005	186
Informationen zur Umfeldbeobachtung 5/2005	190
2002 – Absturz der PDS	195
Die Mitgliedschaft, der große Lümmel ...	195
Ist nach Cottbus wieder vor Münster?	207
Soziale Differenzierungen und politische Strukturen	
Analysen zur Ermittlung von Zielgruppen für sozialistische Politik und Bildung	209
Eine Zwischenepoche deutscher Politik ist gescheitert	217
Information zu aktuellen Meinungen	220
Öffentliche Meinungen zum Rücktritt und zum politischen Rückzug von Gregor Gysi	221
Information über Meinungen zu einer Beteiligung Deutschlands an einer eventuellen Militäraktion gegen den Irak mit UNO-Mandat	225
Analyse zu Veränderungen in der Wählerschaft der PDS	227
Wocheninformation zur öffentlichen Meinung 1/2002	230
Wie weiland Münchhausen. Kleine Siegeschance für Rot-Grün:	
In der trüben Aussicht liegt ein Rest von Hoffnung	235
Wocheninformation zur öffentlichen Meinung 2/2002	237
Wocheninformation zur öffentlichen Meinung 3–4/2002	241
Wocheninformation zur öffentlichen Meinung 5/2002	247
Vorinformation zur Wocheninformation zur öffentlichen Meinung 6/2002	249
Ein langer Abschied. Überlegungen	252
Schlüsselproblem: politische Kultur. Zum Wahlergebnis der PDS	255
Die Waffen nieder!	265
Wieder Krieg? Öffentliche Meinung in Deutschland gespalten	265
Interne Vorabzusammenfassung zur Studie «Öffentliche Meinung zum Krieg in Afghanistan»	270
Die «Operation Anaconda», die «Operation Enduring Freedom» und die ahnungslosen Deutschen. Öffentliche Meinung in Deutschland zum Krieg in Afghanistan nach wie vor gespalten	271

Angst und Skepsis. Öffentliche Meinung in Deutschland vor einem neuen Irak-Krieg	276
Hannibal ante portas. Der Krieg der USA und die Weltöffentlichkeit	282
Weltmeinung gegen die «neuen» Kriege	289

Im Gedenken **293**

Gegenmachtwissen – gegen Machtwissen (Pierre Bourdieu †)	293
Peter Heilmann	295
Die Leichtigkeit der systematischen Analyse (Michael Chrapa †)	298

Publizistik **301**

Oskar und Michel	301
Die Heilige Allianz	303
Münchhausen-TV	305
Bei Käthe Reichel in Buckow	306
Schließtag fürs Paradies	308
Jugend ist anders	310
Wegelagerer	312
Der Kanzler und das Wort	313
Stadt der Reichen und der Slums	315
Nebbich!	317
Endzeit Frühlingsanfang	318
Ende der Nachkriegszeit?	320
Was für ein Krieg wird das sein?	322
Stimmungskanonen	325
Die großen Unbekannten	327

In welcher Gesellschaft leben wir?

In welcher Gesellschaft wollen wir leben? **329**

Gesellschaftliche Erneuerung, Sozialismus und sozialistische Programmatik

In welcher Gesellschaft leben wir?	329
«Das (wenig) kommunikative Handeln des Geistes der Zeit»	341
Sein als Werden. Zur Programmdiskussion der PDS	351
«Lasst uns über Sozialismus reden.» Wenn der Kapitalismus nicht das letzte Wort der Geschichte ist, was kommt danach?	356

Literatur **360**



«Es gibt keinen Automatismus, in dem sich Subjekte für gesellschaftliche Veränderungen formieren. Das Werk des Fortschritts vollzieht sich subtiler.»

Dietmar Wittich 1994

Thomas Falkner

VORWORT: VON DER BEFREIUNG DES DENKENS UND SEINER NUTZBARMACHUNG

Dietmar Wittich (1943–2018) war ein Soziologe, auf dessen Wirken man achtete, der stets politisch interessant, politisch relevant war. Eines war er dabei nie: angepasst. Das galt schon zu DDR-Zeiten. Mit Anfang 30 war er bereits eine namhafte Figur an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee (ZK) der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Noch in der DDR publizierte er zwei Bücher: «Über soziale Erfahrung» (1983) und «Konservative Gesellschaftsstrategie – soziologisch begründet» (1985). Er war theoretisch wie empirisch gleichermaßen versiert, er war sogar – für einen Intellektuellen eher außergewöhnlich – organisatorisch begabt. Er galt als der beste Max-Weber-Kenner in der DDR, er war eine tragende Säule der DDR-Soziologenkongresse, bereitete sie vor und gab im Nachhinein die Dokumente und Ergebnisse heraus.

Was Wittich konnte und wusste, lief im April 1989 in Erfurt geradezu ideal zusammen: «Max Weber – Dialog und Auseinandersetzung», so hieß eine wissenschaftliche Konferenz, die das Nationalkomitee für Soziologische Forschung der DDR gemeinsam mit der Medizinischen Akademie anlässlich von Webers 125. Geburtstag durchführte. Wittich hielt das Einführungsreferat – und sofort wurden sowohl die politische Brisanz des Themas als auch das Ausmaß der gedanklichen Freiheit deutlich, das Wittich der DDR-Soziologie und -Gesellschaftswissenschaft mit dem Durchbruch zur Weber-Rezeption erschloss – eine Minute vor zwölf einerseits, auf den Punkt genau andererseits. In der gesellschaftlichen Entwicklung, so stellte Wittich fest,

«spielen heute die Probleme der sozialen Bewältigung der wissenschaftlich-technischen Revolution eine entscheidende Rolle. [...] Damit verbunden sind neue Tendenzen der Differenzierung und der Formierung sozialer Subjekte, Fragen der Interessendifferenzierung, der Konsens- und Kompromissbildung und der sozialen Kontrolle. Das sind zu-

gleich Probleme, denen sich gesellschaftstheoretisches Denken in beiden Systemen zuwenden muss.» (Wittich 1990: 73)

Das waren nicht nur ungewöhnliche Töne in einer Geisteswelt, die weithin von der Orthodoxie des Marxismus-Leninismus geprägt war – beschrieben wurde vor allem eine existenzielle Herausforderung für ein System und eine Gesellschaft, die auf solche Wandlungsprozesse überhaupt nicht eingestellt waren.

Und warum nun Weber?

«Die Sicht auf die in der Vielfalt und Widersprüchlichkeit von Werten und sozialen Erscheinungen liegenden Möglichkeiten zur Entzauberung, Säkularisierung und technischen Rationalität, damit für die Reform- und Anpassungsfähigkeit des Kapitalismus, bildete einen wesentlichen Aspekt seines theoretischen Werkes.» (Ebd.)

Die Erfurter Konferenz war zweifellos ein – auch internationaler – Höhepunkt der Weber-Rezeption in den realsozialistischen Ländern, die ihrerseits einen differenzierten Vorlauf in den 1980er Jahren gehabt hatte. Weber wurde dabei «zum Medium wissenschaftlicher Selbstverständigung und Identitätsfindung, wo sich neben der Erosion und dem Verfall der offiziellen marxistisch-leninistischen Ideologie zugleich Skepsis und zunehmende Ablehnung gegenüber dem Anspruch auf philosophische Totalerkenntnis einstellte» (Ettrich 1995: 381). Und Edith Hanke resümierte in ihrem Essay über die weltweite Bedeutung Webers, er habe

«1) den systemkritischen Intellektuellen zur individuellen und semi-öffentlichen Selbstverständigung – dies geschieht zumeist über die methodologischen Schriften, insbesondere über Webers Postulat der Werturteilsfreiheit – [gedient]. 2) Weber gibt den im System befindlichen Wissenschaftlern die Möglichkeit, den Anschluss an internationale Diskussionen und universale Wissenschaftsstandards aufzubauen, und 3) gibt er den Partei- und Kaderintellektuellen einen externen Impuls, über Chancen und Grenzen der Reformierbarkeit des Systems nachzudenken.» (Hanke 2012: 302)

Dann kamen die friedliche Revolution von 1989, die deutsche Einheit 1990 und die ostdeutsche Umbruchkrise der 1990er Jahre. Wittich war stets dabei: als theoretischer Kopf im Sinne einer teilnehmenden Sozialforschung, aber immer wieder auch als politischer Akteur, als Impulsgeber für fachliche Debatten und für seine Partei, die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), später DIE LINKE. Er war Aktivist der politischen Bildung, Journalist, Publizist – als der er sich gern sah und als der er sich stark engagierte. Wissenschaft allein im Studierzimmer und am Computer – das war nicht seine Sache. Seine Wissenschaft suchte die Öffentlichkeit – im besten Sinne, ohne sich der Kurzatmigkeit und Effekthascherei der Medienwelt und der aufkommenden Social Networks zu unterwerfen.

Nach der deutschen Einheit wurde die Akademie für Gesellschaftswissenschaften – wie so vieles in Ostdeutschland – abgewickelt. Gemeinsam mit seinen engsten Mitstreiterinnen und Mitstreitern stieg Dietmar Wittich in die neue Welt von Wissenschaft und Forschung und in die Marktwirtschaft ein; gemeinsam gründeten sie das Institut für Sozialdatenanalyse (ISDA).

Mit drei großen Projekten wartete ISDA Anfang der 1990er Jahre auf: der «Ost-West-Wahlanalyse 1/1993. Ergebnisse einer repräsentativen gesamtdeutschen Bevölkerungsbefragung in Zusammenarbeit mit EMNID Bielefeld», der Untersuchung zur «Sozialstruktur von PDS-Mitgliedern» sowie dem Projekt «Sozialstruktur und Lebensqualität» in Ostdeutschland. Mit diesen Themen wurden Forschungsrichtungen eingeschlagen, die Dietmar Wittichs weiteres wissenschaftliches (und auch politisches) Leben bestimmen sollten: die sozialstrukturellen Umbrüche im Osten wie in Deutschland insgesamt, die Veränderung und Neuformierung von Klassenlagen, der Blick auf gesellschaftskritische Potenziale, die Auswirkungen der zunehmenden Militarisierung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik auf die Gesellschaft, die soziologisch grundierte Parteien- und Wahlforschung – und nicht zuletzt die Stellung der Frauen in der Gesellschaft.

Die Ost-West-Wahlanalyse von 1993 offenbarte zunächst dramatische Veränderungen in beiden Teilgesellschaften, vor allem aber im Osten nach den ersten drei Jahren der deutschen Einheit. Die CDU hatte in Ostdeutschland zum Zeitpunkt der Befragung nahezu zwei Drittel ihrer Wählerschaft von 1990 verloren; die SPD sah sich in einer Position «konkurrenzloser Dominanz». «Die PDS konnte nicht von dem Imageverlust der Regierungsparteien profitieren», resümierte die Studie (Wittich u. a. 1993, hier S. 28).¹ Einerseits waren die Wählerschaften aller Parteien im Osten bei zentralen Fragen der damaligen Politik deutlich gespalten, andererseits gab es – vor allem bezüglich aktueller Aspekte der Vereinigungspolitik – große Übereinstimmung:

«Quer durch die Anhängerschaft aller Parteien verläuft die Trennlinie zwischen (mehr oder weniger entschiedenen) Befürwortern und Gegnern, zum Beispiel in Bezug auf die Positionen zum UNO-Blauhelmeinsatz sowie UNO-Kampfeinsatz, hinsichtlich der Beschleunigung des Berlin-Umzugs der Regierung und in Bezug auf die Olympiade in Berlin. [...] Hinsichtlich der Forderung nach einer Neuorientierung der Treuhandpolitik mit dem Schwerpunkt der Sanierung der Treuhandbetriebe sowie in der Forderung nach einer stärkeren Besteuerung der Besserverdienenden herrschen kaum größere Meinungsunterschiede in der ostdeutschen Bevölkerung.» (Ebd., hier S. 34)

Ein Jahr später, 1994, publizierte ISDA einen ausführlichen Forschungsbericht zum Projekt «Sozialstruktur und Lebensqualität» in Ostdeutschland. Der Einleitungstext,

1 Im Vorwort beziehen sich die in dieser Form angegebenen Seitenzahlen der Wittich-Publikationen auf die Textauszüge in diesem Band.

im Namen der Autoren von Dietmar Wittich verfasst, macht einen kraftvollen Aufbruch von DDR-Soziologie aus der Nische der Zeit vor 1989 deutlich – inspiriert von der Größe der gesellschaftlichen wie der wissenschaftlichen Herausforderung, in größter gedanklicher Präzision und politischer wie theoretischer Klarheit.

«Noch nie zuvor in der Geschichte stand die sozialwissenschaftliche Forschung vor einer derartigen Herausforderung, noch nie hatte sie aber auch die Chance, in teilnehmender Beobachtung gesellschaftliche Veränderungen eines solchen Ausmaßes, einer solchen Intensität und Geschwindigkeit [...] zum Gegenstand empirischer und theoretischer Untersuchungen zu machen.» (Wittich 1994b, hier S. 38)

Wittich begründete die Notwendigkeit eines «Perspektivwechsel[s] des sozialwissenschaftlichen Forschungsansatzes» und betont: «Das Problem der Richtungsbestimmung von sozialem Wandel steht völlig neu.» Der analytische Zugang müsse «permanent mit kritischer Auseinandersetzung mit bestehenden Konzeptionen und Forschungsstilen verbunden sein». Man könne nicht mehr nur von «einem eher stationären Zustand von Gesellschaft» ausgehen, Begriffe wie Transformation oder Adaption legte er als unterdimensioniert zur Seite und setzte an ihre Stelle die «Umbruchsthese»: «Es entsteht eben eine völlig andere Sozialstruktur.» (Ebd., hier S. 39) Was das bedeutet, wird dann ausführlich begründet und untersucht.

Offenheit des theoretischen Denkens ist angesichts dieser Dimension der Herausforderung, aber genauso angesichts persönlicher Erfahrung zentral: Auch die eigene Rolle vor 1989 bedenkend, schrieb Wittich,

«dass der grundlegende Fehler des realen Sozialismus möglicherweise in dem Versuch bestand, eine Gesellschaft quasi vom Reißbrett, von einer Theorie her zu gestalten. Und dass der Unterschied jener, die einen besseren Sozialismus wollten, zu den Herrschenden sich darauf reduzierte, ein anderes Reißbrett zu wünschen.» Aber: «Nicht Voreingenommenheit – welcher Art auch immer – ist geboten, sondern umfassende Analyse der realen Veränderungen.» (Ebd., hier S. 38)

Dietmar Wittich blieb diesem selbst gesetzten Maßstab immer treu – und stieß damit immer wieder in wissenschaftliches, aber auch politisches Neuland vor.

Durch sein gesamtes Schaffen – insbesondere der letzten drei Jahrzehnte – zieht sich die Auseinandersetzung mit der Klassenstruktur der Gesellschaft und ihrer Entwicklung. Und gerade das war ohne den Vorstoß in wissenschaftliches Neuland nicht zu schaffen. Anfang der 1990er Jahre stellte Dietmar Wittich fest:

«Zurückliegende Sozialstrukturforschungen haben keine hinreichenden Vorstellungen über die Sozialstruktur der DDR liefern können. Das lag vor allem daran, dass – aus politischen bzw. ideologischen Gründen – die Frage nach der Verschiedenartigkeit im

gesellschaftlichen Reproduktionsprozess verwertbarer und damit strukturbildender Ressourcen weitgehend ausgeblendet blieb. Teils waren die Themen zu ‚heiß‘; das trifft zu für Ressourcen wie politische Macht, Verwaltungskompetenz, kulturelle Potenziale u. a., teils schienen sie bedeutungslos wie zum Beispiel Eigentum an Boden und Gebäuden.» (Ebd., hier S. 43)

Das war die eine Seite. Die andere: «In den heute bekannten Sozialstrukturtheorien gibt es keine Modelle für plausible Erklärungen zu den aktuellen Umbrüchen in der Sozialstruktur.» (Ebd.)

Wittich fand zu einem eigenen Ansatz: Für ihn erwiesen sich im Ergebnis der «Momente des Umbruchs» die

«Sozialstruktur und ihre Reproduktion als ein Geflecht sozialer Gruppenbildungen, die zum einen das relativ Stabile am gesellschaftlichen Beziehungsgeflecht ausmachen, zum anderen mit gruppeninternen Ähnlichkeiten sowie mit Differenzierungen zwischen den Gruppen verbunden sind. Diese Differenzierungen erweisen sich im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess dann und insoweit als sozialstrukturell relevant, als sie soziale Unterschiede ausdrücken.» (Ebd., hier S. 45)

Und er sah mindestens drei Gruppen relevanter sozialer Merkmale:

a) Unterschiedliche sozial erworbene *Ressourcen für spezifische Reproduktionsleistungen*, für verschiedene Tätigkeiten, die für die Existenz und Reproduktion der Gesellschaft erforderlich sind und mit denen sich Individuen (bzw. Gruppen) in die gesellschaftlichen Zusammenhänge einbringen: also zum Beispiel Herstellen, Reparieren, Transportieren, Verwalten, Leiten. In dieser Verfügung über Ressourcen liegt das subjektive Moment der Strukturierungsprozesse.

b) *Unterschiede in den Ressourcen* sowie in ihrer gesellschaftlichen Wertigkeit (einschließlich der Umbewertung), mit denen sich Menschen in die gesellschaftlichen Reproduktionsprozesse einbringen bzw. nicht einbringen können: Eigentum, besonders hohe oder spezielle Qualifikation, Verwaltungskompetenz, politische Macht, die ihrerseits Lebenschancen eröffnen (oder verschließen) und damit gruppenbildend wirken.

c) Gesellschaftlich definierte Mechanismen (Regelungen, Normen etc.) der *Zuweisung von Lebenschancen*, die über die Bewertung bzw. Umbewertung von Ressourcen entscheiden.» (Ebd.)

Ein anderer Forschungsschwerpunkt von Dietmar Wittich, die Entwicklung der PDS, brachte Anfang der 1990er Jahre einmalige Einblicke in die Sozialstrukturen der späten DDR. So konnte Wittich nicht nur die Herausbildung der PDS aus der Mitgliedschaft der SED nachvollziehen, sondern auch erstmals sozialstrukturelle Grundzüge der späten SED aufhellen. Für zwei Wochen im Herbst 1989, zwischen Ablösung des

Politbüros und Löschung des Datenspeichers der Mitgliederbewegung des Zentralkomitees der SED, waren diese Daten zugänglich – und Wittich nutzte sie. Das Ergebnis war zunächst die Entzauberung des Mythos von der SED als «Arbeiterpartei». Die offiziellen Statistiken nannten einen Arbeiteranteil von knapp 43 Prozent – darin verbargen sich allerdings auch jene Funktionäre, Militärs und andere, die aus ideologischen Gründen als «lebenslange Arbeiter» honoris causa eingestuft worden waren. Wittichs Untersuchung zeigt, dass die Angehörigen der Trägergruppen des staatssozialistischen Systems fast ein Drittel der SED-Mitgliedschaft ausmachten – egal, ob sie statistisch als «Arbeiter», «Angestellte» oder «Akademiker» erfasst worden waren. Über das Statistische hinaus ist aber Wittichs soziologischer Befund relevant:

«Als ‹Struktur in der Struktur› transportierten und reproduzierten sie permanent das Hierarchische als Strukturprinzip in der SED insgesamt und damit zugleich in der (politischen) Gesellschaft. Gesellschaftlich relevante Innovationen waren dementsprechend nur im Rahmen von Weisungen und Berichten möglich. Damit war strukturelle und funktionelle Starrheit das Funktionsprinzip der ganzen Partei und nicht nur der Führungen.» (Wittich 1994a, hier S. 69)

Im schnellen Wandel des Jahres 1990 lösten sich diese Gruppen weitgehend auf, verloren ihre existenzielle Basis, verließen aus vielerlei Gründen die Partei, die sich aus der SED heraus auf den Weg in die Demokratie machte: die PDS. Sie verlor damit, so Dietmar Wittich, «die personellen Träger des früher in ihr dominierenden Organisationsprinzips, sie verliert ihre autoritär-hierarchischen Strukturen (nicht unbedingt überall entsprechende Ideen bzw. Erwartungen)». (ebd., hier S. 70)

Die Befunde zur SED sollte man im Hinterkopf behalten, wenn man bedenkt, wie Wittich in «Momente des Umbruchs» auch mit dem Mythos vom Arbeiter- und Bauernstaat DDR soziologisch aufräumte: Nur 20 Prozent der Beschäftigten waren im engeren Sinne in der Produktion tätig – ebenfalls 20 Prozent waren mit Verwalten und Leiten, weitere 20 Prozent mit Wissenschaft, Bildung und Kultur und noch einmal 19 Prozent mit Handel und weiteren Dienstleistungen befasst. Eine Dienstleistungsgesellschaft lassen diese Strukturen freilich auch nicht erkennen.

«Das hervorstechende Charakteristikum war der Verwaltungs- und Leitungsapparat (neben dem aufgeblähten ‹Schutz- und Sicherheitsapparat›). In diesen Strukturen schlägt sich die mangelnde strukturelle Effizienz der DDR-Gesellschaft nieder.» (Wittich 1994b, hier S. 60)

Mitte der 1990er Jahre gehörte Dietmar Wittich zum Autorenteam des Kommentars «Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus». Vor ihm steht die schlichte Frage: «Wer kann etwas ändern?» Der orthodoxe Glaube an die Arbeiterklasse als «historisches Subjekt», ausgestattet mit einer «historischen Mission», war obsolet

geworden, wenn auch in vielen Köpfen noch präsent. Und die Klassentheorie – war sie auch obsolet geworden? Nein, sagte Wittich. Aber so, wie sie in weiten Bereichen der Linken bis in die Gegenwart überliefert wurde, sei sie es schon.

«Es geht um etwas anderes», gab er seinen Lesern zu bedenken, «etwas im Vorfeld von Ideologie und Politik – um die Neu- und Wiederaneignung veränderter gesellschaftlicher Realität und dabei auch der veränderten und sich verändernden sozialen Strukturen. [...] Die komplizierte soziale Struktur moderner Gesellschaften ist nicht auf das Raster von Klassenstrukturierung zu reduzieren, sie hat viele Strukturebenen: Geschlechter, Generationen, Besitz, Bildung und Qualifikation, Prestige, soziokulturelle Milieus, Soziallagen u. a., aber aktuelle Ausdifferenzierungen sozialer Ungleichheit sind nicht ohne die Dimension von Klassenlagen zu erklären. Die Klassenstruktur bildet eine Dimension der sozialen Differenzierungen, sie ist Resultat und Ausdruck der sozialökonomischen Struktur der Gesellschaft, d.h. der ungleichen Verteilung der Verfügungsgewalt über Ressourcen, die im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess verwertbar sind (in kapitalistischen Gesellschaften Kapital und andere kapitalförmig verwertbare Ressourcen).» (Wittich 1997, hier S. 76)

In diesem vielfältigen Gefüge gilt:

«Es gibt keinen Automatismus, in dem sich Subjekte für gesellschaftliche Veränderungen formieren. Das Werk des Fortschritts vollzieht sich subtiler.» (Ebd., hier S. 88)

Und zwar so:

«Zwar existiert kein direkter, unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Sozialstruktur und gesellschaftlichen Bewegungen. Nimmt man das nicht als zeitweiligen historischen Sonderfall, den es zu überwinden oder auszusitzen gilt, dann stellt sich die Frage nach den Vermittlungen zwischen Strukturen und der Formierung von Subjekten. Wir sehen gegenwärtig die folgenden Vermittlungen: soziale Konflikte, die öffentliche Meinung, das Gefüge der politischen und anderen gesellschaftlichen Institutionen sowie in der Struktur selbst die Existenz sozialer Gruppen in strategischen Positionen für Gegenwehr. Diese Vermittlungen stehen nicht beziehungslos nebeneinander, sondern zwischen ihnen gibt es Wechselwirkungen (wechselseitige Verstärkungen oder Blockaden). [...] Die vielfältigen sozialen Konflikte werden dieses Werk nicht allein tun. Das Projekt eines modernen Sozialismus setzt darauf, darin neue Möglichkeiten für umfassendere Solidarisierungen sichtbar werden zu lassen, sodass über die Differenzierungen in den sozialen Lagen hinweg Betroffenheiten wechselseitig wahrgenommen und Gemeinsamkeiten in den Interessen stärker in den Vordergrund treten. [...] (Ebd., hier S. 87)

«Sozialistische Politik heißt heute: Arbeit an diesen ›Vermittlungen›», rundet Wittich diese Gedanken ab. «Klassen handeln – vermutlich – als solche nicht.» (Ebd., hier S. 88)

Schon im Programm-Kommentar von 1997 hatte Wittich festgestellt:

«Innerhalb der Lohnabhängigen lässt sich auf dem gegenwärtigen Produktivkraftniveau eine [...] Gruppe mit herausgehobenem und strategisch verwertbarem Produzentenwissen am ehesten bei den Informatikern und Technologen ausmachen.» (Ebd.)

Diesen Gedanken führte er in den Jahren danach zu einer der bemerkenswertesten Entdeckungen der modernen Soziologie – den «Informationsarbeitern» und ihrer Situation als Klassenlage.

«Die wissenschaftlich-technische Revolution hat einen neuen Typ von Arbeit in die Welt gesetzt, die Arbeit zur Produktion und Programmierung der Informations- und Kommunikationstechnologien, zu ihrem Betrieb und zu ihrer produktiven Nutzung. Dieser Typ Arbeit ist in allen Bereichen gesellschaftlicher Reproduktion auf dem Siegeszug. Diese Prozesse haben wiederum zur Formierung neuer sozialer Gruppen geführt, die in die aktuelle Klassenanalyse einzubeziehen sind.» (Wittich 2001a, hier S. 104)

Ende der 1990er Jahre war die in diesen Prozessen entstandene Gruppe der «Informationsarbeiter» bereits präsent, arbeitete Dietmar Wittich heraus. Und zugleich machte er eine ausgeprägte soziale Zerklüftung dieser Gruppe als Schwierigkeit, aber auch als Herausforderung aus:

«Diese Zerklüftung macht sie zur Nicht-Klasse, die sich als Gruppe bisher nicht an der Austragung der Konflikte in der Gesellschaft beteiligt, deshalb «Nicht-Klasse an sich». [...] Sozialistische Politik ist (oder sollte sein) Politik für alternative Zukunftsgestaltung (sozial gerecht, solidarisch, emanzipatorisch-selbstbestimmt, anti-patriarchalisch, nachhaltig – Reihenfolge ist keine Rangfolge). Das setzt doch voraus, sich mit denen zu verbünden, die – wie die Informationsarbeiter – mit ihrem Tun Zukunft ganz praktisch (und gegenwärtig eben ausgebeutet, abhängig und entfremdet) effektiv gestalten. Ein solches Bündnis könnte dazu beitragen, dass sich die Nicht-Klasse zur Klasse formieren kann.» (Wittich 1999, hier S. 93)

Leider brachten weder PDS und DIE LINKE noch die Linke insgesamt dieser wegweisenden Erkenntnis entsprechende politische Aufmerksamkeit entgegen. Damit wurden nicht nur programmatisch, strategisch und wahlstrategisch große Chancen verspielt – in der Ignoranz gegenüber den ökonomischen, sozialen und kulturellen Wandlungen, die mit der technologischen Revolution verbunden sind, wurzeln einerseits die destruktiven Debatten um «Identitätspolitik» und andererseits die unterdimensionierten Beiträge zu einer neuen linken «Klassenpolitik». Beide sind Ausdruck einer theoretischen Ahnungs- und politischen Ratlosigkeit großer Teile der heutigen Linken, die nicht notwendig gewesen wären und die es eiligst zu überwinden gilt.

Sicher, Politik verlangt Zuspitzung – genauer: Konzentration auf die zentralen Aspekte der bestimmenden gesellschaftlichen Fragen. Und auch Dietmar Wittich machte die Erfahrung, dass, wer geistig Neuland betritt, schnell darauf reduziert wird und darauf achten muss, dass dem Publikum nicht das Koordinatensystem insgesamt aus dem Blick gerät.

«[...] man darf es mit der Kompliziertheit auch nicht übertreiben und sich vor lauter Differenzierungen den Blick auf die großen Entwicklungslinien verstellen. [...] Es ist nämlich durchaus keine große Sache, den Begriff «Klasse» und die entsprechenden anderen Termini zu gebrauchen. Das bedeutet nichts anderes, als die in der Gesellschaft zu konstatierenden sozialen Ungleichheiten im Zusammenhang mit und als Ausdruck von sozialökonomischen Verhältnissen zu betrachten und zu untersuchen, d. h. den Unterschieden in der Verfügung über in gesellschaftlichen Reproduktionsprozessen verwertbaren Ressourcen.» (Wittich 2003, hier S. 105)

Das muss man dann aber auch tun. Hier geht es um Dialektik, nicht um Flucht in Belanglosigkeiten oder um das Abheben in rein ideologische Schlachten.

Von 1996 bis 1999 arbeitete Dietmar Wittich gemeinsam mit Michael Chrapa, dem Direktor des FOKUS-Instituts in Halle (Forschungsgemeinschaft für Konflikt- und Sozialstudien e.V. Halle/Saale), im Auftrag der PDS an dem Projekt «Gesellschaftskritische Potenziale». Der Partei ging es zunächst um eine erfolgreiche Aufstellung zu den Bundestagswahlen 1998 und für die Landtagswahlen in deren zeitlichem Umfeld. In der Tat brachte die Wahl von 1998 eine Zäsur für die Bundesrepublik und auch für die Partei: Nach 16 Jahren endete die Ära Kohl, die Union ging in die Opposition, die erste rot-grüne Bundesregierung trat ihre Arbeit an – und die PDS zog erstmals in Fraktionsstärke in den Bundestag ein. In Mecklenburg-Vorpommern fand die erste rot-rote Koalition auf Landesebene zusammen.

Der Erkenntnisgehalt der Arbeiten von Wittich und Chrapa war durch einen wahltaktischen Blick allerdings bei Weitem nicht ausgeschöpft – und er erweist sich auch aus heutiger Sicht unter zeitgeschichtlichen wie grundsätzlichen Aspekten als bedeutsam. Mit feinem Blick und scharfem Verstand untersuchte Dietmar Wittich, oftmals mit Michael Chrapa gemeinsam, die rot-grünen Regierungsjahre und damit die Wirkungsbedingungen und die – längerfristig wirksamen – Folgen eines Regierungsprojekts gegen die Wertorientierung einer Mehrheit der Bevölkerung.

Eingebettet in diese Entwicklungsphase war auch die schwere Wahlniederlage der PDS und ihr Scheitern an der Fünfprozenthürde im Jahr 2002; nur Petra Pau und Gesine Löttsch hatten in Berlin ihre Wahlkreise gewonnen und repräsentierten von nun an allein die Partei im Parlament. Wittichs grundlegende Untersuchungen in diesem Zeitraum, verbunden mit seinen fast wöchentlichen soziologischen Befunden für den Bereich Strategie und Grundsatzfragen beim Parteivorstand, zeichneten die Anatomie der Wahlniederlage in einer Phase politischer Entwicklung aufschluss-

reich nach, in der eigentlich der Einfluss einer linkssozialistischen Partei wie der PDS sprunghaft hätte steigen sollen. Doch die PDS und ihre neue Führung reagierten teils gelähmt, teils rückwärtsgewandt, auf jeden Fall ohne die nötige strategische und taktische Flexibilität auf die sich verändernde Lage. Dafür spricht auch, dass Teile der Forschungsergebnisse von Wittich nicht veröffentlicht, auch nicht der eigenen Partei zugänglich gemacht werden durften – insbesondere, was die Zerrissenheit einer Mehrheit der Wählerschaft zwischen ihrer Neigung zur PDS und ihrem Wunsch, Gerhard Schröder weiter im Kanzleramt zu sehen (und nicht Edmund Stoiber) betraf. Die Materialien werden in diesem Sammelband erstmals der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Schon nach den Wahlen 1998 hatte Dietmar Wittich resümiert:

«Die deutsche Gesellschaft an der Schwelle zum 21. Jahrhundert ist nicht mehr die alte Bundesrepublik von vor 1998. Alle Konzepte, als handle es sich nur um eine Vergrößerung des im Westen Gewohnten, sind gescheitert. Wir haben nicht mehr die Bonner Republik, wir haben die Berliner Republik. Die viel beschworene Intelligenz der Wählerinnen und Wähler besteht darin, dass sie mehrheitlich dem Rechnung getragen haben. Sie haben das Tor ein Stück weit geöffnet, diese neue, andere deutsche Gesellschaft politisch auszugestalten. Die Arbeit selbst ist erst noch zu tun und die Perspektiven der PDS als moderner linkssozialistischer Partei werden sich daran bemessen, wie sie an dieser Arbeit der politischen Gestaltung aktiv teilnimmt. [...] Worum es [...] geht, ist zumindest der Einstieg in einen Umstieg in einen anderen Typ von Modernisierung. Internationale Erfahrungen zeigen, dass linkssozialistische Parteien dabei mit eigenen Beiträgen politikgestalterisch mitwirken müssen oder sie haben kein oder wenig politisches Gewicht. [...] Das setzt voraus, die bestehende kommunikative Lähmung in der PDS und ihrem Umfeld zu überwinden.» (Wittich 2001b, hier S. 129)

Die PDS aber war in die Berliner Republik nicht viel anders gegangen, als sie die Bonner verlassen hatte. In einer groß angelegten Mitgliederstudie stellten Dietmar Wittich und Michael Chrapa damals fest:

«Das Verhältnis der PDS zur Macht ist, wie die Diskussionen in den letzten Jahren gezeigt haben, ein besonders sensibles und zeitweise hoch ideologisiertes Thema in der Partei. [...] Schon bei der allgemeinsten Fragestellung gehen die Meinungen in der PDS deutlich auseinander. Im Osten hält ein Drittel der Mitgliedschaft eine Beteiligung der PDS an Koalitionen mit anderen Parteien für richtig, reichlich die Hälfte ist der Meinung, das solle von Fall zu Fall entschieden werden, und nur eine Minderheit spricht sich klar dagegen aus. Im Westen hält nur knapp ein Viertel Koalitionsbeteiligungen für richtig, gleichfalls reichlich die Hälfte möchte es von Fall zu Fall entschieden haben, aber immerhin 14 Prozent sprechen sich deutlich gegen Koalitionsbeteiligungen der PDS aus. [...]

Bei den Bestimmungen zum politischen Gestaltungsanspruch [offene Fragestellung; Anm. d. Hrsg.] stehen in Ost und West allgemeine Formulierungen zur Mitgestaltung im Vordergrund. In der Häufigkeit der Nennungen folgt dann die Erarbeitung von Alternativvorschlägen. Im Osten werden weiterhin relativ häufig die parlamentarische Arbeit in den Kommunen und das Eintreten für soziale Gerechtigkeit genannt. Im Westen wird die Verbindung von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit bemerkenswert häufig genannt.» (Wittich/Chrapa 2001, hier S. 197)

Der damaligen Parteispitze war sehr wohl klar: Damit gab es keine befriedigende politische Antwort auf die Gretchenfrage, wie es denn die PDS mit Schröder halten wolle. Sie entschied sich dafür, der Neigung an der eigenen Basis zu folgen, die den Herausforderungen des politischen Lebens distanziert gegenüberstand und sich zugleich eher bekenntnisthaft als politisch entscheidungsorientiert erwies. Damit jedoch geriet die PDS in Konflikt mit der eigenen Wählerschaft, aber auch mit der gesellschaftlichen Realität.

Im Februar 2001 beleuchtete Dietmar Wittich in einer empirischen Analyse zur Ermittlung von Zielgruppen für sozialistische Politik auch die Frage: «Welche Partei oder Parteienkonstellation sollte Ihrer Meinung nach bei den Bundestagswahlen 2002 die Regierung übernehmen?»:

«Wiederum gibt es erhebliche Unterschiede zwischen West und Ost. Im Westen ist die am häufigsten gewünschte Koalition die der gegenwärtigen Regierungsparteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Im Osten stößt diese Koalition für 2002 mit 4,5 Prozent nur auf wenig Gegenliebe. [...] Die im Osten am meisten gewünschte Koalition wäre die von SPD und PDS, dafür votieren knapp 23 Prozent, im Westen erwärmen sich dafür allerdings nur drei Prozent. An zweiter Stelle im Osten rangiert die Große Koalition von CDU und SPD mit knapp 17 Prozent. [...]

Wesentlich an diesem Ergebnis ist, dass im Osten eine Koalition von SPD und PDS die meiste Akzeptanz finden würde [...] An den Resultaten fällt [...] auf, dass die PDS häufiger als möglicher Partner in Koalitionen genannt wird, als sie gewählt wird. Das gilt – in unterschiedlichen Größenordnungen – in West und Ost. [Das führte Dietmar Wittich zu; Anm. d. Hrsg.] der Überlegung, dass das Nennen der PDS als eine mögliche (Mit-) Regierungspartei so gewertet werden kann, dass sie im politischen Raum als ganz normaler Faktor wahrgenommen wird.» (Wittich 2001c, hier S. 215f.)

Gut zwei Wochen vor der Bundestagswahl 2002 befürworteten 71 Prozent der PDS-Wählerschaft die Bildung einer rot-rot-grünen Koalition. Doch erst mit der Bildung der neuen Linkspartei ab 2005 wurden Schritte hin zu einer prinzipiellen Regierungsbereitschaft gegangen – dieser Konflikt quält und gefährdet die Partei bis heute.

Wieder einmal mit beachtlicher Weitsicht beschrieb Dietmar Wittich bereits kurz nach den Wahlen von 1998 die Konturen der Berliner Republik, die nun im Entste-

hen begriffen war. Die zunehmende soziale und politische Polarisierung hielt er von Anfang für herausragende Wesenszüge. Mit ernststen politischen Folgen:

«Die Ergebnisse, die rechte Parteien bei diesen Wahlen erreicht haben, verweisen auf ein – mögliches – weiteres Moment in den Konturen der Berliner Republik. Die politischen Polarisierungen in ihr werden schärfer. Noch sind die Rechten auf Bundesebene kein parlamentarischer Akteur, aber die Tendenz ist ebenso unübersehbar wie erschreckend.» (Wittich 2001b, hier S. 130)

Zu den Folgen der Polarisierung gehörte aber nach Wittichs Analyse auch die zunehmende Fremdenfeindlichkeit:

«Es ist also reichlich ein Drittel der Deutschen, die distanzierte bis feindselige Gefühle gegenüber Ausländern hegen. Das ist eine erhebliche Größenordnung, die zum einen eine normale Sozialisation behindert und damit Integration erschwert und zum anderen auf latente und politisierbare Spannungen in der deutschen Gesellschaft verweist. Das macht die Größe der Aufgabe für alle demokratischen politischen Kräfte in Deutschland deutlich.» (Wittich 2004, hier S. 174)

2005 scheidet die rot-grüne Bundesregierung – ein Jahr vor Ablauf der Legislaturperiode. Es kommt zu vorgezogenen Neuwahlen, bei denen erstmals der Nukleus der neuen deutschen Linkspartei antritt, ein Bündnis aus PDS und der neu gegründeten Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG). Dietmar Wittich begleitete dies aufmerksam mit entsprechenden Analysen. Fünf Wochen vor der Wahl stellte er fest:

«1. Die Potenziale der wahrscheinlichen und der möglichen Linkswähler gehen nach wie vor weit über die Anteile hinaus, die die PDS bei vergangenen Wahlen hatte mobilisieren können. [...]

2. Mit der Liste der Linkspartei.PDS, auf der auch Mitglieder der WASG kandidieren, können in großem Umfang neue Wähler gewonnen werden. Sie kommen vor allem aus dem früheren Umfeld der SPD, zunehmend aber auch von der CDU. Vor allem zeigen sich Chancen, Nichtwähler und Unentschlossene mit linken Politikangeboten mobilisieren zu können.

3. Auch mit der Erweiterung des Wählerpotenzials hat die Linkspartei ihre Wurzeln vor allem in zwei soziokulturellen Milieus – einem Milieu der traditionellen Arbeiterbewegung und einem Milieu moderner Dienstleister und Produzenten. Die Erweiterung erfolgt also weniger per Profilerweiterung, sondern vor allem, indem diese Milieus intensiver mobilisiert werden.

4. Zukunftskompetenz hat in den letzten Jahren kaum zum Image der PDS gehört. Für eine neu sich formierende linke Opposition könnte sich das ändern. Überraschend große

(relativ große) Anteile in West und Ost sprechen einer linken Opposition die Fähigkeit zu, zu einer positiven Gestaltung der Zukunft der Gesellschaft beizutragen.» (Wittich 2005a, hier S. 185)

In wesentlichen Zügen bestätigten sich diese anfangs konstatierten positiven Trends für die neue Linkspartei, allerdings bei abnehmender Zustimmung, je näher der Wahltag rückte.

«Zu den Ursachen sind gegenwärtig [zwei Wochen vor der Wahl; Anm. d. Hrsg.] nur Hypothesen möglich. Zum einen kann die Zuspitzung auf den Lagerwahlkampf, auf die Regierungs- und die Kanzlerfrage im «Nebeneffekt» eine Relativierung der Linken mit sich bringen. Zum anderen war in den letzten Wochen die Medienpräsenz der Linken rückläufig. Schließlich ist nicht auszuschließen, dass interne Auseinandersetzungen dem öffentlichen Erscheinungsbild doch erheblich geschadet haben.

Es bleibt zwar dabei, dass die Linkspartei neue Wählerpotenziale erreichen kann, aber diese Gewinne sind nicht stabil. Verluste zeichnen sich gegenwärtig gerade in Gruppen ab, die die Linken zeitweise interessieren konnten.» (Wittich 2005b, hier S. 194)

Alles in allem erhielt die Partei bei der Wahl 8,7 Prozent der Zweitstimmen – ein für die PDS allein kaum erreichbares Resultat, mit dem auch das selbst gesetzte Wahlziel leicht überboten wurde. Zugleich wurden aber bereits Problemlagen deutlich, mit denen sich DIE LINKE bis heute herumschlägt.

In das Jahr 2005 hatte Dietmar Wittich die entstehende neue Linkspartei bereits ohne seinen Freund und kongenialen Partner Michael Chrapa begleitet. Chrapa war 2003 nach kurzer schwerer Krankheit mit nur 53 Jahren verstorben – ein Schlag, von dem sich Dietmar Wittich kaum erholen konnte. Chrapa war einen etwas anderen Weg gegangen: zunächst tätig am DDR-Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig, seit 1991 freiberuflicher Soziologe und Vorsitzender des FOKUS-Instituts Halle, dazu mit einem Lehrauftrag an der Fachhochschule Merseburg. André Brie, einer der intellektuellen und politischen Köpfe der PDS, brachte beide zusammen. Sie fanden sich als Könner ihres Fachs, in ihrem unverstellten theoretischen und praktisch-politischen Blick auf die Realität, in ihrem Mut zur Intervention gegen Selbstgefälligkeit und gegen blindes Beharren auf scheinbar Selbstverständlichem, in ihrer Lust und der Fähigkeit, «das Unerwartete zu denken und damit die Welt immer neu und anders für sich und uns zu entdecken», wie es im Nachruf der Rosa-Luxemburg-Stiftung auf Michael Chrapa hieß (Schütrumpf 2003). Und es verband sie eine tiefe Menschlichkeit, gepaart mit einem warmen und treffsicheren Humor, der gleichermaßen Lebensfreude wie Spott ausdrücken konnte.

Ausgerechnet die rot-grünen Regierungsjahre gingen mit einer Wiederaufwertung des Militärischen in der internationalen und auch in der deutschen Politik einher. Das Wort Krieg kehrte in den Alltag zurück, das Tabu von Militäreinsätzen der Bun-

deswehr «out of area», also weltweit, wurde gebrochen. Das Nein von Bundeskanzler Schröder zum Krieg der USA gegen den Irak blieb eine Ausnahme.

Dietmar Wittich verfolgte diese Entwicklung mit äußerstem Engagement und großer Sorge. Er dokumentierte die durchaus widersprüchliche Stimmungslage der Bevölkerung in diesen Fragen, er belegte die massive Abwehr des Militärischen gerade bei der Anhängerschaft der PDS. Und er legte die Manöver der herrschenden Kräfte offen, die Öffentlichkeit in ihrem Sinne zu beeinflussen, indem man ihr Wissen teils vorenthielt, teils unterhalb der Wahrnehmungsschwelle präsentierte. 2002, angesichts des Afghanistan- und des sich bereits abzeichnenden Irak-Kriegs, schrieb Dietmar Wittich:

«Die Taktik der Informationspolitik der herrschenden Eliten in Politik und in den Medien unterscheidet sich grundlegend von der, die beim Krieg der Nato gegen Jugoslawien 1999 eingesetzt wurde. Damals wurde in dem Kampf um Deutungen eine ideologische Übermacht mobilisiert und hat nichts bewirkt. Es blieb bei der verbreiteten Skepsis, eine mehrheitliche Akzeptanz konnte nicht erreicht werden.

Vielleicht ist die jetzt eingesetzte Taktik des Verschweigens, der beiläufigen Informationen und damit der allmählichen Gewöhnung erfolgreicher? [...]

Es ist nicht so, dass gar nicht informiert wird, aber die Informationen erfolgen so beiläufig, sie sind so dürrtig und werden so niedrig gehängt, sie werden in den Medien kaum reflektiert, dass sie in unserer hektischen Zeit an der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit buchstäblich vorbeirauschen. Und über ein weiteres Thema herrscht Schweigen. Wie es mit der öffentlichen Meinung zu diesen Vorgängen bestellt ist, dazu wird nichts mitgeteilt. Es ist nicht so, dass es dazu keine Erkenntnisse gibt, sie werden bisher nicht publiziert. Nach wie vor soll das Volk nicht wissen, was es selbst denkt.» (Wittich 2002, hier S. 272)

Dennoch: Die Völker waren nicht mehr so blind wie noch 100 Jahre zuvor. 2005 resümierte Dietmar Wittich auf einer internationalen Friedenskonferenz in Prag die Ergebnisse weltweiter Befragungen zurückliegender Jahre:

«Fast überall auf der Welt ist Mehrheitsmeinung, dass die USA zu sehr auf den Einsatz militärischer Gewalt gegen andere Länder setzen, was bedeutet, dass diese Mehrheiten die militärische Gewalt ablehnen. Es gibt nur wenige Länder wie Albanien, den Kosovo, die Philippinen und Malaysia, in denen auch die Gegenmeinung häufiger vertreten wird. Auch in den USA selbst sprach sich ein beachtlicher Anteil gegen militärische Gewalt aus. In den meisten Ländern, vor allem in Westeuropa und auch bei Verbündeten der USA, sind es deutliche Mehrheiten, die sich gegen Militäreinsätze der USA wenden.» (Wittich 2005c, hier S. 291)

Aber er warnte auch vor Leichtfertigkeit:

«Ich glaube, Georg W. Bush wird erheblich unterschätzt, gerade von den Linken, den Intellektuellen. Nicht als Person, da sind Erscheinung und Wesen wahrscheinlich nahe beieinander. Aber als Stimme und Repräsentant der Akteure einer weltweiten politischen Strategie, die die Ressourcen der kapitalistischen Metropolen einsetzt für eine Triade:

1. globalisierter Kapitalismus,
2. neue imperiale Kriege
3. neoliberale Hegemonie.» (Ebd., hier S. 289)

Eine zentrale Linie in Dietmar Wittichs Arbeiten war stets die gesellschaftliche Stellung von Frau und Mann, das Verhältnis von Klassen- und Geschlechterfrage. Seine Forschungen brachten einerseits empörende Benachteiligungen ans Licht und andererseits öffneten sie den Blick für das beträchtliche gesellschaftspolitische Potenzial, das sich mit der Erfahrungswelt und dem Sinn der Frauen für soziale Verantwortung verbindet.

«Frauen reagieren wohl auf politische Vorhaben der Leistungskürzung generell sensibler» (Wittich 2003b, hier S. 149), schrieb er zum Beispiel in einer Analyse zur rot-grünen Regierungszeit in Deutschland. Um dies politisch und noch dazu nachhaltig wirksam zu machen, müsse die Gesellschaft allerdings deutlich verändert werden. Einen möglichen Zugang dazu sah er so:

«In dem Raum der sozialen Konflikte kann unterschieden werden zwischen den Strukturen von Herrschaft und Macht und den Prinzipien von Herrschaft und Macht. Zu den Prinzipien von Herrschaft gehören unter anderem der Zentralismus (die oben haben immer das Sagen), die Umwandlung von Herrschaft in Gewalt und eben auch das Prinzip des Patriarchats. Herrschaftsstrukturen können sich historisch wandeln. Herrschaftsprinzipien haben eine bemerkenswerte Kontinuität und Beharrungskraft. Es genügt eben nicht, den Konflikt um die Strukturen auszutragen, auch der Konflikt um die Herrschaftsprinzipien gehört auf die Tagesordnung, sonst ändert sich nichts Wesentliches.» (Wittich 2001a, hier S. 99)

Dietmar Wittich hat uns Bleibendes hinterlassen. Aber wir sind ihm manches schuldig geblieben. Manche kräftige Saat, die er gelegt hat, ist zunächst nur spärlich aufgegangen. Aber in der Informationsgesellschaft von heute geht auch nichts verloren und in der Wissensökonomie wächst der Bedarf an solider Erkenntnis. Das Interesse an Dietmar Wittich wird zunehmen. Dieses Buch soll seinen Teil dazu leisten.

Thomas Falkner
Berlin, Oktober 2021

*«Das Ende des Staatssozialismus hat ein positives Ergebnis:
Das sozialistische Projekt ist wieder offen. Bisher ist es aber noch nicht
inhaltlich-programmatisch ausgefüllt worden. Daran wäre zu arbeiten.»
Dietmar Wittich, November 2017*

Literatur

- Ettrich, Frank (1995): Auf dem Weg zur Wirklichkeitswissenschaft? Max-Weber-Rezeption in der DDR – Ein Rückblick, überarb. Fassung des Vortrags auf dem Erfurter Max-Weber-Symposium am 2. Juni 1994, in: Berliner Journal für Soziologie 3/1995, S. 379–403.
- Hanke, Edith (2012): Max Weber in der Welt. Zur Bedeutung eines Klassikers in Zeiten des Umbruchs. Vortrag auf der Tagung vom 4./5. Juli 2012, S. 1–22.
- Schütrumpf, Jörn (2003): Michael Chrapa 1950–2003, in: UTOPIE Kreativ 157, 2003, S. 979–980.
- Wittich, Dietmar (1983): Über soziale Erfahrung; zur Rolle der sozialen Erfahrung bei der Entwicklung der sozialistischen Persönlichkeit, Berlin.
- Wittich, Dietmar (1985): Konservative Gesellschaftsstrategie – soziologisch begründet, Berlin.
- Wittich, Dietmar (1990): Zur Problematik von Entwicklung und Fortschritt im soziologischen Werk Max Webers, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 1/1990, S. 73–78.
- Wittich, Dietmar (1994a): Sozialstruktur von PDS-Mitgliedern, in: Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.): Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern, Wiesbaden, S. 227–235.
- Wittich, Dietmar (1994b): Momente des Umbruchs. Sozialstruktur und Lebensqualität in Ostdeutschland, Berlin.
- Wittich, Dietmar (1997): Wer kann etwas verändern?, in: Brie, André/Brie, Michael/Dellheim, Judith/Falkner, Thomas/Klein, Dieter/Schumann, Michael/Wittich, Dietmar (Hrsg.): Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, Berlin, S. 193–241.
- Wittich, Dietmar (1999): Informationsarbeiter. Eine Nicht-Klasse an sich. Erste Fassung vorbereitet für die Bundeskonferenz der PDS «Neues Jahrhundert – bessere Welt», 4./5.12.1999 (nicht gehalten).
- Wittich, Dietmar (2001a): Klassenentwicklung und Klassenanalyse in kapitalistischen Metropolen, in: UTOPIE kreativ 124, 2001, S. 116–126.
- Wittich, Dietmar (2001b): Konturen der Berliner Republik und moderne sozialistische Politik. Gedanken zur Analyse der Bundestagswahlen vom 27. September 1998, in: Wittich, Dietmar (Hrsg.): Wahlzeiten, Kriegszeiten, andere Zeiten. Betrachtungen eines ostdeutschen Soziologen, Hamburg, S. 153–159.
- Wittich, Dietmar (2001c): Soziale Differenzierungen und politische Strukturen. Analysen zur Ermittlung von Zielgruppen für sozialistische Politik und Bildung, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte 14, Berlin.
- Wittich, Dietmar (2002): Die «Operation Anaconda», die «Operation Enduring Freedom» und die ahnungslosen Deutschen. Öffentliche Meinung in Deutschland

- zum Krieg in Afghanistan nach wie vor gespalten, in: UTOPIE kreativ 138, 2002, S. 358–361.
- Wittich, Dietmar (2003a): Neues aus der Klassengesellschaft, in: UTOPIE kreativ 157, 2003, S. 981–991.
- Wittich, Dietmar (2003b): Berichte aus der sozialen Hängematte. Sozialpolitische Themen in der öffentlichen Meinung (Schlaglichter), hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte 46, Berlin.
- Wittich, Dietmar (2004): Fremdenfeindlichkeit in Deutschland. Eine empirisch-soziologische Annäherung, in: UTOPIE kreativ 160, 2004, S. 128–136.
- Wittich, Dietmar (2005a): Informationen zur Umfeldbeobachtung 3/2005. Im Auftrag des Wahlbüros der PDS, Ausgabe 11.8.2005 (bislang unveröffentlicht).
- Wittich, Dietmar (2005b): Informationen zur Umfeldbeobachtung 5/2005. Im Auftrag des Wahlbüros der PDS, Ausgabe 8.9.2005 (bislang unveröffentlicht).
- Wittich, Dietmar (2005c): Weltmeinung gegen die «neuen» Kriege. Beitrag für den internationalen Workshop «100 Jahre Friedensnobelpreis für Bertha von Suttner – 1.000 Frauen für den Friedensnobelpreis 2005», Vortrag am 9.9.2005 in Prag.
- Wittich, Dietmar/Chrapa, Michael (2001): Die Mitgliedschaft, der große Lümmel ... Studie zur Mitgliederbefragung 2000 der PDS, Berlin.
- Wittich, Dietmar/Ferchland, Rainer/Schröter, Ursula (1993): Ost-West-Wahlanalyse 1/1993: Ergebnisse einer repräsentativen gesamtdeutschen Bevölkerungsbefragung in Zusammenarbeit mit EMNID, Bielefeld.



«Die gesellschaftlichen Umwälzungen, die im Herbst 1989 in der damaligen DDR begannen, [...] erzwingen unseres Erachtens einen (zumindest aktuellen) Perspektivwechsel des sozialwissenschaftlichen Forschungsansatzes, denn Auffassungen, die von einem eher stationären Zustand von Gesellschaft ausgehen, mit «sozialem Wandel» als bloß impliziten Bewegungsmoment erweisen sich für die soziale Erforschung rasanter und radikaler gesellschaftlicher Veränderungen als unangemessen.»

Dietmar Wittch 1994

OSTDEUTSCHLAND IN DEN FRÜHEN 1990ER JAHREN: DIE TIEFE DES UMBRUCHS

ANALYSE UND POLITISCH-PROGRAMMATISCHE ABLEITUNGEN

Ost-West-Wahlanalyse 1/1993: Ergebnisse einer repräsentativen gesamtdeutschen Bevölkerungsbefragung in Zusammenarbeit mit EMNID Bielefeld mit Rainer Ferchland und Ursula Schröter, Institut für Sozialdatenanalyse (ISDA), Berlin 1993 (Auszüge).

[In der Einführung zur Methodik heißt es: «Im Juni 1993 wurden von EMNID Bielefeld im Rahmen der regelmäßig durchgeführten Markt- und Meinungsforschung 1.498 Probanden (älter als 13 Jahre) aus ganz Deutschland befragt, unter anderem nach von ISDA vorgegebenen aktuellen politischen Indikatoren. Die Probandenzahl betrug im Osten 530, im Westen 968.» Daraus ergab sich nicht nur die Notwendigkeit, die Ergebnisse nach Ost und West getrennt zu betrachten, weil es ansonsten zur einer Überrepräsentanz des Osten gekommen wäre. Da, so die Autoren und Autorinnen, «angesichts der geringen Größe einiger Gruppen in Ostdeutschland verallgemeinernde Aussagen über deren Eigenschaften unangebracht sind, sollten Besonderheiten des hier erkennbaren Wahlverhaltens mit der gebotenen Vorsicht zumindest als Hinweise auf mögliche Tendenzen interpretiert werden.» Wo andere Arbeiten in diesem Sammelband keine Überprüfung dieser Deutungen zulassen, wurden sie in diesen Auszügen nicht berücksichtigt; Anm. d. Hrsg.]

Aktuelle Tendenzen des Wahlverhaltens

Angesichts der Ergebnisse der letzten Bundestagswahl weisen die Befragungsergebnisse erhebliche Verschiebungen der Parteipräferenzen aus.

Unter Rückgriff auf die sogenannte RECALL-Frage «Welche Partei haben Sie in der letzten Bundestagswahl im Dezember 1990 gewählt?» und im Vergleich mit der Sonntagsfrage können Einsichten über die Stabilität beziehungsweise den Wechsel der Wahlentscheidung gewonnen werden. (Zu beachten ist, dass die hier ausgewiesenen Stimmenanteile nicht ohne Weiteres mit den Wahlergebnissen von 1990 verglichen

werden können, da es sich hier um eine Gesamtheit von Wählern und Nichtwählern handelt.) [...]

Die Relationen zwischen den CDU/CSU- und den SPD-Anteilen haben sich seit der letzten Bundestagswahl im Osten umgekehrt. Zwar hat die CDU/CSU auch im Westen Verluste zu verzeichnen, in den neuen Bundesländern muss sie jedoch geradezu einen Einbruch beklagen. Mehr als die Hälfte der CDU/CSU-Wähler haben sich mittlerweile von ihrer Entscheidung distanziert. Davon konnte offenbar vor allem die SPD profitieren.

Gegenüber 1990 konnte die SPD im Westen zurzeit keine größeren Stimmenanteile verbuchen. Ihre gegenwärtig konkurrenzlose Dominanz erklärt sich vor allem aus Veränderungen der Wählerhaltung im Osten: durch den erdrutschartigen Sympathieverlust der CDU und gewachsene Zuwendung gegenüber der SPD in den neuen Bundesländern. Und natürlich ist in diesem Zusammenhang auch der Rückgang der CDU/CSU-Wählerschaft von erheblichem Gewicht. Einen Wählerzulauf konnten auch Bündnis 90/Grüne erzielen, kaum jedoch die FDP. Die PDS könnte gemäß dieser Umfrage gegenwärtig mit einem um einige Prozentpunkte niedrigerem Wahlergebnis rechnen, da infolge der Nichtwähler der PDS-Anteil der Befragten im Wahlergebnis von 1990 höher ausgefallen war als 13,7 Prozent.

Erhöht hat sich der Anteil der voraussichtlichen Nichtwähler auf jeweils über ein Fünftel der Wahlberechtigten in beiden Vergleichsgebieten. In den neuen Bundesländern hat sich allerdings diese Gruppe seit 1990 nahezu verdoppelt. Die Enttäuschung über die Politik der Regierungsparteien und dies gilt insbesondere für Ostdeutschland führte einerseits zu resignierter Parteiverdrossenheit in Gestalt eines gewachsenen und hohen Anteils von Nichtwählern vor allem auf Kosten der CDU/CSU. Andererseits fand eine Abwanderung von Wählern von der CDU/CSU vor allem zur SPD, aber auch zu Bündnis 90/Grüne und zu den Republikanern statt. Die PDS konnte nicht von dem Imageverlust der Regierungsparteien profitieren. [...]

Zum Zeitpunkt der Befragung hatte die CDU in *Ostdeutschland* nahezu zwei Drittel ihrer Wählerschaft von 1990 verloren. Nur etwa 37 Prozent würden dieser Partei nochmals die Stimme geben. Nahezu jeder dritte ehemalige CDU-Wähler votiert indes gegenwärtig für die SPD und jeder Fünfte würde nun die Wahl boykottieren.

Auch der SPD hat trotz ihres offensichtlichen Prestigegewinns ein Viertel ihrer Wähler von 1990 den Rücken gekehrt. Davon konnte aber keine andere Partei in besonderem Maße profitieren.

Auch die von EMNID erfassten PDS-Wähler von 1990 sind nur noch zu etwa zwei Dritteln bei ihrer Entscheidung geblieben. Die «Abwanderer» votieren vor allem für die SPD beziehungsweise Bündnis 90/Grüne. Zwei Drittel der Nichtwähler von 1990 würden auch zurzeit nicht von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Dies würde vor allem in den Wahlergebnissen der SPD positiv zu Buche schlagen.

In den *alten Bundesländern* würden heute der SPD vier Fünftel, der CDU drei Viertel und der FDP etwa zwei Drittel der ehemaligen Wähler wiederum die Stimme

geben. Alle drei Parteien würden aber auch um die zehn Prozent an die Nichtwähler verlieren. Zwei Drittel der ehemaligen Nichtwähler würden wiederum nicht zur Wahl gehen. Nahezu ein Fünftel früherer Nichtwähler würde jetzt SPD wählen. Diese Partei vermochte also in Ost und West am stärksten ehemalige Nichtwähler zu mobilisieren, ohne jedoch andererseits die erlittenen Verluste an die Nichtwählerschaft völlig kompensieren zu können. [...]

Für die neuen Bundesländer sind keine gravierenden Unterschiede des Wahlverhaltens nach dem *Geschlecht* erkennbar. Immerhin sind jedoch unter den PDS-Wählern die Männer überrepräsentiert. Frauen entschließen sich offenbar tendenziell häufiger, nicht zu wählen. [...]

Zieht man das Wahlverhalten zur letzten Bundestagswahl (RECALL-Frage) heran, wird deutlich, dass der Verzicht auf das Wahlrecht wesentlich stärker in der weiblichen ostdeutschen Bevölkerung zugenommen hat als in der männlichen.

Außerdem sind im Vergleich zur letzten Bundestagswahl deutlich mehr Frauen in ihrem Stimmverhalten zur SPD übergewechselt als Männer, wodurch die 1990 aufgetretene männliche Überrepräsentanz in der SPD-Wählerschaft bisher weitgehend abgebaut wurde. Die sich in der Befragung andeutenden Stimmenverluste der PDS gehen besonders auf das Konto der Wählerinnen. Falls die Befragungsergebnisse auch für die PDS (trotz der geringen Probandenzahl) verallgemeinerbar wären, hätte sich die Wählerschaft der PDS nicht nur vermindert, sondern zugleich auch tendenziell vermännlicht. Dies ist kein gesichertes Faktum, aber zumindest ein ernst zu nehmendes Signal.

Für die westdeutsche Teilpopulation lässt sich ebenfalls ein recht ausgeglichenes Wahlverhalten der männlichen und weiblichen Bevölkerung feststellen. Die CDU/CSU findet allerdings unter den Männern mehr Sympathie, und auch in den neuen Bundesländern tendiert die weibliche stärker zur Wahlenthaltung als die männliche. Letzteres hat sich ebenfalls offenbar erst nach 1990 herausgebildet. Denn zur Bundestagswahl verzichteten gemäß der RECALL-Frage in Westdeutschland 16,6 Prozent der Frauen und 17,7 Prozent der Männer auf ihr Wahlrecht. [...]

Offenbar differiert in Ostdeutschland das Wahlverhalten im Zusammenhang mit dem *Alter* wesentlich stärker als in Verbindung mit dem *Geschlecht*. (Für diese Betrachtung wurden nur Probanden ab 17 Jahren berücksichtigt, also die für 1994 wahlberechtigten Jahrgänge.) Mit Ausnahme von Bündnis 90/Die Grünen und den Republikanern finden die Parteien unter den Jugendlichen unter 25 Jahren nur einen unterdurchschnittlichen Zuspruch. Nichtsdestoweniger wäre gegenwärtig die SPD auch in dieser Altersgruppe Spitzenreiter unter den Konkurrenten. Von allen Altersgruppen stellen die Jugendlichen indes anteilig die meisten Nichtwähler – ein Drittel der unter 25-Jährigen.

Die Resonanz der CDU/CSU ist umso höher, je älter die Vergleichsgruppe ist. Umgekehrt ist der Anteil der Nichtwähler an den Altersgruppen umso höher, je geringer das Alter.

Die SPD ist in allen Altersgruppen (ab 25 Jahren mit großem Abstand) «Wahlsieger». In den Gruppen der 25- bis 39-Jährigen und 40- bis 54-Jährigen erhielt sie sogar den dreifachen Stimmanteil der CDU. Bündnis 90/Grüne erfreuen sich in den Gruppen der unter 40-Jährigen einer überdurchschnittlichen Sympathie. Die PDS-Wählerschaft ist in den betrachteten Altersgruppen relativ gleichmäßig vertreten. Dies heißt aber auch, dass sie von den jüngeren Altersgruppen keinen Bonus erwarten kann.

Über die Republikaner lassen sich aufgrund ihrer geringen Präsenz keine halbwegs gesicherten Aussagen treffen, doch fällt auf, dass drei Viertel ihrer «Wähler» unter 40 Jahren sind. Stimmenverluste müsste die PDS der Befragung zufolge in allen Altersgruppen gegenüber der letzten Bundestagswahl in Kauf nehmen. Die RECALL-Frage weist auf besonders spürbare Sympathieeinbußen bei den Altersgruppen der 55- bis 69-Jährigen sowie der 25- bis 39-Jährigen hin. Von den befragten ostdeutschen Probanden dieser Altersgruppen wählten 1990 18,9 beziehungsweise 14,5 Prozent die PDS. [...]

Für die westdeutsche Teilpopulation treffen verschiedene der für die neuen Bundesländer getroffenen Aussagen tendenziell zu. Auch hier sinkt die Akzeptanz der CDU/CSU mit dem Alter. Die SPD erhält mit Ausnahme der über 70-Jährigen in allen Altersgruppen den größten Zuspruch. Eine wesentliche Besonderheit Westdeutschlands besteht darin, dass hier die SPD einen erheblich größeren Teil der jugendlichen Bevölkerung gewinnen konnte. 43 Prozent aller befragten westdeutschen Jugendlichen über 17 Jahren würden für die SPD votieren, aber nur 19 Prozent der ostdeutschen. In keiner anderen Altersgruppe wäre die SPD im Westen so erfolgreich wie in dieser. Auch innerhalb der westdeutschen Bevölkerung ist der Anteil der Nichtwähler unter den jüngeren Altersgruppen besonders hoch. Die besondere Anziehungskraft von Bündnis 90/Die Grünen für jüngere Wählergruppen bestätigt sich. Die Wählerklientel der Republikaner scheint in Westdeutschland, wo die über 40-Jährigen dominieren, anders strukturiert zu sein als im Osten. [...]

Die Ergebnisse der EMNID-Umfrage weisen die CDU als eine Partei aus, die gegenwärtig prozentual umso weniger Stimmen erwarten kann, je höher das *Bildungsniveau* der Wählergruppe ist. [...]

Bei der PDS¹ ist tendenziell das Gegenteil zutreffend. In der Gruppe der Absolventen von Fachschulen, Fachhochschulen, Hochschulen, Universitäten und Akademien erreicht sie gemeinsam mit der SPD den höchsten Stimmenanteil von 24 Prozent. Im Widerspruch zu obiger These steht die fehlende Resonanz der PDS unter den Probanden mit Abitur, Hochschul- beziehungsweise Fachhochschulreife. Dies stimmt mit den Feststellungen überein, die bereits zur Gruppe der in Ausbildung Befindlichen getroffen wurden.

1 Die Angaben in diesem Absatz beziehen sich auf Ostdeutschland.

Die folgenden Aussagen lassen sich auch für Westdeutschland formulieren: Die SPD findet ihren stärksten Rückhalt in der Gruppe der Volks- beziehungsweise Hauptschulabsolventen mit abgeschlossener Lehre. Hier finden die Republikaner die geringste Resonanz. Diese würden möglicherweise die meisten Wähler in der Gruppe der Volks- beziehungsweise Hauptschulabsolventen ohne abgeschlossene Lehrausbildung finden. [...]

Die *gewerkschaftliche Bindung* ist in Ostdeutschland weniger bedeutsam für das Wahlverhalten gegenüber der SPD als in den alten Bundesländern.

Die SPD erhält in den neuen Bundesländern von Gewerkschaftern die gleiche Bevorzugung wie von den dort nicht organisierten. Die CDU findet von den nicht gewerkschaftlich Organisierten einen etwas größeren Zuspruch und muss sich dennoch nur mit der Hälfte der Stimmen der SPD begnügen. Die PDS erhält seitens der Gewerkschafter eine größere Zustimmung als die CDU. [...]

[Es] werden einige in Ostdeutschland auf den ersten Blick scheinbar paradoxe Besonderheiten des Wahlverhaltens im Zusammenhang mit dem Einkommensniveau sichtbar.

Unter den Probanden der unteren Einkommenskategorie sind CDU-Wähler deutlich überrepräsentiert. Die Größe der SPD-Anhängerschaft erweist sich ebenso wie Bündnis 90/Grüne als ziemlich unabhängig von den hier unterschiedenen Einkommensstufen. Sie stellt in beiden Kategorien die größte Gruppierung mit gleichem prozentualem Anteil von circa 35 Prozent. Die PDS besitzt hingegen in der oberen Einkommenskategorie die größeren Chancen.

Diese Unterschiede stehen offenbar im Zusammenhang mit bereits diskutierten alters- und qualifikationsstrukturellen Unterschieden der jeweiligen potenziellen Wählerschaft.

In Westdeutschland sind einkommensstrukturelle Unterschiede von etwas größerer Relevanz für das Wahlverhalten, jedoch auch hier werden eher graduelle als grundlegende Kontraste in den «Wahlergebnissen» beider Einkommensgruppen deutlich.

So wird zwar in der unteren Einkommensgruppe stärker für die SPD votiert als in der oberen. Für die CDU/CSU wiederum verhält es sich entgegengesetzt. Nichtsdestoweniger stellt jedoch die SPD auch in der oberen Gruppe eindeutig den «Wahlsieger». Die Republikaner können, zumindest lässt sich dies im Ergebnis vermuten, mehr auf die einkommensstärkere Gruppe bauen. Wahlenthaltung spielt wiederum in der einkommenschwächeren Gruppe eine größere Rolle.

Zum politischen Meinungsbild in Ost und West

In den Meinungen zu aktuellen politischen Problemen gibt es eine Reihe tendenzieller Übereinstimmungen zwischen Ost und West, aber zu einigen Problemen auch erhebliche und überwiegend signifikante Unterschiede. [...]

In beiden Wahlgebieten finden wirtschaftspolitische Probleme jeweils die meiste Resonanz: Die Forderung nach höherer Besteuerung der Besserverdienenden sowie

die nach Veränderung des Treuhandauftrags in Richtung auf Sanierung der Betriebe finden jeweils die meiste Akzeptanz, die jedoch im Osten noch deutlich stärkere Verbreitung aufweist als im Westen. Politische Kräfte, die diese Forderung vertreten, können mit einer breiten Zustimmung rechnen. Konträre Positionen wie die Beibehaltung des Prinzips «Privatisierung oder/statt Sanierung» sowie die Strategie, die Staatsfinanzen vorzugsweise auf Kosten der «Kleinen» konsolidieren zu wollen, werden verbreitet abgelehnt. Die Kompliziertheit der wirtschaftspolitischen Problematik zeigt sich jedoch auch darin, dass die eher von konservativer Seite getragenen Forderungen beziehungsweise Konzepte zur Privatisierung des Wohnraums und nach Steuersenkungen für Unternehmen jeweils auf geteilte Resonanz stoßen.

Zu außenpolitisch relevanten Themen sind die Strukturen der öffentlichen Meinung in Ost und West deutlich unterschiedlich. Im Westen finden Blauhelmeinsätze der Bundeswehr bei rund 60 Prozent Akzeptanz, knapp 40 Prozent lehnen sie ab. Im Osten sind die Relationen zwischen Befürwortern und Gegnern von Blauhelmeinsätzen ziemlich genau umgekehrt. Kampfeinsätze der Bundeswehr im UNO-Auftrag werden im Westen hingegen von einer Mehrheit abgelehnt, im Osten ist diese Position noch stärker verbreitet, es gibt jedoch gerade im Westen auch starke Minderheiten, die auch Kampfeinsätze der Bundeswehr akzeptieren.

Nach den Ergebnissen von EMNID ist die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 in Ost und West mehrheitsfähig. Im Osten ist mehr als die Hälfte voll für die Streichung, 13 Prozent mit Abstrichen dafür. Im Westen sind 36 Prozent voll und 26 Prozent mit Abstrichen für die ersatzlose Streichung des § 218. Im Unterschied zur ISDA-Studie (Fischer u. a. 1993) stellt die EMNID-Umfrage auch im Osten einen höheren Anteil von Gegnern einer Streichung des § 218 fest.

Hinsichtlich der Berlin bezogenen Fragen nach dem Regierungsumzug und Olympia 2000 in Berlin sind ungeachtet vorhandener Unterschiede die Trends in Ost und West ähnlich. Im Westen findet die Forderung nach einem zügigen Umzug der Bundesregierung nur bei etwa 30 Prozent Akzeptanz, 45 Prozent sind für die Olympischen Spiele im Jahr 2000 in Berlin. Eine klare Mehrheit ist gegen einen zügigen und deshalb relativ teuren Umzug der Bundesregierung nach Berlin, mehr als die Hälfte lehnen auch die Olympischen Spiele im Jahr 2000 in Berlin ab. Die Forderung nach einem zügigen Umzug der Bundesregierung nach Berlin wird in den ostdeutschen Bundesländern von etwas mehr als der Hälfte abgelehnt, sie findet Zustimmung bei 44 Prozent. Die politische Positionierung gegen einen schnellen und teuren Umzug nach Berlin findet in den westlichen Bundesländern eine recht große Akzeptanz. Hinsichtlich der Olympischen Spiele sind die Positionen in Ost wie West geteilt.

Für die Abschaffung des Asylrechts lassen sich in Ostdeutschland und in Westdeutschland jeweils knappe Mehrheiten mobilisieren.

Erheblicher und hinsichtlich jeder Position signifikant sind die Differenzierungen zwischen Ost und West bezüglich der Vorstellungen, was politisch getan werden müsste, um Deutschland wirklich zu vereinigen. Dabei ist eingangs zu berücksichti-

gen, dass die Fragestellung angenommen wurde und mit ihr die Position, die wirkliche Vereinigung Deutschlands stelle noch eine Aufgabe dar.

Insgesamt werden in Westdeutschland die Erfordernisse anders gewichtet. In Ostdeutschland ist die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit der absolute Spitzenreiter, in Westdeutschland ist die Forderung nach Verhinderung von sozialem Missbrauch für die relativ meisten außerordentlich wichtig. Die Forderung nach gleichem Lohn wird im Westen von Mehrheiten als wichtig angesehen, aber mit erkennbar geringerer Dringlichkeit. Im Osten folgen danach die Erwartung nach einer größeren Bereitschaft zum Teilen im Westen. Das wird in den westlichen Bundesländern nur von jedem Fünften als sehr wichtig angesehen, eine knappe Hälfte hält das immerhin für wichtig, jeder Vierte aber auch für weniger wichtig. Die Forderung nach dieser größeren Bereitschaft findet also nicht nur zwischen Ost und West unterschiedliche Akzeptanz, sie stellt auch ein Thema dar, an dem sich die westdeutsche Öffentlichkeit spaltet.

Ähnlich ist es mit der Forderung nach einer eigenständigen ostdeutschen Vertretung, die im Osten bei fast 80 Prozent Akzeptanz findet. Für vordringlich hält sie im Westen nur etwa jeder Achte, 40 Prozent halten diese Forderung für wichtig, aber es gibt auch eine nicht überschaubare Gegnerschaft. Auch die differenzierte Bewertung der DDR-Vergangenheit wird in Ostdeutschland von sehr viel mehr Menschen für sehr wichtig oder wichtig gehalten. Auch diese Position kann in Westdeutschland mit deutlich geringerer Akzeptanz rechnen.

Für relativ bedeutungsvoller werden in Westdeutschland die Rücksicht der Arbeitnehmer auf die konjunkturelle Lage angesehen. Diese konservative wirtschafts- und tarifpolitische Forderung findet in Westdeutschland eine relativ große und deutlich höhere Akzeptanz als in Ostdeutschland.

Für das Bild, das die Westdeutschen von den Ostdeutschen haben, spricht die relativ hohe Akzeptanz der Forderung nach einer besseren Anpassung der Ostdeutschen an das neue System. Mehr als 80 Prozent stimmen dem mehr oder weniger zu. Nahezu seitenverkehrt ist die Verteilung der Meinungen in West und Ost zu der Position «keine weiteren Almosen in den Osten, im Westen musste auch alles hart erarbeitet werden»: Im Westen sind es fast 70 Prozent, die das für sehr wichtig oder wichtig halten, im Osten sehen das mehr als 80 Prozent als wenig oder überhaupt nicht wichtig an.

Für sozialistische Politik können Positionen, die sich gegen Kampfeinsätze der Bundeswehr auch im UNO-Einsatz wenden, auf eine verbreitete Akzeptanz rechnen. Die Ablehnung auch von Blauhelmeinsätzen findet geringere, aber immerhin noch beachtliche Akzeptanz. Von den wirtschaftspolitischen Themen stoßen vor allem die Forderungen nach einer Veränderung der Treuhandpolitik in Richtung auf Sanierung der noch bestehenden Betriebe sowie nach einer höheren Besteuerung der Besserverdienenden auf breiteres Verständnis. Die Position der ersatzlosen Streichung des § 218 ist gleichermaßen in Ost wie in Westdeutschland ein wichtiges Thema. Die Forde-

rung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit und die Einrichtung einer eigenständigen ostdeutschen Vertretung für die Einhaltung des Einigungsvertrags sind gleichfalls geeignet, im Westen Aufmerksamkeit für emanzipatorisch-sozialistische Politik zu finden, wenn dabei zugleich klargestellt wird, dass es nicht um sozialen Missbrauch, sondern um soziale Gerechtigkeit und die Bereitschaft zum Teilen geht. [...]

Ost

Quer durch die Anhängerschaft aller Parteien verläuft die Trennlinie zwischen (mehr oder weniger entschiedenen) Befürwortern und Gegnern, zum Beispiel in Bezug auf die Positionen zum UNO-Blauhelmeinsatz sowie UNO-Kampfeinsatz, hinsichtlich der Beschleunigung des Berlin-Umzugs der Regierung und in Bezug auf die Olympiade in Berlin. Möglicherweise sind diese Fragen (in Ostdeutschland) zumindest gegenwärtig ungeeignet, um Wählerpotenzial von einer Partei zur anderen Partei zu bewegen, ohne selbst Wählerabwanderungen in Kauf nehmen zu müssen. Andererseits sind gerade wegen der unscharfen politischen Konturen der Parteien und ihres jeweiligen gegenwärtigen Anhangs noch größere Wählerbewegungen im Zusammenhang mit aktuellen politischen Ereignissen und Entscheidungen sowie im Wahlkampf möglich.

Aus einem anderen Grund sind zwei weitere politische Standpunkte von geringer Trennschärfe für die Wahlklientel der Parteien: Hinsichtlich der Forderung nach einer Neuorientierung der Treuhandpolitik mit dem Schwerpunkt der Sanierung der Treuhandbetriebe sowie in der Forderung nach einer stärkeren Besteuerung der Beserverdienenden herrschen kaum größere Meinungsunterschiede in der ostdeutschen Bevölkerung.

Für jede der genannten politischen Meinungen gilt: Sowohl unter den Befragten, die die betreffende Position eher befürworten, als auch unter denen, die sie eher ablehnen, erhielt die SPD jeweils die meisten Stimmen.

Dabei tritt eine Reihe pikanter Besonderheiten auf: So erhielt die SPD zum Beispiel vonseiten der Befürworter von UNO-Kampfeinsätzen eine stärkere Resonanz in Gestalt von Wählerstimmen (38,2 %) als vonseiten derer, die dem eher ablehnend gegenüberstehen. In den Reihen der Befürworter von Steuersenkungen für Unternehmen gibt es nicht nur, wie gesagt, mehr Wähler der SPD als der CDU, sondern hier ist die SPD-Anhängerschaft prozentual auch größer als unter den Gegnern derartiger Steuersenkungen. Nicht weniger überraschend erscheint der Befund, dass in letzterer Gruppe auch die Sympathien für die FDP größer sind als unter denen, die die Unternehmen steuerlich entlasten möchten. Die PDS-Wählerschaft zeigt in dieser Hinsicht ein deutlicheres Profil eine eindeutige Dominanz derjenigen, die Steuergeschenke an Unternehmen ablehnen. Dennoch findet sich auch unter den Befürwortern noch eine beachtliche PDS-Anhängerschaft.

Unter den Gegnern des Paragraphen 218 würden sowohl SPD als auch CDU jeweils in etwa die gleichen Stimmenanteile verbuchen können wie unter den Befürwortern.

Obwohl es seitens der Gegner des §218 anteilig deutlich mehr PDS-Wähler gibt als unter denen, die eher gegen eine Streichung dieses Paragrafen sind, besitzt die PDS auch unter diesen nahezu acht Prozent Sympathisanten. Recht eigentümlich ist auch die Struktur der SPD-Wählerschaft im Zusammenhang mit dem Asylrecht: Die Befürworter der Abschaffung des Asylrechts tendieren stärker zur Wahl dieser Partei als die Gegner. Die Wählerschaft von Bündnis 90/Die Grünen positioniert sich entschiedener als die der PDS gegen die Abschaffung des Asylrechts. Einen relativ hohen Stimmenanteil verbucht die PDS auch unter den die Wohnungsprivatisierung eher ablehnenden Wählern. Die politische Unentschiedenheit der potenziellen SPD-Wählerschaft in Ostdeutschland könnte auch darin eine Ursache haben, dass vielfach die Wahl auf diese Partei nicht aufgrund ihrer politischen Konzepte fällt, sondern um das Versagen der CDU zu quittieren. [...]

West

In den alten Bundesländern unterscheidet sich das politische Profil der Sympathisanten der Parteien deutlicher voneinander. Deshalb sind die diskutierten politischen Positionen hier von größerer Relevanz für die Wahl dieser oder jener Partei als in Ostdeutschland. Dies äußert sich zum Beispiel bezüglich verschiedener Fragen in gegenläufigen Tendenzen im Anhang von SPD und CDU. Diese Gegenläufigkeit ist indes keine Gegensätzlichkeit im Sinne einer Polarisierung. So hätte die SPD zum Beispiel unter den Gegnern von geringeren Unternehmenssteuern bessere Wahlchancen als unter den Befürwortern. Bei der CDU/CSU ist dies umgekehrt. Dennoch könnte die SPD auch seitens der Befürworter noch mehr Stimmen als die CDU erwarten.

Immerhin lassen sich im Vergleich der Relationen zwischen Befürwortern und Gegnern der meisten politischen Positionen bei der Wählerschaft der SPD eher «linke», bei der CDU eher «rechte» Tendenzen ausmachen. Ist die West-SPD(-Wählerschaft) mehr links als die Ost-SPD(-Wählerschaft) und trifft dasselbe mit umgekehrtem Vorzeichen für die CDU zu? Hier ist weitere Forschungsarbeit nötig.

Hervorzuheben ist allerdings nochmals: Die Unterschiede beider Parteien sind gradueller, nicht gegensätzlicher Natur. Nur in einer einzigen Meinungsgruppe hätte die CDU/CSU in Westdeutschland gegenwärtig größere Chancen als die SPD: unter den Gegnern höherer Steuern für Besserverdienende. Auch in Bezug auf ein Bündel von Fragen zum deutschen Vereinigungsprozess besitzen verschiedene Problemfelder im Osten eine geringere Bedeutung für die Wahlentscheidung als im Westen. Dies liegt nicht an der Bedeutungslosigkeit der Fragen für den Vereinigungsprozess, sondern vor allem daran, dass die Ostdeutschen dazu relativ übereinstimmende Auffassungen haben. So gibt es, wie bereits festgestellt, in den neuen Bundesländern die nahezu einhellige Auffassung, dass es in Westdeutschland eine größere Bereitschaft zum Teilen geben müsse, während die Meinungen dazu in Westdeutschland durchaus geteilt sind und sich zumindest partiell auch zwischen den Parteien unterscheiden. [...]

In den neuen Bundesländern fallen der SPD wiederum seitens jeder Meinungsfraktion [zu Fragen der deutschen Vereinigung; Anm. d. Hrsg.] die meisten Stimmen zu. Das heißt, sowohl unter den Befürwortern als auch Gegnern jeder der in den EMNID-Fragen zur deutschen Vereinigung formulierten Positionen hat die SPD die größten Chancen. Sie vertritt meist nur weniger deutlich akzentuierte Positionen als die CDU-Wählerschaft. So gibt es innerhalb der Gruppe derjenigen, die die stärkere Anpassung der Ostdeutschen an das neue System für wichtig halten, prozentual jeweils mehr CDU- und SPD-Wähler als unter den Antipoden dieses Standpunkts, nur dass die CDU-Wählerschaft unter den Befürwortern der Anpassung der Ostdeutschen noch stärker überrepräsentiert ist. Gegenläufige Positionen der SPD-Sympathisanten zu ihrem CDU-Pendant sind eher die Ausnahme (z. B. Differenzierung der DDR-Vergangenheit). Auch die Anhängerschaft von Bündnis 90/Die Grünen zeichnet sich in verschiedenen Punkten durch ambivalente Positionen aus (z. B. Rücksicht der Arbeitnehmer, Anpassung der Ostler, ostdeutsche Vertretung). Es gibt jedoch auch Auffassungen, die noch entschiedener als in der PDS das Meinungsbild prägen (z. B. DDR-Vergangenheit differenzieren). Alles in allem ist das Meinungsbild der PDS-Wähler zum deutschen Vereinigungsprozess erheblich deutlicher als in den anderen Parteien konturiert und im Wesentlichen alternativ zum CDU-Meinungsprofil. [...]

Auch in Westdeutschland stellt die SPD-Wählerschaft innerhalb sämtlicher Für- und Wider-Meinungsgruppen die größte Sektion. Sie offenbart zu den Fragen des deutschen Vereinigungsprozesses ein ebenso unscharfes Profil wie im Osten. Die CDU/CSU-Klientel zeigt zumindest in einigen Punkten wesentlich deutlicher Flagge (z. B. «Anpassung der Ostler», «keine weiteren Almosen in den Osten»). Bündnis 90/Die Grünen verfügen über eine Anhängerschaft mit einem deutlicher konturierten, sozialer Verantwortung verpflichtetem Meinungsbild. Insgesamt könnte der SPD aufgrund des gegenwärtig diffusen Meinungsbilds ihrer Anhänger die Gefahr drohen, dass mit der politischen Polarisierung im Verlaufe des Wahlkampfes ein Teil der gegenwärtigen Sympathisanten zu Parteien abwandert, in denen sie ihre Positionen entschiedener vertreten glauben.

Momente des Umbruchs. Sozialstruktur und Lebensqualität in Ostdeutschland Berlin 1994 (Auszüge).

Einleitung

Die gesellschaftlichen Umwälzungen, die im Herbst 1989 in der damaligen DDR begannen und die sich nun in Ostdeutschland fortsetzen, veränderten dort das politische und wirtschaftliche, das soziale und kulturelle Leben radikal und verändern es heute noch. Das Institut für Sozialdatenanalyse e. V. Berlin (ISDA) hat im Projekt «Sozialstruktur und Lebensqualität» (SLQ) diese Veränderungen mit repräsentativen empirischen Untersuchungen begleitet. [...]

Diese Veränderungen erzwingen unseres Erachtens einen (zumindest aktuellen) Perspektivwechsel des sozialwissenschaftlichen Forschungsansatzes, denn Auffassungen, die von einem eher stationären Zustand von Gesellschaft ausgehen, mit «sozialem Wandel» als bloß impliziten Bewegungsmoment erweisen sich für die soziale Erforschung rasanter und radikaler gesellschaftlicher Veränderungen als unangemessen.

Als eminent überprüfungsbedürftig erscheinen Annahmen, nach denen sich die Ereignisse «zwanglos in der Perspektive von Modernisierung und Modernisierungstheorie» (Zapf 1991: 32) behandeln lassen. Notwendig sind konzeptionelle Ansätze und eine Begrifflichkeit, mittels derer die Prozesshaftigkeit von Gesellschaft thematisiert und zum zentralen Bezugspunkt gemacht wird. Der hier vorgelegte Band kann und soll sich dieser Aufgabe nicht stellen. Aber die Dokumentationen, die er enthält, können als Material in diesen Prozess eingehen.

Die gesellschaftlichen Veränderungen, die sich in der DDR beziehungsweise in den ostdeutschen Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland vollzogen haben und sich weiter vollziehen, sind Bestandteil der Umwälzungen in Osteuropa, und sie sind gleichzeitig ein Sonderfall. Die Hoffnungen der Bevölkerungsmehrheit in der DDR hatten eine Adresse. Folgerichtig mündeten die erstrebten Veränderungen in den staatlichen Anschluss an die Bundesrepublik Deutschland. So gesehen «ging» dieses Land tatsächlich in den Westen, wie es in einem Gedicht von Volker Braun heißt. Beschränkt wurde ein Weg, der den anderen osteuropäischen Gesellschaften verschlossen ist. Und dieser Weg zahlte sich auch aus, die Differenz gegenüber der sozialen Situation in Ländern wie Polen, Lettland oder gar Rumänien ist inzwischen gewaltig.

Ein wichtiges Ergebnis unserer Untersuchungen besteht darin, dass die gesellschaftlichen Veränderungen für die meisten Menschen in Ostdeutschland in dieser ersten Phase (1990 und 1991) einen klaren Wohlstandsgewinn gebracht haben. Gleichzeitig wird eine früher in vieler Hinsicht abgeschirmte Gesellschaft mit neuen Gesetzen, Normen, Institutionen konfrontiert und damit existenziell verunsichert. Nicht nur die Staatssicherheit, auch so manche andere Sicherheit ist perdu. Nachdem die Währungsunion und der Anschluss an die BRD von einer Mehrheit als Gewinn (an Wohlstand, an Freiheit, an Vielfalt, ja an «Welt») erfahren wurde, und diejenigen, die einen Arbeitsplatz haben, an den Segnungen der allmählichen Tarifangleichungen teilha-

ben, erleben andere vor allem die Gefährdungen, und sie erleben sie als Trendwende. Auch Politiker im Westen fragen sich, warum die Stimmung in Ostdeutschland so miserabel ist. Das konnte an dieser erfahrenen Trendwende liegen, die verhindert, dass sich der Wohlstandsgewinn in gesellschaftsweites Wohlbefinden umsetzt.

Gleichwohl: Eine verbreitete Sehnsucht zurück zur DDR-Gesellschaft gibt es nach unseren empirischen Ermittlungen nicht, und es gibt dafür auch keinen Grund. Bei näherem Hinsehen zeigt sich an vielen Stellen: Die DDR war kein Wunderland. Aber die DDR-Gesellschaft lässt sich auch nicht *post festum* als eine ausschließlich negativ definierte Gesellschaft fassen: als Nicht-Demokratie, als Nicht-Marktwirtschaft, als Nicht-Rechtsstaat, als Nicht-Zivilgesellschaft. Die DDR-Gesellschaft war nicht das, was sie nicht war. Sie war eine reale, von ihren Bewohnern ungeliebte oder geliebte, eine kritisierte und weithin akzeptierte soziale und politische Realität. Wie die BRD war sie eine Folge des vom nationalsozialistischen Deutschen Reich verlorenen Kriegs und verdankte ihre Entstehung und ihre besondere Entwicklung der von den Alliierten initiierten Nachkriegsordnung. Das Problem besteht eben nicht darin, dass eine Nicht-Gesellschaft nun von ihrer Nichtigkeit befreit wird, sondern dass diese Gesellschaft umbricht und umgebrochen wird.

Im Verlauf des Projekts wurden seine Akteure immer wieder herausgefordert, sich mit der DDR-Geschichte und ihrer eigenen Geschichte auseinanderzusetzen. Und es führte auch zu schmerzhaften Einsichten, von denen die wohl gravierendste ist, dass der grundlegende Fehler des realen Sozialismus möglicherweise in dem Versuch bestand, eine Gesellschaft quasi vom Reißbrett, von einer Theorie her zu gestalten. Und dass der Unterschied jener, die einen besseren Sozialismus wollten, zu den Herrschenden sich darauf reduzierte, ein anderes Reißbrett zu wünschen.

Ein solcher Versuch «beschädigt» generell sowohl die Wirklichkeit als auch die Theorie. Indem die Theorie zum Maßstab für die Gestaltung der Wirklichkeit wird, gerät die Realität zur Abweichung von der Theorie; nicht die Theorie ist verantwortlich, sondern die Realität. Damit kann sich jedoch auch die Theorie nicht entwickeln, ihr Wirklichkeitsbezug und ihr Wahrheitsgehalt werden immer geringer. Sie entfällt als Korrektiv für die sozialen Akteure. Jetzt ist durchaus die Gefahr groß, die Bewertung der aktuellen gesellschaftlichen Veränderungen, ihrer sozialen Folgen usw. wiederum von eben einem theoretischen Standpunkt aus vorzunehmen. Und darin besteht sicher ein Problem des Projekts. Nicht Voreingenommenheit – welcher Art auch immer – ist geboten, sondern umfassende Analyse der realen Veränderungen.

Noch nie zuvor in der Geschichte stand die sozialwissenschaftliche Forschung vor einer derartigen Herausforderung, noch nie hatte sie aber auch die Chance, in teilnehmender Beobachtung gesellschaftliche Veränderungen eines solchen Ausmaßes, einer solchen Intensität und Geschwindigkeit, wie sie sich seit Herbst 1989 in der ostdeutschen Gesellschaft vollziehen, zum Gegenstand empirischer und theoretischer Untersuchungen zu machen. Sie steht damit auch vor der Herausforderung, die Frage beantworten zu müssen, welchen Charakter diese gesellschaftlichen Veränderungen

aufweisen. Das Problem der Richtungsbestimmung von sozialem Wandel steht völlig neu. Für das Projekt SLQ bedeutet dies, ausgehend von der – empirisch gestützten – Dokumentation von Sozialstruktur und Lebensqualität, die Richtung der sich vollziehenden und zu beobachtenden Veränderungen zu bewerten. Handelt es sich um Transformation, um Adaption oder um einen Umbruch?

Transformation läge vor, wenn unter Beibehaltung grundlegender Qualitäten ein anderes Vergesellschaftungsniveau erreicht wurde. Diese Variante kann nach dem bisherigen Verlauf der gesellschaftlichen Veränderungen keine treffende Kennzeichnung sein.

Als *Adaption* wäre ein Prozessverlauf zu charakterisieren, wenn die strukturellen und soziokulturellen Muster der westdeutschen Gesellschaft sich auf die ostdeutsche Gesellschaft übertragen ließen.

Als *Umbruch* wären die Veränderungen zu qualifizieren, wenn sie nicht eindeutig oder zumindest überwiegend einer der eben benannten beiden Arten von Prozessverläufen zugerechnet werden können.

Der gegenwärtige Stand des Projekts legt die «Umbruchsthese» nahe: Es entsteht eben eine völlig andere Sozialstruktur. Allerdings gibt es auch transformatorische Momente. Die sich reorganisierenden sozialen Gruppen tragen ihre soziale Biografie (in ihrer Differenziertheit) in sich. Auf dem Gebiet der Alltagskultur sind sowohl Transformationen als auch Adaptionen festzustellen.

Die aktuelle Problemlage ist durch den Widerspruch charakterisiert, dass zum einen geeignete wissenschaftliche Erklärungen und Modelle nicht vorliegen, deren Fehlen auch nicht durch «geniale Ahnungen» kompensiert werden kann. Zum anderen ist die Gesellschaft auf entsprechendes soziologisches Wissen angewiesen, wie es die DDR auch benötigt hätte. Abgesehen davon, ob wichtige Akteure heute solches Wissen überhaupt wollen und berücksichtigen würden, es enthielte doch die Möglichkeit für Rückkopplungen in die laufenden Veränderungen.

Andererseits: Eine solche Analyse kann nicht theoretisch voraussetzungslos angegangen werden. Eine unserer Schwierigkeiten besteht darin, dass ein analytischer Zugang permanent mit kritischer Auseinandersetzung mit bestehenden Konzeptionen und Forschungsstilen verbunden sein muss. Es verhält sich ja so, dass viele der früheren soziologischen Aussagen über den Zustand der DDR-Gesellschaft von der Wirklichkeit überholt und falsifiziert worden sind. Auch in der methodologischen Anlage der verwendeten Theorieansätze waren Revisionen erforderlich, für die allerdings in den vergangenen Jahren vorgearbeitet worden war. Zum einen hatte die DDR-Soziologie aus guten Gründen eine gesellschaftstheoretische Enthaltbarkeit an den Tag gelegt und sich auf konkrete Prozesse bezogen, das andere war Sache des historischen Materialismus. Zum anderen dominierte eine Orientierung auf Stabilität und Stabilisierung des Bestehenden, was in der Theorie seinen Niederschlag in der Dominanz der strukturellen Dimension marxistischer Theorietradition und ihrer dichotomatischen Begrifflichkeit fand (Produktivkräfte – Produktionsverhältnisse,

Basis – Überbau, gesellschaftliches Sein – gesellschaftliches Bewusstsein usw.). Nun ist das Prozesshafte augenfällig. In Anknüpfung an Vorarbeiten der letzten Jahre, insbesondere an den Vergesellschaftungsansatz auf der Ebene der soziologischen Theorie (Steiner 1985: 186; Wittich 1989: 74–75) und den Funktionsgruppenansatz in der Sozialstrukturforschung (Lötsch 1981: 85–87), arbeiten wir in dem Projekt mit einem Vergesellschaftungskonzept. Damit rücken genetische Aspekte marxistischer Theorietradition stärker in den Vordergrund, vor allem die marxische Erkenntnis, «dass die jetzige Gesellschaft kein fester Kristall, sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus ist» (MEW 23: 16). Der Begriff «Vergesellschaftung» umfasst zwei Dimensionen. Die eine Dimension betrifft die Beziehungen zwischen Individuum und Gesellschaft, das «vergesellschaftete Individuum», die andere drückt aus, dass die verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche und Prozesse miteinander in Zusammenhang stehen. Er reflektiert ihre komplexe Vernetzung und Verflechtung, die sowohl Bedingungen für das Wirken sozialer Subjekte als auch dessen Resultat darstellen. Nach Unterschieden in der Art und Dichte der Zusammenhänge können verschiedene Niveaus von Vergesellschaftung unterschieden werden. [...]

Sozialstrukturelle Veränderungen – Verläufe und Konturen

Das Problem: Wandel oder Umbruch der Sozialstruktur?

Die gesellschaftlichen Veränderungen, die sich seit dem Herbst 1989 zunächst in der DDR und dann in Ostdeutschland vollzogen haben und vollziehen, sind umfassend und tiefgreifend. Diese wirkten und wirken insbesondere auf die Sozialstruktur.

Einen ersten Eindruck vermittelt ein Blick auf den Umfang von Mobilitätsprozessen. Der Wechsel der beruflichen Tätigkeit, den große Teile der erwerbstätigen Bevölkerung seit dem Herbst 1989 vollziehen mussten, kann dafür als ein wichtiger Indikator gelten. Nach dem ersten Jahr des Umbruchs, im Oktober 1990, hatte gut ein Siebtel der erwachsenen Bevölkerung die Tätigkeit gewechselt oder wechseln müssen. Im Oktober 1991 ging bereits jeder Dritte einer anderen Tätigkeit nach als noch zu DDR-Zeiten, mehr als die Hälfte davon unfreiwillig.

Dabei muss man berücksichtigen, dass ein Fünftel der erwachsenen Bevölkerung gar nicht berufstätig ist. Das heißt, zwei Fünftel der Berufstätigen mussten umsitzen – eine in der Tat umfassende Veränderung. Ein weiterer Aspekt verdient in diesem Zusammenhang Beachtung: Veränderungen in der beruflichen Tätigkeit vollzogen sich für verschiedene Erwerbstätigengruppen sehr unterschiedlich. In der ersten Phase waren Angehörige der Intelligenz und Bauern nur in geringerem Umfang betroffen. In Industrie und Verwaltung vollzogen sich die Veränderungen offenbar am schnellsten. Inzwischen bietet sich allerdings ein «ausgeglichenes» Bild.

Mit Pierre Bourdieu kann man soziale Aufstiege beziehungsweise Abstiege als Verlagerungen innerhalb eines sozialen Raums charakterisieren (Bourdieu 1991: 212). Bourdieus Ansatz ist doppelt relational: Die Stellung in diesem sozialen Raum kann

sich verändern, aber auch die Struktur des Raums. Bezugspunkte sind zum einen die Relation zur eigenen vorherigen sozialen Stellung hinsichtlich Sozillage und zum gewonnenen Prestige, die als Veränderung – Verbesserung oder Verschlechterung – erlebt wird; zum anderen die Relationen zu anderen sozialen Akteuren und die Reflexion des Verhältnisses zu deren Situation beziehungsweise Situationsveränderung. [...]

Waren im ersten Jahr der Veränderungen Tätigkeitswechsel eher mit sozialem Aufstieg verbunden oder wurden als sozial gleichwertig angesehen – lediglich Arbeiter waren in stärkerem Maße von sozialem Abstieg betroffen –, so hat sich die Situation inzwischen erheblich verändert: Für jeden Dritten bedeutet der Tätigkeitswechsel sozialen Abstieg, auch für Angestellte. Aufstiege sind für sie rar geworden. Fast jeder zweite Arbeiter und jeder zweite Angehörige der Intelligenz musste bei beruflicher Veränderung einen sozialen Abstieg in Kauf nehmen. Man kann davon ausgehen, dass die sozialstrukturellen Veränderungen mit einer umfassenden Abwertung bisher erworbener Qualifikationen und Berufserfahrungen verbunden sind.

Nur für Handwerker hingegen, Unternehmer (unter ihnen sind ja auch nicht wenige, die das unfreiwillig geworden sind) sowie für freiberuflich Tätige ist sozialer Aufstieg wahrscheinlicher.

Ohne diese Daten überzuinterpretieren, können dennoch drei Feststellungen getroffen werden:

1. Es handelt sich in der Tat um großflächige und tiefgreifende Veränderungen der sozialen Struktur.
2. In diesen Veränderungen verbergen sich unterschiedliche Ursachen und/oder Vermittlungen.
3. Die Veränderungen haben für die verschiedenen sozialen Gruppen unterschiedliche Folgen.

Zu prüfen ist im Folgenden die Hypothese, dass sich in der Sozialstruktur der ostdeutschen Gesellschaft nicht die Überleitung aus einem Strukturzustand in einen anderen vollzieht, sondern dass es sich um einen radikalen, diskontinuierlichen Strukturwandel handelt, um Umbrüche in der gesamten Sozialstruktur.

Zu theoretisch-methodologischen Voraussetzungen

Seit Jahren gibt es (bzw. gab es) in West und Ost anhaltende Diskussionen unter Soziologen über Sozialstruktur und Sozialstrukturtheorie.² Der Zusammenbruch der Gesellschaften des realen Sozialismus hat diese Diskussionen weiter intensiviert.³

2 Einen Überblick über die Sozialstrukturdiskussion in der BRD geben u. a.: Berger (1986) und Hradil (1987). Aus anderer Perspektive stellte Ulrich Beck die laufenden Diskussionen infrage, siehe Beck (1986). Zur Sozialstrukturdiskussion in der DDR siehe Weidig (1988). Dieses Buch dokumentiert die merkwürdigen Formen, in denen in der DDR ideologisch relevante theoretische Diskussionen ausgetragen wurden (allerdings nicht öffentlich): Verschiedene Positionen wurden einfach nebeneinandergestellt [...].

3 Einen Überblick über die aktuellen Diskussionen geben u. a. Zapf (1991) und Thomas (1992).

In der einstigen DDR wurde, wie Peter A. Berger anmerkt, «eine ganze Gesellschafts- und Sozialstruktur, einschließlich ihres rechtlich-institutionellen Grundgerüsts und ihrer kulturell-normativen Orientierungsmuster, von heute auf morgen zu Disposition gestellt» (Berger 1992: 129). In Übereinstimmung mit dieser Diagnose sehen wir uns legitimiert, vom «Umbruch» der Sozialstruktur zu sprechen. An Brüchen lassen sich gegenwärtig wenigstens folgende konstatieren:

- der *Zusammenbruch der Beschäftigungssysteme* in Ostdeutschland,
- die tendenzielle Deindustrialisierung und die Reduzierung der Agrarproduktion (*Bruch in den Reproduktionsbedingungen*),
- Verlust der Funktionen eines Großteils der politischen, sozialen und kulturellen Institutionen der ehemaligen DDR, das heißt von entsprechenden Teilen der ostdeutschen Sozialstruktur, soweit sie nicht in die veränderten Vergesellschaftungszusammenhänge integriert werden.

Ebenfalls als Aspekte eines Umbruchs sind folgende radikale Veränderungen zu betrachten:

- solche entlang der *Geschlechterlinie*,
- in der *Qualifikationsstruktur* sowie
- ein Bruch in der *Bewertung relevanter Ressourcen*.

So viel scheint zunächst sicher: Die Ursachen der sozialstrukturellen Entwicklungen liegen in den gesellschaftlichen Veränderungen. Aber diese Aussage ist nur in einer ersten Annäherung plausibel. Denn noch bleibt offen, welche sozialen Kräfte mit welchen Potenzialen, in welchen Beziehungen zueinander den Umbruch vollzogen haben und den Übergang in die andere gesellschaftliche Wirklichkeit realisieren (es gibt keine sozialen Prozesse ohne Subjekt); also man steht wieder am Anfang. Wie lassen sich diese Subjekte sozialstrukturell identifizieren? Die Akteure der Wende im Herbst 1989 sind mit den Kategorien der Klassentheorien (Segert 1991: 73) nicht zu beschreiben. Ihr Kern, die Bürgerbewegungen, gruppieren sich eher um sozio-kulturelle Milieus, um Lebensziele und Lebensstile. Anders scheint es sich mit jenen Akteuren zu verhalten, die die Weichen in Richtung Anschluss an die Bundesrepublik Deutschland stellten. Soweit diese Akteure der DDR-Gesellschaft entstammten (und zugleich auch die «ideologische Hegemonie» der West-CDU ermöglichten), scheint sie Hegels «List der Vernunft» gleichsam eingeholt zu haben: Der stärkste Druck auf die deutsche Vereinigung in der Hoffnung auf Besserung der Verhältnisse kam vor allem von Arbeitern, die die «Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik» überhaupt erst ermöglicht hatten, jedoch selbst in ihrem Schatten lebten, mit schlechten Arbeitsbedingungen, niedrigem Einkommen, schlechten Wohnbedingungen, in ökologisch besonders belasteten Regionen. In und mit der Wende offenbarte sich, dass die reale Arbeiterklasse der ehemaligen DDR den Politikern und Ideologen der «führenden Rolle der Arbeiterklasse» die Loyalität aufgekündigt hatte. Einerseits scheint sich so zu bestätigen, dass «Klassenverhältnisse [...] sozial und politisch [...] fast irrelevant geworden» sind (Hradil 1991: 362), andererseits verweist die Abfolge der Ereignisse

darauf, dass sie zumindest phasenweise erhebliche Bedeutung erlangen konnten und können.

Es soll nun darauf verwiesen werden, dass Fragen nach dem Charakter dieser Umbrüche, nach ihren Verlaufsformen und Resultaten wichtige Felder für aktuelle Sozialstrukturforschung sind.

In der DDR gab es bis 1989 eine zwar durch Ideologie mitgeprägte, konzeptionellen Auseinandersetzungen ausgesetzte, jedoch insgesamt aktive Sozialstrukturforschung (Lötsch/Lötsch 1988: 94–98). Aber auf eine Aufgabe dieser Größenordnung war sie nicht vorbereitet. Zurückliegende Sozialstrukturforschungen haben keine hinreichende Vorstellungen über die Sozialstruktur der DDR liefern können. Das lag vor allem daran, dass – aus politischen beziehungsweise ideologischen Gründen – die Frage nach der Verschiedenartigkeit im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess verwertbarer und damit strukturbildender Ressourcen weitgehend ausgeblendet blieb. Teils waren die Themen zu «heiß»; das trifft zu für Ressourcen wie politische Macht, Verwaltungskompetenz, kulturelle Potenziale und anderes, teils schienen sie bedeutungslos wie zum Beispiel Eigentum an Boden und Gebäuden.

In den heute bekannten Sozialstrukturtheorien gibt es keine Modelle für plausible Erklärungen zu den aktuellen Umbrüchen in der Sozialstruktur. Bis vor Kurzem wurde die «Stabilitätsthese» (Hradil 1987: 28) favorisiert, die, heute zumindest, suspendiert scheint. Dementsprechend existieren nun stationäre oder evolutionäre, hingegen keine «transitorischen» Modelle. Die Klassentheorie enthält zwar ein solches transitorisches Modell, das aber ist in seiner Entwicklungsrichtung festgelegt – anders festgelegt. Abstrahiert man von der im Kontext der sozialökonomischen Entwicklungslogik des historischen Materialismus definierten Entwicklungsrichtung (als unumkehrbaren Prozess zum Sozialismus und Kommunismus) – und die Realität erzwingt diese Abstraktion –, dann bleibt immerhin, dass veränderte Eigentumsverhältnisse an Produktionsmitteln Veränderungen in der sozialen Gliederung der Gesellschaft bewirken. An dieser Stelle stellen sich drei Fragen:

Erstens: Ist das Eigentum (bzw. die Eigentumsart: privat bzw. gesellschaftlich) an Produktionsmitteln tatsächlich das einzige für Prozesse der sozialen Strukturierung relevante Kriterium oder stellen sich die Aneignungs- und Vergesellschaftungsprozesse nicht wesentlich vielfältiger und differenzierter dar? Es ist empirisch zu prüfen, ob nicht in der Tat sozial ungleich verteilte Ressourcen wie politische Macht, Verwaltungskompetenz, spezielle Qualifikationen, kommunikationsfördernde kulturelle Potenziale, Organisiertheit, Verfügung über Informationen und anderes, um die je spezifische Aneignungsweisen gruppiert sind, auch ihrerseits strukturbildend wirken.

Zweitens: Handelt es sich tatsächlich um eine Rückkehr von einer – wie angenommen – Klassengesellschaft «neuen» Typs (d. h. ohne antagonistische Klassen) zur kapitalistischen Klassengesellschaft? Hier sind beide Seiten dieser Aussage zu prüfen. Das konkrete Ende des realen Sozialismus legt die Vermutung nahe, dass es sich eben doch nicht um eine nicht antagonistische Gesellschaft gehandelt haben kann. Und:

Wenn es sich jetzt um eine Klassengesellschaft handelt, dann ist es doch gewiss nicht mehr die Klassengesellschaft des 19. Jahrhunderts oder der Zeit vor der Weltwirtschaftskrise.

Drittens ist zu überprüfen, ob die Klassentheorie das angemessene Modell für die Beschreibung und Kennzeichnung einer Gesellschaft ist, von der behauptet wird, dass sie sich im Übergang von der Moderne zur Postmoderne befindet. Hat mittlerweile die mit der wissenschaftlich-technischen Revolution zusammenhängende Ausdifferenzierung sozialer Schichten und Gruppen eine Dimension erreicht, die andere Kriterien als die der Klassentheorie relevanter für die Formierung sozialer Subjekte im Geschichtsprozess und auch in den alltäglichen Reproduktionsprozessen der Gesellschaft erscheinen lässt? Wenn ja, wäre damit auch die Frage nach den Mechanismen der Zuweisung differenzierter Lebenschancen neu zu stellen.

Werden bei der Untersuchung sozialer Prozesse und Probleme Aspekte der Vergesellschaftung zum zentralen Bezugspunkt, ermöglicht ein solcher Ansatz, soziale Gliederungen und soziale Strukturen in ihrer Genese, Reproduktion und in ihren Veränderungen zu fassen. Karl Marx bezeichnete diesen Vorgang als «Distribution der Mitglieder der Gesellschaft unter die verschiedenen Arten der Produktion (Subsumtion der Mitglieder der Gesellschaft unter bestimmte Produktionsverhältnisse)» (MEW 42: 31). Es ist selbstverständlich, wie vielfach schon zu Recht eingewandt, nicht die gesellschaftliche Produktion allein, die die soziale Strukturierung erzeugt und bestimmt. Die aus den Produktionsstrukturen erwachsenden sozialen Differenzierungen werden durch Strukturbildungsprozesse vermittelt, ergänzt und überlagert, die mit Lebenslagen, Lebensstilen, Lebensführung und soziokulturellen Milieus zusammenhängen. Es sind also sicher nicht die mit Arbeit verbundenen Vergesellschaftungsprozesse allein, die strukturbildend wirken, aber gerade die aktuelle Situation in Ostdeutschland unterstreicht, dass «der Bereich der Arbeitsbedingungen mehr denn je als zentrale Dimension sozialer Ungleichheit» (Hradil 1987: 29) zu gelten hat.

Für die Analyse sozialer Strukturen und ihrer Veränderungen wurden im Projekt «Sozialstruktur und Lebensqualität» folgende Ausgangspositionen festgestellt:

1. Menschen gehen bei der Reproduktion ihrer Lebensbedingungen Beziehungen ein, setzen sich in Beziehung zu vorhandenen Institutionen und Gruppen, sie produzieren arbeitsteilig füreinander, leisten einander Dienste, produzieren, verändern, verbreiten Informationen, tauschen Produkte und Dienstleistungen aus. Mit diesem Einbringen und Reproduzieren des gesellschaftlichen Beziehungsgeflechts erfolgt zugleich die Verortung in diesem Geflecht, ein dialektischer Prozess von eigener Reproduktionsleistung und einem gesellschaftlichen Bedürfnis nach Reproduktionsleistungen, von subjektivem Einbringen und sozialem Gebrauchtwerten.
2. Individuen bringen in diesen Prozess unterschiedliche Voraussetzungen ein. Sie differieren überdies nach Alter, Geschlecht, Lebensstilen usw. Sie repräsentieren also unterschiedliche Ressourcen in den gesellschaftlichen Beziehungen, die ihrerseits weitgehend Resultat vollzogener Sozialisationen, gegebener Möglichkeiten und

Beschränkungen sind. Diese unterschiedlichen Ressourcen eröffnen bestimmte Aktionsräume und verschließen andere. Und sie stoßen wiederum auf objektive Möglichkeiten und Beschränkungen. In diesen Interaktionen sozialer Subjekte entstehen Gleichförmigkeiten in Soziallagen, Interessen und Bedürfnissen, Handlungsdispositionen, Kulturstilen, kurzum in den Lebenschancen. Da zugleich diese Interaktionen subjektive Gestaltungsräume einschließen, besitzen die einzelnen Momente des Beziehungsrasters zugleich eine Vielfalt von Erscheinungsweisen. Gleichförmigkeiten schließen Differenzierungen ein.

3. Objektiv sind diese Differenzierungen durch die jeweils gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmt, in denen definiert ist, welche Realisierungschancen die verschiedenen verwertbaren Ressourcen besitzen und über welche Mechanismen die Verteilung von Lebenschancen erfolgt. Lebenschancen
 - können zugewiesen (zentral verteilt) oder
 - über Konkurrenz verteilt werden,
 - sie können unterschiedlich erreichbar und/oder als Privilegien/Ausschließungen gestaltet sein.
4. In einer ersten Annäherung erweisen sich also Sozialstruktur und ihre Reproduktion als ein Geflecht sozialer Gruppenbildungen, die zum einen das relativ Stabile am gesellschaftlichen Beziehungsgeflecht ausmachen, zum anderen mit gruppeninternen Ähnlichkeiten sowie mit Differenzierungen zwischen den Gruppen verbunden sind. Diese Differenzierungen erweisen sich im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess dann und insoweit als sozialstrukturell relevant, als sie soziale Unterschiede ausdrücken.

Methodologisch folgt daraus, dass für die Analyse von Strukturierungsprozessen mindestens drei Gruppen sozialer Merkmale relevant sind:

- a) Unterschiedliche, sozial erworbene *Ressourcen für spezifische Reproduktionsleistungen*, für verschiedene Typen von Tätigkeiten, die für die Existenz und Reproduktion der Gesellschaft erforderlich sind und mit denen sich Individuen (bzw. Gruppen) in die gesellschaftlichen Zusammenhänge einbringen; also zum Beispiel Herstellen, Reparieren, Transportieren, Verwalten, Leiten. In dieser Verfügung über Ressourcen liegt das subjektive Moment der Strukturierungsprozesse.
- b) *Unterschiede in den Ressourcen* sowie in ihrer gesellschaftlichen Wertigkeit (einschließlich der Umbewertung), mit denen sich Menschen in die gesellschaftlichen Reproduktionsprozesse einbringen bzw. nicht einbringen können: Eigentum, besonders hohe oder spezielle Qualifikation, Verwaltungskompetenz, politische Macht und andere, die ihrerseits Lebenschancen eröffnen (oder verschließen) und damit gruppenbildend wirken.
- c) Gesellschaftlich definierte Mechanismen (Regelungen, Normen etc.) der *Zuweisung von Lebenschancen*, die über die Bewertung bzw. Umbewertung von Ressourcen entscheiden.

Sozialstruktur im Mai 1990 und ihre Veränderungen

Zu einigen Aspekten sozialer Struktur der DDR vor der Währungsunion und ihren Veränderungen bei der Entwicklung zur ostdeutschen Teilgesellschaft

Bei der Übersicht über die empirischen Befunde der sozialstrukturellen Veränderungen soll zunächst der Versuch unternommen werden, die Sozialstruktur der DDR in ihrer Endphase zu rekonstruieren. Dies war schon nicht mehr die Gesellschaft, wie sie 40 Jahre als selbstständige Gesellschaft existiert und sich unter dem Einfluss externer und interner Faktoren herausgebildet und entwickelt hatte. Wesentliche ihrer Merkmale hatten sich zum Zeitpunkt unserer Erhebung bereits grundlegend verändert. Das betrifft vor allem die politischen Strukturen einschließlich des Sicherheitsapparats. Die zentralistischen Strukturen waren aufgebrochen, was vor allem sichtbare Wirkungen in der Medienlandschaft zeigte. Die DDR-Gesellschaft besaß plötzlich eine Öffentlichkeit. Formell existierte noch die Rechtsordnung der DDR, jedenfalls – weitgehend – ihre normative Seite. Aber mit der Aufhebung der «führenden Rolle» der SED erhielt auch sie eine andere Funktion in den Vergesellschaftungszusammenhängen. Aufgebrochen war auch der zentralistische Aufbau der Wirtschaft; die Betriebe und Einrichtungen versuchten, sich auf konvertierbare Währung, Marktwirtschaft und Weltmarkt vorzubereiten. International nahm die DDR nicht mehr ihren bisherigen Platz im Ost-West-Konflikt ein. Absehbar war die Auflösung des Warschauer Vertrags und damit des sogenannten Ostblocks.

Die gesellschaftspolitischen Perspektiven zeichneten sich erst in Umrissen ab, aber die Entwicklungsrichtung war vorgezeichnet: Der Realisierung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion musste der Abschluss des Einigungsvertrags folgen, mit dessen Inkrafttreten die DDR-Gesellschaft aufhören würde, als selbstständige Gesellschaft zu existieren.

Mit diesen Veränderungen gingen auch bereits Ansätze zu sozialstrukturellen Wandlungen einher. Sie betrafen aber vor allem die Spitzen der gesellschaftlichen Hierarchien. Die hierarchische Strukturierung stellte durchaus einen wesentlichen Aspekt der sozialen Strukturen der DDR-Gesellschaft dar, aber sie war nicht die einzige Strukturdimension. Über den Aufbau der DDR-Gesellschaft wurde weitgehend durch Zuweisung (oder hierarchische Versagung) von Karriere- und Lebenschancen entschieden. Andererseits sind – übrigens in keiner Gesellschaft – Entscheidungs- und Realisierungsprozesse identisch. Insofern bedeutet es Legendenbildung, die Sozialstruktur der DDR-Gesellschaft nur auf ihre hierarchisch-zentralistische Dimension zu reduzieren. Diese hat zweifellos im Entwicklungsprozess der Gesellschaft ihre Spuren hinterlassen, konnte ihn formend beeinflussen: für einzelne, auch für ganze Gruppen durchaus auch existenziell, aber insgesamt eben auch nur formend. Der Entwicklungsprozess der Gesellschaft wurde im Alltag durch die Gesamtheit der in ihr Agierenden gestaltet, die damit ihre Lebensbedingungen und ihre sozialen Beziehungen reproduzierten.

Die DDR-Gesellschaft zeichnete sich im Mai 1990 durch soziale Strukturen aus, die einerseits dominierend durch eine mehr als 40-jährige separate autoritäre Entwicklung geprägt waren. Andererseits entfalteten erste Veränderungen ihre Wirksamkeit, die aber noch nicht die strukturellen Merkmale insgesamt nachhaltig beeinflussten. Die sozialen Gruppen, die sich in den Reproduktionszusammenhängen der DDR herausgebildet hatten, existierten zunächst weiterhin.

So richtig es ist, dass mit Veränderungen sozialer Strukturen die Kategorien und Kriterien zu ihrer Kennzeichnung verändert (zum Teil neu eingeführt) werden müssen, so notwendig ist es auch, zunächst von den zuvor wirksamen auszugehen. Für dieses Vorgehen sprechen zwei empirische Argumente: Bei der Untersuchung der Gruppenzugehörigkeit wurden zwei Verfahren angewandt, das der Selbstzuordnung, bei der die Probanden selbst ihre Gruppenzugehörigkeit bestimmten, und eine Fremdzuzuordnung, bei der die Zugehörigkeit entsprechend der angegebenen Berufe und Tätigkeiten bestimmt wurde. Die Ergebnisse sind nahezu deckungsgleich. Die große Mehrheit der Befragten (92,5 %) hatte keine Mühe, sich einer der vorgegebenen Gruppen zuzuordnen (was sich bei späteren Untersuchungen änderte). Das heißt, dass zunächst die in der DDR üblichen Sozialkategorien eine hohe Akzeptanz besaßen.

Tabelle 1: Sozialstruktur im Mai 1990 (in %)

	gesamt	Frauen	Männer	Berufstätige	Nichtberufstätige
Arbeiter	38,0	38,5	37,6	39,0	32,9
Angestellte	28,2	27,7	28,9	28,5	26,4
Intelligenz	20,0	20,5	19,0	21,2	13,0
Genossenschaftsbauern	5,9	5,7	6,2	5,5	8,2
Handwerker	1,3	1,2	1,2	1,3	0,4
Selbstständige	2,2	2,2	2,3	2,5	0,9
andere	4,5	4,3	4,8	1,9	18,2
gesamt	100	56,2	43,8	77,8	22,2

Quelle: ISDA 1994

Im Mai 1990 hatte die erwachsene Bevölkerung der DDR demnach die [in Tabelle 1 dargestellte; Anm. d. Hrsg.] Zusammensetzung.

Diese Tabelle bestätigt die oben getroffene Feststellung: Die Verteilung der erwachsenen Bevölkerung über die sozialen Gruppen entsprach im Mai 1990 den Forschungsergebnissen vor 1989. In der Kategorie «andere» sind vor allem Nichtberufs-

tätige zu finden, die sich den anderen Gruppen nicht zugeordnet haben.⁴ Frauen und Männer wiesen hinsichtlich ihrer jeweiligen Gruppenstruktur nahezu Übereinstimmung auf, das heißt, Frauen hatten sich in ihrer Gruppenstruktur an die der Männer angenähert. Berufstätige und Nichtberufstätige unterschieden sich in ihren Strukturen kaum. Nur bei zwei Gruppen sind die Unterschiede relevant: bei Angehörigen der Intelligenz und bei Genossenschaftsbauern. Bei Angehörigen der Intelligenz erklärt sich die Differenz vor allem daraus, dass höhere Bildung bei jüngeren Generationen deutlich häufiger vorkommt als bei älteren.

In der Gruppe der Genossenschaftsbauern liegt die Hauptursache in einer deutlichen Überalterung: Jüngere Jahrgänge waren in ihr unterrepräsentiert, ältere überrepräsentiert.

Ein ähnliches Bild vermittelt die Übersicht über die Verteilung der erwachsenen Bevölkerung hinsichtlich der Wirtschaftsbereiche.⁵ Die relativ größte Gruppe war in der Industrie (26,3%) beschäftigt, die nächstgrößere Gruppe arbeitete in der Landbeziehungsweise Forstwirtschaft (13,7%). Der Anteil der in der Landwirtschaft Tätigen erscheint für eine «Industrie»-Gesellschaft relativ hoch. Zu bedenken ist jedoch, dass die gesamte Nahrungsgüterindustrie diesem Bereich zugerechnet wurde. Trotzdem: Die DDR-Landwirtschaft war arbeitsintensiv, was auf einen niedrigen Technisierungsgrad hinweist. Überdies fällt auf, dass sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft der Anteil bei den Nichtberufstätigen größer ist als bei den Berufstätigen insgesamt. Das deutet darauf hin, dass der Anteil der Beschäftigten in Güter herstellenden Bereichen rückläufig war. Dies geht allerdings nicht einher mit einem relativen Bedeutungszuwachs dienstleistender Bereiche wie anderorts, denn auch im Handel (10,6%) zum Beispiel herrschten ähnliche Relationen. Einen Zuwachs hatte hingegen das Bauwesen (8,2%) zu verzeichnen. Dies hängt mit dem Wohnungsbauprogramm der 1970er und 1980er Jahre zusammen, mit der Folge einer Vergrößerung der Anzahl von Lehrstellen und von Arbeitsplätzen in Baubetrieben. Auch in Wissenschaft, Bildung und Kultur (12,3%) sowie im Gesundheits- und Sozialwesen (7%) waren die Anteile an den Berufstätigen hoch. Mehr als die Hälfte der in diesen Bereichen Tätigen war unter 40 Jahre alt. Das spricht dafür, dass ein Ausbau kreativer Potenziale angestrebt worden war, diese Potenziale aber – wie aus Untersuchungen aus dem Jahr 1988 bekannt ist – nicht produktiv geworden sind. Deutlich wird jedenfalls, dass jene Bereiche, die man zu den «gehobenen» und sozialen Dienstleistun-

4 Das etwa zur gleichen Zeit erhobene sozio-ökonomische Panel, das mit anderen Indikatoren arbeitet, kommt zu vergleichbaren Ergebnissen: Arbeiter 37 Prozent, Angestellte mit einfacher und mittlerer Qualifikation 27 Prozent, Angestellte mit hoher Qualifikation und Leitungsaufgaben 16 Prozent, Bauern/in der Landwirtschaft Tätige zehn Prozent, Selbstständige drei Prozent (Blaschke 1991: Tabelle 1114).

5 Bei der Gruppe der Nichtberufstätigen dominierte eindeutig die der Rentner (83,2%), in der Ausbildung befanden sich knapp fünf Prozent, im Grundwehrdienst 0,2 Prozent, Hausfrauen waren rund 7,3 Prozent (3,8% aller Frauen), arbeitslos zu diesem Zeitpunkt knapp vier Prozent der Nichtberufstätigen und im Vorruhestand 0,3 Prozent (zusammen knapp 1% der Erwerbsfähigen). Zu diesem Zeitpunkt konnte man von Vollbeschäftigung sprechen.

gen zählt, sich expansiv entwickelten, immer aber im Zusammenhang mit hierarchischen Bürokratien.

Es entwickelte sich damit ein Widerspruch zu den «gewöhnlichen», den alltäglichen Dienstleistungen, die – wie schon der niedrige Anteil von Handwerkern und Selbstständigen zeigt – relativ gering ausgebildet waren.

Fast 90 Prozent der erwachsenen Bevölkerung der DDR verfügten (zumindest formal) über einen beruflichen Abschluss. Die größte Gruppe war die der Facharbeiter, knapp ein Fünftel verfügte über einen Fachschulabschluss, etwa jeder Achte über einen Hochschulabschluss. Fast die Hälfte der Hochschul- wie auch Fachschulabsolventen gehört zu den Altersgruppen unter 40 Jahren. In den älteren Generationen nimmt der Anteil mit höheren Qualifikationen ab. Dabei ist erwähnenswert, dass insgesamt das Qualifikationsniveau der Frauen in der DDR dem der Männer nahezu gleich kam. Allerdings waren Frauen wesentlich seltener zum Beispiel in Leitungsfunktionen tätig, und sie waren kaum in Spitzenpositionen der Wirtschaft und der Wissenschaft anzutreffen. Auch das Einkommensniveau der Frauen lag in allen Qualifikationsgruppen insgesamt unter dem der Männer.

Es ist aus den Daten erkennbar, dass das Phänomen niedrigster Qualifikation nicht völlig beseitigt war. Die Gruppe der Un- und Angelernten hat sich auch in der DDR – wenngleich in verringertem Umfang – beständig reproduziert. Zusammen mit dem verbreiteten Phänomen berufler Arbeit unterhalb der erworbenen Qualifikation ergaben sich negative Sozillagen, die im sozialen Spannungsfeld der DDR-Gesellschaft einen der wesentlichen Pole bildeten. Den Gegenpol bildeten Spitzenpositionen in Politik, Militär, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft. Allerdings lagen die Differenzierungen wesentlich unter dem Niveau der westlichen Industrieländer.

Eine weitere Konfliklinie im Kontext der Qualifikationsstruktur bestand im Verhältnis von vorhandener (formaler) Qualifikation und dem realen Niveau der Qualifikationsanforderungen im Arbeitsprozess, der verbreiteten Erscheinung eben, dass erworbene Qualifikationen nicht einsetzbar, damit auch individuell und gesellschaftlich nicht verwertbar waren. Sie wurden tendenziell entwertet, wodurch sich im Laufe der Zeit ein erhebliches Unzufriedenheits- und Konfliktpotenzial bildete.

Die Veränderungen, die sich von Mai 1990 bis Oktober 1991 in der sozialen Struktur und ihren verschiedenen Dimensionen vollzogen haben, sind erheblich. [...]

Der Anteil der Berufstätigen an der erwachsenen Bevölkerung lag im Oktober 1991 nur noch bei knapp 60 Prozent und hat sich damit im Vergleich zu Mai 1990 um nahezu ein Fünftel verringert. Dementsprechend verdoppelte sich fast der Anteil der Nichtberufstätigen. Der Grund dafür ist in dem Phänomen der Arbeitslosigkeit (Arbeitslose, Vorruheständler) zu suchen, die in diesem Zeitraum rasch angestiegen und seit Oktober 1991 weitergewachsen ist. Hier tritt nun ein *erster Bruch* in der Sozialstruktur der ostdeutschen Gesellschaft ins Blickfeld. Es handelt sich in der Tat um einen Bruch und nicht um eine «Transformation» (also nicht um eine eher quantitative

Veränderung), weil infolge der nahezu übergangslosen Einführung der Marktwirtschaft die Beschäftigung dramatisch zurückging und -geht. Der dieser Wirtschaftsordnung angepasste Arbeitsmarkt bildet sich allenfalls in Ansätzen heraus, der Lohnarbeitscharakter der Arbeitskraft nur unvollständig, für erhebliche Gruppen nur formal, weil es keine Nachfrage nach ihrer Arbeitskraft gibt. Die Abwanderung insbesondere jüngerer Fachkräfte vertieft diesen Bruch, weil sich dadurch die Voraussetzungen für Revitalisierungen von Industrie und Regionen weiter verschlechtern. Verursacht wurde dieser Bruch sowohl durch sozialökonomische Faktoren (Zusammenbruch der staatssozialistischen Wirtschaft, Privatisierung, Zusammenbruch des Ost-Markts) als auch durch politische Faktoren (Abwicklung realsozialistischer Überbau-Institutionen, Entscheidungen der Treuhandanstalt).

Alle sozialen Gruppen sind von diesen einschneidenden Veränderungen betroffen, mitunter jedoch sehr unterschiedlich und zum Teil direkt gegensätzlich.

Die Gruppe der Arbeiter und Arbeiterinnen, im Mai 1990 noch die größte soziale Gruppe in der DDR-Gesellschaft, ist geschrumpft, vor allem ist ihr Anteil an den Berufstätigen erheblich zurückgegangen. Dieser Rückgang findet in erster Linie zulasten von Frauen statt, die offenbar in einem erheblichen Umfang aus der Berufstätigkeit herausgedrängt worden sind. Insgesamt jedoch entspricht der Zahl der Reduzierung der berufstätigen Arbeiterinnen und Arbeiter kein entsprechender Zuwachs der Nichtberufstätigen. Dies weist auf ein weiteres einschneidendes strukturelles Phänomen hin: die Abwanderung insbesondere jüngerer, überwiegend männlicher Arbeiter (meist gut ausgebildete Facharbeiter) in die westlichen Bundesländer.

Die größte soziale Gruppe bilden jetzt die Angestellten. Allerdings sind dabei zwei Aspekte zu berücksichtigen: zum einen die Veränderungen in der sozialen Gruppe selbst und zum anderen die sich in der Gesellschaft verändernden Zuordnungskriterien.

Exkurs: Methodologische Probleme bei der Bestimmung veränderter sozialer Gruppen in Ostdeutschland

Um die sich real vollziehenden Veränderungen in den sozialen Strukturen empirisch fassen zu können, mussten teils neue, teils veränderte Kategorien als Indikatoren verwendet werden. So wurde der Indikator «Beamte» neu aufgenommen. Diese soziale Gruppe beginnt sich in Ostdeutschland erst in Ansätzen herauszubilden. Trotzdem war die Einführung dieses Indikators mit Blick auf spätere Forschungen erforderlich; sie können und werden zeigen, dass gerade diese Gruppe schnell anwachsen wird. Des Weiteren wurde, um mögliche Annäherungen der ostdeutschen Sozialstruktur an die der westlichen Bundesländer beobachten zu können, anstelle des Indikators «Intelligenz» der des «Akademikers» verwendet. Aus dem gleichen Grund benutzen wir die Indikatoren «Unternehmer» und «Freiberufliche» anstelle «Selbstständige». Während die zuletzt genannte Anpassung geeignet ist, neue soziale Ausdifferenzierungen

zu identifizieren, verursacht die Einführung des Indikators «Akademiker» erhebliche Probleme sowohl für die Befragten wie auch für die Auswertung.

In der Tat bezieht sich der Indikator «Akademiker» in einer marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaft auf eine andere soziale Gruppe, als sie in der staatssozialistischen Gesellschaft in der Intelligenz zusammengefasst war. In den Ergebnissen drücken sich sowohl sozialstrukturelle Ausdifferenzierungen als auch Bedeutungsveränderungen von Zuordnungskriterien aus. Offensichtlich muss die soziale Gruppe der Akademiker zunächst aus der Intelligenz hervorgehen, aber sie kann nicht mit ihr identisch sein. Anders als die Intelligenz der DDR-Gesellschaft umfasst die Gruppe der Akademiker nicht die Gesamtheit der Trägergruppen komplizierter geistiger Arbeit, die in der Regel über Hochschulqualifikation, zum Teil auch nur über Fachschulqualifikation verfügen. Bei Weitem nicht alle, die sich früher zweifelsfrei der Intelligenz zugeordnet hätten, zählen sich im Oktober 1991 zu Gruppe der Akademiker. Diese rekrutiert sich vornehmlich aus den Angehörigen der klassischen akademischen Berufe (Ärzte, Rechtsanwälte, Hochschullehrer, ein Teil der Künstler) sowie aus Personen, die in der Forschung tätig sind beziehungsweise waren. Insofern hat sich die Einführung des Indikators bewährt. Dass sich die Mehrheit der akademisch Ausgebildeten der Gruppe der Angestellten zuordnet, verweist eben auf den Bedeutungswandel von Zuordnungskriterien: Nicht mehr die Befähigung zu komplizierter geistiger Arbeit ist von übergreifender Bedeutung, sondern die Möglichkeit zur Realisierung von Arbeitsmarktchancen. Um beide Aspekte transparent zu machen, die Ausdifferenzierung einer für die ostdeutsche Gesellschaft neuen (oder die Reproduktion einer alten) sozialen Gruppe und den Wandel der Kriterien, wurden die Gruppen der Angestellten mit Hochschulqualifikation sowohl den Angestellten zugeordnet als auch, um sie wenigstens bedingt mit der «alten» Intelligenz vergleichen zu können, den Akademikern.

Auch wenn gegenwärtig die Angestellten bei den Berufstätigen die größte Gruppe bilden, so hat sich doch ihr Umfang insgesamt verringert. Zwar ist ihre Beschäftigungsrate (Anteil der Beschäftigten an der Gruppe insgesamt) nicht so rapide gesunken wie bei den Arbeitern, aber dennoch von über 80 auf gut 70 Prozent zurückgegangen. Nach Geschlechtern betrachtet, vollzog sich die Entwicklung im Vergleich zu den Arbeitern gewissermaßen seitenverkehrt: Der Anteil der Männer an den Angestellten ist rascher gesunken als der der Frauen. Es ergibt sich – zumindest zwischenzeitlich – eine «Feminisierung» der Angestelltentätigkeit. Dies mag zunächst eine «Nachwirkung» der hohen Berufstätigkeitsrate bei Frauen in der ehemaligen DDR sein, sie reicht aber keinesfalls aus, die Verdrängung von Frauen aus dem Berufsleben insgesamt zu kompensieren.

Nach wie vor (auch unter Berücksichtigung der oben dargestellten methodologischen Probleme) bildet die Intelligenz eine große und spezifische Gruppe in der Sozialstruktur Ostdeutschlands. Zwar sind insgesamt ihre Arbeitsmarktchancen besser als die anderer lohnabhängiger Gruppen, dennoch ist hier die Beschäftigungsrate

ebenfalls rückläufig (und höher als bei den Angestellten). Deutlich erkennbar ist eine tendenzielle Verdrängung von Frauen aus akademischen Berufen. Diese Veränderungen waren im Oktober 1990 längst nicht in diesem Ausmaß festzustellen. Sie sind also Ergebnis sowohl der Wirtschaftsentwicklung als auch des Umbaus staatlicher, wissenschaftlicher und kultureller Einrichtungen.

Diese Veränderungen sind der *zweite Bruch* in der Sozialstruktur der ostdeutschen Gesellschaft: der Bruch *entlang der Geschlechterlinie*. Die Frauen in Ostdeutschland befinden sich auf dem Weg in eine andere Sozialstruktur als die Männer(-gesellschaft), mit einem höheren Anteil an Dauerarbeitslosen, mit geringeren Anteilen in produzierenden und in intelligenzintensiven Tätigkeiten.

Dass Bauern nur knapp zwei Prozent der erwachsenen Bevölkerung Ostdeutschlands ausmachen (im Mai 1990 noch knapp 6%), weist gleichfalls auf eine dramatische gesellschaftliche Veränderung hin, nämlich die Auflösung der Klasse der Genossenschaftsbauern als soziale Gruppe. Im Zusammenhang mit der Veränderung der Rechtslage (Übertragung des Genossenschaftsgesetzes auf Ostdeutschland) und durch die allgemeine Wirtschaftsentwicklung wurde und wird ein erheblicher Teil der Agrarproduzenten aus den Arbeitsprozessen gedrängt, auch hier Frauen in wesentlich stärkerem Ausmaß als Männer. Zwar ist die Reduzierung der Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft ebenfalls erheblich, aber nicht so dramatisch wie bei der Gruppe der Bauern insgesamt. Der Grund besteht darin, dass sich ein erheblicher Teil der ehemaligen Genossenschaftsbauern nach Auflösung beziehungsweise Umwandlung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) nicht mehr als Bauern definiert, sondern als Arbeiter in der Landwirtschaft. Gerade bei den Bauern werden die möglichen sozialstrukturellen Wirkungen von Politik besonders deutlich: Es handelt sich faktisch um die Auflösung ganzer Wirtschaftseinheiten (der LPG) und damit einer ganzen sozialen Gruppe per Gesetz. Subjektiv bedeutet dies den weitgehenden Verlust der sozialen Identität dieser Gruppe.

Zu den Gruppen, die absolut und relativ zwischen Mai 1990 und Oktober 1991 gewachsen sind, gehören die Handwerker. Diese Gruppe hat ihren Umfang verdoppelt, ihren Anteil sogar verdreifacht. Ihr Wachstum war auch schon im Oktober 1990 feststellbar, es ist also vor allem Ergebnis der mit der Währungsunion eingeleiteten Entwicklungen und verweist darauf, dass der Dienstleistungsbereich sich nach der Beseitigung staatssozialistischer Restriktionen allmählich ausweitet und sich flexiblere Strukturen herausbilden können.

Die Gruppe der Handwerker befindet sich insgesamt in einer guten sozialen Lage, ist aber zugleich in sich stark differenziert. Bei den Handwerkern vollzieht sich eine beträchtliche Polarisierung, ein Teil der handwerklichen Betriebe ist nicht oder noch nicht in ihrer wirtschaftlichen Existenz gesichert.

In der DDR-Gesellschaft hatten die Selbstständigen insgesamt einen Anteil von etwa zwei Prozent. Im Zusammenhang mit den neuen ordnungspolitischen Rahmenbedingungen vollzogen sich gerade in diesem Bereich grundlegende Veränderun-

gen. Unternehmer, freiberuflich Tätige und mithelfende Familienangehörige sind als Wachstumsgruppen zu bezeichnen, sie haben insgesamt (im Vergleich zu den Selbstständigen, aus denen heraus sie zum Teil entstanden sind) ihren Anteil an den Berufstätigen nahezu verdoppelt. Hinzuweisen ist darauf, dass bei den Unternehmern fast ausschließlich Männer, bei den Freiberuflern dagegen Frauen dominieren.

Hinsichtlich ihres Wohlstandsniveaus stehen beide Gruppen an der Spitze der Hierarchie. Während sich die Gruppe der freien Berufe relativ homogen darstellt, ist die Gruppe der Unternehmer in sich stark differenziert. Auch für sie gilt offenbar, dass Wachstum eine Polarisierung impliziert, ein erheblicher Teil ist in seiner Existenz akut oder latent bedroht.

Die Entwicklung dieser Gruppe stellt einen Teilprozess der Herausbildung einer neuen Sozialstruktur dar. Empirische Untersuchungen unseres Ansatzes ermöglichen es nur, einzelne Seiten der Implementierung von Unternehmertum sichtbar zu machen. Ebenso wie es sich bei der politischen und teilweise bei der wissenschaftlichen Elite verhält, vollzieht sich die Herausbildung von Unternehmertum (bezogen auf die ostdeutsche Teilgesellschaft) als Import von Eliten. Nicht nur in den Chefetagen der Treuhandanstalt wird die Mehrzahl der Führungspositionen von Westdeutschen eingenommen. Das gilt offenbar auch für die meisten der bisher privatisierten Unternehmen, für die Filialen westlicher Unternehmen sowieso.

Es beginnt sich zwar in der ostdeutschen Gesellschaft ein neues Unternehmertum als Wirtschaftssubjekt herauszubilden, das sich aber nur zu einem kleinen (und relativ unwichtigen) Teil aus Quellen der ostdeutschen Gesellschaft rekrutiert.

Die Vergrößerung der genannten «Wachstumsgruppen» in den Bereichen Handwerk und Unternehmertum reicht insgesamt bei Weitem nicht aus, um die Wirkungen der Reduzierung der lohnabhängigen Arbeit zu kompensieren.

Sozialstruktur nach Wirtschaftsbereichen

Weitere Aspekte und Zusammenhänge der Veränderungen in Strukturierungsprozessen der ostdeutschen Gesellschaft werden deutlich, wenn die Struktur der Wirtschaftsbereiche mit einbezogen wird. Die Analyse der Relationen der Berufstätigen und Nichtberufstätigen nach Wirtschaftsbereichen kann näher an Ursachen sozialer und sozialstruktureller Veränderungen herantreten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass zwischen Mai 1990 und Oktober 1991 die Beschäftigtenrate von knapp 80 auf unter 60 Prozent zurückgegangen ist.

Während sich noch im Mai 1990 die Strukturen der Berufstätigen und der Nichtberufstätigen nicht wesentlich unterschieden, hat sich die Situation 16 Monate später erheblich verändert. Auffällig ist vor allem eine deutliche Reduzierung der Beschäftigten in der Industrie, von der Frauen erheblich stärker betroffen sind als Männer. Entsprechend kommt der größte Teil des Zuwachses bei den Nichtberufstätigen aus der Industrie. Ähnliche Tendenzen sind – mit Ausnahme der Bauwirtschaft – auch in den anderen produzierenden Bereichen zu verzeichnen. Nahezu dramatisch ist

die Entwicklung in der Land- und Forstwirtschaft, in der im Mai 1990 noch über 13 Prozent der Berufstätigen beschäftigt waren, im Oktober 1991 aber nur noch vier Prozent. Relativ geringer, aber immer noch erheblich, fällt die Reduzierung im Bereich Verkehrs-, Post- und Fernmeldewesen aus.

Ansätze für diese Entwicklungen waren auch bereits im Oktober 1990 erkennbar. Aber zu diesem Zeitpunkt hatten die Veränderungen einen anderen Charakter. Sie liefen zum einen auf eine Korrektur von Besonderheiten beziehungsweise Defekten hinaus, wie sie in der DDR-Wirtschaft üblich waren. Unter den Bedingungen der Planwirtschaft mussten die Wirtschaftseinheiten einen Hang zur Autarkie entwickeln: Nur auf das, was man unter dem eigenen Dach hatte, konnte man sich einigermaßen verlassen. Andererseits wurden auch erhebliche Sozialleistungen in den Betrieben realisiert: von der Betriebspoliklinik, dem Betriebskindergarten, eigenen Betriebsschulen bis zu Ferienheimen. Der «Abbau» von Belegschaften lief bis Oktober 1990 vor allem auf eine «Straffung» hinaus, ein «Abstoßen» von Teilen und Bereichen, die unter marktwirtschaftlichen Bedingungen überflüssig erschienen und größtenteils auch waren. In den produzierenden Bereichen zeigte sich diese «Straffung» darin, dass der Anteil der Gruppen mit produktionsbezogenen Tätigkeiten relativ anstieg. Betriebsteile, die den produktionsbezogenen Dienstleistungen zuzurechnen waren (Bauabteilungen, Wartung, Betriebsschutz u. a.) wurden ausgegliedert, soziale Bereiche beseitigt. Die Entwicklung war in dieser Phase Ausdruck von Anpassungsprozessen an marktwirtschaftliche Verhältnisse, als Rationalisierung durch Überwindung von Überbeschäftigung.

Inzwischen hat sich dies grundlegend verändert. In erster Linie handelt es sich nun um Wirkungen einer Entwicklung, in der Ostdeutschland als Produktionsstandort weitgehend verschwindet. Sie ist Ergebnis sowohl des technologischen und Effektivitätsrückstands der DDR-Wirtschaft als auch der verfehlten Politik der Bundesrepublik angesichts dieses Rückstands. Durch die Geschwindigkeit, mit der Währungsunion und staatliche Vereinigung vollzogen wurden, blieb den Wirtschaftseinheiten nicht die Zeit, sich umzustellen. Insbesondere die Prioritäten, die die Treuhandanstalt mit dem Prinzip «Privatisierung statt Sanierung» setzte, bewirkten eine Vernichtung produktiver Potenziale in Ostdeutschland. Hier liegen die entscheidenden Ursachen dafür, dass bisher insbesondere Arbeiter von Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Eine Ausnahme bildet die Bauwirtschaft; sie hat ihren Anteil an den Berufstätigen absolut und relativ vergrößert. Allerdings ist die absolute Vergrößerung vor allem ein statistischer Effekt. Die Beschäftigten der Bauabteilungen der Betriebe und LPG in der DDR waren zuvor den entsprechenden Wirtschaftsbereichen und Industriezweigen «zugeordnet». Ein erheblicher Teil von ihnen hat sich per Ausgründung in selbstständige Betriebe verwandelt, die jetzt auch statistisch als das erscheinen, was sie sind: Teile der Bauwirtschaft.

In diesen Entwicklungen ist ein *dritter Bruch* in der Sozialstruktur der ostdeutschen Gesellschaft zu erkennen, der *Zusammenbruch der Wirtschaftsbereichsstruktur*. Die

DDR-Wirtschaft war strukturell in den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW, Comecon) eingebunden und zugleich ökonomisch und technologisch in Rückstand zur kapitalistischen Konkurrenz geraten. Die erste Phase der Anpassungsversuche an den Weltmarkt hatte erhebliche Belegschaftsreduzierungen vor allem in Industrie und Landwirtschaft zur Folge. Dann aber gestaltete sich diese «Integration» vor allem als Liquidation. Neugründungen und Übernahmen standen und stehen dem in geringerem Umfang gegenüber. Das hat voraussichtlich insgesamt strukturell tiefgreifende Folgewirkungen mit Langzeiteffekten. Ursachen dieses Bruchs sind sowohl technologische Faktoren als auch, wiederum, die Kombination von ökonomischen und politischen Faktoren. Auch die Wirkung subjektiver Aspekte tritt in diesen Prozessen in Erscheinung: Neugründungen und Betriebsübernahmen setzen bei ihren Akteuren bestimmte Lebensziele (Selbstständigkeit, wirtschaftlicher Erfolg) voraus, die in den Sozialisationsprozessen der ostdeutschen Gesellschaft kaum definiert werden konnten. Und sie sind abhängig von Ressourcen wie Verfügung über Eigentum und Verfügung über Verwaltungs- beziehungsweise Managementkompetenz, die aus historischen Gründen gleichfalls eine «schräge» West-Ost-Verteilung haben.

Der Handel und die anderen nicht produzierenden Bereiche haben ihre Anteile an den Berufstätigen zunächst etwa gehalten, die Reduzierung blieb im Rahmen der allgemeinen Rate von 20 Prozent. Die relative Stabilität im Gesundheits- und Sozialwesen, zum Teil auch im kulturellen und Bildungsbereich hängt mit der Notwendigkeit der Erhaltung des institutionellen Gefüges der Gesellschaft zusammen. Allerdings hatten zum Erhebungstermin Strukturveränderungen im Gesundheitswesen (insbesondere im ambulanten Bereich) erst begonnen. Ähnlich ist die Situation in der Wissenschaft. Zum einen wurden wesentliche Neustrukturierungen, Stichwort «Abwicklung», erst nach dem Oktober 1991 wirksam. Zum anderen sind wissenschaftliche Institutionen, aber auch Einrichtungen von Bildung und Kultur von der Haushaltslage der Länder und Kommunen abhängig.

Eine Besonderheit stellt die Entwicklung in staatlichen Verwaltungen dar. Einerseits vergrößerte sich der Anteil dieses Bereichs erheblich. Zum anderen kommt aber auch ein erheblicher Teil des Zuwachses bei den Nichtberufstätigen gerade aus diesem Bereich. Der Zuwachs in staatlichen Verwaltungen war mit einem Personalwechsel verbunden. Damit rückt ein weiterer Faktor aktueller Strukturierungsprozesse ins Blickfeld: die veränderte Rechtsordnung und die damit verbundene veränderte Verwaltungsstruktur. Insgesamt gilt für alle Bereiche, ob relativ stabil oder gar expandierend, dass sie letztendlich von den produzierenden Bereichen abhängen und eben nicht die Beschäftigungsverluste dort kompensieren können. Ohne wertschöpfende Leistungen hängen sie gleichsam in der Luft und bestehen, direkt oder vermittelt, aufgrund von Transferleistungen aus den westlichen Bundesländern.

Die eigentlichen Veränderungen in den nicht produzierenden Bereichen erscheinen statistisch kaum relevant. Dahinter verbergen sich jedoch, zumindest teilweise, sowohl gravierende Veränderungen als auch gegenläufige Prozesse. Der Abbau zentraler

staatlicher Institutionen der DDR wird mehr als kompensiert durch den Aufbau neuer Einrichtungen wie der Finanz-, Arbeits- und Sozialämter. Dadurch, dass größere Komplexe wie Krankenhäuser, Schulen, Universitäten, Theater usw. (bei teilweise Personalwechsel und -reduzierungen) weiterexistieren, fällt der Abbau beispielsweise bei Polikliniken, Spezialschulen, Fernseh- und Rundfunkanstalten, Verlagen, Redaktionen, Orchestern, Forschungsinstituten usw. statistisch kaum ins Gewicht. Aber diese Institutionen stehen für einen erheblichen Teil der historisch gewachsenen kulturellen Identität der ostdeutschen Gesellschaft. Durch diese Veränderungen fand ein weiterer, ein *vierter Bruch* in der Sozialstruktur der ostdeutschen Gesellschaft statt. Mit der von der Mehrheit der Bevölkerung gewollten und nach wie vor von einer Mehrheit akzeptierten Liquidation des Staats DDR und der Implementierung einer anderen staatlichen Ordnung verliert ein großer Teil bisheriger «Überbau»-Institutionen seine Funktion. Teile dieser Überbau-Institutionen (Sicherheits- und militärische Apparate, «Verwaltungswasserkopf», aufgeblähte Personalbestände auch in Kultur und Wissenschaft) trugen durchaus parasitären Charakter, sie «verdanken» ihre Existenz vor allem einer gigantischen zentralistischen Umverteilung zuungunsten der produzierenden Bereiche (und damit letztlich der Lebensfähigkeit der DDR-Wirtschaft), die zugleich gegenüber den sozialen Gruppen in diesen produzierenden Bereichen sozial ungerecht waren. In diesen Zusammenhängen zeigen sich jedoch strukturbildende Funktionen der Rechtsordnung.

Qualifikationsstruktur

Weitere Aspekte der Entwicklung der ostdeutschen Gesellschaft werden im Zusammenhang mit der Qualifikationsstruktur sichtbar. [...]

Es zeigt sich eine deutliche Tendenz der Auseinanderentwicklung von Qualifikationsstrukturen bei Frauen und Männern. Der Frauenanteil mit Hochschulabschluss sowie mit Meisterqualifikation liegt jetzt deutlich unter dem der Männer. Dies deutet auf eine Verdrängung von Frauen aus Tätigkeiten mit anspruchsvoller geistiger Tätigkeit hin zu eher untergeordneten Tätigkeiten. Das kann der Beginn einer Entwicklung sein, die auf eine Entfeminisierung intellektuell anspruchsvoller Arbeit hinausläuft. Zum anderen deutet der Anstieg der Gruppen der Un- und Angelernten bei den Frauen auf eine Abdrängung von Frauen in wenig anspruchsvolle (und niedrig bezahlte) Arbeit.

Die Befähigung zu qualifizierter Arbeit ist offensichtlich eine wichtige Ressource in der Konkurrenz um Arbeitsplätze. Bei dem allgemeinen Rückgang der Beschäftigung ist es insbesondere Hoch- und Fachschulabsolventen, aber auch Meistern und Facharbeitern offenbar besser gelungen, Positionen zu erhalten oder sie sich wieder zu erschließen. Insbesondere Un- und Angelernte werden aus Beschäftigungsverhältnissen verdrängt.

Auf der anderen Seite sind alle Qualifikationsgruppen vom Anwachsen der Nichtberufstätigkeit betroffen. Am deutlichsten zeigt sich das bei den Angelernten. Aber

auch die Hochschulabsolventen, die noch im Mai 1990 nur knapp sieben Prozent der Nichtberufstätigen ausmachten, haben ihren Anteil verdoppelt. Es erfolgte somit eine erhebliche Verdrängung intellektueller Potenziale.

Mit den Veränderungen der Qualifikationsstruktur ist ein *fünfter Bruch* in der Sozialstruktur der ostdeutschen Gesellschaft verbunden, der eine Folgewirkung der Brüche im Beschäftigungssystem, in der Wirtschaftsstruktur und in dem Geflecht der Institutionen darstellt. Er erscheint zum einen als *Selektion von Niedrigqualifizierten* und zum anderen als (z. T. dauerhafte) *Entwertung erworbener Qualifikation*. Weil jedoch zugleich gerade Bildung und Qualifikation für Lebensstile und Lebensführung offenbar eine wichtige Funktion besitzen, bedeutet dieser Bruch in der Sozialstruktur zugleich auch, dass davon die subjektive Dimension sozialer Strukturierung betroffen ist.

Insgesamt sind die Veränderungen in der Sozialstruktur in sich außerordentlich widersprüchlich. Relativ rasch vollzog sich die Destruktion beziehungsweise der Zusammenbruch vor allem solcher Elemente der Sozialstruktur der DDR, die an die politische Struktur geknüpft waren. Dieser Teil der Strukturierungs- beziehungsweise Entstrukturierungsprozesse erscheint notwendig und im Zusammenhang mit den umfassenden politischen Veränderungen unumgänglich, da aufgrund der Defekte sowie der geringen Komplexität, Flexibilität und Effektivität des Systems erforderlich. Waren die unmittelbar systemabhängigen Strukturen doch das Resultat des Versuchs, bestimmte, «am grünen Tisch» erdachte Sozialstrukturen gezielt und planmäßig zu produzieren. Solche Strukturen konnten nur unter der Bedingung relativer Abgeschlossenheit und auch dann nur bedingt funktionieren.

Allerdings erklärt das nicht den *umfassenden* Charakter der Destruktion sozialer Strukturen, wie er vonstatten ging und geht. Dieses Ausmaß der Veränderungen ist auch Ergebnis von konkreter Wirtschaftspolitik im Zuge des Vereinigungsprozesses und der Zeit danach. Dieser umfassenden Destruktion sozialer Strukturen stehen auf der anderen Seite kaum konstruktive Trends gegenüber, allenfalls Ansätze dazu. Deshalb passt der Begriff des «Wandels» nicht auf die gegenwärtigen sozialstrukturellen Prozesse.

Ausmaß und Tiefe dieses Bruchs werden vor allem deutlich in Umfang und Zusammensetzung von Nichtberufstätigkeit und deren Veränderungen seit dem Frühjahr 1990. Naturgemäß stellt die Gruppe der Rentner nach wie vor den relativ größten Teil der Nichtberufstätigen. In absoluten Zahlen verbirgt sich hinter den 47 Prozent von Oktober 1991 gleichwohl eine Steigerung, die auf eine gestiegene Zahl von Frühverrentungen zurückzuführen sein dürfte. Hausfrauen haben ihren Anteil etwa gehalten, wenn man die Personen hinzuzählt, die zur Pflege von Familienmitgliedern (Kinder, Behinderte) im Haushalt tätig sind und die im Mai 1990 nicht eigens ausgewiesen worden waren.

Das Anwachsen der Gruppe der Nichtberufstätigen ist vor allem auf Arbeitslosigkeit zurückzuführen: die Gruppe im Vorruhestand, die nichts anderes darstellt

als Daueraltersarbeitslose (mit gut 18 %) und die Arbeitslosen (23 %). Die sich zuspitzende Entwicklung in den sozialen Strukturierungsprozessen hängt auch damit zusammen, dass Währungsunion und Inkrafttreten des Einigungsvertrags zunächst insgesamt einen Wohlstandsschub bewirkt haben, dieser jedoch zunehmend sozial ungleich verteilt und durch die Entwicklung der Lebenshaltungskosten für die meisten wieder weitgehend kompensiert wird. Dazu kommen Verunsicherungen durch die neuen rechtlichen und institutionellen Bedingungen. Daraus erwächst ein Widerspruch zwischen anhaltender Akzeptanz der seit 1989 eingetretenen Veränderungen und Unzufriedenheit mit den konkreten Lebensumständen.

In der ostdeutschen Gesellschaft bilden sich bisher so gut wie keine Eliten heraus, soweit das nach einem kurzen Zeitraum von zwei Jahren überhaupt erkennbar sein kann. Die wirtschaftlichen, politischen und geistigen Eliten Westdeutschlands dehnen ihr Wirkungsfeld aus. Jene sozialen Gruppen, die hinsichtlich Wohlstandsniveau, Arbeitsmarktchancen und Prestige auf der Gewinnerseite stehen, haben ihrerseits mehrheitlich eine «abgeleitete» Existenz, das heißt, sie sind – wie die Staatsdiener, aber auch die Beschäftigten ostdeutscher Filialen westdeutscher Unternehmen und die Beschäftigten in dienstleistenden Bereichen – von Transferleistungen direkt oder vermittelt abhängig. Das führt dazu, dass gegenwärtig in Ostdeutschland sozialstrukturell eine Sonderentwicklung zu beobachten ist, jedenfalls insgesamt kaum eine Annäherung an die Situation in den westlichen Bundesländern. Gegenwärtig jedenfalls ist diese spannungsgeladene Entwicklung auch mit der Befestigung von besonderen Interessenstrukturen verbunden, die bis ins politische Verhalten hinein wirksam sind.

Keine Besonderheit gegenüber der westdeutschen Gesellschaft ist dagegen die sich enorm rasch herausbildende Schicht von Dauerarbeitslosen, die nur potenzielle Lohnarbeiter sind, auf dem Arbeitsmarkt jedoch keine wirkliche Chance haben. Eine Besonderheit stellt indes das Phänomen dar, dass eine große und immer noch wachsende Gruppe ihre Existenz nicht oder letztlich nicht eigenen ökonomisch verwertbaren Leistungen verdankt. Dazu zählen Arbeitslose, Teilnehmer an Bildungsmaßnahmen der verschiedensten Art und Beschäftigte in Förderprogrammen. Das waren im Oktober 1991:

Arbeitslose	13,1 %
Kurzarbeiter (null Stunden)	6,2 %
Vorruhestand, Altersübergangsgeld	10,4 %
Beschäftigte in ABM u. Ä.	5,4 %
Umschulung, Fortbildung	9,0 %
insgesamt	44,1 %

Inzwischen dürfte diese Gruppe mehr als die Hälfte aller Erwerbsfähigen in Ostdeutschland umfassen. Dieses Phänomen zeugt zum einen von gewaltigen, vor allem staatlich organisierten Umverteilungsleistungen der Bundesrepublik.⁶

Es darf zum anderen auch nicht übersehen werden, dass diese Empfängergruppen staatlich organisierter Transferleistungen dadurch eben eine alimentierte Existenz zu führen gezwungen sind. Die Folgen für diese Gruppen selbst wie für die Gesellschaft insgesamt sind bisher unübersehbar und erfordern dringend gezielte sozialwissenschaftliche Forschung.

Hinsichtlich des Wohlstandsniveaus lassen sich gegenwärtig vier Achsen ausmachen, an denen entlang sich die ostdeutsche Gesellschaft sozial differenziert und zum Teil polarisiert:

1. Die Achse Eigentum: Unternehmer und Freiberufler sind – bei gleichzeitigen starken Disparitäten innerhalb dieser Gruppen – an die Spitze der Einkommenspyramide gerückt.
2. Die Achse Arbeitsmarktsegmente und Zugangschancen: Die Fähigkeit und/oder Möglichkeit, in den Bereichen Bauwirtschaft oder Dienstleistungen beziehungsweise in staatlichen Verwaltungen oder kulturellen Institutionen (einschließlich Bildung und Wissenschaft) tätig sein zu können, entscheidet in erheblichem Maße über die soziale Situation.
3. Die Achse Erwerbsarbeit: Neben den Rentnern sind vor allem die Altersarbeitslosen, aber auch die Arbeitslosen insgesamt sozial am schlechtesten gestellt.
4. Die Achse Qualifikation: Je höher die (verwertbare) Qualifikation, desto besser die soziale Lage: Bei allen (vor allem durch die Achse Erwerbsarbeit bedingten) Differenzierungen leben Hochqualifizierte insgesamt eher im Wohlstand; Un- und Angelernte stehen am Ende der Einkommenspyramide.

Diese Befunde verweisen auf Ressourcen, die in den Strukturierungsprozessen der ostdeutschen Gesellschaft gegenwärtig von besonderer Bedeutung sind: die Ressource Verfügungsgewalt über wirtschaftlich verwertbares Eigentum, die Ressource Verwaltungskompetenz, die Ressource Arbeitsmarktchance, die Ressource Qualifikation. Ressourcen wie politische Macht oder Verfügung über Information, deren Bedeutung auf der Hand liegt, entziehen sich allerdings weitgehend dieser Art empirischer Analyse. Die Ressource Kulturstile wird an anderer Stelle untersucht.

6 Aus sozialstruktureller Sicht stellt sich allerdings die Frage, wie lange derart umfangreiche Transferleistungen gesellschaftlich zu verkraften sind. Dazu kommt die weitergehende Frage nach den gesamtgesellschaftlichen (also auch Westdeutschland betreffenden) Wirkungen dieser gigantischen Umstrukturierung der staatlichen Transferleistungen. Die aktuelle Wirkung für Ostdeutschland besteht darin, dass dadurch die Umbruchprozesse im Vergleich zu anderen postsozialistischen Gesellschaften in Osteuropa sozial relativ verträglich verlaufen, sowohl für diese am meisten sozial betroffenen Gruppen selbst als auch für das soziale Niveau der Gesellschaft insgesamt.

Typen von Reproduktionsleistungen und soziale Differenzierung

[...] Es fällt – für einen «Arbeiter- und Bauernstaat» wohl eher untypisch – auf:

– mit Produzieren, also Herstellen waren in der DDR lediglich rund 20 Prozent beschäftigt;

– mit Reparieren, Warten und dergleichen weitere 14 Prozent;

– mit Transportieren knapp zehn Prozent;

jedoch:

– mit Verwalten und Leiten waren gleichfalls knapp 20 Prozent beschäftigt

– und weitere knapp 20 Prozent mit Wissenschaft, Bildung, Kultur.

Da andererseits nur acht Prozent im Handel und elf Prozent mit weiteren Dienstleistungen beschäftigt waren, bestätigt sich hier der allgemeine Eindruck, dass es sich bei der DDR keinesfalls um eine Dienstleistungsgesellschaft handelte. Das hervorstechende Charakteristikum war der Verwaltungs- und Leitungsapparat (neben dem aufgeblähten «Schutz- und Sicherheitsapparat»). In diesen Strukturen schlägt sich die mangelnde strukturelle Effizienz der DDR-Gesellschaft nieder.

Zugleich zeigt sich, dass die Gruppen in sich nur teilweise konsistent waren. Die Gruppe der Arbeiter schloss in sich vor allem Gruppierungen ein, die mit Herstellen, Reparieren und Transportieren beschäftigt waren, aber es gab auch Arbeiter in kommerziellen und in dienstleistenden Tätigkeiten. Die Angestellten hatten ihren Schwerpunkt in verwaltenden Tätigkeiten, im Übrigen waren sie quer über die anderen Tätigkeitstypen verteilt. Die Intelligenz konzentrierte sich auf lehrende und kreative Tätigkeiten sowie leitende Aktivitäten. Lediglich die Bauern konzentrierten sich in hohem Maße in der Produktion, ihre Tätigkeitsbereiche waren ansonsten ähnlich breit gestreut wie die der Angestellten. Die Handwerker erhielten ihr Profil durch reparierende Tätigkeiten, daneben aber gleichfalls durch Herstellen, Transportieren sowie durch den Handel. Die Selbstständigen konzentrierten sich auf die Tätigkeitstypen Herstellen und Reparieren sowie auf kommerzielle Tätigkeiten.

Zwischen Mai und Oktober 1990 lag nicht einmal ein halbes Jahr. Trotzdem lassen sich eine Reihe von Veränderungen erkennen, die allerdings auch nicht überinterpretiert werden sollen. (Der Vergleich zu Oktober 1991 ist nicht möglich, weil aus Kapazitäts- und Kostengründen bei der Untersuchung auf eine Reihe von Indikatoren verzichtet werden musste, darunter auch auf den Typ der Tätigkeit.) In der Mehrzahl der Gruppen ist eine Tendenz erkennbar, die die Ausführungen zu «Straffung» im letzten Abschnitt bestätigt. Arbeiter konzentrieren sich noch stärker auf die Tätigkeiten Herstellen, Reparieren, Transportieren. Bei den Angestellten treten die verwaltenden Tätigkeiten etwas in den Hintergrund (möglicherweise durch Personalabbau in diesen Bereichen) zugunsten von Tätigkeiten im kulturellen Bereich sowie von kommerziellen Tätigkeiten. Die Intelligenz konzentriert sich in hohem Maße auf typische Tätigkeiten in den Bereichen Bildung und Kultur sowie Forschung. Bei Handwerkern tritt das Reparieren noch stärker in den Vordergrund, bei den Unternehmern

hingegen die kommerziellen Tätigkeiten. Eine Besonderheit bilden die Bauern; diese Gruppe vermittelt den Eindruck der Auflösung, allerdings war sie auch sehr klein.

An den Gesamtrelationen hat sich allerdings nicht sehr viel geändert. Die Entwicklung vollzog sich vor allem zulasten der Produktion, demgegenüber haben verwaltende und dienstleistende Tätigkeiten sowie vor allem Tätigkeiten in den Bereichen Bildung und Kultur (relativ) an Gewicht gewonnen.

Deutlicher wird dies, wenn die im Mai 1990 und die im Oktober 1991 festgestellten Strukturdaten zur Berufstätigkeit einander gegenübergestellt werden.

Relativ abgenommen hat die Gruppe der Arbeiter und vor allem die der Bauern, zugenommen vor allem die der Angestellten, aber auch die der Handwerker und Unternehmer. Allerdings fallen diese Veränderungen auf den ersten Blick überhaupt nicht dramatisch aus.

Die Dramatik rückt erst ins Bild, wenn man die Beschäftigungssituation miteinbezieht, also die Chancen des Verkaufs von Arbeitskraft. Hier zeigen sich allerdings entscheidende Differenzierungslinien.

Entscheidend ist erstens offenbar, ob man über die Produktionsbedingungen selbst verfügt oder nicht (also die Ressource Eigentum). Zweitens ist von großer Bedeutung, welche Qualifikation vorliegt. Die Ressource «qualifizierte geistige Arbeit» eröffnet auch in den gegenwärtigen Strukturumbrüchen bessere Chancen der Integration oder Reintegration ins Arbeitsleben. [...] Die wirklich besseren Chancen haben vor allem Gruppen mit hoher technischer Qualifikation beziehungsweise jene, die in kulturellen Bereichen (im weitesten Sinne) tätig sind. Demgegenüber sind Gruppen, deren Tätigkeit und Qualifikation leitungs- beziehungsweise staatsbezogen waren, in mindestens der gleichen Lage wie die Arbeiter. Hier wirken sich eindeutig die anders gearteten Regelungen und Normen als Differenzierungsfaktoren aus.

Dasselbe Bild bietet sich bei der Verteilung von beschäftigungspolitischen Maßnahmen [...]. Niedrige Qualifikation vermindert in hohem Maße die Chance, überhaupt an beschäftigungspolitischen Maßnahmen teilnehmen zu können.

Absolventen von Hoch- und Fachschulen, aber auch Meister sind über ihren Anteil an den Berufstätigen hinaus in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) beschäftigt. Das arbeitsmarktpolitische Instrumentarium ABM greift offensichtlich vor allem bei Höherqualifizierten. Die Facharbeiter sind ebenfalls in beträchtlichem Umfang in ABM tätig, ihr Anteil liegt aber sowohl unter ihrem Berufstätigen- als auch unter ihrem Arbeitslosenanteil.

Hingegen sind die Facharbeiter in außerordentlich hohem Maße in Beschäftigungsgesellschaften vorzufinden. Dem Profil dieser Gesellschaften entsprechend (sie sind sehr häufig dazu da, durch Stilllegung oder Einschränkung frei gewordenen Betriebsgelände zu räumen), wird dort vor allem qualifizierte Handarbeit benötigt.

Auch bei Maßnahmen zur Umschulung und Fortbildung eröffnet eine bereits vorhandene solide Qualifikation bessere Chancen.

Um das Bild abzurunden, abschließend ein Blick auf weitere im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess verwertbare Ressourcen: auf die Ressourcen wirtschaftlich verwertbares Eigentum, Verwaltungskompetenz, Qualifikationskompetenz, Produktionskompetenz und Arbeitsmarktchancen.

Es zeigt sich, dass trotz Ressourcendifferenzierung die finanzielle Lage in der DDR relativ nivelliert erscheint. Es gab eigentlich in allen Gruppen eine Ballung in den mittleren Einkommensgruppen. Wirtschaftlich verwertbares Eigentum spielte hinsichtlich der sozialen Situation kaum eine Rolle, die Verteilung entspricht ziemlich genau dem Durchschnitt. Höher bewertet erscheint schon in der DDR-Gesellschaft die Verfügung über höhere Qualifikation, ihre Träger tauchen in den unteren Einkommensgruppen relativ weniger zahlreich auf, dafür häufen sie sich in der mittleren Einkommensgruppe. Ähnlich ist die Situation bei den Trägern von Verwaltungskompetenz. Die Träger von Produktionskompetenz (Facharbeiter in produzierenden oder produktionsnahen Tätigkeiten) lagen demgegenüber überdurchschnittlich oft in der unteren Einkommensgruppe und entsprechend seltener in der oberen. Es ist bekannt, dass diese Streuung vor allem durch das zum Teil erhebliche Lohngefälle zwischen den verschiedenen volkswirtschaftlichen Bereichen und Zweigen bedingt war.

Mittlerweile haben sich erkennbare Veränderungen vollzogen. Das Einkommensniveau insgesamt ist gestiegen. Zugleich nehmen die Unterschiede zwischen den Trägergruppen verschiedener Ressourcen deutlich zu. Unübersehbar hat die Ressource «Verfügung über wirtschaftlich verwertbares Eigentum» einen wesentlich größeren Einfluss auf die soziale Lage. Diese Gruppe ist in den oberen Einkommensgruppen bei Weitem am häufigsten vertreten. Berücksichtigt man dabei, dass die eigentliche wirtschaftliche Elite gar nicht erfasst ist, werden die Ansätze und eine der wesentlichen Quellen für eine größere soziale Differenziertheit klar erkennbar. Der Anteil der unteren Einkommen in dieser Gruppe, der etwa dem Durchschnitt entspricht, deutet jedoch darauf hin, dass sich ein beachtlicher Teil der Unternehmer durchaus nicht in einer sicheren Situation befindet und vermutlich um die Existenz bangen muss. Die Trägergruppen der Ressource «höhere Qualifikation» sind am geringsten in den unteren Einkommensgruppen zu finden. Sie konzentrieren sich in den mittleren Einkommensgruppen, stellen aber auch einen erheblichen Anteil der oberen Einkommensgruppen. Differenzierter stellt sich die Situation bei den Trägergruppen von Verwaltungskompetenz und Produktionskompetenz dar. In beiden Gruppen dominieren die mittleren Einkommensgruppen. Zwar ist Produktionskompetenz etwas häufiger mit unterem Einkommen verbunden, aber noch liegen die mit Verwaltungs- und mit produzierenden Tätigkeiten realisierbaren Einkommen dicht beieinander. Die prägnanteste Differenzierung ist gegenwärtig in der Ressource «Arbeitsmarktchancen» vorzufinden. Dabei hängt diese Ressource nicht von den einzelnen Individuen, sondern vom Angebot an Arbeitsplätzen ab.

Die Verfügung beziehungsweise Nichtverfügung über einen Arbeitsplatz bildet gegenwärtig die entscheidende Trennlinie zwischen positiven und negativen Sozialla-

gen. Diese Differenzierung wird sich in den nächsten Monaten weiter verschärfen, wenn – wie absehbar – Langzeitarbeitslose massenhaft aus den Versorgungssystemen der Arbeitslosenversicherung herausfallen und ihnen nur die Sozialhilfe bleibt.

Als Fazit der bisherigen Analysen bleibt festzuhalten:

1. Bisher sehen wir unsere Hypothese, dass es sich bei den sozialstrukturellen Veränderungen in der ostdeutschen Gesellschaft nicht einfach um Transformationsprozesse, sondern um einen radikalen Umbruch handelt, als bestätigt an.
2. Der Umbruchcharakter dieser Veränderungen wird durch die Komplexität verschiedener Dimensionen der Sozialstruktur (die sich jeweils in Veränderung befinden) bewirkt beziehungsweise vermittelt. Dazu zählen die sozialökonomische, die politische und die Dimension des normativen und institutionellen Gefüges. Eine vermittelnde Wirkung besitzt die Geschlechterstruktur. Die Umbrüche sind vor allem in jenen Bereichen besonders gravierend, in denen sozialökonomische und politische Faktoren komplementär wirken.
3. Zwar beruhen die sich vollziehenden Strukturveränderungen nicht allein auf sozialökonomischen Prozessen, dennoch sind diese von erheblicher Bedeutung, vor allem dann, wenn sie methodologisch nicht auf die Eigentumsfrage reduziert werden, sondern die differenzierten Strukturen des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses mit einbezogen werden. Es erscheint damit ein Zugang zu nicht ökonomistischen und nicht reduktionistischen Klassenkonzepten möglich. Gegenwärtig jedenfalls sind Klassenkonzepte durchaus geeignet, wesentliche Aspekte der Ausdifferenzierung von Lagegruppen in der Sozialstruktur der ostdeutschen Gesellschaft zu beschreiben – möglicherweise eine Bestätigung dafür, dass Gesellschaften in Krisensituationen (zumindest zeitweise) auf die Muster der Klassenstrukturierung (Wittich 1991: 101) zurückgreifen. In dieser Hinsicht trifft die These von Stefan Hradil «Klassenverhältnisse sind ‹objektiv› kaum geschwunden; sozial und politisch sind sie fast irrelevant geworden» (Hradil 1987: 362) nicht zu. Zur Beschreibung von Akteursgruppen (jedenfalls der ostdeutschen Gesellschaft) erscheinen dagegen Klassenkonzepte wenig tauglich. Insofern ist der These von Hradil zuzustimmen.

Der gegenwärtige Stand der sozialstrukturellen Analyse der gesellschaftlichen Veränderungen in Ostdeutschland spricht dafür, dass sozialstrukturelle Veränderungen nicht auf die Dimension der Klassenstrukturierung reduziert werden können, dass sie jedoch für die Erfassung bestimmter Entwicklungen durchaus von entscheidender Bedeutung ist. Bezogen auf die Gesamtheit der strukturellen Veränderungen ist sie einerseits unverzichtbar, andererseits können insbesondere die subjektiven Dimensionen der Strukturierungsprozesse durch die Klassenanalyse nicht ausreichend erfasst werden. Insofern scheint uns ein handlungstheoretisches Konzept, das Lebenslagen, Lebensstile, Lebensführung und soziale Milieus in ihrer strukturierenden Funktion untersucht, außerordentlich sinnvoll und mit dem Konzept der Klassenstrukturierung kompatibel. [...]

Anmerkung: Kulturstile

Im Lauf der Arbeit an der dritten Forschungsstufe verfestigte sich im alltagskulturellen Kontext die Hypothese, dass die Sichtweise auf kulturelle Potenziale zwar einen Zugang ermöglicht, welche kulturellen Voraussetzungen subjektiv gegeben und wie sie sozial verteilt sind. Es tauchte aber die Frage auf, was die Menschen nun damit anfangen, ob und wie sie im alltäglichen Lebensprozess realisiert werden.

Ergänzend zur Analyse der kulturellen Potenziale und im Zusammenhang mit den in der Literatur debattierten Konzepten zu Lebensstilen und Lebensführung (vgl. Hradil 1992: 188 f.) wurde versucht, für diese Fragestellung komplexe Indikatoren zu entwickeln. Die Frage war, ob sich statistisch Gruppen dahingehend unterscheiden lassen, dass sie unterschiedliche Kulturstile aufweisen, die sich als real verschiedene Verhaltensweisen im alltäglichen sozialen Prozess identifizieren lassen. Ausgangsmaterial für die statistische Analyse waren die Ergebnisse zu den Fragen nach der Verwendung der freien Zeit und dem Inhalt der Gespräche. Tatsächlich ergab die Clusteranalyse eine klare Rasterung. Es bildeten sich fünf Gruppen ab, die sich hinsichtlich der Gesprächsinhalte und der bevorzugten Freizeitverwendung deutlich voneinander unterschieden. Das kann als empirisch-statistischer Beleg dafür gelten, dass im alltäglichen Lebensprozess verschiedene und unterscheidbare kulturelle Verhaltensmuster wirksam werden.

Bei dem Versuch, diese Fragestellung und die entsprechenden empirisch-statistischen Verfahren nachträglich auf die Daten aus den früheren Forschungsstufen zu übertragen, geschah etwas Merkwürdiges. Nicht nur, dass sich die für Oktober 1991 ermittelten Gruppen zunächst für die früheren Forschungsstufen nicht rekonstruieren ließen, man konnte eigentlich überhaupt kaum konturierte Gruppen bilden, die klar voneinander abgrenzbar erschienen. Es dominierte eine große, amorphe Gruppe. Daneben zeichneten sich zwei kleinere Gruppen relativ klarer ab. Die eine konnte man als «kulturell aktiv» bezeichnen: Theaterbesuche, Lesen, eigene künstlerische Aktivitäten gehören offenbar zu ihrer Lebensgestaltung. Sie umfasste ein Viertel der Ostdeutschen. Die andere Gruppe (7,5 %) war gewissermaßen das Gegenstück. Sie konnte als «kulturell passiv» bezeichnet werden, es dominiert ein auf Konsum, auf Materielles zentrierter Lebensstil, Kultur im engeren Sinne scheint kaum eine Rolle zu spielen.

Der Kulturstil der großen Gruppe erschien dadurch bestimmt, dass sich in ihr Freizeitverwendung und Gespräche in unterschiedlichen Nuancen auf die Familie konzentrieren, auf deren Wohlergehen, auf Unterhaltung und Fernsehen im Familienkreis, auf den Konsum der Familie, deren Auto, deren Garten usw. Je nachdem, welche Gewichte diese einzelnen Bereiche haben, ließen sich drei Untergruppen bilden:

- eine erste Untergruppe, in der Umgang mit Kunst im weiteren Sinne in die Gestaltung des Familienlebens mit hineinspielt,

- eine zweite Untergruppe, in der es eine relativ stärkere Orientierung auf Unterhaltung gibt,
- eine dritte Untergruppe, in der Konsumorientierung relativ dominiert.

Aber insgesamt waren sich diese drei Gruppen hinsichtlich der Zentriertheit von Familie, Unterhaltung und Konsum sehr ähnlich, es handelt sich um Varianten eines Grundtyps. (Die folgende) Tabelle 2 gibt einen Überblick über die für die DDR-Gesellschaft im Mai 1990 festgestellten Kulturstil-Gruppen.

Tabelle 2: Kulturstile (Mai 1990 in %)

kulturell aktiv	25,0		
familial	67,5	{ familial-kulturell { familial-unterhaltend { familial-konsumtiv	20,1 24,1 23,4
kulturell passiv	7,5		

Quelle: ISDA 1994

Es war die Frage, ob es sich bei diesem wenig konturierten Befund um einen Methodeneffekt handelte, oder ob darin und in der Differenz zu den Daten für Oktober 1991 tatsächliche Veränderungen in der Alltagskultur im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Umbrüchen signalisiert wurden.

Nun ist es natürlich problematisch, im Nachhinein Fragestellungen an empirisches Material heranzutragen, die bei der Vorbereitung der Datenerhebung nicht mitgedacht waren. Über dieses Experiment wäre auch nicht berichtet worden, wenn nicht irgendwann in der Diskussion in Bezug auf die große familienzentrierte Gruppe die Assoziation aufgetaucht wäre: «Schrankwand!» In der Tat scheint die Schrankwand in verschiedenen Versionen und unterschiedlichen Verwendungen ein weitgehend unfreiwilliger, gemeinsamer alltagskultureller Nenner des Großteils der DDR-Familien und -Haushalte gewesen zu sein. Über weite Strecken kann die Alltagskultur der DDR aus dieser Sicht als eine «Schrankwandkultur» persifliert werden, verschieden ausgestaltet, aber als solche kein lohnendes Objekt für Nostalgie. Angesichts der konstatierten Differenziertheit der kulturellen Potenziale bedeutet das, dass die Lebensumstände in der DDR für die Alltagskultur weitgehend nivellierend wirkten. Rückzug ins Private, die Abgeschlossenheit des Landes und die begrenzten Konsummöglichkeiten wirkten dabei zusammen. Nur graduelle Differenzierungen waren möglich (es gibt eine relativ enge Korrelation mit der materiellen Situation der Haushalte).

Wenn diese Überlegungen zutreffen, dann hat die für Oktober 1991 in Ostdeutschland festgestellte veränderte Situation eine substanzielle Bedeutung. Insgesamt wurden fünf Kulturstile ermittelt.

- In einer ersten Gruppe (mit 3,1 % die bei Weitem kleinste) ist deutlich eine aktive Beziehung zu Kunst erkennbar. Die Gruppe kann man als «aktiv-ästhetisch» bezeichnen.
- Eine zweite, relativ große Gruppe (29,1 %) wird «ästhetisch-hedonistisch» benannt, in ihr ist der Umgang mit Kunst verbunden mit einer Orientierung auf Luxus und Genuss in allen Lebensbereichen, in der Kultur, beim Konsum und auch beim Sex.
- In einer dritten, der relativ größten Gruppe (32,0 %) dominiert die Orientierung auf Familienwohlstand, sie hat einen «familial-konsumtiven» Kulturstil.
- Die vierte Gruppe (21,8 %) wird als «passiv-unterhaltend» bezeichnet, ihr Kulturstil scheint dadurch geprägt, dass man sich dem Fernsehen und anderen Unterhaltungen hingibt.
- In der fünften Gruppe (13,9 %) dominieren materiell orientierte Verhaltensmuster, sie erscheint als «pragmatisch-konsumtiv».

Im Vergleich zu den Befunden für Mai 1990 lassen sich Übergänge feststellen; vor allem für die dritte und vierte Gruppe ist der Zusammenhang mit den familial orientierten Kulturstilen erkennbar. Aber eben Übergänge, denn es werden zum anderen Ausdifferenzierungen sichtbar, es bilden sich andere, neue Kulturstile heraus. Die veränderten Lebensumstände ermöglichen teils (teils erzwingen sie offenbar auch) Veränderungen in alltagskulturellen Verhaltensmustern.

Für vier Faktoren ist ein Einfluss erkennbar:

Erstens erfolgt die Ausdifferenzierung von Kulturstilen entlang von Werten. Während für die DDR-Gesellschaft von 1990 kein statistischer Zusammenhang mit Werten, hingegen ein enger Zusammenhang mit der Wohlstandssituation festgestellt wurde, korrelieren die entsprechenden Daten für Oktober 1991 jeweils signifikant.

Zweitens spricht für den Beginn einer Ausdifferenzierung von Kulturstilen, dass sie nach Generationen unterschiedlich verteilt sind. Kulturstile wie «aktiv-ästhetisch» und vor allem «ästhetisch-hedonistisch» treten in jüngeren Generationen mit höherer Wahrscheinlichkeit auf.

Drittens sind offenbar Bildung und Qualifikation sowie das geistige Anspruchsniveau der Arbeitsumwelt von Bedeutung. Bei Höherqualifizierten und in kulturellen, wissenschaftlichen und sozialen Bereichen Tätigen sind im engeren Sinne kulturelle Orientierungen wesentlich häufiger.

Viertens spielen offenbar die materiellen Lebensumstände eine große Rolle. Arbeitslose, Vorruhestandler, Kurzarbeiter haben offenbar keine und Rentner kaum eine Chance, aus materiellen beziehungsweise auf Familie und Unterhaltung orientierten Kulturstilen auszubrechen. Höhere Einkommen hingegen eröffnen zugleich auch Möglichkeiten für mehr Individualität und Pluralität in den Kulturstilen.

Wenn diese Interpretationsversuche der unterschiedlichen Datenlage in verschiedenen Forschungsstufen des Projekts «Sozialstruktur und Lebensqualität» zutreffend sind, dann ist eine allmähliche, allerdings gravierende Veränderung in der alltagskulturellen Situation in Ostdeutschland voraussehbar. Dabei ist jedoch auch zu erwar-

ten, dass Spezifika der DDR-Alltagskultur auch weiterhin präsent bleiben werden. Sie werden vor allem von jenen Gruppen transportiert, die am meisten gesellschaftliche Veränderungen gebraucht und erhofft haben und/oder zu den (relativ) Benachteiligten der gesellschaftlichen Veränderungen gehören.

Sozialstruktur von PDS-Mitgliedern

in: Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.): *Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern*, Wiesbaden 1994, S. 227–235 (Auszüge).

Von der SED zur PDS. Wandel der sozialen Identität einer Partei im Kontext politischer, wirtschaftlicher und sozialer Wandlungen Quantitative Veränderungen

Um den sozialen und strukturellen Wandel in der PDS verstehen zu können, muss man die SED in die Betrachtung mit einbeziehen.⁷ Die Veränderungen, die sich seit Herbst 1989 mit und in der SED und später in der PDS vollzogen haben, sind bekannt, und sie sind für eine politische Großorganisation auch aus soziologischer Sicht dramatisch.

Umfang und Struktur des Schrumpfungsprozesses, der sich mit der radikal veränderten gesellschaftlichen Stellung dieser Partei vollzogen hat, sind heute offensichtlich. Die PDS hatte im Juni 1990 noch 17,4 Prozent der Mitglieder, die die SED 1989 hatte; 82,6 Prozent waren zu diesem Zeitpunkt ausgetreten. Noch deutlicher war die Reduzierung bei den Berufstätigen: 11,9 Prozent waren noch Mitglieder, 88,1 Prozent waren ausgetreten. Massenausritte gab es im November/Dezember 1989 – insgesamt 61 Prozent der Austritte des ersten Jahres. In dieser ersten Welle waren Arbeiter stark überrepräsentiert (70 % der Arbeiter, die vorher in der SED waren, traten zu dieser Zeit aus). Als Gründe wurden vor allem angegeben: Zweifel an der Richtigkeit des Marxismus, Enttäuschung über Machtmissbrauch, aber auch die Meinung, dass Verrat am Sozialismus geübt worden sei.

7 Für die soziale Zusammensetzung der SED im Herbst 1989 stand die wohl bestinformierte Quelle zur Verfügung, der Datenspeicher Mitgliederbewegung des Zentralkomitees der SED. In einer knappen Zeitspanne von zwei Wochen zwischen der Aufhebung des Tabus (Ablösung des Politbüros) und der Löschung der Daten war der Speicher zugänglich. Von den rund 2,3 Millionen Mitgliedern, die die SED am 31. Oktober 1989 (Stichtag der letzten Mitgliedererhebung) hatte, konnten die Daten von rund 2,06 Millionen Mitgliedern untersucht werden. Allerdings waren die Daten so, wie sie im Speicher enthalten waren, unmittelbar für Strukturanalysen nicht brauchbar. Um das Image als «Arbeiterpartei» aufzubessern, waren große Gruppen gewissermaßen zu Arbeitern auf Lebenszeit ernannt worden (die Mehrzahl der Militärangehörigen, hauptamtliche Funktionäre, Nomenklaturkader und viele andere). Deshalb war es notwendig, ein neues Sozialstrukturmodell zu entwickeln, das einerseits für die vorhandenen Datenmengen passfähig war, das aber auch andererseits die Mitgliedergruppen entsprechend ihrer tatsächlichen Stellung und Funktion in der Gesellschaft zuzuordnen erlaubte. Damit wurden die voluntaristischen Zuordnungskriterien des ZK aufgehoben und durch realistische ersetzt.

Eine weitere große Austrittswelle kam im Januar/Februar im Zusammenhang mit dem voraussehbaren Macht- und Regierungsverlust sowie der Auflösungsdiskussion. In dieser Welle waren vor allem Akademiker und Angestellte überrepräsentiert, darunter ehemalige hauptamtliche Funktionäre, Staats- und Wirtschaftsfunktionäre, Militärangehörige, daneben auch Bauern. Aber wesentlich ist, dass die PDS in dieser Welle ein wichtiges strukturelles Merkmal verlor, das die SED als Staatspartei charakterisiert hatte (die «Struktur in der Struktur», dazu später). Als Gründe wurden jetzt genannt: das Scheitern des Sozialismus, zu wenig/keine Erneuerung in der Partei, aber auch Angst und soziale Not sowie Karrieregründe; daneben offenbar gleichermaßen Schwierigkeiten bei der Integration in die Wohnortorganisationen («zu den Alten»).^8

Im Mai 1991 hatte die PDS somit höchstens noch eine Mitgliederstärke von 11,9 Prozent im Vergleich zur SED 1989, fast 90 Prozent waren bis zu diesem Zeitpunkt ausgetreten. Bezogen auf die Erwerbspersonen (Erwerbs- bzw. Berufstätige und Erwerbsfähige – von da an macht diese Unterscheidung für die DDR-Gesellschaft Sinn) war der Anteil gar auf 5,6 Prozent gesunken, 94,4 Prozent waren bis dahin insgesamt ausgetreten. Danach gab es weitere im Umfang geringere, anteilig (relativ) jedoch beträchtliche Austrittswellen im Sommer im Zusammenhang mit der Währungsunion und wiederum im November/Dezember (Finanzskandal und Ergebnis der Bundestagswahlen).

Soweit zu den Verlaufsformen der hier zu betrachtenden Prozesse, die nicht stetig und in den einzelnen sozialen Gruppen unterschiedlich verliefen. Sowohl quantitativ (hinsichtlich der zahlenmäßigen Stärke) als auch strukturell (in ihrer sozialen Zusammensetzung) kommt damit die PDS als eine in vieler Hinsicht andere Partei aus dem ersten Jahr der gesellschaftlichen Umbrüche heraus, als die SED im Herbst 1989 hineingeschlittert ist.

Welche Struktur hatte die SED im Herbst 1989?

Insgesamt gesehen hatte die SED die Struktur, die dem historischen Wachsen in ihrer Funktion als Staatspartei und ihrer historischen Selbstverortung als Fortsetzung der Arbeiterbewegung entsprach. Die Teilstrukturen der Berufstätigen und der Nichtberufstätigen unterschieden sich nur graduell, nicht qualitativ, in Entsprechung zum Strukturwandel in der Gesellschaft. Ihr Arbeiteranteil betrug insgesamt fast 43 Prozent, an den Berufstätigen reichlich 40 Prozent.^9 Bei den Rentnern lag er fast so hoch, wie er offiziell zuletzt angegeben war.

8 [Die SED war im Wesentlichen am Arbeitsplatz organisiert, am Wohnort waren es nur die Rentner. Mit der Auflösung der Betriebsstruktur und dem generellen Übergang zum Wohnortprinzip brach ein kultureller, generationeller und politisch-inhaltlicher Konflikt auf, der viele Jüngere abschreckte und zu massiven Mitgliederverlusten führte; Anm. d. Hrsg.]

9 Der Unterschied zu früheren Angaben resultiert ausschließlich aus Veränderungen der Bezugsbasis (vor einem Jahr berufstätige Rentner = 100%), die aus heutigen Analyseerfordernissen notwendig sind. Die hier veröffentlichten 40,4 Prozent entsprechen exakt den im Juni 1990 von mir angegebenen 35 Prozent.

Das Geheimnis der SED-Statistik bestand darin, dass die Mehrheit der Hauptamtlichen, der Militärs und andere entsprechend ihrer sozialen Herkunft als lebenslange Arbeiter honoris causa eingestuft worden waren. Außerdem hatte die SED immer (vor allem die Hauptamtlichen als deren innere Struktur) über ihren Arbeiteranteil gewacht und den Zugang sozial reguliert (es gab dabei einen regelrechten Rückmeldekreislauf). Als mit der Macht auch die Möglichkeit zu dieser sozialen Regulierung verloren war, war es auch mit dem Arbeiteranteil vorbei. Aber auch vorher hatte der Arbeiteranteil eher eine dekorative Funktion; funktional und auch strukturell (quantitativ) dominant waren die Gruppen der Angestellten und der Intelligenz. Schon aus dieser Sicht stellte sich die SED eher als Verwaltungspartei dar denn als Arbeiterpartei. Aber auch das ist nur die Erscheinungsweise.

Diese Gruppen waren in den obigen Großgruppen enthalten beziehungsweise in ihnen verborgen: Staats- und Wirtschaftsfunktionäre (d. h. entsprechende Angestellte bzw. Akademiker mit Leitungsfunktionen in diesen Bereichen – 8,5 %), hauptamtliche Funktionäre (9,8 %), Militärangehörige (10,9 %). Das sind die Trägergruppen der Funktionen der Staats- und Funktionärspartei; sie sind für die Struktur der SED und aus dieser Sicht auch für deren Wirken/Nichtwirken entscheidend gewesen. Bei allen diesen drei Gruppen ist bemerkenswert, dass sie prinzipiell (nicht nur in der DDR und nicht nur im Realsozialismus) hierarchisch gegliedert sind. Als «Struktur in der Struktur» transportierten und reproduzierten sie permanent das Hierarchische als Strukturprinzip in der SED insgesamt und damit zugleich in der (politischen) Gesellschaft. Gesellschaftlich relevante Innovationen waren dementsprechend nur im Rahmen von Weisungen und Berichten möglich. Damit war strukturelle und funktionelle Starrheit das Funktionsprinzip der ganzen Partei und nicht nur der Führungen. Außerdem war die SED, wie sich schon zu Beginn des akuten Krisenstadiums zeigte, weitgehend eine nur formale Gemeinschaft (in diesen Grenzen allerdings auch wirkungsvoll, die gesellschaftliche Rolle war bei den Mitgliedern weitgehend habitualisiert und ist es zum Teil heute noch).

Die Sozialstruktur der PDS im Mai/Juni 1990

Im Gefolge dieser Prozesse stellte sich die PDS mit einer in vieler Hinsicht völlig anderen Sozialstruktur dar. Strukturell gesehen war sie schon zu dieser Zeit eine andere Partei, als es die SED war. Ein neues Gesicht, allerdings mit vielen alten Falten und Sommersprossen. Wir haben allerdings inzwischen unter Einbeziehung dann folgender Entwicklungen und aufgrund präziserer Datenlage das eingangs erwähnte Modell neu errechnet und die Schätzung korrigiert. Jetzt hat diese Schätzung allerdings auch eine andere Funktion (damals diente sie auch der Information über die Situation, wahrscheinlich waren aber gerade im Mai im Kontext mit den Mai-Wahlen Veränderungen im Gange, die wir nicht mehr berücksichtigen konnten). Heute besteht die Funktion in der Rekonstruktion eines inzwischen historischen Durchgangsstadiums, das zu erfassen ist, um zu Erklärungen für die Wandlungen beizutragen.

Die Sozialstruktur der PDS wird im Mai/Juni 1990 bestimmt durch gründlich veränderte Relationen der Großgruppen zueinander. Dabei hat zugleich der «Rentner»-Teil der Partei eine ganz andere Struktur als der Teil der Erwerbspersonen. Auffällig ist jedoch auch, dass der Arbeiteranteil der PDS sich zu stabilisieren beginnt bei allgemein weiterhin starker Reduzierung. Die PDS wird zu dieser Zeit durch drei große Gruppen strukturell dominiert:

- Rentner (vor allem aus Arbeiter- und Angestelltenberufen, Träger der Tradition der Arbeiterpartei, Treue zu dieser Tradition ist die Bindekraft);
- Angestellte, die vor allem in die Strukturen der öffentlichen Verwaltungen eingebunden waren, ihre Existenz mit der Entwicklung der DDR aufgebaut hatten und in ihren Interessen an die staatliche Existenz der DDR gebunden waren;
- Akademiker in Forschung, Technologie, Wissenschaft, Bildung, Kultur, Rechtspflege und Ähnlichem, die teils in ihrer individuellen Biografie enge Bindungen an sozialistische Ideen transportieren (ABF-Generation),¹⁰ teils aber im Zerbrechen der SED und im Ende der DDR eine Chance für Erneuerung (demokratischer Sozialismus, innerparteiliche Demokratie, Entkrustung des Marxismus) zu sehen meinen.

Jene Gruppen, die die Struktur der SED ganz wesentlich bestimmt hatten – die Trägergruppen der Funktionärs- und Staatspartei: staatliches und wirtschaftliches Leitungspersonal, hauptamtliche Funktionäre, Militärs –, existieren nicht mehr als Gruppen. Mit dem Verlust der politischen Macht haben sie sich als Gruppen aufgelöst, genau genommen bereits vor dem definitorischen Verlust. Teils (größtenteils) treten ihre Angehörigen in dieser Phase aus, teils gehen sie in andere Gruppen über (wir werden ihnen wieder begegnen). Mit dem Verschwinden dieser Gruppen verliert die PDS als sozio-politische Organisation die personellen Träger des früher in ihr dominierenden Organisationsprinzips, sie verliert ihre autoritär-hierarchischen Strukturen (nicht unbedingt überall entsprechende Ideen bzw. Erwartungen). Sie befand (und befindet) sich in einem Übergangsstadium zu völlig neuen Strukturen der Entscheidung und Willensbildung sowie zu völlig neuen Vergesellschaftungsformen (Politikfähigkeit): extern zu einer, wie eine Mehrheit wünscht, linkssozialistischen Oppositionspartei (mit Verantwortung für Geschichte), intern von Autoritäts- zu demokratischen Kompetenzstrukturen. Allerdings befand (und befindet) sie sich dabei in einer problematischen Pendellage: Autorität gilt (scheinbar: Gysi-Syndrom) nichts, Argumente (noch?) häufig wenig. Mitunter dominiert die Suche nach beziehungsweise der Präsentationsversuch als neue Autorität. Sie ist zu dieser Zeit allerdings auch

10 [ABF ist die Abkürzung für Arbeiter- und Bauernfakultät. Die ABF waren 1949 aus den Vorstudienanstalten der SBZ hervorgegangen und bereiteten junge Arbeiterinnen und Arbeiter, Bäuerinnen und Bauern und auch Angehörige anderer nicht akademischer Schichten auf ein Hochschulstudium vor, um so das überkommene Bildungsprivileg zu brechen. 1963 war dieser Weg nicht mehr nötig. An der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg verblieb eine Einrichtung mit dem Namen ABF, die junge Leute aus der gesamten DDR auf ihr Auslandsstudium vorbereitete; Anm. d. Hrsg.]

noch groß genug, sich als sozialistische Volkspartei präsentieren zu wollen, sie hat dafür auch die entsprechende Struktur. Die Geschichte und der Gang der Ereignisse (insgesamt die verunsicherte und emotionalisierte Situation in der Gesellschaft) bewirken, dass das Volk diese Partei jetzt nicht annimmt.

Was die PDS in dieser Phase eint, sind «Verbundenheit» und sozialistische Überzeugungen, die allerdings sehr differenziert sind und eher ein Spannungsfeld als einen politischen Zusammenhang darstellen:

- Sozialismus war nicht so schlecht, man muss es wieder versuchen;
- Verteidigung des im Realsozialismus erworbenen Sozialstatus (individuell und als Gruppen);
- Reform: keine soziale Entwicklung in der kapitalistischen Marktwirtschaft ohne linkssozialistische Opposition;
- völlig neue sozialistische Perspektiven.

Das heißt nicht, dass nicht auch viele der Ausgetretenen sozialistische Überzeugungen – diese oder jene – teilen. Das heißt vielmehr, dass sich in dieser Phase die PDS formiert als Solidargemeinschaft (mit sehr verschiedenen Ansprüchen an Solidarität und entsprechenden Spannungen), sich formiert übergreifend als «Trutzgemeinschaft».

Allerdings kann bereits in dieser Phase die PDS als Beweis dafür gelten, dass in der SED nicht nur Machtversessene, Karrieristen und Angepasste, jetzt Verängstigte waren, sondern nicht wenige überzeugte Sozialisten, die zu ihrer historischen Verantwortung (auch wenn es weh tut) und zu ihrer aktuellen sozialen Verantwortung stehen.

In all dem liegt begründet, dass die Strukturveränderung, die sich in den zwölf Monaten zuvor vollzogen hat, damit verknüpft ist, dass der gesellschaftliche Umbruch der sozialen Strukturen sich in der Mitgliedschaft der PDS mit besonderer Geschwindigkeit vollzieht. Die Betroffenheit der PDS-Mitglieder ist besonders hoch. Das macht aber die PDS zugleich zu einem Interessenverband, gleichfalls hoch in sich differenziert und verbunden mit unterschiedlichen/gegenseitlichen Anforderungen an die Politik der Partei intern und in der Öffentlichkeit.

Wer kann etwas ändern?

in: Wittich, Dietmar/Brie, Michael/Dellheim, Judith/Falkner, Thomas/Brie, André (Hrsg.): *Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, herausgegeben vom Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V., Berlin 1997, S. 193–242 (Auszüge).*

Mit der Benennung von als notwendig, angesehenen Veränderungen [...] ist zugleich die Frage gestellt, wer (welche sozialen Subjekte, Gruppen, Bewegungen) kann was (welche konkrete Veränderung) wie bewirken? Wer kann sie herbeiführen, die Ablösung der kapitalistischen Moderne und die Formierung einer sozialistischen Moderne? Wer kann die Weichen stellen für den ökologisch-sozialen Umbau, hin zu nach-

haltiger Entwicklung und zu einer neuen Regulationsweise? Mit welchen sozialen Kräften kann die Dominanz des Profitprinzips überwunden werden? Selbst für einen überschaubaren Reformschritt gilt, wer kann sie durchsetzen, die andere Verteilung der Erwerbsarbeit? Aus den Erfahrungen sozialistischer Bewegung und sozialistischer Realität ist klar, diese ganze Entwicklung und jeder einzelne Schritt sind nur demokratisch umzusetzen, sie sind nur realisierbar, wenn sie jederzeit mehrheitsfähig sind. [...]

Die Schaffung einer sozial gerechten und solidarischen Gesellschaft bedeutet nach wie vor, soziale Ungleichheiten aufzuheben. Sie bedeutet angesichts der Resultate der Geschichte dieses Jahrhunderts aber auch, die Kommunikation zwischen sozialen Akteuren neu zu organisieren und zu institutionalisieren. Das setzt voraus, sich wesentlich genauer auf die Strukturiertheit von Gesellschaft einzulassen, als es im Programm von 1993 möglich war. Das schließt auch die kritische Selbstreflexion ein: Welche Aussagen oder Annahmen sozialistischer Denk- und Theorietradition haben sich in den wechselvollen historischen Erfahrungen bestätigt, und welche haben sich nicht bestätigt? [...] Nicht aus der Deduktion aus Sätzen, die zu ewigen Wahrheiten erklärt wurden, und auch nicht aus ihrer generellen Negation können Vorstellungen gewonnen werden, wie sich soziale Akteure gesellschaftlicher Veränderungen formieren können. Es führt kein Weg darum herum, sich auf die realen aktuellen Veränderungen in der Sozialstruktur der Gesellschaft analytisch einzulassen. [...]

Klassenlagen, Klassenverhältnisse und Klassenstruktur

Vor 15 Jahren formulierte André Gorz sein «Adieux au prolétariat» (Gorz 1980). In den folgenden Jahren schien es zunehmend ausgemacht, dass sich Klassentheorie erledigt habe. Zugespitzte Formulierungen in dieser Hinsicht sind bei Ulrich Beck zu finden: «Wir leben trotz fortbestehender und neu entstehender Ungleichheiten heute in der Bundesrepublik bereits in Verhältnissen jenseits der Klassengesellschaft, in denen das Bild der Klassengesellschaft nur noch mangels einer besseren Alternative am Leben erhalten wird.» (Beck 1986: 121) Und:

«Die Besonderheit der sozialstrukturellen Entwicklung in der Bundesrepublik ist der ›Fahrstuhl-Effekt‹ – die ›Klassengesellschaft‹ wird insgesamt eine Etage höher gefahren. Es gibt bei allen sich neu einpendelnden oder durchgehaltenen Ungleichheiten ein kollektives Mehr an Einkommen, Bildung, Mobilität, Recht, Wissenschaft, Massenkonsum. In der Konsequenz werden subkulturelle Klassenidentitäten und -bindungen ausgedünnt und aufgelöst. Gleichzeitig wird ein Prozess der Individualisierung und Diversifizierung von Lebenslagen und Lebensstilen in Gang gesetzt, der das Hierarchiemodell sozialer Klassen und Schichten unterläuft und in seinem Wirklichkeitsgehalt infrage stellt.» (Ebd.: 122)

Mittlerweile ist das Thema auch bei Teilen der Linken angekommen: auch linkssozialistische (postkommunistische) Parteien und einige ihrer Theoretiker verabschieden

sich von der Klassentheorie. Das äußert sich vor allem darin, dass gesellschaftsanalytische Aussagen in programmatischen und anderen strategischen Dokumenten wie auch im Programm der PDS unter Verzicht auf die Methodologie und Begrifflichkeit von Klassenanalyse formuliert werden.

Und plötzlich scheint wieder alles ganz anders, das Thema hat erneut Konjunktur. Die «Wiederkehr der Proletarität» (Roth 1994) ist auf die Tagesordnung gesetzt, die Debatte wird lebhafter. Sind es nur die unbelehrbaren Dogmatiker, die nun beginnen, sich zur Wehr zu setzen, oder ist es die Realität der «siegreichen» kapitalistischen Marktwirtschaft selbst, die die Wiederbelebung des Themas betreibt?

Die Relativierungen von Klassenanalyse und Klassentheorie werden häufig damit begründet, dass gegenwärtig Klassenbewusstsein, Klassenhandeln und Klassenkampf nicht festzustellen seien. Das wird aber nur auf den lohnabhängigen Teil des Spektrums der Klassenstruktur bezogen. Übergangen wird dabei meist, dass sich in den konservativen Strategien zum Umbau zum Beispiel des Sozialstaats, zur Umverteilung der gesellschaftlichen Ressourcen und der Krisenbewältigung durchaus Züge eines «Klassenkampfes von oben» zeigen und Ausdruck konservativer Hegemonie sind. Eine häufig geäußerte Unterstellung besagt, heutige moderne Gesellschaften ließen sich nicht auf die Strukturmuster des 19. Jahrhunderts reduzieren. Aber gerade darum geht es nicht. In der Tat zeigt wohl auch die jüngere Geschichte in Mitteleuropa, dass zum Beispiel die Arbeiter der Bundesrepublik mehr zu verlieren hatten und haben als «ihre Ketten». Es geht um etwas anderes, etwas im Vorfeld von Ideologie und Politik – um die Neu- und Wiederaneignung veränderter gesellschaftlicher Realität und dabei auch der veränderten und sich verändernden sozialen Strukturen. Laufende Analysen mit diesem Anspruch stehen vor dem Problem, dass sie erst im Gange und keinesfalls abgeschlossen sind, zumal auch die sozialstrukturellen Veränderungen in der Gesellschaft selbst nicht abgeschlossen sind – eine nicht abgeschlossene Analyse zu einem nicht abgeschlossenen Vorgang. Aber auch dieser vorläufige Erkenntnisstand lässt deutlich werden, dass es sowohl Kontinuitäten zur Klassengesellschaft des 19. Jahrhunderts gibt, zum Beispiel was die sozialökonomische Bedingtheit sozialer Differenzierungen betrifft, als auch neue und veränderte Erscheinungen, die eben die Klassengesellschaft zu Ende des 20. Jahrhunderts ausmachen.

Aus der empirischen Analyse aktueller Veränderungen der Sozialstruktur ergibt sich, dass die Begriffe Klassenbewusstsein und Klassenkampf nicht zwingend notwendig sind, um innerhalb der vielfältigen Entwicklungen klassengesellschaftliche Züge als ein Moment neben anderen nachzuweisen. Eine der Besonderheiten der gegenwärtigen sozialstrukturellen Veränderungen in Ostdeutschland hängt wesentlich damit zusammen, dass mit dem Ende des realen Sozialismus der DDR und dem Anschluss an die marktwirtschaftlich verfasste Bundesrepublik ein anderer Typ von sozialökonomischen Beziehungen, gesellschaftlichen Regulationsweisen und Beziehungen wirksam geworden ist, zu dessen Merkmalen eine tiefgreifende Umverteilung verwertbarer Ressourcen gehört. Wenn sich in diesem Kontext die Herausbildung von

Klassenlagen und die Formierung von Klassenverhältnissen zeigen (d. h. die Bildung großer Gruppen mit typisch ungleichen Lebenslagen und Lebenschancen in Abhängigkeit von den sozialökonomischen Strukturen und der Verfügung beziehungsweise Nichtverfügung über Ressourcen, die vermarktet werden können), dann bedeutet dies, dass diese Gesellschaft auch Klassengesellschaft ist. Es bedeutet nicht, dass der Klassencharakter sozialer Differenzierungen als solcher erkannt werden muss, und auch nicht, dass entsprechende Gruppen ausgehend von ihrer sozialen Lage kollektiv handeln müssen. Aber es bedeutet, dass ein Teil der sozialen Ungleichheiten dieser Gesellschaft, der sozialen Interessen und sozialen Konflikte (akute oder latente) mit diesen klassengesellschaftlichen Zügen der Sozialstruktur in Zusammenhang stehen.

Klassenlagen in Ostdeutschland

Soweit die empirische Sozialstrukturanalyse der gesellschaftlichen Veränderungen in Ostdeutschland es bisher belegen kann, lassen sich in den sich reproduzierenden Klassenverhältnissen folgende, deutlich voneinander unterscheidende Klassenlagen nachweisen:

- real Lohnabhängige,
- lohnabhängige Mittelschichten,
- selbstständige Mittelschichten,
- Selbstausbeuter,
- bürgerliche Oberschicht.

Der Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland zeigt zugleich, dass sich gerade in dieser Hinsicht bei allen Unterschieden insgesamt durchaus Gemeinsamkeiten abzeichnen.

Real Lohnabhängige (dazu zählen lohnabhängige Arbeiter und Angestellte in unteren bis mittleren Einkommensgruppen) gibt es gegenwärtig in Ostdeutschland deutlich häufiger als in Westdeutschland. Dort stellen die lohnabhängigen Mittelschichten (Angestellte und Beamte in überdurchschnittlicher Soziallage) die relativ stärkste Gruppe.

Die selbstständigen Mittelschichten (Selbstständige und Unternehmer in mittleren und oberen Einkommensgruppen) bilden in Ost und West jeweils relativ kleine Gruppen, in Ostdeutschland ist sie relativ stärker als im Westen. Eine Besonderheit stellen die Selbstausbeuter dar, es handelt sich dabei um formal Selbstständige, die jedoch ihrer sozialen Situation nach zu den Armen gehören.

Zur bürgerlichen Oberschicht wurden sowohl die Unternehmer mit Spitzeneinkommen gerechnet als auch Beamte und Angestellte in dieser Einkommensgruppe.

Insgesamt zeigt sich, dass sich die Strukturen nach Klassenlagen in Ost und West deutlich voneinander abheben. In Ostdeutschland dominieren eindeutig Lagen der Lohnabhängigen, in Westdeutschland die Mittelschichten.

Aber auch die Selbstständigen haben in Ost und West sehr unterschiedlich strukturierte Soziallagen. In Westdeutschland zählen zwei Drittel von ihnen zur reichen

bürgerlichen Oberschicht, in Ostdeutschland ist es nur ein knappes Drittel aus dieser Gruppe, die das bisher erreicht hat.

Grundprozesse

Die Ausdifferenzierung von Sozillagen in der ostdeutschen Gesellschaft der Gegenwart trägt klare Züge der Polarisierung. Die Herausbildung von Klassenlagen ist dabei eine Dominante. Das wird vor allem vermittelt durch:

- die Um- und Neuverteilung von produktivem Eigentum und anderer kapitalförmig verwertbarer Ressourcen;
- die Reprivatisierung von Eigentum an Grund, Boden und Gebäuden;
- die Abhängigkeit von Lebenslagen von den Realisierungsmöglichkeiten von Lohnarbeit;

– die umfangreiche Migration und Mobilität infolge fehlender Arbeitsmarktchancen. Sozialstrukturelle Veränderungen vollziehen sich nicht autonom. Sie sind auch beeinflusst von der Entwicklung der Produktivkräfte (neue Gruppen bilden sich heraus, zum Beispiel die Gruppe der Informatiker, andere Gruppen schrumpfen oder verlieren an Bedeutung), und sie unterliegen politischen Einflüssen. Auch das ist ein wesentlicher Unterschied zum 19. Jahrhundert: Heute werden soziale Strukturierungen politisch «überformt». Konservative Gesellschaftspolitik hat in den letzten Jahren weitgehend erfolgreich die Instrumentarien zum Umgang mit sozialen Problemen und zur Bewältigung sozialer Konflikte umgebaut: An die Stelle der Umverteilung gesellschaftlicher Ressourcen zur Minderung sozialer Probleme und zur Entschärfung sozialer Konfliktlagen ist sukzessive die Strategie der Umverteilung und Diversifizierung der sozialen Probleme selbst getreten. Das zeigt sich in der Kürzung der Arbeitslosenbezüge, der Veränderung der Berechtigungsfristen, der Einführung des Solidarzuschlags und der Pflegeversicherung, der Einführung von Rezeptgebühren und weiterer Zuzahlungen, dem Aufschub von Renten- und BAföG-Anpassungen und vielem anderen. Regelmäßig handelt es sich dabei um Einschnitte in die soziale Lage von Teilen der Bevölkerung, die andere Teile aber nicht oder wenig betreffen. In Deutschland erfolgte dieser Umbau weitgehend unbemerkt, weil hinter dem Rücken verbreiteter Einheitseuphorie. Diese konnte sogar genutzt werden («Alle müssen die Kosten der Einheit tragen!»), um für diesen Umbau breite Akzeptanz und ideologische Hegemonie herzustellen.

Im Ergebnis ist die Verteilung sozialer Probleme und Risiken so differenziert, da sie nicht eindeutig einer Klassenlage zuordenbar sind, ihr Zusammenhang mit Verwertungsstrukturen und politisch überformter Umverteilung entzieht sich weitgehend der Wahrnehmung.

In diesen Ausdifferenzierungen und Abschottungen bildet sich möglicherweise in den kapitalistischen Metropolen wirklich die «neue soziale Frage» heraus, die Anfang der 1980er Jahre noch eine konservative Vision war. Die Gesellschaft ist infolge der herrschenden neokonservativen Gesellschaftspolitik gegenwärtig insgesamt so struk-

turiert, da mit sozialen Problemen verbundene soziale Konflikte per Segmentierung und Marginalisierung zugleich entsolidarisierend wirken, damit «befriedet» erscheinen und mindestens mittelfristig latent bleiben. Es existieren objektive Barrieren, da Klassenlagen derzeit nicht massenhaft als solche wahrgenommen werden, ein Klassenhandeln seitens der Lohnabhängigen nicht erkennbar ist und damit die sich verfestigenden und ausweitenden Klassenlagen seitens der Lohnabhängigen nicht zur Formierung von Klassen im Sinne gemeinsam handelnder sozialer Akteure führen. Hier kann der Einwand folgen, dass eine so bestimmte «neue soziale Frage» zu kompliziert sei, um als Ansatzpunkt für Politik zu wirken. Dem ist entgegenzuhalten, dass auch die «alte» soziale Frage also der Zusammenhang von Lohnarbeit, Ausbeutung und Unterdrückung durchaus nicht so einfach war. Erst die Akzeptanz im öffentlichen Bewusstsein hat ihr Plausibilität verliehen.

Damit zeichnet sich aber auch ein Widerspruch ab: Diese Multidimensionalität sozialer Konflikte steht zwar in engem Zusammenhang mit den Klassenverhältnissen, produziert aber zugleich das, was man «neue Unübersichtlichkeit» nennt und eben keine deutliche Klassenkonfrontation. Diese Situation macht erklärbar, warum es gegenwärtig allenfalls möglich ist, für begrenzte Ziele jeweils kleinere Teile der Bevölkerung zu aktivieren, massenhafte Mobilisierungen für umfassendere Protestaktionen oder gar gesellschaftliche Veränderungen kaum möglich erscheinen.

Insgesamt bleibt festzuhalten: Die komplizierte soziale Struktur moderner Gesellschaften ist nicht auf das Raster von Klassenstrukturierung zu reduzieren, sie hat viele Strukturebenen: Geschlechter, Generationen, Besitz, Bildung und Qualifikation, Prestige, soziokulturelle Milieus, Sozillagen und andere, aber aktuelle Ausdifferenzierungen sozialer Ungleichheit sind nicht ohne die Dimension von Klassenlagen zu erklären. Die Klassenstruktur bildet eine Dimension der sozialen Differenzierungen, sie ist Resultat und Ausdruck der sozialökonomischen Struktur der Gesellschaft, das heißt der ungleichen Verteilung der Verfügungsgewalt über Ressourcen, die im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess verwertbar sind (in kapitalistischen Gesellschaften Kapital und andere kapitalförmig verwertbare Ressourcen).

Die empirische Wahrnehmbarkeit von Klassenkämpfen ist kein Kriterium für die Notwendigkeit von Klassenanalyse und die Gültigkeit der Klassentheorie. Klassenkampf ist nur eine besondere Erscheinungsweise des Verhältnisses von Klassen zueinander, insofern setzt der aktuelle Streit an einer falschen Alternative an. Die grundlegenden Begriffe der Klassenanalyse sind Klassenlage und Klassenverhältnisse. Die Spaltung der Gesellschaft in Klassen bildet nach wie vor eine wesentliche Differenzierungslinie in der Gesellschaft. «Linie» ist dabei eine Metapher, in Wirklichkeit handelt es sich um komplexe Bündel von Merkmalen der Sozillagen, nach denen sich Gruppen von Menschen voneinander unterscheiden. Die Integration Ostdeutschlands in die «soziale Marktwirtschaft» vollzieht sich als Reproduktion von Klassengesellschaft. Das Besondere besteht darin, dass sich damit an der Peripherie der kapitalistischen Metropolen eine Klassenlandschaft herausbildet. Die weitere Entwicklung wird zei-

gen, ob es sich dabei um regional und räumlich begrenzte Entwicklungen handelt oder um Ansätze allgemeiner Veränderungen. Letzteres nimmt Karl-Heinz Roth an.

«Wir haben es [...] mit einem Prozess zu tun, der sich zum Nachteil der Lohnabhängigen von West und Ost wechselseitig aufschauelt und tendenziell vereinheitlicht. Ostdeutschland war und ist das Experimentierfeld der westdeutschen herrschenden Klasse zur Durchsetzung, postfordistischer Gesellschaftsverhältnisse in extremster Form. Die dabei betriebene Politik der Tabula rasa und der sozioökonomischen Neuordnung quasi auf der grünen Wiese wird durch die laufenden Transferleistungen weitgehend vor gesellschaftlich-politischen Risiken abgesichert, was den Eliten nicht weiter schwerfällt, weil sie vor allem die Lohnersatzfonds der westdeutschen Erwerbsabhängigen dazu heranziehen. Auf diese Weise wird die beschleunigte ‚Verschlankung‘ des westdeutschen Sozialstaats zur Ressource einer sozialverträglichen Abpufferung von Massendeprivation und Neuordnung im Osten. Zusätzlich sollen die innovativsten Ergebnisse des radikalen Strukturbruchs nach Westdeutschland zurückimportiert werden. Es steht somit keineswegs die Angleichung der Arbeits- und Einkommensverhältnisse der Neufünfänder an das Westniveau auf der Tagesordnung, sondern die Reproduktionsbedingungen der Erwerbsabhängigen der sogenannten alten Bundesländer sollen sich beschleunigt an die Zustände im Osten annähern.» (Roth 1994: 229–230)

Das ist sicher zugespitzt formuliert, aber völlig unwahrscheinlich ist dieses Szenarium nicht.

Somit ergibt sich, dass Existenz und Verschärfung klassengesellschaftlicher Strukturen einerseits und Individualisierung und Pluralisierung (Vester u. a. 1993: 70) sozialer Strukturen andererseits einander nicht ausschließen. Die Differenziertheit ist die Existenzweise der Klassenstruktur in den kapitalistischen Metropolen der Gegenwart. Die deutsche Gesellschaft stellt nur insofern dabei eine Besonderheit dar, als sie mit der ostdeutschen Teilgesellschaft eine umfangreiche Klassenperipherie einschließt. Die sich daraus ergebenden theoretischen und politischen Konsequenzen gilt es zu prüfen.

Klassentheorie – Möglichkeiten und Grenzen

«Klassen sind Produkte der Ökonomie, die politisch handeln.» (Kuczynski 1972: 28) In dieser knappen Formulierung ist das Spezifische einer ganzen Denktradition zusammengefasst. Es ist für diejenigen, deren Denk- und Sprachformen durch diese marxistisch-leninistische Traditionslinie geprägt sind, offenbar nicht einfach, sich von vereinfachten Vorstellungen von Klassenanalyse und Klassentheorie zu lösen. Das zeigt sich in solchen Formulierungen: «[...] die neue und alte soziale Frage als Konsequenz des Klassencharakters und der Krisentendenz oder die Relevanz des Gegensatzes von Lohnarbeit und Kapital für die realen Interessenkonfrontationen auf allen Ebenen der Gesellschaft.» (Jung 1996) Das Problem besteht darin, dass damit

gerade die neuen Erscheinungen der Klassenstrukturierung sprachlich an Entwicklungsniveaus früherer Perioden rückgebunden werden und das eigentlich Neue auf der Strecke bleibt. Das wird noch deutlicher im folgenden Satz: Die herrschende Macht des Kapitals löst sich eben nicht in der wachsenden Ausdifferenzierung der Gesellschaft oder in pluralistischen Substrukturen auf. Nein, so möchte man hinzufügen, die Macht des Kapitals existiert in diesen wachsenden Ausdifferenzierungen und pluralistischen Substrukturen, es sind die Existenzformen der bestehenden Verhältnisse, die den Gegenstand der konkreten Analyse bilden müssen.

Für eine zeitgemäße Klassenanalyse, die der Komplexität und Vielschichtigkeit der gesellschaftlichen Realität gerecht wird, wird nicht eine vereinfachende, sondern eine komplexe Klassentheorie benötigt. Aus dieser Fragestellung heraus und vor dem Hintergrund der analytischen Ergebnisse kann ein erneuter Blick auf die Geschichte der Klassentheorie sowie eine Reflexion neuerer theoretischer Arbeiten zur weiteren Klärung beitragen.

In den Schriften von Karl Marx selbst finden sich unterschiedliche Formulierungen zur Klassenproblematik, die sich scheinbar als Belege für verschiedenartige Herangehensweisen an Klassenanalyse und Klassentheorie verwenden lassen. «Von allen Produktionsinstrumenten ist die größte Produktivkraft die revolutionäre Klasse selbst.» (MEW 4: 181) Aber auch:

«Die Bevölkerung ist eine Abstraktion, wenn ich zum Beispiel die Klassen, aus denen sie besteht, weglassen. Diese Klassen sind wiederum ein leeres Wort, wenn ich die Elemente nicht kenne, auf denen sie beruhen, zum Beispiel Lohnarbeit, Kapital etc. Diese unterstellen Austausch, Teilung der Arbeit, Preise etc. Kapital zum Beispiel ohne Lohnarbeit ist nichts, ohne Wert, Geld, Preis etc. Finge ich also mit der Bevölkerung an, so wäre das eine chaotische Vorstellung des Ganzen und durch nähere Bestimmung würde ich analytisch immer mehr auf einfachere Begriffe kommen; von dem vorgestellten Konkreten auf immer dünnere Abstrakta, bis ich bei den einfachsten Bestimmungen angelangt wäre. Von da wäre die Reise wieder rückwärts anzutreten, bis ich endlich wieder bei der Bevölkerung anlangte, diesmal aber nicht als bei einer chaotischen Vorstellung eines Ganzen, sondern als einer reichen Totalität von vielen Bestimmungen und Beziehungen.» (MEW 13: 631)

Es finden sich also sowohl Vereinfachungen als auch methodologische Ansätze zur konkreten differenzierten Analyse. Schon vor nahezu 30 Jahren hat Wolfgang Abendroth in diesem Zusammenhang eine Warnung und eine Aufforderung formuliert:

«Schon deshalb haben alle Versuche, aus den Werken von Marx in scholastischer Weise Zitate zu finden und sie an einer späteren Realität zu messen, statt vielmehr aus seiner Methode, diejenige Realität zu analysieren, die ihm empirisch zugänglich war, Instrumente zur Überprüfung der gegenwärtigen Realität zu gewinnen, nichts mit dem wirklichen Marx und seiner Methode zu tun.» (Abendroth 1968: 24)

[...] Als Ertrag aus diesem kurzen Ausflug zu den Ursprüngen marxistischer Klassenanalyse und Klassentheorie bleibt vor allem festzuhalten, dass die Abstraktion das Resultat der konkreten Analyse ist, dass die Klassenanalyse aus dieser Sicht an der Komplexität des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses auf dem historisch jeweils gegebenen Niveau ansetzen muss. Daraus ergeben sich zwei Konsequenzen:

Erstens: Die Gültigkeit der Klassentheorie ergibt sich nicht aus ihrem ehrwürdigen Alter und aus der Reputation ihrer Begründer und schon gar nicht aus Wiederholung kanonisierter Sätze. Sie gewinnt ihre Aussage- und Erklärungskraft vor allem aus der Aktualisierung, dafür lassen sich allerdings aus der Theoriegeschichte Ausgangspunkte gewinnen.

Zweitens: Wenn Klassen in der Geschichte nicht mit sich identisch bleiben, dann muss sich das auf ihre Beziehungen zueinander auswirken und Konsequenzen bezüglich ihrer Stellung in und zu gesellschaftlichen Veränderungen haben.

Zur Weiterentwicklung der Klassentheorie in Richtung auf eine genauere und differenziertere Erfassung der Komplexität der gesellschaftlichen Reproduktionsprozesse in modernen Gesellschaften sind in den letzten Jahren mehrere Ansätze entwickelt worden, die zum Teil in der verengten marxistisch-leninistischen Theorietradition nicht zur Kenntnis genommen worden sind. Auf einige von ihnen soll im Folgenden eingegangen werden, auch weil sich gerade dabei sowohl Möglichkeiten moderner Klassenanalyse als auch die gegenwärtigen Grenzen der Aussage- und Erklärungskraft von Klassentheorie verdeutlichen lassen.

Ein wesentlicher Teil dieser Arbeit an der Klassentheorie war darauf gerichtet, Ökonomismus zu überwinden und komplexere Zugänge zu eröffnen. So wies Nicos Poulantzas darauf hin,

«dass sich eine gesellschaftliche Klasse durch ihre Stellung in der Gesamtheit der gesellschaftlichen Praktiken definiert, das heißt durch ihre Stellung in der Gesamtheit der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, die die politischen und ideologischen Verhältnisse einbezieht. Die gesellschaftliche Klasse ist in diesem Sinn ein Begriff, der die Strukturwirkung innerhalb der gesellschaftlichen Arbeitsteilung (die gesellschaftlichen Verhältnisse und Praktiken) bezeichnet.» (Poulantzas 1975: 14)

Die Klassenstruktur ist aus einer solchen Sicht nicht einfach Ausdruck ökonomischer Verhältnisse, sondern die «erweiterte Reproduktion der gesellschaftlichen Klassen bedeutet in ein und derselben Bewegung Reproduktion der politischen und ideologischen Verhältnisse der Klassenbestimmung» (ebd.: 28). In ähnliche Richtung weist das Konzept der «doppelten Strukturierung» des englischen Soziologen Anthony Giddens. Danach ist die Reproduktion der Sozialstruktur das Resultat der unterschiedlichen Verteilung von «Regeln und Ressourcen» (Giddens 1988: 70). Das heißt, dass neben der unterschiedlichen Verteilung von Eigentum und anderen Ressourcen auch die in der Sozialisation erworbenen Gewohnheiten und eingeübten Praktiken an der

Gestaltung der Strukturen beteiligt sind. Die konkrete Vielfalt der Strukturen, die inneren Differenzierungen innerhalb der Klassen und Gruppen, die Überlagerungen sozialer Ungleichheiten und ihre wechselseitigen Blockaden erscheinen aus dieser Sicht nicht als Abweichungen von der «reinen» Klassenstruktur, sondern sind ihre reale Erscheinungsweise.

Ein anderes, in diesem Zusammenhang viel diskutiertes Problem bilden die Mittelklassen oder Mittelschichten. In der Tat erscheint die Sozialstruktur moderner Gesellschaften gegenwärtig dadurch gekennzeichnet, dass nicht nur die Klasse der Besitzenden (der Kapitalisten) eine verschwindende Minderheit bildet, sondern dass auch die traditionelle Arbeiterklasse immer kleiner wird und die Mehrheit der Gesellschaft den Mittelschichten zuzuordnen ist. Das wird als Auflösung der Klassengesellschaft gedeutet. Demgegenüber hat Eric O. Wright das Konzept der widersprüchlichen Lagen innerhalb von Klassenbeziehungen entwickelt, die Mittelschichten existieren danach nicht jenseits der Klassenstruktur, sondern werden bestimmt «als Lagen mit einem mehrfachen Klassencharakter» (Wright 1985: 283).

In dem Konzept des französischen Soziologen Pierre Bourdieu vom Habitus als Vermittlung von Struktur und Praxis ist ein weiterer Impuls zur Weiterentwicklung der Klassentheorie zu sehen. Der «Klassenhabitus als Inkorporation der Klassenlage» (Bourdieu 1991: 175) wird als Verinnerlichung der sozialen Bedingungen und der sozialen Erfahrungen sowie der Ausbildung von Kultur- und Lebensstilen als subjektive Entsprechung und zugleich als Moment der Strukturierung (die symbolische Dimension) herausgearbeitet. Das bedeutet, dass soziokulturelle Faktoren sowohl zum Verständnis von klassen- und gruppeninternen Differenzierungen mit herangezogen werden müssen als auch eine wesentliche Vermittlung zwischen Klassenzugehörigkeit und gesellschaftlichem Verhalten darstellen.

Schließlich ist ausgehend davon, dass die Überwindung der globalen Zivilisationskrise und der Übergang zu einer «neuen Regulationsweise» eine weltweite Herausforderung darstellt, die den ökologisch-sozialen Umbau von Einzelgesellschaften zwar einschließen muss, aber nicht darauf zu reduzieren ist, darauf zu verweisen, dass unter anderem Karlheinz Roth in jüngster Zeit mit Nachdruck auf die globale Dimension von Klassenverhältnissen und Klassenformierungen hingewiesen hat (siehe Roth 1994: 162). Auch das ist ein Aspekt der notwendigen Weiterentwicklung von Klassentheorie.

Dieser kurze Exkurs in die jüngere Geschichte der Klassentheorie und -analyse zeigt, dass bestimmte Defekte der traditionellen marxistischen Klassentheorie durchaus zu beheben sind. In das marxische Konzept von Klassen und Klassenkampf (z. B. im «Kommunistischen Manifest») sind, so scheint es, drei Voraussetzungen eingegangen, die es zu überprüfen gilt, weil sie sich auf Prozesse beziehen, die sich in der Geschichte teils anders vollzogen haben, teils in der Nachfolge von Marx einseitig interpretiert wurden.

Erstens: Die Aussage, dass alle bisherige Geschichte die Geschichte von Klassenkämpfen sei, ist nicht so zu interpretieren, dass es außerhalb von Klassenkämpfen keine gesellschaftliche Entwicklung geben könne. Die gesellschaftliche Entwicklung ist eine Abstraktion, konkrete historische Veränderungen setzen sich aus einer Vielzahl von sozialen Verläufen und Prozessen zusammen. Unterschiedliche Arten von Entwicklungen haben in der Regel auch unterschiedliche Akteure. Die Gleichsetzung von Klassenkämpfen und historischer Entwicklung ist kein Kernpunkt marxistischer Gesellschafts- und Geschichtsauffassung. Damit ist die Frage nach der «historischen Mission» der Arbeiterklasse gestellt. Sicher ist die Gesellschaft von heute ohne das politische und soziale Wirken von Arbeiterbewegung nicht vorstellbar. Zugespitzt formuliert: Die Auflösung und Segmentierung der Arbeiterklasse ist zumindest teilweise Ergebnis der Lohnkämpfe der Arbeiterklasse (die nur schwer mit dem Begriff der «historischen Mission» zu fassen sind), und der Reaktion anderer sozialer Kräfte auf diese Kämpfe. In dieser historischen Entwicklung haben sich jedenfalls Änderungen eingestellt, die unübersehbar sind. Einerseits ist die konservative Offensive zu identifizieren als Klassenhandeln zum Umbau gesellschaftlicher Umverteilung und damit zur Verschärfung der Klassenverhältnisse (konservativer Angriff auf Wohlfahrtsstaat und tarifliche Absicherung von Lohnarbeitern als Klassenhandeln von Fraktionen der Kapitalistenklasse, grundlegende Selektion und soziale Polarisierung vor allem in Ostdeutschland entlang der Konfliktlinie zwischen Kapital und Lohnarbeit). Andererseits haben sich in diesem Jahrhundert infolge wirtschaftlicher, technologischer, sozialer und kultureller Entwicklungen in der Gesamtheit der Lohnabhängigen erhebliche Differenzierungen vollzogen, die zum einen deutlichen Trend zur Verteidigung von sozial Erreichtem (und damit einen konservativen Zug) und zum anderen eine große Zahl von Sonderinteressen produziert haben, die gemeinsam bewirken, dass derzeit ein Klassenhandeln (Arbeiterklasse als Subjekt) nicht konstatierbar ist.

Zweitens: Die Annahme, dass der eine große Klassenwiderspruch alle anderen Dimensionen sozialer Ungleichheit unter sich subsumiere und dass die Vielfalt sozialer Strukturen entlang der Achse Eigentum an Produktionsmitteln dominiert werde, hat sich nicht bestätigt. Zum einen hat moderne Klassenanalyse in den Eigentumsverhältnissen (Eigentum an Produktionsmitteln) nach wie vor einen wesentlichen Bezugspunkt, muss aber auch andere Arten «kapitalförmig verwertbarer Ressourcen» mit einbeziehen: politische Macht, Verfügung über Verwaltungskompetenz, Macht über Informationen, hohe und Spezialqualifikation und andere. Das jährliche Einkommen eines nach bundesdeutschem Recht ordentlich berufenen Universitätsprofessors entspricht der Verzinsung einer Kapitalmasse von mindestens zwei Millionen D-Mark, das eines Ministers von mindestens acht Millionen D-Mark, ähnlich ist es bei Spitzenverdienern in den Medien und in den Verwaltungen, ganz zu schweigen von den Managern in der Wirtschaft. Die formale Lohnabhängigkeit einerseits und das Eigentum an Betrieben, Aktien usw. allein sind es nicht, die zur Zuordnung berechtigten. Zum anderen existiert in der Gesellschaft in jeder historischen Phase eine

Vielfalt sozialer Strukturen (ein Geflecht sozialer Unterschiede und Ungleichheiten) mit einer jeweiligen Vielfalt wechselseitiger Determinationen. Es gibt keine für alle Zeiten gültige Hierarchie der unterschiedlichen Strukturebenen und -dimensionen. Historische Phasen, in denen der Klassenwiderspruch eine relativ dominierende Funktion hat, werden von solchen abgelöst, in denen er mit anderen Strukturen koexistiert (Klasse, Ethnien, Geschlecht), die einander wechselseitig überlagern und verstärken, ohne deshalb miteinander identisch zu werden, oder von solchen, in denen der Klassenwiderspruch von untergeordneter Bedeutung erscheint.

Drittens: Die Annahme, dass die historische Entwicklung zu einer Homogenisierung proletarischer Klassenlagen führe, dass sich die eine große homogene Klasse auf unterstem sozialen Niveau herausbilde, hat sich nicht bestätigt. Und das auch nicht erst in der Gegenwart, sondern bereits im 19. Jahrhundert. Neben dem, was die Klasse eint, was sie eben zur Klasse macht (in der Gegenwart reduziert sich das weitgehend auf den Zwang, Arbeitskraft verkaufen zu müssen, und erstreckt sich schon nicht auf die Bedingungen, zu denen das erfolgt), existieren immer auch Faktoren, die eine innere Differenzierung der Klasse bewirken. Im Zusammenhang mit dem Niveau der Produktivkräfte hat es in der Arbeiterklasse immer Kerngruppen gegeben. Sie wechselten historisch mit der Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsweise. Es gab Perioden, in denen waren es Berufsgruppen wie die Schneider und Schuster, später die Bergleute, dann die Maschinisten, dann die Metallarbeiter (Dreher) und Drucker, die Facharbeiter in der Elektroindustrie. Das waren immer Gruppen, die innerhalb der Industrie angesiedelt waren, die in der jeweiligen Struktur des Reproduktionsprozesses eine Schlüsselstellung inne hatten und die sich meist schon arbeitsorganisatorisch in zentraler Stellung befanden. Diese Gruppen verfügten jeweils über ein spezifisches Produktions- und Produzentenwissen, das sich als Gegenwehrpotenzial mobilisieren ließ. Sie bildeten zugleich die Zentren, um die herum sich die Arbeiterbewegung organisierte.

Insgesamt zeigen sich erhebliche Entwicklungsmöglichkeiten für Klassentheorie und -analyse. Klassenanalyse muss nicht ökonomistisch sein, wenn sie an der Komplexität des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses ansetzt. Das Konzept der widersprüchlichen Klassenlagen ermöglicht Zugänge zur Analyse von sozialen Gruppen zwischen und in den Klassen. Die Unterscheidung von Rollen und Ressourcen ermöglicht es, horizontale und vertikale Differenzierungen als hochkomplexen Zusammenhang zu untersuchen. Schließlich ermöglichen es die mit dem Begriff des Habitus zusammenhängenden Aspekte, die Kompatibilität von Klassenanalyse und Milieuanalyse nicht nur zu behaupten, sondern ihre Zusammenhänge auszuarbeiten. Zugleich bilden alle diese Ansätze «Grenzüberschreitungen», die zwar geeignet sind, die Erklärungskraft der Klassentheorie zu erneuern und damit wieder zu erhöhen, die aber auch ihre Grenzen zeigen. Alle diese Ansätze sind dadurch gekennzeichnet, dass sie die Klassenstruktur zu anderen Strukturebenen in Beziehung setzen. Das ist realistisch, weil ein eindeutiger Zusammenhang zwischen Klassen- oder Gruppenzu-

gehörigkeit und Engagement für oder gegen gesellschaftliche Veränderungen nicht erkennbar ist. Der Zusammenhang von sozialen Strukturen und gesellschaftlichen Veränderungen ist mit der Klassentheorie allein nicht zu erklären.

«Warten auf Godot»?

Offenbar ist es so, dass sich die Menschen den Traum vom Menschheitsglück und die Hoffnung auf eine sozial gerechtere Welt den Utopieverboten des Zeitgeistes zum Trotz nicht nehmen lassen. Damit erhebt sich die Frage, wie sie aussehen soll, die sozial gerechte Welt: sicher eine solidarische, eine antipatriarchalische, eine ökologische. Damit steht aber auch die Frage nach den sozialen Kräften, die die gesellschaftlichen Veränderungen bewirken wollen und können. Wer kann das sein? Diejenigen, zu deren Nachteil die Umverteilungen der letzten Jahre erfolgt sind, die Akteure der Regionalwirtschaft? Die Entwurzelten, die Ausgegrenzten und Vereinsamten? Für die Überwindung patriarchaler Strukturen wird man Frauen, vor allem aber auch Männer benötigen, also die ganze Gesellschaft. Oder ist das Weltproletariat nur ein schlafender Riese, der sich erheben wird, wenn seine Zeit gekommen ist? Die Frage nach den Kräften für gesellschaftliche Veränderungen ist immer auch die Frage nach den Gegenkräften. In einem zu Beginn des Jahres 1996 im Auftrag der Grundsatzkommission der PDS gestarteten empirischen Forschungsprojekt zur Untersuchung der gesellschaftskritischen Potenziale (FOKUS/ISDA 1996: 8 f.) wurde in einer repräsentativen Befragung versucht, die Stellung zu gesellschaftlichen Veränderungen zu messen. Es wurde danach gefragt, ob Veränderungen für notwendig gehalten werden, oder ob alles so bleiben soll, wie es ist. Es wurde nicht danach gefragt, um welche Veränderungen es sich handeln soll, und es wurde nicht gefragt, ob und wie das eigene Engagement dabei aussehen kann. Trotz dieser Einschränkungen ist es schon bemerkenswert, dass sich in Deutschland von 1996 keine Mehrheit für die Erhaltung der bestehenden Zustände finden lässt. In Westdeutschland sind immerhin 44 Prozent für Veränderungen und nur elf Prozent dagegen; in Ostdeutschland sind 53 Prozent für Veränderungen und nur fünf Prozent dagegen.

Nun ist dieses Befragungsergebnis nichts, worauf sich praktische Politik aufbauen ließe, denn die geäußerte Meinung ist in hohem Maße unverbindlich, aber es liefert Material für ein Gedankenexperiment. Das Ergebnis steht zunächst einmal dafür, dass es in der Bevölkerung eine breite Akzeptanz für Vorstellungen von Veränderungen überhaupt geben könnte. Die Geister scheiden sich natürlich sofort, wenn konkrete Vorschläge kommen, weil es dazu jeweils unterschiedliche Interessen gibt. Auf jeden Fall ist in dieser Frage die Meinung in der Bevölkerung anders als in den herrschenden Eliten, die voll auf die Erhaltung des Bestehenden setzen und entsprechende Politik betreiben. Sie ist auch anders als die parlamentarischen Mehrheiten. Bei Wahlen zeigt sich: Man ist zwar für Veränderungen, gewählt werden mehrheitlich aber jene, die die gesellschaftlichen Zustände beziehungsweise die gegenwärtigen Tendenzen insgesamt so erhalten wollen, die Konservativen. Werden nun, wie im

Projekt versucht, diese Meinungen über gesellschaftliche Veränderungen ins Verhältnis gesetzt zu politischen Positionen, so verändert sich das Bild, eine Polarisierung wird deutlich. Immerhin die Hälfte derer, die sich für Veränderungen aussprechen, vertreten alles in allem antikapitalistische Positionen, es ist also zu vermuten, dass sie auch für entsprechende Veränderungen sind. Aber die Gegenpositionen stellen sich gleichfalls als stark dar. Insgesamt etwa ebenso viele (im Westen mehr als im Osten) neigen eher prokapitalistischen Veränderungen zu, könnten sich also einen «schärferen» Kapitalismus wünschen. Dieses Experiment deutet zum einen darauf hin, dass jedes Projekt für gesellschaftliche Veränderungen das Aufbrechen scharfer politischer Konflikte bewirken könnte. Es deutet zum anderen darauf hin, dass ein größerer Teil der Bevölkerung für systemverändernde Politik gewinnbar sein könnte, als gemeinhin angenommen wird. Darunter sind Angehörige der verschiedensten sozialen Gruppen. In Ost und West ist es vor allem die jüngere Generation, im Osten zusätzlich auch die ältere. Im Osten gehören mehr Frauen als Männer dazu, im Westen ist das umgekehrt. Angestellte und Arbeitslose sind überdurchschnittlich häufig dabei, aber auch, und das ist überraschend, Menschen in Führungspositionen sind in Ost und West in diesem Meinungsspektrum überrepräsentiert, im Osten auch Angehörige freier Berufe und kleine Selbstständige. Arbeiter vor allem im Osten scheinen eher skeptisch, befinden sich aber kaum auf Gegenpositionen.

Wie gesagt, es handelt sich eher um Material für ein Gedankenexperiment, denn ein Blick in die Realität ergibt ein anderes Bild: Wirkliche Bewegung für gesellschaftsverändernde Entwicklungen sind kaum festzustellen. Aber es deutet zum einen darauf hin, dass es in der Gesellschaft von heute Adressaten für gesellschaftsverändernde Projekte gibt, und zum anderen, dass diese Adressaten in sich sozial außerordentlich differenziert sind.

Ob und wie sich daraus aktive gesellschaftliche Kräfte für einen Übergang von der kapitalistischen Moderne zu einer sozialistischen Moderne formieren können, hängt in hohem Maße von den Wegen ab, auf denen das erreichbar erscheint. [...] Es ist *zum einen* das – als eher unwahrscheinlich bezeichnete Szenarium, dass die Widersprüche und Konflikte in der Gesellschaft zunehmen und daraus – eines Tages die Revolution eiligen Schrittes als plötzliches Ereignis daherkommen wird (Brie u. a. 1997: 112). *Zum anderen* ist es die Vorstellung, dass aus einer Vielzahl gesellschaftlicher Konflikte, aus vielen Kämpfen gegen einzelne gesellschaftliche Missstände und Ungerechtigkeiten, aus Solidarisierungen und Engagement eine Situation sich allmählich herausbildet, «die an ein Ausbrechen aus der globalen Zivilisationskrise und aus den Unerträglichkeiten selbst der reichsten Gesellschaften der kapitalistischen Moderne» (ebd.: 113) heranführt. Es handelt sich aber nicht um unterschiedliche Vorstellungen über die Geschwindigkeit grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen – die können sich allmählich oder plötzlich realisieren lassen –, sondern um deutlich unterscheidbare Strategien mit unterschiedlichen Konsequenzen hinsichtlich der Formierung von sozialen Subjekten.

1. In dem zuerst genannten Szenarium der plötzlichen revolutionären Veränderung liegt der Kern darin, dass wiederum ein fertiges Modell für die «neue» Gesellschaft erarbeitet und begründet werden muss und die gesellschaftlichen Voraussetzungen erst heranreifen müssen. Erwartet wird, dass sich wiederum eine revolutionäre Klasse formiert, die dieses Modell durchsetzt. Aktuell beschränkt sich sozialistische Bewegung auf Interessenvertretungspolitik, das heißt, sie agiert gesellschaftskritisch, defensiv und eigentlich konservativ. Hinsichtlich der sozialen Subjekte liegt der Schwerpunkt auf der Frage nach möglichen sozialen Kräften, in deren Interesse liegt (die dafür gewinnbar sind), diese Vision von Sozialismus zu realisieren. Zu identifizieren wären soziale Subjekte, die in den bestehenden Vergesellschaftungszusammenhängen stehen und agieren und zugleich einen Bruch dieser Vergesellschaftungszusammenhänge und die Institutionalisierung anderer Strukturen realisieren wollen und können. Letztlich läuft es immer darauf hinaus, dass ein soziales Subjekt für eine wie auch immer zu bestimmende «historische Mission» gesucht wird. Die in obigem Gedankenexperiment dargestellte soziale Differenziertheit ist eher ein Hindernis (oder letztlich nur eine Bündnisfrage), erwartet wird, dass sich eine revolutionäre Klasse herausbildet. Demgegenüber ist die Frage nach sozialen Kräften, die in der Zwischenzeit interessiert sind (oder gewonnen werden können), linkssozialistische Politik zu unterstützen, die PDS zu wählen und in außerparlamentarischen Bewegungen zu unterstützen, von abgeleiteter, taktischer Bedeutung. Es ist vor allem die Frage nach sozialen *Widerstandspotenzialen*.

2. Das zweite Szenarium hat seine Grundlage darin, dass es in der Gesellschaft eine große und möglicherweise wachsende Zahl von Menschen gibt, die Ausmaß und Bedeutung gesellschaftlicher Fehlentwicklungen erkennen, die gesellschaftliche Veränderungen wollen und die sozialistischen Ideen anhängen oder für sie zu gewinnen sind. Das sozialistische Projekt setzt auf die allmähliche Veränderung von Werten, auf die allmähliche Veränderung in der öffentlichen Meinung, letztlich auf die *evolutionäre Selbstveränderung der bestehenden Gesellschaft*. Linkssozialistische Bewegung wirkt daran mit, zum Beispiel mit einer sozialistischen Reformalternative. Da diese auf einen langfristigen, kollektiven Prozess setzt, geht es nicht darum, auf einen neuen, wie immer gearteten «Sturm auf das Winterpalais» zu warten oder sich darauf vorzubereiten. Sondern es geht um eine allmähliche Transformation von Vergesellschaftungszusammenhängen. Diese Transformationen haben zum Teil bereits begonnen. Da auch die Gesellschaften der kapitalistischen Metropolen nicht mehr funktionieren wie in den vergangenen Jahrzehnten, sind die Herausforderungen für Veränderungen gegeben. Die Frage ist nicht, ob Veränderungen, sondern welche Veränderungen durchgesetzt werden. Damit steht die Frage nach sozialen und politischen Gestaltungspotenzialen im Vordergrund.

Bezüglich der Frage nach den sozialen Subjekten sind die Konsequenzen des zweiten Szenariums «bescheidener» und «unbescheidener» zugleich. Sie sind bescheidener insofern, als die linkssozialistische Bewegung sich nicht die Rolle des Weltverbessers

anmaßt, sondern lediglich die Funktion eines Impulsgebers, eines Drängens in Richtung auf Veränderungen, eines Initiators notwendiger Wertveränderungen usw. hat. Sie sind unbescheidener, indem das Modell unterstellt, dass in eine globale Umsteuerung letztlich alle sozialen Kräfte involviert werden und möglicherweise jeweils sehr unterschiedliche soziale Subjekte zu Akteuren von Teilschritten und Einzelentwicklungen werden. An gegebenen sozialen Differenzierungen kann dabei angeknüpft werden. Das setzt allerdings zugleich voraus, in allen Phasen den prinzipiell demokratischen Charakter der Vorgänge zu wahren, also immer wieder den gesellschaftlichen Konsens herzustellen.

Es kann durchaus passieren, dass beide Entwicklungsmöglichkeiten nicht realisiert werden und die konservativen Strategien weiter dominieren, die aufgestauten Probleme weiter kulminieren, sich andere Möglichkeiten der «Bearbeitung» der Probleme eröffnen bis hin zu Katastrophen. Aber wenn es Wege in eine gesellschaftliche Alternative gibt, dann erscheint auch aus sozialstruktureller Sicht das Szenarium des allmählichen Umbaus für den gegenwärtigen Zustand der Gesellschaft das wahrscheinlichere.

Auch bei einer solchen Entwicklung sind die Subjekte der einzelnen Veränderungs- und Entwicklungsprozesse nicht unstrukturiert, weil die partiellen Fortschritte die erforderlichen sozialen Energien nur entlang der großen sozialen Konfliktlinien der Gesellschaft gewinnen können. Damit existiert jedoch keine Differenz zwischen den Subjekten für die Realisierung des strategischen Ziels und die Realisierung der taktischen Ziele. Das setzt den Interessenbezug sozialistischer Politik nicht außer Kraft, schon weil in einem derartigen Kontext die Verteidigung sozialer Errungenschaften und Ansprüche ein permanentes tagespolitisches Moment des Drängens auf Veränderungen sein muss. Das hebt aber traditionelle Ausschließlichkeit der Bindung des sozialistischen Projekts an soziale Interessen einer einzelnen Klasse auf. Dieses Modell bedeutet auch den Verzicht auf den Versuch, den stochastischen Charakter gesellschaftlicher Prozesse (d. h., dass gesellschaftliche Verläufe Reproduktionen und Veränderungen eine im Konkreten letztlich immer zufällige Resultante sehr verschiedener sozialer Energien sind und niemals eine konfliktfreie Gesellschaft erreichbar sein wird) aufzuheben und durch eine «Bewusstheit» ersetzen zu wollen. Es ist auszuschließen, dass eine gesellschaftliche Kraft für sich in Anspruch nehmen kann, «die Wahrheit gepachtet» zu haben und damit legitimiert zu sein, den «Rest» zu seinem (vermeintlichen) Glück zu zwingen.

Für die Ablösung der kapitalistischen Moderne und die Formierung der sozialistischen Moderne, für den Übergang zu nachhaltiger Entwicklung und den ökologisch-sozialen Umbau, für die Überwindung der Dominanz des Profits, den Übergang in eine neue Regulationsweise sowie für entsprechende Veränderungen in den Basisinstitutionen werden gewaltige soziale Energien benötigt. Diese sozialen Energien können sich nur in der Gesellschaft selbst, in ihren Strukturen und Konflikten entwickeln. Der gegenwärtige Zustand ist, dass die Selbstorganisation von Kräften für gesellschaftliche Veränderungen, ja bereits für Gegenwehr gegen soziale Ungerechtigkeit

sozial-strukturell außerordentlich erschwert ist durch die komplexe Vielfalt sozialer Differenzierungen und die Gleichzeitigkeit widersprüchlicher Interessenlagen. Das ist aber nur die eine Seite. Zugleich steht die gegenwärtige Politik [...] vor gewaltigen Problemen. Die herrschenden Eliten können diese offenbar nicht lösen, weil sie ihre Instrumentarien zur gesellschaftlichen Steuerung in Perioden erworben haben, in der die kapitalistische Moderne insgesamt funktionierte, und sie können aus dem Gewohnten nicht heraus. Zugleich verbreiten sich in allen Gruppen der Bevölkerung immer mehr Überzeugungen, dass es nicht so bleiben kann, wie es jetzt läuft. In dieser Konstellation können sich durch die Differenzierungen und widersprüchlichen Interessenlagen hindurch reale Chancen für gesellschaftliche Veränderungen gründen und entfalten.

Zwar existiert kein direkter, unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Sozialstruktur und gesellschaftlichen Bewegungen. Nimmt man das nicht als zeitweiligen historischen Sonderfall, den es zu überwinden oder auszusitzen gilt, dann stellt sich die Frage nach den Vermittlungen zwischen Strukturen und der Formierung von Subjekten. Wir sehen gegenwärtig die folgenden Vermittlungen: soziale Konflikte, die öffentliche Meinung, das Gefüge der politischen und anderen gesellschaftlichen Institutionen sowie in der Struktur selbst die Existenz sozialer Gruppen in strategischen Positionen für Gegenwehr. Diese Vermittlungen stehen nicht beziehungslos nebeneinander, sondern zwischen ihnen gibt es Wechselwirkungen (wechselseitige Verstärkungen oder Blockaden).

In der Gesellschaft existiert ein Geflecht *sozialer Konflikte*, die insgesamt eine Art Kräfteparallelogramm (Engels) bilden. Dazu zählen die Konflikte zwischen den Geschlechtern, zwischen den Generationen, zwischen Benachteiligten und Wohlstuierten, zwischen Erwerbsarbeit und Arbeitslosigkeit. Der (sich historisch wandelnde) Klassenkonflikt bildet darin eine wichtige und möglicherweise wieder an Bedeutung zunehmende Komponente. Mit ihm sind auch unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen erhebliche Energien verbunden, aktuelle Verteilungskonflikte zeigen, dass sich dafür erhebliche Potenziale mobilisieren lassen. Die Lösung sozialer Konflikte wird möglich, wenn sie verbreitet als Problem reflektiert werden, wenn die jeweilige Lösung gesellschaftliche Akzeptanz findet und wenn sich Akteure finden, die die Initiative ergreifen. Gegenwärtig wird die öffentliche Meinung in Deutschland (aber auch in anderen Ländern der kapitalistischen Metropolen) durch eine konservative Hegemonie dominiert. Antonio Gramsci hat untersucht, in welcher fein verästelten Prozessen sich Relationen in der öffentlichen Meinung verändern können. Diese Anregungen richten die Fragestellung darauf, wie gesellschaftliche Konzepte entstehen und wie Meinungsführerschaft und eine «kollektive Linie des Handelns» hergestellt werden können. Veränderungen in der ideologischen Situation und im ideologischen Kräfteverhältnis werden im Kommunikationsprozess hergestellt, in Büchern, Zeitschriften und Zeitungen, in den elektronischen Medien sowie im Netz der alltäglichen Sozialbeziehungen, in den soziokulturellen Milieus.

In diesen Prozessen bildet sich der «Kollektivwille mit einem gewissen Grad an Homogenität» heraus. Meinungsbildungsprozesse verlaufen demnach sehr langfristig, und sie müssen den Durchgang durch den sozialen Alltag und seine Strukturen machen. Ende dieses Jahrhunderts sollten Sozialisten aus ihren Erfahrungen heraus wissen, was es bedeutet, wenn eine Führerschaft die Rückkopplung an den alltäglichen Diskurs in der Gesellschaft verliert, sie erweist sich als bloß angemäÙt und hebt sich schließlich selbst auf.

Aus Erfahrung wissen wir, dass gesellschaftliche Veränderungen nur möglich sind und stabil bleiben, wenn sie von Mehrheiten in der Bevölkerung akzeptiert und getragen werden. Das bedeutet, dass sie in den *demokratischen Institutionen* der Gesellschaft legitimiert werden müssen. Dazu ist die Veränderung politischer Kräfteverhältnisse im Gefolge von Veränderungen in der öffentlichen Meinung, die Zusammenarbeit unterschiedlicher politischer Fraktionen, die Mitwirkung von Organisationen und Verbänden, der ganzen zivilgesellschaftlichen Struktur förderlich.

Soziale Konflikte gewinnen objektiv und subjektiv in der Gesellschaft an Bedeutung und sie werden lösbar, wenn sich eine Gruppe findet, die durch ihre Stellung in den gesellschaftlichen Reproduktionsprozessen über *Potenziale von «Gegenmacht»* verfügt und die Initiative ergreift oder sich solidarisiert. Innerhalb der Lohnabhängigen lässt sich auf dem gegenwärtigen Produktivkraftniveau eine derartige Gruppe mit herausgehobenem und strategisch verwertbarem Produzentenwissen am ehesten bei den Informatikern und Technologen ausmachen.

Wenn es diese *Vermittlungen* sind, in denen sich real die sozialen Energien für Veränderungen entwickeln, dann hat das Konsequenzen für die Frage nach den sozialen Kräften. Dann können gesellschaftliche Veränderungen als Resultante aus sehr differenzierten Aktionen verschiedener Akteursgruppen erwachsen, dann kann auch gemeinsames Handeln bei nicht einheitlichen Lagen die Folge sein. Die gesellschaftliche Entwicklung ist nicht auf das Handeln einer Klasse zu reduzieren, sie wird sich jedoch auch nicht jenseits der Klassenstrukturen vollziehen, sie wird mit deren permanenten Umbau verbunden sein und nicht zu einer harmonischen, unstrukturierten und konfliktfreien Gesellschaft führen. Für die Formierung eines «neuen Klassensubjekts» oder gar eine «neue Identität des Klassensubjekts» (Roth 1994: 261) gibt es bisher keine Anhaltspunkte. Das ist zwar auch nicht völlig auszuschließen, aber ist wohl auch bei aller Wertschätzung seiner differenzierten Analysen eher dem Wunsch des Verfassers entsprungen als der Realität. Eine realistische Wertung der Klassentheorie für sozialistische Politik setzt wohl allerdings den radikalen Abschied von allen Mythen aus dem «Bilderbuch der Klassenkampfgeschichte» voraus, Klassen handeln – vermutlich – als solche nicht.

Sozialistische Politik heißt heute: Arbeit an diesen «Vermittlungen». Es gibt keinen Automatismus, in dem sich Subjekte für gesellschaftliche Veränderungen formieren. Das Werk des Fortschritts vollzieht sich subtiler. Und die Veränderungen sind bereits im Gange. In der Ausdifferenzierung soziokultureller Milieus bilden sich auch schon

Ansätze für die erforderlichen neuen Lebensweisen heraus. Das Bewusstsein, dass es nicht so bleiben kann, wie es ist, ist weitverbreitet, und wird nur übertroffen von der Angst, dabei benachteiligt zu werden. Im Gange ist auch der «Kampf um Deutungen», das heißt die geistige Auseinandersetzung darum, wie die gegenwärtige Situation zu bewerten ist und welche Strategien geeignet sein können. Die Erfahrungen dieses Jahrhunderts besagen, dass Veränderungen auch plötzlich eintreten können. Gerade für Zeitzeugen der Wende von 1989 sollte einsichtig sein, dass Meinungen und Überzeugungen, die jahrelang nur von Minderheiten (den Dissidenten) vertreten wurden, angesichts der Gelähmtheit bis dahin scheinbar Allmächtiger schnell Hegemonie erreichen können. Geschichte ist dann wieder offen, aus der Verweigerung institutioneller Veränderung erwächst ihr Umbruch, aus Unmündigkeit umfassende Partizipation. Die vielfältigen sozialen Konflikte werden dieses Werk nicht allein tun. Das Projekt eines modernen Sozialismus setzt darauf, darin neue Möglichkeiten für umfassendere Solidarisierungen sichtbar werden zu lassen, sodass über die Differenzierungen in den sozialen Lagen hinweg Betroffenheiten wechselseitig wahrgenommen und Gemeinsamkeiten in den Interessen stärker in den Vordergrund treten.

Die Verbreitung von Problembewusstsein und die Organisation sozialer Bewegung für gesellschaftliche Veränderungen ist Aufgabe sozialistischer Politik selbst. Der Kampf gegen die Verschärfung sozialer Ungleichheit bildet dabei einen wesentlichen Ansatzpunkt. Sie kann sich dabei auf die sich reproduzierenden Klassenlagen beziehen und kann an bestehende soziale Bewegungen anknüpfen. Vordringlich scheint, politischen Einfluss bei solchen Gruppen anzustreben und zu erarbeiten, die sich unter den Bedingungen des modernen Reproduktionsprozesses in strategischen Positionen befinden.

Wer heute auf eine wie immer geartete «historische Mission» setzt, dem wird es gehen wie jenen, die auf Godot warten, der kommt nicht, und möglicherweise gibt es ihn überhaupt nicht. Man muss nicht abwarten, sondern losgehen.



«Sozialistische Politik ist (oder sollte sein) Politik für alternative Zukunftsgestaltung (sozial gerecht, solidarisch, emanzipatorisch-selbstbestimmt, antipatriarchalisch, nachhaltig [...]). Das setzt doch voraus, sich mit denen zu verbünden, die – wie die Informationsarbeiter – mit ihrem Tun Zukunft ganz praktisch (und gegenwärtig eben ausgebeutet, abhängig und entfremdet) effektiv gestalten.»

Dietmar Wittich 1999

ENTDECKUNG DER INFORMATIONSGARBEITER UND WEITERFÜHRUNG DER KLASSENTHEORIE

Informationsarbeiter. Eine Nicht-Klasse an sich

Erste Fassung vorbereitet für die Bundeskonferenz der PDS «Neues Jahrhundert – bessere Welt», 4./5.12.1999 (nicht gehalten).

Wer sind die personellen Träger der historisch neuen Produktivkräfte?

Die vielfältigen und komplexen Reproduktionsprozesse im modernen Kapitalismus der Gegenwart haben einen funktionellen Kern. Das sind die Kommunikationsprozesse von der Logistik der Zulieferungswirtschaft bis zum Internetshop. Vor allem sind es die Informations- und Kommunikationstechnologien, die den Kapitalismus in seiner heutigen Gestalt erst möglich machen. Stichworte sind: Globalisierung, Share-Holder-Kapitalismus, Flexibilisierung. Diese Technologien sind in der Gesellschaft allgegenwärtig, sie werden in allen produktiven und nicht produktiven Bereichen wirksam und ermöglichen jeweils Effektivität und effektive Vernetzungen. Vergesellschaftung ist darauf nicht zu reduzieren, sie findet nach wie vor in den Beziehungen zwischen den Menschen statt. Aber zur universellen Vermittlung von Tauschwert und Geld tritt die Vermittlung durch elektronische Kommunikation.

Die Informations- und Kommunikationstechnologien sind Produktivkraft, Produktionsmittel, Arbeitsmittel, Konsumgut und Kulturtechnik zugleich. Ihre Allgegenwart markiert zugleich die sensiblen Stellen des modernen Kapitalismus, in dem die kapitalistischen Metropolen und das internationale Finanzkapital scheinbar unauffhaltsam den Siegeszug der Globalisierung vorantreiben. Dies sind in der modernen kapitalistischen Gesellschaft die Orte, an denen der alte Satz «Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will» wieder eine Wirklichkeit finden könnte. Nichts würde dann mehr funktionieren in dieser Gesellschaft, wenn es hier zu kollektiven Aktionen käme. Wenn es eine effektive Gegenmacht gegen die scheinbare Allmacht des internationalen Finanzkapitals in den materiellen gesellschaftlichen Verhältnissen

selbst (und nicht nur im politischen Überbau) gibt, dann ist sie der Möglichkeit nach hier zu verorten.

Von wessen Arm ist nun eigentlich die Rede? Oder anders gefragt: Wer sind die personellen Träger dieser historisch neuen Produktivkräfte? Ich nenne sie erst einmal «Informationsarbeiter».

Es sind diejenigen, die die Informations- und Kommunikationstechnologien herstellen und programmieren, ihren Betrieb gewährleisten, sowie diejenigen, die sie produktiv nutzen. Sie sind in allen Bereichen zentral: in Produktion, Distribution, Zirkulation und Dienstleistungen, sie arbeiten in Kraftwerken, in militärischen Stäben, in Banken, im Fernsehen, in den Wissenschaften, in Redaktionen und Verlagen, in der Unterhaltungsindustrie sowieso, sogar in diesem Theater¹ usw. Dieses Personal ist als solches heute nicht neu. Neu sind

- a) die Massenhaftigkeit,
- b) seine breite Verteilung in eigentlich allen Bereiche der Gesellschaft und
- c) damit verbundene Formwandlungen zuvor anders gestalteter Arbeitsfelder.

Wie der Kapitalismus als Industriegesellschaft die Industriearbeiter brauchte und hatte, so braucht und hat der Kapitalismus als Informationsgesellschaft die Informationsarbeiter.

Was sind die Merkmale dieser Gruppe?

1. Ihre Ressource, die sie verwerten und die ihnen Positionen mehrheitlich in Mittelschichtpositionen ermöglicht, ist die Beherrschung der neuen, der modernen Kulturtechniken.
2. Eric O. Wright hat die Mittelschichten als «widersprüchliche Lagen innerhalb von Klassenbeziehungen» (Wright 1985: 245) charakterisiert. Das trifft für die Informationsarbeiter in gesteigertem Maße zu. Sie gibt es als Selbstständige, als Scheinselbstständige, als Freiberufler, als Angestellte und als *white collar worker*. Ein großer Teil lebt in Wohlstand, ein kleiner auch an der Armutsgrenze.
3. Sie sind in ihrer Arbeit autonom und zugleich in hohem Maße abhängig und entfremdet. Sie tragen mehrheitlich hohe soziale Risiken, wie sie die traditionellen Mittelschichten nicht kannten.
4. Die Informationsarbeiter sind durch die Qualität ihrer Arbeitsmittel hoch vergesellschaftet (Informations- und Kommunikationstechnologien als geronnene komplizierte, wissenschaftliche Arbeit – Verweis Grundrisse).² Sie sind zugleich in höchstem Grade individualisiert. Die Individualisierung ist gruppenbildendes Merkmal, das ist ein Widerspruch in sich. Sie definieren ihren Lebensstil selbst und sie bestimmen weitgehend, was Mode ist in dieser Gesellschaft. Das heißt, ihre Individualisierung realisiert sich als außerordentlich gesellschaftlich wirksam.

1 [Gemeint ist die Berliner Volksbühne – Veranstaltungsort der Bundeskonferenz. Dietmar Wittich verzichtete auf den Vortrag des kurzfristig erarbeiteten Manuskripts und setzte auf spätere Printausgaben; Anm. d. Hrsg.]

2 Gemeint sind die «Grundrisse zur Kritik der Politischen Ökonomie» von Karl Marx (MEW 42); Anm. d. Hrsg.]

Die gemeinsamen Merkmale ihrer Stellung in den Reproduktionsprozessen und in der Beherrschung der neuen Kulturtechniken machen die Informationsarbeiter zu einer möglichen Klasse. In der Verschränkung sozialökonomischer und kultureller Faktoren, darin, dass die Klassenformierung kulturell vermittelt wird, liegt aktuell die Besonderheit der Informationsarbeiter. Vielleicht leuchtet hier eine neue Qualität auf, in der sich Klassenstrukturierungen im 21. Jahrhundert – eben kulturell vermittelt – generell vollziehen werden, oder eben nicht vollziehen werden.

Als Gruppe sind die Informationsarbeiter zerrissen und zerklüftet, positioniert in den Mittelschichten (sie sind es, die die neue Mitte bilden), aber auch im unteren Drittel der Gesellschaft (vor allem in Ostdeutschland). Diese Zerklüftung macht sie zur Nicht-Klasse, die sich als Gruppe bisher nicht an der Austragung der Konflikte in der Gesellschaft beteiligt, deshalb «Nicht-Klasse an sich».

Was hat diese Nicht-Klasse mit sozialistischer Politik zu tun?

Was hat diese Nicht-Klasse mit sozialistischer Politik zu tun? Zunächst: In der Wählerschaft der PDS sind sie schon präsent. Gegenüber den Vorwahlen hat bei den Wahlen der letzten 15 Monate die Wählerschaft zur Hälfte gewechselt (die PDS ist damit quasi ein Hort der Stabilität, bei den anderen Parteien fallen diese Wechsel noch viel heftiger aus). Die neu Zugewanderten sind sozial anders strukturiert als die Stammwählerinnen und Stammwähler, darunter ist eine Gruppe, die hier als Informationsarbeiter bezeichnet wird. Also hat die PDS dieses Problem schon, wenn sie diesen Teil der neuen Wähler binden und behalten will.

Aber das Problem ist umfassender: Sozialistische Politik ist (oder sollte sein) Politik für alternative Zukunftsgestaltung (sozial gerecht, solidarisch, emanzipatorisch-selbstbestimmt, antipatriarchalisch, nachhaltig – Reihenfolge ist keine Rangfolge). Das setzt doch voraus, sich mit denen zu verbünden, die – wie die Informationsarbeiter – mit ihrem Tun Zukunft ganz praktisch (und gegenwärtig eben ausgebeutet, abhängig und entfremdet) effektiv gestalten. Ein solches Bündnis könnte dazu beitragen, dass sich die Nicht-Klasse zur Klasse formieren kann.

Wie kann sich das insgesamt vollziehen, was sind mögliche Perspektiven?

- a) Verharrten in Nicht-Formierung und Nicht-Organisation, es bleibt bei der zerklüfteten Existenz vor allem in den Mittelschichten, wahrscheinlich mit zunehmenden sozialen Risiken und Fahrstuhleffekten (Ulrich Beck).
- b) Formierung qua eigener Organisationsleistung, vorstellbar zum Beispiel durch «virtuelle» Gewerkschaften.
- c) Diskursgemeinschaft, das ist natürlich zunächst – bei *open end* – beliebig und fragil, aber das ist, was sich gegenwärtig real abzeichnet.

In der Existenz der (bisherigen) «Nicht-Klasse an sich» der Informationsarbeiter sind gesellschaftspolitische Bedingungen des 21. Jahrhunderts – so die Hypothese des Vortrags – vorweggenommen. Die Perspektiven sozialistischer Politik in diesem 21. Jahrhundert können aber auch davon abhängen, wie sie sich dazu verhalten kann.

Klassenentwicklung und Klassenanalyse in kapitalistischen Metropolen in: UTOPIE kreativ 124, 2001, S. 116–126.

Klassenanalyse – ein traditionelles und modernes Thema

Wer immer sich mit Problemen von Klassenentwicklung und Klassenanalyse befasst, der kommt an dem klassischen Text zu diesem Thema, dem «Kommunistischen Manifest», nicht vorbei. Die Frage nach den Möglichkeiten und den möglichen Strukturen für Solidarität, für menschliche und gesellschaftliche Emanzipation ist das eine Thema, das «das Kommunistische Manifest» von vorn bis hinten als roter Faden durchzieht. Es mündet in der großartigen Vision einer «Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist» (MEW 4: 482). Die 150-jährige Wirkungsgeschichte des «Kommunistischen Manifests» wurde ganz wesentlich damit begründet, dass diese Frage nicht allgemein menschlich dargestellt wurde, sondern sozial konkretisiert wurde als Klassenfrage. Zentral ist der Nachweis, dass ein historisch spezifischer Typ sozialer Ungleichheit (einer massenhaften, einer individualisierenden, einer diskriminierenden sozialen Ungerechtigkeit) zusammenhängt mit den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen, den kapitalistischen Produktionsverhältnissen, und dass diese soziale Ungleichheit als soziale Ungerechtigkeit nur aufgehoben werden kann, indem diese kapitalistischen Produktionsverhältnisse insgesamt aufgehoben werden. Das war gültige Diagnose in der Mitte des 19. Jahrhunderts und das bleibt gültig an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Vorgänge neuer sozialer Differenzierungen haben dafür gesorgt, dass diese Aussage quasi selbstverständlich getroffen werden kann. Und ich wage die Prognose, die Klassenfrage wird eine der Fragen der nächsten Jahrzehnte sein.

Dies zu sagen ist heute nichts Besonderes. Das war aber gerade in Deutschland nicht immer so. Noch vor wenigen Jahren galt es als ausgemacht, dass sich in den kapitalistischen Metropolen die Klassenfrage als solche erledigt habe, weggeschwemmt und/oder überlagert von der Wohlstandsentwicklung, von neuer sozialer Ungleichheit, von neuer sozialer Differenzierung, von Individualisierung usw. Ulrich Beck hatte das paradoxe Bild einer «Klassengesellschaft ohne Klassen» (Beck 1986: 121) gezeichnet. Das war Zeitgeist und konsequenterweise kommt das Wort «Klasse» in der politischen Programmatik linker Parteien nicht vor. Ulrich Beck hatte auch die These vom «Fahrstuhleffekt» aufgestellt, die Klassengesellschaft sei insgesamt eine Etage höher gefahren worden (ebd.: 122). Wie ist das jetzt? Wird jetzt der Fahrstuhl wieder eine Etage nach unten gefahren? Die Wirklichkeit zeigt: Das Bild stimmt nicht, für einen (großen, vielleicht wachsenden) Teil wird er nach unten gefahren, für einen anderen Teil nicht.

Die Tatsache, dass ein wesentlicher Aspekt der Aussagen und Visionen des «Manifests» nach wie vor aktuell ist, hat eine Kehrseite. Auch und gerade bezüglich klassengesellschaftlicher Entwicklungen hat sich nicht alles so vollzogen, wie im «Manifest» angenommen und vorhergesagt. Vier Aspekte sind dabei zu sehen.

Erstens: «Die Interessen, die Lebenslagen innerhalb des Proletariats gleichen sich immer mehr aus, indem die Maschinerie mehr und mehr die Unterschiede der Arbeit verwischt und den Lohn fast überall auf ein gleich niedriges Niveau herabdrückt.» (MEW 4: 470) Diese Annahme, dass die Entwicklung zu einer großen, einheitlichen, in sich homogenen Arbeiterklasse führen würde, hat sich nicht bestätigt. Schon zu Ende des vergangenen Jahrhunderts zeigte sich, dass sich innerhalb der Lohnarbeiterschaft erhebliche Differenzierungen entfalten, die mit dazu beitragen, dass der Ausgleich der Interessen zunehmend verbaut worden ist.

Zweitens: Damit ist verbunden, dass in den kapitalistischen Metropolen die Prognose der fortschreitenden Verelendung nicht eingetroffen ist. Die Entwicklung hat sich anders vollzogen. Die Globalisierung des Kapitalverhältnisses hat weltweit zu einer Expansion der proletarisierten und halbproletarisierten Haushalte geführt, die Verelendung wurde weitgehend in die Dritte Welt exportiert. In den kapitalistischen Metropolen hat die Masse der Lohnarbeiter weit mehr zu verlieren als ihre Ketten.

Drittens: «Von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehen, ist nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse.» (Ebd.: 472) Auch diese Annahme der fortschreitenden Formierung der Klasse als Klasse «für sich», als revolutionäres Subjekt, hat sich so nicht bestätigt.

Viertens: Schließlich hat sich die Relativierung beziehungsweise die Vernachlässigung der Frauenfrage, formuliert in der Aussage, dass Geschlechtsunterschiede für die Arbeiterklasse keine gesellschaftliche Geltung mehr hätten (ebd.: 469), als verhängnisvoll erwiesen. Auch in den staatssozialistischen Gesellschaften dieses Jahrhunderts wurden patriarchalische Verhältnisse nicht entschlossen aufgebrochen. Hier existierte die im Nachhinein paradox anmutende Situation, dass Frauen ein höheres Maß an Emanzipation erfuhren, als in den Gesellschaften zuvor und danach, während die Gesellschaft insgesamt in zunehmendem Maße zu ausgesprochen patriarchalen Gerontokratien verkam. Das hat nicht wenig zur historischen Niederlage des Sozialismus am Ende dieses Jahrhunderts beigetragen.

Wir stehen gegenwärtig vor der Frage, was Klassenanalyse leisten kann und was sie nicht leisten kann. Die Existenz von Klassenverhältnissen bedeutet zunächst nichts weiter, als dass sich soziale Ungleichheiten im Zusammenhang mit und als Ausdruck von sozialökonomischen Verhältnissen ausbilden, das heißt den Unterschieden in der Verfügung über in gesellschaftlichen Reproduktionsprozessen verwertbaren Ressourcen. Zum einen ist dabei nach wie vor an die Eigentumsverhältnisse (Eigentum an Produktionsmitteln, soziale Ungleichheit im Zusammenhang mit dem Gegensatz von Kapital und Lohnarbeit) zu denken. Aber das Kapitalverhältnis hat die Eigenschaft, sich auch andere gesellschaftliche Bereiche zu unterwerfen, seine Vorherrschaft hat «kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übrig gelassen als das nackte Interesse, als die gefühllose ›bare‹ Zahlung» (ebd.: 464). Deshalb sind zum anderen auch andere Ressourcen «kapitalförmig» verwertbar und bewirken in ähnlicher Weise sozialökonomisch bedingte soziale Unterschiede: politische Macht, Verfügung über

Verwaltungskompetenz, Macht über Informationen, hohe und Spezialqualifikation und andere. Die Klassenstruktur ist eine Dimension der sozialen Strukturen einer Gesellschaft, sie ist jene, die Ausdruck und soziale Erscheinungsform der sozialökonomischen Differenzierungen ist. Entsprechend sind Klassen große Menschengruppen, die sich im Ergebnis der sozialökonomischen Differenzierungen herausbilden und reproduzieren und durch erhebliche Unterschiede in den Soziallagen und Lebenschancen gekennzeichnet sind.

Es ist heute wieder unübersehbar, dass soziale Konflikte im Zusammenhang mit den sozialökonomischen Verhältnissen nach wie vor eine wesentliche Dimension in der Konfliktkonstellation der Gesellschaft darstellen. Das bedeutet, Klassenanalyse und Klassentheorie nicht zu verwerfen, sondern sie angesichts der neuen Entwicklungen und Verhältnisse erneut kritisch auf den Prüfstand zu stellen.

Sozialstrukturanalysen der Veränderungen der letzten Jahre bringen insgesamt widersprüchliche Ergebnisse. Zwar kann nicht die Gesamtheit der strukturellen Brüche und Veränderungen mit den Mitteln der Klassenanalyse dargestellt werden (was angesichts der Komplexität sozialer Strukturen moderner kapitalistischer Gesellschaften auch nicht zu erwarten war), aber die Vorgänge insgesamt tragen als eine Dominante deutlich klassengesellschaftliche Züge. Das zeigt sich in der Ausdifferenzierung und in den Umschichtungen von Soziallagen im Zusammenhang mit (oder dem Fehlen von) Lohnarbeit, der Herausbildung von Klassenlagen, den Verstärkungen von Klassenstrukturierung in Mobilitätsprozessen, der Befestigung marginalisierter Segmente in der Klassenstruktur, den Umbewertungen von Bildung und Qualifikation, aber auch in den konservativen Offensiven zur Umverteilung zuungunsten Benachteiligter und zugunsten des Großkapitals. Dabei zeigt sich, dass sich Ausdifferenzierungen und Individualisierung und Klassenformierung nicht ausschließen.

Speziell in Ostdeutschland haben wir es zu tun mit einer Parallelität mehrerer gleichzeitig ablaufender Prozesse: einer Entindustrialisierung, verbunden mit einer massenhaften Dequalifizierung und partiellen Entproletarisierung, einer Deagrarisierung, einer Reduzierung der Bereiche von Wissenschaft und Forschung, verbunden mit einer tendenziellen Entintellektualisierung der gesellschaftlichen Arbeit. Erst allmählich entstehen Inseln von Hightechproduktion. Deutlich erkennbar steht demgegenüber eine relative Bürokratisierung, die im Alltagsleben als absolute Bürokratisierung erfahren wird. Diese Parallelitäten schließen in sich widersprüchliche Entwicklungen ein. Wir haben auf der einen Seite die Konturierung sozialer Gruppen entlang der Achse Eigentum, vor allem die Vergrößerung der Gruppen der Unternehmer, der Manager und der Freiberufler einerseits und die stabile Existenz nicht benötigter Arbeitskraft andererseits. Damit hängen Differenzierungen in Soziallagen und Lebenschancen zusammen. Dabei wird nicht allein die Zuweisung beziehungsweise die Erreichbarkeit eines Platzes im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess durch sozialökonomische Faktoren bestimmt, sondern gerade auch die Verweigerung eines Platzes, das Fehlen dieser Option.

Insgesamt ist die Sozialstruktur in Deutschland wie in anderen Ländern, die zu den kapitalistischen Metropolen gehören, in den letzten Jahrzehnten komplizierter geworden. Als größtes Problem erweist sich dabei die breitere Verteilung sozialer Benachteiligungen, sozialer Einschnitte und sozialer Risiken. Mit Ausnahme der kleinen Gruppe der wirklich Reichen sind nahezu alle betroffen. Für eine wachsende Zahl von Menschen sind die eigenen Soziallagen widersprüchlich: Man kann Arbeitsloser sein und Hausbesitzer und Vermieter, man kann eine gut bezahlte Stellung haben und an einer chronischen Krankheit leiden, man kann hoch qualifiziert sein und ein niedriges Einkommen haben, man kann einen relativ gut bezahlten Zeitjob haben und zugleich nicht wissen, was im nächsten Jahr wird. Derartige inkonsistente Soziallagen entwickeln sich in der Bundesrepublik Deutschland zunehmend zur Normalität.

Zugleich ist die gesellschaftliche Verteilung sozialer Probleme und sind soziale Disparitäten in der Wohlstandsgesellschaft Bundesrepublik Deutschland so angelegt, dass sie die verschiedenen sozialen Gruppen auf jeweils spezifische Weise betreffen. Dies orientiert diese Gruppen auf jeweils spezifische (meist Verteidigungs- und Anpassungs-)Strategien und wirkt zugleich abschottend gegenüber anderen Gruppen. Die Gesellschaft erscheint gleichsam in eine Vielfalt nebeneinander existierender Segmente zerlegt. Die Segmentierung bewirkt, dass sich kaum Gemeinsamkeiten erkennen lassen. Damit verstärken sich die Kompliziertheit und Unübersichtlichkeit des Ungleichheitsgefüges in der Gesellschaft.

Die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland ist zugleich eine reiche und eine arme Gesellschaft. Von 1991 zu 1996 ist das Bruttosozialprodukt um 22 Prozent gewachsen, auf stattliche 3,5 Billionen D-Mark, noch schneller gewachsen, um 24 Prozent, ist der Staatshaushalt (rund 1,8 Billionen D-Mark). Wesentlich schneller angestiegen sind soziale Risiken und Armut. Im selben Zeitraum erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen um 60 Prozent und die der Sozialhilfeempfänger gar um 90 Prozent. Beide Gruppen zusammen machen etwa zehn Prozent der Bevölkerung aus, mehrheitlich Frauen, Kinder und Jugendliche.

Die Bundesrepublik Deutschland ist eine zunehmend sozial ungerechte Gesellschaft. Lohnsteuern und verbrauchsbezogene Steuern machen mehr als drei Viertel des Steueraufkommens aus. Das Kapital hat sich aus der Finanzierung des Gemeinwesens weitgehend verabschiedet.

Die Wohlstandsmoral und die Geste der Solidarität mit den sozial Schwachen in einem sozialstaatlich verfassten Kapitalismus sind zunehmend verlogen geworden. Sie ist zu einer Solidarität der «Nicht-Habenichtse» unter sich verkommen. Nicht Armut und Arbeitslosigkeit werden bekämpft, sondern die Armen und die Arbeitslosen.

Aber dieses Ergebnis ist gesellschaftspolitisch bemerkenswert folgenlos: Die zu konstatierende Reproduktion von Klassengesellschaft ist nicht mit einer erkennbaren Belegung von «Klassenhandeln» verbunden. Auch eine aktualisierte Klassenanalyse kann die Erklärung des Verhaltens kollektiver Akteure nicht leisten. Eher kann sie das Gegenteil nachweisen. Sie kann zeigen und erklären, warum die vielfältigen Diffe-

renzierungen, politischen Überformungen usw. in den sozialen Strukturen Barrieren und Blockaden gegen vereinheitlichende und vereinende Tendenzen errichten und Solidarisierung erschweren. Die gegenwärtige Situation erscheint strukturell jener vergleichbar, die Karl Marx im «18. Brumaire» für die französischen Parzellenbauern beschrieben hat: Wie «ein Sack von Kartoffeln einen Kartoffelsack bildet» (MEW 8: 198), so sind die Angehörigen der verschiedenen Lohnarbeitergruppen in ihren jeweiligen Zwängen, in ihren Besitzständen und Lebensstilen, in ihren sozialen Problemen und Ängsten weitgehend atomisiert und regelrecht festgekettet. Sie bilden in den kapitalistischen Metropolen weitgehend eine «Klasse für andere».

Klassenhandeln lässt sich hingegen auf der anderen Seite feststellen. Unter den Stichworten Standortsicherung, Wettbewerbsfähigkeit, Steuersenkung, Abbau der Sozialsysteme, Deregulierung, Produktivität, Flexibilisierung, Globalisierung usw. wird ein forciertes neoliberales Umbauprojekt betrieben. Die Dominanz des Kapitals (insbesondere des internationalen Finanzkapitals) innerhalb der bestehenden sozial-ökonomischen Verhältnisse wird noch weiter verstärkt.

Zu methodologischen Aspekten von Klassentheorie und Klassenanalyse

Wenn es nicht an der Wirklichkeit liegt, dass bisher mit der Klassentheorie zwar die Ausdifferenzierung von Klassenverhältnissen richtig erfasst, aber das Handeln kollektiver Akteure nicht schlüssig erklärt werden kann, dann liegt es – der Schluss sollte naheliegen – an der Theorie, und zwar an ihrer Struktur, an ihrem Aufbau, an der Klassentheorie als Methodologie.

Die methodologische Struktur der Klassentheorie zeigt sich in ihrer Begrifflichkeit. Bei näherer Betrachtung lassen sich zwei Arten von Begriffen unterscheiden: erstens Begriffe, die die Strukturiertheit der Gesellschaft bezeichnen; und zweitens Begriffe, die Vorgänge der sozialen Strukturierung, der Wechselbeziehungen zwischen Gesellschaft und Struktur beschreiben. Entsprechend ließen sich innerhalb der Klassentheorie zwei Ebenen ausmachen – eine morphologische Ebene (bezogen auf die Gestalt der Klassenlandschaft) und eine genetisch-dynamische Ebene (bezogen auf die Vorgänge der Klassenstrukturierung), die genau zu unterscheiden wären, bisher aber nicht unterschieden werden.

Die morphologische Ebene der Klassentheorie beschreibt die Rasterung, die Teilung der Gesellschaft, die Gruppen, die gebildet sind. Die entsprechenden Begriffe sind: soziale Unterschiede, soziale Ungleichheit, Gruppen, Schichten, Klassen, Fraktionen und Ähnliches.

Die genetisch-dynamische Ebene der Klassentheorie bildet sich ab in Begriffen wie sozialer Konflikt, soziale Interessen, soziale Widersprüche, soziale Differenzierung, Abschließung, Segmentierung, Polarisierung, Marginalisierung, Mobilität, das heißt, sie bezeichnen Vorgänge, in denen sich Gruppen bilden, formieren und wirken.

Bisher wurde überwiegend der Ausgangspunkt auf die morphologische Ebene gelegt, auf die Teilung in Gruppen usw. und gefragt, wann die Klasse, die Gruppen usw.

endlich ein gemeinsames (richtiges) Bewusstsein ausbilden und handeln. Um es mit Bourdieu zu formulieren, wurden konstruierte Klassen (Bourdieu 1982: 176) gebildet und dann erwartet oder gar behauptet, dass sie sich wie wirkliche Klassen verhalten.

Von Bourdieu stammt auch der entscheidende Zugang, der Ansatz des sozialen Raumes (ebd.: 182). Allerdings bildet nicht die Struktur der Akteure diesen sozialen Raum, sondern der soziale Raum wird gebildet durch ein riesiges Spannungsfeld verschiedener sozialer Konflikte und Formierungen.

Diese verschiedenen sozialen Konflikte und Formierungen sind nicht deckungsgleich (Lohnarbeit – Kapital, Mensch – Umwelt, Frauen – Männer, Generationen usw.). Sie bilden die verschiedenen Säulen und Träger, um im Bild zu bleiben. Die realen gesellschaftlichen Akteure verhalten sich (oder verhalten sich nicht) zu diesen verschiedenen sozialen Konflikten und ihren jeweilig gegensätzlichen Polen. Sie tragen in unterschiedlicher Weise zur Austragung und zur Lösung oder Nichtlösung dieser Konflikte bei. Die Zuordnung zu sozialstatistischen Gruppen erscheint als das, was sie real ist, sie sagt etwas über Wahrscheinlichkeiten des Verhaltens. Aber entscheidend ist nicht die statistische Zuordnung, entscheidend ist das reale soziale Verhalten. Das muss nicht unabhängig von jeweils eigener Betroffenheit der Konflikte sein, hängt aber auch nicht unmittelbar damit zusammen. Das gilt auch und gerade für die sozialökonomische Dimension. Der Klassenkonflikt bildet nach wie vor eine wesentliche Dimension im gesellschaftlichen Raum der sozialen Konflikte, aber weder über noch einfach neben anderen Konflikten, sondern in konkreten Relationen zu ihnen. Wesentliche soziale Ungerechtigkeiten und tiefgreifende Unterschiede sowohl in den Lebenschancen als auch in den Möglichkeiten, gesellschaftlich aktiv zu werden, sich solidarisieren zu können usw., sind damit verbunden. Veränderungen in einer der Konfliktlinien lässt andere nicht unbeeinflusst und umgekehrt, Veränderungen oder gar Lösungen eines Konflikts sind kaum möglich, ohne das Verflochtensein mit anderen zu beachten.

Ich sehe hier auch einen möglichen Zugang zum Verhältnis von Klassen- und Geschlechterfrage. Im Raum der sozialen Konflikte kann unterschieden werden zwischen den Strukturen von Herrschaft und Macht und den Prinzipien von Herrschaft und Macht. Zu den Prinzipien von Herrschaft gehören unter anderem der Zentralismus (die oben haben immer das Sagen), die Umwandlung von Herrschaft in Gewalt und eben auch das Prinzip des Patriarchats. Herrschaftsstrukturen können sich historisch wandeln. Herrschaftsprinzipien haben eine bemerkenswerte Kontinuität und Beharrungskraft. Es genügt eben nicht, den Konflikt um die Strukturen auszutragen, auch der Konflikt um die Herrschaftsprinzipien gehört auf die Tagesordnung, sonst ändert sich nichts Wesentliches.

Vor diesem Hintergrund der allgemeinen Entwicklung und mit diesen methodologischen Instrumentarien sollen nun einige Aspekte der neueren sozialökonomischen und technologischen Entwicklungen in den kapitalistischen Metropolen in Bezug auf ihre Wirkungen für die Klassenformierung betrachtet werden.

Bewegung in der Klassenlandschaft

In den kapitalistischen Metropolen sind am Ende dieses Jahrhunderts die Zauberwörter «Globalisierung», «Standortsicherung», «Fusion» und «Börsenkurs». Die Redeweise unterstellt Autonomie von Wirtschaft, behauptet eine einseitige Abhängigkeitsbeziehung des Gesellschaftlichen von der Wirtschaft. Gemeint ist dabei aber nicht die ganze Wirtschaft, nicht die Gesamtheit der ökonomischen Beziehungen und Verhältnisse, gemeint sind die großen Kapitalgesellschaften, die die Reproduktion, die Distribution und die Finanzwelt beherrschen. Es handelt sich dabei um einen klassischen Fall von «gegenständlichem Schein» (MEW 23: 88), das Erstaunliche daran ist eigentlich nur, dass es noch funktioniert.

In der Tat gibt es eine Welle von Fusionen und Übernahmen, verstärkte Konzentrations- und Zentralisationsprozesse bei den großen Unternehmensgruppen, die insgesamt zu einer Stärkung des international agierenden Finanzkapitals führt. Sie werden gesteuert mit Strategien zur Effizienzsteigerung und bewirken strukturelle Veränderungen beim gesellschaftlichen Gesamtarbeiter. Vor allem sind sie verbunden mit einer gigantischen Vernichtung von Arbeitsplätzen. «Durch den zunehmenden Erfolgsdruck auf den Kapital- und Vermögenmärkten wird der Aktienwert zum wichtigsten Entscheidungskriterium für den Umbau von Unternehmensnetzen.» (Bischoff 1999: 53) Der Umbau der Unternehmenslandschaft realisiert sich in mindestens zwei Vorgängen:

Zum einen werden konsequent die technologischen Möglichkeiten genutzt, um Managementhierarchien zu reduzieren, damit werden ganze Leitungsebenen eingespart und das entsprechende Personal «freigesetzt». Damit gehen aber auch Kompetenzgewinne auf mittleren bis unteren Hierarchieebenen einher. Das heißt, es kommt intern in den Unternehmen zu einer Umverteilung von (nachgeordneten) Kompetenzen, dabei gibt es Gewinner und dabei gibt es Verlierer (solche, die alles verlieren, und solche, die an Positionen verlieren).

Zum anderen geht mit den Zentralisationsprozessen eine «Verschlankung» der Unternehmen einher, ein Rückbau der Unternehmensstruktur auf jene Bereiche, von denen zu erwarten ist, dass sie den Zielen der Steigerung von Aktienwerten und -erträgen am effektivsten entsprechen. Dabei werden ganze Unternehmensbereiche und eine Vielfalt produktiver Dienstleistungen ausgegliedert oder ihre Ausgliederung in Aussicht gestellt. Das produziert unmittelbar einen immensen Leistungsdruck, hebt damit also auch partielle Kompetenzgewinne wieder auf oder kombiniert sie mit wachsenden sozialen Risiken.

Diese Entwicklungen haben natürlich Konsequenzen für den Raum der sozialen Konflikte in den kapitalistischen Metropolen. Teils werden bestehende Konfliktlinien verstärkt oder umgebaut, teils entstehen neue. Eindeutige Gewinner an Machtpositionen sind das große (internationalisierte) Finanzkapital und die mit ihm verflochtenen anderen großen Kapitalgruppen. Konzentrationsprozesse und gewachsene Flexibilisierungspotenziale der großen Kapitalgruppen bewirken zum Teil ganz unmittelbar

Existenzgefährdung für die verbliebenen Reste der traditionellen Mittelschichten im Einzelhandel, der Gastronomie und anderen verbrauchernahen Dienstleistungen; Einkaufszentren lassen Innenstädte veröden, die Restaurantketten vertreiben Gastwirte, wo früher ein Lebensmittelladen war, ist jetzt eine Videothek. Das hat natürlich seinerseits Wirkungen auf die Beschäftigtenstruktur. Zusammen mit den zunehmenden Risiken von lohnabhängigen leitenden Angestellten und Spezialisten in den großen Wirtschaftsunternehmen bedeutet das eine qualitativ neue Situation in der Verteilung von Lebenschancen in den modernen kapitalistischen Gesellschaften: Vor allem die Gruppen in Mittelschichtlagen, auf denen die soziale und politische Stabilität in diesen Ländern im letzten halben Jahrhundert beruhte, schmelzen ab und sind zunehmend sozial gefährdet.

Die vielfältigen und komplexen Reproduktionsprozesse im modernen Kapitalismus der Gegenwart haben ihre Basis in revolutionären Entwicklungen der Produktivkräfte. Das tritt in der Telekommunikation, in den Börsengeschäften, in der Logistik der Zulieferungswirtschaft bis zum Internetshop alltäglich in Erscheinung. Vor allem sind es die Informations- und Kommunikationstechnologien, die den Kapitalismus in seiner heutigen Gestalt erst möglich machen. Stichworte sind: Globalisierung, Shareholder-Kapitalismus, Flexibilisierung. Diese Technologien sind in der Gesellschaft allgegenwärtig, sie werden in allen produktiven und nicht produktiven Bereichen wirksam und ermöglichen jeweils Effektivität und effektive Vernetzungen. Sie bewirken ein historisch qualitativ neues Niveau der Vergesellschaftung. Vergesellschaftung ist auf diese informationellen Beziehungen nicht zu reduzieren, sie findet nach wie vor in den Beziehungen zwischen den Menschen statt. Aber gerade in den für Wertschöpfung relevanten Bereichen sind die Informations- und Kommunikationstechnologien heute schon nicht mehr wegzudenken, zur universellen Vermittlung von Tauschwert und Geld ist die Vermittlung durch elektronische Kommunikation getreten. Die Gesellschaften in den kapitalistischen Metropolen befinden sich im Übergang vom Kapitalismus als Industriegesellschaft zum Kapitalismus als Informationsgesellschaft.

Die Informations- und Kommunikationstechnologien sind Produktivkraft, Produktionsmittel, Arbeitsmittel, Konsumgut und Kulturtechnik zugleich. Allein schon diese Qualität produziert neue soziale Ungleichheit, sie spaltet die Gesellschaft in solche, die über diese neue Kulturtechnik verfügen und sie beherrschen, und solche, die davon ausgeschlossen sind. Mit diesen Technologien ist ein neuer Typ Arbeit verbunden, der heute bereits nahezu überall anzutreffen ist, in Produktion, Distribution, Zirkulation und Dienstleistungen, in Kraftwerken, in militärischen Stäben, in staatlichen Verwaltungen, in Banken, in den Medien, in den Wissenschaften, in den Redaktionen und Verlagen, in der Unterhaltungsindustrie, in den Künsten usw. Dieser Typ Arbeit ist seinem Wesen nach hoch vergesellschaftet und entspricht zum Teil der Vision von Karl Marx, dass «die Schöpfung des wirklichen Reichtums [...] abhängt vom allgemeinen Stand der Wissenschaft und dem Fortschritt der Technologie» (MEW 13: 592). Das Personal, das diesen neuen Typ Arbeit leistet, ist als solches

heute nicht neu. Neu ist a) die Massenhaftigkeit, b) seine breite Verteilung in eigentlich alle Bereiche der Gesellschaft und c) damit verbundene Formwandlungen zuvor anders gestalteter Arbeitsfelder.

Diese Arbeitskräfte und ihre spezifische Kompetenz sind für den modernen Kapitalismus in seiner heutigen Phase unverzichtbar. So wie der Kapitalismus als Industriegesellschaft Industriearbeiter brauchte, so braucht der Kapitalismus als Informationsgesellschaft die Informationsarbeiter. Gemessen an der Realität ist das Wort «Informationsarbeiter» bisher aber eher Metapher als begriffliches Analyseinstrument.

In der heutigen Realität befinden sich die sozialen Träger dieses neuen Typs von Arbeit sozialökonomisch in sehr unterschiedlichen Lagen, sie sind teilweise Selbstständige (oft Scheinselbstständige), teilweise handelt es sich um Angestellte in Schaltstellen der Unternehmen, der Verwaltungen, in den Medien, in der Wissenschaft und in Kulturbereichen, dazu gehören aber auch Ingenieure und Arbeiter in der Entwicklung und Herstellung von Hardware und Software, in der computergestützten Produktion, in den Schalt- und Messwarten der Energieerzeugung und -verteilung, in den Technikzentralen der Kommunikationsunternehmen usw.

Die Unverzichtbarkeit ihrer fachlichen Kompetenz ermöglicht ihnen sehr häufig Soziallagen in Mittelschichtenpositionen. Soweit sie wirtschaftlich aktiv sein können, gehören sie zu den wohlhabenderen Teilen der Bevölkerung. Sie sind jedoch – anders als die traditionellen Mittelschichten – mit erheblichen sozialen Risiken behaftet, im Falle von Misserfolgen droht schneller sozialer Abstieg.

Was sind die Merkmale dieser Gruppe?

Erstens: Ihre Ressource, die sie verwerten und die ihnen Positionen mehrheitlich in Mittelschichtpositionen ermöglicht, ist die Beherrschung der neuen, der modernen Kulturtechniken.

Zweitens: Eric O. Wright hat die Mittelschichten als «widersprüchliche Lagen innerhalb von Klassenbeziehungen» charakterisiert (Wright 1985: 245). Das trifft für die Informationsarbeiter in gesteigertem Maße zu. Sie gibt es als Selbstständige, als Scheinselbstständige, als Freiberufler, als Angestellte und als *white color worker*. Ein großer Teil lebt in Wohlstand, ein kleiner auch an der Armutsgrenze oder auch als Aussteiger, in selbstgewählten Nischen usw.

Drittens: Sie sind in ihrer Arbeit autonom und zugleich in hohem Maße abhängig und entfremdet. Sie tragen mehrheitlich hohe soziale Risiken, wie sie die traditionellen Mittelschichten nicht kannten.

Viertens: Die Informationsarbeiter sind durch die Qualität ihrer Arbeitsmittel hoch vergesellschaftet (Informations- und Kommunikationstechnologien als geronnene komplizierte, wissenschaftliche Arbeit). Sie sind zugleich in höchstem Grade individualisiert. Die Individualisierung ist gruppenbildendes Merkmal, das ist ein Widerspruch in sich. Sie definieren ihren Lebensstil selbst und sie bestimmen weitgehend, was Mode ist in dieser Gesellschaft. Das heißt, ihre Individualisierung realisiert sich als außerordentlich gesellschaftlich wirksam.

Die gemeinsamen Merkmale ihrer Stellung in den Reproduktionsprozessen und in der Beherrschung der neuen Kulturtechniken machen die Informationsarbeiter zu einer sozialen Gruppe oder auch zu einer möglichen Klassenfraktion innerhalb des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters, ihre Genese kann als Vorgang von Klassenformierung interpretiert werden. In der Verschränkung sozialökonomischer und kultureller Faktoren, darin, dass diese Klassenformierung kulturell vermittelt wird, liegt aktuell die Besonderheit der Informationsarbeiter. Vielleicht tritt hier eine neue Qualität in Erscheinung, in der sich Klassenstrukturierungen im 21. Jahrhundert – eben kulturell vermittelt – generell vollziehen werden oder eben nicht vollziehen werden.

Im Kapitalismus als Informationsgesellschaft ist diese Gruppe an strategischen Positionen im Konflikt von Kapital und Arbeit verortet. Durch interne Konflikte ist diese Gruppe in sich selbst durch akute und latente Konflikte zerrissen und zerklüftet. Als Klassenfraktion ist diese Gruppe bisher nicht organisiert und in den traditionellen Organisationsformen der Arbeiterbewegung nicht erkennbar als spezifische Gruppe präsent.

Kapitalistische Globalisierung bedeutet eine fortwährende Steigerung sozialer Ungerechtigkeit. Das ist schon in der Alltagserfahrung angekommen. Die Preise im internationalen Ölgeschäft steigen scheinbar unaufhaltsam. Die Mineralölkonzerne nutzen den Trend, um die Preise für Treibstoffe, ohne die auch das neueste Auto sofort zu Schrott gerät, noch schneller in die Höhe zu treiben. Hält die Entwicklung an, könnte Autofahren in absehbarer Zeit zum Privileg von Gutbetuchten werden, wie am Anfang des nun zu Ende gehenden Jahrhunderts.

Globalisierter Kapitalismus bedeutet, dass nicht nur die Erträge gesellschaftlicher Arbeit den realen Wirtschaftskreisläufen in den nationalen Volkswirtschaften entzogen werden und in die virtuelle Sphäre der internationalen Finanzmärkte verschwinden, sondern auch, dass aus dieser Geisterwelt des sich selbst wertsteigernden Geldes ein gewaltsamer Druck in Richtung Profitsteigerung in der realen Wirtschaft ausgeübt wird, der letztlich permanenten Arbeitsplatzabbau bewirkt. Die Konsequenzen sind stagnierende Investitionen, was bei gleichzeitiger Produktivitätssteigerung die Reduzierung von Lohnarbeit zusätzlich beschleunigt, und defizitäre Staatskassen, die Einschränkungen in den Dienstleistungen für die Gesellschaft erzwingen. In einer Art diversifizierter Salami-Taktik werden für Normalverdiener und kleine Leute die Steuern und Abgaben permanent erhöht. Immer mehr gesellschaftlich notwendige Arbeit bleibt in den reichen kapitalistischen Metropolen ungetan.

In den Zentren des Kapitalismus, die noch vor Kurzem von ihren Apologeten als «Wohlstandsgesellschaften» etikettiert wurden, wächst der Ruf nach mehr sozialer Gerechtigkeit. «Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren.» (MEW 4: 465) Das schrieben vor mehr als 150 Jahren Karl Marx und Friedrich Engels im «Kommunistischen Manifest». Die Art und Weise, in der die Bourgeoisie von heute diese Revolutionierung betreibt, hat derart

perversen Formen angenommen, dass die Notwendigkeit zur Veränderung der Gesellschaft immer dringender wird.

Gesellschaftlicher Fortschritt in Richtung Alternativen zum heutigen Kapitalismus mit seiner hochkomplexen Vergesellschaftung und seinen hoch entwickelten Technologien ist wohl nur erreichbar, wenn seine Akteure in der Austragung wesentlicher gesellschaftlicher Konflikte auf einem vergleichbaren Vergesellschaftungs- und Technologieniveau agieren können. Erfolg im Kampf um Strukturen und Herrschaftsprinzipien und die für demokratische Gesellschaftsveränderung notwendige Hegemonie von Konzepten für gesellschaftliche Alternativen erscheinen aus dieser Sicht nur erfolgversprechend, wenn sich Trägergruppen der heute modernsten Technologien, die Informationsarbeiter, real als Klassenfraktion formieren und sich als solche an den Auseinandersetzungen im gesellschaftlichen Raum der sozialen Konflikte aktiv beteiligen.

Zusammenfassung

Die Sozialstruktur in den Gesellschaften der kapitalistischen Metropolen sind in den letzten Jahrzehnten komplizierter geworden. An der Oberfläche erscheint eine nahezu unüberschaubare Vielfalt sozialer Differenzierungen. Zugleich nimmt der soziale Druck in der Gesellschaft zu. Als größtes Problem erweist sich dabei die breitere Verteilung sozialer Benachteiligungen, sozialer Einschnitte und sozialer Risiken. Mit Ausnahme der kleinen Gruppe der wirklich Reichen sind nahezu alle betroffen. Für eine wachsende Zahl von Menschen sind die eigenen Sozillagen widersprüchlich: Inkonsistente Sozillagen entwickeln sich in den kapitalistischen Metropolen zunehmend zur Normalität.

Die These vom Ende der Klassengesellschaft hat sich nicht bewahrheitet. Zugleich ist zur Kenntnis zu nehmen, dass sich mit der Weiterentwicklung des Kapitalismus auch die Klassenstruktur verändert hat. Das stellt neue Fragen an die Klassentheorie und die Klassenanalyse.

Die wissenschaftlich-technische Revolution hat einen neuen Typ von Arbeit in die Welt gesetzt, die Arbeit zur Produktion und Programmierung der Informations- und Kommunikationstechnologien, zu ihrem Betrieb und zu ihrer produktiven Nutzung. Dieser Typ Arbeit ist in allen Bereichen gesellschaftlicher Reproduktion auf dem Siegeszug. Diese Prozesse haben wiederum zur Formierung neuer sozialer Gruppen geführt, die in die aktuelle Klassenanalyse einzubeziehen sind.

Neues aus der Klassengesellschaft³

in: UTOPIE kreativ 157, 2003, S. 981–991.

Klassen und damit zusammenhängende Phänomene und Probleme im sozialen Ungleichheitsgefüge der Gesellschaft werden eines der großen Themen des beginnenden 21. Jahrhunderts sein. Heute erntet man mit einer solchen Aussage nur noch ein müdes Lächeln, es gibt internationale Konferenzen zum Thema. Bis in die Hälfte der 1990er Jahre war die Situation anders, Klassen galten als verpöntes, überlebtes Thema. Benutzte man die Begrifflichkeit in der *scientific community* oder auch im politischen Raum, so wurde man angesehen, als sei man hoffnungslos antiquiert.

Ich habe die These vertreten, dass die traditionelle oder gar eine ökonomistische Klassentheorie und entsprechende Analysen nicht geeignet sind zur Erfassung der Komplexität der gesellschaftlichen Reproduktionsprozesse in modernen kapitalistischen Gesellschaften (Brie 1997: 223). Dieser Meinung bin ich immer noch, aber zugleich denke ich, man darf es mit der Kompliziertheit auch nicht übertreiben und sich vor lauter Differenzierungen den Blick auf die großen Entwicklungslinien verstellen. Man kann ruhig wieder einmal vereinfachen. Es ist nämlich durchaus keine große Sache, den Begriff «Klasse» und die entsprechenden anderen Termini zu gebrauchen. Das bedeutet nichts anderes, als die in der Gesellschaft zu konstatierenden sozialen Ungleichheiten im Zusammenhang mit und als Ausdruck von sozialökonomischen Verhältnissen zu betrachten und zu untersuchen, das heißt den Unterschieden in der Verfügung über in gesellschaftlichen Reproduktionsprozessen verwertbaren Ressourcen. Damit soll nichts zurückgenommen werden bezüglich der Vielfalt der Konfliktstrukturen, den widersprüchlichen Klassenlagen, den inkonsistenten Soziallagen usw. (Wittich 2001a: 105).

Hier soll es um die großen Entwicklungslinien gehen. Die These ist, dass wir Zeugen von qualitativ neuartigen Veränderungen in der Klassenlandschaft, in der Morphologie der Klassenstruktur sind. In einer sehr abstrakten Gesamtschau stellt sich die Entwicklung etwa so dar: Im 19. Jahrhundert entwickelte sich der Kapitalismus regional, vor allem in Westeuropa und Nordamerika. Indem das den Weltmarkt zwingend erforderte (Marx), waren damit durchaus auch schon globale Wirkungen verbunden. Dem folgte die Phase des Monopolkapitalismus, in der insbesondere die national operierenden Großkapitale von Industrie und Finanzen untereinander und international ihre Konflikte austrugen sowie mittels ökonomischer und politischer Gewalt der Welt ihren Willen aufzwingen. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vollzog sich das im Rahmen der Bipolarität der internationalen Kräfteverhältnisse. Die gegen Ende dieses Jahrhunderts einsetzende Entwicklung hat ihren Ursprung in Innovationen bei den Produktivkräften, vor allem im Zusammenhang mit der informationellen Revolution. Die dadurch initiierten Veränderungen in der Struktur des gesellschaftlichen

3 Leicht veränderte Fassung des Vortrags, den der Autor auf dem Kolloquium gehalten hat, das die Redaktion von UTOPIE kreativ am 18. Juli 2003 in Berlin zum gleichen Thema veranstaltete.

Reproduktionsprozesses, die Komplexitätssteigerungen, die neuen Möglichkeiten der Flexibilisierung und der Individualisierung sind als «Ende der Klassengesellschaft» gedeutet worden. Heute zeigt sich: Das Gegenteil ist der Fall, wir haben es damit zu tun, dass mit dem Übergang vom Kapitalismus als Industriegesellschaft zum Kapitalismus als Informationsgesellschaft zugleich ein globalisierter Kapitalismus Gestalt an- und die Macht übernimmt. Die großen, international agierenden Kapitale nehmen das Weltarbeitsvermögen für ihre Verwertung in Anspruch. Der Klassenwiderspruch hat sich damit – zumindest, was die Kapitalseite angeht – globalisiert. Die Politik der USA und – mit Abstrichen – die der anderen Staaten der kapitalistischen Metropolen ist darauf gerichtet, den entsprechenden Interessen weltweit Geltung zu verschaffen. Hans Jürgen Krysmanski (2003) hat das für die USA kürzlich sehr eindringlich dargestellt. Daraus folgt die weiterführende These, dass Klassenverhältnisse heute nicht mehr angemessen untersucht und dargestellt werden können, ohne diese globale Perspektive einzubeziehen.

Das kann natürlich an dieser Stelle nicht ausführlich behandelt werden, ich will mittels weniger Episoden einige Aspekte beleuchten.

«Die wirklich Reichen sind Kapitalisten.» Der Satz ist trivial. Aber Vorsicht, es könnte sein, dass dieses Etikett «trivial» nur signalisiert, wie weit wir selbst schon dem neoliberalen Zeitgeist auf den Leim gehen.

Die reichsten Menschen der Welt sind:

- Bill Gates (Microsoft Corporation): Der Vorsitzende und oberste Softwareentwickler von Microsoft ist weiterhin der reichste Mann der Welt. Trotz des Niedergangs der Hightech-Aktien an der Nasdaq wird sein Vermögen noch immer auf die stolze Summe von 58 Milliarden US-Dollar geschätzt.
- Warren Buffet (Berkshire Hathaway Inc.): Der Vorsitzende der Berkshire Hathaway Inc., einem langfristig orientierten Investmenthaus, wurde von vielen belächelt, als er sich von dem Hightech-Boom an der Nasdaq Ende der 1990er Jahre fernhielt. Der Lauf der Dinge bestätigte allerdings seine Skepsis.
- Paul Allen (Microsoft Corp.): Allen ist Mitbegründer von Microsoft. Viel hat er allerdings nicht mehr mit dem Unternehmen zu tun, nachdem er Anteile im Wert von über acht Milliarden US-Dollar verkaufte und aus dem Board zurücktrat. Sein Vermögen wird mit 30 Milliarden US-Dollar beziffert.
- Larry Ellison (Oracle Corp.): Mit vollem Namen heißt der Vorsitzende und CEO⁴ von Oracle Lawrence J. Ellison. Mit einem Vermögen von annähernd 50 Milliarden US-Dollar ist er auf dem besten Weg, Bill Gates seine Spitzenposition streitig zu machen. Er macht auch kein Hehl daraus, dass dies sein Ziel ist.
- Karl und Theo Albrecht (ALDI): 25 Milliarden US-Dollar besitzen die beiden Brüder aus dem Ruhrgebiet. Die Gründer der Aldi-Märkte halten sich stets bedeckt

4 Die Abkürzung steht für Chief Executive Officers – Topmanager der mächtigsten und reichsten Institutionen.

und vergrößern ihr Vermögen heimlich, still und leise. 1962 wurde in Dortmund der erste Aldi-Supermarkt eröffnet.

- Prinz Alwaleed bin Talal bin Abdulaziz (Kingdom Holding Co): Der saudische Prinz scheint anders zu sein als die schwerreichen Saudi-Prinzen, die durch Öl zu Milliardären wurden. Seine 20 Milliarden US-Dollar verdiente der Neffe des Königs von Saudi-Arabien und Enkel des Landesgründers mit seinem Investmentunternehmen Kingdom Holding Co. Im großen Stil beteiligt sich Alwaleed an Unternehmen wie Priceline.com, Amazon.com, ebay, Procter & Gamble, McDonald's und AOL.
- Robson Walton (Wal-Mart): Der Vorsitzende der Supermarktkette Wal-Mart ist 18,6 Milliarden US-Dollar schwer. Er ist das einzige Mitglied der Walton-Familie, das aktiv in die Geschäfte des Unternehmens eingebunden ist. Das Gesamtvermögen des Clans wird auf 65,3 Milliarden US-Dollar geschätzt.
- Johanna Quandt (BMW): Für die 1930 geborene Johanna Quandt dürfte es wie ein Märchen gewesen sein, als Herbert Quandt 1960 um die Hand seiner damaligen Sekretärin anhielt und sie kurze Zeit später ehelichte. Plötzlich gehörte sie zu einer der traditionsreichsten und wohlhabendsten Industriellenfamilien Deutschlands.
- Steve Ballmer (Microsoft Corp.): Microsofts CEO hat geschätzte 19,5 Milliarden US-Dollar auf seinem Sparbuch. Er gilt in seiner Branche als schnörkellos und zielstrebig. Berüchtigt ist er auch für seine aufbrausende Art am Telefon und sein ausgeprägtes Verhältnis zu Firmengründer Bill Gates.
- Sir Kenneth Thomson (Thomson Corp.): Thomson ist der Leiter der Thomson Corp., einem ehemaligen Presseimperium, das in einen riesigen Anbieter von elektronischen Informationen und Dienstleistungen umgewandelt werden soll. Sein Vermögen von 16,4 Milliarden US-Dollar sollte dem reichsten Kanadier dabei durchaus behilflich sein.

Es sind zwei deutsche Familien darunter und eine arabische, alle anderen sind US-Amerikaner. Das Gemeinsame und zugleich Markante daran ist, dass diese Namen allesamt mit international, meist global agierenden Unternehmensgruppen und Konsortien verbunden sind. «Die Gestalten von Kapitalist und Grundeigentümer zeichne ich keineswegs in rosigem Licht. Aber es handelt sich hier um die Personen nur, soweit sie die Personifikation ökonomischer Kategorien sind, Träger von bestimmten Klassenverhältnissen und Interessen.» (MEW 23: 16) Betrachten wir einige Aspekte der Klassenverhältnisse, für die die genannten Personen zu den Personifikationen gehören.

Globalisierter Kapitalismus – die größten Unternehmen

Die größten Unternehmen nach Umsatz in der Welt sind:

- Exxon Mobil: Die Exxon Mobil Chemical Corporation verarbeitet Erdöl in eine Vielzahl petrochemischer Produkte und Grundprodukte, von Treibstoff und

Schmiermittel bis zu Kaugummis und Kunststoffverpackungen. Der größte Ölkonzern der Welt ist in über 200 Ländern der Erde vertreten und zugleich auch das umsatzstärkste Unternehmen der Welt.

- Wal-Mart: Wal-Mart Stores Inc. ist mit circa 4.000 Niederlassungen der weltgrößte Einzelhändler. Das Unternehmen expandiert mit seinen Discountläden zunehmend aus den USA in andere Länder, unter anderem nach Südamerika, Asien und Europa. Sein Jahresumsatz belief sich zuletzt auf 191 Milliarden US-Dollar, Tendenz steigend.
- General Motors: Die General Motors Corporation produziert und vermarktet die Automarken Chevrolet, Pontiac, GMC, Oldsmobile, Buick, Cadillac, Saturn, Opel, Vauxhall, Holden, Isuzu und Saab. Zudem hat General Motors die Tochtergesellschaften Delphi Automobil-System, General Motors Acceptance Corporation, Hughes Elektronik, General Motors Lokomotiven und Allison Antriebe.
- Ford Motor: Mitte der 1990er Jahre beschloss die Unternehmensleitung, die Ford Motor Company vom reinen Hersteller von Pkw und Lkw zu einem Konzern umzuwandeln, der sämtliche Dienstleistungen rund ums Auto anbietet. Die Bereiche des Unternehmens können in vier Segmente aufgeteilt werden. Ford Automobile verkauft jährlich rund 7,2 Millionen Autos der Marken Ford, Jaguar, Aston-Martin, Volvo, Mazda, Mercury und Lincoln.
- Daimler Chrysler: 1998 ging die DaimlerChrysler AG aus der Fusion der Daimler-Benz AG und der Chrysler Corp. hervor. Mit einem Schlag entstand das damals zweitgrößte Unternehmen überhaupt, gemessen am Umsatz. Dieser beträgt jährlich rund 152 Milliarden US-Dollar und wird durch sechs verschiedene Unternehmenssparten generiert.
- Royal Dutch/Shell Group: Die Shell-Gruppe ist in der Öl- und Erdgasbranche beschäftigt. Sie setzt sich zusammen aus den beiden Unternehmen Royal Dutch und Shell im Verhältnis 60 zu 40. Die Aktien der beiden Konzerne sind unabhängig voneinander an der Börse gelistet. Mehr als 1.700 Unternehmen gehören weltweit zu dem Konzern.
- BP Amoco: 1998 fusionierten die British Petroleum Company (BP) und Amoco und waren die ersten in der Reihe der fusionierenden Mineralölkonzerne. Exxon, Mobil, Total und Petrofina sollten folgen. Heute zählt BP Amoco zu den größten internationalen Erdöl- und Erdölchemieunternehmen weltweit.
- General Electric: Die General Electric Company ist ein stark diversifizierter Konzern mit zehn großen Hauptgeschäftsfeldern. Diese erstrecken sich auf die Bereiche Flugzeugtriebwerke, Haushaltsgeräte, Rundfunk, Industrieprodukte, Energieerzeugung, Transportsysteme, medizinische Geräte, Plastikherstellung und Finanzdienstleistungen.
- Toyota Motor: Die Toyota Motor Corporation ist der viertgrößte Automobilproduzent weltweit und stellt pro Jahr rund fünf Millionen Automobile her. Neben Automobilen bietet Toyota auch Finanzdienstleistungen an und unterhält die Mo-

bilfunkengesellschaft IDO. Der Jahresumsatz beläuft sich auf 112 Milliarden US-Dollar.

- Mitsubishi: Die Mitsubishi Corporation ist ein großes japanisches Handelshaus («Sogo Shosha»). Die in Deutschland hauptsächlich bekannte Automarke ist nur ein kleiner Bereich davon. Insgesamt lassen sich sieben große Unternehmensbereiche unterscheiden.

Alle diese Unternehmensriesen realisieren einen jährlichen Umsatz von jeweils mehr als 100 Milliarden US-Dollar. Dazu gehören Erdölkonzerne, Automobilkonzerne sowie jeweils ein Einzelhandelskonzern und ein Elektrokonzern (jeweils Schwerpunkt, fast alle haben eine diversifizierte Produktpalette). Zwei japanische Unternehmen sind dabei, ein europäisches und ein deutsch-amerikanisches sowie ein britisch-amerikanisches; alle anderen haben ihren Hauptsitz in den USA, sie sind in den Militär-Industrie-Komplex integriert. Für alle gilt, dass sie weltweit agieren, durch Produktionsstätten und/oder Filialen.

Beide Aspekte, die reichsten Personen und die stärksten Unternehmen, stehen mehr als symbolisch dafür, wie die ökonomischen Kräfteverhältnisse gestaltet sind, entsprechend ist ihr politischer Einfluss. Insgesamt verfügen die Superreichen dieser Welt über mehr Geldmittel als die unteren zwei Drittel der Weltbevölkerung. Dieser Trend hat sich im letzten Jahrzehnt deutlich verstärkt und er hält vermutlich an. Inwieweit Finanzkapitale daran beteiligt sind, die als solche in den Listen nicht vorkommen, kann im folgenden Abschnitt exemplifiziert werden.

Fazit: Der Verwertungsprozess der größten Kapitale wird mittlerweile als ein globaler Prozess realisiert.

Ein Fallbeispiel: Bayer AG

Die Bayer AG gehört nicht zu den weltweit größten Unternehmen, sie gehört zu den Riesen in Deutschland, sie ist mit reichlich 30 Milliarden Euro jährlichem Umsatz und einer Bilanzsumme von mehr als 40 Milliarden Euro (auch noch eine interessante Relation) wahrhaftig kein kleiner Laden. Und sie hat eine interessante Selbstdarstellung ins Internet gestellt, die zu Reflexionen einlädt. Danach agiert der Konzern auf allen Kontinenten mit insgesamt 123.500 Mitarbeitern:

Tabelle 1: Mitarbeiter bei Bayer weltweit

Europa	71.200
Nordamerika	24.800
Fernost/Ozeanien	15.500
Lateinamerika/Afrika/Nahost	12.000

Quelle: Bayer o.J.

Der Aktienbesitz ist so verteilt: 55 Prozent Banken und Versicherungen, zwölf Prozent Investmentgesellschaften (wenn das typisch ist, dann sind die Finanzkapitale kräftig dabei, sie sind die grauen Eminenzen der Globalisierung), drei Prozent Industrie und Handel, sechs Prozent sonstige Körperschaften, 24 Prozent Privatpersonen. Die Bayer AG ist demonstrativ stolz darauf, dass etwa die Hälfte der Mitarbeiter auch Aktien am Unternehmen besitzt, rechnet man die Daten nach, kommt heraus, dass auf jeden von ihnen im Durchschnitt ein Anteil von etwa 800 Euro entfällt.

Die Dividenden haben sich von 1992 zu 2000 auf 277 Prozent erhöht. 2001 gab es einen Einbruch (im Zusammenhang u. a. mit der Rücknahme des Medikaments Lipobay), aber auch in diesem Jahr lag die Dividende im Vergleich zu 1992 bei 178 Prozent.

Von den Mitarbeitern, deren Arbeit die Grundlage für diese Entwicklung ist, erfährt man wenig (nebenbei: Die Auflösung der IG Farben nach dem Zweiten Weltkrieg wird zwar erwähnt, zu den Gründen gibt es kein Wort). Aber man kann wohl annehmen, dass die Entwicklung der Löhne bei Bayer sich kaum vom Gesamttrend in Deutschland abhebt, da lag die Erhöhung der Bruttolöhne in den 1990er Jahren insgesamt im Bereich der Inflationsrate (durchschnittlich 1,7 % pro Jahr). Bei ansteigenden Steuern, Versicherungen und Abgaben dürfte das Reallohnsenkung bedeuten. Zugleich ist die Anzahl der Beschäftigten der Bayer AG in Deutschland in den letzten zehn Jahren von 53.000 auf 35.000 (also um etwa ein Drittel) zurückgegangen.

«Weniger produzieren mehr!», hieß es einmal, aber das war wohl anders gemeint. Das Fallbeispiel Bayer zeigt: Immer weniger Lohnarbeiter produzieren einen wachsenden Reichtum, an dem sie nicht nur keinen Anteil haben, sondern zugleich werden immer mehr von ihnen aus der Lohnarbeit gedrängt, können somit ihre Arbeitskraft nicht mehr verkaufen.

Der Staat – Steuerpolitik in Deutschland

Deutschland ist ein Absteiger, so sagt der Zeitgeist, es gehört nicht mehr zu den 15 reichsten Ländern (nach Pro-Kopf-Einkommen, von 175 einbezogenen Ländern. Was ist mit den restlichen 160?).

«Im Vergleich zur englischen ist die soziale Statistik Deutschlands und des übrigen kontinentalen Westeuropas elend. Dennoch lüftet sie den Schleier gerade genug, um hinter demselben ein Medusenhaupt ahnen zu lassen.» (MEW 23: 15) So wiederum Karl Marx im Jahr 1867. Die Steuerstatistik ist etwas besser, was Wunder. So leuchtet aber auch das Medusenhaupt markanter durch den Schleier.

Der Staat ist Akteur bei der Veränderung der Klassenverhältnisse, die Steuerpolitik macht das deutlich. Die Bundesrepublik Deutschland hatte im Jahr 2002 Steuereinnahmen in Höhe von 441,7 Milliarden Euro.

Tabelle 2: Zusammensetzung der Steuereinnahmen 2002 (Auswahl)

Steuerart	Mrd. EUR	Veränd. ggü. Vorjahr (in %)	Anteil an 2002 (in %)
Lohnsteuer (+ Soli.)	142,6	-0,5	32,3
Umsatzsteuer	138,2	-0,5	23,8
Verbrauchssteuern	83,5	5,3	18,9
dar. Mineralöl	42,2	3,7	9,6
Einkommenssteuer	22,5	-24,2	4,8
Vermögens- u. Erbschaftssteuer	3,3	-9,8	0,7
Gewerbsteuer	23,5	-4,3	5,2
Körperschaftssteuer	2,9	-773,0	0,4
übrige Steuern	25,2		16,2

Quelle: Bundesministerium für Finanzen 2008

Somit kommen 75 Prozent des Steueraufkommens von der Masse der Bevölkerung (mit mittleren bis niedrigen Einkommen), vor allem von den Lohnabhängigen. Einkommenssteuer (die auch nicht nur von wirklich Reichen gezahlt wird), Vermögens-, Erbschafts-, Gewerbe- und Körperschaftssteuer machen insgesamt nur elf Prozent aus. Der eigentliche Skandal liegt in der Entwicklung der Körperschaftssteuer, sie ist von reichlich 28 Milliarden auf 2,9 Milliarden Euro zurückgegangen. Das war politisch gewollt, und sollte – so verlautet es aus den Finanzbehörden – eine indirekte Subventionierung von Kapitalgesellschaften sein. Die Annahme war, dass die Rückgänge hier durch Mehreinnahmen bei den Einkommenssteuern mehr als ausgeglichen würden. Wie man sieht, war diese Annahme falsch, die Einkommenssteuer ist sogar um ein Viertel geschrumpft, und das ist überhaupt nicht verwunderlich. Jeder Toilettenpächter weiß, dass es bei Gewerbe- und Körperschaftssteuer kaum Spielräume gibt, die sind recht übersichtlich. Völlig anders ist es bei den Einkommenssteuern, der Markt mit Büchern und Computerprogrammen «für ganz legale Steuertipps» boomt.

Erkennbar wird: Die gesamte Neuverschuldung des Staats Bundesrepublik Deutschland ist durch den Rückgang bei Körperschaftssteuern und Einkommenssteuern verursacht. Das ist das Ergebnis der zweiten Stufe der Steuerreform, sie bewirkt, dass die Unternehmen und die Bezieher hoher Einkommen weniger Steuern zahlen. Die Defizite werden durch Lohn- und Verbrauchssteuern verringert oder in Hypotheken auf die Zukunft verwandelt, was wiederum durch die «kleinen» Leute zu tragen sein wird, von denen ja 75 Prozent der Steuern eingetrieben werden.

Das Ganze läuft unter der Losung, «den Wirtschaftsstandort Deutschland wettbewerbsfähiger zu machen». Ob das gelingt, ist in der gegenwärtigen weltweiten Wirtschaftskrise mehr als fraglich. Das reale Ergebnis ist, dass die Umverteilung von unten nach oben in keiner Weise gestoppt, sondern weitergetrieben ist. Vor allem die großen Kapitale sind es, die profitieren, sie tragen bei steigenden oder anhaltend hohen Ge-

winnen immer weniger zur Finanzierung des Gemeinwesens bei. Bei der dritten Stufe der Steuerreform wird es – da muss man kein Prophet sein – nicht anders laufen. Steuerpolitik ist Klassenpolitik – bevorteilt die einen, benachteiligt die anderen. Der neoliberale Zeitgeist lacht sich ins Fäustchen.

Der Widerspruch hat auch die andere Seite

Deutschland ist eine alternde Gesellschaft und dies in einem höheren Maße als in vergleichbaren Ländern. Zugleich ist Deutschland eine Gesellschaft, in der immer weniger Menschen im Berufsleben stehen.

Tabelle 3: Erwerbstätige, Beschäftigte und Arbeitslose im Juni 2003 (in Tausend)

	Juni 2003	Veränderung ggü. Vorjahr	Veränderung (in %)
Erwerbstätige	38.153,0	-544,0	-1,4
sozialvers. Beschäftigte	26.917,4	-703,6	-2,5
Arbeitsuchende	5.255,0	313,9	6,4
Arbeitslose	4.257,4	303,1	7,7
Leistungsempfänger	3.903,0	–	–
Arbeitslosenquote (abhängig Beschäftigte)	11,3	10,5	0,8
gemeldete Stellen	373,2	-124,1	-25,0
Förderungen	899,5	-102,7	-10,2

Quelle: [Der im Original von Dietmar Wittich aufgeführte Link ist nicht mehr aktuell.
Vgl. stattdessen: Bundesanstalt für Arbeit 2003; Anm. d. Hrsg.]

Gegenwärtig gibt es in diesem Land mehr als 38 Millionen Erwerbstätige. Damit kommt auf jede wirtschaftlich aktive Person etwa auch eine, die nicht, nicht mehr oder noch nicht erwerbstätig ist. In nur einem Jahr hat sich diese Zahl um eine reichliche halbe Million verringert. Zehn Jahre sind ein überschaubarer Zeitraum, hält der Trend an, werden das im Jahr 2013 noch mehr als 32 Millionen sein, das Verhältnis wird dann drei zu fünf sein. Noch stärker ist die Abnahme bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Lohnarbeiter), das sind in Deutschland insgesamt etwa 27 Millionen (knapp 22 Millionen im Westen, 5,2 Millionen im Osten, hier gab es einmal 12 Millionen Berufstätige), der Rückgang der hier von 2001 zu 2002 zu konstatieren ist, beträgt 700.000. Allein die Zahl der Arbeiter hat sich in den letzten zwei Jahren um 1,1 Millionen verringert, die sind als Menschen natürlich nicht verschwunden, sie sind nicht mehr am Arbeitsprozess beteiligt. Zugleich gibt es knapp 5,3 Millionen Arbeitsuchende (von den Arbeitsämtern anerkannt), knapp 4,3 Millionen von ihnen sind als Arbeitslose registriert, weil sie anspruchsberechtigt sind.

Beide Zahlen haben sich im letzten Jahr um reichlich 300.000 erhöht.⁵ 34 Prozent der registrierten Arbeitslosen sind Frauen, 61 Prozent kommen aus Arbeiterberufen, elf Prozent sind unter 25 Jahren, 25 Prozent sind älter als 50 Jahre, der Anteil der Langzeitarbeitslosen beträgt 35 Prozent, hier ist die Zunahme besonders rasant, ihre Zahl hat sich um 14,5 Prozent erhöht.

Dem stehen 370.000 gemeldete offene Stellen gegenüber, das heißt, auf einen zu besetzenden Arbeitsplatz kommen 14 Arbeitsuchende. Diese Realitäten entlarven alle Ankündigungen, Arbeitslosigkeit werde verringert, wenn der Druck auf die Arbeitslosen erhöht wird, als das, was sie sind, als hilfloses Gerede, und die entsprechende gesellschaftspolitische Praxis als unsozial, als soziale Ungleichheiten verschärfend.

Auf dieser Seite des Klassenwiderspruchs vollziehen sich gleichzeitig mehrere Prozesse. Die Zahl der Lohnarbeiter verringert sich bei gleichzeitig weiteren Veränderungen ihrer Struktur, ihre Einkommen stagnieren, ihr Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand ist insgesamt rückläufig. Immer mehr werden aus dem Arbeitsprozess herausgedrängt, ein wachsender Anteil auf Dauer, der Rand der Gesellschaft wird breiter. Damit nehmen aber auch der Druck auf die Lohnarbeiter und die Konkurrenz zwischen ihnen zu, Leistungsanforderungen und Leistungsdruck wachsen weiter an.

Die Mitte wird zerrieben

Noch vor einem halben Jahrhundert bildeten in der Bundesrepublik Deutschland (alt, ohne DDR) die Selbstständigen und ihre mithelfenden Familienangehörigen reichlich 30 Prozent der Erwerbstätigen, dazu kamen Gruppen von Lohnabhängigen in Mittelschichtenlagen (Beamte der oberen Besoldungsgruppen, leitende und qualifizierte Angestellte) im Umfang von drei bis vier Prozent der Erwerbstätigen. Die Mittelschichten umfassten damals ein reichliches Drittel der Bevölkerung.

Anfang der 1990er Jahre war der Anteil der traditionellen Mittelschichten (Einzelhandel, Reparaturen und Dienstleistungen, Gastwirte usw.) auf etwa zehn Prozent zurückgegangen. Und doch herrschte in der Gesellschaft das Bild einer «Mittelstandsgesellschaft» vor, in den westlichen Bundesländern rechneten sich 70 Prozent den Mittelschichten zu (im Osten waren das nur 40%). In der Tat hatte sich im Zuge der Wohlstandsentwicklung in den kapitalistischen Metropolen der Anteil der Personen in Mittelschichtlagen ausgeweitet, nach objektiven Kriterien allerdings geringer als nach den Selbstzuordnungen. Die lohnabhängigen Mittelschichten hatten in Deutschland Anfang der 1990er Jahre einen Anteil von gut 30 Prozent (im Westen

5 Dies für die kapitalistischen Metropolen generalisierend schreibt Max Koch, «dass dieselben Ursachen, die [...] Produktivitätserhöhungen bewirken, unter sonst gleichbleibenden Umständen zur Produktion einer «überflüssigen» Bevölkerung führen. Arbeitsmarktmarginalisierung ist in verschiedenen Formen anzutreffen, vor allem als Unterbeschäftigung, «prekäre» Beschäftigung sowie (temporäre oder dauerhafte) Arbeitslosigkeit.» (Koch 2003: 28)

etwa 35, im Osten reichlich 20 %). Zu dieser Zeit bildeten somit die Mittelschichten (traditionelle und lohnabhängige) einen Anteil von reichlich 40 Prozent.

Im vergangenen Jahrzehnt haben erhebliche Veränderungen eingesetzt. Sie hängen mit Entwicklungen im «modernen» Kapitalismus zusammen, sowohl seitens der Produktionsverhältnisse als auch seitens der Produktivkräfte, also mit sozialökonomischen Prozessen. Das macht es legitim, sie im Zusammenhang mit Klassenanalyse zu betrachten. Ein heftiger Verdrängungswettbewerb trifft vor allem auch die traditionellen Mittelschichten. Vor einem halben Jahrhundert gab es noch in jedem Stadtviertel einen privaten Milchhändler, nun längst verschwunden. Der sprichwörtliche «Tante-Emma-Laden» ist nur noch Geschichte. Schneider, Schuhmacher, Lebensmittelhändler, Gastwirte, Elektro- und Fernsehwerkstätten usw. – alles verdrängt.

Aber auch die lohnabhängigen Mittelschichten sind betroffen. Mit der Verschlan-
kung der Unternehmensstrukturen verschwinden ganze Ebenen des Managements, eine Reduzierung von Zahl und Anteil der Führungskräfte (von 6 auf 3 %) ist statistisch nachweisbar. Es gibt weitere strukturelle Veränderungen, Outsourcing ist dafür ein Stichwort.

Infolge technologischer Entwicklungen hat sich in den kapitalistischen Metropolen die Arbeit an und mit modernen Informations- und Kommunikationstechnologien rasant ausgebreitet. Ich nenne das entsprechende Personal «Informationsarbeiter». Diese neue Gruppe macht gegenwärtig in Deutschland in den westlichen Bundesländern 30 Prozent und in den östlichen Bundesländern 24 Prozent der Erwerbstätigen aus.

Die sozialen Träger dieses neuen Typs von Arbeit befinden sich sozialökonomisch in sehr unterschiedlichen Lagen. Zum Teil handelt es sich eindeutig um Lohnarbeit, um moderne Formen kapitalistischer «Schwitzbuden», wie im Callcenter und im E-Commerce. Sie sind teilweise Selbstständige (oft Scheinselbstständige). Hier ist eine Art Austausch mit den traditionellen Mittelschichten zu konstatieren. Mehrheitlich handelt es sich jedoch um Angestellte in Schaltstellen der Unternehmen, der Verwaltungen, in den Medien, in der Wissenschaft und in Kulturbereichen, dazu gehören aber auch Ingenieure und Arbeiter in der Entwicklung und Herstellung von Hardware und Software, in den Technikzentralen der Kommunikationsunternehmen usw.

Die Unverzichtbarkeit ihrer fachlichen Kompetenz ermöglicht ihnen sehr häufig Soziallagen in Mittelschichtenpositionen. Soweit sie wirtschaftlich aktiv sein können – es gibt in diesem Bereich auch Aussteiger und Nischenexistenzen –, gehören sie zu den wohlhabenderen Teilen der Bevölkerung. Für sie alle jedoch gilt – für die Selbstständigen wie für die Lohnabhängigen –, dass sie erhebliche soziale Risiken zu tragen haben. Im Jahr 2002 kamen auf 720.000 neue Gewerbeanmeldungen 650.000 Abmeldungen und 35.000 Insolvenzen. Die langfristige Sicherheit, auf die traditionelle Mittelschichten über viele Jahrzehnte rechnen konnten, gibt es nicht mehr. Zum einen ist die Konkurrenz sehr groß. Zum anderen ist die Geschwindigkeit

technologischer Entwicklungen anhaltend hoch, womit permanent verbunden ist, dass ein Teil dieser neuen Arbeit bereits wieder überflüssig wird.

Im letzten halben Jahrhundert war die breite Mitte der Gesellschaft bei allen Veränderungen – die Reduzierung der traditionellen Mittelschichten wurde durch die Ausweitung der lohnabhängigen Mittelschichten mehr als ausgeglichen – gerade wegen ihrer relativ großen sozialen Sicherheit durchaus von Bedeutung, sowohl für die politische Stabilität als auch für Alltagskultur und Kommunikation (z. B. als Multiplikatoren für Hegemonie). Wenn diese breite Mitte abschmilzt – und das ist der zurzeit zu konstatierende Vorgang –, kann das erhebliche und sozialkulturell folgenreiche Veränderungen mit sich bringen.

Bei den staatstragenden Teilen der politischen Elite gehört es immer noch zu den gewohnten Ritualen, die Mittelschichten in den höchsten Tönen zu loben, den «Mittelstand» als Träger von Innovation, Wirtschaftsentwicklung und Beschäftigung. Mit den Realitäten hat das nichts mehr zu tun. Nicht nur, dass die herrschende Politik die neuen Entwicklungen nicht zur Kenntnis nimmt, sie trägt unmittelbar zur Verschärfung der Probleme bei. Demnächst wird in Deutschland der Meisterzwang für die meisten Gewerke des Handwerks aufgehoben werden, das wird die Vernichtung der traditionellen Mittelschichten noch beschleunigen. Die diversen Steuervergünstigungen, die in neoliberal angelegten Umbauprozessen in den letzten Jahren die Sahnestückchen waren, greifen vor allem für das große Kapital, kaum für Kleinunternehmen. Hingegen treffen die Erhöhungen von Steuern, Sozialabgaben und Tarifen für die Lohnabhängigen zugleich auch die Mittelschichten voll, die lohnabhängigen wie die selbstständigen, die neuen wie die alten.

Zu den Veränderungen in der Klassenstruktur gehören diese Umbauprozesse in den Mittelschichten. Die Veränderungen in den Mittelschichten werden in der Öffentlichkeit und in der Politik bisher wenig beachtet, obwohl sie tiefgreifende soziale, kulturelle und ökonomische Konsequenzen haben.

Zum Abschluss

Die obigen Darlegungen zu Veränderungen in der Klassenstruktur im Kapitalismus als Informationsgesellschaft, im globalisierten Kapitalismus waren nicht systematisch. Aber auch dieses eher episodische Herangehen zeigt, dass diese – und weitere – Prozesse und Aspekte zusammenhängen. Nicht alles an diesen Veränderungen in der Klassenstruktur ist im marxischen Sinne naturgesetzlicher Prozess. Sehr vieles ist den gesellschaftlich-politischen Kräfteverhältnissen, der gestaltenden Politik und dem – wenig spontanen – Zeitgeist geschuldet. Wie die Klassenverhältnisse sich binnengesellschaftlich, regional und global gegenwärtig real darstellen und wie sie ihre Dynamik entfalten, welche realen Alternativen es gibt oder entwickelt werden können, dazu gibt es Analyse- und Diskussionsbedarf.

Zwei Schlussfolgerungen allerdings drängen sich auf:

Erstens: Alternativen rücken nur und erst in den Bereich des Möglichen, wenn sich in der Gesellschaft ein Bündnis zwischen der sozialen Mitte, den Lohnarbeitern und den Marginalisierten wenigstens zu formieren beginnt und wenn wirkliche und wirk-same Anstrengungen unternommen werden, Gegenhegemonien – wie es Michael Brie (2003: 2, 21) bezeichnet hat – zu entwickeln. Aber das ist ein weites Feld.

Zweitens: Im modernen Kapitalismus sind tiefgreifende Veränderungen in der Klas-senstruktur in Gang gesetzt, die ohne Einbeziehung der globalen Perspektive nicht adäquat erfasst werden können, und für die nicht realistische Alternativen zu finden sind, wenn diese Ebene nicht berücksichtigt und einbezogen wird und wenn nicht begonnen wird, auf dieser Ebene zu handeln. Wie hieß es doch gleich? «Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!»

Klassenlage. Entwurf für ein HKWM-Stichwort

in: UTOPIE kreativ 209, 2008, S. 213–221.⁶

1. Der Begriff der Klassenlage ist ein grundlegender Begriff der Klassenanalyse. Klassenlage wird verwendet, wenn in der Gesellschaft große Gruppen existieren mit typisch ungleichen Lebenslagen und Lebenschancen, die mit den sozialökonomischen Verhältnissen im Zusammenhang stehen, der Verfügung beziehungsweise Nichtverfügung über verwertbare Ressourcen.

2. Das Wort Klassenlage wurde von Friedrich Engels zuerst 1877 verwendet bei der Arbeit am «Anti-Dühring». Bis dahin sprachen er und Karl Marx von der «Lage der arbeitenden Klasse» oder der «Lage der Arbeiter». 1845 erschien in Leipzig die klas-sische Schrift «Die Lage der arbeitenden Klasse in England» von Friedrich Engels, darin heißt es:

«Die Lage der arbeitenden Klasse, das heißt die Lage der ungeheuren Majorität des eng-lischen Volks, die Frage: Was soll aus diesen besitzlosen Millionen werden, die heute das verzehren, was sie gestern verdient haben, die mit ihren Erfindungen und ihrer Arbeit Englands Größe geschaffen haben, die täglich ihrer Macht sich mehr und mehr bewusst werden und täglich dringender ihren Anteil an den Vorteilen der gesellschaftlichen Ein-richtungen verlangen – diese Frage ist seit der Reformbill die nationale Frage geworden.» (MEW 2: 251)

6 Der Text entstand als Entwurf für das Stichwort «Klassenlage» im Band 7 des «Historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus» (HKWM).

2.1 Etwa zeitgleich reflektierte Karl Marx in den «Ökonomisch-philosophischen Manuskripten» über Zusammenhänge zwischen dem Krisenzyklus (Krise, Aufschwung, Stabilität) und der Lage der Arbeiter. Er schreibt dabei unter anderem:

«Nehmen wir nun eine Gesellschaft, in welcher der Reichtum fortschreitet. Dieser Zustand ist der einzige dem Arbeiter günstige. Hier tritt Konkurrenz unter den Kapitalisten ein. Die Nachfrage nach Arbeitern überschreitet ihre Zufuhr. Aber: Einmal: Die Erhöhung des Arbeitslohns führt Überarbeitung unter den Arbeitern herbei. Je mehr sie verdienen wollen, je mehr müssen sie ihre Zeit aufopfern und vollständig aller Freiheit sich entäußernd im Dienst der Habsucht Sklavenarbeit vollziehen. Dabei kürzen sie dadurch ihre Lebenszeit ab. Diese Verkürzung ihrer Lebensdauer ist ein günstiger Umstand für die Arbeiterklasse im Ganzen, weil dadurch immer neue Zufuhr nötig wird. Diese Klasse muss immer einen Teil ihrer selbst opfern, um nicht ganz zugrunde zu gehn.» (MEW 40: 473)

Insgesamt kommt er zu dem Schluss:

«Also im abnehmenden Zustand der Gesellschaft progressives Elend des Arbeiters, im fortschreitenden Zustand kompliziertes Elend, im vollendeten Zustand stationäres Elend.» (Ebd.: 475)

In dieser frühen Phase bleibt der Wortgebrauch noch in der Tradition der zeitgenössischen Armen- und Fabrikberichte. Die Besonderheit besteht zum einen darin, dass ein unmittelbarer Zusammenhang mit den Kapitalverhältnissen hergestellt wird, die Lage wird als entfremdet reflektiert, zum anderen ist die emanzipatorische Sicht charakteristisch, die Lage als aufzuhebend, als Frage nach dem Anteil am wachsenden Reichtum in der Gesellschaft.

2.2 In seiner Untersuchung zur Lage der arbeitenden Klasse in England hatte Friedrich Engels einen großen Kreis von Aspekten der Klassenlage betrachtet: die Arbeitsverhältnisse und Einkommen, den Einfluss der Entwicklung der Maschinerie, die Beschäftigungsrisiken und die Arbeitslosigkeit, die Wohnverhältnisse, die gesundheitlichen Probleme und die Lebenserwartung, die Bildungssituation bis hin zur Auflösung von Familien, zu Trunksucht und zu Verbrechen.

Diese Analyse war so vielfältig und tiefgreifend, dass zum Beispiel Karl Marx im «Kapital» auf entsprechende Untersuchungen verzichtete und stattdessen wiederholt auf die Schrift von Friedrich Engels verwies. Es gibt allerdings im Kapital wiederholt Aussagen wie die folgende: «Es folgt daher, dass im Maße wie Kapital akkumuliert, die Lage des Arbeiters, welches immer seine Zahlung, hoch oder niedrig, sich verschlechtern muss.» (MEW 23: 675)

2.3 Zehn Jahre nach Erscheinen des «Kapitals» kommt Friedrich Engels im «Anti-Dühring» auf die Problematik zurück, dabei verwendet er erstmals den Begriff «Klassenlage». Er schrieb,

«dass die kapitalistischen Produktions- und Austauschformen mehr und mehr eine unerträgliche Fessel werden für die Produktion selbst; dass der durch jene Formen mit Notwendigkeit bedingte Verteilungsmodus eine Klassenlage von täglich sich steigernder Unerträglichkeit erzeugt hat, den sich täglich verschärfenden Gegensatz von immer weniger, aber immer reicheren Kapitalisten und von immer zahlreicheren und im Ganzen und Großen immer schlechter gestellten besitzlosen Lohnarbeitern; und endlich, dass die innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise erzeugten, massenhaften Produktivkräfte, die von jener nicht mehr zu bändigen sind, nur der Besitzergreifung harren durch eine zum planmäßigen Zusammenwirken organisierte Gesellschaft, um allen Gesellschaftsgliedern die Mittel zur Existenz und zu freier Entwicklung ihrer Fähigkeiten zu sichern, und zwar in stets wachsendem Maß.» (MEW 20: 139–140)

An anderer Stelle heißt es bezogen auf die frühen Sozialisten: «Dem unreifen Stand der kapitalistischen Produktion, der unreifen Klassenlage entsprachen unreife Theorien.» (Ebd.: 241)

2.4 Für die «Allgemeinen Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation» erarbeitet Karl Marx 1871 einen Vorschlag für die «statistische Untersuchung der Lage der arbeitenden Klasse» ein

«Untersuchungsschema, je nach Umständen zu verändern und zu ergänzen:

1. Gewerk, Name.
2. Alter und Geschlecht der Arbeiter.
3. Zahl der beschäftigten Arbeiter.
4. Löhne:
 - a) Lehrlinge und Gehilfen.
 - b) Tagelohn oder Stücklohn? Von Zwischenunternehmern gezahlte Löhne. Wöchentlicher und jährlicher Durchschnitt.
5. a) Arbeitsstunden in Fabriken.
 - b) Arbeitsstunden bei kleinen Meistern und in der Hausarbeit, falls das Gewerbe in diesen verschiedenen Weisen betrieben wird.
 - c) Nacht- und Tagesarbeit.
6. Mahlzeitsstunden und Behandlung.
7. Beschaffenheit der Werkstätten und der Arbeit, Überfüllung, mangelhafte Ventilation, Mangel an Tageslicht, Gasbeleuchtung, Reinlichkeit usw.
8. Wirkung der Arbeit auf den Körperzustand.
9. Moralitäts- und Bildungszustand, Erziehung.

10. Charakter des Geschäfts; ob mehr oder weniger gleichförmig für das ganze Jahr oder an gewisse Jahreszeiten gebunden; ob großen Schwankungen ausgesetzt, ob fremder Konkurrenz unterworfen, ob hauptsächlich für den innern oder auswärtigen Markt arbeitend.
11. Besondere Gesetzgebung über das Verhältnis zwischen Arbeiter und Meister.
12. Nahrungs- und Wohnungszustände der Arbeiter.» (MEW 17: 449)

Deutlich erkennbar wird das außerordentlich differenzierte Herangehen an die Analyse der Klassenlage, es reicht von den Betriebsgrößen und den Löhnen bis zur Ernährungs- und Wohnsituation. Zum Entwurf für das neue Parteiprogramm der deutschen Sozialdemokratie, dem späteren «Erfurter Programm» schlug Friedrich Engels 1891 unter anderem vor, statt «klassenbewusst» zu formulieren «mit den zum Bewusstsein ihrer Klassenlage durchgedrungenen Arbeitern» (MEW 22: 232).

2.5 Wie lässt sich der Beitrag von Karl Marx und Friedrich Engels zur Analyse der Klassenlage zusammenfassend charakterisieren?

1. Sie haben von Beginn an die Lage der Arbeiterklasse nicht an sich, sondern in Bezug auf das Kapital, im Zusammenhang mit den Kapitalverhältnissen untersucht.
 2. Sie haben ein sehr differenziertes Programm entwickelt und verwendet, um die verschiedenen Momente der Klassenlage zu erfassen. Sie verwenden den Begriff nicht nur für Analysen, er hat von Beginn an einen emanzipatorischen Zuschnitt.
 3. Bei ihnen haben aber auch Einseitigkeiten und Vereinfachungen ihren Anfang, indem sie zum Beispiel von einer permanenten Verschlechterung der Klassenlage ausgehen (Verelendungsthese) oder von der Klassenlage auf Bewusstseinsprozesse schließen.
3. Auch Max Weber verwendet den Begriff der Klassenlage. Er beginnt das Kapitel «Stände und Klassen» so:

«Klassenlage» soll die typische Chance 1. der Güterversorgung, 2. der äußeren Lebensstellung, 3. des inneren Lebensschicksals heißen, welche aus Maß und Art der Verfügungsgewalt (oder des Fehlens solcher) über Güter oder Leistungsqualifikationen und aus der gegebenen Art ihrer Verwertbarkeit für die Erzielung von Einkommen oder Einkünften innerhalb einer gegebenen Wirtschaftsordnung folgt.» (Weber 1972: 177)

Auch bei Max Weber ist der Begriff der Klassenlage ein Instrument der Klassenanalyse. Zwar verweist die Fassung als «Chance» auf mögliche Differenzierungen innerhalb der Klassenlage und mit dem Verweis auf das innere Lebensschicksal werden auch subjektive Momente mit einbezogen, eine Anregung, die in der Folge kaum aufgegriffen wurde. Aber im Vergleich zu Karl Marx und Friedrich Engels verschwindet der Zusammenhang mit den Kapitalverhältnissen hinter der Verallgemeinerung und

der Begriff ist rein deskriptiv, ein emanzipatorischer Anspruch fehlt völlig. Weber hat eine interessante Hypothese zum Zusammenhang von wirtschaftlicher Entwicklung und Klassenlage aufgestellt:

«Zeitalter und Länder vorwiegender Bedeutung der nackten ›Klassenlage‹ sind in der Regel technisch-ökonomische Umwälzungszeiten, während jede Verlangsamung der ökonomischen Umschichtungsprozesse alsbald zum Aufwachsen ›ständischerer‹ Bildungen führt.» (Ebd.: 539)

4. In den nachfolgenden Jahrzehnten wurde in der Arbeiterbewegung und ihrem Umfeld das Programm von Karl Marx und Friedrich Engels zu den Klassenlagen im Wesentlichen beibehalten. Rosa Luxemburg kam an vielen Stellen auf den Zusammenhang von Klassenlage und sozialdemokratischer Politik zu sprechen. «Die praktische alltägliche Tätigkeit behufs Aufbesserung der Lage der Arbeiterklasse ist der einzige Modus überhaupt, sich sozialdemokratisch zu betätigen und auf den Zusammenbruch des Kapitalismus hinzuwirken.» (Luxemburg 1970: 258) Soweit bestehe Einigkeit in der Sozialdemokratie. Die Kontroverse drehe sich darum,

«ob sie eine unmittelbare sozialisierende Wirkung haben, die durch einen einfachen sozialen Stoffwechsel die kapitalistische Gesellschaft unmerklich in eine sozialistische verwandelt, das heißt, ob sie den Sozialismus stückweise verwirklicht dies der Standpunkt des Opportunismus oder ob der praktische Kampf bloß dazu dient, die Arbeiterklasse materiell zu konsolidieren, politisch zu organisieren und aufzuklären, um sie zur Aufhebung der kapitalistischen Gesellschaft durch eine politische und soziale Umwälzung und zur Einführung des Sozialismus vorzubereiten.» (Ebd.: 259)

Karl Kautsky blieb überwiegend auf einer deskriptiven Ebene, er schrieb 1892:

«Überarbeit, Arbeitslosigkeit und Auflösung der Familie, das bringt die kapitalistische Produktionsweise dem Proletariat, und zugleich sorgt sie dafür, dass der proletarische Zustand auf immer weitere Kreise sich ausdehnt und zusehends der Zustand der großen Masse der Bevölkerung wird.» (Kautsky 1965: 53)

Ähnlich Lenin, der bei der Entwicklung des Kapitalismus in Russland vier Klassenlagen ausmacht. Besonders fällt auf, dass bei entsprechenden Analysen und Aussagen zur Lage der Arbeiter in Deutschland die Auswirkungen der Bismarckschen Sozialgesetzgebung (Krankenversicherung, Invaliditäts- und Altersversicherung) kaum berücksichtigt werden, oder wie durch August Bebel als «ungenügend» bezeichnet werden (Bebel 1910: 175). Eine Ausnahme bildete Eduard Bernstein, der unter anderem auf die Konsequenzen der Übernahme der Ortskrankenkassen durch die Kommunen

für sozialdemokratische Kommunalpolitik aufmerksam machte (Bernstein 1991: 185).

5. In den 1920er Jahren erfährt die systematische Beobachtung der Klassenlagen einen deutlichen Aufschwung, der nicht zuletzt mit den ersten Aktivitäten von Jürgen Kuczynski zusammenhängt, der Anfang der 1930er Jahre dann auch seine ersten Bücher über die Lage der Arbeiterklasse in Deutschland und in anderen Ländern zu veröffentlichen beginnt (Kuczynski 1947, Bd. 1: 355). Jürgen Kuczynski war es auch, der in den Jahren nationalsozialistischer Herrschaft die Beobachtung der Soziallagen der deutschen Arbeiter vom Exil aus weiterführte. So stellte er fest, dass sich Löhne und Kaufkraft zwischen 1932 und 1938 kaum verändert hatten, aber zu konstatieren sei gewesen:

«die Verknappung an Lebensmitteln und die Verschlechterung ihrer Qualität [...]. 1938 beklagten sich die Hausfrauen in ganz Deutschland über die schlechte Qualität einer Reihe von Nahrungsmitteln, über Versorgungsschwierigkeiten, und Schlangen beim Einkauf gewisser Waren werden eine regelmäßige Erscheinung.» (Ebd., Bd. 2: 201)

Im emigrierten Institut für Sozialforschung wurde vor allem die Entrechtung der Arbeiter konstatiert,

«dass der Arbeiter keinerlei Freiheit genießt. Er kann seinen Arbeitsplatz und die Art seiner Tätigkeit nicht selbst wählen, er kann nicht aus freien Stücken kündigen, aber auch in der Regel nur mit Zustimmung des Arbeitsamtes entlassen werden – freilich heute ein durchaus unnötiger Schutz.» (Neumann 1981: 203)

6. Die Entwicklung der Soziallagen und damit auch der Klassenlagen im geteilten Deutschland der Nachkriegsepoche und des Kalten Kriegs wäre einer gesonderten Betrachtung genau aus dem Grund wert, der hier nur kurz rekapituliert werden kann: Jene historische Auseinandersetzung, die in einer späteren Phase als «Wettbewerb der Systeme» bezeichnet wurde, fand in Deutschland zwischen den beiden deutschen Staaten statt, und zu formulieren, sie hätte auch die Ebene der Klassenlagen berührt, wäre eine glatte Verniedlichung. Dieser deutsch-deutsche Wettbewerb hatte in den Klassenlagen ein Kernstück, der Kampf um die Köpfe und um Akzeptanz des jeweils eigenen Systems ging auch durch den Magen (und später durch die Garage). In den Klischees ausgedrückt: Vom «Wirtschaftswunder» in der alten BRD bis zur «Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik» in der DDR, immer war auch die andere Gesellschaft im Blick. Dabei sind zwei Seiten zu berücksichtigen: die Seite der objektiven Entwicklung der Lebensverhältnisse und die Seite ihrer Beobachtung und Reflexion in den Sozialwissenschaften. Die Deutungsmuster «Wohlstandsgesellschaft» hier und «Mangelgesellschaft» da halten einer ernsthaften Prüfung jedenfalls nicht stand.

6.1 Für die BRD ist im Nachhinein wohl eine mehr oder weniger kontinuierliche Entwicklung der Lebensverhältnisse und damit der Soziallagen und auch der Klassenslagen hin zu einer, wie häufig formuliert wurde, «modernen, hochindustrialisierten und wohlfahrtsstaatlich verfassten» (Glatzer/Zapf 1984: 391) Gesellschaft bis in die 1980er Jahre hinein zu konstatieren, wobei es immer auch Benachteiligungen und Ausgrenzungen gegeben hat.

6.2 Für die DDR ist die Kontinuität in der Entwicklung der Lebensverhältnisse immer offiziell behauptet worden. Zumindest zwei Zäsuren sind zu erinnern. Die erste begann nach dem 17. Juni 1953, als es zu einem Kompromiss zwischen der SED, der Partei der «Arbeiterklasse» und der realen Arbeiterklasse kam. Dieser Kompromiss wurde bis 1958 formiert, bis zur Abschaffung der Rationalisierung und damit der Lebensmittelkarten; bis dahin waren für Arbeiter (weniger für Arbeiterinnen) die Einkommen weitgehend angeglichen worden, bei gleichzeitiger Benachteiligung von Angestellten, Kleingewerbetreibenden und zunächst auch der Bauern. Dieser Kompromiss hielt bis in die 1980er Jahre hinein. Die zweite fand Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre statt und umfasst zwei Entwicklungen. Zum einen war klar geworden, dass Sozialismus nicht als ein nur kurzes Durchgangsstadium zum Kommunismus gelten konnte, in dem es keine Klassen und keine sozialen Unterschiede mehr geben sollte. Der Sozialismus, so hieß es, sei eine «relativ selbstständige Gesellschaftsformation», damit stand die Frage nach der Situation der Klasse, die als die führende ausgegeben wurde, der Arbeiterklasse und der «mit ihr verbündeten anderen werktätigen Klassen und Schichten». Hinter diesen ideologischen Vernebelungen wurde das Ende der Ära Ulbricht für eine gesellschaftspolitische Umsteuerung genutzt, genannt wurde das «Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik». Die zweite relevante Entwicklung dieser Phase hat im Prager Frühling und seinem Ausgang seine objektive Symbolik. Sie steht dafür, dass das staatssozialistische Modell seine Lernfähigkeit nicht nur verloren, sondern auch aufgegeben hatte, bereits zu diesem relativ frühen Zeitraum war es in der Systemauseinandersetzung auf einem entscheidenden Gebiet in nicht wettzumachende Rückstände geraten, in der technologischen Entwicklung. Die DDR-Gesellschaft befand sich damit in einem entwicklungspolitischen Dilemma: Sie realisierte erhebliche Umverteilungen in den sozialen Bereichen mit durchaus relevanten Wirkungen für das Alltagsleben der Menschen (von der Anti-Babypille bis zum Wohnungsbauprogramm); aber das fand statt bei insgesamt abnehmenden oder nicht hinreichend wachsenden ökonomischen Ressourcen.

6.3 Die DDR hatte allen Gerüchten zum Trotz eine hoch entwickelte Sozialstatistik, wohlbemerkt, was die Erhebung und den Bestand an Daten betraf, nicht deren Publikation, das blieb Herrschaftswissen. Zu verweisen ist in diesem Zusammenhang vor allem auf die Haushaltstatistik, die repräsentative statistische Analyse der Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte in der DDR. Hier gibt es ein reichhaltiges Ma-

terial, das detaillierte Auskunft geben kann, wie sich die soziale Situation und dabei auch die Klassenlagen in der DDR gestaltet und entwickelt haben. Die gesellschaftswissenschaftliche Diskussion der Klassenlagen wurde zunächst durch die Arbeiten von Jürgen Kuczynski, seine 40-bändige «Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus», dominiert (vgl. Kuczynski 1947; 1961 ff.). Im Zusammenhang mit der Zäsur um 1970 herum fanden allerdings Veränderungen statt. Zum einen wurden Fragen der Soziallagen und der Klassenlagen wieder präziser und zugleich komplexer thematisiert, das wesentliche Stichwort war «Lebensweise» (vgl. Taubert/Wittich 1981). Zum anderen wurden von da an in der Soziologie der DDR Sozialstrukturforschungen intensiviert. Hier ist vor allem an Manfred Lötsch zu erinnern, der 1984 bezogen auf das Verhältnis von Arbeiterklasse und Intelligenz das «konkrete Maß in der Dialektik von Gleichheit und sozialen Unterschieden» (M. Lötsch 1984: 279) thematisierte. Er formulierte: «Die Dialektik von sozialer Gleichheit und sozialen Unterschieden ist in jeder Phase der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft neu aufzuarbeiten.» (Ebd.: 281) Er wusste, wovon er sprach, aber es war zu spät.

6.4 Die entsprechenden sozialwissenschaftlichen Diskurse in der alten BRD mit ihren Thematisierungen von Klassenlagen (oder nicht) verliefen natürlich völlig anders. Es gab zunächst bis in die 1970er Jahre hinein so etwas wie eine Koexistenz von klassenanalytischen Konzepten und Ansätzen, die die Gesellschaft der Bundesrepublik als «nivellierte Mittelstandsgesellschaft» ansahen und die Klassenanalyse und damit den Begriff der Klassenlage strikt ablehnten. Entsprechende, durchaus umfangreiche und seriöse Analysen formierten sich um den Begriff der «Lebensbedingungen» und später der «Lebensqualität» (vgl. Glatzer/Zapf 1984). Daneben existierten mehrere Ansätze, die Instrumentarien der Klassenanalyse an die Prozesse der gesellschaftlichen Modernisierung anzupassen und damit für deren Analyse und Interpretation nutzbar zu machen. Zu denken ist dabei nicht nur an die Arbeiten des Instituts für Marxistische Studien (vgl. IMSF 1974), sondern auch an Untersuchungen des Soziologischen Forschungsinstitut (SOFI) Göttingen (vgl. Osterland 1975), an die Sozialistischen Studiengruppen (vgl. Bischoff 1980), an die Projektgruppe Automation (vgl. F. Haug u. a. 1979) und auch an eine frühe Arbeit von Michael Vester (vgl. Vester 1970), in der er an Arbeiten des englischen Sozialhistorikers Edward P. Thompson, die erst viele Jahre später in deutscher Sprache erschienen (vgl. Thompson 1987), anknüpfte und sie in deutsche Diskurse einbrachte, und sicher an viele andere.

Anfang bis Mitte der 1980er Jahre kippte das Kräfteverhältnis auf diesem sozialwissenschaftlichen Diskursfeld in der BRD um. Das Signal kam wohl von André Gorz, der seinen «Abschied vom Proletariat» formulierte und die «Nicht-Klasse der Nicht-Arbeiter» entdeckte (Gorz 1980: 63). Es wurde im Mainstream der bundesdeutschen Sozialwissenschaften sehr schnell aufgegriffen. Besonders zugespitzt formulierte Ulrich Beck: «Wir leben trotz fortbestehender und neu entstehender Ungleichheiten heute in der Bundesrepublik bereits in Verhältnissen jenseits der Klassengesellschaft.»

(Beck 1986: 121) Und weiter: «Die Besonderheit der sozialstrukturellen Entwicklung in der Bundesrepublik ist der ‹Fahrstuhleffekt›: die ‹Klassengesellschaft› wird insgesamt eine Etage höher gefahren.» (Ebd.: 122) Stefan Hradil, der schon vorher kein Freund von Klassenanalyse und Klassentheorie war, begründete im Nachhinein: «Nur die Schaffung neuer Begriffe, Modelle und Methoden macht aber neue Strukturen sichtbar.» (Hradil 1992: 18) Keine Klassengesellschaft, keine Klassenlage, die hegemoniale Positionierung wollte das Problem zum Verschwinden bringen. Es gab nur ganz wenige Stimmen, die es wagten, sich dem Mainstream zu widersetzen, zu ihnen gehörte Max Koch. Er stellte sich der Aufgabe, «die Klassentheorie auf einer Konkrektionsebene zu reformulieren, die es erlaubt, sie empirisch zu überprüfen und dabei ihre Erklärungskapazität festzustellen» (Koch 1994: 9). Er kam zu dem Ergebnis, «dass der verbreitete Abgang auf die Klassentheorie unbegründet ist» (ebd.: 193).

7. Und wieder fliegen die Eulen der Minerva. Zunächst konnte man bei der Beobachtung der Umbrüche in der Sozialstruktur in Ostdeutschland den Eindruck gewinnen,

«als käme die Sozialstruktur der Bundesrepublik als das auf Ostdeutschland, was sie möglicherweise in den letzten Jahren schon nicht mehr war: als Klassengesellschaft. [...] Klassenanalytische Modelle sind in Ostdeutschland gegenwärtig durchaus geeignet, Ausdifferenzierungen von Lagegruppen zu beschreiben.» (Wittich 1998: 184)

Das wurde Mitte des Jahres 1993 niedergeschrieben. Die Prozesse der Reproduktion von Klassenlagen und damit von Klassengesellschaft beschleunigen sich Mitte der 1990er Jahre. Sie stehen im Zusammenhang mit den Veränderungen der kapitalistischen Produktionsweise infolge der informationellen Revolution, mit der Dominanz der internationalen Kapitalmärkte und der Realisierung neoliberaler Umbauprojekte. Die Verwandlung von Langzeitarbeitslosen in Arme, die Ausbreitung prekärer Arbeit, die Ausweitung von Niedriglohnssektoren, die Erhöhung von Druck auf und die Verstärkung sozialer Risiken für alle Lohnabhängigen, die bis in die Mittelschichten reichen, sie und die diversen Formen von «Klassenkampf von oben» lassen klassengesellschaftliche Züge wieder deutlicher erkennbar werden. Nimmt man Länder wie Indien oder Pakistan mit ihrer millionenfachen Kinderarbeit mit in den Blick, dann vervollständigt sich das Bild. Um das Zitat von Ulrich Beck noch einmal aufzugreifen: Wird die Klassengesellschaft nun wieder eine Etage nach unten gefahren? Vielleicht hat ja auch Max Weber mit seiner Vermutung recht, dass in Zeiten von Krisen und wirtschaftlichen Umbrüchen, die «nackten» Klassenlagen deutlicher werden, in ruhigeren Phasen gesellschaftlicher Entwicklung andere Rasterungen. Vor einigen Jahren hat Michael Vester das bezogen auf «ungleiche Lagen und ungleiche Milieus» wieder in die Diskussion gebracht (Vester 1998: 110). Das alles darf nicht als Rechtfertigung gelten, in traditionelle und orthodoxe Modelle von Klassentheorie und Klassenanalyse zurückzufallen. Die Differenziertheit ist die Existenzweise der Klassenstruktur in den

kapitalistischen Metropolen der Gegenwart, Existenz und Verschärfung klassengesellschaftlicher Strukturen einerseits und Individualisierung und Pluralisierung sozialer Strukturen andererseits schließen sich nicht aus. Die Klassenanalyse, die Analyse von Klassenlagen, muss dem Entwicklungsniveau der kapitalistischen Produktionsweise angemessen sein und entsprechend immer wieder reformuliert werden.



«Alle Konzepte, als handele es sich nur um eine Vergrößerung des im Westen Gewohnten, sind gescheitert. [...] Die vielbeschworene Intelligenz der Wählerinnen und Wähler [hat] das Tor ein Stück weit geöffnet, diese neue, andere deutsche Gesellschaft politisch auszugestalten. Die Arbeit selbst ist erst noch zu tun, und die Perspektiven der PDS als moderner linkssozialistischer Partei werden sich daran bemessen, wie sie an dieser Arbeit der politischen Gestaltung aktiv teilnimmt.»

Dietmar Wittich 1998

1998–2005: ROT-GRÜN UND DAS REGIEREN GEGEN DEN WERTEHORIZONT DER BEVÖLKERUNG

Konturen der Berliner Republik und moderne sozialistische Politik.

Gedanken zur Analyse der Bundestagswahlen vom 27. September 1998

in: *Wahlzeiten, Kriegszeiten, andere Zeiten. Betrachtungen eines ostdeutschen Soziologen*, Hamburg 2001, S. 153–159.

Alle Kommentatoren der Wahlergebnisse zum 14. Deutschen Bundestag sind sich in einem Punkte einig: Es hat sich tatsächlich etwas verändert in Deutschland. Das politische Kräfteverhältnis, soweit es sich in Parlamentssitzen ausdrückt, wurde gründlich umgebaut. Ein Politikwechsel ist möglich. Erstmals in der deutschen Geschichte der letzten 50 Jahre erfolgt eine Totalauswechslung der regierenden Fraktion der politischen Elite. Bewirkt haben das die Wählerinnen und Wähler mit ihren Entscheidungen, die sie vor dem 27. September – und sehr viele von ihnen am 27. September – getroffen haben. Die Kurzfristigkeit ausschlaggebender Meinungsumbrüche verweist auch auf ihre derzeitige Zerbrechlichkeit. Aber im Resultat sind zunächst einmal politische Strukturen entstanden, die anders sind als die der alten Bundesrepublik, ich meine, es handelt sich zum einen um Konturen der Berliner Republik. Vorgegangen ist zum anderen nichts Geringeres als die Wiederbelebung der Staatsbürgerin/des Staatsbürgers. Sie haben die Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse bewerkstelligt, weil der Wunsch nach gesellschaftspolitischen Veränderungen, danach, dass es nicht so bleiben darf, wie es ist, in den letzten Jahren mehrheitsfähig geworden ist. Anders als vor vier Jahren haben sie sich nicht durch die politische Instrumentalisierung ihrer Ängste vor nicht voraussehbaren Risiken davon abhalten lassen.

Aus diesem ersten, oberflächlichen Befund ergibt sich zweierlei: eine Lehre und eine Frage. Die Lehre geht an die Linken und sie beinhaltet eine Ermutigung. Im Falle von Wahlniederlagen sind Linke rasch bereit, sich auf den Spruch einzulassen: «Wenn Wahlen etwas ändern würden, wären sie verboten!» Das ist in der Tendenz eine gefährliche Relativierung der Möglichkeiten von parlamentarischer Demokratie.

Der 27. September hat gezeigt, dass Veränderungen möglich sind, dass es möglich ist, die verkrusteten Verhältnisse aufzubrechen, dass Wahlen etwas ändern können. Diese Möglichkeit ist die Ermutigung. Ob daraus Wirklichkeit wird, ob die aufgebrochenen verkrusteten Verhältnisse in der Tat zum Laufen gebracht werden können, hängt auch wesentlich von der Antwort auf die Frage ab, die die zukünftige gesellschaftspolitische Praxis geben wird. Für gewöhnlich werden Staatsbürgerin und Staatsbürger zwischen den Wahlen wieder Schlafen geschickt. Was Politik ist und was Politik tut, wird allein durch die Leithirsche der (Parlaments-)Parteien bestimmt. Sie allein haben den Raum des Politischen okkupiert und beherrschen ihn, allenfalls im Wechselspiel mit ihren Lobbyisten aus Wirtschaft und Medien. Die Frage ist, ob sich Staatsbürgerin und Staatsbürger nun wieder Schlafen schicken lassen. «Wir werden nicht alles anders, aber vieles besser machen!», hat Gerhard Schröder vor den Wahlen gesagt. Dieser Spruch kann als das bisherige Leitmotiv der neuen Koalition von SPD und Grünen gelten. Art und Umfang der gesellschaftspolitischen Veränderungen, für die das Wahlvolk mobilisiert wurde, werden im Vagen gehalten. Wache Staatsbürgerinnen und Staatsbürger sind da schon gefordert. Das wäre ein markantes Merkmal der politischen Strukturen und der politischen Kultur der Berliner Republik, Staatsbürger als aktive politische Institution. Ich sehe hier eine wichtige, wenn nicht die wichtigste Herausforderung an moderne linkssozialistische Politik, im neuen Parlament eine kleine, aber zugleich die einzige linke Opposition.

Ein Stück weit ist das Tor geöffnet

Was haben Staatsbürgerin und Staatsbürger nicht alles erlebt in den 16 Jahren neo-konservativer und neoliberaler Regierung, davon acht Jahre deutsch-deutsche Einheit, die durch die Regierenden zwar nicht herbeigeführt, aber wesentlich gestaltet wurden, und was haben sie sich nicht alles gefallen lassen? Erlebt haben die Ostdeutschen die Gewinnung von parlamentarischer Demokratie, sozialer Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit, die für Mehrheiten Zuwachs an Wohlstand und Lebensqualität bedeuten. Der Preis dafür war das Überstülpen einer fremden Rahmenordnung von Institutionen und Regeln sowie die Neu- und Fremdefinition ihrer Geschichte und ihrer Biografien. Gemeinsam erlebt hat die Masse der kleinen Leute in Ost und West, dass sie es sind, die die Kosten dieser deutsch-deutschen Einigung tragen. Erlebt haben sie eine permanente Steigerung von Arbeitslosigkeit, beschleunigte soziale Differenzierung und Ungerechtigkeit, eingeschränkt wurde die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, eingeführt und erhöht wurden Zuzahlungen im Gesundheitswesen, die Mehrwertsteuern wurden zunächst auf 15 Prozent und dann auf 16 Prozent erhöht mit der Aussicht auf weitere Steigerungen, Rentnerinnen und Rentner sahen der Kürzung ihrer Einkommen entgegen, immer mehr gespart wurde in Bildung und Kultur und und und. Dem stand und steht eine riesige Verschwendung entgegen. Die Staatsquote, also der Eigenverbrauch des Staats am Bruttosozialprodukt, ist auf Rekordhöhe. Ohne Rücksicht auf Kosten und Volksmeinung werden Prestige- und

Protzprojekte wie Regierungsviertel und Tiergartentunnel in Berlin, Transrapid, Ostseebahn usw. durchgezogen. Erfahren wurde die zunehmende Fantasie- und Konzeptionslosigkeit der bisher regierenden neoliberalen Fraktion der politischen Elite, der nichts anderes mehr einfiel als Standortlogik, Umverteilung von unten nach oben und Abzocken bei Lohnabhängigen, Arbeitslosen, Rentnerinnen und Rentnern und auch bei kleinen und mittleren Unternehmen. Begleitet und ermöglicht wurde diese Art politischer Gestaltung der Gesellschaft durch eine fortschreitende Entsolidarisierung. Meist waren jeweils die Interessen von Minderheiten betroffen, und Mehrheiten konnten mehr oder weniger erleichtert wegsehen. Im Resultat hat es fast alle erwischt.

Die deutsche Gesellschaft an der Schwelle zum 21. Jahrhundert ist nicht mehr die alte Bundesrepublik von vor 1998. Alle Konzepte, als handele es sich nur um eine Vergrößerung des im Westen Gewohnten, sind gescheitert. Wir haben nicht mehr die Bonner Republik, wir haben die Berliner Republik. Die vielbeschworene Intelligenz der Wählerinnen und Wähler besteht darin, dass sie mehrheitlich dem Rechnung getragen haben. Sie haben das Tor ein Stück weit geöffnet, diese neue, andere deutsche Gesellschaft politisch auszugestalten. Die Arbeit selbst ist erst noch zu tun, und die Perspektiven der PDS als moderner linkssozialistischer Partei werden sich daran bemessen, wie sie an dieser Arbeit der politischen Gestaltung aktiv teilnimmt.

Was sind nun die Konturen der Berliner Republik? Stattgefunden hat zunächst nur ein Wechsel der Hoffnungsträger, das findet in dem neuen parlamentarischen Kräfteverhältnis seinen Ausdruck. Das kann auch interpretiert werden als Europäisierung der politischen Strukturen in der deutschen Teilgesellschaft. Die politischen Träger der gehabten neoliberalen Politik haben in einem Umfang an Akzeptanz verloren, der sie zunächst auf die Bänke der Opposition schiebt. Auf der anderen Seite steht die neue Mehrheit von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, die vor allem in einer deutlich gestärkten SPD und einer Stabilisierung der Grünen beruht.

Eine Zitterpartie war es lange

Damit wird es möglich, dass Politikgestaltung im innergesellschaftlichen Rahmen und im europäischen Einigungsprozess nicht mehr vorrangig an wirtschaftspolitischen Kriterien orientiert wird, sondern dabei auch ökologischen und sozialpolitischen Zielen der Politiksteuerung deutlich mehr Geltung verschafft wird.

Neben der SPD ist die PDS die einzige Partei, die absolut und relativ an Wählerstimmen zulegen konnte, und das in Ost und West. Der Einzug der PDS in Fraktionsstärke in den Bundestag basiert auf dem Wunsch einer Minderheit, dass es dort eine Oppositionspartei links von SPD und Grünen geben soll. Die damit zunächst erreichte Befestigung einer linkssozialistischen Partei in den politischen Strukturen ist zu Recht als europäische Normalität bezeichnet worden. Die bestätigten und gestärkten Positionen der PDS auf Bundesebene bedeuten, dass eine linkssozialistische Partei

in der Berliner Republik einen Platz hat. Das ist wiederum eine Chance – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Zu den Konturen der Berliner Republik gehört weiterhin, dass es sich um eine Gesellschaft mit geteilten politischen Strukturen und Kulturen handelt. Der Vergleich der Wahlergebnisse von West und Ost signalisiert die Unterschiede.

Im Westen können (auch wechselnde) Koalitionen recht bequem ohne PDS auskommen. Hier ist die PDS zwar in einem leichten Aufwind, aber insgesamt wohl immer noch die Inkarnation des «Fremden» im Osten und in der Schmutzedecke der «Nachfolgepartei». Im Osten können sich SPD und Grüne nur auf eine relative Mehrheit stützen. Die befestigten Positionen der PDS hier beruhen auf einem Komplex von Einbindungen in die Gesellschaft. Dazu zählen das Verhältnis zur ostdeutschen Geschichte, das Artikulieren und Vertreten von Ostinteressen und die andere Bewertung von Sozialistischem (eben nicht als Gegensatz zu Demokratie) in der ostdeutschen Teilgesellschaft.

Die Ergebnisse, die rechte Parteien bei diesen Wahlen erreicht haben, verweisen auf ein – mögliches – weiteres Moment in den Konturen der Berliner Republik. Die politischen Polarisierungen in ihr werden schärfer. Noch sind die Rechten auf Bundesebene kein parlamentarischer Akteur, aber die Tendenz ist ebenso unübersehbar wie erschreckend. Gefragt ist eine aktive Ablehnung aller Varianten von einfachen, diktatorischen Lösungen. Deutlich ist, dass verstärkt zu arbeiten ist an einer Immunisierung der Deutschen gegen rechtsradikale, nationalistische und fremdenfeindliche Parolen und Konzepte.

Die PDS hat ihr Wahlziel erreicht. Sie ist mit vier Direktmandaten und mehr als fünf Prozent der Wählerstimmen wieder in den Bundestag gekommen. Das ist zweifellos ein Erfolg. Der wirkt umso schwerer, als schon vorher klar war, dass die PDS dazu angesichts der zu erwartenden hohen Wahlbeteiligung knapp 500.000 Stimmen mehr brauchen würde, als sie 1994 hatte. Das hat sie geschafft, mehr als 2,5 Millionen Wählerinnen und Wähler haben ihr die Zweitstimme gegeben. Das Ergebnis bedeutet eine politische Aufgabe, es bedeutet aber vor allem eine Herausforderung und eine Chance. Die Herausforderung bezieht sich auf ihren aktiven parlamentarischen und außerparlamentarischen Beitrag für eine andere Politik in Deutschland. Die PDS hat jetzt die Chance, von links Druck auf die rosa/grüne Koalition zu machen. Die Chance bezieht sich auf die weitere politische und programmatische Profilierung als moderne linkssozialistische Partei.

Jedoch sollte nicht im Nachhinein übersehen werden, dass es wieder eine Zitterpartei wurde. Nur reichlich 20.000 Stimmen weniger und die PDS wäre wieder unter fünf Prozent geblieben. Das war noch spannend, als die Jubelpartys des Wahlabends längst zu Ende waren. Das hat nicht nur mit der inszenierten Amerikanisierung der politischen Verhältnisse und des Wahlkampfes zu tun. Das ist nicht allein Wirkung der unverhohlenen Drohung: «Wer PDS wählt, wird mit einer großen Koalition bestraft!» Das hat zweifellos auch gewirkt, wie sich an der Differenz von Erst- und

Zweitstimmen ablesen lässt. Das zeigt sich auch darin, dass die PDS bei den gleichzeitigen Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und den Kommunalwahlen in Brandenburg noch leicht bessere Ergebnisse erreichen konnte als für den Bundestag. An Zweitstimmen hat die PDS knapp 100.000 weniger bundesweit erreicht als an Erststimmen, in Berlin waren es mehr als 62.000. Aber der Trend ist nicht eindeutig. Allein in Nordrhein-Westfalen hat die PDS reichlich 50.000 Zweitstimmen mehr erhalten als Erststimmen. Man stelle sich vor, das wäre anders gekommen. Dass es wiederum eine Zitterpartie wurde, liegt eben auch am wahrnehmbaren und wahrgenommenen politischen Eigengewicht der PDS selbst. Deshalb vor allem bedeutet das knappe Ergebnis einen Zeitgewinn und eine Chance, weiter an der Profilierung als gesamtdeutscher, moderner sozialistischer Partei zu arbeiten.

Die PDS kann – so ist die Situation nach wie vor – als ein Faktor in der politischen Struktur der Berliner Republik bestehen, wenn sie ihre Positionen in den nächsten vier Jahren stärkt und ausbaut. Der eben erlebte Umbau des Kräfteverhältnisses insgesamt zeigt auch, wie einzelne Entwicklungen möglich sind. Veränderungen werden dann möglich, wenn entsprechende Konzepte in der öffentlichen Meinung hinreichende Akzeptanz finden. Das gilt auch für das Projekt einer modernen linkssozialistischen Partei. Das bedeutet Arbeit, und es muss klar gesagt werden, dazu bleibt nicht viel Zeit. Dafür gibt es auch Voraussetzungen. Mit der Erweiterung ihrer Wählerschaft hat sich im Vergleich zu früheren Wahlen auch deren soziale Zusammensetzung verändert. Die soziale Struktur der PDS-Wählerschaft hat sich, soweit dazu bisher Daten vorliegen, denen der anderen großen Parteien angenähert. Sie ist in allen sozialen und demografischen Gruppen verwurzelt, sie entspricht der einer großen Volkspartei. Frühere Stärken bei Älteren und Jüngeren haben sich relativiert, weil vormalige Defizite bei den mittleren Generationen ausgeglichen worden sind. Die PDS wird von Frauen ebenso gewählt wie von Männern, von Berufstätigen ebenso wie von Rentnern. Daneben gibt es allerdings auch Besonderheiten. Die PDS erfasst nicht das ganze soziale Spektrum in der jüngsten Generation, sondern vor allem Teile der Schüler und Studenten, sie findet geringe Akzeptanz bei Lehrlingen und jungen Arbeitern. Überdurchschnittlich häufig ist sie diesmal von Arbeitslosen gewählt worden. Nach wie vor hat sie Stärken bei akademisch gebildeten Angestellten, bei Führungskräften aus Verwaltung und Wirtschaft sowie bei kleinen und mittleren Selbstständigen. Sie ist somit insgesamt weniger in soziale Gruppen eingebunden als vielmehr in soziokulturelle Milieus. Auch damit sind angesichts unterschiedlicher Interessenlagen Aufgaben verbunden, vor allem aber Potenzen, weil es sich um kulturell aktive, kommunikativ wirkende Segmente in der Gesellschaft handelt.

Für eine wirkliche Veränderung der Gesellschaftspolitik in Deutschland ist es nicht getan mit der Rücknahme von unsozialen und benachteiligenden Maßnahmen, noch dazu unter Finanzierungsvorbehalt. Worum es vielmehr geht, ist zumindest der Einstieg in einen Umstieg in einen anderen Typ von Modernisierung. Internationale Erfahrungen zeigen, dass linkssozialistische Parteien dabei mit eigenen Beiträgen

politikgestalterisch mitwirken müssen oder sie haben kein oder wenig politisches Gewicht. Für die PDS geht es um die Konturierung eines eigenen gesellschaftspolitischen Gestaltungskonzepts mit klar erkennbarem linkssozialistischem Profil.

Das setzt voraus, die bestehende kommunikative Lähmung in der PDS und ihrem Umfeld zu überwinden. Gegenwärtig gibt es so etwas wie eine Kommunikationsblockade zwischen den politischen Strukturen in der PDS und den geistigen und kulturellen Entwicklungen. Einzelanläufe werden nicht von Mehrheiten in der Partei aufgenommen. Die Kommunikation zwischen linken Intellektuellen aus Ost und West ist auf einem Tiefpunkt. Erforderlich ist ein schneller Übergang in einen Diskussionsprozess über Inhalt und Perspektiven des Projekts eines modernen Sozialismus. Zu den drängenden Problembereichen gehört ein neu konkretisiertes Verhältnis zu Natur und Geschichte. Anstelle der «strukturellen Verantwortungslosigkeit» muss eine generationenübergreifende Verantwortlichkeit treten. Es geht um eine Verkopplung von Ökologisierung und Vergesellschaftung. Das bedeutet auch die Klarstellung, dass Vergesellschaftung nicht Verstaatlichung bedeutet, dass zum Beispiel Genossenschaften und andere Formen der Selbstorganisation mündiger Staatsbürger die angemesseneren Lösungsangebote sein können. Weiterzuarbeiten ist an Konzepten zum Umbau der Arbeit, von Einzelvorschlägen ist zu neuen Lösungskonzepten überzugehen. Weiterhin benötigt werden neue Konzepte zur Vereinbarkeit von Individualität und Solidarität. Was ist die Alternative zur sozialen Kälte? Dass auch im politischen Raum Veränderungen notwendig sind, ist mit dem Wunsch nach der wachbleibenden Staatsbürgerin/dem Staatsbürger bereits angedeutet worden. Aber auch dazu bedarf es Konzepte für mehr plebiszitäre Demokratie, für mehr Transparenz in der Politik, für Dezentralisierung und Entbürokratisierung, für öffentliche Kontrolle von Wirtschaftsmacht und Medienmonopolen. Dabei ist der Diskussionsbedarf groß und der linkssozialistische Diskurs und die Entscheidungsbildung erfordern die gleiche Transparenz, wie sie für die Politik insgesamt eingefordert wird. Das ist auch ein Weg, vielleicht sogar der Weg zu mehr Akzeptanzgewinn auch im Westen.

Die Analyse der Wahlergebnisse zeigt: Es gibt viel Platz für die Profilierung linkssozialistischer Politik. Und: Wir hätten allen Grund für eine Aufbruchsstimmung. Tun wir's!

«Panta rhei». Veränderungen im Umfeld sozialistischer Politik

zusammen mit Michael Chrapa, in: UTOPIE kreativ 109–110, 1999, S. 71–82.

Im Vorfeld der Wahlen der Jahre 1998 und 1999, bei ihrer Begleitung und in ihrer Nachbereitung wurden von den Autoren umfangreiche Analysen für die Bundesrepublik insgesamt sowie für einzelne Bundesländer erarbeitet. Damit liegt ein reichhaltiges Material vor, das den Ablauf der politischen Veränderungen in diesem Zeitraum dokumentiert. Um die Ergebnisse dieser Analysen zu überprüfen, wurden zusätzlich umfangreiche aggregierte Datensätze für die Wochen vor den Bundestagswahlen und

für den Herbst 1999 von einem unabhängigen Meinungsforschungsinstitut gekauft und für die Ausarbeitung des folgenden Textes untersucht. Mit diesen Thesen wird begonnen, die Ergebnisse dieser Analysen zusammenzufassen, die Gesamtvorgänge zu rekonstruieren und insbesondere der Frage nachzugehen, was die zu konstatierenden Veränderungen für sozialistische Politik und ihre Perspektiven bedeuten.

Erstens: Gesellschaftliche und politische Veränderungen in der Bundesrepublik Deutschland bewirken eine hohe politische Unzufriedenheit in der Gesellschaft.

Die politische Stabilität der alten Bundesrepublik beruhte im Wesentlichen darauf, dass es in der Gesellschaft eine «breite Mitte» mit – wie es schien – gesichertem Wohlstand gab. Dies vor allem hat bewirkt, dass politische Kräfteverhältnisse sich über längere Zeiträume relativ stabil darstellten, Veränderungen waren dabei zwar nicht ausgeschlossen, aber Verschiebungen schienen sich nur allmählich vollziehen zu können. Es existierte eine relativ stabile «Lager-Konstellation» von «konservativ-liberal» einerseits und «rosa-grün» andererseits. Die staatliche Vereinigung durch den Beitritt der ostdeutschen Länder hat Positionsverlusten von CDU/CSU und FDP entgegengewirkt und deren hegemoniale Stellung im politischen Raum der Gesellschaft zunächst noch einmal für nahezu ein Jahrzehnt befestigt. Die einzige Veränderung, die die deutsche Einheit im politischen Gefüge brachte, bestand darin, dass in den ostdeutschen Ländern mit der PDS eine politische Kraft hinzukam. Dies erschien insbesondere den Eliten der alten Bundesrepublik als eine zwar ärgerliche, aber schnell vergängliche Tatsache.

Im Zusammenhang mit technologischen und sozialökonomischen Veränderungen hatten bereits vor 1989 Veränderungen im Wohlstandsgefüge eingesetzt (steigende Arbeitslosigkeit und Armut, Strukturveränderungen in den Mittelschichten vor allem im Bereich von Dienstleistungen, Stagnation bei Reallöhnen, Renten und Sozialleistungen bei gleichzeitigem Anstieg der Unternehmensgewinne), die aber an der gewohnten Stabilität zunächst wenig zu verändern schienen. Die seit 1982 hegemoniale neoliberale Politik hat diese Veränderungen nicht verursacht, aber durch die von ihr favorisierte Umverteilung von unten nach oben in ihren sozialen Wirkungen verstärkt.

Mit dem Beitritt der ostdeutschen Länder wurde zwar die Konfliktachse «Arm-Reich» durch die Achse «Ost-West» ergänzt, aber die sozialen Wirkungen der Einheit wurden mehrheitlich von den Ostdeutschen als Steigerung von Wohlstand und Lebensqualität wahrgenommen, was zunächst zur Reproduktion von Stabilität beitrug.

Der Gang der Einheit wurde von der herrschenden Fraktion der politischen Elite als Bestätigung ihrer Politik und als Legitimation für ihre Weiterführung wahrgenommen. Die Reaktion auf die mit der Einheit verbundenen Veränderungen trug eine Reihe folgenreicher Züge:

Erstens ging die Initiative für die weiteren gesellschaftlichen Prozesse in Ostdeutschland – einschließlich der «Macht der Deutungen» – an die Eliten des Westens über, die zuvor vor allem Zuschauer waren. Deren Gesellschaftsbild und deren Interessen

bildeten fortan die dominierenden Orientierungen. Die eigentlichen Akteure, die ostdeutsche Bevölkerung, wurde zum Objekt.

Zweitens wurde die DDR-Wirtschaft schlagartig mit dem Weltmarkt konfrontiert. Die Unsicherheit, ob neue Märkte erschlossen werden können, wurde durch das Wegbrechen der Ostmärkte und die Aufhebung des relativen Schutzes in der Wirtschaftszone des «transferablen Rubels» verstärkt. Das Prinzip Hoffnung hieß Qualifikationspotenzial.

Drittens verwandelte die Einführung der D-Mark das Staatseigentum an Produktionsmitteln in Kapital – mit der Treuhandanstalt als übermächtigem Verwaltungsrat und einzigem Kapitaleigner zugleich – und sie verwandelte die Masse der Berufstätigen aus Staatsangestellten in Lohnarbeiter.

Viertens wurden die «Gewinne der Einheit» und die «Lasten der Einheit» außerordentlich ungleich verteilt. Mit der Privatisierung der ostdeutschen Wirtschaft wurde eine radikale Umverteilung von Eigentum eingeleitet, die Masse der Eigentumstitel ging an große Unternehmensgruppen im Westen, denen zugleich noch riesige Subventionen ausgereicht wurden. Mit den Kosten der Einheit wurden im Wesentlichen die «kleinen» Leute in West wie Ost belastet.

In den 1990er Jahren haben sich jene Tendenzen in der technologischen und sozialökonomischen Entwicklung verstärkt fortgesetzt, die bereits seit Längerem die gesellschaftliche Entwicklung im Westen prägen. Damit gehen – noch intensiviert durch die neoliberale Gesellschaftspolitik – gravierende soziale Wirkungen einher. Der übergreifende Trend ist dabei eine zunehmende soziale Polarisierung in der Gesellschaft. Zum einen gibt es eine Zunahme von Armut. Zum anderen gibt es Veränderungen in der zuvor stabilisierenden breiten Mitte. Mit der anhaltenden wirtschaftlichen Stagnation hat sich in den Mittelschichten die Konkurrenz erheblich verstärkt, dabei gibt es Verlierer und soziale Abstiege in großer Zahl. Die sozialen Risiken haben sich in der Gesellschaft stark ausgeweitet, sie reichen nunmehr weit in die Mittelschichten hinein, die zuvor davon weitgehend ausgenommen schienen, die jetzt auch von dem verschärften Spannungsfeld zwischen Lebensplanung und Zukunftsangst erfasst sind. Zugleich vollzieht sich in den Mittelschichten ein struktureller Umbau. Infolge solcher Prozesse, wie der Vergesellschaftung neuer Kulturtechniken, mit der Ausbreitung von Elementen der Informationsgesellschaft, der Modernisierung in allen gesellschaftlichen Bereichen und der Zunahme von Scheinselbstständigkeit infolge von Unternehmensstrategien, die zur Ausgliederung produktiver Dienstleistungen drängen, bilden sich in den Mittelschichten neue Segmente heraus. In Ostdeutschland haben sich vergleichbare Mittelschichten bisher in wesentlich geringerem Umfang formieren können. Diese sind zudem sozial noch stärker gefährdet als die entsprechenden Gruppen im Westen. Die «Neue Mitte», die als Kampfbegriff erfunden wurde, hat in diesen neuen Mittelschichten, die sich vor allem aus «modernen» Intellektuellen rekrutieren, gesellschaftliche Realität gefunden.

Hinzu kommen in Ostdeutschland Spezifika der gesellschaftlichen Entwicklung. Hier lassen sich seit dem Vollzug der staatlichen Einheit bisher drei Phasen unterscheiden: eine erste «Phase der Euphorie», sie reichte bis 1993, eine kurze zweite «Phase der Irritation» und eine dritte «Phase zunehmender Unzufriedenheit». Insgesamt ist in der Bevölkerung in Ost und West seit Mitte der 1990er Jahre die gesellschaftliche Situation als Stagnation und Zunahme sozialer Widersprüche wahrgenommen worden. Im Vorfeld der Bundestagswahlen von 1998 waren die politische Unzufriedenheit und die Wünsche nach gesellschaftlichen Veränderungen so stark gestiegen, dass die bis dahin regierende neoliberale Fraktion der politischen Elite die Hegemoniefähigkeit verlor. Die Wahlen ermöglichten einen Regierungswechsel, von dem vor allem auch ein Politikwechsel erwartet wurde. Die neue rosa-grüne Koalition, die «Innovation und soziale Gerechtigkeit» in Aussicht gestellt hatte, steuerte zunächst tatsächlich – wenn auch zögerlich und inkonsequent – einen Reformkurs. Im Frühjahr des Jahres 1999 folgte dem Politikwechsel ein erneuter Politikwechsel; zum einen eine Umorientierung der Gesellschaftspolitik auf vermeintliche Standortsicherung und damit auf die «Interessen der Wirtschaft», vor allem des Finanzkapitals, zum anderen durch die Beteiligung am Krieg der Nato gegen Jugoslawien ohne Mandat durch die UNO eine erhebliche Veränderung in der Außen- und Sicherheitspolitik. In der Öffentlichkeit wird diese Politik weder als innovativ noch als sozial gerecht wahrgenommen. Die politische Unzufriedenheit ist außerordentlich schnell wieder angestiegen und erreicht gegenwärtig ein höheres Niveau als ein Jahr zuvor.

Diese Entwicklungen bilden den Hintergrund für die Veränderungen in den politischen Kräfteverhältnissen.

Zweitens: In der Bundesrepublik unterliegen die politischen Kräfteverhältnisse einem raschen Wandel, dabei zeichnet sich eine Entkopplung von parteipolitischen Strukturen und Grundstrukturen politischer Vorstellungen in der Bevölkerung ab.

Bei den Bundestagswahlen 1998 waren drei Merkmale bestimmend. Der Wunsch, die gesellschaftspolitische Stagnation zu überwinden, bewirkte eine erhebliche Mobilisierung. Es kam zu massiven Wählerwanderungen von der CDU/CSU und von vorherigen Nichtwählerinnen und Nichtwählern zur SPD und den Grünen. Die PDS konnte ihr Wählerpotenzial deutlich ausweiten und sich als Faktor in den politischen Strukturen der Bundesrepublik befestigen. Inzwischen haben, wie sich bei der Europawahl und den nachfolgenden Landtagswahlen gezeigt hat, die regierenden Parteien einen erheblichen Akzeptanzverlust hinnehmen müssen. Wiederum gibt es erhebliche Wählerwanderungen. Sie verlaufen jetzt von der SPD und den Grünen zum einen zu den Nichtwählern, zum anderen zur CDU/CSU und in Ostdeutschland zudem noch zur PDS. In den Ländern Brandenburg, Thüringen und Sachsen hat die SPD erhebliche Verluste hinnehmen müssen. In Brandenburg hat sie die absolute Mehrheit verloren, in Sachsen und Thüringen ist sie erstmals hinter der PDS geblieben. Gegenüber 1998 hat die SPD allein in Berlin 391.000 ihrer zuvor 741.000 Wähler verloren, den Grünen blieben von 222.000 auch nur 155.000. Für die CDU stimm-

ten 637.000 Wähler, gegenüber 463.000 bei den vorhergehenden Wahlen. Drastischer können sich die Irritationen, die Verunsicherungen und die Unzufriedenheiten nicht äußern als in diesen massenhaften Bewegungen von Wählerinnen und Wählern.

Zeitlich erfolgte der Umschlag in der Akzeptanz im Frühjahr 1999. Dabei handelte es sich sicherlich nicht nur um eine zeitliche Parallelität zum einen zum Kurswechsel der Regierung und zum anderen zur deutschen Kriegsbeteiligung in Jugoslawien. Die öffentliche Meinung reagierte auf einen Strategiewechsel, mit dem die Positionen Deutschlands im vermeintlichen Standortwettbewerb durch intensiviertes Andienen an das internationale Finanzkapital bei gleichzeitigen Reduzierungen im sozialen Bereich verbessert werden sollten. Zugleich gab es zu diesem Zeitpunkt in der deutschen Öffentlichkeit eine schweigende Mehrheit, die dem Krieg der Nato gegen Jugoslawien ohne UN-Mandat und der deutschen Beteiligung daran nicht zustimmte. Dabei handelte es sich nicht um mehrheitliche Gegnerschaft, sondern um Verweigerung der Akzeptanz. Besonders groß war die Ablehnung in den Umfeldern von SPD und Grünen und in Ostdeutschland insgesamt. In den Rechtfertigungsversuchen von Politikerinnen und Politikern dieser Parteien kam diese schweigende Mehrheit jedoch überhaupt nicht vor. Das hat die Kommunikation zwischen diesen Parteien und ihren vorherigen Anhängerschaften erheblich gestört.

Im Ergebnis dieser Entwicklungen zeigten sich zwei Tendenzen: Einmal kam es zur Auflösung der Stammwählerschaften bei den traditionellen Parteien und zum anderen zur Polarisierung in der politischen Landschaft mit unterschiedlichen Parteienstrukturen in Ost und West. Traditionell lagen die Anteile der Stammwählerschaften in der alten Bundesrepublik meist zwischen 75 und 80 Prozent. Das zeugte von einer relativ stabilen Bindung. Eine derartige feste Bindung hat sich in Ostdeutschland entgegen den Erwartungen von vornherein nicht herausgebildet. In den massenhaften Pendelbewegungen zwischen den Wählerschaften von CDU/CSU, SPD und Grünen sowie den Nichtwählern sind die Anteile der Stammwählerinnen und -wähler auf unter 50 Prozent gefallen. Das bedeutet, dass sich die Bindungen zwischen diesen Parteien und ihren Wählerinnen und Wählern tendenziell auflösen. Gegenwärtig gibt es eine Entkopplung von parteipolitischen Strukturen und Grundströmungen in den politischen Meinungen und Vorstellungen der Bevölkerung. Es muss zum jetzigen Zeitpunkt offenbleiben, ob es sich dabei um eine vorübergehende Erscheinung handelt. Die regierenden Parteien haben jedoch auf jeden Fall erhebliche Teile ihrer Basis verloren und allgemein einen erheblichen Akzeptanzverlust hinnehmen müssen. Das Umschwenken auf eine andere Regierungsstrategie ändert nichts am Reformbedarf dieser Gesellschaft. Jedoch wurde die Reformfähigkeit der Gesellschaft einschneidend beschädigt. Die gegenwärtigen Konstellationen machen die Frage nach Akteuren von Reformpolitik so offen, wie sie in der Geschichte der Bundesrepublik bisher kaum war. Das ist zugleich eine Herausforderung für sozialistische Politik.

In der Bundesrepublik vollzieht sich derzeit ein Umbau der Parteienlandschaft und eine deutliche politische Polarisierung, die jeweils ihre Besonderheiten in West und

Ost aufweist. In Westdeutschland sind FDP und Grüne im Wettbewerb um die eine überlebensfähige liberale Partei abgetaucht. In den ostdeutschen Ländern haben sie die Arbeit an der eigenen Überflüssigmachung wohl bereits abgeschlossen. Soweit die westdeutschen Länder betroffen sind, verläuft die Polarisierung zwischen CDU/CSU und SPD, die nun nahezu gleichartige neoliberale Umbaustrategien verfolgen, einerseits und dem wachsenden Anteil der Nichtwähler andererseits. Die Position des parteipolitischen Widerparts ist gegenwärtig nicht besetzt. Wenn hier die PDS ihre Wählerpotenziale auch leicht ausbauen kann, so sind ihre Positionen bisher zu schwach, um diese Funktion wirksam wahrnehmen zu können. Auch das ist eine Herausforderung und eine Chance für sozialistische Politik. In Ostdeutschland arbeitet die SPD offenbar hartnäckig daran, sich überflüssig zu machen. Die Polarisierung reduziert sich tendenziell auf den Gegensatz von westlich-bürgerlicher CDU und östlich emanzipatorischer PDS. Damit hat sich in der politischen Landschaft der Bundesrepublik eine deutliche Ost-West-Spaltung mit erheblichen Unterschieden in den politischen Kulturen herausgebildet. Auch in dieser Hinsicht scheinen die Perspektiven offen.

Drittens: In den letzten Jahren konnte die PDS ihre Wählerpotenziale ausweiten, damit geht ein Umbau ihres Umfeldes vonstatten.

Zwar hebt sich die PDS hinsichtlich eines relativ hohen Anteils an Stammwählern von den anderen Parteien deutlich ab – bei den Bundestagswahlen von 1998 lag dieser Anteil bei circa zwei Dritteln. In Zahlen ausgedrückt heißt das, dass von den 2,08 Millionen Wählerinnen und Wählern von 1994 etwa 1,25 Millionen die PDS wiedergewählt haben, 830.000 haben dies nicht wieder getan (berücksichtigt sind hier auch Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung). Auf der anderen Seite sind jedoch auch 1,27 Millionen Wählerinnen und Wähler hinzugekommen, die zuvor die PDS nicht gewählt haben. Gegenüber 1994 konnte somit die PDS ihr Wählerpotenzial auf 121 Prozent ausweiten. Zwar konnte sie es bei der Europawahl bei Weitem nicht mobilisieren, wenn auch leicht stärker als die übrigen Parteien, was in der deutlichen Verbesserung ihres Anteils auf 5,8 Prozent seinen Niederschlag fand. Die Landtagswahlen lassen erkennen, dass sich seither das Wählerpotenzial weiter leicht ausbaut. Es handelt sich aber nicht einfach um eine Vergrößerung. Mit der Tatsache, dass mehr als die Hälfte der Wählerinnen und Wähler neu gewonnen wurden, ist verbunden, dass sich im Umfeld der PDS strukturelle Veränderungen vollziehen.

Traditionell hat die PDS ein starkes Wählerpotenzial in den älteren Generationen in Ostdeutschland, sie haben ihr Berufsleben hinter sich oder stehen an der Schwelle zum Rentenalter. Sie sind sehr häufig gut gebildet und hoch qualifiziert. Dieses Potenzial bildete in den Vorjahren den Kern des Umfeldes der SED-Nachfolgepartei. Diesen Wählerinnen und Wählern verdankt die PDS, dass sie ihren Platz in der politischen Landschaft der Bundesrepublik einnehmen konnte. Ihre Biografien sind eng mit der DDR-Gesellschaft und ihrer Geschichte verbunden. Für die Bindung dieser Gruppe erscheint ein sensibler Umgang mit der Geschichte, kein unkritisches, aber

ein achtungsvolles Verhältnis zum Alltag in der DDR, von großer Bedeutung. Zugleich hat diese Gruppe eigene soziale Probleme: Alters- und Langzeitarbeitslosigkeit, Altersarmut, Wohnungs- und Mietfragen, Sicherung der Renten, Fragen der gesundheitlichen Betreuung und Fragen der öffentlichen Sicherheit. Außerdem sorgen sie sich um die Zukunft ihrer Kinder und Enkel.

Die Anforderungen an sozialistische Politik, die dieses Wählersegment stellt, sind in sich sehr differenziert und reichen vom Verhältnis zur Geschichte über sozial- und gesundheitspolitische Fragen bis hin zur Zukunftsgestaltung. Dieses Segment ist nach wie vor von Bedeutung, aber es hat an relativem Gewicht verloren.

Bei den neuen Wählergruppen gibt es einen relativ großen Frauenanteil. Bereits vor den Wahlen war klar, dass die PDS ihr Wahlziel nur erreichen kann, wenn es ihr in stärkerem Maße gelingt, Frauen aus dem Nichtwählerpotenzial zu mobilisieren. Als Schwerpunkte und damit als wichtige Zielgruppen galten arbeitslose Frauen, alleinerziehende Frauen und Frauen mit gesellschaftskritischen, «linken» politischen Einstellungen. Das ist ihr in den ostdeutschen Bundesländern offenbar gelungen. Dabei wird eine Rolle gespielt haben, dass die politischen Konzepte anderer Parteien für Teile dieser Frauengruppe kein hinreichend attraktives Angebot darstellten und sich so der Wunsch nach gesellschaftlichen Veränderungen in einer Hinwendung zur PDS niederschlug. Diese neuen Wählerinnen der PDS kommen überwiegend aus jungen bis mittleren Altersgruppen. Sie sind überdurchschnittlich gebildet und beruflich qualifiziert. Eine Rolle wird zudem Auswahl und Präsentation von Kandidatinnen gespielt haben.

Die beobachtete Intensität der Wählerwanderung gerade bei Frauen verdeutlicht die Aufgabe, mehr Frauen als bisher dauerhaft in die Stammwählerschaft einzubinden. Dafür kann eine aktive Gleichstellungspolitik ein notwendiger, wenn auch wahrscheinlich kein hinreichender Faktor sein. Ein generelles Engagement für Solidarität, für soziale Gerechtigkeit, verbunden mit konkreten Projekten zur sozialen Sicherheit sowie ein aktives Wirken für Entwicklungsperspektiven und -chancen für die nachwachsenden Generationen können politische Mittel sein, die Positionen sozialistischer Politik bei Frauen zu befestigen und auszubauen. Diese Frauengruppe hat wesentliche Anteile an zwei relativ neuen Segmenten im Umfeld der PDS. Ein Segment speist sich aus dem alternativen Jugendmilieu. Ein weiteres rekrutiert sich aus «modernen» Intellektuellen.

Die PDS hat nunmehr auch starke Positionen in der jungen Generation. Besonders bemerkenswert ist ihr großer Anteil bei Erstwählerinnen und Erstwählern, den sie bei den Bundestagswahlen von 1998 erreicht hat. Die Verankerung der PDS in der jungen Generation ist jedoch nicht auf alle Segmente gleich verteilt. Sie hat ihren Schwerpunkt in einer besonderen Teilgruppe, in der schulischen und studentischen Jugend. Dass sie daneben auch bei Lehrlingen (vor allem im Westen) und bei jungen Arbeitern und Angestellten Zuwächse erreichen konnte, ist ein deutlicher Hinweis, dass sie mit ihren Politikangeboten auch stärker in diese Segmente vorstoßen kann.

Bezogen auf diese Gruppen gelingt es der PDS, ihre Politikangebote und Politikstile erfolgreich zu deren Gesellschaftsbildern und Lebensplanungen ins Verhältnis zu setzen. Auch für diese Segmente dürfte gelten, dass gruppenspezifische politische Projekte auf den Gebieten von Bildungspolitik, Ausbildungsfragen, Startchancen ins Berufsleben oder Wahlrechtsfragen durchaus Bindungen an linkssozialistische Politik bewirken. Allerdings dürften die Erwartungen breiter sein. Für die junge Wählerschaft, die zu jenen gehört, die dabei sind, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden, dürften Skepsis und Ablehnung gegenüber dem gegenwärtigen Lauf der Dinge und damit verbundene Erwartungen an alternative gesellschaftspolitische Projekte eine Rolle spielen. Sozialistische Politik für alternative Zukunftsentwürfe und als Einladung zur Zukunftsgestaltung – das könnten dafür Stichwörter sein.

Insgesamt konnte die PDS ihre Positionen bei Berufstätigen, bei Arbeitslosen und Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern ausbauen. Sie hat jedoch besondere Stärken bei qualifizierten Angestellten, darunter vor allem akademisch gebildeten Angestellten in allen gesellschaftlichen Bereichen. Sie hat – und das ist außergewöhnlich für eine linkssozialistische Partei – relativ starke Positionen bei Führungskräften und kleinen Selbstständigen. Damit ist die PDS zugleich in die neuen Mittelschichten vorgedrungen. Das ist auch deshalb von Bedeutung, weil es sich hier nicht nur um Adressaten für linkssozialistische Politik handelt, sondern zugleich um aktive und wirkungsfähige Kommunikatoren.

Diese neuen Gruppen im Umfeld gibt es quantitativ am stärksten in Ostdeutschland, sie entsprechen jedoch in ihrer Zusammensetzung ziemlich genau der bisherigen Wählerschaft im Westen.

In der PDS gibt es nicht erst seit heute eine strukturelle Differenz zwischen der Mitgliedschaft und ihren politischen Akteuren, den Amts- und Mandatsträgern. Die Veränderungen im Umfeld der PDS deuten darauf hin, dass dazu nun auch noch eine strukturelle Differenz zwischen der Partei selbst und ihrem Umfeld kommt. Es muss davon ausgegangen werden, dass damit auch erhebliche kulturelle Unterschiede verbunden sind. Ihre Wahlentscheidung ist wohl vor allem als Vertrauensvorschuss zu charakterisieren, den es politisch einzulösen gilt.

Während das traditionelle Segment sich durch eine bemerkenswerte Treue auszeichnet, kann dies von den neuen Segmenten nicht ohne Weiteres vorausgesetzt werden. Insbesondere Letztere erwarten wohl vor allem spezifische sozialistische Politikangebote, die der modernen Gesellschaft angemessen sind und die zugleich alternative Entwicklungsperspektiven in den gesellschaftlichen Diskurs einbringen.

Viertens: Regionale Momente des Wahlverhaltens wirken in mehrfacher Hinsicht. Neben gravierenden Ost-West-Unterschieden bleibt eine gewisse Länderspezifität erhalten. Ein starker regionaler Einfluss ist über die jeweilige Ausformung lokaler «politischer Milieus» gegeben.

Die Ergebnisse der Berliner Wahlen haben in besonderer Art das Weiterwirken von Ost-West-Unterschieden im allgemeinen Wahlverhalten gezeigt, aber gleichzeitig

markiert, dass Zugewinne für die PDS letztlich auch auf einem Anwachsen sozialer Widersprüche in beiden «Bundesgebietsteilen» beruhen. Offensichtlich ist zudem eine in historischen Maßstäben schnell verlaufende Differenzierung in der Parteienlandschaft, was – als Besonderheit des Ostens – das tendenzielle Absinken bestimmter Parteien in Richtung faktischer Bedeutungslosigkeit einschließt.

Für regionale Tendenzen auf der Länderebene gilt, dass im allgemeinen Spektrum der Parteien Besonderheiten erhalten bleiben (z. B. die Reproduktion der «Nord-Süd-Differenz» als «Rot-Schwarz-Unterschied» im Osten). Für die PDS ist eine allgemeine Stärkung bei schrittweisem Abbau großregionaler Unterschiede («Nord-Süd-Gefälle») zu konstatieren. Die Resultate der Bundestagswahlen haben gezeigt, dass ein übergreifender Einfluss von «Strukturvariablen» allein (wirtschaftliche Schwerpunkte, «Ausländeranteil» o. Ä.) keine gravierende Wirkung auf das Wahlverhalten in den Ländern hat (Chrapa/Wittich 1999: 38 ff.).

Wichtige Erkenntnisse sind über die Betrachtung der Wahlkreisregionen zu erschließen. Allem Anschein nach haben sich «mikropolitische Bereiche» herausgebildet, in denen aufgrund des unterschiedlichen Handelns von Parteien sehr differente Kräfteverhältnisse entstehen können. Dies gilt eben nicht nur für Kommunal-, sondern auch für Bundestags- und Landtagswahlen. Daraus ließe sich schlussfolgern, dass auf solche (kleinräumig-regionalen) Gestaltungsmöglichkeiten künftig politisch gezielter eingegangen werden sollte. Ernst zu nehmen wäre deshalb der kürzlich im Landesverband Sachsen formulierte Vorschlag:

«Deshalb haben wir auch die Aufgabe, Ansätze zu finden, wie wir auch in Sachsen, wo die PDS aller Voraussicht nach Opposition bleibt, Veränderungen zu bewirken. Das kann heißen, Veränderungen in solchen Kommunen und Kreisen, wo es die Mehrheitsverhältnisse hergeben, direkt durchzusetzen und dann mit der Kraft des gesamten Landesverbandes zu popularisieren.» (Landesverband PDS Sachsen 1999: 1)

Fünftens: Die Entwicklung des «Kräfteverhältnisses» innerhalb der Wählerpotenziale ist über größere Zeitabschnitte anhand der Ausprägung politischer Grundeinstellungen ablesbar. Diese Einstellungen sind wertgestützt und werden gegenwärtig vor allem durch die Basisprozesse der «sozialen Spaltung der Gesellschaft», die weiterwirkende «Ost-West-Differenz» und durch die vorstellbaren Möglichkeiten von eingreifendem politischem Handeln beeinflusst.

Zahlreiche empirische Fakten belegen, dass etwa seit 1994/95 ein Wandel in mehreren bedeutsamen Einstellungskomplexen eingetreten ist. Dies betrifft in beachtlichem Maße das Problem- und Konfliktbewusstsein großer Bevölkerungsgruppen (Chrapa/Wittich 1997). An die Spitze der wahrgenommenen Konfliktlagen sind soziale Widersprüche (exemplarisch: «arm–reich», «Arbeitgeber–Arbeitnehmer», die von 70 bis 80 Prozent der Befragten benannt werden) in verschiedenen Ausformungen getreten. Bemerkenswert ist hier, dass sich eine solche Entwicklung bislang ungebrochen fort-

setzt und dass dieser Trend – gleichsam in Form einer «Angleichung» – zunehmend auch im Westen Deutschlands zum Tragen kommt. Dies bedeutet letztlich, dass die «soziale Frage» tatsächlich von vielen Menschen reflektiert wird und so ein fortwirkendes mentales Muster entsteht, das auch andere Prozesse der politischen Wahrnehmung beeinflusst.

Der weiterhin beachtlich reflektierte «Ost-West-Gegensatz» ist zum einen Teil des sozialen Konfliktfeldes. Er beruht zum anderen auf Gemengelagen von überkommenen kulturellen Unterschieden und den nach 1989/90 «geschaffenen» Verhältnissen, in denen die «Ost-West-Interaktion» zum Tragen kommt. Für absehbar längere Zeiträume wird auch dieser Konflikt ein übergreifendes Einstellungsmuster bilden.

All diese Einstellungsbesonderheiten wirkten und wirken in beachtlichem Umfang bei der PDS-Anhängerschaft, bei den Nichtwählern und -wählerinnen und bei Gruppen, die potenziell für ein Votum zugunsten der PDS infrage kommen (z. B. Frauen in «besonderen Lebenslagen»). Die Nichtwählerschaft und die potenziell erreichbaren Gruppen befinden sich in ihren Einstellungen in der Regel «zwischen» der PDS und der SPD (im Westen auch zwischen PDS und Bündnis 90/Die Grünen). Aktuelle und künftige Veränderungen des Wählerverhaltens in Bezug auf die genannten Parteien wären vor allem damit erklärbar, ob und wie die jeweiligen Parteien mit ihrer Politik den skizzierten Einstellungsmustern entsprechen.

Die starke Ausprägung der auf Probleme zentrierten Einstellungen lässt den Schluss zu, dass wir Zeuge eines Wertewandels von beachtlicher Dimension sind, über den die theoretisch-politische Reflexion nur zögerlich in Gang kommt (Beck 1999a: 10 ff.). Das Mobilitätswachstum und die Segmentierung und Individualisierung wirken im Kontext sozialer Spaltung in Richtung verstärkter «Entsicherung», sodass besonders die «Werte», die mit erhöhter «Sicherheit» (in Bezug auf Positionen, Ressourcen u. a.) verknüpft sind, in der wahrgenommenen Hierachieskala rasch ansteigen. Dieser Fakt dürfte ebenfalls langfristig Einfluss auf die Effizienz politischer Strategien haben und sollte deshalb weiter analytisch-theoretisch untersucht werden.

Zu Unrecht wenig Beachtung finden Einstellungen, die sich auf die Wirksamkeit erlebter Demokratie beziehen. Seit Mitte der 1990er Jahre gab es hier ein starkes Unzufriedenheitspotenzial, das (in Ost und West) mindestens 40 Prozent der Wahlberechtigten ausmachte. Die artikulierten Wünsche blieben nicht selten wenig ausgeformt (und mitunter eher «dumpf»), waren/sind aber dennoch unzweifelhaft vorhanden.

Die PDS stände hier vor der Herausforderung, sich durch politische Schritte und durch Öffentlichkeitsarbeit auf diese Lage der Probleme einzustellen, was nicht zuletzt im Kontext der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus an Bedeutung gewinnt.

Sechstens: Unterschiedliche Parteienimages spielen sowohl in den Wahlkämpfen als auch im praktisch-politischen Alltag eine gewichtige Rolle. Wie sich zeigt, reagiert die Bevölkerung sehr schnell auf «Imagebrüche», das heißt auf Verhaltensweisen, die

von zugeschriebenen Mustern abweichen. Die PDS kann ihr Image schrittweise ausbauen und sollte in diesem Kontext an der Ausprägung eines besonderen «Politikstils» arbeiten.

Auch zu dieser Thematik liefern die Resultate der Berliner Wahlen wichtige Erkenntnisse. Es zeigt sich, dass bestimmte Kompetenzen gleichsam ein «magisches Dreieck» bilden, an dem die Bewertungen der Erscheinungsbilder (Images) und der Vergleich mit dem praktischen Verhalten der Parteien festgemacht sind (Chrapa/Witlich 1999). Hier kommen insbesondere die Ausstrahlungen einer Partei in Bezug auf «Stärke»/«Durchsetzungskraft» (einschließlich ihrer «Personalkompetenz»), die Befähigung in Sachen «Wirtschaftspolitik» und ihr Engagement auf den Problemfeldern der «sozialen Frage» zum Tragen.

Insofern überraschen die Zugewinne der CDU und ihr Wahlsieg in Berlin nicht, denn sie arbeitet aktiv am Profil einer starken und handlungsbereiten Partei, die seit längerer Zeit im Denken großer Teile der Wählerschaft die Vertretung lebenswichtiger «Kernkompetenzen» für sich in Anspruch nahm und nimmt. Als besonders zu betonender Fakt kommt hinzu, dass die CDU nach der Niederlage bei der Bundestagswahl doch beachtliche «Lernfähigkeit» bewies, in ihrer Weise auf bestimmte soziale Erwartungen der Menschen einging und dies mit Formen des Dialogs mit der Öffentlichkeit (z. B. Straßenaktionen) verband.

Die PDS erhält seit Längerem und sogar in steigendem Maße die Imagezuschreibungen, in denen das Eintreten für den «Osten», für «soziale Gerechtigkeit» und für «sozial Schwache» hervorsticht. Ferner gilt, dass man ihr die Vertretung von Interessen besonderer Gruppen wie Frauen und Jugendlichen in recht starkem Maße zutraut. Auch das «Personenimage» der PDS ist insgesamt im Steigen begriffen. Bei all diesen Kompetenzen befindet sich die PDS in unmittelbarer Konkurrenz mit der SPD. Die Erfolge der PDS in Berlin und die Niederlage der SPD sind insbesondere damit verknüpft, dass die praktische Positionierung der SPD seit geraumer Zeit im deutlichen Widerspruch vor allem zu den noch Anfang 1999 vorhandenen sozialen Imagewerten dieser Partei stand.

Notwendig wird es sein, die unterschiedlichen Sichtweisen auf mehrere der für die PDS «typischen» Erscheinungsbilder in der kritischen Diskussion weiter zu beleuchten. Dies betrifft beispielsweise die Frage, ob das «Ost-» und das «Sozialimage» der PDS nicht gleichsam «Relikte aus ihren Gründerjahren» darstellen, die bald durch andere Zuschreibungen zu ersetzen wären. Angesichts der belegbaren «systemischen Reproduktion» der benannten Problemlagen und ihrer massenhaft im Alltagsbewusstsein verankerten Wahrnehmung muss – nicht zuletzt mit Blick auf die Entwicklung der SPD – von einer solchen Option dringend abgeraten werden. Der für die PDS akzeptable Weg kann nur in der schwierigen Verbindung von «Modernität» und «Sozialem» (einschließlich der «Gleichheitsfrage», die sich auch auf das Ost-West-Verhältnis erstreckt) bestehen. Zudem belegen aktuelle Untersuchungen im Bundesland Sachsen-Anhalt (FOKUS 1999), dass die PDS vonseiten großer Bevölkerungsteile

auch dann Zustimmung erhalten kann, wenn sie gezwungen ist, Kompromisse beim Streit um soziale Belange einzugehen. (Die PDS figuriert hier im Bewusstsein von Wählerschaften unter anderem als die Partei, von der man annimmt, dass sie – zumindest gegenwärtig – «noch das Beste für die «kleinen Leute» aushandelt».)

Kompliziert stellt sich das Erscheinungsbild der PDS bei der «Interessenvertretung von Frauen und Jugendlichen» dar. In Bezug auf die «Zielgruppe Frauen» gelang es, Mobilisierungseffekte zu erreichen, die bei der Bundestagswahl 1998 entscheidend zu Buche schlugen. Bei den Wahlen im Herbst 1999 zeigte sich andererseits, dass – wie bereits 1998 angemahnt (Chrapa/Wittich 1998) – das Jugendimage der PDS nicht allein im Wahlkampf ausgeprägt werden kann, sondern über langfristige Schritte im Alltag zu festigen ist.

Leider wenig beleuchtet ist ein Erscheinungsbild der PDS, das etwa darin besteht, dass man ihr die Entwicklung demokratischer Aktionen «von unten» zutraut (ebd.). Angesichts der über Einstellungen gefestigten und weitverbreiteten Wünsche vieler Menschen (vgl. These 5), wäre hier von einem durch die PDS noch unzureichend genutzten politischen Feld zu sprechen.

In diesem Zusammenhang ebenfalls gering thematisiert ist das Problem des «Politikstils» – hier verstanden als charakteristisches Muster von politischem Verhalten, in das Werte, politische Moral und Entscheidungs- sowie Lern- und Kommunikationsfähigkeiten eingeschlossen sind. Die PDS hat durchaus die Chance, einen besonderen «Politikstil» zu entwickeln beziehungsweise auszubauen. Damit würde sie sich nicht nur positiv von anderen, etablierten Parteien unterscheiden, sondern auf diesem Wege auch einen originären Beitrag zur «Wiedergewinnung der Politik» leisten können.

Einige Schlussfolgerungen

Erstens: Die gesellschaftliche Situation, dass es in der Bundesrepublik Deutschland einen anhaltend hohen Reformbedarf gibt, der in der Bevölkerung mehrheitlich als Bedarf an sozialen Reformen wahrgenommen wird, und dass die gegenwärtig regierende Koalition sich von Reformstrategien abgewendet (bei gleichzeitigen Versuchen, den Begriff «Reform» umzudefinieren) und folglich einen erheblichen Akzeptanzverlust zu verzeichnen hat, eröffnet Chancen für sozialistische Politik.

Zweitens: Gegenwärtig sind die politischen Kräfteverhältnisse in Deutschland erheblich in Bewegung. Die umfangreichen Wählerwanderungen zwischen den Parteien und die Veränderungen im Wahlverhalten, die sich in hoher Bereitschaft zu wechselnden Entscheidungen niederschlagen, zeugen von Verunsicherungen in erheblichen Teilen der Bevölkerung. Zum einen drückt sich das in einem sinkenden öffentlichen Ansehen von Politikern aus. In diesen Schwankungen erscheint die PDS als relativ stabil und die Situation bietet gute Chancen zu einem weiteren Ausbau ihrer Positionen. Zum anderen gibt es dabei aber auch offene Fragen. Dazu gehören die nach den Wirkungen von Regierungsbeteiligung und/oder Tolerierung. Schließ-

lich existiert die Herausforderung, den Platz in der politischen Struktur mit eigenen Beiträgen zu befestigen.

Drittens: Der Ausbau der Positionen in der letzten Zeit ist mit strukturellen Veränderungen im Umfeld der PDS verbunden. Die strukturellen Ähnlichkeiten, die es dabei zwischen Ost und West gibt, zeigen Entwicklungsmöglichkeiten im Westen auf. Gerade die Berliner Wahlen haben gezeigt, dass es der PDS gleichzeitig möglich ist, ihre starken Positionen im Osten weiter auszubauen und im Westen deutlich an Boden zu gewinnen.

Viertens: Die benannten wichtigen sozialen Grundprozesse («Segmentierung»/«Polarisierung», «Ost-West-Differenz», «Entsicherung») werden auch künftig die Einstellungen und das politische Verhalten vieler Menschen prägen. Im Zusammenhang mit den Veränderungen in der «Parteienlandschaft» und den Anhängerschaften sowie im Kontext der zu erwartenden Instabilität des Regierungsbündnisses wäre damit zu rechnen, dass die politischen Erwartungen an die PDS steigen. Ohne zu spekulieren, ist festzuhalten, dass die Wählerpotenziale der PDS (in Ost und West) weiterhin im Ganzen noch nicht ausgeschöpft sind. In einem «Best-Case-Szenario» wurde schon 1997 hierzu ein bundesweiter Wert von circa acht Prozent ermittelt.¹

Fünftens: Wie zahlreiche Fakten belegen, ist die Bereitschaft großer Teile der Bevölkerung, mittels Stimmabgabe aktiv zu werden, immer dann hoch, wenn (zumindest subjektiv angenommen) Aussicht auf Veränderungen besteht. Unter diesem Aspekt sollten die Forderungen nach neuen beziehungsweise verstärkten plebiszitären Elementen (in klarer Auseinandersetzung mit den Gegenargumenten) durch die PDS unbeirrt aufgegriffen und vertieft werden. Als Beispiel kann folgende gedankliche Hypothese gelten: Gäbe es die Möglichkeit, über «Ost-Angelegenheiten» direkt abzustimmen, wäre die Wahlbeteiligung (im Osten) gewaltig. Ein großer Teil der Wahlgewinne der PDS beruht auf dem Effekt, dass das «Elektorat» der neuen Bundesländer «etwas tun» will.

Sechstens: Die PDS wird in den nächsten Jahren weiterhin vorwiegend im Oppositionsstatus agieren. Die im Ganzen für sie dabei größer gewordenen Möglichkeiten sollten als Chance genutzt werden, um einerseits parlamentarische Gestaltungsfelder breiter zu erschließen und um andererseits politische Handlungsmacht auch außerhalb parlamentarischer Kräfteverhältnisse zu suchen und herzustellen. Sozial spürbares Engagement, Besetzung intellektueller und kultureller Räume sowie die Erarbeitung origineller geistig-strategischer Optionen werden in hohem Maße darüber entscheiden, ob und wie bei Wahlen Aufbrüche realisierbar sind.

Siebtens: In diesem Zusammenhang sollten die Wahlergebnisse für die PDS Anlass sein, über den neuen Stellenwert von «Öffentlichkeit» und «Kommunikation» für die weitere Profilierung der Partei nachzudenken. Als strategisches Ziel der nächsten

1 Berechnungen im Verlauf des Projekts «Gesellschaftskritische Potentiale (1996–1998)».

Jahre kann gelten, die noch vorhandenen Wahrnehmungs- und Kommunikationsblockaden gegenüber den Vorschlägen und Optionen der PDS sichtbar weiter zu verringern. Die Bewältigung dieser Aufgabe fordert alle Ebenen der Partei heraus und sollte deshalb Gegenstand intensiver Diskussionen sein.

Berichte aus der sozialen Hängematte. Sozialpolitische Themen in der öffentlichen Meinung (Schlaglichter)

herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte 46, Berlin 2003.

In den zurückliegenden Wochen sind besonders viele «Reform»-Projekte öffentlich gemacht, durchgezogen oder kurz einmal aus dem Hut gezaubert worden. Dabei ging es nicht um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, sondern um die Bekämpfung der Arbeitslosen, um Rentenkürzungen, Erhöhung von Beiträgen für die gesetzliche Sozialversicherung, um eine ganze Gesundheits-«Reform», um Subventionsabbau, um Kürzung der Pendlerpauschalen, um Steuererhöhungen usw. Es handelt sich um ein ganzes Bündel von Maßnahmen zu Kürzungen und Einsparungen im sozialen Bereich, die zum Teil alle betreffen, zum Teil große Gruppen, zum Teil aber auch Minderheiten. Diese gesamte Betriebsamkeit des Umbaus der Sozialsysteme als Abbau bewegt die öffentliche Meinung erheblich, immer wieder werden neue Botschaften über soziale Grausamkeiten verbreitet. Entsprechend aufmerksam verhält sich die Meinungsforschung. Denn eigentlich interessieren sich Politiker und Parteien dafür, was das Volk über das denkt, was sie tun oder beabsichtigen; aber es soll nicht öffentlich werden. Die öffentliche Meinung über aktuelle Sozialpolitik öffentlich zu machen ist das Anliegen dieser Studie, zu untersuchen und kompakt darzustellen, was die darüber denken, die gemeint sind, wenn die soziale Hängematte ins Spiel gebracht wird.

Das Ergebnis ist: Insgesamt wird die ganze Richtung aktueller sozialpolitischer Kürzungs- und Sparpolitik mehrheitlich in der deutschen Bevölkerung abgelehnt. Obwohl das so ist, obwohl die Botschaften im Einzelnen nicht geglaubt und die Lösungsvorschläge zurückgewiesen werden, fällt gegenwärtig zugleich eine Mehrheit neoliberaler Hegemonie mit ihren Deutungsmustern zum Opfer, die Akzeptanz konservativer Politikangebote und ihrer Akteure ist so groß wie lange nicht. Das Meinungsforschungsinstitut EMNID hat zwischen dem 24. September und dem 23. Oktober dieses Jahres solche aktuellen Vorhaben oder Vorschläge zu Kürzungen und Einsparungen im Bereich der Sozialpolitik nahezu täglich zum Gegenstand von Erhebungen gemacht. Daten aus diesen Untersuchungen wurden für diese Studie zur Nachnutzung erworben. Die Daten umfassen insgesamt mehr als 6.500 Fälle. Sie wurden mit der Software SPSS ausgewertet, berechnet und statistisch geprüft. [...]

Wenn es so ist, wie Mehrheiten annehmen, dass die Wirtschaft stagnieren oder sich die Wirtschaftsentwicklung verschlechtern wird, dann ist steigende Arbeitslosigkeit die Konsequenz. Dieses Meinungsbild zur Wirtschaftsentwicklung enthält Merkmale von Krisenwahrnehmung. Aber gibt es deshalb Krisenbewusstsein? Da sind Zweifel

angebracht angesichts der alltäglich sicht- und erfahrbaren Gelassenheit, mit der die wahrgenommene problematische Situation hingenommen wird. [...]

In der Realität vollziehen sich gleichzeitig mehrere Prozesse. Die Zahl der Lohnarbeiter verringert sich bei gleichzeitig weiteren Veränderungen ihrer Struktur, ihre Einkommen stagnieren, ihr Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand ist insgesamt rückläufig. Immer mehr werden aus dem Arbeitsprozess herausgedrängt, ein wachsender Anteil auf Dauer, der Rand der Gesellschaft wird breiter. Damit nehmen aber auch der Druck auf die Lohnarbeiter und die Konkurrenz zwischen ihnen zu, Leistungsanforderungen und Leistungsdruck wachsen weiter an.

Insgesamt werden dabei in der Bevölkerung die wirtschaftliche Lage und Entwicklung im Land negativer bewertet als die eigene Situation. Bei einem solchen Meinungsbild sagen Politiker gewöhnlich, vor allem wenn sie zum Regierungslager gehören, dass «die Lage besser als die Stimmung» sei. Aber das besagen diese Ergebnisse nicht. Sie besagen nur, dass mehr Menschen die Wirtschaftsentwicklung negativ und pessimistisch sehen, als selbst davon betroffen sind. [...]

Das Meinungsbild dazu, wie die Defizite bei der *Rentenfinanzierung* beseitigt werden können, stellt sich als gespalten dar. Reichlich zwei Fünftel der Deutschen votieren für Leistungskürzungen, auf der anderen Seite sind knapp zwei Fünftel für Beitragserhöhungen. Ein weiteres Fünftel hat die Frage nicht beantwortet, das ist ein ungewöhnlich hoher Anteil, in dem sich ausdrückt, dass ein erheblicher Teil in der Bevölkerung beides nicht will. [...]

Bei der Analyse nach Altersgruppen wird so etwas wie eine tendenzielle Generationensolidarität deutlich. [...] Es ist so, dass diejenigen, die die Beiträge zahlen, für die Kürzung der Renten sind, und diejenigen, die Renten beziehen für Beitragserhöhungen eintreten. Das Meinungsbild ist differenzierter. So ist es nicht vor allem die jüngste Generation, die sich verstärkt für Leistungskürzungen ausspricht, im Gegenteil, sie votiert überdurchschnittlich oft für Beitragserhöhungen. Es sind die mittleren bis jüngeren Generationen, die sich verstärkt gegen Beitragserhöhungen und für die Absenkung der Renten positionieren, dabei im Westen deutlich häufiger als im Osten. [...]

Dass der Staat auch künftig in der Lage sein wird, die Renten zu sichern, glaubt gegenwärtig nur ein Viertel der Deutschen, drei Viertel haben diesen Glauben wohl nicht mehr. Der Optimismus ist in dieser Frage im Westen leicht größer, 28 Prozent halten hier die Renten für zu sichern, 70 Prozent haben diese Erwartung nicht. Im Osten sind die Optimisten mit 15 Prozent noch rarer, hier sind es 85 Prozent, die meinen, der Staat werde in Zukunft die Renten nicht mehr sichern können.

Frauen und Männer wichen in dieser Frage in ihrem Meinungsbild voneinander ab. Generell gibt es bei Frauen noch weniger Optimismus hinsichtlich der künftigen Sicherheit der Renten. Bei den Männern im Westen teilen 32 Prozent den Glauben an sichere Renten, im Osten sind es 20 Prozent. Auch die Männer haben mehrheitlich Zweifel daran, im Westen 66 Prozent und im Osten 79 Prozent. 24 Prozent

der Frauen im Westen sind in dieser Frage optimistisch, im Osten sind dies gar nur zehn Prozent. Die große Mehrheit der Frauen glaubt nicht mehr daran, dass der Staat künftig die Renten sichern können, im Westen 74, im Osten 90 Prozent. [...]

Das Meinungsbild zu Altersarmut ist deutlich. In Deutschland insgesamt sind es 84 Prozent, die eine Zunahme von Altersarmut erwarten, nur 16 Prozent, jeder Sechste, rechnet damit nicht. Wiederum sind es die Frauen, die die Perspektive noch pessimistischer sehen als die Männer. [...]

Bezüglich der Entwicklung der Renten gibt es in Deutschland eine pessimistische Stimmung. Es ist Mehrheitsmeinung, dass der Staat künftig die Renten nicht mehr sichern kann. Die politischen Vorhaben, die Rentenfinanzierung durch Beitragserhöhung oder durch Leistungskürzung zu gewährleisten und ein Rentenmoratorium zu verordnen, werden von der Bevölkerung zwiespältig bewertet. Es gibt jeweils starke Lager der Akzeptanz dieser Projekte und der Ablehnung. In allen politischen Lagern finden sich dabei auch immer relativ große ablehnende Potenziale. Eine Mehrheit sieht allerdings auch vermehrte Altersarmut voraus. [...]

Das Meinungsbild zur *Gesundheitsreform* ist so klar, wie es klarer nicht sein kann, sie wird mit übergroßer Mehrheit abgelehnt. Es ist lediglich ein Viertel der Deutschen, die dieser Gesundheitsreform etwas Positives abgewinnen kann, im Osten sind das mit 18 Prozent noch einmal deutlich weniger. Drei Viertel der Deutschen lehnen dieses «Jahrhundert-Reformwerk» ab, im Westen zu 71 Prozent, im Osten gar zu 81 Prozent.

Diese mehrheitliche Ablehnung gibt es in allen Gruppen, bei Männern und Frauen, in allen Generationen. [...]

[Es] besteht ein Unterschied in den Gruppen mit höheren Bildungsabschlüssen, bei Abiturienten und Hochschulabsolventen. In diesen Gruppen ist im Westen die Zustimmung zur Gesundheitsreform am relativ stärksten, 36 Prozent der Abiturienten und 39 Prozent der Studierenden akzeptieren danach die Gesundheitsreform. Im Osten sind das genau die Gruppen, in denen die Ablehnung der Gesundheitsreform besonders stark ist, hier stimmen ihr nur zehn Prozent der Abiturienten und elf Prozent der Studierenden zu.

Aufschlussreich sind auch die Meinungsbilder in den Anhängerschaften der politischen Parteien, überall – auch bei den Regierungsparteien – überwiegt die Ablehnung, aber es gibt markante Unterschiede. Von den SPD-Wählern lehnen im Westen 51 Prozent und im Osten 57 Prozent die Gesundheitsreform ab, Akzeptanz gibt es von 45 Prozent im Westen und 43 Prozent im Osten, das sind die relativ größten Anteile an Zustimmung, die sich bei der Analyse feststellen lassen. Im Umfeld der Grünen ist die Akzeptanz noch geringer, im Westen sind dies 35 Prozent, im Osten gar nur 21 Prozent, entsprechend lehnen im Westen fast 60 Prozent und im Osten fast 80 Prozent der Grünen-Anhänger diese Reformen ab. Die Regierungsparteien, die das, was als «Gesundheitsreform» bezeichnet wird, auf den Weg gebracht und

politisch durchgesetzt haben, können sich dabei nicht einmal auf eine mehrheitliche Akzeptanz bei den eigenen Anhängern stützen.

Bei den Anhängern der anderen Parteien ist die Situation übersichtlich, sie kommt sowohl von rechts als auch von links. Bei der CDU lehnen 72 Prozent im Westen und 94 Prozent im Osten die Gesundheitsreform ab; bei der FDP sind im Westen 70 Prozent und im Osten 57 Prozent Gegner. Im Umfeld der PDS wird sie vollständig abgelehnt. Auch in den Gruppen der Unschlüssigen und der Nichtwähler ist die Ablehnung der Gesundheitsreform klare Mehrheitsmeinung. [...]

Auf dem Feld der Gesundheitspolitik, zu den Projekten der Gestaltung der Sozialversicherungen, die ja gegenwärtig alle darauf hinauslaufen, die paritätische Finanzierung abzubauen und die privaten Anteile zu erhöhen, gibt es in der Bevölkerung besonders starke Skepsis und verbreitete Ablehnung, aber auch Verunsicherung. Dabei reicht die Ablehnung bis weit in die Umfelder der regierenden Parteien hinein. Interessant ist allerdings in diesem Zusammenhang auch, dass kaum in einer breiteren Öffentlichkeit thematisiert wird, was die Ursachen für die Finanzmisere im Gesundheitswesen sind: die Preispolitik der Pharmaindustrie, der Eigenverbrauch der Versicherungsträger, generell die Besitzstandswahrung in diesem Bereich der «Gesundheitsindustrie». [...]

Die Rede der Politiker war, die *Subventionen* «ohne Tabus auf den Prüfstand» stellen zu wollen. Dafür gibt es in der Bevölkerung keine Mehrheit, nur 43 Prozent sprechen sich für eine pauschale Subventionskürzung aus. Eine leichte Mehrheit von 53 Prozent spricht sich eindeutig dagegen aus und vier Prozent mochten sich wohl nicht entscheiden.

Dieses Meinungsbild überwiegender Ablehnung gibt es in West und Ost, im Osten ist dabei die Ablehnung genereller Subventionskürzungen noch deutlich stärker.

Die Mehrheit gegen die Kürzungen kommt vor allem durch das Meinungsbild bei Frauen zustande. Im Westen sind es nur 34 Prozent der Frauen, die für Subventionskürzungen votieren, aber 57 Prozent der Männer. 62 Prozent der Frauen halten diese Rasenmähermethode für falsch und immerhin auch 41 Prozent der Männer. Im Osten sind die Relationen noch deutlicher, nur 19 Prozent der Frauen sind für diese Kürzungen und 74 Prozent halten sie für falsch, bei den Männern im Osten sind die Relationen 50 zu 42 Prozent.

In den Anhängerschaften der einzelnen Parteien gibt es bei dieser Frage interessante Differenzierungen. Im Umfeld von SPD und Grünen im Westen gibt es mit 56 beziehungsweise 52 Prozent leichte Mehrheiten für Kürzungen, aber auch die Kürzungsgegner sind stark, 44 Prozent bei SPD und 48 Prozent bei den Grünen. Die größte Zustimmung bei dieser Frage kommt von den Anhängern der FDP, hier sind mehr als zwei Drittel für die Kürzungen und nur ein knappes Drittel ist dagegen. Anders sind Relationen im Umfeld der CDU im Westen, hier ist die Zustimmung mit 39 Prozent Minderheitsposition, eine Mehrheit von 59 Prozent ist dagegen. Im Osten ist das Meinungsbild nach politischen Orientierungen deutlich anders, CDU-Anhänger

sind mehrheitlich für pauschale Subventionskürzungen, und die SPD-Anhänger sind es, die mehrheitlich dagegen votieren. Im Umfeld der PDS war keine Zustimmung messbar und zwei Drittel sprachen sich klar dagegen aus. Bei den Unentschlossenen und den Nichtwählern überwiegt die Ablehnung der generellen Subventionskürzungen mehr oder weniger deutlich. [...]

Frauen reagieren wohl auf politische Vorhaben der Leistungskürzung generell sensibler. [...]

Zu den Projekten auf diesem Politikfeld gehört auch die Erhöhung der *Tabaksteuer* um 4,5 Cent pro Zigarette. Das ist das einzige in diesem Zusammenhang behandelte Projekt, zu dem Analyseergebnisse vorliegen, das in Deutschland mehrheitlich akzeptiert wird, 60 Prozent sind für eine Erhöhung der Tabaksteuer und 38 Prozent sind dagegen, die Meinungsbilder im Westen und Osten sind dabei ähnlich.

Die Zustimmung ist in diesem Fall bei Männern (64 % im Westen, gar 71 % im Osten) noch deutlich stärker als bei Frauen, die im Westen zu 57 Prozent dagegen sind, im Osten ist eine leichte Mehrheit der Frauen gegen die Erhöhung der Tabaksteuer. Einen deutlichen Zusammenhang unter sozialen Aspekten gibt es weiterhin nach Schulabschlüssen: Je höher der Abschluss, um so größer die ablehnende Mehrheit. [...]

Eine Erhöhung der *Mehrwertsteuer*, das ist bekannt, wirkt unmittelbar verbrauchsmindernd. Und sie würde gleichfalls in ihrer Wirkung soziale Ungleichheiten vertiefen: Alle Gruppen, die ihr ganzes Einkommen oder den größten Teil davon dafür verwenden müssen, ihren Lebensprozess zu finanzieren, also die unteren bis mittleren Einkommensgruppen, würden zu Einschränkungen gezwungen, das betrifft die Mehrheit der Haushalte und dabei die Rentnerhaushalte und die der Arbeitslosen noch besonders. Vor diesem Hintergrund ist das Meinungsbild zu etwaigen Erhöhungen bei der Mehrwertsteuer realistisch. Eine klare Mehrheit von 83 Prozent lehnt eine solche Steuererhöhung ab. Zustimmung kommt nur von 15 Prozent.

Zugleich ist die Verteilung von Zustimmung und Ablehnung in den verschiedenen Altersgruppen überraschend und es gibt dabei einen West-Ost-Unterschied. Zwar gibt es in allen Altersgruppen Mehrheiten, die eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ablehnen, aber im Westen werden mit zunehmendem Alter die ablehnenden Anteile deutlich kleiner und die Zustimmung wächst. Im Osten steigt tendenziell mit zunehmendem Alter die Ablehnung einer Mehrwertsteuererhöhung noch an.

In den Umfeldern aller Parteien gibt es in West und Ost klare Mehrheiten, die ein Anheben der Mehrwertsteuer für falsch halten und ablehnen. Besonders stark ist diese Ablehnung bei allen Wählerpotenzialen im Osten und auch bei SPD und CDU im Westen. Nur bei den Wählern von FDP und Grünen im Westen fällt die Ablehnung mit 69 beziehungsweise 67 Prozent etwas geringer aus, bei den Grünen ist zudem mit 30 Prozent der akzeptierende Anteil relativ groß. Bei den Unentschlossenen und den Nichtwählern ist gleichfalls eine sehr starke Ablehnung solcher Vorhaben zu verzeichnen. [...]

Es gibt in Deutschland ein «Kartell der sozialen Kälte» wie es Bodo Ramelow, der Fraktionsvorsitzende der PDS im Thüringer Landtag, genannt hat. In der Wirtschaft sind Kartelle verboten, beim Sozialabbau sind sie offenbar erlaubt. Dieses Kartell hat sich formiert aus den Parteien, die den politischen Mainstream in Deutschland repräsentieren und die ihre traditionellen Wurzeln in der alten Bundesrepublik haben. Mit Unterschieden im Detail gehen sie gleichermaßen daran, die Defizite im Staatshaushalt und in den sozialen Sicherungssystemen durch Kürzungen und Einsparungen im sozialen Bereich zu beseitigen oder zu verringern. Was dabei herauskommt, hat die zweite Stufe der Steuerreform gezeigt. Der Rückgang bei der Körperschafts- und Gewerbesteuer hatte im Jahr 2002 gegenüber dem Vorjahr einen Umfang von etwa 30 Milliarden Euro. Ein erheblicher Teil des Defizits und damit der Neuverschuldung ist somit von diesen Parteien selbst produziert, ein politisches Desaster, das in der veröffentlichten Öffentlichkeit in Deutschland nicht skandalisiert wird. Unbeirrt sind sie weiter dabei, im sozialen Bereich zu kürzen und zu sparen und damit das Land sozial kälter und kälter zu machen. [...]

Dann ist natürlich ein Blick darauf interessant, wie sich dieses Meinungsbild im beabsichtigten Wahlverhalten niederschlägt. Wie die Ergebnisse zeigen, sind Zusammenhänge kaum zu konstatieren. [...] Mehr als 60 Prozent der Deutschen insgesamt würden eine der Parteien wählen, die diese Politik der sozialen Kälte betreiben. Allerdings verschieben sich die Relationen. Von den Gegnern der Kürzungs- und Sparpolitik im sozialen Bereich erhält die SPD mit 17 Prozent deutlich weniger Stimmen, die aktuellen Positionsverluste der SPD hängen somit deutlich mit ihrer Sozialpolitik zusammen, die Grünen kommen gegenwärtig günstiger davon. Aber Gewinner sind CDU/CSU, sie erhalten in dieser Gruppe der Ablehnenden 35 Prozent, die FDP kann gegenwärtig von diesen Verschiebungen nicht profitieren, obwohl ihre Politiker nicht müde werden, bei jeder Gelegenheit zu betonen, dass sie die eigentlichen Erfinder der jeweiligen Projekte sind. Die SPD wird gegenwärtig dafür bestraft, dass sie permanent gegen eines ihrer Kernimages verstößt, für soziale Gerechtigkeit einzutreten, und eine Politik betreibt, die eigenen Wahlversprechungen und den Erwartungen in der Gesellschaft zunehmend radikal widerspricht. Aber den Zuschlag erhalten CDU/CSU, von denen man erwarten kann, dass sie den neoliberalen Umbau noch gründlicher betreiben werden. Das kann zum einen damit zusammenhängen, dass eine Entscheidung für eine Partei auch eine Entscheidung gegen eine andere ist, zum anderen kann eine Rolle spielen, dass ihr von allen immer noch die meiste wirtschaftspolitische Kompetenz zugesprochen wird. Und vielleicht kommt der Aufschwung dann ja doch ... Dies zu untersuchen war nicht Gegenstand dieser Studie. Ein weiterer wichtiger Zusammenhang wird allerdings bei den Unentschlossenen und Nichtwählern deutlich. Ihre Anteile sind in der Gruppe der Gegner des sozialpolitischen Umbaus deutlich größer, das heißt, die Politik der sozialen Kälte erzeugt Verunsicherung und vergrößert Resignation. Die PDS kann mit 4,5 Prozent bei den Gegnern des Sozialabbaus eine größere Akzeptanz erreichen als in der Gesamtheit,

aber die Erhöhung des Anteils bleibt bisher gering und verändert nicht grundsätzlich ihre Positionen im politischen Kräfteverhältnis.

Mehrheiten in der deutschen Bevölkerung lehnen die neoliberalen Umbauprojekte ab. Die konkreten Erfahrungen mit ihnen «unterwandern» die ansonsten in der Gesellschaft vorherrschenden neoliberalen Deutungsmuster. Bei der Verallgemeinerung jedoch und bezüglich ihrer Orientierung auf gesamtgesellschaftlicher Ebene schlagen diese neoliberalen Deutungsmuster wieder voll zu, und das wirkt sich im politischen Handeln aus, sie orientieren sich insgesamt am herrschenden Mainstream der politischen Eliten. Dieser Widerspruch von gleichzeitiger Ablehnung der Konkrete der Politik der sozialen Kälte und Akzeptanz ihrer Akteure wird über kurz oder lang nicht bestehen bleiben können, er wird sich nach der einen oder anderen Seite auflösen, entweder in verbreiteter Hinnahme oder stärkerem Protest. Das ist die Stunde von wirklicher Opposition.

Für sozialistische Politik ist dabei zu konstatieren, dass ihre konsequente Ablehnung der neoliberalen Umbaupolitik im sozialen Bereich mit den Positionen einer Mehrheit in der Bevölkerung übereinstimmt. Daraus ergibt sich die Aufgabe, auch weiterhin radikale Opposition zu artikulieren, für sozialen Protest zu stehen und im politischen Raum gesellschaftliche Mehrheitsmeinungen auf sozialpolitischen Politikfeldern zur Sprache zu bringen.

Das ist gegenwärtig nicht nur deswegen nicht ohne Probleme, weil es kurzfristig kaum mit Erfolgsaussichten verbunden ist. Ob die PDS in Koalitionen und Regierungen eintritt und in ihnen bleibt, die Frage steht in der gegenwärtigen Situation ohnehin höchstens auf Länderebene, ist sicher von Fall zu Fall zu entscheiden. Abzuwägen ist vor allem, was mehr Schaden bringen kann. Dabei sollte sich sozialistische Politik allerdings der Gefahr bewusst sein, in den gleichen Rahmenbedingungen agieren zu müssen und mit den gleichen «Sachzwängen» konfrontiert zu werden, wie andere politische Akteure auch. Das kann zur «gestaltungspolitischen Falle» werden, was die neoliberalen Deutungsmuster auch noch bedienen würde. Auf zwei Dinge kann sozialistische Politik beim gegenwärtigen Gang der Dinge in keiner möglichen Situation verzichten: auf Protest und Opposition gegen die Politik der sozialen Kälte, eine gesellschaftskritische Position im Rahmen der bestehenden gesellschaftlichen Zustände und auf die Arbeit an alternativen Leitbildern und Zukunftsbildern, also an geistigem Rüstzeug für Gegenhegemonien.

Wer benötigt sozialistische Politik und linke politische Bildung?

Eine empirisch gestützte Suche nach Chancen

herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 10/2003, Berlin.

Im Laufe des vorigen Jahres haben sich die politischen Kräfteverhältnisse erheblich verändert. In der Gesellschaft insgesamt wird wieder sehr viel stärker eine Zunahme sozialer Ungleichheit und sozialer Ungerechtigkeit wahrgenommen. Bisher können

sozialistische Politik und politische Bildung dabei keine Positionsgewinne verzeichnen.

Es gibt für sie größere Potenziale, als sie gegenwärtig erreichen, wie die Analyse von Wahlabsicht, Parteipräferenzen und Wahlverhalten zeigen kann. Um stärker zu mobilisieren, muss die Aufmerksamkeit auf ziemlich unterschiedliche Gruppen gerichtet werden. Es handelt sich zum einen bei abgewanderten Wählern um eine männlich dominierte Gruppe, vorwiegend aus den mittleren bis älteren Generationen, überdurchschnittlich qualifiziert. Zum anderen gibt es die Gruppe, die man «Beinahe-PDS-Wähler» nennen könnte, hierbei handelt es sich um Frauen und Männer aus den jüngeren bis mittleren Generationen, gut qualifiziert, mit relativ hohen Anteilen von Schülern und Studenten, aber auch von Arbeitslosen und Kleinunternehmern. Die Analyse der Präferenzen für die PDS zeigt, dass der «harte Kern» mit starken Bindungen an die PDS relativ klein ist. Es gibt daneben aber bemerkenswert große Gruppen in West und Ost, die eine Wahlentscheidung für die PDS für möglich halten und sie nicht von vornherein ausschließen.

Sozialistische Politik und linke politische Bildung müssen mit dem kulturellen Widerspruch zwischen einem «traditionellen linken» Milieu und einem «modernen linken» Milieu in ihrem Umfeld existieren und umgehen. Wenn es gelingt, neben der weiteren Profilierung ihrer politischen Kompetenzen, beide Milieus anzusprechen, ohne dabei das eine oder das andere zu verprellen, dann kann ein bisher erst im Entstehen befindliches links-sozialistisches Lager zu einem stabilen Faktor im politischen Kräfteverhältnis formiert werden.

Zu Problemlage und Analyseansatz

Die Potenziale im deutschen Wahlvolk, auf die sich linke sozialistische Politik stützen und die sie zu einem stabilen Faktor in der politischen Landschaft in der Bundesrepublik Deutschland machen könnten, sind größer, als die PDS bisher zu Wahlen zu mobilisieren vermag und als auch aktuelle Umfragen ausweisen. Zuverlässige und aussagekräftige repräsentative Daten, die im Sommer des Wahljahres 2002 erhoben wurden, bestätigen empirisch diese Hypothese.

Die Wahl zum 15. Deutschen Bundestag liegt jetzt reichlich ein Jahr zurück. In dieser Zeit haben sich die politischen Kräfteverhältnisse erheblich verändert. Das zeigt ein Vergleich der Wahlergebnisse (Statistisches Bundesamt 2002) und aktueller Umfragewerte zur Sonntagsfrage.² Die SPD hat sehr stark an Positionen verloren. CDU/CSU können gegenwärtig ihren Einfluss erheblich ausweiten. Das Kräfteverhältnis zwischen Konservativen und Sozialdemokraten hat sich damit umgekehrt. Von den «kleineren» Parteien können die Grünen ein wenig vom Niedergang der SPD profitieren, weit entfernt allerdings davon, deren Verluste ausgleichen zu kön-

2 Kumulierte Ergebnisse von fünf großen Meinungsforschungsinstituten von Oktober 2003.

nen. Die FDP verliert leicht. Diese Veränderungen dürften – das ist eine dringend empirisch zu überprüfende Hypothese – im Zusammenhang stehen zum einen mit der anhaltenden Wirtschaftskrise und zum anderen damit, dass die SPD gerade in Kernkompetenzen gegenwärtig viel negativer bewertet wird: Wirtschaftskompetenz, Durchsetzungsfähigkeit, Zukunftskompetenz. In der Gesellschaft insgesamt wird wieder sehr viel stärker eine Zunahme sozialer Ungleichheit und sozialer Ungerechtigkeit wahrgenommen. Die einzige Partei, die in ihren Positionen im Kräfteverhältnis von diesen Veränderungen faktisch unbeeinflusst zu bleiben scheint, ist die PDS, sie stagniert stabil bei rund vier Prozent. Diese Situation erfordert aus der Sicht demokratisch-sozialistischer Politik und politischer Bildung an sich schon der Analyse. Der Analysebedarf erscheint noch dringlicher, wenn man sich vor Augen führt, das die PDS bis in den Sommer 2002 über erheblich stärkere Positionen zu verfügen schien, damals lag sie nach Umfrageergebnissen zwischen sechs und sieben Prozent. Jetzt liegt die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) 2002 vor, dessen Daten im zweiten Quartal 2002 erhoben wurden. Der Datensatz umfasst rund 2.800 Fälle, das ermöglicht tieferegehende Analysen, als es bei den ansonsten üblichen Umfragen möglich ist. Dieses Material wird im Folgenden genutzt, um die mögliche Akzeptanz sozialistischer Politik und sozialistischer Bildung nach Umfang, Struktur und Wertepräferenzen zu untersuchen.³

Mögliche Potenziale – empirisch gestützt

Wenige Monate vor dem 28. September 2002 stellte sich das politische Kräfteverhältnis noch erheblich anders dar, als es sich dann im Wahlergebnis manifestierte. Die SPD stagnierte noch bei 29 Prozent (im Westen 30, im Osten 26 %). Sie lag damit noch hinter der CDU/CSU, die bei 31 Prozent lag (im Westen 33, im Osten 27 %). Die FDP hatte zu diesem Zeitpunkt relativ gute Aussichten, sie lag insgesamt bei über zwölf Prozent. Mit knapp neun Prozent lagen die Grünen deutlich dahinter.

Die Ergebnisse der ALLBUS 2002 bestätigen, dass die PDS sich bis in den Sommer hinein in einer relativ guten Lage befand und auf ein respektables Wahlergebnis hoffen konnte. Sie lag zu diesem Zeitpunkt insgesamt bei sieben Prozent, und es sah so aus, als ob sie sich im Westen auf zwei Prozent steigern könnte, während sie im Osten bei rund 18 Prozent stabil bleiben würde.

Es ist dann anders gekommen. Die beiden großen Parteien konnten bis zur Wahl erheblich zulegen, die SPD holte dabei ihren vorherigen Rückstand zur CDU/CSU auf. Die Grünen konnten ihren Anteil in etwa halten. Die FDP verlor in dieser Phase sehr (nämlich fast 6 %), aber es reichte, um mit einer Fraktion in den Bundestag

3 Die in diesem Text benutzten Daten entstammen der ALLBUS 2002, deren Trägerschaft bei der Gesellschaft sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (GESIS) liegt. Das Projekt wird vom Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen e.V. Mannheim (ZUMA) und vom Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung (Köln) realisiert.

einziehen. Aus dieser Sicht verlor die PDS weniger, «nur» drei Prozent. Aber das bewirkte, dass sie keine Fraktion stellen konnte und lediglich mit zwei direkt gewählten Abgeordneten in den Bundestag kam.

Im Sommer 2002 setzte sie sich aus Stammwählern und neu gewinnbaren Wählern zusammen, die Zuwanderung schien die Abwanderung, die zu diesem Zeitpunkt im Umfang von 300.000 auch bereits erkennbar war, mehr als auszugleichen. Beide Gruppen zusammen, Stammwählerinnen und -wähler sowie neue Wählerinnen und Wähler, hätten zu diesem Zeitpunkt etwa 3,1 Millionen Personen ausgemacht.

Im Frühjahr 2003 hatte sich die Situation gegenüber dem Wahltag wenig verändert. Die Stammwählerschaft hatte sich auf etwa die Hälfte verringert, sie und die zu erwartende Zuwanderung machten zusammen noch 1,9 Millionen Wahlberechtigte aus. Zuwanderung und Abwanderung hielten sich – im Umfang von jeweils 300.000 – die Waage. Das entspricht der Wählerschaft vom 22. September 2002 (Wittich 2002a: 24).

Die zu untersuchende Frage ist, ob diese zaghaft gewachsenen und, wie sich gezeigt hat, zunächst zeitweiligen Annäherungen doch noch dauerhaft gemacht werden können oder ob sie sich – aus Gründen, die gleichfalls zu analysieren wären – für das Erste erledigt haben.

Typen von PDS-Wählern

Untersucht werden die Potenziale nach den Ergebnissen für den Sommer 2002. Zu diesem Zeitpunkt hatten insgesamt fünf Prozent aller Wahlberechtigten sowohl bei den Vorwahlen die PDS gewählt als auch die Absicht, die PDS wieder zu wählen. Das entsprach im Anteil und im Umfang der Wählerschaft von 1998. Im Osten waren es 14,5 Prozent, die eine Wiederwahl der PDS beabsichtigten, im Westen war diese Gruppe mit 0,7 Prozent deutlich kleiner. Dazu kamen jene, die vorher keine PDS-Wähler waren, aber zu diesem Zeitpunkt die PDS zu wählen beabsichtigten, insgesamt 2,1 Prozent der Wahlberechtigten. Im Osten hatten diese neuen Wähler einen Anteil von 3,9 Prozent. Im Westen war dieser Anteil mit 1,2 Prozent wiederum deutlich kleiner, aber das Interessante an diesem Ergebnis ist, dass die PDS bis in den Sommer 2002 erwarten konnte, dass sie im Westen mehr neue Wähler finden würde, als sie dort bis dahin Stammwähler hatte. Die Abwanderung machte zu diesem Zeitpunkt insgesamt ein Prozent aus, sie betrug im Osten 2,7 Prozent und im Westen gar nur 0,2 Prozent. Überall lag also die Zuwanderung deutlich über der Abwanderung.

In der sozialen Zusammensetzung dieser Potenziale zeigen sich eine Reihe von Besonderheiten. Bei den Stammwählern waren zu diesem Zeitpunkt Frauen deutlich überrepräsentiert. Die Altersstruktur stellte sich relativ ausgeglichen dar. Anders bei den neuen PDS-Wählern zu diesem Zeitpunkt, hier waren Männer etwas stärker vertreten. Die Altersstruktur war deutlich jünger, die unter 30 Jahren hatten mit 27 Prozent einen besonders hohen Anteil, aber auch die mittlere Generation war deutlich stärker vertreten als in der Stammwählerschaft.

Die Gruppe der abgewanderten PDS-Wähler wurde klar durch Männer dominiert. In ihr war vor allem der Anteil der jüngeren Generation und der der ältesten überdurchschnittlich hoch. Nach Qualifikation (ähnlich nach Bildung) zeigten sich in der Stammwählerschaft die seit Jahren bekannten Relationen. Gruppen mit niedrigen bis mittleren Bildungsabschlüssen waren leicht unterrepräsentiert, Hochschulabsolventen hingegen hatten einen sehr hohen Anteil.

Die Gruppe der zu diesem Zeitpunkt neuen PDS-Wähler wies unter dem hier betrachteten Aspekt einige Besonderheiten auf. Hier hatten Personen ohne Abschluss (es handelte sich überwiegend um junge Frauen und Männer, die noch in der Ausbildung waren), Facharbeiter und wiederum Absolventen von Hochschulen und Fachhochschulen jeweils relativ hohe Anteile. Weiterhin waren Arbeitslose in dieser Gruppe stark vertreten. Die abgewanderten Wähler waren nach Qualifikation ähnlich strukturiert wie die Stammwähler.

Wenn es darum geht, dass sozialistische Politik und politische Bildung ihren Einfluss dadurch stärken wollen, dass sie frühere PDS-Wähler wieder und Personen, die vor gar nicht so langer Zeit nahe daran waren, es zu werden, doch noch gewinnen, dann müssen sie ihre Aufmerksamkeit auf ziemlich unterschiedliche Gruppen richten. Es handelt sich zum einen bei den früheren Wählern um eine männlich dominierte Gruppe, vorwiegend aus den mittleren bis älteren Generationen, überdurchschnittlich qualifiziert. Zum anderen gibt es die Gruppe, die man «Beinahe-PDS-Wähler» nennen könnte, hierbei handelt es sich um Frauen und Männer aus den jüngeren bis mittleren Generationen, gut qualifiziert, mit relativ hohen Anteilen von Schülern und Studenten, aber auch von Arbeitslosen und Kleinunternehmern.

Bereitschaft, PDS zu wählen

Die Daten der ALLBUS 2002 ermöglichen Umfeldanalysen auch noch unter einem anderen Aspekt. In der Untersuchung wurde nach Parteipräferenzen gefragt, dabei natürlich auch zur PDS. Die Fragen waren skaliert. Aus den Ergebnissen wurden Gruppen gebildet.⁴

Die entsprechende Analyse zeigt zunächst, in welchem Umfang die PDS bezüglich Wahlen im Kalkül ist, in welchem Umfang sie als wählbar gilt. Die Gruppe derer, für die PDS-Wahl wahrscheinlich ist, umfasst insgesamt knapp sechs Prozent der Wahlberechtigten, im Osten sind das zwölf Prozent, im Westen immerhin auch knapp drei Prozent. Die Gruppe derer, für die PDS-Wahl möglich ist – vielleicht etwa in dem Sinne, dass sie nicht ganz ausgeschlossen wird –, ist deutlich größer. Elf Prozent der Wahlberechtigten gaben an, dass sie für sich eine PDS-Wahl nicht völlig ausschließen, im Westen immerhin beachtliche sieben Prozent, im Osten 21 Prozent. Wären

⁴ Die Skala reichte von 1 = «sehr unwahrscheinlich» bis 10 = «sehr wahrscheinlich». Die Gruppen wurden gebildet, indem die Skalenwerte 1 bis 4 als «unwahrscheinlich», die Skalenwerte 5 bis 7 als «möglich» und die Skalenwerte 8 bis 10 als «wahrscheinlich» definiert wurden.

die Wahlen im Sommer 2002 gewesen, hätte es die PDS nach diesen Ergebnissen vermocht, etwa ein Viertel ihrer Wähler aus dieser Gruppe zu mobilisieren.

Die [...] Zusammenhänge verdeutlichen, das die Positionierung zur PDS als wahrscheinlich oder möglicherweise wählbare Partei etwas mit inhaltlichen politischen Standpunkten und Bewertungen zu tun hat.

In der Gruppe der wahrscheinlichen PDS-Wähler sind Frauen wiederum deutlich überrepräsentiert, bei den möglichen PDS-Wählern ist das Geschlechterverhältnis etwa ausgeglichen. Interessante Ergebnisse bringt die Analyse nach Altersgruppen. Die jüngste und die jüngere Altersgruppe sind bei den wahrscheinlichen PDS-Wählern leicht überrepräsentiert. Sehr stark ist die jüngste Altersgruppe bei den möglichen PDS-Wählern vertreten. Während bei den wahrscheinlichen PDS-Wählern die mittleren bis älteren Generationen in angemessener Stärke präsent sind, haben sie bei den möglichen PDS-Wählern unterdurchschnittliche Anteile. Bei der Analyse nach Qualifikation zeigten sich nur geringe Differenzierungen. Hingegen lassen sich Zusammenhänge mit den Bildungsabschlüssen feststellen. Personen ohne Abschlüsse und mit relativ niedrigen Abschlüssen sind sowohl bei den wahrscheinlichen als auch bei den möglichen PDS-Wählern unterrepräsentiert. In der Gruppe, für die PDS-Wahl möglich ist, ist der Bildungsabschluss der mittleren Reife sehr stark vertreten. In beiden hier interessierenden Gruppen bilden sowohl Abiturienten als auch Schüler jeweils relativ starke Teilgruppen.

Die Analyse der Präferenzen für die PDS hat gezeigt, dass zwar der «harte Kern» mit starken Bindungen an die PDS relativ klein ist, er hat etwa den Umfang der Wählerschaft. Es gibt daneben aber bemerkenswert große Gruppen in West und Ost, die eine Wahlentscheidung für die PDS für möglich halten und sie nicht von vornherein ausschließen. Diese Potenziale haben einen starken Frauenanteil, sie sind insgesamt relativ jung, gut gebildet oder noch in Ausbildung. Im folgenden Abschnitt wird untersucht, welche Zusammenhänge es mit Wertestrukturen und -hierarchien gibt.

Wertepreferenzen und linke Politik und politische Bildung

Zum Markenzeichen der ALLBUS generell gehört, dass Werte sehr differenziert untersucht werden. Untersucht wurde, welche Differenzierungen sich hinsichtlich der zugesprochenen Bedeutung und der Rangordnung dieser Werte feststellen lassen und ob sich dabei typische Raster zeigen, nach denen Gruppen gebildet werden können. Die folgenden vier Gruppen mit ihren jeweils speziellen Rangfolgen in den Bewertungen sowie ihrer Selbstzuordnung auf einer Links-Rechts-Skala zeichneten sich ab:

- *technokratisch-neoliberales Milieu*: Macht, Ordnung, Leistung, Kreativität, Selbstverwirklichung und Mitte-rechts-Zuordnung
- *konservativ kleinbürgerliches Milieu*: Ordnung, Fleiß, Leistung, Wohlstand und Mitte-rechts-Zuordnung
- *traditionelles Produzentenumilieu*: Solidarität, Fleiß, Leistung, Sicherheit und Mittel-links-Zuordnung

– *modernes Produzentenmilieu*: Solidarität, Leistung, Kreativität, Selbstverwirklichung und Mitte-links-Zuordnung

Die Unterschiede bestehen in den Bewertungen von Macht, Ordnung und Wohlstand einerseits sowie Solidarität und Sicherheit andererseits. Besonders auffällig ist, dass technokratisch-neoliberales Milieu und modernes Produzentenmilieu einander sehr ähnlich sind, Leistung, Kreativität und Selbstverwirklichung rangieren in den Wertehierarchien jeweils weit vorn. Der Unterschied besteht darin, was jeweils oberste Priorität hat, beim technokratisch-neoliberalen Milieu sind das Macht und Ordnung, beim modernen Produzentenmilieu ist es Solidarität. In beiden Milieus ist die berufliche Computernutzung weitverbreitet.

Nach Umfang stellt sich das moderne Produzentenmilieu mit etwa 44 Prozent insgesamt als das größte dar. Das ist sicher zum Teil auf einen Methodeneffekt zurückzuführen, der Wert Solidarität und Links-Orientierungen sind relativ weitverbreitet. In der Struktur der Milieus sind sich Ost und West relativ ähnlich; im Westen sind das technokratisch-neoliberale Milieu und das konservativ-kleinbürgerliche Milieu stärker, im Osten hat das moderne Produzentenmilieu einen deutlich größeren Umfang.

Erhebliche Unterschiede gibt es im politischen Verhalten dieser Gruppen. Im technokratisch-neoliberalen Milieu wird vor allem CDU/CSU und daneben FDP gewählt, im konservativ-kleinbürgerlichen Milieu werden CDU/CSU und SPD bevorzugt. Die PDS hat in diesen Milieus so gut wie keine Stammwähler und findet auch nur in geringem Umfang neue Wähler. Im traditionellen Produzentenmilieu und im modernen Produzentenmilieu werden vor allem SPD und Grüne und auch PDS gewählt. Im traditionellen Produzentenmilieu findet die PDS ihren relativ größten Anteil, aber neue Wähler kann sie hier kaum noch mobilisieren. Im modernen Produzentenmilieu ist sie fast so stark, kann aber – so die Situation im Sommer 2002 – in erheblich höherem Maße neue Wähler gewinnen.

In den sozialen Zusammensetzungen lässt sich eine Reihe markanter Besonderheiten ausmachen.

Das technokratisch-neoliberale Milieu ist deutlich männlich dominiert. Im kleinbürgerlich-konservativen Milieu sind Frauen überdurchschnittlich oft vertreten, die beiden anderen Milieus haben nahezu ausgeglichene Geschlechterrelationen. In der Altersstruktur sind sich technokratisch-neoliberales Milieu und modernes Produzentenmilieu einerseits sowie konservativ-kleinbürgerliches Milieu und traditionelles Produzentenmilieu andererseits relativ ähnlich, in den Ersteren sind die jüngeren bis mittleren Altersgruppen stärker, bei den Letzteren gibt es höhere Anteile aus den älteren Generationen. Vergleichbare Differenzierungen sind auch nach Bildung und Qualifikation zu konstatieren.

Die soziale Gruppe der Arbeiter hat im konservativ-kleinbürgerlichen Milieu und im traditionellen Produzentenmilieu relativ starke Anteile. Bei dem technokratisch-neoliberalen Milieu und beim modernen Produzentenmilieu ist gleichermaßen auf

fällig, dass in ihnen neben den Angestellten vor allem auch Führungskräfte, freie Berufe und Kleinunternehmer jeweils relativ starke Anteile haben.

Diese Ergebnisse verweisen darauf, dass es in der Gesellschaft soziokulturelle Differenzierungen gibt, die für die politische Lagerbildung relevant sind und die zugleich Widersprüche enthalten. Auszumachen sind auf der einen Seite eher traditionelle Orientierungen (Fleiß, Ordnung, Wohlstand/Sicherheit) auf der anderen Seite eher moderne (häufig postmaterialistisch genannte) Orientierungen (Leistung, Kreativität, Selbstverwirklichung). Die politischen Lager – Konservativ-Liberale, Sozialdemokratisch-Grüne, Sozialistisch-Linke (bisher wohl erst in statu nascendi, aber möglich) – formieren ihre Umfelder jeweils in beiden Typen von Orientierungen, ausschlaggebend wirkt letztlich, bei welchen Werten Prioritäten gesetzt werden, bei Macht und Ordnung oder bei Solidarität und Sicherheit. Ein Ergebnis ist dabei aber immer auch, dass in den Lagern Gruppen mit traditionellen und mit modernen Orientierungen nebeneinander vorkommen.

Das ist gerade auch für sozialistische Politik und linke politische Bildung von Bedeutung. Sie müssen mit einem kulturellen Widerspruch in ihrem Umfeld existieren und umgehen. Gemeinsam sind allen eine hohe Bewertung von Solidarität und linke Orientierungen. Aber zugleich gibt es Widersprüche zwischen unterschiedlichen Lebensstilen, Gesellschaftsbildern und Zukunftsorientierungen. Ein Stück weit machen diese Ergebnisse die Vorgänge zwischen dem Sommer 2002 und dem Wahltag verständlicher. In dieser Phase hat die PDS in beiden Milieus, die ihr Umfeld vor allem strukturieren, verloren, vor allem aber hat sie die vorher möglich erscheinenden Zuwächse aus dem modernen Produzentenmilieu letztlich nicht erreichen können.⁵ Das Profil einer modernen sozialistischen Partei blieb verschwommen, zugleich waren traditionelle Positionen relativiert oder aufgegeben worden.

Die Problematik für sozialistische Politik und linke politische Bildung besteht darin, beide soziokulturellen Milieus zu integrieren. Ob sie sich versöhnen oder gar vereinigen lassen, ist fraglich. Deshalb besteht die Aufgabe neben der weiteren Profilierung ihrer politischen Kompetenzen wohl vor allem darin, beide Milieus anzusprechen, ohne dabei das eine oder das andere zu verprellen.

5 Das bestätigen Einschätzungen in Wahlanalysen. Vgl. 2002: 1078.

Allgemeine Verunsicherung. Neue Umfragen über politischen Alltag und Zukunftserwartungen und ihre Bedeutung für die Politik der Linken
herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 6/2004, Berlin.⁶

Die öffentliche Meinung in Deutschland ist zu Beginn des Jahres 2004 durch eine große allgemeine Verunsicherung geprägt. Kennzeichnend dafür sind nicht nur die üblichen politischen Unterschiede, ja Gegensätze zwischen den Befragten, sondern erhebliche Widersprüche in den Meinungsbildern aus Lagebeurteilung und Zukunftserwartung selbst. Die aktuelle Lage wird überwiegend kritisch wahrgenommen, intensiv wird eine komplexe Struktur drängender und ungelöster Probleme reflektiert, es gibt eine weitverbreitete Zukunftsangst. Gleichzeitig aber werden mehrheitlich gerade jene Konzepte, Strategien und die sie tragenden politischen Akteure unterstützt, die für diese verschärfte Problemlage verantwortlich sind und mit denen die Zukunftsängste ursächlich zusammenhängen. Mit einem Satz: Neoliberale Konzepte sind weiter auf dem Vormarsch. Die Chancen für linke Opposition sind gering, aber: Sie sind vorhanden.

Vertrauensverlust für die Parteien, wachsende Akzeptanz von Verbänden und Bewegungen

Den höchsten Ja-Wert bei der Frage «Wer vertritt meine Interessen?» erzielte in Ost und West die Friedensbewegung. Und auch Gewerkschaften, Umweltorganisationen, soziale Bewegungen und Globalisierungskritiker erzielten noch höhere Werte als die Parteien. Lediglich die CDU in Ostdeutschland konnte mit 28,3 Prozent in die Phalanx der Bewegungen eindringen (siehe Tabelle 1). Diese Ergebnisse bestätigen die These von der «Parteienverdrossenheit». Aber dennoch gelten – wie weiter unten zu zeigen sein wird – den Parteien große Ansprüche und Erwartungen.

Betrachtet man die Parteien untereinander, so werden CDU/CSU und SPD am häufigsten als Interessenvertreter benannt. Markant sind die Veränderungen im Osten. Dort, wo die SPD 2002 die für ihren Wahlsieg entscheidenden Stimmen gewonnen hat, führt jetzt mit großem Abstand die CDU. Auf die beiden großen Parteien folgen im Westen auf Platz drei die Grünen und deutlich zurück, aber viel dichter beieinander, als man das vielleicht erwartet, liegen FDP und PDS. Im Osten hat die PDS Platz drei inne – mit nur kleinen Unterschieden zur zweitplatzierten SPD.

6 Die Umfrage fand im Oktober und November 2003 statt. Entstanden ist in ihrem Ergebnis eine umfangreiche Studie unter dem Titel «Bürgermeinung '03. Problemwahrnehmung, Zukunftsbilder und Meinungen über politische Akteure», aus der hier Auszüge angeboten werden. Befragt worden waren anonym schriftlich 2.656 wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger in ganz Deutschland. Die Stichprobe (West n = 1.057, Ost n = 1.424) wurde durch entsprechende Korrekturfaktoren (Gewichtung) den Merkmalen des statistischen Durchschnitts der Bevölkerung angepasst und kann für die westdeutschen und ostdeutschen Länder als jeweils repräsentativ gelten. Dass die Stichprobe im Osten deutlich größeren Umfang hatte als im Westen, hängt mit speziellen, nur auf den Osten bezogenen Umfrage- und Auswertungszielen zusammen, die für weitere Studien von Bedeutung sind. Die hier dargestellten Ergebnisse werden dadurch nicht beeinträchtigt. Der durchgängige Analyseschnitt bietet einen zuverlässigen Ost-West-Vergleich.

Natürlich gibt es bei der hier angewandten Art der Fragestellung Überschneidungen in den Antworten. So hängt die Orientierung auf SPD und PDS zweifellos mit der Orientierung auf die Bewegungen zusammen, weil sich wichtige Ziele gleichen. Überschneidungen gibt es auch innerhalb der Umfelder von CDU/CSU und FDP einerseits und SPD, Grünen und PDS andererseits. Innerhalb dieser «Lagerbildung» kommen wechselnde Orientierungen vor. Für die PDS ist es fraglos von Bedeutung, dass es in ihrem Umfeld Segmente gibt, die auch bei der SPD und den Grünen ihre Interessen vertreten sehen.

Table 1: Bewertung von Parteien, Verbänden, sozialen Bewegungen und anderen Organisationen (sortiert nach «nein» aufsteigend, in %)

West	vertritt meine Interessen		
	ja	zum Teil	nein
Bewegungen			
Umweltorganisationen	30,5	48,5	21,0
Friedensbewegung	33,6	36,8	29,6
Gewerkschaften	26,4	36,0	37,6
soziale Bewegungen	22,2	37,6	40,2
Globalisierungskritiker	19,3	36,5	44,2
Kirchen	17,7	28,5	53,8
Parteien			
SPD	21,2	30,1	48,7
CDU/CSU	17,1	34,0	48,9
B90/G	11,9	33,2	55,0
FDP	4,0	27,2	68,8
PDS	6,1	16,3	77,7
andere	4,1	9,0	86,9
Ost	vertritt meine Interessen		
	ja	zum Teil	nein
Bewegungen			
Friedensbewegung	36,1	37,3	26,7
Umweltorganisationen	22,8	49,5	27,7
Gewerkschaften	31,7	31,8	36,4
soziale Bewegungen	19,0	40,8	40,3
Globalisierungskritiker	14,5	35,8	49,7
Kirchen	19,2	24,2	56,6
Parteien			
CDU/CSU	28,3	30,6	41,1
SPD	15,7	31,8	52,6
PDS	12,4	31,4	56,2
B90/G	9,7	33,9	56,4
FDP	6,1	29,7	64,2
rechte	2,6	4,4	93,0

Quelle: vgl. Fußnote 1

Große Erwartungen an die Parteien – aber wenig Zuversicht

Obwohl die Parteien generell an Ansehen verlieren, sind die Erwartungen an sie hoch. Mit höchster Priorität erwartet man von ihnen in Ost und West eine Lösung der Arbeitsmarktprobleme. Bei den daran anschließenden Schwerpunkten gibt es deutliche Unterschiede zwischen Ost und West.

Im Westen folgen auf die Arbeitsmarktproblematik in der Problemrangfolge Wirtschaftskompetenz, soziale Sicherung, kompetente Bildungspolitik und Gesundheitspolitik. Im Osten nehmen die Minderung der Alltagssorgen, die Gesundheitspolitik, die Erwartung sozial gerechter Lösungen und die Bildungspolitik die nächsten Plätze ein, die Wirtschaftskompetenz folgt erst mit Abstand.

Komplex und anspruchsvoll sind die Erwartungen an die Parteien aber auch unterhalb dieser als besonders dringlich angesehenen Aufgabenfelder. Zukunftssicherung, Umwelt- und Verbraucherschutz sowie politische Kultur gehören in die Liste der Erwartungen ebenso wie die Fähigkeit und Bereitschaft, öffentlichen Protest geltend zu machen.

Stellt man diese hohen Erwartungen gegen die Zuversicht, die die Befragten in die tatsächliche Problemlösungskompetenz der Parteien haben, zeigt sich indes eine tiefe Kluft. Nur in zwei Fällen – bei den Themen «prinzipienfeste Außenpolitik» und «Umwelt- und Verbraucherschutz» – bestätigt eine absolute Mehrheit in Ost und West, eine Partei zu kennen, die in der Lage sei, die Erwartungen erfüllen zu können. Beim Thema «Innere Sicherheit» gibt es eine solche absolute Mehrheit im Westen, bei den Themen «Gesundheitspolitik» und «Milderung der Alltagssorgen» im Osten. Ansonsten ist es offensichtlich Mehrheitsmeinung, dass die Parteien den Anforderungen nicht gerecht werden.

Parteienbild: erstaunliche Präsenz der «Kleinen»

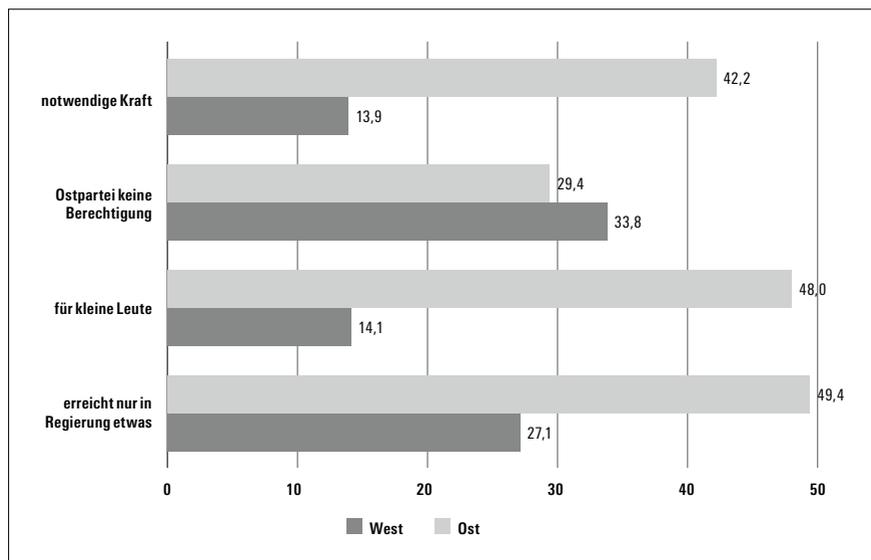
Fragt man nach den Quellen der Entstehung des jeweiligen Parteienbilds, so wird deutlich, dass im allgemeinen die Massenmedien, die regionalen Zeitungen und die «große» Politik die entscheidende Rolle spielen. Es folgen die Landespolitik und die Ausstrahlung wichtiger Persönlichkeiten. Der Kommunalpolitik, öffentlichen Aktionen und persönlichen Kontakten kommt demgegenüber ein geringeres Gewicht zu, Ideen und Vorschläge außerhalb des von den Massenmedien vermittelten Angebots spielen kaum eine Rolle.

Interessant ist, dass die kleineren Parteien eine stärkere öffentliche Präsenz haben, als das ihrem Gewicht in den politischen Kräfteverhältnissen entspricht.

Für die PDS im Osten ergibt sich das besondere Bild, dass hier gegenwärtig der Landespolitik und den regionalen Medien das größte Gewicht zukommt. Es folgen die Ausstrahlung der Persönlichkeiten und dann erst die bundesweiten Massenmedien. Öffentlichen Aktionen, persönlichen Kontakten und sogar den konkreten Ideen und Vorschlägen kommt – im Gegensatz zum generellen Trend – eine relativ große Bedeutung zu. Über die «große» Politik und die Kommunalpolitik wird hingegen

relativ wenig Wirkung erreicht. Im Westen ist die Wahrnehmung der PDS deutlich niedriger als im Osten. Das relativ größte Gewicht für die Wahrnehmung haben hier die Massenmedien, regionale Zeitungen und öffentliche Aktionen.

Abbildung 1: Aussagen zur PDS (in %)



Quelle: vgl. Fußnote 1

Die PDS hat im Osten nach wie vor eine hohe Akzeptanz. 42 Prozent der hier Befragten halten sie für eine notwendige Kraft, 48 Prozent sehen in ihr eine Interessenvertretung für die «kleinen Leute». Im Westen hingegen ist es noch immer eine Mehrheit, die ihr eine Existenzberechtigung überhaupt abspricht. Dennoch sind fast 14 Prozent der im Westen Befragten der Auffassung, dass die PDS eine notwendige Kraft ist.

Niedrige Wahlbereitschaft, viele Wechselwähler

Die Bereitschaft, zu den Wahlen zu gehen und dabei die zuvor gewählten Parteien auch wieder zu wählen, ist mit 47 Prozent im Westen und 36 Prozent im Osten so niedrig wie nie zuvor. Der Anteil der Wechselwähler liegt bei rund 25 Prozent, der der gegenwärtig Unentschlossenen im Westen bei 14 und im Osten bei 18 Prozent, der der voraussichtlichen Nichtwähler im Westen bei 16 und im Osten bei 20 Prozent. Betroffen sind von diesen Entwicklungen alle Parteien, die Prozentzahlen gelten gleichermaßen für Frauen und Männer. Einen besonders großen Anteil an Nichtwählern gibt es bei den ganz Jungen und bei den Arbeitslosen. Die mittleren bis älteren Altersgruppen neigen relativ häufig zur Wechselwahl oder sind gegenwärtig unentschlossen.

Tabelle 2: Was könnten Gründe Ihrer Wahlbeteiligung sein?
(Mehrfachantworten möglich, in %)

Ich wähle/werde wählen, weil ...	West	Ost
aus Gewohnheit	6,3	6,0
Programm überzeugt	17,8	19,2
eng verbunden mit Partei	17,7	13,3
Protest ausdrücken	33,7	38,7
hohe Kompetenz	21,8	19,1
Bürgerpflicht	42,8	28,1
etwas verändern	38,9	39,8
kleinere Übel	39,1	24,2
anderer Grund	9,8	6,4

Quelle: vgl. Fußnote 1

Besonders wichtige Motivationen für das Wahlverhalten sind: eine allgemeine demokratische Orientierung, nach der das Wählen als Bürgerpflicht angesehen wird; die Absicht, etwas verändern zu wollen; oder das Ziel, mit der Wahlentscheidung Protest ausdrücken zu wollen. Eine gewisse Bedeutung haben auch die Wahrnehmung der Parteien, die Verbundenheit mit einer Partei und mit ihrer Programmatik, die Bewertung ihrer Kompetenzen. Aber diese Faktoren rangieren nicht so weit vorn, wie oft angenommen wird.

Bei den Gründen für wechselnde Wahlentscheidungen ragt die Enttäuschung mit Parteien und Politikern heraus. Als Gründe für ein Fernbleiben von den Wahlen werden vor allem allgemeiner Frust und Enttäuschung nach den letzten Wahlen genannt. Betroffen davon sind alle Parteien gleichermaßen.

Problem Nummer 1: der sichere Arbeitsplatz

Die Umfrage bestätigt: Die Menschen nehmen die Probleme in sehr komplexer Struktur wahr, haben ein starkes Empfinden dafür, dass es einen engen Zusammenhang zwischen den jeweiligen Einzelproblemen gibt. Wodurch vermittelt sich – außerhalb der unmittelbaren persönlichen Erfahrung – dieses Bild?

Die wichtigsten Quellen zur politischen Information – so zeigt die Umfrage – sind die Massenmedien. Zwischen Ost und West gibt es dabei nur graduelle Unterschiede. Am häufigsten genutzt werden zur Informationsgewinnung das öffentlich-rechtliche Fernsehen, die Nachrichten des Hörfunks und regionale Tageszeitungen. Auch Gespräche mit Freunden und Kollegen haben Bedeutung. 40 Prozent der Befragten geben dies an. Relativ häufig als Informationsquellen werden außerdem genannt: Privatfernsehen, Magazine, Wochenzeitungen und das Internet – Letzteres im Osten übrigens deutlich seltener als im Westen. Überregionale Tageszeitungen werden etwa

von einem Viertel der Befragten genutzt. Linke Zeitungen und Zeitschriften sind nur für eine Minderheit von Bedeutung.

In der aus unmittelbarer persönlicher Erfahrung und diesen Informationsquellen sich aufbauenden Problemwahrnehmungen hat der sichere Arbeitsplatz oberste Priorität. Andere als besonders dringlich benannte Probleme sind Frieden, Gesundheit, soziale Gerechtigkeit.

Im Osten werden soziale Probleme intensiver reflektiert als im Westen. Sie rangieren vor den wirtschaftlichen Problemen. Die Frage der Angleichung der Lebensbedingungen Ost an West hat im Osten unverändert einen hohen Stellenwert, im Westen nur einen geringen. Als besonders gewichtig benannt werden im Osten auch die Themen politische Mitbestimmung, solidarisches Zusammenleben der Menschen und Bekämpfung des Rechtsextremismus.

Wo bleibt der geschaffene Reichtum?

Klüfte in der Problemwahrnehmung offenbaren sich bei der Frage, wo der geschaffene Reichtum bleibt. 77 Prozent im Osten meinen, er werde als Profit konzentriert, im Westen sind es nur knapp 63 Prozent. Hingegen sind 32 Prozent im Westen der Auffassung, der Reichtum «verschwinde» in der Sozialhilfe – im Osten meinen das nur 16 Prozent. 55 Prozent im Osten sind der Auffassung, der Reichtum werde für Rüstung und Militäreinsätze verwandt – im Westen sind es nur 33 Prozent.

Aber immerhin: Profit und Spekulation werden – trotz der genannten Unterschiede – insgesamt in Deutschland stärker als Ursachen für das «Verschwinden» von Reichtum verantwortlich gemacht als die Sozialkosten oder gar «Sozialmissbrauch».

Zukunftsangst und widerspruchsvoller Veränderungsbedarf

Nur eine Minderheit in Deutschland meint, dass die Gesellschaft stabil sei und die Probleme nur aufgebauscht würden. Mehr als 70 Prozent im Osten und über 50 Prozent im Westen meinen, dass die Gesellschaft auf eine Katastrophe zusteuert, und mehr als 65 Prozent im Westen und über 80 Prozent im Osten artikulieren daher Veränderungsbedarf.

Auf die Frage, wie der Problemstau aufgelöst werden könne, plädiert eine absolute Mehrheit für Dialog, Ideensuche und Bürgerbeteiligung.

Die «harte Tour», bei der die gesellschaftlichen Probleme mit radikalen Einschnitten, mit starker Führung, mit Härte und mit Privatisierungen zu lösen wären, stößt in dieser Eindeutigkeit nur auf wenig Gegenliebe. Nur eine Minderheit spricht sich – in Ost wie in West – für einen solchen Kurs aus. Mehr Akzeptanz finden Projekte wie eine soziale Grundsicherung, eine andere Umverteilung und mehr öffentlicher Diskurs.

[...] Aussagen mit relativierter Zustimmung: Gerade bei der Frage nach den radikalen Einschnitten wurde [...] eine solche relativierte Zustimmung besonders häufig zum Ausdruck gebracht. Berücksichtigt man diese Daten umfassend, schälen sich drei Gruppen mit voneinander deutlich unterschiedenen Antwortmustern heraus:

- Gruppe 1 mit starker Akzeptanz sozial orientierter Konzepte – sozialorientierter Ansatz (20,6%);
- Gruppe 2, in der soziale und diskursorientierte Konzepte gleichermaßen unterstützt werden – sozial- und diskursorientierter Ansatz (36,2%);
- Gruppe 3, die radikalere Konzepte neben anderen unterstützt – radikaler Ansatz (43,2%).

Aus dieser komplexeren Sicht ist nun der radikale Ansatz der am häufigsten vertretene – auch wenn es nicht die absolute Mehrheit ist, die sich für ihn ausspricht. Der sozial- und diskursorientierte Ansatz wird gleichfalls von einer großen Gruppe geteilt, der «nur» sozialorientierte aber deutlich weniger. So spiegelt sich in der Summe nachdrücklich die intensive Wirksamkeit neoliberaler Konzepte und Auffassungen.

Aber eine absolute Mehrheit fordert – wenngleich in unterschiedlich starker Ausprägung – die Entwicklung und Realisierung sozial- und diskursorientierter Strategien! Will Strategien der politischen Mitbestimmung und sozialen Gerechtigkeit, der Umverteilung von oben nach unten und der Öffnung für gesellschaftliche Diskurse. Dass dies alles unsicher bleibt, liegt offensichtlich an den Unschärfen und Überschneidungen in den inhaltlichen Angeboten der Parteien. In der PDS dominiert der sozial- und diskursorientierte Ansatz – der aber ist auch bei den Regierungsparteien SPD und Grünen relativ häufig zu finden. Was also macht seinen konkreten Inhalt aus? Wie klar unterscheidet er sich bei den verschiedenen Parteien voneinander? Welche Sicherheiten vermögen die Parteien gegen die zunehmende Verunsicherung zu setzen? Dies sind Fragen, die sich drängend aus den Umfragen ergeben.

Hohe Erwartungen an die Landespolitik

Angesichts der im Jahr 2004 anstehenden Landtagswahlen – darunter den für die PDS besonders bedeutsamen in den ostdeutschen Ländern Thüringen (im Juni), Brandenburg (im September) und Sachsen (ebenfalls im September) – ist es angezeigt, auf die hohen Erwartungen hinzuweisen, die heute auf die Landespolitik gerichtet sind.

Zwei Aufgaben haben in Ost und West gleichermaßen Priorität: Veränderungen in der Bildungspolitik und die Erwartung, dass gegen Filz und Parteienklüngel in den Ländern vorgegangen wird. Aber auch auf anderen Politikfeldern sind die Erwartungen hoch: bei wirtschaftspolitischen Fragen (Angebote an Investoren, Steuerpolitik), auf dem Feld der Sozialpolitik (Bedürfnisse sozial Schwacher) und bei der Entwicklung der Demokratie (Volksentscheide, Mitspracherecht der Kommunen). Was den Osten betrifft, so ist hier der Erwartungsdruck insgesamt noch deutlich höher als im Westen.

Ob die gegenwärtigen Landesregierungen gestärkt oder ausgewechselt werden sollen, dazu sind die Meinungen überall geteilt. Im Umfeld der PDS wird auf sozialpolitischem Gebiet und bei der Demokratieentwicklung dringlicherer Handlungsbedarf artikuliert als im Umfeld anderer Parteien. Häufiger auch wird ein Wechsel der Landesregierung für notwendig angesehen.

Das Thema «Europa»

Die Europawahlen im Juni rücken auch dieses Thema stärker als sonst ins Interesse der Umfragen. Ganz allgemein lässt sich feststellen: Es gibt in der Bevölkerung nur geringe Kenntnisse über die Europäische Union, ihre Institutionen, ihre Politik und ihre Entwicklung. Am ehesten ist noch bekannt, wie man sich über die Politik der EU informieren kann. Kenntnisse über die Aufgaben des Europäischen Parlaments, die Mitglieder dieses Parlaments oder den Verfassungsentwurf der EU hat nur eine kleine Minderheit.

In einer Rangfolge der für die Zukunft Europas wichtigen Themen ragen ein starker Beitrag der EU für den Frieden, die Selbstständigkeit gegenüber den USA, die Sicherung von Sozialstandards, die Beteiligung der Bürger an der EU-Entwicklung und eine hohe Wertschätzung für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit heraus.

Für eine militärisch starke EU spricht sich hingegen nur etwa ein Drittel der Befragten aus. Große Skepsis – im Westen noch deutlicher als im Osten – gibt es hinsichtlich der Aufnahme weiterer Staaten in die EU. Für wichtig erachtet wird – wenn auch nur mit knapper Mehrheit – die Selbstständigkeit der Regionen.

Bemerkenswert ist, dass es bei diesem Europa-Meinungsbild kaum Differenzierungen nach sozialen und politischen Merkmalen der Befragten gibt.

Besonderheiten im PDS-Umfeld

Bei der Befragung ist die Sonntagsfrage nicht gestellt worden. Der zeitliche Abstand zu den Wahlen im Jahr 2004 war zu groß und es stehen zu den voraussichtlichen Wahlentscheidungen und entsprechenden politischen Kräfteverhältnissen genügend andere Daten zur Verfügung.

Eine umfassende Kommentierung erübrigt sich, sie findet fast täglich statt. Bezüglich der PDS, die in verkürzten Darstellungen häufig nicht genannt wird, ist festzustellen, dass sie sich aus dem Tief, in dem sie seit dem Sommer 2002 bis weit in das Jahr 2003 steckte, allmählich herausbewegt.

Ob sich dieser Trend bestätigt, werden zunächst die Europa- und die Landtagswahlen im Juni zeigen. Die Bereitschaft, sich an den Europa- und Landtagswahlen zu beteiligen, ist im PDS-Umfeld hoch.

Eine gewisse Rolle spielen aber auch Überlegungen, die Partei zu wechseln oder den Wahlen fernzubleiben.

Die beiden [...] Gruppen «PDS-Orientierte» und «PDS-Interessierte» konnten auf der Grundlage von Angaben zusammengefasst werden, die Schlussfolgerungen hinsichtlich einer Interessenvertretung [durch] die PDS (PDS-Orientierte) beziehungsweise eines Interesses [für] die PDS zulassen.

Bei den Wahlmotiven haben Parteiprogrammatik und Verbundenheit mit der Partei eine relativ große Bedeutung, noch größere Bedeutung aber haben das Protestmotiv und der Wunsch, etwas verändern zu wollen. Die Probleme der Gesellschaft werden im Umfeld der PDS ebenso überwiegend kritisch gesehen wie von anderen Teilen der

Öffentlichkeit auch. Ein besonders starkes Problembewusstsein gibt es bezüglich der politischen Mitbestimmung, der sozialen Gerechtigkeit und der Angleichung der Lebensbedingungen zwischen Ost und West. Im Umfeld der PDS werden die Zukunftsaussichten noch pessimistischer beurteilt als anderswo, und der Veränderungsbedarf wird intensiver zum Ausdruck gebracht.

Von den weiter oben genannten drei Ansätzen wirkt im Umfeld der PDS der sozial- und diskursorientierte Ansatz am stärksten. Das gilt vor allem für die PDS-Interessierten.

Bei den PDS-Orientierten ist der «rein» sozialorientierte Ansatz ebenfalls sehr stark ausgeprägt. Bedeutungsvoll ist außerdem, dass der radikal Ansatz von jeweils einem reichlichen Viertel vertreten wird.

Betrachtet man die PDS-Potenziale nach sozialen Merkmalen, so fällt auf, dass Frauen im Kern des PDS-Umfeldes einen hälftigen Anteil haben, aber insgesamt ist für das Umfeld ein Frauendefizit zu konstatieren.

Die jüngere Generation wird gegenwärtig – verglichen mit den Wahlen von 2002 – wieder besser erreicht. Defizite gibt es in den mittleren Generationen, der Anteil der Alten ist relativ groß. Das soziale Profil des PDS-Umfeldes wird durch Studierende und Menschen mit Abitur geprägt, Menschen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen sind unterrepräsentiert. Es gibt Anzeichen dafür, dass die PDS die Gruppe der modernen Produzenten und Dienstleister wieder besser zu erreichen vermag.

Wie man aber insgesamt der allgemeinen Verunsicherung, wie sie durch die Hegemonie neoliberaler Politik und Konzepte entstanden ist, mit schlüssigen Alternativen entgegentreten kann: Dies ist eine Frage, die – wie auch diese Umfrage zeigt – von der Linken nicht beantwortet ist. Sie bleibt die entscheidende Herausforderung – für Parteien wie auch für die zunehmend an Vertrauen gewinnenden Verbände und sozialen Bewegungen.

Fremdenfeindlichkeit in Deutschland

Eine empirisch-soziologische Annäherung

in: UTOPIE kreativ 160, 2004, S. 128–136.

Fremdenfeindlichkeit in Deutschland: Dass es sie gibt, ist unübersehbar. Die soziologische Annäherung an die Problematik kann auf zwei Ebenen erfolgen: *erstens* auf theoretischer Ebene – das ist die Frage nach gesellschaftstheoretischen Erklärungsansätzen, über welche Zusammenhänge Fremdenfeindlichkeit (Meinungen und Verhalten) produziert und reproduziert wird; *zweitens* auf empirischer Ebene – dabei geht es um Fragen des Umfangs und der Verbreitung, der Intensität und der sozialen Verankerung. Hier wird eine empirische Annäherung versucht, es geht also um die empirische Ebene. Dies nicht nur, weil für einen soziologischen Zugang die Bearbeitung dieser eine Voraussetzung für eine Beschäftigung mit den theoretischen Fragen ist, sondern auch, weil es hinsichtlich Umfang und Struktur von Fremdenfeindlich-

keit in Deutschland viele Vermutungen in der Öffentlichkeit, aber wenig exakte Informationen gibt.

Empirische Grundlage sind Daten der ALLBUS, der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften, die von der Arbeitsgemeinschaft sozialwissenschaftlicher Institute alle zwei Jahre mit Samples zwischen 3.200 und 3.500 Befragten erhoben wird. In diesen repräsentativen Erhebungen sind regelmäßig Indikatoren enthalten, in denen nach Meinungen über Ausländer gefragt wird. 1996 war ein großer Komplex in die Untersuchung einbezogen worden.

Man kann natürlich immer bezweifeln, ob sich überhaupt mit diesen Instrumenten eine solche Problematik erfassen lässt und ob die geeigneten Fragen verwendet worden sind. Die Aufgabe ist gestellt, Fremdenfeindlichkeit in Deutschland nach Umfang, unterschiedlichen Typen und Verbreitung in der Bevölkerung empirisch zu analysieren. Ich hoffe, im Folgenden nachweisen zu können, dass das vorliegende Material geeignet ist, die Problematik zu konturieren.

Die Annäherung erfolgt in mehreren Schritten.

Der erste Schritt: ein Zeitvergleich

Bei der ALLBUS wird immer wieder bei der Befragung eine fiktive Situation geschildert: In einer Gaststätte wird ein Mensch offensichtlich nicht deutscher Herkunft vom Wirt nicht bedient und in diskriminierender Weise behandelt. Daran wird die Frage angeschlossen, ob das schlimm sei oder nicht. 1996 meinten im Westen zehn Prozent und im Osten elf Prozent, das sei nicht schlimm, bei der Erhebung im Jahre 2000 fanden im Westen neun Prozent eine solche Diskriminierung nicht schlimm, im Osten waren es nunmehr 15 Prozent. Weitere Fragen werden zum Zuzug und zu Verhaltensanforderungen an Ausländer gestellt. [...] 1996 waren in Ost und West 21 Prozent der Meinung, man solle den Zuzug von Asylbewerbern unterbinden, 2000 war es im Osten bei diesem Wert geblieben, im Westen betrug er nun 16 Prozent. Besonders stark wird der Zuzug von Arbeitskräften abgelehnt, die nicht EU-Bürger sind, 1996 waren es 31 Prozent im Westen und 49 Prozent im Osten, im Jahr 2000 waren das noch 20 Prozent im Westen und fast 40 Prozent im Osten. Dem entspricht auch die Erwartung, dass Ausländer wieder in ihre Heimat zurück sollen, wenn die Arbeit knapp ist, 1996 teilten 18 Prozent im Westen und 31 Prozent im Osten diese Erwartung, im Jahr 2000 waren es noch 14 Prozent im Westen und 21 Prozent im Osten. Rund ein Viertel der deutschen Bevölkerung scheint stabil der Meinung zu sein, man solle Ausländern politische Betätigungen verbieten. Dies zum Einstieg; daraus ist zunächst einmal festzuhalten:

1. Die in der Untersuchung verwendeten klischeehaften Sätze und Gemeinplätze liefern durchaus erste Informationen zum Problem: Zwischen etwa zehn und 30 bzw. 35 Prozent der Bevölkerung in Deutschland haben ein distanzierendes bis diskriminierendes Verhältnis zu Ausländern.

2. Die dabei zum Ausdruck kommende Ablehnung scheint tendenziell im Osten etwas häufiger verbreitet als im Westen, zum Teil geben die Daten Hinweise auf eine Annäherung zwischen West und Ost bei der Verbreitung derartiger Positionen.
3. Der Umfang der beobachteten Meinungen ist im Jahr 2000 gegenüber den für 1996 festgestellten Werten insgesamt keineswegs zurückgegangen, eher deutet sich eine Zunahme an.

In der ALLBUS von 1996 bildete die Untersuchung des Verhaltens zu Ausländern einen größeren Schwerpunkt, sehr viele Fragen waren dem gewidmet. Auf die Aussage im dritten Punkt kam es mir an, weil – wenn es ein zumindest stabiles Phänomen ist – dies rechtfertigt, im Weiteren mit diesen umfangreicheren und differenzierteren Daten von 1996 zu arbeiten.

Der zweite Schritt: Ausländer ist nicht gleich Ausländer

In Deutschland leben Menschen aus vielen Ländern und Regionen. Nun ist es Teil der Alltagserfahrung oder zumindest aus den Medien bekannt, dass Ausländerinnen und Ausländer je nach Herkunftsländern unterschiedlich behandelt werden. Nordamerikaner und Skandinavier anders als Portugiesen, die wiederum anders als Polen oder Menschen vom Balkan und die wieder anders als Sudanesen oder Pakistani. Die Daten von 1996 ermöglichen eine Annäherung an derartige Differenzierungen. Zu fünf Gruppen wurden Fragen gestellt: zu Italienern, Aussiedlern, Asylbewerbern, Türken und Juden. Erfragt wurden Meinungen zu ihnen als Nachbarn, zur Einheirat in die Familie, zu ihren Lebensstilen und zu ihrer Rechtsgleichstellung. [...]

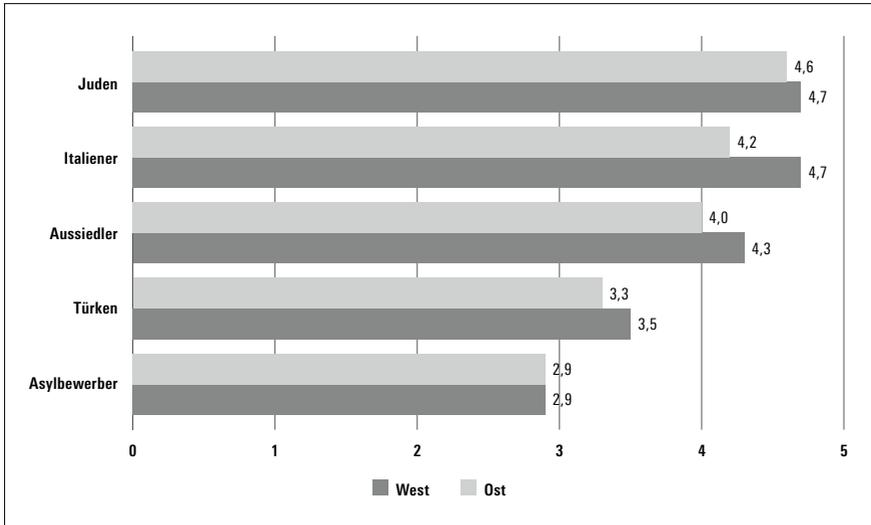
Als relativ am wenigsten unangenehm kann die bloße Nachbarschaft gelten. Italiener und danach Juden und Aussiedler sind als Nachbarn nur relativ wenigen sehr unangenehm. Bei Türken ist das schon deutlich anders, 17 Prozent im Westen und gar 27 Prozent im Osten wollen sie nicht als Nachbarn haben. Viel häufiger ist die Ablehnung von Asylbewerbern im selben Haus, jeweils 30 Prozent lehnen das ab. Signifikant häufiger ist die Abneigung gegen die Einheirat von Personen solcher Herkunft in die eigene Familie. Hervorzuheben ist allerdings, dass die Einheirat eines Italieners in die Familie im Osten 18 Prozent unangenehm wäre, und die Einheirat eines Juden im Westen 17 Prozent und im Osten 19 Prozent. Noch größer sind die Anteile derer, die bei Aussiedlern und vor allem bei Türken und Asylbewerbern starke Unterschiede in den Lebensstilen konstatieren und sich gegen eine Rechtsgleichstellung dieser Gruppen wenden. Insgesamt sind die Ablehnungen zu diesen Fragen im Osten etwas stärker ausgeprägt als im Westen, die Ausnahme sind die Asylbewerber, ihre Ablehnung ist am häufigsten, und sie ist im Westen noch etwas stärker als im Osten.

Nun ist es mit Fragen dieses Typs so eine Sache. Man kann natürlich – zum Beispiel – in der Befragung ganz locker sagen, dass es überhaupt nicht unangenehm wäre, wenn die Tochter einen Asylbewerber heiratet, handelt es sich doch um eine hypothetische Situation. Ganz anders kann es dann aussehen, wenn sie dann tatsächlich einen Kongolesen als zukünftigen Schwiegersohn vorstellt. Aber trotzdem geben

diese Ergebnisse einen Überblick über die Verbreitung von Abneigungen gegenüber Fremden in Deutschland.

Da die Fragen skaliert sind, lassen sich Mittelwerte bilden und diese wiederum lassen sich kumulieren. Das Ergebnis zeigt Abbildung 1. Je kleiner der jeweils ausgewiesene Wert ist, desto stärker gilt die Gruppe als unangenehm, je größer er ist, desto häufiger gilt sie als nicht unangenehm.

Abbildung 1: Meinungen zu Gruppen von Fremden (Mittelwerte kumuliert)



Quelle: ALLBUS 1996; 3.518 Befragte (2.402 West; 1.116 Ost); ALLBUS 2000, 3.138 Befragte (2.036 West; 1.102 Ost)

Deutschland ist ein Land mit einer unheilvollen antisemitischen Tradition, die in entsetzlichen Verbrechen mündete. Gegenwärtig werden in unserer Gesellschaft am stärksten Asylbewerber abgelehnt, auf sie und auf die Türken konzentriert sich die Fremdenfeindlichkeit im Deutschland von heute, auf dunkelhäutige und dunkelhaarige Menschen asiatischer oder afrikanischer Herkunft. Aber auch Aussiedler, Italiener (die für Südeuropäer stehen) und Juden treffen nach diesen Ergebnissen zwar weniger häufig, aber immerhin auch auf Ablehnung oder gar Feindseligkeit.

Der dritte Schritt: Bildung von Typen und differenzierte Analyse

Auf der Basis der dargestellten Daten lassen sich auf unterschiedliche Weise Gruppen bilden. Die Gleichartigkeit der Fragestellungen und der Skalierung ermöglicht es, mit statistischen Mitteln (Clusteranalyse) Gruppen mit gemeinsamen Meinungskonstellationen (mit ähnlichen Antwortrastern) zu bilden. Die statistische Analyse ermittelte

vier derartige Gruppen, die sich nach der Art ihrer Positionierungen zu den Fragen identifizieren ließen. Diese Gruppen sind:

- eine Gruppe mit *liberalen* Positionen, eigentlich libertären, die durchweg Ausländer nicht ablehnt;
- eine Gruppe mit *differenzierten* Positionen (oder widersprüchlichen), die überwiegend nicht ablehnend reagiert, aber in einigen Positionen auch abweicht;
- eine Gruppe mit *distanzierten* Positionen, die Ablehnung ist nicht sehr stark aber durchgängig erkennbar;
- eine Gruppe mit dominierend *ablehnenden* Positionen.

Diese Gruppenbildung ist sehr sinnvoll, um zu analysieren und zu demonstrieren, wie differenziert die Meinungsbildung zu Ausländern in Deutschland ist.

In der gleichen Untersuchung war auch nach Meinungen zu einer ganzen Reihe von Aussagen oder auch Klischees gefragt worden. Das waren:

- durch Ausländer fühlt man sich als Fremder im eigenen Land, sie belasten unser soziales Netz, sie verknapfen den Wohnraum, sie nehmen Arbeitsplätze weg und begehen häufiger Straftaten, aber auch
- Ausländer tun die unschönen Arbeiten, sie bereichern unsere Kultur und stützen die Rentensicherung.

Tabelle 1: Bewertung von Aussagen zu Ausländern 1996 (in %)

	liberal	differenziert	distanziert	ablehnend
durch Ausl. Fremder im eigenen Land				
Zustimmung West	3,0	15,1	16,4	41,5
Ost	5,5	15,5	16,1	35,7
Ausländer belasten unser soziales Netz				
Zustimmung West	6,5	20,6	21,1	47,6
Ost	15,0	36,0	35,2	60,5
Ausländer bereichern unsere Kultur				
Ablehnung West	9,7	21,7	24,7	53,3
Ost	13,1	30,5	27,9	51,1

Quelle: ALLBUS 1996

Ich wähle hier die Ergebnisse zu drei dieser Fragen aus. Sie machen zum einen deutlich, wie klar die ermittelte Gruppenbildung nach den Meinungsbildern trennt. Zum anderen wird erkennbar, wie differenziert diese Meinungsbilder in der deutschen Gesellschaft von heute sind. Es existiert eine kleine Gruppe, in der es faktisch keine Ablehnung von Ausländerinnen und Ausländern gibt. In zwei weiteren Gruppen, die insgesamt reichlich die Hälfte der Bevölkerung umfassen, gibt es einige Vorbehalte gegenüber Fremden, die sich zu einem Teil auf soziale Aspekte der Problematik beziehen, zum anderen aber – so könnte man sagen – keine Nähe wünschen oder die Nähe fürchten. Schließlich wird gleichfalls erkennbar, dass die intensivere Ablehnung von Fremden im Osten vor allem mit sozialen Ängsten zusammenhängen könnte.

Der vierte Schritt: Meinungen zu Juden – antisemitische und rassistische Positionen

Man sollte meinen, dass Menschen in Deutschland ihre Lehren aus der Geschichte gezogen haben und gründlich von früher verbreiteten antisemitischen Traditionen geheilt sind. In derselben Untersuchung wurden vier Indikatoren eingesetzt, um gegenwärtige Meinungen zu Aussagen über Juden zu analysieren. Die Tabelle 2 enthält die Ergebnisse differenziert nach den gebildeten Positiongruppen.

Tabelle 2: Meinungen zu Juden in Deutschland nach Gruppen 1996 (in %)

	liberal	differenziert	distanziert	ablehnend
Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss				
Zustimmung (a) West	7,0	13,3	16,9	34,1
Ost	4,6	5,6	9,9	16,2
Scham über deutsche Untaten an Juden				
Ablehnung (b) West	8,1	10,7	8,5	17,0
Ost	3,2	5,3	3,3	7,0
Juden nutzen deutsche Vergangenheit aus				
Zustimmung (a) West	16,7	32,5	34,2	57,3
Ost	11,4	20,1	22,0	36,8
Juden an Verfolgungen nicht unschuldig				
Zustimmung (a) West	4,6	9,2	7,7	18,8
Ost	4,1	4,6	5,6	12,9

(a) Quelle: ALLBUS 1996

(b) Quelle: ALLBUS 1996

Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass es im heutigen Deutschland sehr wohl antisemitische Meinungen und Ablehnung von Juden gibt. Diese Positionen sind im Westen stärker verbreitet als im Osten. Relativ am stärksten ist insgesamt und in allen Gruppen die Zustimmung zu der Aussage, dass Juden die deutsche Vergangenheit ausnutzen. Sie sind zugleich in der Bevölkerung differenziert und konzentrieren sich in jenen Segmenten mit generell ablehnenden Haltungen gegenüber Ausländern. Das liberale Viertel ist faktisch von antisemitischen Positionen frei. Das differenzierte Viertel und das distanzierte Viertel ähneln im Osten der liberalen Gruppe, im Westen gibt es auch in diesen Teilen der Bevölkerung anti-jüdische Meinungen im Umfang von acht bis 16 Prozent. [...]

Der fünfte Schritt: soziale und politische Differenzierungen

Diese Gruppen wurden nun nach verschiedenen sozialen und demografischen Merkmalen und nach politischen Positionen untersucht. Antisemitische und rassistische Meinungen gibt es im Westen häufiger bei Männern und im Osten häufiger bei Frauen. Sie sind in den jüngeren Altersgruppen nicht überdurchschnittlich verbreitet, eher trifft das auf die älteren Generationen zu. Menschen mit Volks- oder Hauptschulabschluss scheinen für solche Positionen anfälliger. Leicht häufiger sind solche Positionen bei Angehörigen von Dienstleistungsberufen und herstellenden Berufen.

Aber insgesamt gilt festzustellen: Antisemitische und rassistische Meinungen gibt es in allen Gruppen in der Gesellschaft, sie gibt es bei Männern und bei Frauen, in allen Altersgruppen, bei allen Bildungsgraden und allen Berufsgruppen. Sie ziehen sich quer durch die ganze Gesellschaft.

Tabelle 3: Antisemitische und rassistische Positionen nach Walabsicht (in %)

	West			Ost		
	antisemitisch	rassistisch	andere	antisemitisch	rassistisch	andere
CDU/CSU	41,5	35,3	29,9	28,8	31,9	23,4
SPD	29,2	29,1	29,3	25,8	24,6	26,5
FDP	7,0	11,0	9,0	6,1	3,9	5,2
B90/Grüne	8,2	7,1	20,6	7,6	10,8	10,2
PDS		0,2	0,5	12,1	8,2	17,7
REP	1,8	5,2	0,8	1,5	3,9	0,4
andere	1,2	1,2	1,3		0,9	0,8
keine	11,1	10,8	8,4	18,2	15,9	15,9

Quelle: ALLBUS 1996

Und es gibt sie in den Anhängerschaften aller Parteien, im Osten ist der relativ starke Anteil mit antisemitischen Positionen bei PDS-Wählern nicht zu übersehen.

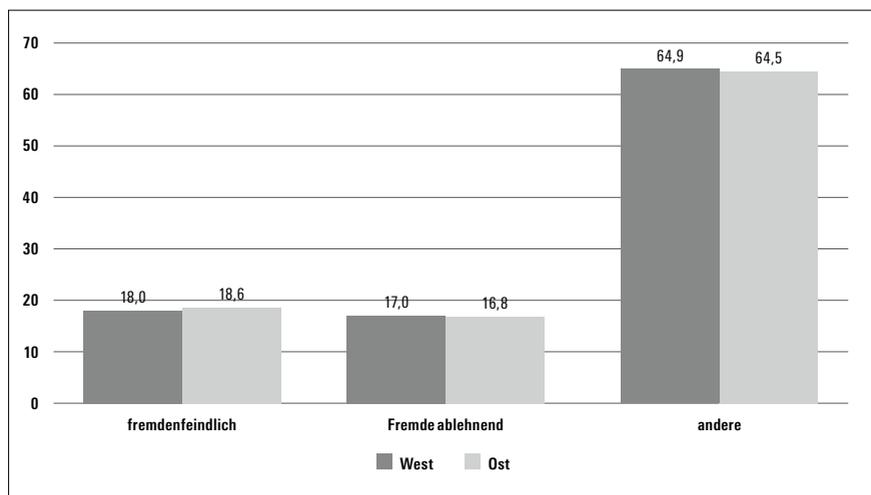
Antisemitische und rassistische Positionen ziehen sich durch alle politischen Lager und Selbstbilder.

Der sechste Schritt: einfach ein Diagramm

Die beiden hier vorgestellten Gruppenbildungen (die nach dem Verhältnis zu Fremden und nach antisemitischen und rassistischen Positionen) lassen sich auch in einen Zusammenhang bringen. Sie korrelieren hoch miteinander, der Kontingenzkoeffizient – ein Maß für die Dichte statistischer Zusammenhänge für nominal skalierte Werte – liegt bei selten zu beobachtenden 0,6.

Daraus lassen sich wiederum Gruppen bilden, deren Darstellung als Zusammenfassung des bisher Gesagten gelten kann.

Abbildung 2: Gruppen nach Stellung zu Fremden in Deutschland 1996 (in %)



Quelle: ALLBUS 1996

Es sind nach diesen Ergebnissen in West und Ost jeweils etwa 18 Prozent, die fremdenfeindliche Positionen einnehmen; weitere jeweils 17 Prozent haben ein ablehnendes Verhältnis zu Fremden. Es ist also reichlich ein Drittel der Deutschen, die distanzierte bis feindselige Gefühle gegenüber Ausländern hegen. Das ist eine erhebliche Größenordnung, die zum einen eine *normale* Sozialisation behindert und damit Integration erschwert und zum anderen auf latente und politisierbare Spannungen in der deutschen Gesellschaft verweist. Das macht die Größe der Aufgabe für alle demokratischen politischen Kräfte in Deutschland deutlich.

Wo, bitte schön, geht es zu Hartz IV?

Die Gegenreformen in Deutschland im Spiegel der öffentlichen Meinung

herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 14/2005, Berlin.

Die gesellschaftliche Realität ist nicht ironisch. Und doch gemahnt es an Ironie, dass ausgerechnet der Mann, mit dessen Namen das bisher umfangreichste Paket an Gegenreformen, des flächendeckenden Umbaus der sozialen Sicherungssysteme und der forcierten Umverteilung von unten nach oben verbunden sind – die Rede ist von Peter Hartz –, im Zusammenhang mit Vorteilsnahme und Korruption als Spitzenmanager im VW-Konzern seinen Hut nehmen musste. Den Armen und Benachteiligten wird genommen, die Gutbetuchten nehmen sich oder erhalten Vorteile, ob mit legalen oder illegalen Mitteln.

Die Stimmung ist schon lange schlecht im Lande, Hartz IV hat sie nicht verbessert. Dieser Text verfolgt das Anliegen, anhand von Befunden der Meinungsforschung die Wahrnehmung und Bewertung der sozialen Situation im Land und der Veränderungen, die mit Beginn des Jahres rechtskräftig geworden sind, zu rekonstruieren. Dabei wird dargestellt, dass sich bei Einführung von Hartz IV eine Mehrheit in der Bevölkerung schlecht informiert fühlt. Die wirtschaftliche Entwicklung wird skeptisch bis pessimistisch bewertet, das Positivste ist noch, dass mit anhaltender Stagnation gerechnet wird. Eine Mehrheit erwartet, dass die Arbeitslosigkeit weiter anwachsen und dass daran Hartz IV auch nichts ändern wird. Insgesamt gibt es für diese Gegenreformen in der Bevölkerung keine mehrheitliche Akzeptanz. Am liebsten würden Mehrheiten es sehen, wenn die gravierendsten Einschnitte wieder rückgängig gemacht würden.

Das Meinungsbild, das hier dargestellt wird, gehört zum Hintergrund, vor dem sich gegenwärtig in Deutschland Veränderungen in den politischen Kräfteverhältnissen abzeichnen. Anders als in vergleichbaren Situationen mit hohen Unzufriedenheitspotenzialen zeichnet sich heute die Möglichkeit ab, dass nicht nur und nicht vor allem die jeweils andere Fraktion der herrschenden politischen Eliten – in dem Fall also die Konservativen und Liberalen – vom Imageverlust der Regierenden profitieren. Diesmal gibt es die Chance, dass die Linken erheblich gestärkt werden und ihre kritischen Positionen und alternativen Konzepte vernehmlicher in den öffentlichen Diskurs einbringen können.

Die Analyse basiert auf Befragungsergebnissen, die vom Meinungsforschungsinstitut EMNID im Laufe des ersten Halbjahres 2005 erhoben wurden, sie sind jeweils für die erwachsene Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland repräsentativ. Die Daten wurden zur Nachnutzung erworben. Sie wurden mit SPSS berechnet und statistisch geprüft.

Informationsdefizite

Dass man außer Staatsbürger, Familienvater, Taxifahrer oder Friseurin, Mitglied in einem Gesangsverein auch noch Angehöriger oder Angehörige einer «Bedarfsgemein-

schaft» ist, das war vor Beginn dieses Jahres den allermeisten Menschen nicht bewusst. Im alltäglichen Sprachgebrauch kam das Wort nicht vor, es war ein Begriff für Spezialisten des Sozialrechts. Das ist beileibe kein belangloser, aber doch nur ein kleiner Teil der Veränderungen, die seit Jahresanfang geltendes Recht in Deutschland sind. Hartz IV ist die kryptische Bezeichnung für den wohl folgenreichsten Umbau der sozialen Sicherungssysteme in der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland.

Nach langwierigen parlamentarischen Prozeduren ist das «Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt» über ein Jahr vor Inkrafttreten im Bundestag verabschiedet worden. Zeit genug, sollte man meinen, die Öffentlichkeit und vor allem die Betroffenen darüber zu informieren, was es im Einzelnen bedeutet und mit sich bringt. Zwar wurde die herrschende Fraktion der politischen Elite nicht müde, sich selbst ob ihrer Reformfreudigkeit öffentlich zu feiern. Ihren politischen Gegnern von rechts ging es darum, ob das alles schon radikal genug sei. In den Medien wurde vor allem über wirkliche oder vermeintliche Pannen bei der Realisierung diskutiert.

Zeitgleich mit der Einführung der neuen Regelungen wurde danach gefragt, wie gut sich die Deutschen darüber informiert fühlen, was da gerade über sie kam. Reichlich 40 Prozent gaben an, dass sie sich ausreichend informiert fühlten, eine Mehrheit von 55 Prozent hielten sich nicht für ausreichend informiert, weitere vier Prozent haben die Frage nicht beantwortet. Dieses Meinungsbild zeugt von verbreiteter Unklarheit und Unsicherheit im Lande. Was da mit dem Etikett «Hartz IV» versehen wurde, ist etwas völlig anderes als «moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt», wie das Gesetz beschönigend getitelt wurde. Weitgehend unbekannt ist, dass das Arbeitslosengeld II (mit dem wiederum beschönigenden Kürzel ALG II) gar kein Arbeitslosengeld ist, denn es ist keine Lohnersatzleistung, sondern eine Sozialleistung. Welche Wirkungen die gesetzlich verankerte Pflicht mit sich bringt, jede auch noch so niedrig vergütete Arbeit annehmen zu müssen, deren Entgelt dann noch größtenteils auf die Leistung angerechnet wird, ist völlig offen. Auf jeden Fall ist damit der Qualifikationsschutz aufgehoben. Mit der Bedarfsgemeinschaft, in der gegebenenfalls jeder, der dazu gerechnet wird, seine Einkommens- und Vermögensverhältnisse aufdecken muss, wird für einen großen Teil der Bevölkerung der Schutz der Privatsphäre faktisch aufgehoben. Mit der Reduzierung der Anspruchsfrist für Arbeitslosengeld auf längstens zwölf Monate ist zudem der Punkt viel schneller erreicht, an dem ALG II beantragt werden muss.

Das alles ist im Vorfeld des Inkrafttretens der neuen Regelungen kaum öffentlich kommuniziert worden. Zusammen mit der ohnehin verbreiteten Erfahrung, dass einerseits immer höhere Steuern und Abgaben zu leisten sind und andererseits im sozialen Bereich immer mehr gekürzt und gestrichen wird, erzeugt das ein wahrgenommenes Informationsdefizit, mit dem sich aber ein Gefühl von Machtlosigkeit und Fremdbestimmung mischt.

In der Bewertung der Informationslage sind die Unterschiede zwischen West und Ost gering.

Im Westen fühlen sich 40 Prozent ausreichend informiert, im Osten sind das mit 45 Prozent etwas mehr. Nicht ausreichend informiert sieht sich im Westen eine Mehrheit von 57 Prozent, im Osten sind das nur 48 Prozent, dazu kommen jedoch sieben Prozent, die diese Frage nicht beantwortet haben.

Es gibt jedoch beachtenswerte Differenzierungen nach sozialen Merkmalen.

Frauen fühlen sich insgesamt deutlich schlechter informiert als Männer. Nur 38 Prozent der Frauen sehen sich als ausreichend informiert an, bei den Männern sind das 45 Prozent; nicht ausreichend informiert empfinden sich 57 Prozent der Frauen und 53 Prozent der Männer. Vor allem in der jüngsten und der jüngeren Altersgruppe sind die Anteile derer besonders hoch (73 bzw. 64%), die ein Informationsdefizit bemängeln. Auch mit dem Bildungsniveau gibt es einen systematischen Zusammenhang: Je niedriger der Bildungsabschluss, desto größer ist der Anteil derer, die sich schlecht informiert fühlen.

Angesichts der tiefgreifenden und umfassenden Veränderungen, die Hartz IV für die sozialen Sicherungssysteme in der Bundesrepublik bewirkt, ist die Tatsache, dass dazu mehrheitlich in der Bevölkerung ein Informationsdefizit artikuliert wird, symptomatisch für Grundstimmungen in der öffentlichen Meinung in der ersten Hälfte des Jahres 2005. Die dafür als verantwortlich angesehen werden, gerieten bis zur Jahresmitte immer stärker in die Kritik und damit unter politischen Druck.

Wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitslosigkeit – Optimisten sind rar

Es gehört zu den Erfolgen der neokonservativen geistigen Offensive der letzten Jahre, im öffentlichen Bewusstsein das Klischee eines mechanischen Wirtschaftsdeterminismus verbreitet und befestigt zu haben: Nur wenn es der Wirtschaft gut geht, kann es in der Gesellschaft positive Entwicklungen geben. Das ist zwar ein klassischer Fall von falschem Bewusstsein, aber das ist außerordentlich handlungsrelevant und damit für die Bewertung politischer Akteure und die Gestaltung der politischen Kräfteverhältnisse von großer Bedeutung.

Dass es in den nächsten Monaten zu einer positiven Wirtschaftsentwicklung in Deutschland kommt, das meint nur eine kleine Minderheit von zehn Prozent. Eine klare Mehrheit von knapp 60 Prozent erwartet, dass es so weiter geht wie bisher, und reichlich 30 Prozent glauben, dass sich die wirtschaftliche Lage im Land in den nächsten Monaten verschlechtern wird. Bezogen auf das ganze Jahr sind die Erwartungen eine Spur optimistischer. Knapp 20 Prozent sind es bei dieser Perspektive, die an eine Verbesserung glauben. Auf der anderen Seite rechnet ebenfalls etwa ein Fünftel mit einer Verschlechterung. Es sind wiederum knapp 60 Prozent, die meinen, es werde sich nichts verändern. Damit ist die mehrheitliche Grundstimmung als Wahrnehmung und Erwartung von Stagnation zu charakterisieren.

Dabei ist die Stimmung im Osten noch deutlich pessimistischer als im Westen.

Im Westen erwarten auch nur elf Prozent eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation, im Osten sind das aber nur fünf Prozent. Im Westen rechnen 59 Prozent

mit Stagnation und 30 Prozent mit einer weiteren Verschlechterung. Im Osten sehen 56 Prozent Stagnation und sogar 38 Prozent eine weitere Verschlechterung voraus.

Diese Differenz zeigt sich auch bei den Erwartungen bezogen auf das ganze Jahr. Auch bei dieser Perspektive gibt es im Osten deutlich weniger Optimisten und mehr Pessimisten als im Westen. Die mehrheitliche Erwartung ist hier wie dort die Stagnation.

Erhebliche Differenzierungen gibt es zwischen den Umfeldern der einzelnen politischen Parteien. Zwar gibt es bei keiner Partei eine Mehrheit von Optimisten, aber es zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Anhängern der Regierungsparteien und denen der Oppositionsparteien. Bei der SPD gibt es mit 34 Prozent die relativ meisten mit einer optimistischen Sicht, immerhin auch 18 Prozent rechnen auf der anderen Seite mit einer Verschlechterung, 44 Prozent erwarten, dass es so bleibt, wie es ist, das ist eine relative Mehrheit, aber sie ist deutlich kleiner als bei anderen Parteien. Im Umfeld der Grünen erwartet ein knappes Viertel eine Verbesserung, drei Viertel sehen Stagnation voraus. Die wenigsten Optimisten gibt es im Umfeld von CDU/CSU, hier erwarten nur 13 Prozent eine Verbesserung, 69 Prozent Stagnation und 18 Prozent eine Verschlechterung. Bei der FDP gibt es ein wenig mehr Optimisten, auch hier erwarten drei Viertel Stagnation. Das negativste Meinungsbild gibt es bei der PDS. Zwar gibt es hier einerseits 19 Prozent mit optimistischer Perspektive, nur 31 Prozent sehen Stagnation vorher, andererseits hat die Mehrheit von 50 Prozent eine pessimistische Sicht.

Bei den Unentschlossenen und den Nichtwählern gibt es signifikant weniger Optimisten, auf der anderen Seite mit jeweils knapp 30 Prozent relativ viele, die eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation vorhersehen.

Noch negativer sind die Erwartungen bezüglich der Entwicklung der Arbeitslosigkeit.

Im Januar war es mit 58 Prozent noch eine absolute Mehrheit, die mit einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit rechnete, 33 Prozent meinten, sie würde gleich bleiben, nur acht Prozent sahen weniger Arbeitslose voraus. Das hat sich bis zum April etwas verschoben. Nun erwartete mit 48 Prozent eine relative Mehrheit einen weiteren Anstieg, 40 Prozent rechneten mit gleich bleibenden Zahlen und elf Prozent mit einem Rückgang. Dabei sind es im Westen wie im Osten jeweils Mehrheiten, die mit einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit rechnen. Im Januar waren im Osten drei Viertel dieser Meinung, das hat sich zum April deutlich verringert, da waren es noch 55 Prozent, und der Anteil derer, die stagnierende Arbeitslosenzahlen vorhersehen hat sich in dieser Zeit von 17 auf 39 Prozent vergrößert. Differenzierungen in diesen Meinungsbildern gibt es vor allem zwischen den Generationen und zwischen den Anhängerschaften der Parteien.

Die Erwartung, dass die Arbeitslosenzahlen weiter steigen, gibt es besonders häufig in den jungen bis mittleren Altersgruppen. Mit zunehmendem Alter wächst der Anteil derer, die mit gleich bleibenden Arbeitslosenzahlen rechnen.

Auch im Umfeld der SPD erwartet eine relative Mehrheit von 46 Prozent einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit. Noch etwas weniger oft wird diese Erwartung im Umfeld der FDP geteilt. In den Umfeldern der anderen Parteien wird die Entwicklung der Arbeitslosigkeit noch deutlich pessimistischer gesehen, am pessimistischsten bei der PDS (81 %) und bei den Nichtwählern (71 %).

Diesem Meinungsbild entsprechend wird die Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung bewertet.

Nur zehn Prozent sind der Meinung, dass die bisherigen Arbeitsmarktreformen ausreichend sind, im Westen elf Prozent, im Osten gar nur sechs Prozent. Eine ganz klare Mehrheit von 84 Prozent halten weitere (andere?) Reformen für notwendig, im Osten sind sogar 87 Prozent dieser Auffassung.

Frauen sehen die Situation noch schärfer als Männer, sie halten zu 86 Prozent weitere Reformen der Arbeitsmarktpolitik für notwendig, Männer zu 83 Prozent. Bei der Analyse nach Altersgruppen gibt es einen interessanten Befund. Die kritischsten Positionen gibt es wiederum in der mittleren Altersgruppe, in der nur vier Prozent die Reformen für ausreichend halten und 90 Prozent weitere Reformen fordern. Darin schlagen sich die Erwartungen bezüglich der eigenen Situation nieder, diese Generation um die 50 herum hat am meisten Grund, den Verlust von Arbeitsplätzen zu fürchten.

Wie wird Hartz IV bewertet?

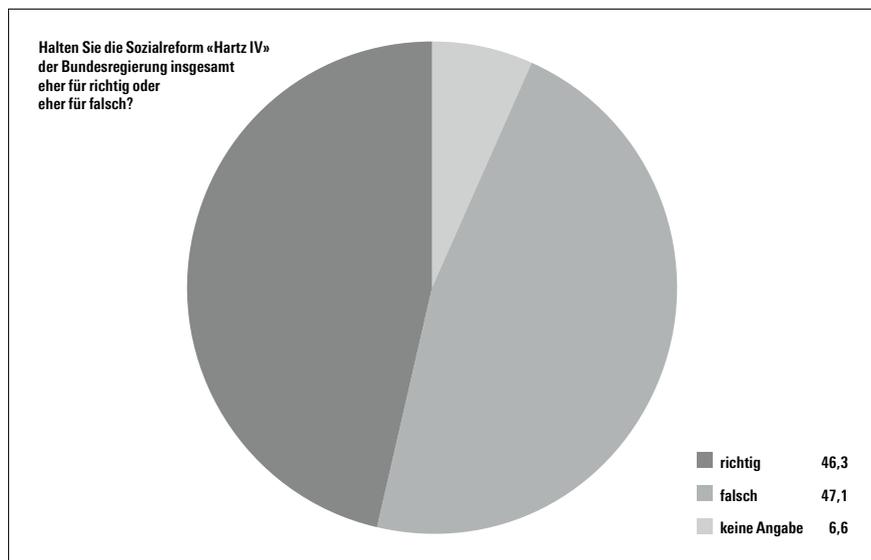
Die bisherigen Reformen sind nicht ausreichend, und das, was es bisher an Reformen gibt, wird als falsch bewertet. Zur Frage, ob die Arbeitsmarktreform Hartz IV langfristig zu einer deutlichen Verringerung der Arbeitslosigkeit führen wird, gibt es ein deutlich ablehnendes Meinungsbild.

Es sind nur 15 Prozent, die von Hartz IV positive Effekte erwarten und an eine Verringerung der Arbeitslosigkeit glauben, die klare Mehrheit von 77 Prozent erwartet solche positiven Effekte nicht. Im Osten wird das noch etwas kritischer gesehen, hier sind es nur zwölf Prozent, die an die versprochenen Verbesserungen glauben, und 86 Prozent, die das bezweifeln.

Differenzierungen gibt es nach Geschlecht und Alter. Es sind wiederum die Frauen, die das Reformpaket Hartz IV kritischer sehen, nur zwölf Prozent von ihnen meinen, dass Hartz IV greifen wird (Männer 18 %), 80 Prozent bezweifeln, dass es zu einer Verringerung von Arbeitslosigkeit führen wird. Nach Alter ist es wiederum die mittlere Generation, die das kritischste Urteil äußert, von ihnen sind nur zwölf Prozent der Meinung, dass Hartz IV zu einer Verringerung von Arbeitslosigkeit führen wird, 87 Prozent bezweifeln das. Diese Altersgruppe ist also nicht nur am pessimistischsten hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Arbeitslosigkeit, sie bezweifelt auch am allermeisten, dass Hartz IV daran etwas zum Positiven ändern kann. Und doch sind in der Bevölkerung die Meinungen zu Hartz IV geteilt.

Es ist jeweils knapp die Hälfte, die die Sozialreformen Hartz IV als richtig ansehen (46%) oder im Gegenteil als falsch bewerten (47%). Weitere sieben Prozent haben die Frage nicht beantwortet. Man kann somit insgesamt mindestens sagen, dass es in Deutschland keine überwiegende Akzeptanz zu Hartz IV gibt.

Abbildung 1: Akzeptanz von Hartz IV (in %)



Quelle: EMNID 2005

Differenzierungen gibt es vor allem wiederum zwischen Männern und Frauen und nach politischen Orientierungen. Wiederum sind es die Frauen, die die kritischere Sicht haben, nur 38 Prozent von ihnen halten Hartz IV für richtig, 55 Prozent bewerten es als falsch. Bei den Männern sind die Mehrheitsverhältnisse umgekehrt, 55 Prozent halten Hartz IV für richtig und 39 Prozent für falsch. In den Umfeldern von SPD und Grünen, deren Koalition die Gegenreformen zu verantworten hat, gibt es jeweils leichte Mehrheiten, die Hartz IV für richtig halten, aber auch da gibt es starke Gruppen, die das als falsch bewerten. Etwa ausgeglichene Meinungsbilder gibt es in den Umfeldern von CDU/CSU und FDP. Eine ganz klare Ablehnung kommt von den Anhängern der PDS, 94 Prozent teilen sie und nur fünf Prozent halten Hartz IV für richtig. Bemerkenswert sind auch die Meinungen bei den Nichtwählern, in dieser Gruppe lehnen zwei Drittel Hartz IV ab und nur ein Drittel stimmt zu.

Wie die Meinungen in der deutschen Öffentlichkeit zu den Gegenreformen auf sozialem Gebiet sind, die die Regierungskoalition in den letzten Jahren durchgesetzt hat, lässt sich exemplarisch an der Bewertung der Verringerung der Anspruchsfristen

für ältere Arbeitslose demonstrieren: Es sind klare Mehrheiten von über 90 Prozent in Ost und West, die dafür sind, die Anspruchsfristen auf Arbeitslosengeld für ältere Lohnarbeiter wieder zu verlängern und die mit Hartz IV durchgesetzte Verkürzung damit wieder zurückzunehmen.

Informationen zur Umfeldbeobachtung 3/2005

Im Auftrag des Wahlbüros der PDS, Ausgabe 11.8.2005 (bislang unveröffentlicht). Fünf Wochen vor den vorgezogenen Neuwahlen hält der positive Trend für das neue Linksbündnis an.

- Auch die veränderte Fragestellung nach der Wählbarkeit der Liste der Linkspartei. PDS ergibt eine anhaltend große Akzeptanz und großes Interesse. Die Linken erhalten bei der Sonntagsfrage einen Anteil von gegenwärtig deutlich über zehn Prozent, zwar sind Umfragen keine Wahlen, aber bei schlechten Umfrageergebnissen wäre ein gutes Wahlergebnis sehr unwahrscheinlich.
- Nach den gegenwärtigen Ergebnissen könnten die Linken diesmal von den wechselnden Wahlentscheidungen profitieren, der Zulauf kommt vor allem von der SPD, aber zunehmend auch von anderen Parteien, und er kommt – besonders zu beachten – in beachtlichem Umfang von den Nichtwählern und den Unentschlossenen.
- Dem Linksbündnis könnte etwas gelingen, womit sich die Linken einschließlich der PDS in den letzten Jahren schwer getan haben: Kompetenz für die Gestaltung der Zukunft zu zeigen und damit auch wahrgenommen zu werden.

Das alles sind Momentaufnahmen, es muss weiterhin systematisch beobachtet werden, wie sich das in den nächsten Wochen entwickelt, vor allem in der Phase des heißen Wahlkampfes. Deshalb werden auch weiterhin in regelmäßigen Abständen geeignete Indikatoren bei EMNID in Auftrag gegeben, befragt werden insgesamt jeweils 1.000 zufällig ausgewählte erwachsene Personen. Die Daten, die in dieser Ausgabe vorgestellt und interpretiert werden, wurden in der ersten Augustwoche erhoben, sie wurden mit SPSS berechnet und statistisch geprüft. Die Ergebnisse sind für die Bundesrepublik Deutschland repräsentativ.

Die Frage nach der Wählbarkeit der Linken musste diesmal anders gestellt werden als zuvor, gefragt wurde nach der Wählbarkeit der «Liste der Linkspartei.PDS mit Gregor Gysi und Oskar Lafontaine an der Spitze». Die Ergebnisse bleiben etwa im Schwankungsbereich der Vorwochen.

Insgesamt äußern sich in Deutschland etwa 18 Prozent positiv zur Wählbarkeit der Linken. Das ist deshalb bemerkenswert, weil sich diesmal die Frage auf die Listen der Linkspartei.PDS bezog, auf denen auch Mitglieder der WASG kandidieren. Neun Prozent können sich «sicher» und weitere neun Prozent «eher» vorstellen, die Linke zu wählen. Die wahrscheinlichen und die möglichen Linkswähler stellen sich damit über die Wochen insgesamt als relativ stabil dar. Im Westen und im Osten sind

Schwankungen erkennbar. Gegenüber den Ergebnissen von Mitte Juli ist im Westen der Anteil der möglichen Linkswähler etwas zurückgegangen. Im Osten zeichnen sich hingegen in beiden Potenzialen kräftige Zuwächse ab, zusammen sind es diesmal fast 40 Prozent. Man kann daraus schließen, dass sich das Potenzial der *wahrscheinlichen* Linkswähler insgesamt zwischen 7,5 und neun Prozent bewegt (West zwischen 6 und 7%; Ost zwischen 13 und 19%), der Anteil der *möglichen* Linkswähler liegt in Deutschland insgesamt bei etwa neun Prozent (West zwischen 6,5 und 9%, Ost zwischen 13 und 20%). Das muss sicher auch weiterhin beobachtet werden. Aber gegenwärtig deutet vieles darauf hin, dass die sich in diesen Ergebnissen ausdrückende Akzeptanz für das Linksbündnis ein «variables» Ereignis ist, es ist in der Größenordnung nach wie vor beachtlich, aber es ist verbreitet noch nicht in den Einstellungen befestigt.

Bei den Wahlabsichten setzt sich der positive Trend für die Linken fort. Danach bleibt die SPD weiter bei 27 bis 28 Prozent, CDU/CSU behalten ihren Vorsprung, aber auch ihr Wert geht weiter auf nunmehr 40 Prozent zurück. Die Linken können weiterhin zulegen, ihr Anteil stieg von neun Prozent Ende Juni und zehn Prozent Ende Juli auf nunmehr knapp 14 Prozent. Der Zuwachs erfolgt dabei vor allem im Westen, hier stieg der Anteil der Linkspartei.PDS von knapp vier Prozent Ende Juni auf jetzt neun Prozent. Aber auch im Osten kann die Linke weiter zulegen von 27 Prozent Mitte Juli auf jetzt 30 Prozent.

Es bleibt weiterhin von Interesse, woher diese Zuwanderungen kommen.

Tabelle 1: Wählbarkeit der Linkspartei nach Recall (in %)

	sicher ja	eher ja	eher nicht	bestimmt nicht	keine Antwort
SPD	41,9	35,6	28,6	32,8	14,3
CDU/CSU	23,3	13,3	24,6	39,2	35,7
B90/G	2,3	20,0	9,5	6,0	
FDP			4,8	3,4	
PDS	9,3	6,7			
rechte			1,6		
sonstige			0,8	1,5	
nicht gewählt	11,6	15,6	12,7	7,2	21,4
weiß nicht			8,7	4,5	7,1
nicht berücksichtigt	11,6	8,9	8,7	5,3	21,4

Quelle: EMNID 2005

Je mehr sich das Umfeld der Linken ausweitet, desto geringer wird der relative Anteil, den bisherige Stammwähler der PDS daran bilden. Es bleibt dabei: Die Masse des Zuwachses kommt aus der früheren Wählerschaft der SPD. Es scheint sich der Eindruck zu verfestigen, dass es daneben in erheblichen Umfang Wechselwähler sind, die zuvor zwischen SPD und CDU/CSU wanderten und die nun auch die Linken ins Kalkül ziehen. Weiterhin sollte unbedingt beachtet werden, dass die Linken gegenwärtig vorherige Nichtwähler und Erstwähler relativ intensiv mobilisieren könnten. Die Daten zum aktuellen Wahlverhalten bestätigen diese Tendenzen.

Tabelle 2: Wählbarkeit der Linkspartei nach aktuellem Wahlverhalten (in %)

	sicher ja	eher ja	eher nicht	bestimmt nicht	keine Antwort
Wiederwahl	9,1	30,4	40,2	55,1	33,3
Wechselwähler	68,2	39,1	26,8	16,7	26,7
Unentschlossene	13,6	21,7	26,8	15,6	26,7
Nichtwähler	9,1	8,7	6,3	12,5	13,3

Quelle: EMNID 2005

Das engere Umfeld wird gegenwärtig in hohem Maße durch Wechselwähler geprägt, mehr als zwei Drittel haben zuvor andere Parteien gewählt. Im weiteren Umfeld ist der Anteil der Stammwähler deutlich höher (Frage: Kann es sein, dass der jetzige große Zulauf bisherige Stammwähler irritiert?), allerdings stellen auch hier die Wechselwähler die relativ größte Gruppe. Dieser Analyseschnitt bestätigt zugleich, dass bisher Unentschlossene und Nichtwähler gegenwärtig ein beträchtliches Interesse an den Linken artikulieren.

Hinsichtlich der sozialen Differenzierungen setzten sich insgesamt die Tendenzen fort, die in den letzten Ausgaben dargestellt worden waren. Sie sollen hier kurz reflektiert werden. In den letzten Jahren hatte das Umfeld der PDS eine spezifische soziale Profilierung erhalten. Es wurde (und wird) vor allem durch zwei soziokulturelle Milieus geprägt:

Das ist *zum einen* ein Milieu mit Bindung an die traditionelle Arbeiterbewegung, das ist männlich dominiert, umfasst vor allem die mittleren und älteren Generationen, umfasst Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen, hat hohe Anteile an gewerkschaftlich Organisierten und auch hohe Anteile von Nichtberufstätigen. In diesem Milieu dominiert eine traditionell soziale Orientierung auf Solidarität und Gerechtigkeit, aber zugleich auch auf Fleiß und Wohlstand.

Das ist *zum anderen* ein Milieu moderner Dienstleister und Produzenten. Hier gibt es höhere Anteile von Frauen, junge bis mittlere Generationen überwiegen, diese Gruppe ist gut qualifiziert und überwiegend berufstätig. Dieses Milieu ist gleichfalls auf Solidarität und Gerechtigkeit orientiert, zugleich aber auch auf Kreativität und Selbstverwirklichung.

Diese beiden Milieus machen nicht das gesamte Umfeld aus, es gibt daneben auch andere Gruppen, sie bilden aber die Kernstruktur. Das Besondere an der aktuellen Ausweitung des Umfeldes der Linken ist, dass sie sich nicht in erster Linie als Profilerweiterung realisiert. Der Zuwachs erfolgt vor allem gerade aus diesen beiden Milieus, diese werden jetzt durch die Linken intensiver ausgeschöpft. Das macht es einerseits für die Linken zum Teil leichter; weil die neuen Zielgruppen nicht so unbekannt sind. Andererseits bleibt es auch schwierig, weil bekannt ist, dass es zwischen diesen beiden Milieus erhebliche latente Spannungen gibt.

Die Zuschreibung von *Zukunftskompetenz* (oder ihre Nichtzuschreibung) ist für die Wahlentscheidung letztlich von erheblicher Bedeutung, das ist es umso mehr, je mehr in der Gesellschaft Krisenbewusstsein verbreitet ist. Deshalb wurde bei dieser Erhebung dazu ein Indikator eingesetzt. Es ist insgesamt eine relative Mehrheit von 40 Prozent, die die Meinung vertritt, dass kein (partei-)politischer Akteur in der Lage ist, zu einer positiven Gestaltung der Zukunft beizutragen, das ist im Westen wie im Osten so. Im Westen wird gegenwärtig einer CDU-geführten Regierung am ehesten (von 29 %) in diesem Sinne Zukunftskompetenz zugesprochen, eine SPD-geführte Regierung rangiert mit 19 Prozent deutlich dahinter. Eine linke Opposition gilt gegenwärtig in Deutschland insgesamt mit acht Prozent als drittstärkste Kraft hinsichtlich ihrer Kompetenz, zu einer positiven Gestaltung der Zukunft beizutragen. Im Osten erreicht sie dabei mit fast 20 Prozent den Spitzenwert (eine SPD-geführte Regierung 16,5 %, eine CDU-geführte Regierung 15,5 %). Aber auch im Westen sprechen mehr als fünf Prozent der linken Opposition Zukunftskompetenz zu.

Wie stellt sich das nun in den Umfeldern der Parteien dar?

Tabelle 3: Wer ist nach Ihrer Meinung am ehesten in der Lage, zu einer positiven Gestaltung der Zukunft unserer Gesellschaft beizutragen? (nach Wahlabsicht, in %)

	eine CDU-geführte Regierung	eine SPD-geführte Regierung	eine starke linke Opposition	Protest von rechts	niemand	keine Antwort
SPD	3,8	54,8	7,7		16,9	9,1
CDU	72,3		15,4		16,9	13,6
B90/G	2,3	17,2	10,3		1,5	4,5
FDP	4,6	9,7			4,6	
PDS	1,5	4,3	48,7		9,7	
rechte				77,8	0,5	
sonstige					3,1	
weiß nicht	14,6	9,7	10,3	22,2	36,9	54,5
keine	0,8	4,3	7,7		9,7	18,2

Quelle: EMNID 2005

Insgesamt bildet sich in den Ergebnissen eine Lagerbildung ab. Die einer CDU-geführten Regierung die meiste Zukunftskompetenz zusprechen, wählen mehrheitlich auch CDU/CSU. Die dies für die SPD-geführte Regierung tun, wählen SPD oder auch die Grünen. Bei der linken Opposition ist das anders. Etwa die Hälfte derer, die der linken Opposition zuerkennen, für die Zukunft etwas bewirken zu können, kommt aus der aktiven Wählerschaft der Linkspartei.PDS. Die andere Hälfte wird gebildet von Anhängern anderer Parteien, von Unentschlossenen und Nichtwählern, das heißt, die Akzeptanz der Zukunftsfähigkeit der Linken geht weit über das eigene Umfeld hinaus. Das ist neu, bei Imageanalysen der vergangenen Jahre kam regelmäßig heraus, dass die Werte für die PDS weit unter ihren Wahlergebnissen lag, was bedeutete, dass nicht einmal die eigene Wählerschaft der Partei zutraute, zur Zukunftsgestaltung beitragen zu können.

Zusammenfassende Bemerkungen

Erstens: Die Potenziale der wahrscheinlichen und der möglichen Linkswähler gehen nach wie vor weit über die Anteile hinaus, die die PDS bei vergangenen Wahlen hatte mobilisieren können. Aber sie schwanken in ihrem Umfang, das heißt, sie haben sich bisher nicht festigen können. Bei der Sonntagsfrage zeichnet sich anhaltend eine ansteigende Tendenz für die Linken ab.

Zweitens: Mit der Liste der Linkspartei.PDS, auf der auch Mitglieder der WASG kandidieren, können in großem Umfang neue Wähler gewonnen werden. Sie kommen vor allem aus dem früheren Umfeld der SPD, zunehmend aber auch von der CDU. Vor allem zeigen sich Chancen, Nichtwähler und Unentschlossene mit linken Politikangeboten mobilisieren zu können.

Drittens: Auch mit der Erweiterung des Wählerpotenzials hat die Linkspartei ihre Wurzeln vor allem in zwei soziokulturellen Milieus – einem Milieu der traditionellen Arbeiterbewegung und einem Milieu moderner Dienstleister und Produzenten. Die Erweiterung erfolgt also weniger per Profilerweiterung, sondern vor allem, indem diese Milieus intensiver mobilisiert werden.

Viertens: Zukunftskompetenz hat in den letzten Jahren kaum zum Image der PDS gehört. Für eine sich neu formierende linke Opposition könnte sich das ändern. Überraschend große (relativ große) Anteile in West und Ost sprechen einer linken Opposition die Fähigkeit zu, zu einer positiven Gestaltung der Zukunft der Gesellschaft beizutragen.

Informationen zur Umfeldbeobachtung 4/2005

Im Auftrag des Wahlbüros der PDS, Ausgabe 25.8.2005 (bislang unveröffentlicht).

Auch drei Wochen vor den vorgezogenen Neuwahlen gibt es für die Linken in Deutschland hinreichend Grund für Optimismus.

- Die Potenziale der wahrscheinlichen und der möglichen Linkswähler scheinen sich gegenwärtig bei insgesamt etwa 18 Prozent zu stabilisieren. Immer noch zeichnen sich für die Linken relativ gute Chancen für ein Wahlergebnis um die zehn Prozent ab.
- Auch nach den aktuellen Ergebnissen könnten die Linken diesmal von den wechselnden Wahlentscheidungen profitieren, der Zulauf kommt vor allem von der SPD, aber zunehmend auch von anderen Parteien, und er kommt – besonders zu beachten – in bemerkenswertem Umfang von den Unentschlossenen. Deren Verhalten dürfte für die Linken wahlentscheidend sein.
- Das Linksbündnis hat auf dem heiß umkämpften Feld der sozialen Gerechtigkeit gute und starke eigene Positionen. Die Linken müssen bei diesem Thema präsent bleiben.

In den verbleibenden Wochen bis zu den Wahlen werden die empirischen Beobachtungen des Umfeldes linker Politik fortgesetzt. Noch einmal werden die entsprechenden Indikatoren für eine Befragung durch EMNID in Auftrag gegeben. Befragt werden insgesamt jeweils 1.000 zufällig ausgewählte erwachsene Personen. Die Daten, die in dieser Ausgabe vorgestellt und interpretiert werden, wurden in der dritten Augustwoche erhoben, sie wurden mit SPSS berechnet und statistisch geprüft. Die Ergebnisse sind für die Bundesrepublik Deutschland repräsentativ.

Die Frage nach der Wählbarkeit der Linken war auch für die Aufgabe entwickelt und eingesetzt worden, als Instrument der Frühwarnung zu fungieren. Diese Aufgabe hat dieser Indikator bisher erfüllt. Das Ergebnis ist dabei negativ: *Es gibt nichts zu warnen*. Die Ergebnisse der aktuellen Erhebung bleiben etwa im Schwankungsbereich der Vorwochen, die große Akzeptanz für das neue Linksbündnis ist bemerkenswert stabil.

Insgesamt äußern sich auch weiterhin in Deutschland etwa 18 Prozent positiv zur Wählbarkeit der Linken. Acht Prozent können sich «sicher» und weitere zehn Prozent «eher» vorstellen, die Linke zu wählen. Im Westen und im Osten gibt es auch weiterhin Schwankungen. Gegenüber den Ergebnissen von Anfang August ist im Westen der Anteil der wahrscheinlichen Linkswähler etwas zurückgegangen (von 6 auf 5 %), der Anteil der möglichen Linkswähler ist mit sieben Prozent stabil geblieben. Im Osten setzen sich insgesamt die Zuwächse fort, zusammen sind es diesmal über 40 Prozent (19 % «sicher» 23 % «eher»). Drei Wochen vor den Wahlen sind diese Ergebnisse relevant, weil sie signalisieren, dass die Akzeptanz für das neue Linksbündnis auch weiterhin relativ hoch und bisher zugleich ziemlich stabil ist. Das kann sich aber in der jetzt begonnenen Phase des «heißen» Wahlkampfes durchaus noch ändern.

Zu den Wahlabsichten sind die aktuellen Ergebnisse ähnlich zu charakterisieren. CDU/CSU behalten ihren Vorsprung und bleiben weiter bei 40 Prozent. Die FDP

kann sieben Prozent erreichen. Für die SPD zeichnet sich in den letzten beiden Wochen ein Anstieg ab, von 26 Prozent auf 31 Prozent. Die Grünen liegen bei sieben Prozent. Es bleibt zwar bei der Ungleichgewichtigkeit der Lager (Schwarz-Gelb bei 47 %, Rosa-Grün bei 38 %), aber der Abstand hat sich verringert. Die Ergebnisse für die Linken sind in dieser Erhebung anders als sie in der vergangenen Woche aus anderen Quellen durch die Medien gingen. Der Anteil der Linkspartei.PDS bleibt zweistellig und liegt gegenwärtig bei elf Prozent. Auf diesem Level zwischen zehn und elf Prozent scheint sich das im Trend einzupegeln. Bemerkenswert sind dabei, dass die Ergebnisse im Westen über sechs Prozent liegen, im Osten bleiben sie bei 30 Prozent.

Diese Stärkung hängt auch weiterhin vor allem damit zusammen, dass Wählerinnen und Wähler von der SPD abwandern. Über 40 Prozent des engeren Umfeldes kommen aus der früheren Wählerschaft der SPD, 16 Prozent von CDU/CSU und elf Prozent von den Grünen. Nur jeder Sechste in diesem Potenzial hat auch vorher schon PDS gewählt. Im weiteren Umfeld kommen 19 Prozent von der SPD, 25 Prozent von CDU/CSU und sechs Prozent von den Grünen. Bemerkenswert bleibt, dass über 40 Prozent der wahrscheinlichen Linkswähler von den Unentschlossenen kommen, im weiteren Umfeld kommen sogar 42 Prozent aus der Gruppe der bisherigen Nichtwähler. Damit bleibt es auch weiterhin dabei, dass das Linksbündnis in großem Ausmaß neue Wählergruppen zu mobilisieren vermag, bemerkenswert ist die Akzeptanz bei Unentschlossenen und Nichtwählern, hier liegen zugleich aber auch mögliche Schwankungen und Unsicherheiten.

Gegenwärtig können die Linken vor allem von wechselnden Wahlentscheidungen profitieren.

Vor allem die Gruppe der wahrscheinlichen Linkswähler wird durch Wechselwähler geprägt, zwei Drittel von ihnen gehören dazu, 27 Prozent sind vorherige Stammwähler der PDS. Bei den möglichen Linkswählern liegt der Anteil der Wechselwähler mit 36 Prozent deutlich niedriger, der Anteil der Stammwähler macht hier 30 Prozent aus, aber der Anteil der Unentschlossenen liegt gleichfalls bei 30 Prozent und ist damit auch weiterhin außerordentlich hoch. Nichtwähler haben einen Anteil von drei beziehungsweise vier Prozent. Diese Ergebnisse bestätigen, dass bisher Unentschlossene und Nichtwähler gegenwärtig ein bemerkenswertes Interesse an den Linken artikulieren.

Hinsichtlich der sozialen Differenzierungen setzten sich insgesamt die Tendenzen fort, die in den letzten Ausgaben dargestellt worden waren. Es bleibt dabei, dass das Umfeld der Linken vor allem durch zwei soziokulturelle Milieus geprägt wird, ein Milieu mit Bindung an die traditionelle Arbeiterbewegung und ein Milieu moderner Dienstleister und Produzenten (siehe Informationen zur Umfeldbeobachtung 3/2005, hier S. 181 ff.).

Im engeren Umfeld gibt es nach wie vor ein Frauendefizit, Männer sind hier überrepräsentiert. Zugleich sind hier die mittleren Generationen und mittleren Bildungsabschlüsse sehr stark vertreten. Im weiteren Umfeld ist ein ausgewogenes Geschlechter-

verhältnis zu konstatieren, zugleich dominieren hier die jüngeren Generationen und die oberen Bildungsabschlüsse.

Dieser Befund, der die Ergebnisse vorangegangener Analysen bestätigt, hat Konsequenzen für die Präsentation von Politik und politischem Personal bis hin zu Wahlwerbung und ihrer Ästhetik: Immer muss beachtet werden, dass möglichst beide Kulturen angesprochen und «bedient» werden – eine traditionelle linke Kultur und eine moderne linke Kultur.

Bei dieser Erhebung wurde wieder danach gefragt, welche Partei sich am glaubwürdigsten für soziale Gerechtigkeit einsetzt. Als diese Frage vor vier Wochen gestellt wurde, waren 28 Prozent der Meinung, dass kein (partei-)politischer Akteur sich glaubwürdig für soziale Gerechtigkeit einsetze, 17 Prozent sprachen dies CDU/CSU zu und 15 Prozent der SPD. Das hat sich erheblich verändert. Jetzt sind es jeweils 25 Prozent, die die Meinung artikulieren, dass sich CDU/CSU beziehungsweise SPD glaubwürdig für soziale Gerechtigkeit engagieren. Nur noch 19 Prozent vertreten die Auffassung, dass dies für keine Partei zutreffe. Soziale Gerechtigkeit ist in diesem Wahlkampf ein Schwerpunktthema, dabei ist es offensichtlich sowohl den Konservativen als auch den Sozialdemokraten gelungen, Boden gutzumachen und sich ihren Klientelen als Anwälte für soziale Gerechtigkeit zu präsentieren. Die Positionen des Linksbündnisses scheinen von den forcierten Selbstdarstellungen der anderen bisher nicht betroffen, vor vier Wochen waren es elf Prozent und jetzt sind es knapp zwölf Prozent, die den Linken glaubwürdiges Engagement für soziale Gerechtigkeit zusprechen.

Wie stellt sich das nun in den Umfeldern der Parteien selbst dar?

Insgesamt verweisen die Ergebnisse darauf, dass die bestehende politische Lagerbildung in Deutschland in den Auffassungen zu sozialer Gerechtigkeit (Deutungen und entsprechende politische Erwartungen) Entsprechungen findet und darin gegenwärtig eine Grundlage hat.

Tabelle 1: Welche der folgenden Parteien setzt sich Ihrer Meinung nach am glaubwürdigsten für soziale Gerechtigkeit in der Gesellschaft ein? (nach Wahlabsicht, in %)

	CDU/CSU	SPD	Links-Bündnis	Grüne	FDP	keine
SPD	6,9	53,3	16,4	26,3	5,6	13,2
CDU	72,4	15,6	3,6	15,8	66,7	16,5
B90/G		4,9	1,8	36,8		6,6
FDP	5,2	7,4	1,8	5,3	16,7	1,1
Linke	0,9	4,1	52,7			1,1
rechte			5,5		5,6	1,1
sonstige						7,7
weiß nicht	10,3	10,7	12,7	5,3	5,6	20,9
keine	4,3	4,1	5,5	10,5		31,9

Quelle: EMNID 2005

Drei Viertel derer, die CDU/CSU glaubwürdiges Engagement zusprechen, sind auch Wähler dieser Partei. Ähnlich sind die Ergebnisse für die FDP. Die in dieser Partei einen Akteur für soziale Gerechtigkeit sehen, sind zu zwei Dritteln CDU-Wähler. Von denen, die dieses Engagement bei der SPD erkennen, wählt reichlich die Hälfte auch die SPD, aber hier wählen auch 16 Prozent CDU. Bei den Grünen ist das differenzierter, nur ein kleiner Teil der eigenen Klientel sieht in den Grünen eine Partei für soziale Gerechtigkeit, sie finden zu diesem Aspekt aber auch Zustimmung aus den Umfeldern anderer Parteien. Die dem Linksbündnis glaubwürdiges Engagement für soziale Gerechtigkeit zusprechen, wählen zu 53 Prozent auch die Linken, aber zu reichlich 16 Prozent die SPD, hier gibt es also noch Reserven. Zu beachten ist weiterhin, die Akzeptanz der Linken aus der Gruppe der Unentschlossenen in diesem Zusammenhang.

Im Kampf um Deutungen ist soziale Gerechtigkeit ein Schwerpunktthema, heute vielleicht mehr als zuvor. Es ist ein Thema, das die Gesellschaft spaltet, es beeinflusst Wahlentscheidungen, aber natürlich nicht allein. Die Interpretation der sozialen Gerechtigkeit als Leistungsgerechtigkeit hat gegenwärtig in der Gesellschaft relativ starke Positionen. Hier ist für Linke unmittelbar wenig zu holen, es sei denn, dieses Deutungsmuster wird in der öffentlichen Meinung insgesamt zurückgedrängt. Stark sind aber auch Auffassungen, die soziale Gerechtigkeit als Aufhebung oder Minderung von sozialer Benachteiligung interpretieren und im Zusammenhang mit Solidarität sehen. Das ist ein Feld der Auseinandersetzung der Linken vor allem mit der SPD.

Zusammenfassende Bemerkungen

Erstens: Die Potenziale der wahrscheinlichen und der möglichen Linkswähler scheinen sich gegenwärtig bei insgesamt etwa 18 Prozent zu stabilisieren. Immer noch zeichnen sich für die Linken relativ gute Chancen für ein Wahlergebnis um die zehn Prozent ab.

Zweitens: Vor allem ist die Chance erkennbar, dass die Linken von den zu erwartenden Wechselwählern profitieren können; der Zuwachs erfolgt voraussichtlich vor allem aus der früheren Wählerschaft der SPD, aber auch von den «Pendlern» zwischen Konservativen und Sozialdemokraten. Eine wichtige Herausforderung ist die mögliche Mobilisierung von Nichtwählern und Unentschlossenen.

Drittens: Auch diese Analyse bestätigt, dass die Linken gegenwärtig ihre Basis vor allem in zwei soziokulturellen Milieus haben: einem traditionellem und einem modernen linken Milieu. Die Kunst im Wahlkampf besteht darin, den Ansprüchen und Erwartungen beider Milieus zu genügen.

Viertens: Soziale Gerechtigkeit erweist sich als ein Schwerpunktthema der politischen Auseinandersetzungen. Die Deutung als Leistungsgerechtigkeit hat starke Positionen, aber auch die Deutung als Abweisung sozialer Benachteiligung findet viel Akzeptanz. Die Linken haben ihre Chancen bei letzterer Auffassung.

Informationen zur Umfeldbeobachtung 5/2005

Im Auftrag des Wahlbüros der PDS, Ausgabe 8.9.2005 (bislang unveröffentlicht).

Zehn Tage vor den vorgezogenen Neuwahlen scheint der positive Trend für das neue Linksbündnis beendet zu sein, seine Akzeptanz ist deutlich rückläufig.

- Es bleibt zwar dabei, dass das neue Linksbündnis anhaltend auf ein erhebliches Interesse stößt, aber dieses Interesse scheint gegenwärtig seinen Höhepunkt überschritten zu haben. Die Reduzierung zeichnet sich vor allem im Potenzial der wahrscheinlichen Linkswähler ab, hier ist innerhalb von zwei Wochen ein Rückgang von knapp acht Prozent auf unter vier Prozent zu konstatieren. Der Anteil der möglichen Linkswähler bleibt bei elf Prozent. Insgesamt ist damit die Akzeptanz des Linksbündnisses von 18 auf 14 Prozent zurückgegangen.
- Damit geht einher, dass die möglichen Zuwanderungen von anderen Parteien (vor allem von der SPD) gegenwärtig ebenfalls rückläufig sind. Die Linke würde nach diesen Ergebnissen von Wählerwanderungen deutlich weniger gewinnen, als noch vor wenigen Wochen erwartet werden konnte.
- Kompetenz für die Gestaltung der Zukunft wird den Linken von sechs Prozent der Wahlberechtigten zugesprochen. Das ist zwar immer noch ein erheblich größerer Wert, als die PDS in den Jahren zuvor jemals erreichen konnte, aber auch er ist rückläufig, und das vor allem im Osten.

Es handelt sich um die letzte Erhebung vor dem Wahltag. Befragt werden insgesamt wiederum 1.000 zufällig ausgewählte erwachsene Personen. Die Daten, die in dieser

Ausgabe vorgestellt und interpretiert werden, wurden am 31. August und am 1. September erhoben, sie wurden mit SPSS berechnet und statistisch geprüft. Die Ergebnisse sind für die Bundesrepublik Deutschland repräsentativ.

Die aktuellen Ergebnisse deuten darauf hin, dass mit dem Näherrücken des Wahltermins die zwischenzeitlich relativ große, aber eben auch noch nicht gefestigte Akzeptanz für das neue Linksbündnis wieder deutlich abnimmt. Insgesamt äußern sich in Deutschland jetzt nur noch 14 Prozent positiv zur Wählbarkeit der Linken, zwei Wochen zuvor waren das noch 18 Prozent. Es sind jetzt mit knapp vier Prozent vor allem erheblich weniger, die sich «sicher» vorstellen können, die Linken zu wählen (zuvor knapp 8%). Der Einbruch erfolgt im Westen (von 5 auf 2,5%) und im Osten (von 19 auf 8%). Darüber hinaus können sich weitere elf Prozent der Wahlberechtigten «eher» vorstellen, die Linke zu wählen, dieser Anteil ist – verglichen mit den Vorwochen – stabil, er beträgt neun Prozent im Westen und 19 Prozent im Osten.

Insgesamt haben sich die zuvor zu konstatierenden Schwankungen jetzt in Rückgänge verwandelt, die Reduzierung betrifft vor allem das engere Umfeld der wahrscheinlichen Linkswähler: Deutlich weniger Menschen sind sich mit dem näher rückenden Wahltermin sicher, dass sie die Linken wählen werden.

Das schlägt sich auch in der Sonntagsfrage nieder. CDU/CSU bleiben bei etwa 40 Prozent, dabei ist ihre Akzeptanz im Osten deutlich niedriger als im Westen. Die SPD kann auf 33 Prozent zulegen (von 27 % vor zwei Wochen), sie bleibt damit weiterhin hinter der CDU (allerdings nicht mehr im Osten), aber der Abstand hat sich verringert. FDP und die Grünen bleiben bei zwischen sechs und sieben Prozent. Es wird erkennbar, dass die Zuwächse bei der SPD vor allem mit Verlusten der Linkspartei.PDS einhergehen, die Linken sind jetzt auf neun Prozent abgerutscht (von 14 % vor vier Wochen und 11 % vor zwei Wochen). Wenn dieser Trend anhält, kann es schwierig werden und große Anstrengungen in der Endphase des Wahlkampfes erfordern, das angestrebte Wahlziel von acht Prozent zu erreichen oder gar zu übertreffen.

Die zurückgehende Akzeptanz der Linken hängt auch mit Veränderungen in den Zuwanderungen zusammen.

Tabelle 1: Wählbarkeit der Linkspartei nach Recall (in %)

	sicher ja	eher ja	eher nicht	bestimmt nicht	keine Antwort
SPD	33,3	56,0	42,7	34,7	15,4
CDU/CSU	11,1	10,0	19,5	40,3	
B90/G	5,6	8,0	12,2	5,0	
FDP				3,3	15,4
PDS	33,3	4,0			
rechte	5,6				
sonstige				1,0	
keine	11,1	22,0	25,6	15,7	69,2

Quelle: EMNID 2005

Die vorherige Ausweitung des Umfeldes der Linken war damit verbunden, dass der relative Anteil der bisherigen Stammwähler der PDS niedriger wurde. Diese Entwicklung kehrt sich jetzt wieder um. Der Anteil der Stammwähler am engeren Umfeld ist erheblich angestiegen und liegt gegenwärtig auf dem gleichen Niveau wie die Zuwanderung von der SPD, die – wie auch die von CDU/CSU – deutlich zurückgeht. Allerdings bleibt es immer noch bei dem relativ starken Interesse von vormaligen Nichtwählern.

Diese Tendenzen zeigen sich auch in den Ergebnissen zum Wahlverhalten. Das engere Umfeld wird nicht mehr vor allem durch Wechselwähler geprägt, deren Anteil ist in den letzten zwei Wochen um fast 30 Prozent zurückgegangen (von 68 auf 39 %). Der Anteil der Stammwähler ist auf 56 Prozent angestiegen. Es handelt sich dabei vor allem um eine relative Zunahme: Wenn sich die Zuwanderung verringert, erhöht sich der Anteil der Bleibenden, ohne dass sich ihre Anzahl vergrößert. Eine weitere markante und möglicherweise folgenreiche Veränderung ist bei den bisher Unentschlossenen erkennbar. Zwar vergrößert sich ihr Anteil im engeren Umfeld leicht, vor allem aber wird ihr Anteil im weiteren Umfeld deutlich geringer. Mit dem Näherrücken des Wahltermins verringert sich die Zahl derer, die noch unentschlossen sind. Die Daten deuten darauf hin, dass die Linken gegenwärtig unterdurchschnittlich davon gewinnen.

Die Reduzierungen betreffen alle sozialen und demografischen Gruppen, aus denen die Linke ihre Wählerschaft rekrutiert. Das Frauendefizit, das zuvor bereits festzustellen war, vergrößert sich weiter, an der rückläufigen Bereitschaft, die Linkspartei/PDS zu wählen, sind Frauen überdurchschnittlich häufig beteiligt. Zugleich reduzieren sich die Anteile der jüngsten und der jüngeren Generation, aber auch in den älteren Generationen zeichnen sich jetzt Verluste ab. Relativ starke Positionen gibt es weiterhin bei den mittleren Altersgruppen sowie in den Gruppen mit höheren Bildungsabschlüssen einerseits und mit unteren Bildungsabschlüssen andererseits. Das heißt, die

Linken verlieren vor allem in solchen Gruppen, aus denen (außer bei Frauen) zuvor besonders starke mögliche Zuwächse beobachtet werden konnten.

In dieser letzten Erhebung vor dem Wahltag wurde noch einmal nach der Zuschreibung von *Zukunftskompetenz* (oder ihrer Nichtzuschreibung) gefragt. Es ist immer noch die relativ größte Gruppe von 33 Prozent, die die Meinung vertritt, dass kein (partei-)politischer Akteur in der Lage ist, zu einer positiven Gestaltung der Zukunft beizutragen, im Westen und im Osten. Im Westen wird gegenwärtig einer CDU-geführten Regierung am ehesten (von 33%) in diesem Sinne Zukunftskompetenz zugesprochen, eine SPD-geführte Regierung rangiert mit 20 Prozent deutlich dahinter. Im Osten liegt eine SPD-geführte Regierung mit 22 Prozent vor einer CDU-geführten Regierung mit 17 Prozent. Einer linken Opposition trauen in Deutschland insgesamt sechs Prozent Kompetenz für eine positive Gestaltung der Zukunft zu, das sind zwei Prozent weniger als vor vier Wochen. Im Osten hatte sie im August mit fast 20 Prozent den Spitzenwert, hier hat sie besonders stark verloren, sie hat nun nur noch elf Prozent. Im Westen sprechen nach wie vor etwa fünf Prozent der linken Opposition Zukunftskompetenz zu.

Wie stellt sich das nun in den Umfeldern der Parteien dar?

Insgesamt bildet sich in den Ergebnissen weiterhin eine Lagerbildung ab. Die einer CDU-geführten Regierung die meiste Zukunftskompetenz zusprechen, wählen zu drei Vierteln auch CDU/CSU. Von denen, die einer SPD-geführten Regierung Zukunftskompetenz zusprechen, wollen sich auch fast vier Fünftel am Wahltag für die SPD entscheiden. Das bedeutet, für diese Parteien beziehungsweise ihre Lager gibt es einen engen Zusammenhang zwischen Wahlentscheidung und dem Image der Zukunftskompetenz. Das ist bei den Linken anders. Nur reichlich die Hälfte derer, die bei einer linken Opposition Zukunftskompetenz sehen, will auch die Linkspartei wählen, 17 Prozent mit dieser Meinung sind noch unentschlossen und 14 Prozent wollen nicht wählen. Das bedeutet zum einen, dass die Akzeptanz der Zukunftsfähigkeit der Linken über das eigene Umfeld hinausgeht. Das heißt aber zum anderen auch, dass Zukunftsfähigkeit für die Linken nicht ausreicht, auch tatsächlich Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren.

Zusammenfassende Bemerkungen

Erstens: Die Potenziale der wahrscheinlichen und der möglichen Linkswähler gehen zwar nach wie vor über die Anteile hinaus, die die PDS bei vergangenen Wahlen hatte mobilisieren können. Aber sie haben sich bisher nicht festigen können und sind gegenwärtig rückläufig. Im Vergleich mit der Situation von vor vier Wochen hat die Linkspartei/PDS etwa ein Drittel ihrer möglichen Wähler verloren. Bei der Sonntagsfrage zeichnet sich jetzt eine absteigende Tendenz für die Linken ab. Wenn dieser Trend anhält, kann es schwierig werden und große Anstrengungen in der Endphase des Wahlkampfes erfordern, das angestrebte Wahlziel von acht Prozent zu erreichen oder gar zu übertreffen.

Zweitens: Zu den Ursachen sind gegenwärtig nur Hypothesen möglich. Zum einen kann die Zuspitzung auf den Lagerwahlkampf, auf die Regierungs- und die Kanzlerfrage im «Nebeneffekt» eine Relativierung der Linken mit sich bringen. Zum anderen war in den letzten Wochen die Medienpräsenz der Linken rückläufig. Schließlich ist nicht auszuschließen, dass interne Auseinandersetzungen dem öffentlichen Erscheinungsbild doch erheblich geschadet haben.

Drittens: Es bleibt zwar dabei, dass die Linkspartei neue Wählerpotenziale erreichen kann, aber diese Gewinne sind nicht stabil. Verluste zeichnen sich gegenwärtig gerade in Gruppen ab, die die Linken zeitweise interessieren konnten.

Viertens: Zukunftskompetenz hat in den letzten Jahren kaum zum Image der PDS gehört. Einer neu sich formierenden linken Opposition sprechen immerhin sechs Prozent die Fähigkeit zu, zu einer positiven Gestaltung der Zukunft der Gesellschaft beizutragen. Vor einem Monat waren das noch acht Prozent, das heißt, es ist wieder ein Imageverlust auf diesem Feld der Zukunftsgestaltung zu verzeichnen.

2002 - ABSTURZ DER PDS

Die Mitgliedschaft, der große Lümmel ...

zusammen mit Michael Chrapa. Studie zur Mitgliederbefragung 2000 der PDS, Berlin 2001 (Auszüge).

Einleitung

Wie stellt sich die PDS als politische Organisation gegenwärtig dar, welche Potenziale hat sie angesichts zu erwartender Herausforderungen und Chancen? Welche Akzeptanz finden politische Schwerpunktsetzungen und die verschiedenen Möglichkeiten sozialistischer Politikkonzepte in der Partei selbst? Wie ist sie organisiert, welche Funktionen werden in ihr wahrgenommen? Wie informieren und bilden sich die Mitglieder? Wie ist die PDS mit ihren Mitgliedern in den zivilgesellschaftlichen Strukturen verankert und in ihnen aktiv? Wie ist die Sicht auf die eigene Partei und ihre Perspektiven in Ost und West? Wie ist ihre gegenwärtige demografische und soziale Zusammensetzung?

Solche Fragen bildeten den Inhalt der Mitgliederbefragung, die vom Parteivorstand der PDS im Herbst 2000 in Auftrag gegeben wurde und über deren Hauptergebnisse diese Studie informiert.

Die Untersuchung wurde als Briefbefragung angelegt. Die Adressen der zu befragenden Mitglieder wurden zufällig aus der Mitgliederdatei der PDS ausgewählt.[...]

Die Mitgliedschaft der PDS ist in ihrer Zusammensetzung und in ihren Positionen, wie der nachfolgende Text zeigen soll, vielschichtig und vielgestaltig. Aber eines ist sie nicht, sie ist keine Ansammlung von Menschen, die (wieder) bereit sind, einer Führung blindlings zu folgen, deshalb der Titel des Berichts. [...]

Die PDS in der Gesellschaft

Aktivist:innen und Aktivitäten

Ein interessantes Bild der PDS entsteht dann, wenn verschiedene Formen politischer Aktivität der Mitglieder im Zeitvergleich betrachtet werden. In den Jahren zwischen 1991 und 2000 zeigt sich hier – relativ gesehen – ein überwiegend positiver Trend. Die Bereitschaft zur Beteiligung an «aktionsorientiertem Handeln» ist im Ganzen nicht zurückgegangen, sondern leicht gestiegen. Die Mitwirkung an Wahlkämpfen scheint dabei eine mobilisierende Wirkung entfaltet zu haben. Zwischen 15 und 30 Prozent der PDS-Mitglieder nehmen relativ häufig an verschiedenen politischen Aktionsformen teil; diese betreffen zum Teil die Partei selbst oder aber Handlungen im öffentlichen Raum. Im Rahmen der PDS bilden vor allem «Basiskonferenzen» eine bedeutsame Form der Begegnung.

Differenzierungen nach den Bundesgebieten oder nach soziodemografischen Merkmalen belegen, dass die Aktivität in den westlichen Landesverbänden zumeist überdurchschnittlich ausgeprägt ist und in recht starkem Maße durch die Altersgruppen bis 50 Jahre und 51 bis 65 Jahre getragen wird. Frauen und Männer unterscheiden sich in den Aktivitätspotenzialen im Osten nur geringfügig, im Westen hingegen recht deutlich, wobei Männer zumeist umfangreicher tätig sind. Eine überdurchschnittliche Handlungsbereitschaft weist die Gruppe der «neuen» PDS-Mitglieder (Eintritt nach 1992) auf.

Neben Problemen der Beteiligung an «Aktionsformen» war auch das Thema «Wirken der PDS-Mitglieder in politischen und sozialen Zusammenschlüssen» in die Untersuchung einbezogen. Die Fakten zum Spektrum des Engagements der PDS-Mitgliedschaft belegen hier ein differenziertes, aber insgesamt wenig optimistisches Bild. Relativ ausgeprägt – und im Verlauf der letzten Jahre auch angewachsen – sind Teilnahmebestrebungen auf solchen Feldern wie «Seniorenarbeit», «Kleingarten- und Siedlerverband» oder «Sportvereine». Das Handeln in gewerkschaftlichen Zusammenhängen fällt deutlich positiv ins Gewicht, ist allerdings vor allem in den westlichen Landesverbänden angesiedelt. Als problematisch muss bezeichnet werden, dass sich die Tätigkeit der PDS in wichtigen politischen Gruppierungen (Friedensarbeit, Jugendarbeit, Internationales, Arbeit mit Migranten u. a.) unvermindert auf einen recht kleinen Anteil ihrer Mitgliedschaft beschränkt. Ähnliches trifft auf die Teilnahme an kulturell geprägten Verbindungen (Bildungsvereine, Kulturgruppen) zu. Noch deutlicher wird dieses Defizit beim Blick auf die Repräsentanz der Partei in «Netzwerken im Internet» oder auch in «Unternehmerverbänden».

Die soziodemografischen Differenzierungen unterstreichen wiederum die Tendenz, dass im Osten kaum Geschlechter- aber große Altersunterschiede beim Engagement anzutreffen sind, während im Westen eine deutliche Geschlechterspezifika bei der Beteiligung vorliegt. PDS-Genossinnen der westlichen Landesverbände sind überdurchschnittlich in der Friedens- und Jugendarbeit, in Verbänden zu internationalen Themen oder in Frauengruppen aktiv. Trotz dieser Unterscheidungen kann die PDS, im

Ganzen betrachtet, für sich in Anspruch nehmen, eine beachtliche Zahl engagierter Frauen in ihren Reihen zu haben.

Faktoranalytische Berechnungen zu den Daten der Studie weisen auf die Existenz mehrerer «Typengruppen» hin. In diesem Zusammenhang kann festgehalten werden: Die Spitze der Aktivitätspotenziale bildet ein Gruppe von 10 bis 15 Prozent der Mitgliedschaft, die zumeist im Alter unter 50 Jahren und erwerbstätig ist und die sich durch relativ hohe Bildung sowie ein mindestens mittleres Einkommen auszeichnet. Diese Personen verfügen über eine Ausstattung mit moderner Kommunikationstechnik, sie sind diskussionsaktiv und gleichzeitig – vor allem im Sinne «sozialer Gerechtigkeit» – durch ein klares Werteprofil gekennzeichnet. Hier zeigen sich gewisse Parallelen zur SPD: Auch dort werden – nach aktuellen Aussagen ihres Bundesgeschäftsführers – circa 12 bis 14 Prozent der Mitgliedschaft als «deutlich aktiv» charakterisiert. Für eine Partei wie die PDS ist es allerdings erforderlich, die in ihr zusätzlich vorhandenen Aktivitätspotenziale mit besonderer Sorgfalt zu behandeln und noch zielgerichteter neue Kräfte zu erschließen.

Gestaltungs- und Oppositionspolitik

Das Verhältnis der PDS zur Macht ist, wie die Diskussionen in den letzten Jahren gezeigt haben, ein besonders sensibles und zeitweise hoch ideologisiertes Thema in der Partei. Deshalb wurde in der Mitgliederbefragung auch untersucht, wie die Meinungen zu Koalitionsbeteiligungen und zu Tolerierungen sowie zu der Position sind, dass die PDS vor allem Oppositionspartei sein soll.

Schon bei der allgemeinsten Fragestellung gehen die Meinungen in der PDS deutlich auseinander.

Im Osten hält ein Drittel der Mitgliedschaft eine Beteiligung der PDS an Koalitionen mit anderen Parteien für richtig, reichlich die Hälfte ist der Meinung, das solle von Fall zu Fall entschieden werden, und nur eine Minderheit spricht sich klar dagegen aus. Im Westen hält nur knapp ein Viertel Koalitionsbeteiligungen für richtig, gleichfalls reichlich die Hälfte möchte es von Fall zu Fall entschieden haben, aber immerhin 14 Prozent sprechen sich deutlich gegen Koalitionsbeteiligungen der PDS aus. Das Modell der Tolerierung findet allgemein geringere Akzeptanz. Nur zwölf Prozent im Osten und 13 Prozent im Westen hält diese Politikform für richtig, jeweils wiederum reichlich die Hälfte möchte das von Fall zu Fall entscheiden. Eine deutliche Gegnerschaft gibt es jedoch im Osten auch nur bei fünf Prozent der Mitglieder, im Westen sprechen sich 14 Prozent gegen Tolerierungen aus. Am deutlichsten scheiden sich die Geister in der Frage, ob die PDS vor allem Oppositionspartei sein soll. Die Anteile derer, die auch dies von Fall zu Fall entschieden wissen wollen, sind mit 24 Prozent im Osten und 28 Prozent im Westen deutlich niedriger als bei den anderen Positionen. Dass die PDS vor allem Oppositionspartei ist, meinen im Osten reichlich 30 Prozent und im Westen reichlich 40 Prozent der PDS-Mitglieder. Für falsch halten diese Position jeweils etwa 20 Prozent der Mitgliedschaft in Ost und West.

Bezüglich der Regierungsbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern ist im Osten reichlich die Hälfte der Mitglieder der Meinung, dass dies richtig ist und gute Ergebnisse bringt, weitere 37 Prozent halten diese Beteiligung für richtig, auch wenn sie die Ergebnisse als mäßig bewerten. Die Beteiligung der PDS an der Koalition mit der SPD in Mecklenburg-Vorpommern findet also Akzeptanz bei etwa 90 Prozent der Parteimitglieder im Osten. Nur knapp drei Prozent halten sie für falsch. Diese Relationen sind im Westen anders, hier halten diese Koalition nur 27 Prozent für richtig und politisch produktiv, weitere 43 Prozent befürworten sie auch, sehen aber nur mäßige Ergebnisse, aber auch im Westen sind es damit insgesamt 70 Prozent, die diese Koalition für richtig halten. Auf der anderen Seite stehen 17 Prozent im Westen, die die Koalition für falsch halten.

Anders sind die Relationen bei den Meinungen zum Magdeburger Modell. Die Tolerierung der SPD-Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt durch die PDS sehen 21 Prozent im Osten und 16 Prozent im Westen als richtig und gute Ergebnisse bringend an. 55 Prozent im Westen und 60 Prozent im Osten befürworten diese Tolerierung, auch wenn sie die Ergebnisse als mäßig bewerten. Insgesamt findet damit auch das Magdeburger Modell in der Mitgliedschaft der PDS Akzeptanz, im Osten bei 80 Prozent und auch im Westen bei über 70 Prozent. Rundheraus als falsch wird es im Osten von sechs Prozent und im Westen von 15 Prozent der Mitglieder bezeichnet.

Politische Gestaltung bezieht sich auf konkrete Felder und Aufgaben. In der Befragung wurde eine Anzahl solcher Felder vorgegeben mit der Absicht zu analysieren, welche Prioritäten in der Mitgliedschaft gesetzt werden.

Die Verankerung und die Arbeit in kommunalen Parlamenten wird in Ost und West jeweils am häufigsten genannt. Nahezu gleichauf damit liegt die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Verbänden und anderen Organisationen. Jeweils etwa 90 Prozent meinen, dass die PDS dabei in Zukunft stärker ihren Gestaltungsanspruch realisieren sollte. Nahezu gleich häufig werden im Westen breite gesellschaftliche Aktionen und Qualifizierung der Opposition genannt; im Osten wird vor diesen gleichfalls oft genannten Gestaltungsfeldern die aktive Arbeit im Alltag hervorgehoben. Unterschiede zwischen Ost und West gibt es hinsichtlich der Regierungsbeteiligung auf Länderebene, das wird von drei Vierteln der Ostmitglieder befürwortet, im Westen hält das nur reichlich die Hälfte für ein wichtiges Gestaltungsfeld. Unterschiede gibt es auch bei der Zusammenarbeit mit der SPD, im Osten ist es mehr als die Hälfte der Mitglieder, im Westen sind es nur knapp 30 Prozent, die hier stärkeren Gestaltungsbedarf sehen. Bezüglich der Regierungsbeteiligung auf Bundesebene sieht in Ost und West jeweils ein Viertel konkreteren aktuellen Bedarf.

In offenen Fragen war aufgefordert worden aufzuschreiben, was unter «sozialistischer Oppositionspartei» und «politischer Gestaltungsanspruch» verstanden wird. Bei der Mitgliedschaft im Osten verteilen sich die Nennungen stärker. Hier werden neben dem Eintreten für soziale Gerechtigkeit auch Kritik am Kapitalismus und Interessenvertretung relativ häufig genannt. Im Westen hat das Festhalten an der sozia-

listischen Perspektive eindeutige Priorität, dann folgt die Kritik am Kapitalismus und danach das Eintreten für soziale Gerechtigkeit. Relativ selten wurden Kampf gegen Rechtsextremismus und Friedensarbeit genannt.

Bei den Bestimmungen zum politischen Gestaltungsanspruch stehen in Ost und West allgemeine Formulierungen zur Mitgestaltung im Vordergrund. In der Häufigkeit der Nennungen folgt dann die Erarbeitung von Alternativvorschlägen. Im Osten werden weiterhin relativ häufig die parlamentarische Arbeit in den Kommunen und das Eintreten für soziale Gerechtigkeit genannt. Im Westen wird die Verbindung von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit bemerkenswert häufig genannt. [...]

Die PDS in der Sicht ihrer Mitgliedschaft

Die Bindung der Mitglieder an die PDS

Das individuelle Verhältnis der Mitglieder zu ihrer Partei – hier am Beispiel von sechs Items und einer offenen Frage ermittelt – stellt sich in recht übersichtlicher Weise dar. Die PDS kann im Ganzen durchaus als «Werte-Partei» gelten, wozu es [...] in Ost und West und insgesamt nicht nur im Kreise der älteren Genossen klare Bekundungen gibt. Ins Gewicht fällt ferner eine recht starke emotionale Komponente bei der Beziehung zur Partei (siehe Items «Politische Heimat» und «Ort, wo ich mich wohl fühle»). Dennoch scheint die Bindung an die PDS für einen beachtlichen Teil der Mitglieder nicht «blind» beziehungsweise kritiklos zu sein: 30 Prozent im Osten und circa 50 Prozent im Westen drücken aus, sich auch unter Umständen wieder von der Partei zu trennen. Diese Position ist interessanterweise weniger bei jüngeren, sondern eher bei älteren Mitgliedern zu finden. Ein weiteres Kennzeichnungsmerkmal der PDS besteht darin, dass sie – im Unterschied zu den meisten anderen bundesdeutschen Parteien – (noch) keine ausgeprägte «Karriereorganisation» ist. Der Faktor «Berufliche Chance» spielt allein für die «Amtsträger» (hier bei circa 8%) eine nennenswerte Rolle. Untersucht man unterschiedliche «Typen» in Bezug auf ihre Parteibindung, dann fällt auf, dass auch die «modernen» und aktiven Gruppierungen eine beachtliche Wertverbundenheit zur PDS unter Beweis stellen.

Sicht auf Profilierung sozialistischer Politik

Die Untersuchung beinhaltet die Bewertung von Image-Aussagen zur PDS, sowohl in Hinsicht auf eine «Selbsteinschätzung» der Partei als auch in Bezug auf die Notwendigkeit, bestimmte Images in der Zukunft durch weitere Aktivitäten stärker auszuprägen. Hierzu waren 22 Items im Einsatz, von denen mehrere auch in der Wahlforschung Verwendung finden.

Tabelle 1: Bewertung der wichtigsten künftigen PDS-Aktivitäten

(Bruttostimmen. Differenz zu 100 = «sehr wichtig» + «wichtig» + «keine Antwort». Angaben in % gerundet.)	gesamt	Ost	West	Amts-träger
Für die PDS ist es äußerst wichtig, ...				
1) für soziale Gerechtigkeit einzutreten	74	72	81	84
2) entschlossen gegen Rechtsextremismus zu handeln	70	68	72	78
3) wichtige Werte und Ideale zu vertreten	62	64	60	54
4) sich für Demokratie von unten einzusetzen	61	60	63	63
5) sich für die «kleinen Leute» einzusetzen	59	59	62	53
6) etwas für die Jugend zu tun	55	54	50	64
7) gute Politiker zu haben	54	54	47	64
8) gute Konzepte zur Gesellschaftsveränderung zu haben	53	50	62	66
9) als Partei gut für die Aufgaben gerüstet zu sein	46	43	49	60
10) richtige Positionen in der internationalen Politik zu vertreten	46	46	49	35
11) eine Partei des aktiven Protests zu sein	42	41	48	36
12) sich für Freiheits- und Bürgerrechte einzusetzen	42	41	52	40
13) für eine gute Wirtschaftspolitik zu stehen	40	40	36	41
14) etwas gegen Benachteiligung von Frauen zu tun	39	38	39	46
15) wichtige Themen in der gesellschaftlichen Diskussion zu bestimmen	38	37	48	40
16) wirklich etwas verändern zu wollen	33	31	40	36
17) sich für den Schutz der Umwelt zu engagieren	32	31	37	35
18) aktiv bei der Organisation von Bürgerprojekten zu sein	30	30	35	31
19) sich für öffentliche Sicherheit einzusetzen	28	32	12	16
20) sich für die Probleme in schwach entwickelten Ländern einzusetzen	25	23	37	24
21) sich für Probleme von Migranten zu engagieren	20	17	41	
22) Einfluss auf kulturelle Entwicklungen zu haben	19	18	24	16

Quelle: eigene Erhebungen

Die dargestellten Daten umreißen gleichsam eine Werte-Hierarchie der PDS-Mitgliedschaft, wodurch gleichzeitig auch Felder der künftig angestrebten praktisch-politischen Arbeit charakterisiert werden. Interessant sind weniger die Häufigkeitswerte schlechthin (nahezu alle Items gelten als «wichtig»), sondern die Rangfolgen der Nennungen:

- [...] An der Spitze stehen – von allen Teilpopulationen unbestritten und gleichsam als «Super-Werte» – die Ansprüche «Soziale Gerechtigkeit» und «Kampf gegen Rechtsextremismus».
- Die PDS-Mitglieder im Westen vertreten die wichtigsten Ziele zumeist überdurchschnittlich betont. In der Rangfolge stehen bei ihnen «Demokratie von unten», «Einsatz für «kleine Leute»» und «Konzepte zur Gesellschaftsveränderung», aber auch «Einsatz für Freiheits- und Bürgerrechte» auf höheren Plätzen, als dies im Osten der Fall ist.
- Die «Amtsträger» orientieren sich im Ganzen mehr praxisverbunden. Sie benennen mit besonderer Stärke vor allem die Größen «Konzepte zur Gesellschaftsveränderung», «Einsatz für Jugend», «Gute Politiker» und «Ausrüstung der Partei für die Zukunft».

Wiederum zeigen sich im Osten kaum, im Westen dagegen einige auffallende Geschlechterdifferenzen bei den abgegebenen Meinungen. Männer der westlichen Landesverbände votieren überdurchschnittlich für die an der Spitze der Hierarchie stehenden Politikfelder. Als charakteristisch kann außerdem dieses Beispiel gelten: Die Aussage «Für die PDS ist «äußerst wichtig», [...] etwas gegen Benachteiligung von Frauen zu tun» wird folgendermaßen beantwortet: Ost – Frauen 39, Männer 38 Prozent, West – Frauen 52, Männer 35 Prozent.

Im Ganzen lässt sich ableiten, dass die PDS über einen bemerkenswerten Vorrat an Werten verfügt, der unzweifelhaft eine günstige Basis für die Entwicklung eigenständiger sozialistischer Politik sein kann. Dabei wäre allerdings die Gefahr nicht zu unterschätzen, dass bei einem Teil der Mitgliedschaft bestimmte Werte die Funktion von «bloßen Bekenntnissen» übernehmen. Als problematisch muss es ferner angesehen werden, wenn der angezielte Einfluss der PDS auf kulturelle Entwicklungen im Vergleich mit anderen Aufgaben relativ gering geschätzt wird.

Bewertung von Vorständen, Fraktionen und Basisorganisationen

Rund 70 Prozent der Befragten gaben im Rahmen der Untersuchung darüber Auskunft, wie sie verschiedene Aspekte der Tätigkeit von «Leitungsgremien» der Partei einschätzen.

Bei den meisten Merkmalen verläuft die positive Einschätzung in der Rangfolge Bund, Stadt/Landkreis, Bundesland. Ferner wird die Arbeit der Fraktionen zumeist deutlich höher gewürdigt als die der jeweiligen Vorstände. Recht positiv werden im Ganzen entsprechend den oben genannten Abstufungen zwischen den Gremien die Merkmale «Fachkompetenz», «Politische Kompetenz», aber auch – und das ist her-

vorhebenswert – «Menschliche Qualitäten» bewertet. Die Kriterien «Öffentliches Auftreten» und «Organisation/Arbeitsweise» finden unterschiedliche Würdigungen. Zurückhaltung beziehungsweise Kritik zeigen sich in Hinsicht auf die Problembereiche «Transparenz der Entscheidungen», «Rückkopplung zur Basis» und «Informationsfluss (nach unten)».

Die Aussagen der Mitgliedschaft West und die der «Amtsträger» fallen im Ganzen kritischer aus als die der Ost-Mitglieder. Im Westen wird mitunter Kritik insbesondere auf die Arbeit der Landesvorstände gerichtet.

Insgesamt stützen die hier ermittelten Daten nicht das häufig medial vermittelte Bild von einer PDS, in der «ununterbrochen der Kampf zwischen Basis und Führung tobt». Die Wirklichkeit ist differenzierter: Die Führungsorgane der PDS finden sehr wohl breite Unterstützung in der Mitgliedschaft, die aber in starkem Maße «Rückkopplung zur Basis» und Dialog einfordert. Erfolgt dies nicht oder werden Missverständnisse provoziert, macht sich Unmut breit, der in verschiedenen – mitunter auch «trotzigen» – Formen zutage tritt.

Die Arbeit in den Basisorganisationen kann ohne Übertreibung als eine der Lebensadern der PDS bezeichnet werden. [...] Die Daten belegen zum einen, dass in den Basisorganisationen weiterhin bedeutsame Potenzen konzentriert sind. Mithilfe dieser Form wird wichtige Organisationsarbeit geleistet und man reflektiert ebenso (insgesamt in circa 20 bis 25 % der Basisorganisationen) eine wohltuende politische Atmosphäre. Zum anderen gibt es gerade zu Fragen der Atmosphäre, zum Umgang miteinander und zur politischen Kultur in der PDS auch deutlich kritische Wertungen, die vor allem im Westen Betonung finden. Als größtes Problem wird allerdings (im Osten und von den «Amtsträger») die «Mitgliederentwicklung» der PDS benannt.

Ost-West-Verhältnis in der PDS

Die Beziehungen zwischen den PDS-Mitgliedern in den Bundesgebieten Ost und West stellen wohl unbestritten eines der kompliziertesten Probleme der Parteientwicklung dar. Im Rahmen der Untersuchung wurden deshalb Meinungen analysiert, welche direkt auf die gegenseitigen Wahrnehmungen, aber auch auf Probleme und mögliche Missverständnisse bezogen waren. Dabei lassen sich mehrere bemerkenswerte Tendenzen hervorheben.

Tabelle 2: Bewertung des Ost-West-Verhältnisses in der PDS (in % gerundet)

Aussage/Antwort: Stimme zu ... «ja» + «eher ja»	Ost	West
Die PDS kann ihren Einfluss im Westen nur langsam und schrittweise entwickeln.	96	94
Weitere Stärkung der PDS im Osten hilft entscheidend bei der Entwicklung im Westen.	95	72
Es sollte in der PDS mehr Begegnung und Erfahrungsaustausch zum Ost-West-Thema geben.	96	91
Ohne Verankerung der PDS im Westen hat die Entwicklung der Partei im Ganzen keine Chancen.	79	86
Die Leitungsgremien der PDS sollten sich mehr um die West-Entwicklung kümmern.	82	89
Zwischen Ost- und West-PDS gibt es zu viele Missverständnisse und Konflikte.	79	73
In der West-PDS dominieren zu viele ideologische Wirrköpfe.	75	56
In der Ost-PDS ist noch viel vom «Geist der DDR» zu spüren.	69	59
Entsprechend den Möglichkeiten hat die PDS im Westen schon viel erreicht.	67	53
Die Zukunft der PDS liegt im Westen.	29	60
Die PDS sollte eine «Ost-Partei» bleiben, im Westen hat sie keine Chance.	17	5

Quelle: eigene Erhebungen

- Für neun der elf betrachteten Aussagen finden sich gemeinsame Zustimmungsmehrheiten in Ost und West. Es existiert demnach ein bestimmtes gemeinschaftliches Einstellungspotenzial, in dem Wachstumsprobleme und Widersprüchlichkeiten der PDS reflektiert werden. Angesichts der in der öffentlichen Meinung nicht selten ins Auge fallenden innerparteilichen Streitigkeiten, in die zumeist auch Vertreterinnen und Vertreter der Landesverbände West einbezogen sind, sollte dieses doch gegebene Gemeinschaftspotenzial durchaus betont werden.
- Im direkten Ost-West-Vergleich ähneln sich die Positionen der jeweiligen Mitgliedschaften vor allem bei der Bewertung der Aussagen: «Zu viele Missverständnisse» (Aussage «Ja»: Ost: 79 %; West: 73 %), «West-PDS kann sich nur langsam entwickeln» (96/94), «Mehr Begegnung und Erfahrungsaustausch nötig» (96/91).
- Größere Unterschiede der Mitgliedsgruppen treten bei folgenden Meinungen zutage: «Zukunft der PDS liegt im Westen» (29/60, hier stimmt eine West-Mehrheit zu, während 71 Prozent der Ost-Mitglieder verneinen), «Stärkung Ost-PDS hilft Westen» (95/82), «PDS sollte Ostpartei bleiben» (17/5) und «In West-PDS zu viele ideologische Wirrköpfe» (75/56). Bei der letztgenannten Aussage, wie auch beim Item «In der Ost-PDS ist noch viel vom «Geist der DDR» zu spüren», klingen bei einem Teil der Mitgliedschaft selbstkritische Töne an.
- [...]

Gefährdungen und Gestaltungsansätze

Bestandteil der Untersuchungen waren mehrere Fragenkomplexe, die sowohl (reale und denkbare) «Gefahren für die PDS» als auch innerparteiliche Gestaltungsmöglichkeiten für die Bewältigung von Problemen zum Gegenstand hatten. Eine direkte Nachfrage zu den Gefährdungen ergab, dass die Mitgliedschaft mit großer Mehrheit und sehr ernsthaft die Tatsache thematisiert, dass beachtliche Gefährdungen der Partei durch «Überalterung und Mitgliederschwund» eintreten können. Dafür sprechen sich insgesamt über 80 Prozent der PDS-Mitglieder in Ost und West aus. «Verzicht auf sozialistische Werte beziehungsweise Positionen» und «Anpassung» halten gleichfalls Mehrheiten in der Partei für unter Umständen gefährlich; im Westen wird dies überdurchschnittlich betont. Etwa die Hälfte der Mitgliedschaft benennt die Probleme «Einflusslosigkeit durch zu geringe Politikangebote» und (mögliche) «Spaltung der Partei» als Gefahren. Ersteres werfen die Mitglieder im Westen und die «Amtsträger» etwas stärker auf; bei der zweiten Frage positionieren sich die Ost-Mitglieder gewichtiger. Die soziodemografischen Differenzierungen belegen den interessanten Fakt, dass die Gefahr der «Anpassung» vor allem durch (relativ) jüngere PDS-Mitglieder (bis 50 Jahre) und nicht – wie es vielleicht zu erwarten gewesen wäre – durch die «alten Genossen» betont wird. 30 bis 40 Prozent der Mitglieder sehen «Isolation in der Gesellschaft» als Problem an; immerhin circa 15 Prozent ziehen ein «Parteiverbot» in Betracht.

Die hier formulierten Aussagen können durchaus als realistisch gelten. Die Perspektive der Mitgliederstärke und das Werteprofil im Kontext von tatsächlicher Einflussgewinnung beziehungsweise der Verstärkung von praktisch-politischem Gewicht in der Gesellschaft verkörpern in der Tat entscheidende Entwicklungsprobleme der PDS.

Zusätzliche Informationen wurden über eine «offene» Frage zum «Gefährdungsproblem» gewonnen. Die Gedanken dazu waren recht breit gestreut, sodass eine qualitative inhaltsanalytische Auswertung erfolgen musste. Erwähnenswert scheint hierbei zu sein, dass Probleme innerparteilicher Kultur und innerer Spannungen von über einem Drittel der Befragten kritisch thematisiert wurden. Sogenannte ideologische Fragen (wie es z. B. die mitunter beschworene «Sozialdemokratisierung» wäre) spielen allem Anschein nach eine geringere Rolle.

Wie bereits erwähnt, stellen die Entwicklung der Parteistruktur und die notwendige Gewinnung neuer Mitglieder überaus wichtige Probleme für die PDS dar, was von der Mitgliedschaft auch in entsprechendem Maße reflektiert wird. In die Studie war eine Frage zu möglichen «Außenkontakten» der Genossinnen und Genossen eingebunden, wobei es um Beziehungen zu Personen ging, deren Eintritt in die PDS denkbar und wünschenswert wäre. Im Durchschnitt der Partei über 40, im Westen weit über 50 Prozent der Befragten sprechen davon, dass sie potenzielle «Neumitglieder» kennen würden. Die am weitesten reichenden Kontakte haben hier jüngere PDS-Mitglieder mit einem hohen politischen Aktivitätsniveau. Im Ganzen sprechen die Daten für eine doch günstige «Verwurzelung» eines Teils der Mitgliedschaft in

politisch erschließbaren Milieus; gleichzeitig aber wird so die Frage aufgeworfen, in wie weit die Strukturen der PDS (vor allem ein großer Teil der Basisgruppen) für neue Mitglieder tatsächlich anziehend sind.

All dies ist mit dem Problem einer seit einigen Jahren diskutierten «Parteireform» in der PDS verknüpft. Rund zwei Drittel der Probanden äußerten sich im Rahmen der Studie zu diesem Themenkreis in Form von Antworten auf eine offene Frage. Die Daten belegen hier zum einen, dass Probleme der Handlungsfähigkeit der Partei von einem beachtlich großen Anteil der Mitglieder aufgegriffen wurden, wobei die «Amtsträger» dies besonders deutlich artikulierten. Zum anderen zeigt sich, dass man die «Parteireform» und das künftige inhaltlich-politische Profil der PDS häufig in einen Zusammenhang bringt. Drittens schließlich ist das Streben vieler Mitglieder nach der Ausgestaltung parteiinterner Demokratie unverkennbar. [...]

Zur Organisation der PDS und ihrer sozialen Zusammensetzung

Zusammensetzung der PDS

Soweit es die altersmäßige Zusammensetzung der PDS betrifft, sind ihre Besonderheiten seit Langem bekannt und die Ergebnisse der Mitgliederbefragung können diese Erkenntnisse auch nur wieder einmal bestätigen.

Weniger wahrgenommen wird, dass es in der Mitgliedschaft auch eine Ungleichgewichtigkeit der Geschlechter gibt. Frauen bilden an der Mitgliedschaft der PDS einen geringeren Anteil als sie an der Bevölkerung insgesamt haben. Das war bereits 1991 so und wird durch die aktuellen Ergebnisse für den Osten bestätigt, wo der Frauenanteil rund zehn Prozent unter dem Anteil in der Gesellschaft liegt. Im Westen hat sich die Situation sogar noch zugespitzt, hier lag der Anteil von Frauen 1991 bei knapp 30 Prozent, er liegt jetzt bei 25 Prozent. Auf dieses Defizit muss auch deshalb aufmerksam gemacht werden, weil in der Wählerschaft der PDS gegenwärtig Frauen sogar leicht überrepräsentiert sind. [...]

Augenfällig sind die Unterschiede in den Altersstrukturen in der Mitgliedschaft im Westen und im Osten. Zwar ist auch im Westen der Anteil der jüngsten und der jüngeren Altersgruppen – bezogen auf 1991 – rückläufig, aber nach wie vor sind im Westen knapp 40 Prozent unter 40 Jahren und insgesamt mehr als 60 Prozent unter 50 Jahren. Im Osten lag 1991 der Anteil der Altersgruppen über 60 Jahre bereits bei 43 Prozent, auch damals bereits waren die jüngeren und mittleren Altersgruppen unterrepräsentiert. Nach den aktuellen Ergebnissen sind jetzt im Osten nur noch 20 Prozent der Mitglieder unter 60 Jahre und 80 Prozent über 60 Jahre.

[...] Im Westen sind Frauen vor allem in den Altersgruppen bis 30 Jahre und zwischen 40 und 50 Jahren sehr schwach vertreten. Im Osten ist der Frauenanteil in den Altersgruppen bis 40 Jahre besonders niedrig. Er ist bemerkenswert hoch in der Altersgruppe zwischen 40 und 50 Jahren (Wendegeneration).

Parteien sind in Deutschland generell Veranstaltungen für Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen. Die PDS bildet dabei keineswegs eine Ausnahme, in ihr

ist dies eher noch zugespitzt. Zwei Drittel der Mitglieder der PDS im Osten haben ein Studium abgeschlossen. Im Westen liegt dieser Anteil bei 40 Prozent und damit deutlich niedriger. Dafür ist dort im Zusammenhang mit der dargestellten anderen Altersstruktur der Anteil der Abiturienten höher. Dass der Anteil mit Zehn-Klassen-Abschluss im Osten niedriger ist als im Westen, hängt gleichfalls mit Unterschieden in der Altersstruktur zusammen. Insgesamt kann man also sagen, dass sich unter dem Aspekt der Bildungsabschlüsse die PDS in Ost und West ziemlich ähnlich ist.

Anders sieht es allerdings aus, wenn man die Stellung der Mitglieder der PDS im und zum Erwerbsleben betrachtet. Im Westen liegt der Anteil der Mitglieder, die voll berufstätig sind, bei 37 Prozent, das ist zwar knapp unter dem gesellschaftlichen Durchschnitt, liegt aber doch deutlich höher als bei den Mitgliedern im Osten, wo dieser Anteil reichlich 13 Prozent beträgt. Im Osten sind unter diesem Gesichtspunkt die Rentner mit 77 Prozent die bei Weitem stärkste Gruppe. Nimmt man jedoch die restlichen 23 Prozent der «Nichtrentner» zum Bezugspunkt (insgesamt circa 20.000 Mitglieder), dann sehen die Relationen auch im Osten anders aus: Mehr als die Hälfte ist voll berufstätig, jedes sechste Mitglied ist arbeitslos, in Arbeitsbeschaffungsmaßnahme oder Weiterbildung und jedes achte Mitglied ist Studentin oder Student.

Unter dem Gesichtspunkt der Zugehörigkeit der Mitglieder der PDS zu sozialen Gruppen in der Gesellschaft hat die PDS eindeutig ihren Schwerpunkt in den Gruppen der Angestellten. Arbeiter sind in Ost und West deutlich unterhalb ihres Anteils in der Gesellschaft in ihr organisiert. Relativ stark vertreten sind hingegen Wissenschaftler und Künstler sowie im Westen Angehörige freier Berufe und Selbstständige. Nimmt man im Osten wiederum nur die Erwerbspersonen zum Bezug, dann sind diese Gruppen (die aus historischen Gründen hier überwiegend bei den aktiv im Erwerbsleben Stehenden beobachtet werden können) gleichfalls mit bemerkenswerten Anteilen in der Mitgliedschaft der PDS vertreten.

Weiterhin wurde untersucht, wie sich die Mitgliedschaft der PDS auf die verschiedenen Ortstypen verteilt, das heißt, in welcher Art von Orten (nach Ortsgröße) die Mitglieder wohnen. Die Ergebnisse zeigen einerseits einen relativ geringen West-Ost-Unterschied. Soweit Unterschiede auszumachen sind, hängen sie vor allem mit Unterschieden in der Siedlungsstruktur zwischen Ost und West zusammen, sind also objektiv bedingt. Danach ist die PDS mit ihren Mitgliedern vor allem in den Städten, in Ostdeutschland in Mittelstädten und Großstädten, in Westdeutschland in großen Städten und Großstädten anzutreffen. Andererseits sind für Ostdeutschland wesentliche Veränderungen seit 1991 festzuhalten. Damals hatte die PDS noch mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder in Orten mit bis zu 20.000 Einwohnern, also in Dörfern und kleinen Städten. Dieser Anteil ist auf gegenwärtig circa ein Drittel zurückgegangen, das heißt, die bereits erwähnten Mitgliederverluste betreffen überdurchschnittlich häufig ländliche Siedlungen und bewirken hier in der Tendenz, dass die PDS durch Mitglieder immer weniger in ländlichen Räumen präsent ist. [...]

Zusammenfassung

Die Ergebnisse der Studie zeigen auf, dass die PDS gegenwärtig Schnittpunkt verschiedener Entwicklungslinien ist, die sich in der Realität auch konfliktär kreuzen. Prozessen der «Überalterung», zahlenmäßig negativer Mitgliederentwicklung und einer gewissen Erosion von Basisstrukturen steht das Wirken eines deutlich engagierten Teils der Mitgliedschaft gegenüber, der in vielfältige (moderne) Lebenszusammenhänge eingebunden ist. Das erschließbare innere Aktivitätspotenzial der PDS stellt sich – auch im Vergleich mit anderen politischen Parteien – vom Anteil her noch als relativ groß dar, bedarf jedoch in den nächsten Jahren der Erneuerung und muss im Kontext künftiger politischer Aufgaben der PDS selbstkritisch betrachtet werden.

Positiv für die PDS fallen ferner folgende Faktoren ins Gewicht: Die Kompetenz ihres «politischen Personals», die auch – allen inneren Streitigkeiten zum Trotz – von großen Teilen der Mitgliedschaft anerkannt wird; das beachtlich große «weibliche Engagementpotenzial», die materielle Ausstattung zahlreicher Genossen (vor allem mit moderner Kommunikationstechnik) sowie die Informations- und Bildungsaktivität vieler Parteimitglieder.

Das Erschließen dieser Faktoren in Richtung auf eine dringend notwendige größere «Außenwirkung der PDS» bedarf jedoch unzweifelhaft gezielter Anstrengungen. Es ist deshalb zu empfehlen, dass das Projekt einer «Parteireform» in den nächsten zwei Jahren mit großer Konsequenz unter Einbeziehung professioneller Beratung und in enger Verkopplung von Basis und Leitungsgremien betrieben wird.

Ist nach Cottbus wieder vor Münster?¹

Überlegungen für den Bereich Strategie und Grundsatzfragen beim Parteivorstand der PDS (bislang unveröffentlicht).

Wenn ich als Sozialist das letzte halbe Jahr Revue passieren lasse, so bin ich einigermaßen ratlos. Nachdem Rücktritte angekündigt und vollzogen wurden, war klar, dass neues Führungspersonal in der PDS nicht nur gebraucht wird, es musste auch Zeit haben, eigenes Profil weiterzuentwickeln und in der Öffentlichkeit zu präsentieren. In dieser Situation erschien mir jegliches Intervenieren – etwa zu den im Namen der Grundsatzkommission veröffentlichten Papieren – unpassend. Es hätte auch die unangenehme moralische Wirkung gehabt, als wolle man zu denen gehören, die sich beeilen, die damals noch designierte Vorsitzende schon wieder zu demontieren. Also war Abwarten die Parole, warten, warten, warten ...

1 Gemeint sind der PDS-Bundesparteitag vom 14./15. Oktober 2000 in Cottbus, bei dem eine neue Führung unter Gabi Zimmer gewählt worden war, und der Bundesparteitag vom 7. bis 9. April 2000 in Münster, der mit einer Niederlage der bis dahin in der Partei dominanten Reformer um Lothar Bisky, Gregor Gysi, Michael Schumann und anderen bei Entscheidungen zu Programmfragen einherging.

Jetzt ist das Jahr 2000 fast vorüber und es ist nichts passiert. Vor allem ist nichts passiert, jedenfalls nicht seitens des Vorstands, um den wichtigsten Beschluss von Münster – den zur strukturierten Weiterführung der Programmdiskussion – in der politischen Praxis umzusetzen. Aber auch sonst kann in dieser Gesellschaft – und überhaupt in der Welt – passieren, was will, von meiner Partei, von denen, die sie in der Öffentlichkeit repräsentieren, ist nichts zu hören. Mir stellt sich inzwischen die Frage: Wie lange will es sich der gewählte Parteivorstand eigentlich noch gefallen lassen, dass in seinem Namen *nicht* gehandelt wird? Dem Vernehmen nach gibt es am meisten Aktivität, um Machtpositionen zu sichern oder auszubauen, überhaupt Machtspielchen zu betreiben. Inzwischen hat einer der engagiertesten und kreativsten Mitarbeiter des Parteivorstands das Handtuch geworfen, Thomas Falkner. Ihm ist es leid, Ausarbeitungen und Vorschläge zu machen, die folgenlos bleiben, und außerdem noch als Objekt dieser Machtspielchen erhalten zu müssen.

Zugleich ist zu beobachten, dass orthodoxe Traditionalisten ihre Stimmen erheben und ihre Positionen und ihren Einfluss ausweiten. Ich mag ja ein intellektueller Träumer sein, aber die Situation scheint mir so beschaffen, dass Grundsätzliches, demokratischen Sozialismus betreffend, zu erinnern ist.

Da ist zum einen die statuarische Seite. Nach dem Statut der PDS ist ihr höchstes Organ der Bundesparteitag. Für die Erledigung der Aufgaben zwischen den Parteitag wählt er einen Parteivorstand. Und er wählt Einzelpersonlichkeiten, die die politischen Prozesse in der Partei führen und sie in der Öffentlichkeit repräsentieren sollen. Es handelt sich also um Repräsentanten und nicht um eine «Parteiführung», die die Partei und ihre gewählten Gremien als Objekt behandelt. Wenn sich der Unterschied zu früheren Zeiten darauf reduziert, das eine «allwissende Parteiführung» lediglich ein jüngeres Durchschnittsalter hat, dann ist mir das nicht nur zu wenig, dann sehe ich darin einen nicht hinnehmbaren Rückschlag bezüglich schon erreichten Verständnisses, was demokratischer Sozialismus bedeutet.

Zum anderen ist da die politische Seite, die mögliche gesellschaftspolitische Wirksamkeit und die Positionen in den politischen Kräfteverhältnissen in der Gesellschaft. In meinen Vorträgen erzähle ich den Leuten – dass ich ein Träumer bin, habe ich schon erwähnt –, dass Sozialistinnen und Sozialisten nicht Politik machen für sich selbst oder für ihre Partei (etwa um wieder in den Bundestag und in die Landtage einzuziehen zu können) oder auch nur für ihre Wählerinnen und Wähler. Sozialistische Politik folgt einem emanzipatorischen Programm, agiert für mehr soziale Gerechtigkeit, gegen Benachteiligungen, für mehr Gleichstellung und für eine lebenswerte Zukunft. Das heißt, sie engagiert sich für ganz bestimmte Segmente in der Gesellschaft, ist deren politischer Akteur. Auf diesem Feld gibt es große Chancen und Herausforderungen. Um im Interesse dieser Aufgabe größeres politisches Gewicht einbringen zu können, was möglich ist, ist es vor allem wichtig, glaubwürdig in der Öffentlichkeit klarzustellen, was moderne sozialistische Politik bedeutet. Defizite in dieser Hinsicht sind nicht nur Blockaden für weitergehende Akzeptanz in der Gesellschaft und die

Erschließung neuer Potenziale, es kann dazu führen, dass erreichte Positionen wieder verloren gehen.

Das sind so meine Sorgen. Ich finde, der gegenwärtige Zustand politischer Tatlosigkeit ist nicht mehr länger hinnehmbar.

Soziale Differenzierungen und politische Strukturen

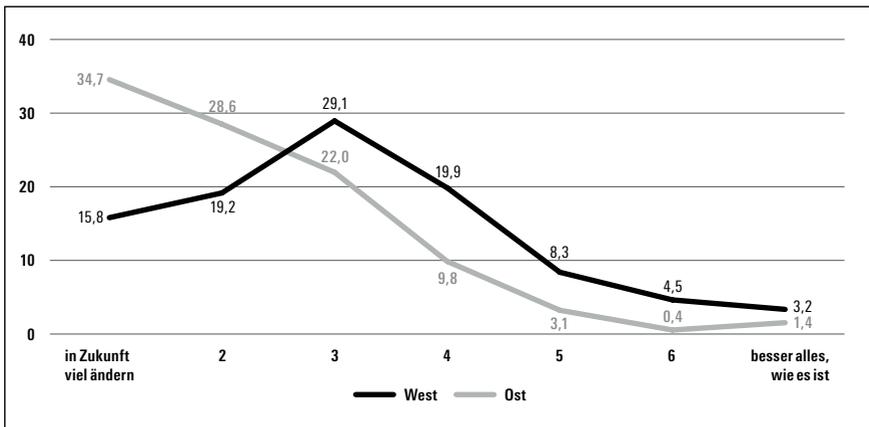
Analysen zur Ermittlung von Zielgruppen für sozialistische Politik und Bildung herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte 14, Berlin 2001 (Auszüge).

Zu aktuellen Möglichkeiten sozialistischer Politik und Bildung²

Politische Meinungen und politische Potenziale

Bereits in den Erhebungen im Zusammenhang mit den Studien vor den Wahlen von 1998/99 waren Meinungen über Vorstellungen zu den Perspektiven der Gesellschaft untersucht worden. Die entsprechende Frage wurde auch bei der aktuellen Befragung gestellt. Die Resultate lassen sich insgesamt dahin gehend zusammenfassen, dass es in der Bevölkerung eine klare Mehrheit dafür gibt, dass gesellschaftliche Veränderungen notwendig sind. Positionen, dass es doch besser bleiben sollte, wie es ist, sind hingegen ganz deutlich Minderheitsmeinungen.

*Abbildung 1: Wie stellen Sie sich die Zukunft der Gesellschaft vor?
Wo zwischen diesen beiden Aussagen ordnen Sie sich ein?*



Quelle: eigene Erhebungen

2 In diesem Abschnitt werden Ergebnisse aktueller Untersuchungen verwendet (Chrapa/Wittich 2001a).

Zugleich gibt es eine deutliche West-Ost-Differenz. Sie besteht jedoch nicht im Umfang der Wünsche nach keinen oder geringen Veränderungen, hier sind die Unterschiede nur graduell. In den ostdeutschen Bundesländern ist eine deutliche Mehrheit bei der oder in der Nähe der Aussage zu konstatieren, dass sich in Zukunft in der Gesellschaft vieles grundlegend ändern müsse. Diese Position, die wohl als dringender Wunsch nach gesellschaftlichen Veränderungen zu interpretieren ist, wird in den westdeutschen Ländern von deutlich weniger Menschen vertreten. Hier sind die mittleren Positionen stärker besetzt, was als mehrheitliche Vorstellung eher gemäßigter Veränderungen verstanden werden kann.

Auch unter sozialen Gesichtspunkten gibt es eine Reihe markanter Differenzierungen. In den westdeutschen Ländern sind die Vorstellungen von gesellschaftlichen Veränderungen bei Frauen und Männern etwa gleich verteilt. Im Osten ist das anders, hier sind es vor allem Frauen, die verstärkt Wünsche nach gesellschaftlichen Veränderungen zum Ausdruck bringen. Weiterhin sind es im Westen vor allem jüngere Altersgruppen, Abiturienten und Menschen mit abgeschlossenem Hochschulstudium sowie Führungspersonal und Angehörige freier Berufe, die überdurchschnittlich häufig Wünsche nach gesellschaftlichen Veränderungen artikulieren; Arbeitslose und Rentner zum Beispiel aber nicht. In den ostdeutschen Ländern sind das teilweise andere Gruppen. Hier haben die mittleren bis älteren Altersgruppen, gleichfalls Hochschulabsolventen, aber eben auch Arbeitslose und Rentner sowie Arbeiter, Angestellte und Führungskräfte eine stärkere Orientierung auf gesellschaftliche Veränderungen.

Die Datenlage lässt den Vergleich der aktuellen Ergebnisse mit denen aus den Untersuchungen vor den Wahljahren 1998/99 zu. [...] Die Ergebnisse [...] zeigen, dass es bei den Veränderungen im zeitlichen Verlauf gleichfalls eine bemerkenswerte West-Ost-Differenz gibt. In den westdeutschen Ländern ist die Mehrheit, die sich vor den Wahlen stark für Veränderungen ausgesprochen hat, geschmolzen. Eine relative Mehrheit befindet sich jetzt auf den mittleren Positionen. Anders ist wiederum die Situation in Ostdeutschland, hier sind die Relationen nahezu unverändert, nach wie vor artikuliert sich eine klare Mehrheit für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen. Wenn man versucht, diese Ergebnisse und die genannten Differenzierungen in den Kontext gesellschaftspolitischer Abläufe zu stellen, so können sie so interpretiert werden, dass vor den Wahlen eine starke Orientierung auf gesellschaftliche Veränderungen in beiden Teilgesellschaften (graduell abgestuft) mehrheitsfähig war. Das Abschmelzen dieser Mehrheit im Westen könnte für Meinungen stehen, dass die mit den Wahlergebnissen eingeleiteten Veränderungen den dringendsten Problemstau behoben haben oder beheben können, zwar weiterhin Veränderungen erforderlich sind, aber gemäßigtere Wandlungen gewünscht werden. Dass eine große Mehrheit im Osten nach wie vor grundlegende gesellschaftliche Veränderungen wünscht, zeugt von einem Meinungsbild, dass die erwarteten gesellschaftlichen Veränderungen sich mit dem Regierungswechsel nicht erledigt haben.

Gleichfalls sowohl vor als auch nach den Wahljahren ist nach Meinungen über den Zustand der Demokratie gefragt worden. [...] Die Ergebnisse der aktuellen Befragung [...] besagen insgesamt, dass in der Bundesrepublik Deutschland die Menschen mehrheitlich der Meinung sind, dass die Bürgerinnen und Bürger mehr demokratische Einflussmöglichkeiten haben sollten. Nur eine Minderheit ist der Meinung, dass es ausreichende demokratische Möglichkeiten gibt.

Auch dabei gibt es wieder eine West-Ost-Differenz. Dass sich in Ostdeutschland fast 40 Prozent eindeutig für den Wunsch nach mehr demokratischen Möglichkeiten ausgesprochen haben und weitere 26 Prozent sich nahe an dieser Forderung positioniert haben, während zugleich im Westen diese Positionen deutlich geringer vertreten werden, deutet darauf hin, dass Erfordernisse weiterer Demokratieentwicklung im Osten deutlich schärfer wahrgenommen werden.

Interessante Informationen liefert wiederum der Zeitvergleich. Während im Vorfeld der Wahlen die Meinungen zu dieser Frage in West und Ost sehr ähnlich verteilt waren, hat sich das mittlerweile verändert. In den ostdeutschen Ländern gibt es nur geringe Verschiebungen zwischen denen, die sich stark für entsprechende Veränderungen artikulieren, und denen, die nur für einige Veränderungen sind. In den westdeutschen Ländern hat sich eine deutlichere Verschiebung ergeben. Auch diese Ergebnisse stehen für Unterschiede im Meinungsbild zwischen Ost und West. Im Westen scheint die Meinung stärker verbreitet, dass mit dem Regierungswechsel zumindest ein Teil des Problems der Demokratieentwicklung gelöst ist. Im Osten fordert nach wie vor eine große Mehrheit mehr demokratische Einflussmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger.

Unter sozialen Gesichtspunkten gibt es bei den Meinungen zur Demokratieentwicklung zum Teil eine ähnliche Rasterung wie bei der vorangegangenen Frage. In der westdeutschen Bevölkerung werden stärkere Wünsche nach mehr demokratischen Möglichkeiten überdurchschnittlich häufig von jüngeren Altersgruppen, von Absolventen weiterbildender Schulen und Hochschulen sowie von Führungskräften artikuliert. In der ostdeutsche Bevölkerung sind das wiederum vor allem Angehörige von mittleren und älteren Generationen, gleichfalls Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen, daneben vor allem auch Berufstätige und Arbeitslose sowie neben Führungskräften auch Arbeiter und Angehörige freier Berufe.

Die bisher referierten Ergebnisse ermöglichen ein erstes Fazit: Politische Positionen, dass in der Gesellschaft alles so bleiben und so weitergehen könne wie bisher und es für mehr Möglichkeiten der demokratischen Einflussnahme durch die Bürgerinnen und Bürger kaum Bedarf gebe, haben nur eine geringe Chance auf Akzeptanz. Das bedeutet aber nicht, dass die umgekehrten Positionen von vornherein die besseren Chancen hätten, da spielen andere Faktoren ausschlaggebende Rollen. Aber dieses allgemeine Meinungsbild über Zustand und Perspektiven von Gesellschaft und Demokratie bildet einen Hintergrund im politischen Raum. Dabei hat sich zugleich seit den Wahljahren von 1998/99 eine bedeutsame West-Ost-Differenzierung herausge-

bildet. In den westdeutschen Ländern haben offenbar seit den Wahlen Meinungen um sich gegriffen, dass mit dem Regierungswechsel wichtige Veränderungen bereits eingeleitet seien, um Defizite in der gesellschaftlichen Entwicklung und in der Erweiterung demokratischer Möglichkeiten abzubauen. Für die ostdeutsche Bevölkerung stellen sich mehrheitlich diese Defizite als nach wie vor unerledigt dar. [...]

Die Untersuchung von Zusammenhängen zwischen den Meinungen zu Sozialismus und Kapitalismus kann die West-Ost-Unterschiede in diesem Komplex zusätzlich verdeutlichen. Dabei wurden die Positionen «Stimme voll zu» und «Stimme eher zu» sowie auch die beiden ablehnenden Kategorien jeweils zusammengefasst. [...] Danach gibt es im Westen ein Potenzial, das (mit einiger Vorsicht) als «prosozialistisch und antikapitalistisch» bezeichnet werden kann, im Umfang von 22,7 Prozent. Im Osten umfasst dieses Potenzial 50,1 Prozent. Auf der anderen Seite gibt es im Westen ein Potenzial von 33 Prozent, das als «antisozialistisch und prokapitalistisch» interpretiert werden kann. Im Osten gehören 17,6 Prozent in dieses Potenzial. [...] In diesen Ergebnissen kommen die deutlichen Unterschiede auf spezifische Weise zum Ausdruck, die es in der öffentlichen Meinung in beiden Teilgesellschaften gibt. Im Westen sind nach wie vor prokapitalistische Positionen stärker ausgeprägt als im Osten und umgekehrt im Osten prosozialistische Positionen deutlich häufiger als im Westen.

Bezogen auf Politik bedeutet dies, dass im Osten ein sehr großer Teil der Bevölkerung, im Westen allerdings auch ein erheblicher Anteil für Politikangebote von Parteien, die auf sozialistischen und antikapitalistischen Positionen stehen, ansprechbar sein könnten. Was das für die politischen Chancen linker Kräfte bedeuten kann, wird im folgenden Abschnitt untersucht.

Die Befragten waren aufgefordert worden, sich auf einer Zehner-Skala zwischen «links» und «rechts» selbst einzuordnen, dabei blieb offen, was beide Begriffe jeweils bedeuten. [...] Deutlich wird, dass sich sowohl im Westen als auch im Osten jeweils insgesamt mehr Menschen links von der Mitte als rechts von der Mitte positionieren. Die relativ meisten sehen sich aber jeweils in der Mitte, fühlen sich also weder als Linke noch als Rechte. Im Unterschied zu den vorher behandelten Fragen sind die Unterschiede zwischen West und Ost hierbei gering. Im Osten sehen sich etwas mehr Menschen links und etwas weniger rechts als im Westen, sie ordnen sich aber auch im Osten stärker der Mitte zu. Bezogen auf die vorher behandelten Problemkomplexe bedeutet das aber auch, dass im Osten ein großer Teil der Bevölkerung, der sich selbst in der Mitte einordnet, zugleich grundlegende gesellschaftliche Veränderungen erwartet, sich mehr demokratische Beteiligungsmöglichkeiten wünscht und ein positives Verhältnis zu sozialistischen Ideen hat. [...] Der Zeitvergleich bei dieser Frage zeigt, dass es sich dabei um relativ stabile Relationen sowohl im Westen als auch im Osten handelt. [...]

Sicher haben diese Ergebnisse auch für sich genommen einen Informationswert. Der Indikator wurde jedoch wiederum auch deshalb eingesetzt, um komplexere Zu-

sammenhänge zu untersuchen und die oben geschilderten politischen Potenziale zu bilden.

Die oben dargestellten Ergebnisse zu den in die komplexe Analyse einbezogenen Indikatoren lassen erwarten, dass es auch in der Verteilung dieser gesellschaftspolitischen Potenziale deutliche Unterschiede zwischen West und Ost gibt. [...] Zunächst sollte jedoch zur Kenntnis genommen werden, dass es in beiden Teilgesellschaften Potenziale, die sich mehr oder weniger entschieden als Linke für progressive gesellschaftliche Veränderungen engagieren, gegenwärtig in beachtenswertem Umfang gibt.

Allerdings sind diese Potenziale in Ostdeutschland noch deutlich stärker als in Westdeutschland. Die linken Veränderer machen im Osten knapp 30 Prozent aus, im Westen aber auch immerhin rund 24 Prozent. Am größten sind die Unterschiede bei den Linksreformern, das sind im Westen reichlich 20 Prozent, im Osten jedoch 38 Prozent. Dieser Unterschied kommt vor allem dadurch zustande, dass im Westen die Orientierung auf gesellschaftliche Veränderungen rückläufig ist, im Osten jedoch weiterhin stabil bleibt. Die breite Mitte ist im Westen mit reichlich 37 Prozent die stärkste Gruppe, sie umfasst im Osten nur reichlich ein Viertel. Diese Gruppe bildet aber insgesamt in der Gesellschaft nach wie vor die Mehrheit. Auf der anderen Seite bilden zwar auch in den westlichen Bundesländern die Erhalter und noch mehr die rechten Veränderer Minderheiten, aber sie sind zugleich bedeutend größer als in den ostdeutschen Ländern. Trotzdem sollte gerade die kleine Gruppe der rechten Veränderer nicht unterschätzt werden. Sie haben bewiesen, dass sie in der Lage sind, Meinungsführerschaften bis in die Gruppe der Linksreformer hinein – Stichwort: Standortsicherung – herzustellen. Es gibt aber auch Gegenbeispiele, dass linke Potenziale in der Lage sind, mit ihren Positionen in die Mitte der Gesellschaft vorzudringen – Stichwort: soziale Gleichheit.

Insgesamt soll abschließend zu diesem Abschnitt hervorgehoben werden, dass es zum einen beträchtliche Potenziale in der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland gibt, die für mehr oder weniger tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen gewinnbar scheinen, dass aber zum anderen weder linke noch rechte Potenziale in der Lage sind, die Gesellschaft zu dominieren. Die konkreten Kräfteverhältnisse hängen weitgehend davon ab, welche Positionen und Konzepte (sicher auch Personen – das wurde nicht untersucht) sich in der breiten Mitte durchsetzen und sich damit insgesamt hegemonial im politischen Raum darstellen können.

Zum politischen Verhalten

Wahlergebnisse werden in hohem Maße durch die Wahlbeteiligung beeinflusst und durch die Bereitschaft zu wechselnden Wahlentscheidungen in ihrem Ausgang bestimmt. Abnehmende Wahlbeteiligung und zunehmende Bereitschaft, andere Parteien als zuvor zu wählen, waren – wie im vorangegangenen Abschnitt dargestellt – im Vorfeld der Bundestagswahlen von 1998 beobachtet worden und haben sie letztlich auch entschieden.

[...] Der erste Eindruck ist, dass sich die Situation gegenwärtig nahezu ebenso darstellt wie vor den Wahlen. Der Anteil derer, die beabsichtigen, dieselbe Partei zu wählen wie 1998 (Wiederwähler), lag in den westdeutschen Ländern vor den Wahlen bei reichlich 70 Prozent und befindet sich gegenwärtig auf dem gleichen Niveau. In den ostdeutschen Ländern war dieser Anteil niedriger und betrug rund 65 Prozent, er ist gegenwärtig leicht – auf 67 Prozent – angestiegen. Vor den Bundestagswahlen beabsichtigten knapp 14 Prozent der Wahlberechtigten im Westen, sich nicht an den Bundestagswahlen zu beteiligen. Effektiv lag der Anteil der Nichtwähler bei den Wahlen dann bei 16 Prozent. Gegenwärtig würde sich der Nichtwähleranteil wieder auf dem Niveau von vor den Wahlen befinden. Das ist im Osten ähnlich. Dort beabsichtigten 17 Prozent nicht zu wählen, bei den Wahlen waren rund 19 Prozent nicht erschienen und jetzt beabsichtigen 16 Prozent, den Wahlen fern zu bleiben. Die Gruppe der Wechselwähler umfasste vor den Wahlen im Westen rund 16 Prozent, das ist auch gegenwärtig der ermittelte Wert. Im Osten ist der Anteil der Wechselwähler von reichlich 18 Prozent vor den Wahlen auf nun 17 Prozent abgesunken.³ [...]

Eine andere Fragestellung ist, welche Anteile diese Wechselwähler an den vorherigen Wählerschaften der einzelnen Parteien bilden. Anteilig den größten Verlust hat mit über 30 Prozent Bündnis 90/Die Grünen. Gleichfalls bemerkenswert hoch ist der Verlust bei der SPD, sie würde über 22 Prozent ihrer vorherigen Wähler verlieren. Bei der CDU ist dieser Anteil geringer, ihr Stammwähleranteil liegt jetzt bei rund 85 Prozent. Die geringste Abwanderung hätte nach diesen Ergebnissen die PDS zu erwarten, nur neun Prozent ihrer Wählerinnen und Wähler beabsichtigen eine andere Wahlentscheidung.

Nachdem dargestellt wurde, aus welchen Wählerschaften welcher Parteien gegenwärtige Wechselwähler kommen, ist nun darauf einzugehen, wohin sie wandern. [...] Danach würde mit rund 29 Prozent der größte Teil der Wechselwähler zu den Nichtwählern überwechseln. 15 Prozent würden sich nun der CDU zuwenden, 19 Prozent würden sich jetzt für die SPD entscheiden. Mit 7,5 Prozent würde auch die FDP einen beachtlichen Anteil abbekommen. Die Grünen können gegenwärtig mit zwei Prozent kaum von den Wählerwanderungen profitieren. Einen relativ hohen Zuzug seitens der Wechselwähler könnte hingegen die PDS erwarten, ihre Akzeptanz ist mit reichlich 13 Prozent in dieser Gruppe der Wechselwähler deutlich höher als in der Gesellschaft insgesamt. [...]

3 [Zur sozialen Zusammensetzung der Wechselwähler schreibt Dietmar Wittich an anderer Stelle in dieser Analyse: «Zur Gruppe der Wechselwähler gehören vor allem Frauen, Angehörige mittlerer Altersgruppen, Berufstätige, im Osten auch Arbeitslose und Arbeiter, Angestellte, Führungskräfte und die Informationsarbeiter. Die Nichtwähler rekrutieren sich in besonders starkem Maße aus den Gruppen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen, aus den jüngeren Altersgruppen, aus den Gruppen der Lehrlinge, Schüler und Studenten sowie der Informationsjugend, im Westen zählen auch kleine Selbstständige dazu. Es handelt sich dabei um Gruppen, die insgesamt für Angebote sozialistischer Politik und Bildung sehr interessant sind.»; Anm. d. Hrsg.]

Zusammenfassend zu diesem Komplex ist festzustellen, dass nach aktuellen Ergebnissen gegenwärtig die Absicht, den Wahlen fernzubleiben, und auch die Absicht, bei den nächsten Wahlen eine andere Partei zu wählen, nicht niedriger ist, als sie vor den Bundestagswahlen von 1998 war. Das ist deswegen bemerkenswert, weil der 1998 in der Bevölkerung verbreitete Wunsch nach Veränderungen und die entsprechenden Wählerwanderungen die jetzige Regierungskoalition ermöglicht haben. Das kann bedeuten, dass nach Meinung eines erheblichen Teils der Wählerschaften der heutigen Regierungsparteien diese nicht die Erwartungen erfüllen, die an sie gerichtet waren. Verlierer wäre dabei vor allem Bündnis 90/Die Grünen. Die PDS würde gegenwärtig zu den Gewinnern der Wählerwanderungen gehören. Dabei sollte jedoch beachtet werden, dass die PDS zwischen 1994 und 1998 ein Viertel ihrer vorherigen Wähler verloren hatte, andererseits bildeten neue Wählerinnen und Wähler ein Drittel ihrer Wählerschaft bei den letzten Bundestagswahlen. Der Wählerwechsel bei der PDS würde sich nach den jetzigen Ergebnissen also relativ verlangsamen. [...]

Insgesamt hat die PDS ihre Stärken vor allem im linken Spektrum, hier kann sie im Westen allmählich ausbauen, im Osten findet sie hier bisher die Masse ihrer Wählerinnen und Wähler. Im Westen findet sie bei Kräften mit linken Reformvorstellungen bisher noch wenig Beachtung. Reserven gibt es nach wie vor dabei, mit linkssozialistischen Politikangeboten in die breite Mitte der Gesellschaft vorzudringen.

In der Erhebung wurde die Frage gestellt: «Welche Partei oder Parteienkonstellation sollte Ihrer Meinung nach bei den Bundestagswahlen 2002 die Regierung übernehmen?» [...]

Wiederum gibt es erhebliche Unterschiede zwischen West und Ost. Im Westen ist die am häufigsten gewünschte Koalition die der gegenwärtigen Regierungsparteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Im Osten stößt diese Koalition für 2002 mit 4,5 Prozent nur auf wenig Gegenliebe. Zwischen 16 und 17 Prozent wünschen sich im Westen jeweils eine Alleinregierung von CDU oder SPD, das sind im Osten deutlich weniger. Eine Wiederauflage der alten Koalition von CDU und FDP würden im Westen zwölf und im Osten knapp neun Prozent gern sehen. Die im Osten am meisten gewünschte Koalition wäre die von SPD und PDS, dafür votieren knapp 23 Prozent, im Westen erwärmen sich dafür allerdings nur drei Prozent. An zweiter Stelle im Osten rangiert die Große Koalition von CDU und SPD mit knapp 17 Prozent. Eine Dreierkoalition von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS erhoffen im Osten 9,5 Prozent, im Westen sind dies wiederum drei Prozent. Für eine durch die PDS tolerierte Koalition von SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf Bundesebene können sich in Ost und West jeweils nur fünf Prozent erwärmen.

Wesentlich an diesem Ergebnis ist, dass im Osten eine Koalition von SPD und PDS die meiste Akzeptanz finden würde, also das Mecklenburger Modell, dem folgt die Dreierkoalition. Die Tolerierung einer SPD/Grünen-Koalition, das Magdeburger Modell, findet von allen drei Varianten mit PDS-Beteiligung für die Bundesebene die geringste Akzeptanz. [...]

An den Resultaten fällt [...] auf, dass die PDS häufiger als möglicher Partner in Koalitionen genannt wird, als sie gewählt wird. Das gilt – in unterschiedlichen Größenordnungen – in West und Ost. Ausgehend von der Überlegung, dass das Nennen der PDS als eine mögliche (Mit-)Regierungspartei so gewertet werden kann, dass sie im politischen Raum als ganz normaler Faktor wahrgenommen wird, wurde ein neuer Indikator gebildet. In diesem Indikator wird unterschieden zwischen PDS-Wählern, den als «PDS-Akzeptanz» zusammengefassten Nennungen von PDS-Beteiligung, und den anderen, die die PDS weder wählen noch an einer Regierung beteiligt sehen wollen. Die [...] Ergebnisse [...] verweisen darauf, dass die Akzeptanz der PDS deutlich über den Kreis ihrer Wählerinnen und Wähler hinausreicht. Das gilt für den Osten und auch für den Westen. Diese Ergebnisse können dahin gehend gewertet werden, dass die PDS auf dem Weg in die politische Normalität der Gesellschaft der Bundesrepublik ein ganzes Stück vorangekommen ist.

Es war naheliegend, diese Ergebnisse in Zusammenhang zu stellen mit den politischen Potenzialen. Dabei stellte sich für den Westen heraus, dass die Akzeptanz der PDS vor allem im linken Spektrum bereits relativ verbreitet ist, sie ist aber auch in den Potenzialen der Linksreformer und auch der Erhalter erkennbar.

Im Osten schöpft die PDS das Potenzial der linken Veränderer bereits in erheblichem Umfang aus, es gibt hier aber auch noch Reserven. Zu verweisen ist außerdem darauf, dass die PDS – außer bei den Rechten – auch in den anderen Potenzialen auf eine beachtliche Akzeptanz stößt. Hier werden größere Aktionsräume für sozialistische Politik und Bildung sichtbar. [...]

Soziale Differenzierungen im politischen Verhalten

[...] In der Kategorie «Informationsarbeiter» wurden jene Berufstätigen zusammengefasst, für die der Computer Arbeitsmittel ist. Dieser Gruppe gehören im Westen 30 Prozent an, im Osten sind das 24 Prozent. Offenbleibt dabei, in welchem Umfang und mit welchen Arbeitsinhalten das erfolgt. Ein Vergleich der anderen Gruppen mit den entsprechenden Kategorien zeigt, wie sich diese Gruppen verändern. In der Kategorie «Informationsjugend» wurden die in Ausbildung befindlichen jungen Leute zusammengefasst, die sich keiner dieser Gruppen zugeordnet haben und die einen Computer nutzen.

Die Entwicklung und der Einsatz der Indikatoren zur Computernutzung in diesem Projekt erfolgte, um der Frage nachgehen zu können, ob mit entsprechenden Veränderungen in der Alltagskultur und der Sozialstruktur auch Besonderheiten im politischen Verhalten verbunden sind. [...] Zusammenfassend ist festzustellen, dass diese Unterschiede insgesamt gering ausfallen.

Ein bemerkenswerter Unterschied besteht bei der beabsichtigten Wahlbeteiligung. Im Westen gehören «Informationsarbeiter» und «Informationsjugend» in deutlich geringerem Umfang zu den voraussichtlichen Nichtwählern als die Gesamtheit beziehungsweise entsprechende Vergleichsgruppen. Im Osten trifft das auch für die «In-

formationsarbeiter» zu, nicht jedoch für die «Informationsjugend». Beide Gruppen gehören weder im Osten noch im Westen zu jenen, die die PDS überdurchschnittlich häufig zu wählen beabsichtigen. Für die PDS ist dazu festzuhalten, dass sie in ihrer Wählerschaft die Gruppen vertreten hat, die die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien nutzen, sie neigen aber nicht überdurchschnittlich häufig dazu, die PDS zu wählen. Auch wenn diese Anteile bisher vergleichsweise gering sind, handelt es sich um eine sehr interessante Zielgruppe für sozialistische Politik und Bildung. Insbesondere diese Teile erwarten wohl vor allem spezifische Angebote, die der modernen Gesellschaft angemessen sind und zugleich alternative Entwicklungsperspektiven in den gesellschaftlichen Diskurs einbringen. Zusammenfassend lassen sich die politischen Erwartungen aus diesem Wählersegment mit den Stichworten zusammenfassen: Zukunftsgestaltung, moderne und alternative Gesellschaftspolitik und soziale Gerechtigkeit. [...]

Unmittelbar vor den Bundestagswahlen war es der PDS gelungen, zusätzlich Frauen für sich als Wählerinnen zu gewinnen. Das schlägt sich auch jetzt noch in den Ergebnissen für Ostdeutschland nieder. Hier sind Frauen an der Wählerschaft der PDS in deutlich höherem Maße beteiligt als Männer. In Westdeutschland ist dies nicht so, in diesem Teil der Gesellschaft spricht die PDS bisher mehr Männer an. Aber sowohl im Westen als auch im Osten sind es deutlich mehr Frauen, für die die PDS eine ganz normale, also koalitionsfähige Partei ist. Zehn Prozent der Frauen im Westen insgesamt wünschen sich die PDS als Partnerin der Regierung, im Osten sind das knapp 19 Prozent. Insgesamt scheint es so, als sei die PDS insgesamt gegenwärtig für Frauen attraktiver.

Nach Altersgruppen gibt es wiederum eine deutliche West-Ost-Differenz. Im Westen haben vor allem die jüngeren Generationen relativ hohe Anteile sowohl an der Wählerschaft der PDS als auch bei denen, die sich die PDS in einer Koalition oder Ähnliches wünschen. Im Osten sind die jüngeren Gruppen in der Wählerschaft der PDS relativ schwach vertreten. Es sind im Westen gerade die jüngeren Generationen, die sich die PDS verstärkt in Regierungsverantwortung wünschen. Im Osten ist die Akzeptanz der PDS in diesem Zusammenhang bei den Jüngeren deutlich stärker, als gegenwärtig die Neigung, sie auch zu wählen. [...]

Eine Zwischenepoche deutscher Politik ist gescheitert in: neues deutschland, 23.10.2001.

*Mit einer rückwärtsgewandten Politik sind keine neuen Ufer zu erreichen –
Aber auch die PDS muss sich neuen Erwartungen stellen*

Als die Große Koalition in Berlin im Juni den Löffel abgeben musste, kraftmeierte noch Eberhard Diepgen, der eben gefeuerte regierende Bürgermeister: «Wir werden den Kommunisten die Stadt nicht kampflos überlassen!» Die SPD drehte sich flink

um mit fragender Geste: «Gab es das, eine Große Koalition?» Diese beiden Rituale wurden bis zum 21. Oktober durchgehalten, sie waren inszeniert, um das politische Leben im Stadtstaat, der zugleich Bundeshauptstadt ist, zu dominieren, und – sie haben versagt oder nur mäßigen Erfolg gehabt. Im Ergebnis der Wahlen vom 21. Oktober stellt sich das politische Kräfteverhältnis in Berlin gründlich verändert dar. Selbst erhebliche Teile des bürgerlichen Lagers rund um den Ku'damm ließen die CDU fallen wie eine heiße Kartoffel, und sie fiel tief, von 41 Prozent von 1999 auf nun knapp 24 Prozent. Lieber wurde der schon abgeschriebenen FDP, gewissermaßen als zweite Mannschaft, zu einem Comeback verholphen. Bis zum Morgen des Wahltags wurde vom Mainstream der professionellen Meinungsmacher die SPD auf 33 bis 36 Prozent hoch geredet, geblieben ist sie unter 30 Prozent. Auch die Grünen mussten Federn lassen. Die Tendenzen insgesamt richtig gesehen hat nur das weniger bekannte Meinungsforschungsinstitut INFO in Berlin.

Als das Ereignis dieser Wahl gilt das Ergebnis der PDS. Der Teil der Meinungsmacher, die sich eifrig bemüht hatten, die PDS herunterzureden oder ihre Positionen tunlichst zu verschweigen, schreckte konsterniert auf: «Die PDS hat in Ostberlin fast jede zweite Stimme erreicht!» Genau betrachtet handelt es sich nur um eine Fortsetzung von Tendenzen, die bereits viel früher, nämlich mit der Vereinigungskrise Mitte der 1990er Jahre eingesetzt hatten, die nun allerdings an einen Punkt gelangt sind, der einen Durchbruch darstellt. 1999 meinte man, die fast 40 Prozent der PDS im Osten noch mit Verweis auf die hohen Anteile früherer SED-Kader abtun zu können. Mit einem Seufzer der Erleichterung war zur Kenntnis genommen worden, dass die 4,2 Prozent im Westen zwar eine Verdopplung gegenüber den Vorwahlen waren, aber die magische Fünfprozentmarke unangetastet geblieben war. Nun hat die PDS im Land Berlin insgesamt knapp 23 Prozent, 48 Prozent im Osten und sieben Prozent im Westen. Sie ist die Partei der Ostberlinerinnen und Ostberliner und sie hat für einen großen Teil der linken Milieus im Westen den Makel der Unberührbaren verloren.

Das eigentlich Wesentliche an den Wahlergebnissen bildet die Botschaft, dass eine Zwischenepoche deutscher Geschichte wohl endgültig vorbei ist. Landowsky und Diepgen standen für den Versuch, mit einem rückwärtsgewandten Konzept neue Ufer zu erreichen. Das ist gescheitert. Das Berlin von heute ist ein anderes Gemeinwesen als die alte Frontstadt Westberlin, die nur ein paar Bezirke dazu gewonnen hat, so wie die Bundesrepublik Deutschland ein anderes Gebilde ist als nur die vergrößerte Bonner Republik. Die Eliten der alten Bundesrepublik waren offenbar nur begrenzt fähig, sich den veränderten Realitäten zu stellen. Sicherheitshalber blieben sie in den Schützengräben des Kalten Kriegs sitzen, offenbar ohne ernsthaft zur Kenntnis zu nehmen, dass mit ihrem Sieg auch der Feind abhanden gekommen war. Geblieben ist ihnen die Arroganz der Macht, die ausgespielt wurde, koste es, was es wolle. Obwohl sie immer hektischer Geld zu den falschen Fenstern hinauswarfen und sich als die größten Schuldenmacher der Nation profilierten, konnten sie keines der Probleme in der Gesellschaft dieser Stadt einer Lösung auch nur ein Stück näherbringen.

Das neue politische Kräfteverhältnis in Berlin ist nur ein Vorgriff auf das, was insgesamt in der Gesellschaft der Deutschen ansteht. Es ist zugleich eine Chance, nämlich die, die Nachkriegszeit endgültig zu beenden. Die Kooperation mit der PDS wäre das Signal für eine neue deutsche politische Rationalität und eine Hinwendung zu europäischer Normalität. Und es ist die Herausforderung, die gesellschaftlichen Probleme nicht nur als Munition für Wahlkampfversprüche zu nutzen, sondern sie gemeinsam anzugehen. Viele Frauen und Männer auf der Straße – so die heutige Berichterstattung – sehen das wohl auch so.

Wenn es denn so kommt, muss sich auch die PDS beeilen, von den Freudensprüngen der Wahlfeten auf den Boden der Realitäten zurückzukehren. Denn auch für sie stecken in dem Wahlergebnis und in den Vorgängen, aus denen heraus es produziert wurde, einige Probleme. Bereits im Sommer waren die Positionsgewinne absehbar. Aber seit dem 11. September wurde die öffentliche Meinung auch in Berlin durch internationale Ereignisse überlagert. Die als Medienereignisse inszenierten Terroranschläge in New York und Washington verdrängten zunächst viele Alltagsorgen. Ängste und Sicherheitsbedürfnisse bestimmten die Atmosphäre und sie bestimmen sie teilweise noch. In den Kompetenzzuschreibungen gilt die PDS nicht gerade als Spezialistin für Sicherheitspolitik und innere Sicherheit. Das ist so und deshalb rutschte die PDS von den im Sommer möglichen 22 Prozent bis Anfang Oktober auf 16 Prozent ab. Das Wochenende vom 7. und 8. Oktober mit dem Dresdner Parteitag der PDS und vor allem dem Beginn des Kriegs der USA in Afghanistan brachte den Umschlag.

Dieser Gesamtvorgang muss gründlich analysiert werden. Seit einigen Jahren ist im Umfeld der PDS ein Umbau zu beobachten. Neu hinzukommende Wählergruppen sind nicht nur sozial anders strukturiert als der Kern der Stammwählerschaft, sie sind jünger, aktiver und offener, von ihnen kann nicht erwartet werden, dass sie immer wieder treu und brav PDS wählen werden. Hier gibt es Erwartungen, auf die die PDS sich einstellen muss. Die PDS hatte in Berlin drei Stärken ins Spiel zu bringen: ihre Kommunalpolitiker, die zunehmend auch öffentlich wahrgenommene Kompetenz ihrer Landespolitiker und Gregor Gysi und mit ihm die Bundespolitik. Der PDS hat nicht geschadet, dass sie konsequent die politische Stimme des nicht unerheblichen Teils der Bevölkerung ist, der Krieg und militärische Gewalt ablehnt. Aber das allein reicht nicht, sie muss alle ihre Stärken weiter ausbauen, sie muss daran arbeiten, ihr Image über das einer Ostpartei, einer Gerechtigkeitspartei und einer Antikriegspartei hinaus zu erweitern. Davon wird abhängig sein, ob sie sozialistische Politik als eine Perspektive in Berlin und Deutschland stärker verankern kann, egal ob in der Koalition oder in der Opposition.

Information zu aktuellen Meinungen

Bericht für den Bereich Strategie und Grundsatzfragen beim Parteivorstand der PDS und das Wahlbüro der PDS, 1.8.2002 (bislang unveröffentlicht).

Vorbemerkung

Zwei Monate vor den Bundestagswahlen stellen sich die Wahlaussichten der Parteien – folgt man aktuellen Umfrageergebnissen – relativ stabil dar. Im gesamten Monat Juli hat sich an den Relationen zwischen den Parteien nichts verändert. Die CDU/CSU liegt vorn, sie erreicht 39 bis 40 Prozent. Die FDP liegt stabil bei neun Prozent, eine Koalition dieser Parteien würde also insgesamt 49 Prozent erreichen. Das Ergebnis der SPD schwankt um 35 Prozent (34 bis 36%), Bündnis 90/Die Grünen erreichen stabil sechs Prozent. Die aktuellen Regierungsparteien kommen damit zusammen auf etwa 41 Prozent und liegen damit deutlich hinten. Die PDS konnte sich nach diesen Ergebnissen bei sechs Prozent stabilisieren. Die sonstigen Parteien würden zusammen zwischen drei und fünf Prozent bekommen. Damit stehen die Zeichen gegenwärtig in Richtung Regierungswechsel. Die bisher Unentschlossenen machen 16 Prozent aus, die voraussichtlichen Nichtwähler elf Prozent. [...]

An dem Tag, an dem diese Erhebung lief, begann die öffentliche Diskussion über die Nutzung dienstlich erworbener Bonusmeilen für Privatflüge durch Gregor Gysi und die politischen Konsequenzen. EMNID hat daraufhin am 30. Juli 2002 nach den Meinungen gefragt, ob in einem solchen Zusammenhang Rücktritte angebracht seien oder nicht. [...]

Meinungen zu Rücktritten

Bei der Frage, ob Politiker wegen privater Nutzung dienstlich erworbener Ansprüche auf Freiflüge zurücktreten sollen, sind die Meinungen klar gespalten. Insgesamt sind etwa 50 Prozent für Rücktritte in derartigen Fällen, 47 Prozent sind gegen Rücktritte und knapp drei Prozent haben keine Meinung geäußert. Es gibt in dieser Frage einen leichten West-Ost-Unterschied. Im Westen sind 52 Prozent für Rücktritte und 46 Prozent dagegen, im Osten sind 45 Prozent für Rücktritte und 52 Prozent dagegen. Man kann davon ausgehen, dass dieser Unterschied vor allem mit der Person des in der aktuellen Diskussion befindlichen Politikers zusammenhängt.

Auch in den Wählerschaften der einzelnen Parteien sind die Meinungen in dieser Frage geteilt. Bei CDU/CSU und SPD halten sich Befürworter und Gegner von Rücktritten in diesem Zusammenhang die Waage, bei der FDP ist eine leichte Mehrheit gegen Rücktritte, bei den Grünen sind fast zwei Drittel für Rücktritt. In der Wählerschaft der PDS sind 80 Prozent gegen einen Rücktritt. Bei den Unentschlossenen und den Nichtwählern sind allerdings jeweils Mehrheiten dafür, dass es in solchen Fällen Rücktritte geben sollte.

Abschließend in diesem Zusammenhang ein Blick auf verschiedene Typen von PDS-Wählern. Von denen, die zuvor PDS gewählt haben und sie wieder wählen wol-

len, sind mehr als drei Viertel gegen Rücktritte, von den neuen PDS-Wählern sind 80 Prozent dieser Meinung. Von denen, die zuvor PDS gewählt haben, sich nun aber für eine andere Partei entscheiden wollen, sind alle für Rücktritt, der Teil der früheren PDS-Wähler, die nun unentschlossen sind oder nicht wählen wollen, sind hingegen alle gegen Rücktritte.

Da der Rücktritt von Gregor Gysi, um den es in der aktuellen Diskussion ging, mittlerweile vollzogen ist, lässt sich im Nachhinein nur noch resümieren, dass es in der aktuellen Wählerschaft nach diesen Ergebnissen nicht geschadet hätte, wenn er nicht zurückgetreten wäre. Ob das allerdings bei der Mobilisierung bisher Unentschlossener oder Nichtwähler nützlich gewesen wäre, kann angesichts der Stimmungslage in diesen Teilgruppen bezweifelt werden. [...]

Öffentliche Meinungen zum Rücktritt und zum politischen Rückzug von Gregor Gysi

Information für den Bereich Strategie und Grundsatzfragen beim Parteivorstand der PDS und das Wahlbüro der PDS, 4.8.2002 (bislang unveröffentlicht).

Vorbemerkung

Am 31. Juli ist Gregor Gysi von allen seinen Ämtern im Berliner Senat und seinem Mandat im Abgeordnetenhaus zurückgetreten und hat seinen Rückzug aus der Politik bekannt gegeben. Im Zusammenhang mit der «Bonusmeilen-Affäre» hatte sich die mediale Aufmerksamkeit auf ihn konzentriert. An vier aufeinanderfolgenden Tagen (vom 30. Juli bis zum 2. August 2002) hat das Meinungsforschungsinstitut EMNID im Rahmen seiner laufenden Erhebungen die Meinungen in der Bevölkerung zu diesen Vorgängen untersucht. Über erste Ergebnisse (allgemein nach Rücktritten in diesem Zusammenhang) wurde bereits informiert.⁴ Gefragt wurde in den Folgetagen nach den Meinungen zum Rücktritt von Gregor Gysi, zu seinem Rückzug von der aktiven Politik, nach dem Zusammenhang der Vorwürfe mit Wahlkampfaktik sowie nach den Folgen für die PDS (zu Letzterem liegen zu diesem Zeitpunkt die Daten noch nicht vor, die entsprechenden Informationen werden nachgereicht). [...]

Meinungen zum Rücktritt von Gregor Gysi

Die Meinungen zum Rücktritt von Gregor Gysi als Reaktion auf die sogenannte Bonusmeilen-Affäre sind insgesamt in Deutschland geteilt, 47 Prozent halten den Rücktritt für eine angemessene Reaktion, 48 Prozent halten ihn für nicht angemessen, fünf Prozent haben dazu keine Meinung geäußert.

4 [Siehe «Information zu aktuellen Meinungen, 1.8.2002» S. 220 in diesem Band: Anm. d. Hrsg.]

[...] Im Westen halten 52 Prozent den Rücktritt für angemessen, sehen ihn also als gerechtfertigt an, und 44 Prozent halten ihn für nicht angemessen, vier Prozent haben die Frage nicht beantwortet. Etwa zwei Drittel der Ostdeutschen bewerten den Rücktritt als nicht angemessen, lediglich 25 Prozent halten ihn für angemessen und zehn Prozent haben keine Meinung geäußert.

Zu fragen ist, ob es neben den West-Ost-Unterschieden auch Differenzierungen zwischen den Wählerschaften der einzelnen Parteien gibt. Dass sich dabei die West-Ost-Unterschiede reproduzieren würden, war zu erwarten. Am geringsten ist dieser Unterschied in der Wählerschaft der FDP, in der im Westen 46 Prozent und im Osten 50 Prozent den Rücktritt für angemessen halten. In der Wählerschaft der CDU/CSU im Westen gibt es eine Mehrheit von 53 Prozent, die ihn als angemessen bewertet, im Osten sieht das mit 23 Prozent nur eine Minderheit so. Bei der SPD stehen auf dieser Position 45 Prozent im Westen und 17 Prozent im Osten. Am größten fällt die Differenz bei der Wählerschaft der PDS aus, zwei Drittel der PDS-Wähler im Westen halten Gysis Rücktritt für angemessen, im Osten sind dies 25 Prozent (und damit auch relativ mehr als bei CDU und SPD). Diese Ergebnisse sind Hinweis darauf, dass bei der Positionierung in dieser Frage unterschiedliche Momente eine Rolle spielen (etwa zwischen Genugtuung und moralischer Bewertung)

Die Analyse nach verschiedenen Wählergruppen kann auf weitere Aspekte aufmerksam machen.

Sowohl bei denen, die sich jetzt bei Wahlen für dieselbe Partei entscheiden wollen wie bei den vorangegangenen Wahlen (hier «Stammwähler» genannt), als auch bei Wechselwählern sind jeweils leichte Mehrheiten der Meinung, der Rücktritt sei nicht angemessen. Anders ist das bei den Nichtwählern und vor allem bei den Unentschlossenen. In der zuletzt genannten Gruppe (die im Wahlkampf das «Objekt der Begierde» aller Parteien ist) hält eine Mehrheit den Rücktritt für angemessen, nur ein Drittel hält ihn nicht für angemessen und 13 Prozent haben ihre Meinung nicht mitgeteilt.

In der Wählerschaft der PDS sind die Meinungen nicht nur zwischen West und Ost geteilt, sie stellen sich auch bei verschiedenen Gruppen von PDS-Wählern sehr unterschiedlich dar. Die Stammwähler der PDS sind mit 92 Prozent nahezu einhellig der Meinung, dass der Rücktritt keine angemessene Reaktion sei. Völlig anders ist das Meinungsbild bei neu zur PDS gewanderten Wählern, von diesen halten 70 Prozent den Rücktritt für angemessen, 20 Prozent sind gegenteiliger Meinung.

Unter sozialen und demografischen Gesichtspunkten gibt es einige Differenzierungen, Frauen, die jüngste und die älteste Altersgruppen und Nichtberufstätige sehen überdurchschnittlich häufig den Rücktritt als angemessen an. [...] Je höher der Bildungsabschluss, desto seltener wird der Rücktritt als angemessen angesehen und desto häufiger als nicht angemessen. Bei den Schülern ist es ähnlich wie in der jüngsten Altersgruppe, die Bewertung ist rigoroser, eine relative Mehrheit sieht ihn als angemessen.

Untersucht wurde auch, in welchem Maße in der Bevölkerung die mediale Auseinandersetzung um Fälle von privater Nutzung dienstlich erworbener Bonusmeilen in Zusammenhang mit dem Wahlkampf gebracht wird.

Eine Mehrheit der Deutschen geht von einem solchen Zusammenhang aus, 61 Prozent sind der Meinung, dass die Vorwürfe vor allem von wahlkampfaktischen Überlegungen angetrieben sind, und 32 Prozent meinen, dass hierbei keine Wahlkampfaktik im Spiel sei. Sieben Prozent haben keine Meinung geäußert. Bei dieser Frage sind die Unterschiede zwischen West und Ost sehr gering. Im Westen sehen 62 Prozent und im Osten 57 Prozent einen Zusammenhang mit Wahlkampfaktik. Im Westen sehen 32 Prozent einen solchen Zusammenhang nicht, im Osten sind das etwas mehr, nämlich 34 Prozent. Sehr glaubwürdig ist die politische Debatte um diese «Affäre» insgesamt also nicht.

Größere Unterschiede gibt es zwischen verschiedenen Gruppen von Wählern. Bei den aktiven Wählern gehen offenbar Mehrheiten davon aus, dass hier der Wahlkampf im Spiel ist, bei den Stammwählern sind dies fast 70 Prozent, bei den Wechselwählern 64 Prozent. Bei den Nichtwählern sieht gleichfalls eine Mehrheit von 57 Prozent einen Zusammenhang zwischen den Vorwürfen und dem Wahlkampf. Anders ist das bei den gegenwärtig Unentschlossenen. Von ihnen sehen nur 41 Prozent einen solchen Zusammenhang, 43 Prozent meinen, dass es einen Zusammenhang zwischen den Vorwürfen und der Wahlkampfaktik nicht gäbe. Weitere 17 Prozent haben die Frage nicht beantwortet, sind sich also möglicherweise in der Bewertung nicht sicher.

Auch unter sozialen Aspekten gibt es Differenzierungen. Männer sehen häufiger als Frauen Wahlkampf im Spiel, die mittleren Altersgruppen häufiger als die jüngste und die älteste, Berufstätige häufiger als Nichtberufstätige. Am deutlichsten sind die Zusammenhänge wiederum nach Bildungsabschlüssen.

Mit steigenden Bildungsabschlüssen nimmt die Überzeugung zu, dass die Vorwürfe mit wahlkampfaktischen Überlegungen zusammenhängen. Und wiederum sind es die Schüler, die abweichen, in dieser Gruppe sieht nur eine Minderheit von 35 Prozent Wahlkampf im Spiel.

Zur Bewertung des Rückzugs von Gregor Gysi von der aktiven Politik

Insgesamt halten sich in der öffentlichen Meinung in Deutschland die Bewertungen des Rückzugs von Gregor Gysi aus der aktiven Politik fast die Waage. 48 Prozent bedauern den Rückzug von Gregor Gysi und 46 Prozent begrüßen ihn. Auch bei dieser Frage sind die Unterschiede zwischen West und Ost erheblich. Im Westen begrüßen es 49 Prozent, dass Gregor Gysi aus der Politik verschwindet, aber immerhin auch 43 Prozent bedauern es. Im Osten sind die Relationen ganz klar: Fast zwei Drittel bedauern diesen Rückzug aus der Politik und nur reichlich 30 Prozent begrüßen ihn. Wie immer das im Einzelnen bewertet wird, diese Werte zeugen davon, welche Aufmerksamkeit und Akzeptanz der Politiker Gysi erreicht hat, damit auch für die PDS, die ja im Westen Mühe hat, eine Zweiprozentpartei zu werden.

Auch in dieser Frage gibt es beachtenswerte Unterschiede zwischen verschiedenen Wählergruppen. Bei den Stammwählern sind die Meinungen dabei geteilt, jeweils 47 Prozent bedauern den Rückzug Gysis aus der Politik beziehungsweise begrüßen ihn. Anders ist das bei den Wechselwählern. In dieser Gruppe sind es 57 Prozent, die den Rückzug bedauern, und nur 42 Prozent begrüßen ihn. In der interessanten Gruppe der Unentschlossenen begrüßen 45 Prozent diesen Rückzug, aber immerhin 39 Prozent bedauern ihn. In diesen Ergebnissen liegen Hinweise auf mögliche politische Folgen. Man kann davon ausgehen, dass Gregor Gysi als Politikerpersönlichkeit Wählerinnen und Wähler angezogen hat. Als «Entscheidungshilfe» für Wechselwähler und Unentschlossene fällt dieser Faktor nun wohl weg.

Wiederum stark differenziert stellt sich das Meinungsbild innerhalb der Wählerschaft der PDS dar.

Die Stammwählerschaft bedauert bis auf eine Minderheit von acht Prozent den Rückzug Gregor Gysis aus der Politik, ihnen wird er fehlen. Bei den neuen PDS-Wählern sieht das anders aus, von ihnen bedauern nur 50 Prozent den Rückzug, 40 Prozent begrüßen ihn und zehn Prozent haben die Frage nicht beantwortet. Hier kann auf das Wirken moralischer Faktoren geschlossen werden: In den Augen eines Teils der PDS-Wähler, gerade auch neuer PDS-Wähler, sollen Politiker der PDS sich eben doch anders verhalten als Politiker anderer Parteien.

Differenzierungen nach sozialen Aspekten fallen bei dieser Frage gering aus. Frauen haben die Frage häufiger nicht beantwortet als Männer. Nur nach Bildungsabschlüssen gibt es relevante Unterschiede. Der Zusammenhang ist dabei ähnlich wie bereits bei der Frage zum Rücktritt. Mit steigenden Bildungsabschlüssen wird deutlich häufiger bedauert, dass sich Gregor Gysi von der Politik zurückgezogen hat. Die Gruppe der Schüler weicht wiederum ab, in ihr wird dieser Rückzug relativ häufiger begrüßt als bedauert.

Zu aktuellen Entwicklungen bei der Sonntagsfrage

Die beiden Datensätze – jeweils von zwei Tagen vor und nach Rücktritt und Rückzug von Gregor Gysi – ermöglichen einen Zeitvergleich bei den Ergebnissen zur Sonntagsfrage.

Bei fast allen Parteien bleibt es bei den schon seit einigen Wochen beobachteten Relationen. Die CDU/CSU liegt weiterhin vorn mit 39 bis 40 Prozent, die FDP erreicht reichlich sieben Prozent. Auch die SPD bleibt in der Spanne zwischen 34 und 36 Prozent, in der ihre Ergebnisse schon seit geraumer Zeit schwanken; Bündnis 90/Die Grünen bleiben bei sieben Prozent.

Nur bei der PDS ist das anders. Ihr Ergebnis ist in diesen wenigen Tagen von 6,2 auf 5,6 Prozent zurückgegangen (Anmerkungen: Wenn die Schwankung im Bereich der Irrtumswahrscheinlichkeit läge, könnte die Abweichung 0,3 Prozent betragen, der gemessene Wert liegt bei 0,6 Prozent, die Abweichung ist nicht zufällig). Im Westen

hat sich das Ergebnis weiter von den zwei Prozent auf nunmehr 1,7 Prozent wegbe-
wegt. Im Osten macht der Rückgang 1,4 Prozent aus.

Das wirkt sich auch auf die Struktur der Wählerschaft der PDS aus. Der Rück-
gang findet vor allem bei neuen PDS-Wählern statt. Dadurch erhöht sich der relative
Anteil der Stammwähler. Bei denen, die zu anderen Parteien oder zu Nichtwählern
wechseln, handelt es sich um so kleine Gruppen, dass sichere Aussagen dazu nicht
möglich sind.

Wenn sich diese Beobachtungen bestätigen, dass gegenwärtig die PDS auf weniger
neu gewonnene Wähler rechnen kann als noch vor wenigen Tagen, dann bedarf das
einer genaueren Analyse.

Gegenwärtig müssen Analyseergebnisse sehr zurückhaltend bewertet werden, die
Gruppen sind bei weiterer analytischen Aufspaltung sehr klein. Aber die Rückgänge
schließen überdurchschnittlich viele Berufstätige ein, Menschen mit mittleren bis hö-
heren Bildungsabschlüssen sowie der jüngeren bis mittleren Altersgruppen.

Information über Meinungen zu einer Beteiligung Deutschlands an einer eventuellen Militäraktion gegen den Irak mit UNO-Mandat

**Bericht für den Bereich Strategie und Grundsatzfragen beim Parteivorstand der
PDS und das Wahlbüro der PDS, 6.8.2002 (bislang unveröffentlicht).**

Um die Auslandseinsätze der Bundeswehr ist es in den letzten Wochen still geworden
in der veröffentlichten Öffentlichkeit in Deutschland. Nun hat am 5. August Bundes-
kanzler Gerhard Schröder – und mit ihm das ganze Parteipräsidium der SPD – sich
gegen eine Beteiligung Deutschlands an einer Militäraktion gegen den Irak erklärt,
auch für den Fall, dass es ein UNO-Mandat gäbe. Am Abend desselben Tages hat das
Meinungsforschungsinstitut EMNID im Rahmen seiner laufenden Erhebungen nach
der Meinung in der Bevölkerung dazu gefragt. Die Frage lautete: «Bitte sagen Sie mir,
welche der beiden folgenden Aussagen auf Sie eher zutrifft.»

*Aussage 1: Deutschland sollte sich an einer eventuellen Militäraktion gegen den Irak
beteiligen, wenn die UNO einer solchen Militäraktion zustimmen würde.*

*Aussage 2: Deutschland sollte sich an einer eventuellen Militäraktion gegen den Irak
auch dann nicht beteiligen, wenn die UNO einer solchen Militäraktion zustimmen wür-
de. [...]*

Im Frühjahr, als eine Ausweitung der Kampfhandlungen auf den Irak bereits in der
Debatte war, waren rund 80 Prozent der Deutschen gegen eine Beteiligung der Bun-
deswehr daran (Gehrcke/Wittich 2002). Damals war allerdings von einem UNO-
Mandat noch nicht die Rede. Das ist jetzt bei den politischen Erklärungen und auch
in der Fragestellung der Fall und trotzdem hat sich an den grundlegenden Relationen
in der Meinung der Bevölkerung nichts geändert. Insgesamt sind in Deutschland
73 Prozent gegen eine Beteiligung Deutschlands an einem eventuellen Krieg gegen
den Irak, nur eine Minderheit von 24 Prozent wäre gegenwärtig dafür, knapp vier Pro-

zent haben keine Meinung geäußert. Es gibt einen Unterschied zwischen West und Ost, aber der fällt eher graduell aus. Im Westen sind 71 Prozent dagegen, im Osten 78 Prozent, jeweils also die große Mehrheit. Im Westen sind 26 Prozent und im Osten gar nur 16 Prozent für eine deutsche Beteiligung an einem Krieg gegen den Irak.

Die mehrheitliche Ablehnung zieht sich quer durch die Anhängerschaften aller Parteien (ausgenommen die rechten). Sie ist am deutlichsten in den Wählerschaften von Bündnis 90/Die Grünen und der PDS. Sie liegt aber auch bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP bei über 70 Prozent. Bemerkenswert ist allerdings auch, dass in der Gruppe der bisher Unentschlossenen mehr als drei Viertel gegen eine deutsche Kriegsbeteiligung sind.

In dieser Gruppe der Unentschlossenen ist zugleich der Anteil derer, die sich für eine deutsche Beteiligung aussprechen mit 15 Prozent besonders niedrig, knapp acht Prozent haben dazu keine Meinung geäußert. Die Verteilung bei den Stammwählern entspricht etwa der in der Gesamtheit. Auch in der Gruppe der Nichtwähler sind 70 Prozent gegen einen Bundeswehreinsatz gegen den Irak, nur 22 Prozent dafür und neun Prozent haben keine Angaben gemacht. Am relativ höchsten ist der Anteil der Befürworter mit 28 Prozent bei den Wechselwählern, aber auch in dieser Gruppe sind 71 Prozent dagegen. Das Thema ist also, wenn es dazu zu einer kontroversen politischen Auseinandersetzung kommt, durchaus geeignet, aus der großen Mehrheit mit ablehnenden Positionen in der Bevölkerung Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren. Das ist es wohl auch, worauf der Vorstoß der SPD abzielt.

In der Wählerschaft der PDS überwiegt die Ablehnung deutscher Kriegsbeteiligung gegen den Irak sehr deutlich. Aber es gibt in ihr auch Differenzierungen. In der Stammwählerschaft der PDS sind 82 Prozent dagegen, die übrigen 18 Prozent haben allerdings die Frage nicht beantwortet. Bei den neu zur PDS kommenden Wählern sind zwei Drittel gleichfalls dagegen, aber immerhin ein Drittel spricht sich für eine deutsche Beteiligung unter den angenommenen Bedingungen aus. Bei den Abwanderern zu anderen Parteien sind 72 Prozent dagegen und 24 Prozent dafür. Interessant ist, dass die zur Nichtwählerschaft abwandernden vorherigen PDS-Wähler geschlossen gegen eine Beteiligung an einem Krieg gegen den Irak sind. Eine verstärkte öffentliche Wahrnehmung der Positionen der PDS in dieser Frage könnte dazu beitragen, Teile dieser Gruppe wieder zu gewinnen.

Unter sozialen Aspekten sind die Differenzierungen insgesamt gering. In allen beobachteten Gruppen dominiert die Ablehnung deutlich.

Frauen sind noch häufiger gegen eine deutsche Beteiligung an einem Krieg gegen den Irak als Männer, Nichtberufstätige häufiger als Nichtberufstätige. Mit steigendem Alter nimmt die Ablehnung deutlich zu.

Kriegsbeteiligung kann in den nächsten Wahlkampfwochen zu einem wichtigen Thema werden. Die PDS kann dabei vor allem dann gewinnen, wenn es gelingt, insgesamt die Auslandseinsätze deutscher Soldaten zu thematisieren und wirksam in die öffentliche Diskussion zu bringen.

Analyse zu Veränderungen in der Wählerschaft der PDS

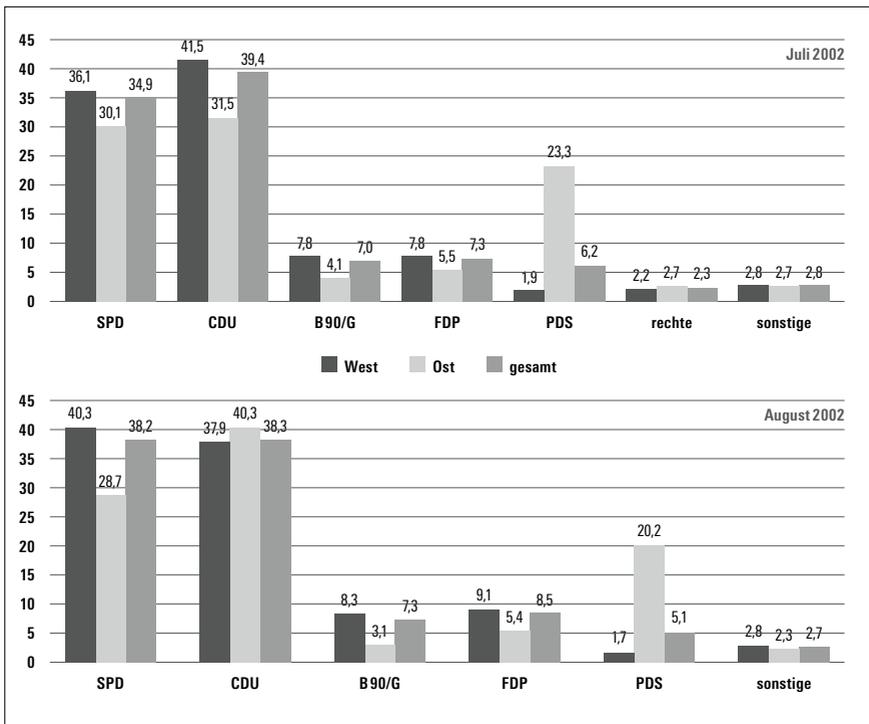
Bericht für den Bereich Strategie und Grundsatzfragen beim Parteivorstand der PDS und das Wahlbüro der PDS, 18.8.2002 (bislang unveröffentlicht).

Vorbemerkung

Aktuellen Informationen ist zu entnehmen, dass sich gegenwärtig die Wahlaussichten der PDS verschlechtern. Das ist Anlass, diese Entwicklung mit den Mitteln der empirischen Sozialforschung zu beobachten. Zum einen geht es dabei darum, entsprechende Informationen zu überprüfen und dabei zugleich Ausmaß und Richtung der Veränderungen zu untersuchen. Zum anderen soll untersucht werden, ob sich die Veränderungen gleichmäßig in allen sozialen Gruppen vollziehen oder ob es dabei soziale Schwerpunkte gibt, wie sich also die Veränderungen in verschiedenen Zielgruppen vollziehen. [...]

Zur Sonntagsfrage und Veränderungen im Wahlverhalten

Abbildung 1: Sonntagsfrage Hochrechnung Juli und August 2002 (in %)



Quelle: EMNID 2002

Tabelle 1: Sonntagsfrage August 2002 unter Einbeziehungen von Unentschlossenen sowie Nichtwählern (in %)

	West	Ost	gesamt
SPD	32,3	21,4	30,2
CDU	30,3	30,1	30,3
B90/G	6,6	2,3	5,8
FDP	7,3	4,0	6,7
PDS	1,4	15,0	4,0
sonstige	2,2	1,7	2,1
keine/weiß nicht	19,9	25,4	20,9

Quelle: EMNID 2002

Dabei ist zum einen von Interesse, dass der Anteil derer, die noch unentschlossen sind beziehungsweise nicht wählen (wird bei dieser Erhebung nicht unterschieden), insgesamt in der Bundesrepublik gegenwärtig bei 21 Prozent liegt, 20 Prozent sind dies im Westen, mehr als 25 Prozent im Osten. Die PDS erreicht einen Anteil von vier Prozent in der Gesamtheit, 1,4 Prozent im Westen und 15 Prozent im Osten.

Was das für ihre Stellung in den politischen Kräfteverhältnissen bedeutet und wie sich das im Zeitvergleich darstellt, zeigen die Informationen in Abbildung 1.

Im Juli 2002 konnte die PDS noch auf 6,2 Prozent rechnen, Mitte August ist ihr Anteil auf 5,1 Prozent zurückgegangen. Die PDS verliert dabei im Westen und im Osten. Im Westen erfolgte der Rückgang von 1,9 auf 1,7 Prozent, im Osten von 23,3 auf 20,2 Prozent.

Aktuell sind generell Veränderungen im Wahlverhalten zu beobachten. Der Anteil der Stammwähler liegt im Vergleich zu den letzten Jahren mit 61 Prozent bemerkenswert hoch. Im Juli lag ihr Anteil noch bei unter 50 Prozent. Der Anteil der Wechselwähler ist auf nun 18 Prozent abgesunken. Der Anteil der Unentschlossenen ist allerdings stabil. Ursachen und Gründe dafür müssen noch untersucht werden.

Für die PDS kann das bedeuten, dass Menschen, die sich bereits entschlossen hatten, diesmal PDS zu wählen, gegenwärtig wohl doch lieber zu ihrer vorherigen Wahlentscheidung zurückzukehren beabsichtigen.

Fragt man danach, wie sich die Wählerschaften von 1998 heute verhalten würden, ergibt sich folgendes Bild: Zum einen hat die PDS ihren hohen Anteil an Stammwählern erhalten, sie wird allerdings dabei von CDU/CSU und FDP übertroffen. 13 Prozent der PDS-Wähler von 1998 wandern zu anderen Parteien ab und drei Prozent sind unentschlossen (hochgerechnet bedeutet das eine Abwanderung von circa 400.000 der Wähler von 1998!). Nach den gegenwärtig absehbaren Gesamtrelationen könnte dem eine Zuwanderung in gleicher Größenordnung gegenüberstehen. Aber

erstmal scheint damit die PDS in einer Situation, in der sie nicht mehr neue Wähler gewinnt, als sie an früheren Wählern verliert.

Veränderungen in der Wählerschaft der PDS

Im folgenden Abschnitt werden die Wählerinnen und Wähler der PDS genauer betrachtet.

Der auffälligste Unterschied der gegenwärtigen Situation zu der im Juli besteht darin, dass der Anteil derer, die als neue Wähler zur PDS kommen wollten (bezogen auf die gesamte Wählerschaft der PDS), erheblich – nämlich von 42 Prozent auf 25 Prozent – zurückgegangen ist. Auch der Anteil derer, die nun eine andere Partei zu wählen beabsichtigen, hat sich von 5,5 Prozent auf zehn Prozent fast verdoppelt. Im Gefolge dieser Veränderung ist der Anteil der Stammwähler (der sich absolut kaum verändert hat) relativ angestiegen. Die Dramatik für die PDS besteht gegenwärtig darin, dass knapp 20 Prozent derer, die noch im Juli die PDS wählen wollten, dies gegenwärtig nicht mehr beabsichtigen. Das ist verbunden mit der Tendenz eines Zurschrumpfens auf die Stammwählerschaft.

Wenn das die gegenwärtige Tendenz ist, dann müsste es darauf auch Hinweise aus der sozialstatistischen Analyse geben.

In der Tat ist das der Fall. Die jungen bis mittleren Altersgruppen sind in der gegenwärtigen Wählerschaft der PDS erheblich unterrepräsentiert. Das gilt auch für die Gruppe der Jüngsten, obwohl der Anteil bei der PDS noch deutlich größer ist als bei den meisten anderen Parteien, diese Gruppe zählt überdurchschnittlich häufig zu den Nichtwählern und Unentschlossenen. Die ältere und die älteste Generation sind in der Wählerschaft der PDS (wieder!) stark überrepräsentiert. Nach Bildung hat die PDS gegenwärtig Defizite bei den unteren bis mittleren Abschlüssen. Demgegenüber sind Personen mit oberen Abschlüssen überrepräsentiert, es handelt sich dabei aber überwiegend um die oberen Altersgruppen. Nach sozialen Gruppen verfügt die PDS gegenwärtig über ein sehr eingeschränktes Spektrum. Die Gruppen, die dabei repräsentiert sind, stehen überdurchschnittlich häufig nicht mehr im Berufsleben.

Diese Relationen deuten darauf hin, dass die PDS gegenwärtig vor allem in sozio-kulturellen Milieus verliert, in denen sie zwischenzeitlich Fuß zu fassen begonnen hatte und die für sie – mit Blick auf die Zukunft – sehr interessant sind: Berufstätige mit mittleren bis hohen Qualifikationen, in den jüngeren bis mittleren Altersgruppen, bei Führungskräften, Freiberuflern und kleinen bis mittleren Unternehmern (darunter jeweils auch Frauen).

Diese Veränderungen sollten unbedingt weiter beobachtet werden.

Wocheninformation zur öffentlichen Meinung 1/2002

Bericht für den Bereich Strategie und Grundsatzfragen beim Parteivorstand der PDS und das Wahlbüro der PDS, 19.–23.8.2002 (bislang unveröffentlicht).

Hauptaussagen dieser Ausgabe

- Eine Mehrheit der Deutschen (knapp zwei Drittel) ist der Meinung, dass die Bundesregierung bei ihrer ablehnenden Haltung zu einer deutschen Beteiligung an *Militäreinsätzen gegen den Irak* bleiben soll, auch wenn dadurch die Beziehungen zu den USA belastet werden könnten. Es hat – im Zeitvergleich – damit zwar eine leichte Verschiebung hin zu etwas mehr Befürwortung einer deutschen Beteiligung an Militäraktionen gegeben. Aber insgesamt ist es dabei geblieben, dass eine deutliche Mehrheit der Deutschen auf ablehnenden Positionen steht. Das gilt für den Westen wie für den Osten, ein verstärkter Antiamerikanismus kann in diesem Zusammenhang im Osten nicht beobachtet werden.
- Die Frage der *Finanzierung der Folgen der Hochwasserkatastrophe* bewegt die Menschen im Land immer stärker, die Meinungen sind dabei bereits jetzt geteilt. Zwar findet sich für die Überlegung, durch eine allgemeine einmalige Pflichtabgabe zur Finanzierung beizutragen, gegenwärtig eine leichte Mehrheit, aber auch die Gegenpositionen sind stark. Zu dem Vorhaben, durch Verschiebung der Steuerreform Mittel für die Finanzierung zu gewinnen, sind die Meinungen klar geteilt, eine reichliche Hälfte ist dagegen, eine knappe Hälfte ist dafür. Die Gegensätze sind besonders scharf nach Parteienorientierung nach dem Muster, bei eher rechter Orientierung häufiger dagegen, bei eher linker Orientierung häufiger dafür. Die Problematik kann im Wahlkampf ein Thema bleiben.
- Bei der *Beurteilung der Wahlchancen der SPD* im Zusammenhang mit dem Hochwasser dominiert die Auffassung, dass sich die Chancen der SPD nicht verändern, 53 Prozent vertreten diese Auffassung. Knapp ein Drittel der Deutschen meint, dass die SPD daraus Vorteile ziehen kann, nur zwölf Prozent sind es, die eine Verschlechterung der Wahlchancen der SPD in diesem Zusammenhang sehen.
- Die *Veränderungen in der Wählerschaft der PDS* halten an.

Meinungen zur Haltung der Bundesregierung zu Militäreinsätzen gegen den Irak

Diese Frage weist Besonderheiten auf, die es für das Verständnis der Ergebnisse zu klären gilt. Zentral für die Frage sind die Beziehungen zu den USA, sie sind in der Formulierung selbst positiv gesetzt, weil ihre Belastung den Bezug bildet. Die Meinung, die Bundesregierung sollte ihre Haltung aufgeben, bedeutet somit, dass sich Deutschland an einer Militäraktion gegen den Irak beteiligen soll, weil sonst die Beziehungen zu den USA belastet werden. Die Aussage, die Bundesregierung solle bei ihrer Haltung bleiben, bedeutet hingegen, dass sich Deutschland nicht an einer Militäraktion gegen den Irak beteiligen soll, auch wenn die Beziehungen zu den USA belastet werden. Diese Konditionierung der Frage scheint ungewöhnlich, hat aber

darin ihre Berechtigung, dass der Haltung zu den USA ein besonderer Stellenwert – insbesondere im Westen – zugesprochen wird.

Aber auch bei dieser Art der Fragestellung stößt eine deutsche Beteiligung an militärischen Operationen gegen den Irak auf mehrheitliche Ablehnung. 65 Prozent der Deutschen sind der Meinung, die Bundesregierung solle bei ihrer ablehnenden Meinung zu einer Beteiligung an Militäraktionen bleiben, auch wenn dadurch die Beziehungen zu den USA belastet werden. Zum Vergleich: Am 5. August 2002 war nur nach einer deutschen Beteiligung gefragt worden, dagegen haben sich 73 Prozent ausgesprochen (also –8 %). 32 Prozent sind der Meinung, die Bundesregierung solle ihre Haltung aufgeben und einer deutschen Beteiligung zustimmen, um die Beziehungen zu den USA nicht zu belasten (bezogen auf den 5.8.2002 +8 %). Im Westen sind 64 Prozent gegen eine so beschriebene deutsche Beteiligung (–8 %) und 33 Prozent sind dafür (+7 %). Im Osten sind 69 Prozent dagegen (–9 %) und 29 Prozent dafür (+13 %). Insgesamt ist also mit Reflexion auf die Beziehungen zu den USA eine leichte Verschiebung hin zu etwas mehr Befürwortung einer deutschen Beteiligung an Militäraktionen gegen den Irak zu konstatieren, aber insgesamt ist es dabei geblieben, dass eine deutliche Mehrheit der Deutschen auf ablehnenden Positionen steht. Das gilt für den Westen wie für den Osten, ein verstärkter Antiamerikanismus kann in diesem Zusammenhang im Osten nicht beobachtet werden.

Diese Relationen in der Gesamtheit ziehen sich mit geringen Varianzen durch die Anhängerschaften aller Parteien. Am größten ist dabei die Zustimmung zur Bundesregierung in dieser Frage bei den Grünen und der PDS. Auch bei SPD, CDU/CSU und FDP liegt dieser Anteil bei über 70 Prozent.

Auch Stamm- und Wechselwähler unterscheiden sich in dieser Frage nicht signifikant.

Das Thema scheint damit gegenwärtig kaum Gründe für wechselnde Wahlentscheidungen zu berühren. Nur bei den Nichtwählern ist mit 41 Prozent der Anteil derer etwas höher, die meinen, die Bundesregierung solle ihre Haltung aufgeben und den Militäraktionen gegen den Irak zustimmen.

Wenn die jüngsten Positionierungen von Gerhard Schröder und Joschka Fischer mit Blick auf die Wahlen erfolgten, dann war das ein kluger Schachzug. Er hat ihnen zwar bisher nichts gebracht. Aber das Thema scheint gegenwärtig wohl aus dem Wahlkampf heraus, es kann ihnen in dieser Abstraktheit (Militäraktion – ja oder nein, deutsche Beteiligung – ja oder nein) auch nicht schaden.

Eine nahezu geschlossene Unterstützung erhält die Bundesregierung in ihrer Ablehnung von Militäraktionen gegen den Irak in der Wählerschaft der PDS. Nur bei den neuen PDS-Wählern ist es eine Minderheit von einem Drittel, die meint, die Bundesregierung sollte ihre Haltung aufgeben und den Militäraktionen zustimmen.

Soziale Differenzierungen gibt es bei der Verteilung der Meinungen kaum. Mit steigendem Alter und zunehmender Bildung wird noch seltener die Meinung vertreten, die Bundesregierung solle ihre Haltung ändern.

Meinungen zur Finanzierung der Folgen der Hochwasserkatastrophe

Bei der Frage, ob jeder Bundesbürger für eine einmalige Abgabe für die Unterstützung der Hochwasseropfer verpflichtet werden soll, sind die Meinungen in Deutschland geteilt. Es gibt eine Mehrheit von knapp 60 Prozent, die eine solche einmalige Abgabe gut findet, ihr also zustimmt. Aber ihr stehen jene immerhin auch 40 Prozent gegenüber, die eine solche Pflichtabgabe nicht gut finden, sie also ablehnen. Im Osten gibt es mit 62 Prozent etwas mehr Zustimmung und mit 37 Prozent etwas weniger Ablehnung. Im Westen finden aber auch 59 Prozent eine solche Abgabe gut und 41 Prozent finden sie nicht gut.

Auch zu einer Verschiebung der Steuerreform als Finanzierungsmöglichkeit (oder -beitrag) für die Hochwasserschäden (gleichbedeutend mit Mehreinnahmen durch Nichtentlastung von Zahlern von Einkommenssteuern) sind die Meinungen geteilt. Insgesamt ist eine leichte Mehrheit von 52 Prozent gegen eine Verschiebung der Steuerreform und damit der Meinung, dass die Finanzierung der Hochwasserschäden aus Einsparungen in anderen Bereichen oder aus anderen Quellen erfolgen sollte. Auf der anderen Seite sind 44 Prozent für eine Verschiebung der Steuerreform und stimmen damit einer Finanzierung aus diesen Steuermehreinnahmen zu. Die Relationen in der Verteilung der Meinungen sind dabei im Westen und im Osten verschieden. Im Osten ist eine leichte Mehrheit von 51 Prozent für eine Verschiebung der Steuerreform und eine Minderheit von 46 Prozent gegen eine Verschiebung. Im Westen sind 54 Prozent gegen und 42 Prozent für eine Verschiebung. Doch insgesamt ist eine Spaltung der Meinungen in beiden Teilgesellschaften zu konstatieren.

In der Frage einer einmaligen Pflichtabgabe eines jeden Bundesbürgers zur Finanzierung der Schäden gibt es zwischen den Anhängerschaften der Parteien nur geringe Differenzen. Zustimmung gibt es in der Wählerschaft der SPD von 62 Prozent, bei CDU/CSU sind es 60 Prozent, bei den Grünen 57 Prozent, bei der FDP 54 Prozent und bei der PDS sind es auch 53 Prozent, die darin ein Mittel sehen, die Opfer der Flutkatastrophe zu unterstützen.

Ganz anders ist es in der Frage der Verschiebung der Steuerreform. Hier gibt es deutliche Gegensätze zwischen den Anhängerschaften der politischen Lager. Bei CDU/CSU und FDP sind jeweils nur 30 Prozent für eine Verschiebung, eine deutliche Mehrheit damit also gegen eine Verschiebung. Bei den Grünen sind fast zwei Drittel und bei der SPD 57 Prozent für eine Verschiebung der Steuerreform. Auch bei den Wählern der PDS gibt es eine leichte Mehrheit von 56 Prozent für eine Verschiebung der Steuerreform als Finanzierungsmöglichkeiten für die Hochwasserschäden.

In der Frage einer einmaligen Abgabe zur Finanzierung der Hochwasserfolgen unterscheiden sich Stamm- und Wechselwähler kaum, jeweils etwa 60 Prozent halten eine solche Lösung für gut.

Das sieht hinsichtlich der Verschiebung der Steuerreform ähnlich aus, wenn auch mit anderem Vorzeichen, jeweils reichlich die Hälfte sowohl der Stamm- als auch der Wechselwähler (52 bzw. 51 %) sind gegen eine Verschiebung der Steuerreform. Bei

den Unentschlossenen sind die Relationen nicht prinzipiell anders. Die Nichtwähler weichen graduell ab, sie sind zu 63 Prozent – und damit häufiger – für eine Pflichtabgabe und zu 62 Prozent gegen eine Steuerreform.

Zwischen den verschiedenen Typen von PDS-Wählern zeichnen sich Unterschiede ab. Bei ihren Stammwählern gibt es eine leichte Mehrheit für die Pflichtabgabe und auch für die Verschiebung der Steuerreform. Von den neuen PDS-Wählern sind zwei Drittel gegen und nur ein Drittel ist für eine Pflichtabgabe zur Unterstützung der Hochwasseropfer. Von den zu anderen Parteien oder zu den Nichtwählern Abgewanderten kommt keine Zustimmung zur Pflichtabgabe.

Nach sozialen Merkmalen gibt es relevante Differenzierungen nur in der Frage nach der Verschiebung der Steuerreform als Finanzierungsmöglichkeit für die Hochwasserfolgen. Mit steigendem Alter und mit steigender Bildung wird eine Verschiebung der Steuerreform häufiger für richtig gehalten.

Meinungen zu den Wahlchancen der SPD nach der Flutkatastrophe

Ereignisse wie das gegenwärtige Hochwasser sind immer auch damit verbunden, dass sich die Medienpräsenz von Politikern verstärkt, dabei insbesondere die der regierenden Parteien. Noch ist zwar nicht entschieden, wie das Agieren von Politik bei dem aktuellen Notstand schließlich bewertet werden wird, aber nun wurde bereits gefragt, wie sich die Wahlchancen der SPD in diesem Zusammenhang darstellen.

Knapp ein Drittel (31 %) ist in Deutschland der Meinung, dass sich die Wahlchancen der SPD nach der Flutkatastrophe verbessern, im Westen sind es mit 29 Prozent etwas weniger, die Ostdeutschen sind zu 37 Prozent dieser Meinung. Auf der anderen Seite ist eine kleine Gruppe von zwölf Prozent der Auffassung, dass sich dadurch die Chancen der SPD verschlechtern, im Westen sind dies elf Prozent, im Osten ist auch diese Gruppe größer, hier stehen 18 Prozent auf der Position, dass sich die Chancen verschlechtern. Insgesamt sind es 53 Prozent, die meinen, die Ereignisse hätten keinen Einfluss auf die Chancen der SPD, im Westen 56 Prozent, im Osten mit 42 Prozent auch die größte Gruppe.

Deutliche Differenzierungen gibt es nach Parteipräferenzen. Die Anhänger der SPD sind zu 47 Prozent der Meinung, dass sich die Chancen «ihrer» Partei verbessern. Bei der FDP sind es gar 52 Prozent. Die Wähler der Grünen und der PDS sind mit 38 beziehungsweise 35 Prozent leicht überdurchschnittlich häufig der Meinung einer Verbesserung der SPD-Chancen. Bei den CDU Anhängern sind es hingegen nur 19 Prozent, die eine Chancenverbesserung für die SPD sehen.

Mit fast 40 Prozent ist in der Gruppe der Nichtwähler der Anteil derer am höchsten, die im Zusammenhang mit der Flutkatastrophe eine Chancenverbesserung für die SPD annehmen.

In der Gruppe der Wechselwähler ist mit 18 Prozent der Anteil derer bemerkenswert hoch, die eine Verschlechterung annehmen.

Bei den verschiedenen Gruppen der PDS-Wähler sind es vor allem die Stammwähler und die Abgewanderten, die häufiger davon ausgehen, dass sich mit dem Hochwasser die Wahlchancen der SPD verbessern.

Soziale Differenzierungen sind kaum erkennbar.

Zu Veränderungen in der Wählerschaft der PDS

Innerhalb eines Monats sind in den Wahlaussichten der Parteien einige Veränderungen eingetreten. Sie betreffen zum einen die SPD. Die SPD hat zwar insgesamt zur CDU/CSU den Rückstand kaum verringern können, aber sie scheint vor allem in Ostdeutschland gestärkt. Mit 35 Prozent ist sie jetzt hier die stärkste Partei und hat die CDU deutlich überholt. Am meisten ist die PDS von den Veränderungen betroffen. Ihr Anteil ist um mehr als ein Prozent von 6,2 auf 4,9 Prozent zurückgegangen. Der Rückgang beträgt im Westen 0,7 Prozent (1,9; -1,2). Im Osten, wo die PDS im Juli noch 23 Prozent erwarten konnte, ist sie jetzt auf 20 Prozent zurückgefallen. Hochgerechnet bedeutet dieser Rückgang insgesamt circa 400.000 Wählerstimmen.

Gegenwärtig sieht es so aus, als ob die PDS in allen Teilgruppen ihrer Wählerschaft verliert. Bei einem Rückgang insgesamt bleibt der Anteil der Stammwähler stabil, der Verlust an Stammwählern liegt somit im Durchschnitt. Vor allem aber bestätigen auch diese Daten, dass die PDS vor allem Wähler verliert, die sie gerade zu gewinnen schien, der Anteil der neuen Wähler ist um zehn Prozent zurückgegangen.

Von sechs auf zwölf Prozent ist der Anteil derer angestiegen, die von der PDS zu einer anderen Partei wechseln wollen. Auch der Teil früherer PDS-Wähler, die nun nicht mehr wählen wollen, ist von acht auf zwölf Prozent angestiegen.

In der Stammwählerschaft der PDS sind Frauen gegenwärtig leicht unterrepräsentiert und Frauen haben einen großen Anteil an den neuen Wählern, während andererseits der Frauenanteil besonders niedrig ist bei denen, die die PDS zu anderen Parteien oder zur Nichtwählerschaft verlassen.

In der Stammwählerschaft bilden sowohl die jüngere Generation als auch die älteste Generation große Anteile. Stark vertreten sind Personen mit abgeschlossenem Studium, und sehr hoch ist auch der Anteil der Berufstätigen.

Die neuen PDS-Wähler haben einen sehr großen Anteil aus der jüngsten Altersgruppe, aber auch die mittlere und die ältere Generation sind vertreten. Stark vertreten sind weiterhin Abiturienten, Studierende und Schüler, andererseits ist der Anteil der Berufstätigen gegenwärtig bei den neuen Wählern der PDS sehr niedrig.

Wie weiland Münchhausen. Kleine Siegeschance für Rot-Grün: In der trüben Aussicht liegt ein Rest von Hoffnung

in: der Freitag 35, 23.8.2002.

Die Linken haben sich über Edmund Stoiber nur verschieden mokiert, es kommt aber darauf an, ihn zu verhindern. In der Tat ist es der alerteste Kanzlerkandidat, den die Konservativen je hatten. Flink drängelt er sich vor jede Kamera und jedes Mikrofon, die irgendwo im Land herumstehen. Aalglatt schlüpft er an jeder konkreten Aussage vorbei. Gespreizt spielt er die Personifizierung von Kompetenz. Die weißen Haare suggerieren Seriosität und Weisheit. Die straffen Züge und die drahtige Gestalt symbolisieren asketische Lebensweise und Kraft. Komödienstadelreif der Zynismus, in dem er mit gelassen-freundlicher Miene Verbalattacken reitet. Ein Staatsmann im Format von Vilshofen.

Edmund Stoiber könnte für Treppenlifter und Haftcremes werben, wenn er denn nicht Politiker wäre. Aber als solcher wirbt er erfolgreich um dieselbe Zielgruppe und die könnte wahlentscheidend werden: die älteren Frauen. – Spätestens an dieser Stelle wird es richtig ernst, Sätze wie die obigen entlarven sich als das, was sie sind: überhebliches linksintellektuelles Gerede, hinter dem sich ein Schwanken zwischen Nichtwahrhabenwollen und leiser Resignation verbirgt.

Die Lage im Land ist ebenso ernst wie überschaubar. Alle Zeichen scheinen auf einen politischen Wechsel zugunsten der Konservativen zu deuten. Selbst unter den Anhängern der gegenwärtigen Regierungsparteien geht mittlerweile eine Mehrheit davon aus, dass CDU und CSU die größte Chance haben, die Wahlen zu gewinnen. Es ist ähnlich wie 1994, als noch sechs Wochen vor den Wahlen alle an einen SPD-Sieg glaubten.

Sozialdemokraten und Grüne haben ihre Chance gehabt. Die Hoffnung auf eine sozial orientierte Reformpolitik, die sie in die Regierungsverantwortung hiewte, wurde enttäuscht. Die ersten Schritte schienen vielversprechend. Aber wer erinnert sich heute noch an die Wiedereinführung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall vom ersten Tage an oder an die Aufhebung des von Kohl verhängten Rentenmoratoriums? Was folgte, war die Kurskorrektur zu einer «wirtschaftsfreundlichen» Politik. Oskar Lafontaine wurde abgehalftert. Das war gleichsam der Versuch eines posthumen Wettlaufs mit der Vorgängerregierung: um den besseren Vollstrecker nationalkapitalistischer Standortpolitik und finanzkapitalorientierter Globalisierung, notdürftig garniert mit reformatorischem Wortgeprassel.

Erreicht wurde nichts von alledem. Weder gibt es den wirtschaftlichen Aufschwung oder gar ein Umsteuern zu einer nachhaltigen Entwicklung noch ist die Gesellschaft der Bundesrepublik heute sozial gerechter als vor vier Jahren. Flankiert wurde das gesellschaftspolitische Hin und Her dadurch, dass es ausgerechnet SPD und Grüne waren, die erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg wieder deutsche Soldaten zu Kriegseinsätzen in anderer Herren Länder schickten, erst nach Jugoslawien, Bosnien und Mazedonien, dann nach Afghanistan, Kuwait und an das Horn von Afrika.

Das alles hat Erwartungen erschüttert und neue Ängste vor der Zukunft geschürt. Erreicht wurde von SPD und Grünen eines: Sie haben das Projekt einer sozial orientierten Reformpolitik gründlich diskreditiert und damit überhaupt die Chancen für linke Politik in Deutschland beschädigt. Selbst das kleine Boot der PDS, wo eben Gregor Gysi von Bord ging, gerät in diesen Strudel, obwohl sie es ist, die soziale Reformen nach wie vor parlamentarisch einklagt und ihre Opposition zur Regierung vor allem in der Friedensfrage nicht deutlicher sein kann.

Das alles scheint in den Hintergrund gedrängt, seit die Hochwasserfluten von Donau und Itz, von Elbe, Weißeritz und Mulde das Land in einen nationalen Notstand gestürzt haben. Erfahrungsgemäß wirken solche Ereignisse zugunsten der großen Parteien. Die notwendigen Anstrengungen angesichts der ungeheuren kulturellen, wirtschaftlichen und infrastrukturellen Schäden sowie die massenhaften privaten Katastrophen rücken nur «große» Akteure ins Blickfeld, unter deren Führung man aus der Zerstörung zum Neuaufbau oder wenigstens zu irgendeiner Art Normalität zu kommen hofft. Die großen Parteien wissen das und betreiben – unter der ständigen Beschwörung, dies sei nicht die Zeit für Wahlkämpfe – aufs Heftigste Wahlkampf. Aber das kann auch eine Gratwanderung werden. Es ist möglich, dass es Gerhard Schröder gelingt, den «Deichgrafen» von 1997 als «Deichkaiser» zu toppen, sich als Organisator einer neuen «nationalen Solidarität» zu präsentieren. Es kann auch sein, dass Edmund Stoiber als uneigennütziger «bayerischer Retter der Nation» inszeniert wird. Aber gerade Betroffene äußern bereits Unmut ob der vielen Stippvisiten von Politprominenz. Sie könnten es also auch übertreiben und sich als politische Katastrophentouristen und versuchte Notstandsgewinnler selbst demontieren. Wie dem auch sei, bis zu den Wahlen sind es noch reichlich vier Wochen und wie sich die Gratwanderung dann auswirkt, ist gegenwärtig ungewiss.

Was bleibt sind die Tendenzen sich verschärfender Ungleichheit und Ungerechtigkeit und die Turbulenzen in den Stimmungslagen. Weil SPD und Grüne das soziale Reformprojekt gründlich diskreditierten, haben sich die Stimmungen von Mehrheiten gegenwärtig von den Linken abgewandt. Aber wohin sollen sie sich wenden? CDU/CSU und FDP profitieren doch nur deshalb davon, weil sie Opposition sind – aber die Alternative, die sie darstellen, ist sehr abstrakt. Sie hüten sich tunlichst, allzu genau zu sagen, wie ihre Politik aussehen wird, sollten sie die Wahlsieger sein. Nur eins ist sicher: Eine Reformpolitik mit sozialer Orientierung würden sie auf Jahre oder gar Jahrzehnte unmöglich machen. Eben in dieser trüben Aussicht liegt der Rest an Hoffnung.

Es ist noch nicht gelaufen, Stoiber hat die Wahlen noch nicht gewonnen. Gegenwärtig existiert im Wahlvolk ein großes Segment von Unentschlossenen. Reichlich 20 Prozent der Wahlberechtigten wissen noch nicht, welche Partei sie wählen werden. Ein großer Teil von ihnen will keine Stoiber-Regierung. Wenn es den Linken gelingt, wenigstens die Hälfte von ihnen zu mobilisieren, dann kann eine konservative Mehrheit für diesmal noch verhindert werden. Dazu braucht es aber mehr als linke

Überheblichkeit und Resignation. Dazu braucht es eine Klarstellung: Die bisher nur in Aussicht gestellte Reformpolitik wird möglich, wenn Rot-Grün mehr Druck von links erhält. Nur dann.

Gefordert ist also eine große Kraftanstrengung der Linken in den nächsten Wochen, mit der sie sich – wie weiland Baron Münchhausen – gleichsam selbst an den eigenen Haaren aus dem Sumpf ziehen.

Wocheninformation zur öffentlichen Meinung 2/2002

Bericht für den Bereich Strategie und Grundsatzfragen beim Parteivorstand der PDS und das Wahlbüro der PDS, 25.–30.8.2002 (bislang unveröffentlicht).

Hauptaussagen dieser Ausgabe

- Gegenwärtig ist eine leichte Mehrheit von 54 bis 55 Prozent für das Konzept der Bundesregierung, für die *Finanzierung der Wiederaufbauhilfe nach der Flutkatastrophe* die Steuerreform aufzuschieben und die Körperschaftssteuer anzuheben. Damit hat sich das Stimmungsbild der Vorwoche, als die Körperschaftssteuer noch nicht einbezogen war, deutlich verändert. Das kann ein Signal für einen leichten Sympathiegewinn der Regierungsparteien sein.
- Das im Fernsehen veranstaltete und ausgestrahlte Rededuell zwischen Edmund Stoiber und Gerhard Schröder hat das *Interesse der Bevölkerung am aktuellen Wahlkampf* nur unwesentlich erhöht, nur 15 Prozent der Deutschen fühlen sich dadurch stärker interessiert. Allerdings hat es wohl für Wechselwähler und für Unentschlossene eine etwas stärkere Bedeutung.
- 14 Prozent der Wahlberechtigten neigen gegenwärtig zum *taktischen Wählen*. Weil sie einen bestimmten Kandidaten (und damit eine bestimmte Regierung) favorisieren, tendieren sie zu den großen Parteien. Das geht zulasten der kleineren Parteien. Gewinner wäre dabei gegenwärtig Gerhard Schröder, der mehr Wähler für die SPD gewinnen kann, als dies Stoiber für die CDU/CSU gelingt. Diesen Vorsprung erreicht Schröder vor allem im Osten, wo er offenbar eine steigende Akzeptanz hat. Ein derartiges taktisches Wählen könnte vor allem auch der PDS schaden. [...]
- In den Wahlaussichten gibt es Gewinne für die SPD.
- Die *Veränderungen in der Wählerschaft der PDS* halten an. [...]

Meinungen zur Finanzierung der Folgen der Hochwasserkatastrophe

Als der Vorschlag in die Diskussion gebracht wurde, durch die Verschiebung der zweiten Stufe der Steuerreform Mittel zur Finanzierung der Hochwasserschäden zu gewinnen, war die unmittelbare Reaktion in der Öffentlichkeit gespalten, bei einer leichten Mehrheit ablehnend. Innerhalb einer Woche hat sich das Meinungsbild dazu geändert. Dazu kann durchaus beigetragen haben, dass nunmehr auch eine Anhebung der

Körperschaftsteuer zu den Vorschlägen zählt und damit nicht mehr nur die Zahler von Einkommenssteuern betroffen sind.

Insgesamt ist es jetzt in Deutschland eine leichte Mehrheit von 54 Prozent, die die aktuellen Vorschläge für gut befinden, 40 Prozent halten sie für nicht gut, weitere sechs Prozent haben die Frage nicht beantwortet. Die Unterschiede zwischen West und Ost sind dabei gering, im Westen stimmen 56 Prozent zu und 39 Prozent sind dagegen. Im Osten fällt die Zustimmung mit 50 Prozent etwas niedriger aus, hier sprechen sich 45 Prozent gegen diese Art der Finanzierung der Hochwasserfolgen aus.

Deutliche Differenzierungen in den Meinungen gibt es zwischen den Anhängerschaften der einzelnen Parteien. Am höchsten ist die Zustimmung in den Wählerschaften von SPD und Grünen, hier umfasst die Zustimmung fast drei Viertel. Sie liegt mit 58 Prozent bei der FDP deutlich niedriger. Bei der PDS sind es nur 50 Prozent, die diese Art der Finanzierung gut finden. Besonders gering ist in dieser Frage die Akzeptanz im Lager der CDU, hier sehen nur 35 Prozent die Vorschläge positiv.

Unterschiede im Wahlverhalten sind demgegenüber von geringerer Relevanz. Stamm- und Wechselwähler unterscheiden sich kaum, zwischen 55 und 56 Prozent aus diesen Gruppen stimmen dem Konzept zu, die Wiederaufbauhilfe durch diese steuerlichen Maßnahmen zu finanzieren.

38 Prozent der Stammwähler und 43 Prozent der Wechselwähler finden eine derartige Finanzierung nicht gut. Etwas stärker ist mit 57 Prozent die Zustimmung in der Gruppe der bisher Unentschlossenen, in ihr sind es 39 Prozent, die ablehnen. Mit 41 Prozent ist die Zustimmung bei den voraussichtlichen Nichtwählern besonders niedrig, 48 Prozent dieser Gruppe finden das Konzept nicht gut, und auch der Anteil derer, die dazu keine Meinung geäußert haben, ist hier mit zwölf Prozent besonders hoch.

Die Stammwähler unterscheiden sich von der Gesamtheit nicht hinsichtlich des Umfangs von Zustimmung, auffällig ist aber der große Anteil derer, die diese Frage nicht beantwortet haben. Anders ist es bei neu zur PDS kommenden Wählern, aus dieser Gruppe stimmt nur ein Drittel diesem Konzept zur Finanzierung der Hochwasserfolgen zu, zwei Drittel lehnen es ab.

Nach sozialen Merkmalen gibt es kaum relevante Differenzierungen.

In der Bewertung des Konzepts der Bundesregierung zur Finanzierung der Wiederaufbauhilfe nach dem Hochwasser ist damit eine Trendwende zu konstatieren. Zwar sind die Meinungen dazu im Land immer noch geteilt. Aber weil nun auch eine Erhöhung der Körperschaftsteuer ins Auge gefasst wird, ist aus der vorherigen leicht mehrheitlichen Ablehnung nun eine mehrheitliche Zustimmung geworden. Als Wahlkampfthema scheint sich die Problematik wenig zu eignen, zu deutlich sind die Unterschiede zwischen den Lagern. Das Meinungsbild bei den Unentschlossenen könnte allerdings darauf hindeuten, dass die Regierungsparteien mit diesem Thema in diesem Teil der Gesellschaft Sympathien gewinnen könnten.

Fernsehduell und Interesse am Bundestagswahlkampf

In der veröffentlichten Meinung spielte zu Beginn der Woche das Rededuell von Edmund Stoiber und Gerhard Schröder im Fernsehen eine große Rolle. Entsprechend wurde unter anderem danach gefragt, ob sich durch dieses Duell das Interesse am aktuellen Bundestagswahlkampf vergrößert hat.

Die Ergebnisse zu dieser Frage fallen deutlich aus. Nicht einmal 15 Prozent gaben an, dass sich durch dieses Duell ihr Interesse am Bundestagswahlkampf vergrößert habe. 79 Prozent sagten, dass sich ihr Interesse dadurch nicht vergrößert habe, und sieben Prozent haben sich dazu nicht geäußert. Unterschiede zwischen West und Ost gibt es kaum. Sie bestehen vor allem darin, dass die Frage im Osten deutlich seltener nicht beantwortet wurde, dadurch sind hier die Anteile sowohl derer leicht höher, die ein vergrößertes Interesse angaben, als auch derer, die kein vergrößertes Interesse spüren.

In den Anhängerschaften aller Parteien sind es jeweils nur Minderheiten, deren Interesse am Wahlkampf sich durch das Rededuell vergrößert hat. Zugleich gibt es jedoch auch deutliche Unterschiede.

Am relativ höchsten ist mit 17 Prozent der Anteil derer mit vergrößertem Interesse am Bundestagswahlkampf in der Wählerschaft der SPD. Knapp 16 Prozent sind im Umfeld der CDU dieser Meinung. Anders ist es bei den Grünen und bei der FDP, wo nur fünf Prozent oder weniger ein vergrößertes Interesse angaben. Wenn man das damit erklärt, dass es sich um kleine Parteien handelt, die keine Chance haben, den Bundeskanzler zu stellen, dann fällt das Ergebnis für die PDS auf. Eine mögliche Interpretation ist, dass in diesem Klientel ein möglicher Kanzler Stoiber auf deutliche Ablehnung stößt, dann eben doch lieber Schröder.

Bei den Stammwählern sind es mit zwölf Prozent relativ wenige, die ein vergrößertes Interesse spüren.

Die Gruppen der Wechselwähler und der bisher Unentschlossenen haben jeweils die größten Anteile mit vergrößertem Interesse am Wahlkampf. Das bedeutet, dass für wechselnde Wahlentscheidungen und in einer noch unentschiedenen Situation Eindrücke von wichtigen Akteuren eine (relativ) größere Rolle spielen.

Bei den verschiedenen Typen von PDS-Wählern hat das TV-Duell wohl nur für die Stammwähler einiges Gewicht.

Soziale Differenzierungen gibt es zum einen zwischen Frauen und Männern, 19 Prozent der Frauen, aber nur neun Prozent der Männer bekundeten ein vergrößertes Interesse. Mit steigendem Alter nimmt das Interesse zu und mit steigender Bildung nimmt es ab.

Taktisches Wahlverhalten

Eine wichtige Frage für die kleineren Parteien (und dabei auch für die PDS) ist, ob die – medial noch verstärkte – Zuspitzung auf Lagerwahlkampf und dann noch auf die Kontroverse Stoiber versus Schröder auf ihre Kosten geht. Dafür ist eine ent-

sprechende Frage entwickelt worden. Es ging darum festzustellen, ob die Favorisierung des einen oder anderen Kanzlerkandidaten Vorteile für die großen Parteien und Nachteile für die kleineren bringt.

Es sind jeweils 27 Prozent, die angaben, CDU wählen zu wollen, weil sie Edmund Stoiber als Bundeskanzler möchten, beziehungsweise angaben, SPD wählen zu wollen, weil sie Gerhard Schröder als Kanzler möchten. Insgesamt 44 Prozent gaben an, dass sie solche Überlegungen nicht anstellen. Die Ergebnisse für den Westen entsprechen dabei weitgehend denen für die Gesamtheit. Der Osten weicht allerdings deutlich ab. Erheblich weniger, nämlich 23 Prozent, sind hier für Stoiber und die CDU, hingegen mit 37 Prozent klar mehr für Schröder und die SPD.

In der weiteren Analyse wurde dann deutlicher unterschieden zwischen denen, die sich für die Partei und den Kandidaten entschieden, und denen, für die der Kandidat entscheidend ist.

Daraus ergibt sich ein verändertes Bild. Knapp 30 Prozent insgesamt wollen sowieso CDU wählen (etwas mehr im Westen, deutlich weniger im Osten). Weitere sechs Prozent wollen CDU wählen, weil sie Edmund Stoiber als Kanzler haben möchten. 29 Prozent sind es, die auf jeden Fall SPD wählen wollen, dazu kommen acht Prozent, die sich für die SPD entscheiden wollen, damit Schröder Kanzler bleibt, im Osten sind dies sogar 14 Prozent. Etwa 25 Prozent bleiben übrig, für die keine dieser Varianten infrage kommt. Insgesamt sind es damit in Deutschland gegenwärtig 14 Prozent – oder jeder Siebente – die zum taktischen Wählen tendieren, die für eine große Partei votieren wollen, um einen bestimmten Kanzlerkandidaten zu unterstützen. Das geht zulasten der kleineren Parteien.

Die Differenzierung nach Wahlabsicht ergibt folgendes Bild: Bei den großen Parteien ist die Situation übersichtlich, deren Wähler votieren für die Parteien und nur zwischen zwei und drei Prozent kommen wegen des Spitzenkandidaten dazu. Anders ist es schon bei FDP-Wählern, unter diesen sind es 27 Prozent, die sich wegen Stoiber für die CDU entscheiden könnten, und neun Prozent, die sich für Schröder der SPD zuwenden könnten. Dramatisch ist die Situation in der Wählerschaft der Grünen, hier sind es eine Mehrheit von 61 Prozent, die zur SPD tendieren könnten, um Schröder als Kanzler zu stützen. Ähnlich sieht es bei der PDS aus, hier sind es 56 Prozent, die eine solche Entscheidung offenbar abwägen.

Bei den Stammwählern dominieren Parteiorientierungen, hier sind die Zuwächse, die die Personen bringen, gering. Anders ist das bei den Wechselwählern, hier spielen Personen eine größere Rolle, zehn Prozent aus dieser Gruppe wollen für Stoiber die CDU und 14 Prozent wollen für Schröder die SPD wählen. Bemerkenswert sind auch die Ergebnisse für die Unentschlossenen und die Nichtwähler. Für elf Prozent der Unentschlossenen könnte Stoiber ausschlaggebend dafür werden, dass sie CDU wählen, und für neun Prozent könnte Schröder diese Rolle zugunsten der SPD spielen. Selbst zehn Prozent der voraussichtlichen Nichtwähler tendieren zu Schröder.

Auch die Wählerschaft der PDS stellt sich ziemlich zerrissen dar: Selbst bei Stammwählern der PDS sind es 44 Prozent, die zu einem taktischen Wählen zugunsten von Schröder tendieren. Bei den neu zur PDS kommenden Wählern sind es sogar 83 Prozent, die dazu neigen.

Soziale Differenzierungen gibt es nach Geschlecht und vor allem nach Bildung. Männer tendieren stärker zum taktischen Wählen zugunsten von Stoiber, Frauen mehr zugunsten von Schröder. Mit steigender Bildung nimmt die Neigung zu, taktisch für Schröder zu wählen. [...]

Zu Veränderungen in der Wählerschaft der PDS

Der Vergleichszeitraum in diesem Bericht ist die Vorwoche. In diesen wenigen Tagen, die signalisieren die Ergebnisse, könnte sich eine gravierende Veränderung in den politischen Kräfteverhältnissen vollzogen haben. Erstmals seit langer Zeit liegt die SPD insgesamt leicht (mit 1 %) vor der CDU/CSU.

Die SPD gewinnt in Ost und West. Dabei ist die CDU/CSU nahezu stabil geblieben. Die Veränderungen gehen zulasten der kleinen Parteien. Für die Grünen wird ein Rückgang von sieben auf 5,6 Prozent ausgewiesen, die FDP verliert weniger, aber immerhin auch 0,4 Prozent. Beide Parteien haben diese Verluste vor allem im Westen.

Die PDS hat nach diesen Ergebnissen weiterhin einen Rückgang im Osten.

Drei Wochen vor den Wahlen deutet sich darin eine Pattsituation an: Schwarz-Gelbe käme auf rund 45 Prozent; Rot-Grün käme gleichfalls auf 45 Prozent. Das Argument, dass die PDS in den Bundestag muss, um eine Stoiber-Regierung zu verhindern, träfe danach immer noch zu.

Innerhalb der Wählerschaft der PDS halten die strukturellen Veränderungen an. Gegenwärtig scheint sich die Stammwählerschaft stabilisiert zu haben. Allerdings geht der Anteil derer zurück, die die PDS als neue Wähler gewinnen kann.

Rückläufig sind allerdings auch Wählerverluste an die Nichtwähler. Weiter angestiegen ist der Anteil derer, die sich nun von der PDS abwenden und einer anderen Partei zuwenden wollen.

Unter sozialen Aspekten ist es weitgehend bei den Tendenzen geblieben, wie sie in der Vorwoche untersucht worden sind. Neu ist, dass sich jetzt der Frauenanteil erhöht bei denen, die zu einer anderen Partei abwandern.

Wocheninformation zur öffentlichen Meinung 3–4/2002

Bericht für den Bereich Strategie und Grundsatzfragen beim Parteivorstand der PDS und das Wahlbüro der PDS, 4.–11.9.2002 (bislang unveröffentlicht).

Hauptaussagen dieser Ausgabe

– Die Ablehnung einer deutschen Beteiligung an einem Krieg gegen den Irak ist auch im Beobachtungszeitraum die klar dominierende Meinung in Deutschland. Auch

- bei einem UNO-Mandat bliebe es bei dieser Mehrheit, sie würde allerdings deutlich schrumpfen. Vor allem Männer erweisen sich für dieses Argument anfällig.
- 80 Prozent der Deutschen ist es nicht gleichgültig, ob die Bundesregierung nach den Wahlen von der SPD oder von der CDU geführt wird. Da aber unterschiedliche Regierungen gemeint sind, steckt in dieser Einhelligkeit ein großer Gegensatz. Die Personalisierung des Wahlkampfes mit der Zuspitzung auf die Kanzlerkandidaten war also relativ erfolgreich.
 - Bezüglich der Erwartungen zur wirtschaftlichen Entwicklung in der nächsten Zeit herrscht Skepsis in Deutschland. Dieser geringe Optimismus zieht sich durch die Anhängerschaften aller Parteien. Verheißungen positiver Trends – von welcher Seite sie auch kommen mögen – stoßen also insgesamt auf wenig Vertrauen.
 - *Sollte die Lage eintreten, dass im neuen Bundestag eine Pattsituation zwischen den Lagern besteht, so ist zwar in Deutschland eine Mehrheit der Meinung, dass es dann eine Große Koalition geben soll. Aber ein beachtlicher Anteil vertritt auch die Position, dass in einem solchen Fall SPD und Grüne mit der PDS kooperieren sollen. Dieser Anteil geht weit über die Akzeptanz hinaus, auf die die PDS bei den Wahlen selbst rechnen kann. [Hervorhebung d. Hrsg.]*
 - In den Wahlaussichten gibt es Gewinne für die SPD. Die PDS liegt im Vergleich zur letzten Augustwoche wieder über fünf Prozent. Das deutet auf eine leichte Steigerung hin, aber es handelt sich um eine einzelne Umfrage und liegt insgesamt immer noch im Schwankungsbereich der letzten Wochen. Es erscheint nach diesen Ergebnissen wenige Tage vor den Wahlen möglich, dass die PDS über die fünf Prozent kommt, aber sicher ist es nicht. [...]

Meinungen zu einer deutschen Beteiligung an einem Krieg gegen den Irak

Es ist stabile Meinungslage in Deutschland, dass reichlich 70 Prozent einen Einsatz deutscher Truppen bei einem Krieg der USA gegen den Irak ablehnen, nur ein reichliches Viertel hält diese Ablehnung für falsch. Im Osten ist die Ablehnung dabei noch leicht stärker.

Auch die Differenzierung nach Parteien bietet das bekannte Bild. In den Anhängerschaften von SPD, Grünen und PDS ist die Ablehnung einer deutschen Beteiligung an einem Krieg gegen den Irak besonders stark. Aber auch bei CDU und FDP sind jeweils Mehrheiten dieser Meinung.

Nach Wahlverhalten ist diese Ablehnung bei Wechselwählern am deutlichsten ausgeprägt.

Aber auch in der Gruppe der Unentschlossenen steht ein sehr großer Anteil auf dieser Position. Das könnte durchaus von Bedeutung sein, wenn man mit in Betracht zieht, dass eine Mehrheit in Deutschland die gegenwärtig ablehnende Haltung der Regierung für nicht glaubhaft und für Wahlkampfpraktik hält (Wittich 2002b: 2).

Ein wenig verschiebt sich das Meinungsbild, wenn in der Fragestellung ein Mandat der UNO mit ins Spiel gebracht wird. Immer noch ist es eine Mehrheit, die sich auch

unter dieser Bedingung gegen eine deutsche Beteiligung an einem Kriegseinsatz gegen den Irak ausspricht, aber diese Mehrheit ist kleiner und der Anteil derer, die nun für eine deutsche Beteiligung sind, ist mit 36 Prozent deutlich höher.

Nach politischen Differenzierungen gibt es einige Veränderungen. Bei einer Zustimmung der UNO bliebe es in den Wählerschaften der PDS und der SPD bei einer deutlich mehrheitlichen Ablehnung. In der Anhängerschaft der Grünen schrumpft der Anteil derer mit ablehnenden Positionen auf reichlich 50 Prozent. Dieses Klientel scheint somit für das UNO-Argument besonders anfällig. Bei CDU und FDP schlägt das Meinungsbild in eine überwiegende Zustimmung zu einer deutschen Beteiligung um.

Nach Wahlverhalten sind vor allem die Unentschlossenen und die Nichtwähler zu beachten. Während bei Stamm- und Wechselwählern die Anteile derer, die bei einer Zustimmung der UNO für eine deutsche Beteiligung votieren, deutlich angestiegen sind, bleibt die Ablehnung bei den Unentschlossenen und den voraussichtlichen Nichtwählern die klar dominierende Position. Das heißt, die eindeutige politische Absage an eine deutsche Kriegsbeteiligung im Irak auch bei Zustimmung der UNO stimmt mit dem überwiegenden Meinungsbild in diesen Gruppen überein, in denen zugleich Zweifel in die Glaubhaftigkeit der Bundesregierung in dieser Frage besonders stark verbreitet sind.

Unter sozialen Gesichtspunkten erweisen sich die bereits beobachteten Differenzierungen insgesamt stabil. Frauen sind noch häufiger gegen eine deutsche Beteiligung an einem Krieg der USA gegen den Irak. In jüngeren Altersgruppen findet sich häufiger Zustimmung als in älteren, mit steigendem Alter nimmt die Ablehnung signifikant zu. Etwas anders sieht es aus, wenn eine Zustimmung der UNO angesprochen wird. Bei den Frauen bleibt es bei der überwiegenden Ablehnung, bei den Männern zeigt sich ein Umschlag in den Meinungen, die Zustimmung zu einer deutschen Beteiligung erreicht eine leichte Mehrheit.

Die Ablehnung einer deutschen Beteiligung an einem Krieg gegen den Irak ist auch im Beobachtungszeitraum die klar dominierende Meinung in Deutschland. Auch bei einem UNO-Mandat bliebe es bei dieser Mehrheit, sie würde allerdings deutlich schrumpfen. Vor allem Männer erweisen sich für dieses Argument anfällig.

Meinungen zur kommenden Bundesregierung

Es ist einer deutlichen Mehrheit in Deutschland durchaus nicht gleichgültig, welche Regierung es im Ergebnis der kommenden Bundestagswahlen geben wird.

Nur 18 Prozent der Deutschen gaben an, dass es ihnen gleichgültig sei, ob die kommende Regierung von der SPD oder von der CDU geführt wird. 80 Prozent gaben an, dass ihnen dies nicht egal sei. Es handelt sich hierbei um ein gesamtdeutsches Meinungsbild, die Unterschiede zwischen West und Ost fallen außerordentlich gering aus. In dieser Übereinstimmung verbirgt sich aber natürlich ein Gegensatz, denn

es werden ja verschiedene Regierungen gemeint, in Wahrheit prallen also in dieser Frage die Meinungen aufeinander.

Das kann dahingehend interpretiert werden, dass die Personalisierung des Wahlkampfes auf einen Wettbewerb zwischen Stoiber und Schröder relativ erfolgreich ist.

Obwohl entsprechende statistische Zusammenhänge mit dem zur Verfügung stehenden Material nicht hergestellt werden können, kann man davon ausgehen, dass sich hier politische Gegensätze artikulieren, Menschen mit eher linken Positionen tendieren eher zu einer SPD-(Schröder-)geführten Regierung, solche mit eher rechten Auffassungen eher zur CDU und damit zu Stoiber.

Der Anteil derer, denen die Führung der kommenden Bundesregierung egal ist, liegt in den Anhängerschaften aller Parteien noch unter dem Durchschnitt.

Dabei ist er bei CDU und FDP noch deutlich niedriger. Man kann hier vielleicht eine gewisse Verbissenheit hinein interpretieren: Es handelt sich bei den Wählern von CDU und FDP um Menschen, die für Stoiber und die CDU sind, weil sie den Regierungswechsel wollen.

Auffällig ist weiterhin, dass es in der Wählerschaft der PDS besonders wenige sind, denen egal ist, wer die nächste Bundesregierung führen wird. Dabei dürfte klar sein, dass es vor allem eine CDU-geführte Regierung ist, die abgelehnt wird. Vielleicht hängen die Schwierigkeiten der PDS in den letzten Wochen, ihre Wähler stabil für sich zu mobilisieren, damit zusammen, dass erhebliche Teile der Wählerschaft die gegenwärtige Regierung bevorzugen.

Die Nichtwähler bilden vor allem die Gruppe, der die Führerschaft in der Regierung nach den Wahlen egal ist.

Bei den Stammwählern ist es erwartungsgemäß eine übergroße Mehrheit, denen das nicht egal ist. Auch die Wechselwähler scheinen aus dieser Sicht weitgehend festgelegt. In der Gruppe der Unentschlossenen (immerhin gegenwärtig etwa 18 Prozent der Wahlberechtigten) ist die Führungsfrage gleichfalls einer Mehrheit von zwei Dritteln nicht gleichgültig. Aber in ihr gibt es auch einen Anteil von knapp 30 Prozent, denen es egal ist, ob SPD oder CDU die Regierung führen werden. Insgesamt deutet das darauf hin, dass von positiven Entscheidungen aus der Gruppe der gegenwärtig noch Unentschlossenen heraus vor allem die großen Parteien profitieren könnten, aber auch kleinere Parteien können noch Chancen haben.

Die Grundrelationen der Meinungen ziehen sich durch alle Gruppen. Allenfalls bei den Jüngeren findet sich ein relativ größerer Anteil, denen es gleichgültig ist, ob die Bundesregierung nach den Wahlen von der SPD oder von der CDU geführt wird. [...]

Mehrheit mit der PDS?

Wie bereits in einer Vorinformation mitgeteilt, war im Laufe der Woche nach der Meinung gefragt worden, ob im Fall einer Pattsituation zwischen CDU/CSU und FDP einerseits und SPD und Grünen andererseits es eine Große Koalition geben

sollte oder ob SPD und Grüne versuchen sollten, mit der PDS eine Mehrheit zu erreichen.

71 Prozent in Deutschland insgesamt sind dafür, eine Große Koalition zu bilden, wenn sowohl SPD und Grüne als auch CDU/CSU und FDP jeweils zusammen keine Mehrheit bilden können. Sieben Prozent haben die Frage nicht beantwortet. Aber 23 Prozent votieren in einem solchen Fall dafür, dass von SPD und Grünen versucht wird, mit der PDS eine Mehrheit zu erreichen. Vorausgeschickt sei hier, dass so, wie sich das politische Kräfteverhältnis gegenwärtig nach der Sonntagsfrage darstellt, eine derartige Situation nicht unwahrscheinlich ist. Insgesamt heißt das, dass eine Mehrheit der Deutschen lieber eine Große Koalition in Kauf nehmen würde als eine wie auch immer geartete Beteiligung der PDS an der Bildung parlamentarischer Mehrheiten.

Das bedeutet aber auch, dass immerhin fast ein Viertel die Beteiligung der PDS einer Großen Koalition vorzieht. Das ist mehr als das Vierfache des Anteils an Wählerstimmen, mit dem die PDS rechnen kann. Das bedeutet eine Akzeptanz, wie sie die PDS bisher auf Bundesebene noch nie hatte.

Deutlich sind zugleich die Differenzen zwischen West und Ost. Im Westen ziehen drei Viertel eine Große Koalition vor, aber immerhin 19 Prozent sähen lieber die PDS mit im Boot. Im Osten ist auch eine Mehrheit von 56 Prozent für eine Große Koalition, aber hier sind es 37 Prozent, die es vorziehen würden, dass SPD und Grüne mit der PDS zusammenarbeiten.

Große Differenzierungen gibt es natürlich zwischen den Anhängerschaften der einzelnen Parteien. Da unterscheiden sich die Lager erheblich. Von der Wählerschaft der CDU/CSU sind es nur zehn Prozent, die eine Einbeziehung der PDS akzeptieren würden. Aber die 19 Prozent bei der FDP liegen bereits in der Nähe des gesellschaftlichen Durchschnitts. In der Anhängerschaft der SPD sind 36 Prozent und bei den Grünen 43 Prozent, die für eine Kooperation mit der PDS eintreten. Es gibt also im Umfeld dieser Parteien sowohl einen erheblichen Widerstand gegen, aber auch einen erheblichen Druck für eine solche Kooperation. Am höchsten ist der Anteil der Befürworter mit 71 Prozent bei der PDS, was aber auch heißt, dass 30 Prozent nicht für eine Regierungsbeteiligung der von ihnen bevorzugten Partei sind.

Zusätzliche Informationen bieten die Differenzierungen der Meinungen in den Wählerschaften nach West und Ost

Bei der CDU sind es jeweils kleine Minderheiten, die für eine Zusammenarbeit mit der PDS sind. Ganz anders ist es schon bei der FDP, bei ihr sind im Westen nur vier Prozent dafür, im Osten aber über 80 Prozent. In der Wählerschaft der SPD im Westen sind es mit 32 Prozent auch überdurchschnittlich viele, die für eine Zusammenarbeit mit der PDS sind, aber im Osten sind es 54 Prozent, die dafür votieren. Noch deutlicher ist es bei den Grünen, im Westen sind es knapp 40 Prozent, im Osten fand sich keine Gegenstimme.

Bei Stammwählern bevorzugt eine große Mehrheit von 75 Prozent im Falle einer Pattsituation eine Große Koalition. Nur 21 Prozent ziehen in dieser Gruppe die PDS ins Kalkül. Anders ist es bei den Wechselwählern, in dieser Gruppe sind es 35 Prozent, die für eine Zusammenarbeit von SPD und Grünen mit der PDS sind. Hierin steckt ein Problem für Gerhard Schröder (oder eine Chance für die PDS), eine allzu forsche Ablehnung, sich von Abgeordneten der PDS zum Kanzler wählen lassen zu wollen, könnte einen Teil von ihnen auf die PDS orientieren.

Auch das Ergebnis für die Gruppe der Unentschlossenen enthält Interessantes. Hier sind es zwar nur zehn Prozent, aber die Gruppe umfasst noch 18 Prozent der Wahlberechtigten, davon zehn Prozent sind 1,8 Prozent.

Statistische Zusammenhänge gibt es bei der Frage vor allem mit dem Alter und den Bildungsabschlüssen. Je jünger, desto größer die Unterstützung für eine Zusammenarbeit mit der PDS, je älter, desto häufiger das Votum für die Große Koalition (Kontingenzkoeffizient 0,281). Je niedriger die Bildung, desto häufiger wird die Große Koalition befürwortet, je höher diese Abschlüsse, desto stärker rückt die PDS in den Blick (Kontingenzkoeffizient 0,214). In der Tendenz stimmt das mit wichtigen Zielgruppen überein.

Zur Sonntagsfrage und zu Veränderungen in der Wählerschaft der PDS

Die Ergebnisse bestätigen Tendenzen, die schon in den Vorwochen zu beobachten waren. Die SPD hat die CDU/CSU überholt, sie hat jetzt einen geringen Vorsprung. Die CDU verliert leicht, die FDP bleibt stabil bei knapp neun Prozent, die Grünen können leicht zulegen. SPD und Grüne erreichen zusammen 47 Prozent und CDU/CSU und FDP zusammen 45 Prozent – das wäre die Pattsituation, von der oben die Rede war.

Die PDS liegt im Vergleich zur letzten Augustwoche wieder über fünf Prozent. Das deutet auf eine leichte Steigerung hin, aber es handelt sich um eine einzelne Umfrage und liegt insgesamt immer noch im Schwankungsbereich der letzten Wochen. Es erscheint nach diesen Ergebnissen wenige Tage vor den Wahlen möglich, dass die PDS über die fünf Prozent kommt, aber sicher ist es nicht.

Aber es gibt einige Entwicklungen in der Zusammensetzung der Wählerschaft, die die positive Tendaussage für die PDS bekräftigen. Der Anteil der Stammwähler ist (bezogen auf Wachstum insgesamt) etwa stabil. Etwa auch stabil ist die Abwanderung zu anderen Parteien. Deutlich zugenommen hat jedoch die Gruppe der neuen PDS-Wähler, sie ist von 26 Prozent Ende August auf gegenwärtig 33 Prozent angewachsen. Eine andere mögliche Quelle verstärkter Positionen sind Abwanderer zu Nichtwählern, diese Gruppe hat sich deutlich verkleinert, was bedeutet, dass ein Teil derer, die schon nicht mehr PDS wählen wollten, dies nun doch wieder zu tun beabsichtigen.

Auch unter sozialen Gesichtspunkten gibt es ermutigende Signale. Frauen, Jüngere und Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen sind in der Gruppe der neuen PDS-

Wähler überrepräsentiert. Mögliche Tendenz: Der PDS gelingt es gegenwärtig wieder besser, wichtige Zielgruppen zu erreichen.

Wocheninformation zur öffentlichen Meinung 5/2002

Bericht für den Bereich Strategie und Grundsatzfragen beim Parteivorstand der PDS und das Wahlbüro der PDS, 12.–17.9.2002 (bislang unveröffentlicht).

Hauptaussagen dieser Ausgabe

- Nachdem es sich nach Ergebnissen von Meinungsforschungen über Wochen hinweg so darstellte, als könne die PDS bei diesen Wahlen die fünf Prozent nicht erreichen, ist in den Tagen unmittelbar vor den Wahlen die Stimmung insgesamt nicht ungünstig. Fast 30 Prozent sind im Land der Meinung, dass die PDS wieder in den Bundestag kommen wird. Wichtig ist auch, dass im Umfeld der PDS selbst eine optimistische Stimmung herrscht.
- Eine leichte Mehrheit von 55 Prozent findet es nicht gut, dass CDU/CSU die Zuwanderung als Thema in den Wahlkampf gebracht haben. 39 Prozent sind es, die es für gut halten. Es scheint so, als habe die Kampagne ihren Initiatoren bisher wenig gebracht, sie ist auch im eigenen Lager nicht unumstritten.
- Bei den Ergebnissen der Sonntagsfrage gibt es im Vergleich zur Vorwoche wenig Veränderungen. Der Anteil der bisher Unentschlossenen liegt mit 16 Prozent (–2%) immer noch relativ hoch. Die SPD liegt vor CDU/CSU, FDP und Grüne liegen gleich auf. Die PDS liegt auch in dieser Woche über fünf Prozent.[...]

Meinungen zum Einzug der PDS in den Bundestag

Die Frage, ob die PDS wieder in den Bundestag kommt, ist bisher noch nicht gestellt worden. Sie steht im Zusammenhang mit den in der Vorwoche erfragten Meinungen, ob im Falle einer Pattsituation zwischen CDU/CSU und FDP einerseits und SPD und Grünen andererseits eine Große Koalition gebildet werden soll oder ob SPD und Grüne mit der PDS eine Mehrheit bilden sollten. 71 Prozent hatten sich für eine Große Koalition entschieden, aber immerhin 23 Prozent waren auch für eine Zusammenarbeit von SPD und Grünen mit der PDS.

Damit Letzteres überhaupt möglich ist, ist die Voraussetzung, dass die PDS wieder in den Bundestag kommt.

Die gestellte Frage bezieht sich nur auf das Ereignis, nicht darauf, ob es gewünscht wird oder wie es beurteilt wird. Insgesamt sind in Deutschland 65 Prozent der Meinung, dass es die PDS diesmal nicht wieder schaffen wird und nicht wieder in den Bundestag kommt. Vier Prozent haben die Frage nicht beantwortet. Aber es sind immerhin 30 Prozent, die der Auffassung sind, dass die PDS wieder in den Bundestag kommen wird. Im Osten ist das Meinungsbild nahezu ausgeglichen, 48 Prozent glauben an den Wiedereinzug der PDS, 49 Prozent glauben es nicht. Damit ist es

etwa jeder Zweite im Osten, der der PDS zutraut, dass sie ihr Wahlziel erreicht. Im Westen sehen 70 Prozent die PDS nicht wieder im Bundestag. Fünf Prozent haben keine Meinung geäußert. 25 Prozent meinen, dass die PDS wieder im Bundestag sein wird. Damit ist es im Westen jeder Vierte, der diese Meinung vertritt.

Erhebliche Differenzierungen gibt es im Zusammenhang mit dem voraussichtlichen Wahlverhalten. Bei CDU/CSU und FDP sind es jeweils etwa 25 Prozent, die der Meinung sind, die PDS schafft es nicht in den Bundestag. In den Anhängerschaften dieser Parteien gibt es somit eine übergroße Mehrheit, die die PDS draußen sieht. Anders sind die Relationen in der Wählerschaft der SPD, hier sind es 35 Prozent, die meinen, die PDS werde wieder in den Bundestag kommen. Bei den Grünen sind es sogar 60 Prozent, die die PDS wieder im Bundestag sehen. Von den Wählern der PDS sind fast 95 Prozent der Meinung, dass die PDS es schaffen wird. Fünf Prozent sehen das skeptisch. Aber das spricht insgesamt dafür, dass im Umfeld der PDS eine optimistische Stimmung vorherrscht.

Besonders günstig ist die Stimmung bei den Stammwählern insgesamt, in dieser Gruppe sind es über 40 Prozent, die der PDS den Einzug in den Bundestag zutrauen. Bei den Wechselwählern sind das mit 25 Prozent deutlich weniger. In der Gruppe der noch Unentschlossenen sehen nur 18 Prozent die PDS wieder im Bundestag. Bei den Nichtwählern sind auch nur 20 Prozent dieser Meinung.

Unter sozialen Aspekten sind einige markante Differenzierungen zu konstatieren. Männer meinen etwas häufiger als Frauen, dass die PDS es schaffen wird. In den jüngeren bis mittleren Altersgruppen wird diese Meinung gleichfalls relativ stärker vertreten. Mit steigenden Bildungsabschlüssen nimmt die Auffassung zu, dass die PDS wieder in den Bundestag kommt.

Nachdem es sich nach Ergebnissen von Meinungsforschungen über Wochen hinweg so darstellte, als könne die PDS bei diesen Wahlen die fünf Prozent nicht erreichen, ist in den Tagen unmittelbar vor den Wahlen die Stimmung insgesamt nicht ungünstig. [...]

Zuwanderung – ein Wahlkampfthema?

In der letzten Wahlkampfphase haben CDU/CSU das Zuwanderungsgesetz zum Wahlkampfthema gemacht, wohl in der Hoffnung, schwindende Akzeptanz auf diese Weise wieder ausgleichen zu können.

In der Bevölkerung sind die Meinungen dazu geteilt. Eine leichte Mehrheit von 55 Prozent findet es nicht gut, dass CDU/CSU die Zuwanderung zum Thema öffentlicher politischer Auseinandersetzungen macht. Aber es sind auch immerhin 39 Prozent, die das gut finden. Sechs Prozent haben die Frage nicht beantwortet.

Im Westen sind es 56 Prozent, die dieses Vorgehen nicht gut finden, und 40 Prozent, die es für gut halten. Im Osten liegen beide Werte niedriger, bei 53 Prozent nicht gut, 36 Prozent gut. Hier ist der Anteil derer, die die Frage nicht beantwortet haben, mit elf Prozent relativ hoch.

Deutliche Differenzierungen gibt es nach Wahlabsicht. Die Thematisierung der Zuwanderung im Wahlkampf wird vor allem in den Umfeldern von PDS (79%), Grünen (77%) und SPD (71%) als nicht gut bewertet. Auch in der Anhängerschaft der FDP ist fast die Hälfte dieser Meinung. Bei der Wählerschaft der CDU/CSU wird es mehrheitlich als gut befunden, aber es ist immerhin auch ein Drittel, das dieses Thema im Wahlkampf für nicht gut hält.

Ansonsten ist auffällig, dass in der Gruppe der Nichtwähler der Anteil derer besonders groß ist, die dieses Thema im Wahlkampf für gut halten.

Zusammenhänge mit sozialen Merkmalen sind kaum festzustellen. Auffällig ist vor allem, dass relativ viele Schüler das Thema für gut halten.

Zur Sonntagsfrage und zu Veränderungen in der Wählerschaft der PDS

Nach diesen Ergebnissen liegt die SPD bei reichlich 40 Prozent und damit auch weiterhin vor CDU/CSU, die auf 36 Prozent kommen. Die FDP und die Grünen erreichen beide sieben Prozent, das wäre ein leichter Rückgang bei der FDP. Für die PDS wird das Resultat der vorigen Woche in der sie erstmals wieder über fünf Prozent lag, durch diese Ergebnisse bestätigt. Auch die Struktur der Wählerschaft scheint einigermaßen stabil. Die Analyse weist einen wachsenden Anteil an neuen PDS-Wählern aus. Eine Abwanderung zu den Nichtwählern war nicht messbar.

Vorinformation zur Wocheninformation zur öffentlichen Meinung 6/2002

Bericht für den Bereich Strategie und Grundsatzfragen beim Parteivorstand der PDS und das Wahlbüro der PDS, 17.–18.9.2002 (bislang unveröffentlicht).

In der Woche unmittelbar vor den Wahlen sind Umfrageergebnisse rar. Resultate zur Sonntagsfrage werden kaum noch öffentlich gemacht, obwohl die Erhebungen weitergehen. Die Beobachtung von Entwicklungen in der öffentlichen Meinung wird hier weitergeführt, um zum einen auch in den letzten Tagen vor den Wahlen aktuelle Informationen zur Verfügung zu stellen und um zum anderen die Auswertung der Wahlen vorzubereiten.

Die Stellungnahmen gegen einen Krieg gegen den Irak durch die Regierungsparteien hat sicher zum Stimmungsumschwung zu ihren Gunsten beigetragen.

Meint es der Irak ernst?

Mit der Absage einer deutschen Beteiligung an einem Krieg gegen den Irak hatte die Bundesregierung zum einen das Alleinstellungsmerkmal der PDS, einzige Friedenspartei zu sein, infrage gestellt. Zum anderen ist es vor allem der SPD gelungen, einige ihrer Wähler, die wegen der Friedensfrage die SPD schon nicht mehr wählen wollten, zu beruhigen und sich ihnen als nun doch wählbar zu präsentieren, obwohl fast 60 Prozent der Deutschen diese Absage für Wahlkampfaktik und nicht glaubhaft

halten (Wittich 2002b: 4). Das erklärt zu einem guten Teil den Aufschwung, den die SPD in den letzten Wochen erreichen konnte (siehe Abschnitt zur Sonntagsfrage).

Die aktuelle Zusage, sich an der Entsendung von Waffenkontrolleuren zu beteiligen, hat auch eine Symbolik. Sie besagt, diese Regierung ist kooperativ und relativiert Eindrücke von Antiamerikanismus. Darüber hinaus ermöglicht sie den Einstieg in den Umstieg, sich letztendlich doch an dem Krieg zu beteiligen.

Die Aussage selbst trifft aktuell auf ein Meinungsbild in der Bevölkerung, bei dem knapp 60 Prozent der Auffassung sind, dass es dem Irak ernst damit ist, Waffenkontrolleure ohne Vorbedingungen wieder ins Land zu lassen. Im Osten teilen sogar fast zwei Drittel diese Auffassung, im Westen sind es etwas weniger. Wenn das Angebot des Irak für ernsthaft gehalten wird, dann liegt es in der Logik, dass auch eine deutsche Teilnahme an den internationalen Inspektionen akzeptiert wird.

Zwischen den Anhängerschaften der Parteien gibt es erhebliche Differenzierungen. Bei der SPD gibt es mit 65 Prozent eine mehrheitliche Zustimmung, auch bei den Grünen halten 57 Prozent das Angebot für ernsthaft. Besonders viele sind es mit 82 Prozent in der Anhängerschaft der PDS, die dieser Meinung sind. Bei der CDU sieht das mit 52 Prozent nur eine leichte Mehrheit so, bei der FDP ist es eine Minderheit von 43 Prozent. Bei den Nichtwählern und der immer noch großen Gruppe der Unentschlossenen (zwischen 16 und 18 Prozent der Wahlberechtigten) ist das Meinungsbild ähnlich wie in der Gesamtheit.

Die Zusage der Bundesregierung zu einer deutschen Beteiligung an den Waffeninspektionen im Irak könnte in den letzten Tagen vor den Wahlen durchaus noch positiv für die Regierungsparteien wirken.

Meinungen, wenn die PDS nicht wieder in den Bundestag einzieht

Eine Frage nach Meinungen zu einem Nichtwiedereinzug der PDS ist bisher noch nicht gestellt worden, es fehlen also Vergleichsdaten. Gefragt worden war in den letzten Wochen zu einer möglichen Zusammenarbeit von SPD und Grünen mit der PDS (da waren 23 % dafür) und nach den Aussichten der PDS wieder in den Bundestag zu kommen (fast 30 % bewerteten diese als positiv).

Nach den Ergebnissen zu der aktuell gestellten Frage sind es 19 Prozent in Deutschland insgesamt, die es bedauern würden, wenn die PDS diesmal den Einzug in den Bundestag verpasst. Das ist jeder fünfte Deutsche, auch dieser Anteil liegt damit deutlich über dem zu erwartenden Wahlergebnis. Insgesamt 44 Prozent würden es begrüßen, wenn die PDS draußen bliebe, und 35 Prozent ist es egal.

In dieser Frage zeigt sich wiederum ein erheblicher Unterschied in den Meinungsbildern in West und Ost. Im Westen sind es zwar auch immerhin 15 Prozent, die das bedauern würden, aber im Osten sind dies mit 35 Prozent erheblich mehr. Fast die Hälfte ist es im Westen, die ein Ausscheiden der PDS begrüßen würde, im Osten meint dies nur ein knappes Viertel. Im Westen ist es 33 Prozent und im Osten 41 Prozent gleichgültig, wie das mit der PDS wird.

Die PDS ist damit in der politischen Landschaft der Bundesrepublik immer noch eine scharf umstrittene Erscheinung. Ihr Schicksal ist nur etwa einem Drittel gleichgültig. Sie wird von mehr als 40 Prozent eher angefeindet. Aber immerhin auch 20 Prozent sehen sie als Bundestagspartei positiv.

In den Anhängerschaften der einzelnen Parteien wird das unterschiedlich gesehen. Vor allem bei der CDU/CSU, aber auch bei der FDP ist die offene Gegnerschaft am stärksten. In der Wählerschaft der SPD würden 20 Prozent ein Ausscheiden der PDS bedauern, Gegnerschaft und Gleichgültigkeit halten sich mit jeweils rund 40 Prozent etwa die Waage. Bei den Grünen sind es nur 14 Prozent, die die PDS dann bedauern würden, aber es sind auch nur 25 Prozent, die ein Ausscheiden begrüßen würden, der Mehrheit ist es egal. Bei der PDS würden es fast alle bedauern, aber es gibt auch sechs Prozent der PDS-Wähler, die ein Ausscheiden der PDS aus dem Bundestag begrüßen würden.

Bei den Wechselwählern sind es nur unterdurchschnittliche 17 Prozent, die es bedauern, wenn die PDS nicht wieder in den Bundestag käme.

Aber bei den Unentschlossenen bietet die PDS wohl ein tendenziell besseres Bild. In dieser Gruppe würden 23 Prozent ein Ausscheiden bedauern, und es sind auch nur 31 Prozent, die es begrüßen würden.

Zur Sonntagsfrage und zu Veränderungen in der Wählerschaft der PDS

Das sind die letzten Ergebnisse zur Sonntagsfrage, die vor den Wahlen vom 22. September zur Verfügung stehen. Bei der Bewertung muss berücksichtigt werden, das mit 16 bis 18 Prozent der Anteil derer immer noch sehr hoch ist, die noch unentschlossen sind. Es kann also noch erhebliche Veränderungen geben.

Nach diesen Ergebnissen liegt die SPD mit 40 Prozent deutlich vor CDU/CSU, die 35 Prozent erreichen. FDP und Grüne bleiben mit zwischen sieben und acht Prozent in dem Bereich, in dem sie seit Wochen liegen.

Die PDS liegt bei 5,2 Prozent, sie bleibt damit in dem Bereich, der für sie seit etwa zehn Tagen gemessen wird. Es handelt sich zweifellos um eine positive Entwicklung seit Mitte August, wo sie deutlich unter fünf Prozent lag. Aber ob die PDS am Wahltag die fünf Prozent überspringen kann, ist immer noch ungewiss. Zum einen liegt diese Marke immer noch im Bereich der Irrtumswahrscheinlichkeit, zum anderen hängt viel vom Verhalten der bisher noch Unentschlossenen ab.

Aber der positive Trend zeichnet sich auch in der Struktur der Wählerschaft der PDS ab. Es handelt sich hier um aggregierte Daten von jeweils reichlich 2.000 Befragten für Mitte bis Ende August und die vorangegangenen zwei Septemberwochen.

Der Anteil der Stammwähler ist – die Zunahme insgesamt in Rechnung gestellt – etwa stabil geblieben. Deutlich zurückgegangen ist der Anteil der früheren PDS-Wähler, die zu den Nichtwählern überwechseln, fast zwölf Prozent waren das im August, nun sind es noch etwa vier Prozent. Etwa gleich geblieben ist der Anteil derer, die zu anderen Parteien wechseln wollen. Einen deutlichen Anstieg von 32 Prozent im

August auf jetzt 42 Prozent gibt es bei neuen PDS-Wählern (ein Viertel davon Erstwähler, ein Achtel gehörte zuvor zu den Nichtwählern, die anderen von den anderen Parteien).

Die positive Entwicklung der PDS in den letzten Wochen hat also vor allem zwei Quellen: Zum einen gelingt es ihr in den letzten Wochen wieder deutlich stärker, neue Wähler für sich zu mobilisieren, zum anderen hat sich ein großer Teil derjenigen, die schon nicht mehr PDS wählen wollten, nun doch wieder für die PDS entschieden.

Nachdem im August zu konstatieren war, dass der damals absehbare Einbruch vor allem bei wichtigen Zielgruppen eingetreten war, gibt es nun einen anderen Trend. Zwar sieht es immer noch so aus, als seien Frauen in der Wählerschaft der PDS (vor allem bei den Stammwählern, aber auch bei den neuen Wählern) unterrepräsentiert. Auf der anderen Seite bilden die jüngsten bis mittleren Altersgruppen sowie Personen mit mittleren bis höheren Bildungsabschlüssen große Anteile bei den neuen Wählern. Das spricht dafür, dass wichtige Zielgruppen jetzt wieder besser mobilisiert werden können.

Ein langer Abschied. Überlegungen

Bericht für den Bereich Strategie und Grundsatzfragen beim Parteivorstand der PDS, Oktober 2002 (bislang unveröffentlicht).

Die PDS hat sich bisher schwer getan, sich von den Strukturen, dem Image und von manchen kleinen Gewohnheiten der «Nachfolgepartei» zu verabschieden. Nun beginnen sich entsprechende Wählergruppen von ihr zu lösen.

Es ist ungewöhnlich, einem solchen Artikel eine persönliche Bemerkung voranzustellen. In diesem Fall scheint es mir unumgänglich. Aus guten Gründen habe ich die letzten acht Wochen vor den Wahlen mit hohem Aufwand analytisch begleitet. Ich habe vieles erkennen können in dieser Zeit und vieles ist mir durch den Kopf gegangen, was auch im nachfolgenden Text auftauchen wird. Dass es für die PDS eng werden kann, war seit Anfang August klar. Obwohl mir die Mittel der repräsentativen Bevölkerungsumfragen zur Verfügung standen, habe ich nicht vorhersehen können, dass es eine so herbe Niederlage wird. Danach konnte ich die PDS in der Nähe jener magisch wirkenden Fünfprozentmarke erwarten (leicht darüber oder leicht darunter blieb bis zum Schluss offen), aber nicht bei vier Prozent. So gesehen ist die Niederlage der PDS auch meine ganz persönliche Niederlage als Soziologe und Wahlanalytiker. Andere können von mir aus so tun, als hätten sie alles schon immer gewusst, das ist nicht mein Ding. Dies deutlich zu formulieren ist mir für jene wichtig, die meinen Einschätzungen vertraut haben, es ist mir aber auch für mich selbst wichtig.

Der Unterschied ist fast existenziell, von der Fraktionsstärke auf die faktische Nicht-Existenz als Bundestagspartei. Die das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler aus Marzahn und Hellersdorf, aus Lichtenberg und Hohenschönhausen erringen konnten, tragen nun die Last der Erwartungen aller im Lande, die sich politisch links

von Rosa-Grün verortet. Dazu kann man Petra Pau und Gesine Lötsch nur alles erdenklich Gute wünschen. Erklärungsbedürftig ist der Vorgang allemal. Obwohl differenziertere Analysen noch nicht möglich sind, kann man einige Zusammenhänge ausmachen. Entscheidend dürfte gewesen sein, dass wenige Tage vor den Wahlen 16 bis 18 Prozent der Wahlberechtigten noch unentschlossen waren, welchen Kandidaten und welche Partei sie wählen wollten. Von deren Entscheidung hing alles ab. Zwei Drittel von ihnen sind schließlich der Wahl ferngeblieben, ein Drittel hat sich kurzfristig für eine Partei entschieden, die PDS war dabei kaum im Kalkül. Gründe dafür sind die Zuspitzung auf Lagerwahlkampf und Personalisierung (Schröder versus Stoiber). Daraus ergibt sich aber auch die Frage: Warum war die PDS in der letzten Phase des Wahlkampfes nicht hinreichend darauf vorbereitet? Die Wahlbeteiligung lag bei 79 Prozent (1998: 82%). Dort, wo die PDS am meisten verloren hat, ist auch die Wahlbeteiligung besonders niedrig, zum Beispiel im Land Mecklenburg-Vorpommern bei 71 Prozent und in Sachsen-Anhalt gar bei 68 Prozent. Da sind gerade auch potenzielle PDS-Wähler zu Hause geblieben.

Die PDS konnte in den letzten Wochen vor den Wahlen nur eine geringe mediale Präsenz erreichen. Die Großwetterlage war nicht PDS-freundlich. Auf zwei Dinge ist in diesem Zusammenhang kurz zu verweisen. Zum einen war das Hochwasser. Es hat bewirkt, dass der Wert Solidarität – vor allem im Osten – in seiner Bedeutsamkeit hautnah empfunden wurde. Aber diese Aufwertung von Solidarität war zugleich etatistisch und kam somit vor allem der SPD zugute. Zum anderen ist es den Regierungsparteien gelungen, das die Wirkung des Krieg-Frieden-Themas wirkungsvoll zu paralisieren. Indem sich SPD und Grüne gegen einen Krieg gegen den Irak positionierten, haben sie erfolgreich ein Alleinstellungsmerkmal der PDS relativiert, die einzige Partei zu sein, die sich gegen Krieg und Kriegseinsätze stellt. So gaben sie vor allem jenen Teilen ihrer Anhängerschaft, die schon abgesprungen schienen, als Beruhigungspille das Gefühl, nun doch wieder die gewohnte Partei wählen zu können. Zuwanderungen zur PDS blieben weitgehend aus.

Aber die Niederlage ist vor allem hausgemacht. Warum haben Gysis Fehler und Gysis Rücktritt derartige Wirkungen? Gregor Gysi galt als Person in den Augen vieler im Land als ein anderer Typ von Politiker. Wenn es sich dann aber so darstellt, als würden sich Menschen wie er nicht anders in Fragen von Macht und Privilegien verhalten, wie die Politiker anderer Parteien auch, dann betrifft es die Glaubwürdigkeit von Alternativen überhaupt. Aber – und das ist wohl entscheidend – Gregor Gysi war nicht nur das Symbol seiner selbst, er war mangels inhaltlicher Auffüllung dessen, wofür die PDS heute positiv steht, zugleich als Person das Symbol für ein modernes sozialistisches Projekt. Und das ist nicht das Problem von Gysi, das ist das Problem der PDS. Es ist in den letzten Jahren nicht gelungen, der Öffentlichkeit zu vermitteln, worin das Markenzeichen moderner sozialistischer Politik besteht. Defizite in der Programmatik und Defizite in einer griffigen Vermittlung der Substanz linkssozialistischer Politik in der Welt von heute sind der PDS auf die Füße gefallen.

Die PDS hat insgesamt rund 600.000 Stimmen gegenüber 1998 verloren. Ihre Niederlage ist flächendeckend. Die West-Ost-Differenz hat sich nicht verringert, denn die PDS hat mit Ausnahme des Saarlandes und Niedersachsens auch im Westen Verluste. Aber vor allem gibt es Einbußen im Osten. Die Übersicht macht deutlich: Die PDS hat am stärksten dort verloren, wo sie an Regierungen beteiligt ist (das gilt für Mecklenburg-Vorpommern, aber auch für Berlin, wo ihr im Osten rund fünf Prozent abhanden gekommen sind) oder wo sie – wie in Sachsen-Anhalt – in Regierungsnähe gerückt wird. Damit ist ein merkwürdiger Vorgang verknüpft. Aus Analysen ist bekannt, dass eine Mehrheit in der Wählerschaft der PDS wünscht, dass die PDS sich an Regierungen beteiligt, wenn sich die Chance dazu bietet. Vor der Wahl ist damit die Erwartung verknüpft, die PDS möge Schlimmeres verhüten. Nach der Wahl findet ein Perspektivenwechsel statt, nun wird erwartet, dass die PDS ganz schnell für die blühenden Landschaften sorgt, die Helmut Kohl einst versprochen hat. Da hilft nur Offenheit und Transparenz.

Ein Vergleich der Wahlkreisergebnisse verdeutlicht eine weitere Tendenz. Die PDS verliert vor allem dort, wo sie bisher besonders stark war, in den früheren Bezirks- und Kreisstädten der DDR. Das trifft zu für die Wahlkreise Halle, Magdeburg und Altmark sowie für Bad Doberan-Güstrow, Schwerin und Rostock. Das ist aber auch dort zu registrieren, wo die PDS in der Opposition ist, in Chemnitz, Jena-Weimar, Dresden, Gera, Gotha, Potsdam und Erfurt. Die PDS verliert also in der Kernsubstanz ihrer Wählerschaft. Es ist vor allem die ehemalige Dienstklasse der DDR, ihr Nachwuchs und ihr Umfeld, die sich von der PDS zu verabschieden beginnen. Das Umfeld der Nachfolgepartei bricht damit weg, und das wahrscheinlich endgültig. Neue Wählergruppen, die die PDS erreichen kann und die für linke Politik gewonnen werden können, vermag sie bisher nicht stabil an sich zu binden. Es war ein langer Abschied von der Nachfolgepartei, aber nun ist er unumgänglich. Die Alternative ist, sich in gemeinsamen und offenen Diskursen in Programmatik, politischen Inhalten und im Stil konsequenter hin zu einer modernen sozialistischen Partei zu entwickeln oder über den Umweg einer Regionalpartei Ost als Traditionsverein zu verkümmern und schließlich in der Bedeutungslosigkeit zu versinken.

Und doch bleibt es insgesamt dabei, dieses Land braucht eine starke oppositionelle Kraft, die im politischen Kräfteverhältnis Druck von links erzeugt. Ob Schröder oder Stoiber – es wird gehobelt werden und Späne fallen allemal. An der PDS selbst wird es liegen, ob auch für sie gilt: Nach den Wahlen ist vor den Wahlen.

Tabelle 1: Verluste der PDS im Vergleich zu 1998

West			Ost		
Land	%	Stimmen	Land	%	Stimmen
Schleswig-Holstein	-0,2	-2.897	Berlin	-2,1	-50.901
Hamburg	-0,2	-2.379	Mecklenburg-Vorp.	-7,3	-98.551
Niedersachsen	–	348	Brandenburg	-3,1	-49.932
Bremen	-0,2	-1.259	Sachsen-Anhalt	-6,3	-131.485
Nordrhein-Westfalen	–	-6.050	Sachsen	-3,8	-159.908
Hessen	-0,1	-6.364	Thüringen	-4,3	-92.336
Rheinland-Pfalz	–	-1.047			
Bayern	–	-3.258			
Baden-Württemberg	–	-1.888			
Saarland	0,4	1.900			

Quelle: Landeswahlleiter, eigene Berechnungen

Schlüsselproblem: politische Kultur. Zum Wahlergebnis der PDS

in: *UTOPIE kreativ* 146, 2002, S. 1069–1079.

Die Unzufriedenheit mit der Politik auf Bundesebene war groß im Wahljahr in der Gesellschaft der Deutschen. Entsprechend war die Akzeptanz der rosa-grünen Regierungsparteien relativ niedrig und wurde vom Zuspruch zu den schwarz-gelben Oppositionsparteien übertroffen. Auch die PDS schien davon zu profitieren, vor allem ihr konsequentes Eintreten gegen Krieg und Kriegseinsätze deutscher Soldaten hatte ihr im Laufe des letzten Jahres einen Akzeptanzgewinn gebracht. So war es, bis das Hochwasser kam. Als es abgeflissen war, war die Unzufriedenheit im Land nicht geringer, aber der Vorsprung der Oppositionsparteien war dahin. Am Ende im Ergebnis der Wahlen waren die alten Regierungsparteien auch wieder die neuen, die Konservativen und die Liberalen hatten sich stabilisiert, konnten aber eine Mehrheit nicht erreichen. Die Linksozialisten blieben deutlich unter fünf Prozent und sind im Parlament nur durch zwei direkt gewählte, fraktionslose Abgeordnete vertreten. So ließe sich der politische Vorgang zusammenfassen.

Objektiv existiert in der Gesellschaft eine Gemengelage ungelöster Probleme und Konflikte. Allen Versicherungen der offiziellen Statistik zum Trotz werden in der Bevölkerung seit der Einführung des Euro inflationäre Tendenzen wahrgenommen. Die Krisentendenzen in der Volkswirtschaft halten an. Die Arbeitslosigkeit ist hoch und vor den Wahlen gibt es wieder über vier Millionen Arbeitslose, die «stille» Reserve konnte auch nicht reduziert werden, aber sie ist so still, dass niemand über sie redet. Der Staatshaushalt ist auf allen Ebenen defizitär. Deutsche Soldaten befinden sich in

Afghanistan, am Horn von Afrika, auf dem Balkan und anderswo im Einsatz, was ein großer Teil der Bevölkerung ablehnt. Die soziale Ungleichheit wächst, die Armen werden immer mehr und immer ärmer, die Reichen werden immer reicher. Die sozialen Risiken wachsen und reichen mittlerweile bis in die soziale Mitte der Gesellschaft hinein. Im internationalen Vergleich erweist sich das deutsche Bildungssystem als rückständig. Die kulturelle Infrastruktur von den großen Opernhäusern bis zu den kleinen Projekten ist durch Streichungen bedroht. Das Gesundheitswesen bedarf dringend Reformen. Immer wieder werden giftige Substanzen in der Nahrungskette entdeckt. Bei der Altersvorsorge ist begonnen worden, das Solidarprinzip (gemeinsame Finanzierung durch «Arbeitnehmer» und «Arbeitgeber») aufzuheben, sie kann nur gesichert werden durch die permanente Mehrbelastung der privaten Haushalte der Lohnabhängigen.

Dass sich diese Probleme bündeln, ist teilweise durch mangelnde Kreativität und Fehlentscheidungen der politischen Eliten in Deutschland bedingt. Aber insgesamt handelt es sich um ungelöste Folgeprobleme umfassenderer gesellschaftlicher Umbauprozesse. Im Zusammenhang mit revolutionären technologischen Entwicklungen (von den Informations- und Kommunikationstechnologien bis zur Gentechnik) sind Konzentrationsprozesse des Kapitals, ein Umbau der wirtschaftlichen Strukturen und Strukturveränderungen beim gesellschaftlichen Gesamtarbeiter und damit zugleich neue Widersprüche in Gang gesetzt, die mit objektiver Notwendigkeit der Lösung bedürfen. In der Politik dominieren neoliberale Konzepte. Interessant ist, dass es darüber in der Öffentlichkeit keine Diskussion und keine politische Auseinandersetzung gibt. Im politischen Alltag regiert die «Stückwerktechnologie».

Daran hat sich auch in vier Jahren Regierung von SPD und Grünen wenig bis nichts geändert. Der Gegensatz von anhaltendem Reformstau und regierungsamtlicher Erfolgshetorik hat in Teilen der Öffentlichkeit den Begriff sozial orientierter Reformprojekte überhaupt gründlich diskreditiert.

Deshalb sah es bis zum Juli 2002 so aus, als würden sich CDU/CSU als stärkste politische Kraft erweisen können, sie lagen zu diesem Zeitpunkt deutlich vor der SPD. Zwischen Mitte August und Mitte September aber veränderte sich das Kräfteverhältnis. Mit hoher Intensität wie bei keiner Wahl zuvor hat die Meinungsforschung in Deutschland die Phase des Wahlkampfes analytisch begleitet. Aus diesem Material lässt sich rekonstruieren, wie sich die Stimmungslage im Land gestaltet hat.

Große Aufmerksamkeit erregten der Rücktritt von Gregor Gysi von seinen Ämtern als Wirtschaftssenator und Bürgermeister in Berlin im Zusammenhang mit der «Bonusmeilen-Affäre» und seine Erklärung, sich überhaupt aus der Politik zurückziehen zu wollen. Die Meinungen dazu waren in der Öffentlichkeit gespalten.

Fast zwei Drittel waren ohnehin der Meinung, dass es sich bei der Affäre um Wahlkampftaktik handelte. Knapp die Hälfte hielt den Rücktritt für angemessen, die andere Hälfte sah darin keine angemessene Reaktion. Ebenfalls knapp die Hälfte bedau-

erte seinen Rückzug aus der Politik. Im Osten und vor allem im Umfeld der PDS war die Stimmung noch deutlich positiver für Gysi.

Ein weiteres gewichtiges Thema in dieser Phase des Wahlkampfes war der Krieg in Afghanistan und die Kriegsbeteiligung und andere Auslandseinsätze von Angehörigen der Bundeswehr. Durch die öffentlichen Erklärungen des Bundeskanzlers und anderer Politiker der SPD und der Grünen gegen eine deutsche Beteiligung an einem Krieg gegen den Irak wurde zum einen seitens der Regierungsparteien eine Übereinstimmung mit der Mehrheitsmeinung in der Bevölkerung hergestellt, obwohl der Anteil derer sehr hoch war, die diese Erklärung vor allem für Wahlkampfaktik hielten. Zum anderen wurde dieses Thema damit faktisch an den Rand gedrängt und verschwand aus der öffentlichen politischen Auseinandersetzung.

Das Hochwasser hat über Wochen hinweg die öffentliche Meinung dominiert, es war eine Katastrophenserie als Real-TV. Zunehmend wandte sich dann jedoch die Aufmerksamkeit der Frage zu, wie die Folgen des Hochwassers zu finanzieren sind. Mit der Aussage, dazu die Steuerreform aufzuschieben, um im nächsten Jahr höhere Einkommensteuern zu erzielen als geplant, sowie die Körperschaftsteuer anzuheben, verschwand auch dieses Thema aus der öffentlichen Debatte.

Tabelle 1: Ausgewählte Themen in der öffentlichen Meinung (% zeilenweise)

	ja	nein	keine Angabe
Ablehnung deutscher Beteiligung bei Krieg gegen Irak	71	26	3
Ablehnung der Kriegsbeteiligung ist Wahlkampfaktik	58	38	4
Finanzierung Hochwasserfolgen über Steuern	54	40	6
wirtschaftlicher Aufschwung kommt	28	71	1
Zuwanderung ein gutes Wahlkampfthema	39	55	6
Rot-Grün mithilfe der PDS statt Große Koalition	23	71	7

Quelle: EMNID 2002

Der Versuch der CDU/CSU, mit dem Thema der Zuwanderung wieder stärkere Aufmerksamkeit zu erreichen, war kaum von Erfolg gekrönt. Die PDS rückte vor allem im Zusammenhang mit der Koalitionsfrage wieder in die öffentliche Wahrnehmung und nicht mit politischen Inhalten und Projekten.

Damit war die Stimmungslage in der Gesellschaft in den Wochen vor den Wahlen insgesamt widersprüchlich. In der Problemwahrnehmung hatten Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Situation deutliche Priorität, andere Problemkomplexe erschienen diesen gegenüber deutlich nachgeordnet. Das betraf auch die Probleme der Bildung und der sozialen Ungerechtigkeit.

Aber auch bei der Bewertung der wirtschaftlichen Lage selbst sind Widersprüche nicht zu übersehen. Während eine deutliche Mehrheit von 87 Prozent die aktuelle Lage als schlecht betrachtete und nur zwölf Prozent sie für gut hielten, wurden die Zukunftsaussichten deutlich optimistischer gesehen. 42 Prozent erwarteten eine Verbesserung, weitere 36 Prozent meinten, sie bliebe gleich, und nur 17 Prozent rechneten mit einer Verschlechterung.

Diese Stimmungslage mit der deutlichen Prioritätensetzung auf Arbeitsmarkt und Wirtschaftsentwicklung bildete den Hintergrund für den Lagerwahlkampf und seine Individualisierung: CDU/CSU und FDP mit Stoiber hier und SPD und Grüne mit Schröder da. Die PDS kam in dieser Konstellation nicht vor, wenn auch 29 Prozent der Wahlberechtigten dafür waren, dass sich Schröder auch mit ihren Stimmen zum Bundeskanzler wählen lassen könnte.

Wie aus dieser Stimmungslage heraus die Wahlen letztlich ausgegangen sind, hängt auch mit den Kompetenzen zusammen, die den Parteien in der öffentlichen Meinung zugeschrieben werden.

In Wirtschaftsfragen und bei der Arbeitsmarktpolitik werden CDU/CSU am relativ häufigsten als kompetent angesehen, das sichert ihnen starke Positionen, aber das allein macht es offensichtlich auch nicht. Die Grünen gelten wie immer als kompetent für Umweltpolitik, aber mit Verbraucherschutz ist ein weiteres profilbestimmendes Kompetenzfeld hinzugekommen. Auf den meisten Gebieten liegt die SPD vorn. Das kann so gedeutet werden, dass auch die Breite der politischen Handlungskompetenzen eine Rolle spielt. Vor allem – und das hat wesentlich zum Ergebnis beigetragen – gilt die SPD als kompetent für die Lösung von Zukunftsproblemen.

Der PDS werden nur geringe Kompetenzen zugeschrieben. Allenfalls wird sie noch mit sozialer Gerechtigkeit in Zusammenhang gebracht, aber auch diese fünf Prozent liegen deutlich unter früher gemessenen Werten. Vor allem gilt sie kaum als Partei mit Kompetenzen für die Lösung von Zukunftsproblemen. Nicht einmal die Mehrheit der eigenen Wählerinnen und Wähler setzt die PDS in Beziehung zu Zukunftserwartungen, -plänen und -ängsten.

Auch die Sichtweise auf Personen, ihre öffentliche Bewertung, spielt eine Rolle. Auffällig ist, dass Politiker der Grünen (Fischer, Künast) und der SPD (Schily und Schröder) in der Zufriedenheit der Öffentlichkeit (zum Teil deutlich) vor dem Personal von CDU/CSU und FDP rangieren.

Aber während mit den am kritischsten bewerteten Politiker der SPD (Müller und Riester) immerhin noch ein Drittel zufrieden ist, sind es nur 14 Prozent, die sich zufrieden mit PDS-Politikern äußern.

Auch die Zuspitzung auf die Spitzenkandidaten hat zum Wahlausgang beigetragen. 65 Prozent halten Gerhard Schröder für einen guten Bundeskanzler, seine Akzeptanz geht also weit über die Wählerschaft der SPD hinaus. 58 Prozent würden Gerhard Schröder direkt zum Bundeskanzler wählen, wenn das möglich wäre, Edmund Stoiber nur 34 Prozent.

In den letzten Wochen des Wahlkampfes holte die SPD nicht nur auf, sie lag nach den Umfrageergebnissen vor CDU/CSU. Die Grünen konnten sich in dieser zeitlichen Entwicklung verbessern, für die FDP zeichneten sich Rückgänge ab. Im zeitlichen Zusammenhang mit dem Rücktritt von Gregor Gysi rutschte die PDS unter die fünf Prozent. Im September sah es so aus, als könne sie sich leicht erholen, aber die ermittelten Werte lagen zu keinem Zeitpunkt mit der vollen Schwankungsbreite der Irrtumswahrscheinlichkeit über fünf Prozent.

Für die PDS gibt es einen zeitlichen Zusammenhang zwischen dem Schritt von Gregor Gysi und einem deutlichen Akzeptanzverlust in der Öffentlichkeit. Dessen Rücktritt wirkte gleichsam als Initialzündung für den Niedergang der PDS. Dass es bis zu den Wahlen dabei blieb, hängt zum einen mit Prioritäten in der Stimmungslage und sicher auch mit dem Lagerwahlkampf zusammen, wodurch die PDS an den Rand gerückt wurde, aber zum anderen auch mit der Wahrnehmung ihrer politischen Substanz. Der PDS wurden in den letzten Wochen vor den Wahlen nur in sehr geringem Umfang Kompetenzen zugeschrieben, und auch ihr Personal wurde wenig wahrgenommen. Die Konstellationsfrage wurde zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt zur Sprache gebracht, nämlich als die SPD ihre Positionen im politischen Kräfteverhältnis bereits deutlich hatte wieder verbessern können. Mit politischen Themen und Positionen konnte die PDS kaum in die Öffentlichkeit kommen. Nach dem Rücktritt von Gysi entstand von der PDS ein unklares Bild, es zeigte sich, dass ein politisches Profil der Öffentlichkeit nicht vermittelt werden konnte. Hinzu kam verstärkend, dass Meinungsverschiedenheiten und innerparteiliche Querelen öffentlich wurden und damit das hässliche Bild der «SED-Nachfolgepartei» wieder stärker Nahrung erhielt. Wenn das richtig ist, dann bedeutet es, dass die PDS vor allem an ihrer politischen Kultur arbeiten muss.

Der Anteil der Unentschlossenen, das heißt derer, die nicht wussten oder nicht angaben, ob und welche Partei sie wählen werden, blieb die ganze Zeit über ungewöhnlich hoch. Er lag zwischen 18 und 20 Prozent, vier Tage vor der Wahl betrug dieser Anteil immer noch 16 Prozent der Wahlberechtigten.

Diese Tendenzen insgesamt waren für das Abschneiden der PDS von ausschlaggebender Bedeutung. Die Zuwächse für SPD und Grüne gingen damit einher, dass die PDS an diese Parteien Wähler verlor – an die SPD im Osten, an die Grünen im Westen. Ausschlaggebend war schließlich, dass es der PDS nicht gelang, aus dem Teil der zuvor Unentschlossenen, die dann doch zur Wahl gingen (insgesamt etwa 10 % der Wahlberechtigten), für sich Wähler zu mobilisieren.

Die Veränderungen in den politischen Kräfteverhältnissen zeigen sich detailliert in den Wählerwanderungen. [...]

Von den reichlich 2,5 Millionen Wählerinnen und Wählern, die die PDS 1998 hatte, haben sie 1,2 Millionen auch bei diesen Wahlen wieder gewählt. Das ist eine Wiederwahlquote von 48 Prozent. 1998 hatte die PDS eine Wiederwahlquote von 65 Prozent, sie hatte damit den größten Stammwähleranteil von allen Parteien. In

diesem Jahr ist sie deutlich hinter die CDU/CSU mit einer Wiederwahlquote von 73 Prozent, die SPD mit 67 Prozent und die Grünen mit 59 Prozent zurückgefallen. Sie kann zwar auch Zuwanderungen verzeichnen, aber in den meisten Positionen bleibt der dadurch erreichte Gewinn hinter den Verlusten zurück.

1998 hatte die PDS ein positives Wanderungssaldo zu den Parteien, nur zu den sonstigen Parteien gab es einen Verlust. Für die Wahlen vom 22. September 2002 hat die PDS nahezu durchweg Verluste zu verzeichnen.

Zu den Parteien gibt es die größten Verluste der PDS gegenüber der SPD, 1998 hatte sie noch einen Wanderungsgewinn von 80.000, jetzt ist es ein Verlust von 290.000. Auch von der CDU gab es 1998 noch einen Wanderungsgewinn von 90.000, jetzt wurden an sie 50.000 verloren. Selbst an die FDP, von der 1998 noch 10.000 gewonnen worden waren, gibt es jetzt einen Verlust von 20.000. Gegenüber den Grünen, von denen es 1998 noch einen Gewinn von 40.000 gegeben hatte, ist das Saldo diesmal ausgeglichen. An die sonstigen Parteien waren 1998 noch im Saldo 50.000 verloren worden, 2002 gibt es einen Gewinn von 20.000.

1998 war es der PDS noch gelungen, 190.000 vorherige Nichtwähler mehr für sich zu gewinnen, als aus ihrer vorherigen Wählerschaft damals den Wahlen ferngeblieben waren. In diesem Jahr gibt es unter dem Strich einen Verlust von 260.000. Insgesamt haben 390.000 PDS-Wähler von 1998 in diesem Jahr nicht gewählt. Dem stehen 130.000 gegenüber, die 1998 nicht gewählt hatten und sich nun für die PDS entschieden. 1998 war die Bilanz zwischen Gestorbenen und Erstwählern noch positiv, es gab 60.000 mehr Erstwählerstimmen als Verluste durch Todesfälle. Auch dieses Saldo ist in diesem Jahr negativ, der Verlust beträgt 40.000. Die PDS hat damit den niedrigsten Erstwähleranteil aller Parteien, selbst die sonstigen Parteien liegen insgesamt darüber, etwa ein Drittel der Erstwähler hat sich nicht an der Wahl beteiligt.

1998 hatte die PDS rund 100.000 Zweitstimmen mehr, als sie Erststimmen hatte. Bei den Wahlen dieses Jahres hat die PDS knapp 163.000 mehr Erststimmen erhalten. Im Unterschied zu 1998, wo es sich vor allem um zusätzliche Stimmen für die Direktkandidaten gehandelt hat, sind die Differenzen von diesem Jahr als Verluste zu charakterisieren, Stimmen für Einzelkandidaten sind bei der Listenwahl zu anderen Parteien geflossen. Die Zahlen für ausgewählte Wahlkreise mit bekannten und/oder aussichtsreichen PDS-Kandidaten können das belegen.

Insgesamt haben 29 Prozent der PDS-Wähler ihre Stimme gesplittet, 22 Prozent zur SPD, drei Prozent zu den Grünen und vier Prozent zu den anderen Parteien.

Wie bei Vorwahlen hat die PDS auch bei den Bundestagswahlen vom 22. September Wählerinnen und Wähler in allen Gruppen der Bevölkerung gefunden. In einigen Gruppen hat sie jedoch besonders stark verloren.

Bei der Untersuchung sozialer Aspekte muss zunächst noch einmal auf die oben erwähnte Wiederwahlquote von 48 Prozent zurückgekommen werden. Sie bedeutet, dass *nicht einmal jeder zweite Wähler* von 1998 bei diesen Wahlen wieder die PDS gewählt hat. Die Verluste betreffen somit in erster Linie Stammwähler. Dass die PDS

Stammwähler verlieren wird, war auch aus den Analysen vor den Wahlen ersichtlich. Darunter sind Männer und Frauen, sie kommen aus allen Altersgruppen, überdurchschnittlich häufig aber aus der älteren Gruppe, und es gibt einen hohen Anteil an Berufstätigen.

Regionale Vergleiche verweisen auf weitere Aspekte der Verluste der PDS. Sie verliert vor allem in den Siedlungstypen im Osten, in denen sie bisher am stärksten war, in großstädtischen Wahlkreisen und daneben auch in größeren bis mittleren Städten. Es handelt sich dabei um die früheren Bezirks- und Kreisstädte der DDR, in denen die frühere Dienstklasse der DDR (Mitarbeiter der staatlichen Organe und Verwaltungen, leitende Angestellte) lebt, deren Angehörige sich in den 1990er Jahren mit der PDS verbunden fühlten. Man kann daraus schlussfolgern, dass die PDS für diesen Teil der Bevölkerung, ihre Nachkommen und ihre Umfeldler an Attraktivität verloren hat.

Tabelle 2: Verluste der PDS in großstädtischen Wahlkreisen

	Anzahl	%
Berlin-Pankow	-6.859	-5,1
Berlin-Marzahn – Hellersdorf	-13.064	-5,3
Rostock	-16.312	-10,3
Potsdam – Potsdam-Mittelm.	-7.065	-5,5
Magdeburg	-15.678	-8,6
Dresden I	-12.919	-5,0
Chemnitz	-13.326	-4,7
Erfurt	-10.503	-6,7

Quelle: amtliches Endergebnis

Die PDS hat darüber hinaus vor allem in Gruppen am stärksten verloren, die aus Erkenntnissen von Vorwahlen und aus Analysen als wichtige Zielgruppen für sozialistische Politik anzusehen sind: bei jungen Leuten, bei in Ausbildung Befindlichen, besonders bei jungen Frauen, bei höher Gebildeten, bei Angestellten generell, bei Selbstständigen, bei Arbeitslosen und bei Menschen ohne kirchliche Bindung. Man kann daraus schlussfolgern, dass sich damit Entwicklungen der letzten Jahre, in denen es der PDS zu gelingen schien, in die jungen, dynamischen und kreativen Potenziale der Gesellschaft vorzudringen, wieder umgekehrt haben.

Die PDS hat auch in der Landschaft der sozialen Strukturen und der soziokulturellen Milieus flächendeckend verloren. Besonders groß sind die Verluste in folgenden Gruppen:

Frauen: Schon vor den Wahlen war deutlich, dass es der PDS diesmal schlechter als in Vorwahlen gelingt, Frauen zu mobilisieren, einen mit 1998 vergleichbaren Mobilisierungseffekt in den letzten Tagen hat es diesmal nicht gegeben.

Erstwähler und Jungwähler: Es ist bei diesen Wahlen der PDS nicht gelungen, für Erstwähler und junge Wähler interessant und attraktiv zu sein. Der Anteil dieser Wählerinnen und Wähler ist so niedrig wie noch nie zuvor und liegt weit unter dem der anderen Parteien.

Junge, dynamische, qualifizierte Menschen (moderne Produzenten und Dienstleister): Das sind die Zukunftsgruppen, die die PDS im Osten und im Westen braucht, bei denen sie auch bis in den Sommer hinein schon begonnen hatte, Einfluss zu bekommen. Aber der ist in den letzten zwei Monaten vor den Wahlen wieder verloren gegangen.

Menschen mit DDR-Biografie: Dieses Wählerreservoir wird schon aus natürlichen Gründen kleiner. Es gibt Anzeichen dafür, dass diesmal aber vor allem Angehörige der ehemaligen Dienstklasse der DDR, ihr Nachwuchs und ihr Umfeld sich von der PDS abgewandt haben. Die PDS verliert ihr Umfeld als Nachfolgepartei.

Die PDS hat in den Potenzialen verloren, auf die sie sich bisher stützen konnte, das hat sie auf vier Prozent gebracht. Sie hat in erreichbaren neuen Wählerpotenzialen nicht hinreichend viele mobilisieren können, um das auszugleichen, deshalb ist sie bei vier Prozent geblieben. An der Gemengelage der Probleme und Konflikte in der Gesellschaft haben die Wahlen nichts verändert. SPD und Grüne haben die Wahlen kaum deshalb gewonnen, weil ihnen die Lösung der Probleme zugetraut wird, sondern weil Mehrheiten glaubten, dass sich eine solche Regierung mit etwas größerer Behutsamkeit zu ihnen verhalten werde. Für eine wirklich sozial orientierte Reformpolitik hätte es einer linken Opposition bedurft, zwei Einzelabgeordnete werden das schwerlich leisten können. Mit allen Parteien werden in der Öffentlichkeit gleichsam Markenzeichen assoziiert; die SPD steht für sozialen Frieden, die CDU für Wirtschaftskompetenz, die Grünen für Ökologie und die FDP für liberale Modernisierung. Die PDS hat für eine breitere Öffentlichkeit ein solches Markenzeichen bisher nicht ausprägen können. Es bedarf programmatischer und strategischer Arbeit, um klarstellen zu können, für welche Optionen von Gesellschaftsgestaltung sozialistische Politik steht. An der PDS ist es, den durchaus nicht wenigen Menschen mit gesellschaftskritischen Positionen eine Vorstellung zu vermitteln, wie sich sozialistische Politik den gesellschaftlichen Problemen stellen wird, wie sich sozialistische Politik zu den Lebensplänen und Zukunftsängsten dieser Menschen verhält. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, an der eigenen politischen Kultur zu arbeiten.

Nach den Wahlen und auf dem Geraer Parteitag hat die PDS in der Öffentlichkeit wieder das Bild geboten, sich vor allem mit sich selbst und mit internen Grabenkämpfen zu beschäftigen, traditionelle Argumentationsmuster wurden dabei wieder hervorgeholt. Die Konsequenzen sind absehbar: Nach aktuellen Umfragen setzt sich der Niedergang der PDS fort.

Wenn es richtig ist, dass diese Gesellschaft eine linke Partei braucht und die PDS sich dafür qualifizieren will, diese Aufgabe wahrzunehmen, dann muss sie sich konsequent und aktuell mit den Problemen dieser Gesellschaft auseinandersetzen, sie muss sich den gesellschaftskritischen Kräften öffnen und auf sie zugehen, nicht mit der Arroganz der professionellen Weltverbesserer, sondern um den Diskurs zu suchen und zu lernen. Wenn sozialistische Politik deutlich machen kann, dass sie für emanzipatorische Alternativen zur «Stückwerktechnologie» der verschiedenen Varianten der Umsetzung im Kern neoliberaler Konzepte steht, dann hat sie eine Chance.



«Im politischen Spektrum der Bundesrepublik wird die PDS die einzige politische Stimme für Gegner militärischer Gewalt und militärischer Eskalation sein. [...] In der Substanz geht es weder um Antiamerikanismus noch um Antiimperialismus. Sozialistische Politik ist zuerst humanistische Politik. Das bedeutet heute eine Gratwanderung. Es schließt Solidarität mit Maßnahmen ein, die der Verfolgung der Täter und Hintermänner der Terroranschläge dienen, um sie einer gerechten Strafe zuzuführen.»

Dietmar Wittich 2001

DIE WAFFEN NIEDER!

Wieder Krieg? Öffentliche Meinung in Deutschland gespalten

herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Online-Publikation, Berlin 2001.

Zu Ergebnissen erster repräsentativer Umfragen

Als der Krieg der Nato unter Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland im März 1999 gegen Jugoslawien begann, ließen Informationen darüber, wie die öffentliche Meinung in unserem Land darauf reagierte, auf sich warten. Der Markt der Meinungen überließ das Thema völlig den Linken, in der Wochenzeitung *der Freitag* konnte ich einige Informationen bringen, aber sie hatten nur geringe Wirkung. Für diese eigenartige Zurückhaltung gab es einen guten Grund: Es war in Deutschland keine Mehrheit für diesen Krieg zu finden; der erste Waffengang deutscher Soldaten in einem fremden Land nach Ende des Zweiten Weltkriegs traf auf umfangreiche Ablehnung (Wittich 2001a). Aber das Volk sollte nicht wissen, was es selbst dachte.

Diesmal ist alles anders, schon am Abend des 11. September 2001 hatte EMNID eine Frage in eine laufende Erhebung aufgenommen, weitere folgten an den nächsten Tagen, Ergebnisse wurden im Nachrichtensender N-TV am 15. September präsentiert.

Der Schock der Ereignisse und die Dramaturgie der Meinungsbildung

Der Krieg gegen Jugoslawien war in einem hohen Maße abstrakt. In Erinnerung geblieben sind Bilder, auf denen am dunklen Himmel Blitze von Detonationen zu erkennen waren. Vorangegangen war eine lange Periode, in der mit Berichten über Gräueltaten «der Serben» mit einem Gemisch von Informationen und erfundenen Horrormeldungen ein Feindbild vermittelt werden sollte. Angesichts dieser Informationslage blieb ein großer Teil der Bevölkerung skeptisch hinsichtlich der kriegerischen Mittel, für die sich die Regierungen der Nato-Staaten entschieden hatten.

Die terroristischen Angriffe auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington waren konkret. Die Akteure des barbarischen Massakers hatten die Ereignisse selbst als Medienspektakel inszeniert. Die Welt wurde Zeuge, wie die entführten Linienflugzeuge als mit Passagieren bestückte Großwaffen ihr mörderisches Werk taten. Millionen haben die zur Hilfe anrückenden Feuerwehren gesehen, deren Besatzungen Minuten später zu Opfern wurden. Die Welt war schockiert, niemand hatte mit derartigem gerechnet.

In einer solchen Situation steht die empirische Sozialforschung vor dem Problem, einerseits reagieren zu müssen, aber andererseits nicht über systematisch vorbereitete Instrumente zu verfügen. Ein Ausweg besteht darin, sich bei der Messung von Meinungen sehr nahe an die Sprache der Politik und der medialen Berichterstattung zu halten. «Arabische Terroristen» und «harte militärische Vergeltung» waren an diesem 11. September immer häufiger benutzte Vokabeln. EMNID fragte noch am selben Abend nach der Meinung zu der Aussage «Die USA sollten mit aller militärischen Härte gegen die arabischen Staaten vorgehen, falls arabische Terroristen für die Anschläge in den USA verantwortlich sind». Die Formulierung war zugespitzt, sie war bewusst so gewählt, und ich möchte betonen, dass ich das für legitim halte. Jede unscharfe Formulierung hätte unklare Ergebnisse provoziert. Die repräsentative Umfrage ergab: Fast die Hälfte der Bevölkerung – gleichermaßen in West und Ost – stimmte der Aussage und damit einem harten militärischen Vorgehen der USA zu.

Am nächsten Tag war der Öffentlichkeit das volle Ausmaß der Tragödie bewusst geworden. Eine Welle der Solidarisierung hatte eingesetzt und auch deutsche Politiker versicherten uneingeschränkte Solidarität. An diesem Tag wurde nach der Meinung zu der Aussage gefragt: «Deutschland sollte die USA im Kriegsfall als Bündnispartner militärisch unterstützen.» Dabei wurde offengehalten, welcher Art diese Unterstützung sein könnte. 73 Prozent der Westdeutschen und 62 Prozent der Ostdeutschen stimmten dem zu. Diese Steigerung gegenüber dem Vortag ist nur dadurch zu erklären, dass der Schock seine Wirkung voll entfaltet hatte, aber nicht verarbeitet war.

Am 13. September, als Mutmaßungen darüber einsetzten, welche militärischen Mittel als wirksame Gegenreaktion infrage kommen könnten, war es die Aussage «Bei einem möglichen Militärschlag der Nato sollten auch Bodentruppen eingesetzt werden», zu der Meinungen erfragt wurden. Die Reaktionen waren wesentlich zurückhaltender: 39 Prozent der Westdeutschen und 36 Prozent der Ostdeutschen stimmten diesmal zu. Da auf die Nato abgestellt war, wurde damit darauf angespielt, dass auch deutsche Truppen in Einsatz kommen könnten und damit Kinder, Enkel oder Nachbarn der Befragten. Vielen waren sicher auch noch die Bilder vom Abzug der geschlagenen sowjetischen Truppen aus Afghanistan im Gedächtnis.

Diese Ergebnisse dokumentieren eine durchgängige Ablehnung und Empörung über diesen Terror gegen die USA, sie belegen eine bemerkenswerte Übereinstimmung zwischen West und Ost in dieser Wertung. Sie machen den zeitlichen Ablauf nachvollziehbar, in dem sich die öffentliche Meinung in Deutschland aufbaute, und

sie umreißen zugleich die Ausgangslage, von der aus diese öffentliche Meinung auf kommende Ereignisse reagieren wird.

Ausgangssituation: Polarisierung der Meinungen

Der Umfang der Zustimmung verdeutlicht in der Umkehrung zugleich, in welchem Maße in der deutschen Öffentlichkeit der Einsatz militärischer Mittel und Kräfte als Reaktion auf die Terroranschläge vom 11. September abgelehnt wird. Die Hälfte der Deutschen ist gegen harte militärische Gegenschläge der USA, ein Viertel bis ein Drittel ist gegen eine militärische Unterstützung seitens Deutschlands und knapp zwei Drittel sprechen sich gegen den Einsatz von Bodentruppen der Nato aus.

Das sind beileibe keine Solidarierungen mit den Terroristen. Der gemeinsame Nenner der hier vorgestellten Fragen besteht darin, dass es bei allen Unterschieden im konkreten Kontext jeweils um den Einsatz militärischer Gewalt ging. Das macht es legitim, die Daten zu aggregieren und dadurch die Verteilung grundsätzlicher Positionen in der öffentlichen Meinung zu verdeutlichen. Dabei entstehen drei Gruppen, eine die in irgendeiner Weise militärische Mittel befürwortet, eine zweite, die die jeweiligen militärischen Mittel ablehnt, und eine dritte, die dazu keine Meinung geäußert hat.

Als Ergebnis wird sichtbar, wie sich im geschilderten zeitlichen Verlauf die Konstellation der Meinungen gestaltet hat. Der Eindruck, den die Werte vermitteln, ist: Insgesamt sind Befürworter und Gegner militärischer Gewalt in der öffentlichen Meinung etwa gleich stark vertreten, im Westen sind etwas mehr für militärische Optionen, im Osten etwas mehr gegen sie, aber diese Unterschiede sind graduell. Zwischen acht und elf Prozent äußern keine Meinung. Übersetzt in die Realität des gesellschaftlichen Raumes der politischen Meinungen heißt das: Wir haben es mit einer klaren Polarisierung der Positionen zum Einsatz von militärischer Gewalt zu tun, diese Positionen stehen nicht nebeneinander, sie stehen gegeneinander.

Das ist die Ausgangslage, sie wird sich verändern, wenn die angekündigten militärischen Aktionen in Gang kommen. Mit voller Wucht wird sich dann die Polarisierung als Kampf der Meinungen auch artikulieren. In welchen Kräfteverhältnissen sich das entfalten wird, ist gegenwärtig noch unklar.

Warum findet militärische Gewalt diesmal mehr Akzeptanz?

Die Gründe, warum der Krieg von 1999 abgelehnt wurde, lagen zum einen darin, dass ein UNO-Mandat nicht vorlag, und zum anderen war es die Beteiligung deutscher Streitkräfte, die auf den verbreiteten Zweifel stieß, ob sie in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz stünde. Diesmal ist nicht nur insgesamt die Akzeptanz kriegerischer Maßnahmen höher, einer deutschen Beteiligung wird dabei noch besonders intensiv zugestimmt. Warum das so ist, darüber können zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur Mutmaßungen angestellt werden.

Die Gründe sind vielschichtig. Zum einen gibt es diesmal im Kern ein klares Feindbild, es hat sich in brutalster Offenheit selbst inszeniert. Die diffusen Rand-

zonen dieses Feindbilds werden bisher noch nicht so deutlich. Zum anderen waren die Ereignisse selbst unmittelbar medial und außerordentlich eindringlich vermittelt. Zugleich werden sie als «näher» oder gar «hautnah» empfunden, die Solidarisierung ist umfassender, weil eine Gefährdung der eigenen Welt, der Welt Nr. 1, der Welt der «westlichen Zivilisation» wahrgenommen wird. Nach einem massenhaften Wertekanon darf es nicht sein, dass die reale und gewollte globale Überlegenheit dieser Welt Nr. 1 so massiv infrage gestellt wird. Das mobilisiert stark verbreitete subtile rassistische Ressentiments¹ («Der weiße Mann ist durch den verschlagenen Angriff legitimiert, hart zurückzuschlagen!»).

Dilemma der Politiker: Niemand kann auf ungeteilte Zustimmung rechnen

Bei den zu erwartenden Aktionen steht zuerst die Regierung und damit die Regierungskoalition vor der Notwendigkeit von Entscheidungen. Aber auch die anderen im Bundestag vertretenen Parteien müssen in der Folge ins Kalkül ziehen, wie ihre Positionierung in der Öffentlichkeit und bei ihrer jeweiligen potenziellen Wählerschaft aufgenommen und bewertet wird. Und da haben alle Parteien ein Problem: Die Polarisierung der Meinungen zieht sich durch die Wählerschaften aller Parteien. Das ist für diese insofern von Bedeutung, als sie kalkulieren müssen, dass – wie auch immer ihre konkrete politische Position aussieht – sie nicht auf die ungeteilte Zustimmung in den eigenen Klientelen stoßen werden. Die gegenwärtigen Regierungsparteien sind davon mit am stärksten betroffen. In der Wählerschaft der SPD sind die Meinungen klar gespalten, Befürworter und Gegner militärischer Mittel halten sich die Waage. Bei den Grünen ist nur ein reichliches Viertel für den Einsatz militärischer Gewalt. Am relativ häufigsten werden militärische Mittel in den Anhängerschaften von CDU/CSU und FDP akzeptiert. Sie werden dabei von den rechten Parteien noch übertroffen und, auch das sollte beachtet werden, ein Einsatz militärischer Mittel bedient vor allem Gesellschaftsbilder und Erwartungen rechter Kräfte und Potenziale. Aber auch im Umfeld der PDS ist ein Drittel für den Einsatz militärischer Mittel, die Gegner dieser Mittel sind zwar in der Mehrheit, aber auch die PDS wird nicht beide Positionen gleichzeitig bedienen können.

Zu erwarten ist, dass es – wie auch bereits 1999 – zu Veränderungen in den politischen Kräfteverhältnissen kommen wird. Gegenwärtig scheint ein Rechtsruck durch die Gesellschaft zu gehen, schlechte Zeiten für Linke. Offen ist, ob es dabei bleibt.

Politische Stimme der Gegner militärischer Eskalation

– Zum einen besteht eine Koexistenz zwischen einerseits wertkonservativen und andererseits traditionsbezogenen Positionen. Die wertkonservative Position artikuliert sich in der Meinung, dass Ordnung wieder hergestellt werden muss (und deshalb

1 [Siehe «Fremdenfeindlichkeit in Deutschland» S. 167 ff. in diesem Band; Anm. d. Hrsg.]

werden militärische Einsätze befürwortet). Traditionsbezogene Positionen können sowohl antiimperialistisch als auch pazifistisch oder einfach humanistisch motiviert sein, aus denen heraus militärische Gewalt strikt abgelehnt wird.

- Die zweite Trennlinie scheint in Zusammenhang zu bestehen mit der Frage: Vergeltung oder nicht Vergeltung. Diese Trennlinie betrifft ein besonders interessantes Segment im Umfeld sozialistischer Politik, sie betrifft eine Gruppierung möglicher Wählerinnen und Wähler, dabei überwiegend Frauen, gut qualifiziert, beruflich aktiv – ein junges aktives qualifiziertes Potenzial, in das die PDS erst vorzudringen beginnt. Hier stößt die Forderung nach Vergeltung gegenwärtig auf viel Verständnis.

Im politischen Spektrum der Bundesrepublik wird die PDS wie schon 1999 die einzige politische Stimme für Gegner militärischer Gewalt und militärischer Eskalation sein. Sie wird diese Aufgabe wahrnehmen müssen; aber das wird nicht ohne zwischenzeitliche Einbußen und Positionsverluste abgehen können. Zunächst wird die PDS verlieren, weil ihre Ablehnung von militärischen Maßnahmen und der Beteiligung der Nato von manchen als antiamerikanisch gewertet wird, und sie wird verlieren, weil anderen ihre Positionen nicht antiimperialistisch genug sind. Das sollte sie in Kauf nehmen, denn in der Substanz geht es weder um Antiamerikanismus noch um Antiimperialismus. Sozialistische Politik ist zuerst humanistische Politik. Das bedeutet heute eine Gratwanderung. Es schließt Solidarität mit Maßnahmen ein, die der Verfolgung der Täter und Hintermänner der Terroranschläge dienen, um sie einer gerechten Strafe zuzuführen.

Aber alle militärischen Aktionen, die zum Erreichen dieses Ziels in Gang gesetzt werden können, schließen nicht nur die Gefahr ein, dass Unschuldige und Nichtbeteiligte in großem Umfang getötet oder verletzt werden, dass Städte zerstört und schon verwüstete Regionen noch mehr verwüstet werden können, sie können auch der Beginn militärischer Eskalation sein. Sie können, beginnend in den armen Ländern des arabischen Raums, einen Flächenbrand entfachen, von dem niemand weiß, wohin er führt. Allerdings ist zu befürchten, dass ein islamistischer Imperialismus keineswegs weniger unmenschlich ist als die bisher bekannten Spielarten. Gegen all das muss sich sozialistische Politik klar positionieren. Eine Alternative sehe ich – bei allen Risiken – nicht.

Berlin, 1. Oktober 2001

Nachtrag am 8. Oktober 2001:

Unmittelbar vor dem Wochenende, an dem die USA militärische Gegenschläge begannen, wurden diese ersten Ergebnisse noch einmal bestätigt. Nach repräsentativen Umfragen favorisiert in Deutschland eine Mehrheit Gespräche und diplomatische Mittel im Kampf gegen den internationalen Terrorismus.

**Interne Vorabzusammenfassung zur Studie
«Öffentliche Meinung zum Krieg in Afghanistan»
Berlin 2001 (bislang unveröffentlicht).**

Die folgenden Aussagen beruhen auf Ergebnissen repräsentativer Bevölkerungsbefragungen, die von EMNID am 16. Oktober 2001 und am 6. November 2001 durchgeführt wurden, befragt wurden jeweils rund 500 zufällig ausgewählte Personen. Seit dem 11. September 2001 begleitet EMNID in Befragungen die Ereignisse zeitnah und beobachtet die Entwicklung der öffentlichen Meinung in Deutschland. Die hier vorgestellten Ergebnisse sind Teil der vereinbarten Nachnutzung entsprechender Daten.

Bereits in den ersten Tagen nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 waren in der deutschen Öffentlichkeit die Meinungen gespalten, ob als Antwort darauf militärische Gewalt eingesetzt werden sollte oder nicht. Insgesamt etwa jeweils die Hälfte der Deutschen befürwortete den Einsatz militärischer Gewalt oder sprach sich dagegen aus.

Bei dieser Gespaltenheit der Meinungen blieb es den ganzen September über und auch als Anfang Oktober die Kriegshandlungen der USA in Afghanistan begannen, blieben die Auffassungen geteilt.

Mitte Oktober wurden erstmals die Meinungen zur Beteiligung der Bundeswehr an den Kampfhandlungen erfragt. Insgesamt sprachen sich in Deutschland 36 Prozent der Bevölkerung für einen militärischen Einsatz der Bundeswehr an der Seite der USA aus, knapp 60 Prozent lehnten einen Bundeswehreinsatz zu diesem Zeitpunkt ab. Zugleich wurde ein deutlicher West-Ost-Unterschied sichtbar. Im Westen sprachen sich knapp 40 Prozent für den Einsatz von Bundeswehrsoldaten aus, fast 55 Prozent waren dagegen. Im Osten lehnten mehr als drei Viertel einen solchen Einsatz ab und nur 22,5 Prozent sprachen sich dafür aus.

Als Anfang November das Problem auf die Tagesordnung kam und die Vorbereitung der Entscheidung zur Bereitstellung von Bundeswehrkontingenten begann, wurde wiederum nach den Meinungen zum Einsatz von Bundeswehrsoldaten gefragt.

Insgesamt ist zu konstatieren, dass nach wie vor eine mehrheitliche Zustimmung zum Einsatz der Bundeswehr in der deutschen Öffentlichkeit fehlt. 44 Prozent stimmen nunmehr dem Einsatz der Bundeswehr zu, 54 Prozent lehnen das ab. Damit hat die Zustimmung gegenüber dem Meinungsbild vom Oktober leicht zugenommen. Diese Zunahme der Befürwortung, das zeigen die Ergebnisse auch, hängt ausschließlich mit Veränderungen in den westdeutschen Bundesländern zusammen, hier halten sich gegenwärtig mit jeweils 49 Prozent Befürworter und Gegner eines Einsatzes von Bundeswehrsoldaten die Waage. Im Osten sind wiederum drei Viertel gegen den Einsatz, hier ist also die mehrheitliche Ablehnung stabil geblieben.

Interessant ist, wie sich die Meinungen zum Einsatz der Bundeswehr in den Wählerschaften der einzelnen Parteien darstellen. Dabei ist zunächst hervorzuheben, dass es eine mehrheitliche Zustimmung nur in der Wählerschaft der FDP gibt, und auch

diese ist nur knapp. In den Umfeldern aller anderen Parteien überwiegt die Ablehnung. Bei den großen Parteien CDU und SPD sind dabei die Relationen relativ ausgeglichen, es gibt jeweils eine starke Zustimmung, die Ablehnenden bilden eine leichte Mehrheit. Ganz anders ist das bei der Wählerschaft der PDS, hier sprechen sich mehr als 90 Prozent gegen den Einsatz von Bundeswehrsoldaten in Afghanistan aus. Im Umfeld von Bündnis 90/Die Grünen überwiegt mit mehr als drei Vierteln gleichfalls die Ablehnung, Zustimmung gibt es nur bei 23 Prozent. Dabei ist zu betonen, es handelt sich hier um die Wählerinnen und Wähler, die den Grünen gegenwärtig geblieben sind, sie mussten im Laufe des Monats September bereits erhebliche Verluste hinnehmen.

Hervorzuheben ist schließlich, dass auch in der Gruppe der Nichtwähler und Unentschlossenen die Ablehnung deutlich überwiegt. Daraus kann abgeleitet werden, dass es Parteien, die dem Einsatz der Bundeswehr zustimmen, gegenwärtig schwer fallen wird, aus diesem Segment zusätzliche Wähler für sich zu mobilisieren.

Dies ist eine kurze Vorabinformation für aktuelles politisches Agieren. Eine ausführliche Darstellung der Entwicklung der öffentlichen Meinung in Deutschland zum Krieg in Afghanistan erfolgt in dem Informationsmaterial, an dem gegenwärtig weitergearbeitet wird.

Die «Operation Anaconda», die «Operation Enduring Freedom» und die ahnungslosen Deutschen. Öffentliche Meinung in Deutschland zum Krieg in Afghanistan nach wie vor gespalten

in: UTOPIE kreativ 138, 2002, S. 358–361.

(Der Beitrag ist die gekürzte Fassung eines Papiers für den Gesprächskreis «Friedens- und Konfliktforschung» der Rosa-Luxemburg-Stiftung.)

Wenn Kunst immer auch die Kunst des Weglassens ist, dann ist die Informationspolitik in Deutschland zum Krieg in Afghanistan und zur Beteiligung der Bundeswehr daran ein Kunstwerk. Bisher wurde die Informationslage durch Verschweigen bestimmt. In den Medien gibt es zum Einsatz deutschen Militärs vor allem zwei Arten von Bildern. Bei der einen ist im Hintergrund das Gebäude zu sehen, in dem das deutsche Kontingent untergebracht sein soll, ein Reporter davor versichert, wie wichtig der Einsatz für die Sicherheit und die Zukunft des afghanischen Volkes ist. Bei der anderen sieht man eine kleine Gruppe uniformierter Deutscher in den tristen Straßen des zerstörten Kabul in freundlicher Kommunikation mit afghanischen Kindern. Worin die Aufgaben bestehen, für die sie eingesetzt werden, darüber wird nichts Konkretes mitgeteilt. Der Begriff der «humanistischen Intervention» wird nicht gebraucht, aber genau sein Inhalt soll suggeriert werden. Die Vorkommnisse vom 6. März 2002, bei denen es fünf Tote, zwei deutsche und drei dänische Soldaten, und zum Teil Schwerverletzte gegeben hat, haben deutlich gemacht, dass das vermittelte Bild so nicht stimmen kann.

Vier Tage nach dem Unfall, am späten Sonntagnachmittag, kommt von der Deutschen Presseagentur eine Meldung. In ihr heißt es:

«Die USA haben eine Woche nach Beginn der jüngsten Offensive gegen Taliban- und El-Kaida-Kämpfer im Osten Afghanistans rund 400 Soldaten aus dem Kriegsgebiet abgezogen. Sie wurden auf den Luftwaffenstützpunkt Bagram nördlich von Kabul geflogen. Die Truppen würden «neu positioniert», sagte der dortige US-Armeesprecher Bryan Hilferty dem US-TV-Sender CNN am Sonntag. «Operation Anaconda wird in Ostafghanistan fortgesetzt, bis die feindlichen Kräfte in der Region geschlagen sind», bekräftigte zugleich der Sprecher beim US-Einsatzzentrum in Tampa (Florida), Charles Portman.

Schätzungen gehen von bis zu 800 Toten aufseiten der El-Kaida- und Taliban-Kämpfer aus. Schlechtes Wetter behinderte am Wochenende die Boden- und Luftangriffe der USA. In der Nähe von Gardes in der Bergprovinz Paktia kämpfen seit über einer Woche rund 1.000 US-Soldaten an der Seite von afghanischen Verbündeten und ausländischen Spezialeinheiten, darunter rund 100 deutsche Elitesoldaten. Kampfflugzeuge warfen fast pausenlos Bomben ab. In den Bergen haben sich Hunderte von Taliban- und El-Kaida-Kämpfern verschanzt. Auf US-Seite wurden bislang nach offiziellen Angaben acht Soldaten getötet. Es war für die US-amerikanischen Streitkräfte damit der blutigste Einsatz seit Beginn der Afghanistan-Offensive im Oktober [...]»

Die Rede ist von der «Operation Anaconda». Was da stattfindet, ist aber etwas ganz anderes, als in Kabul und Umgebung für Ruhe und Sicherheit zu sorgen.

Es gibt weitere Anzeichen dafür, dass Entwicklungen in Gang gesetzt sind, über die die Öffentlichkeit nicht so genau Bescheid wissen soll. In zwei dürftigen Meldungen hat das Bundesministerium für Verteidigung mitgeteilt, dass 250 Angehörige der ABC-Kräfte der Bundeswehr «auf die arabische Halbinsel» in Marsch gesetzt wurden. Seit Mitte Februar nehmen sie im Rahmen der «Operation Enduring Freedom» an Manövern in Kuwait teil. Das ist in unmittelbarer Nachbarschaft zum Irak. US-amerikanische Politiker und Militärs machen keinen Hehl daraus, dass der Irak demnächst Ziel militärischer Aktionen sein soll. Ein Verband der Bundesmarine kreuzt am Horn von Afrika, vor der Küste von Somalia, das von der US-Politik als ein weiterer «Schurkenstaat» bestimmt worden ist. Es ist nicht so, dass gar nicht informiert wird, aber die Informationen erfolgen so beiläufig, sie sind so dürftig und werden so niedrig gehängt, sie werden in den Medien kaum reflektiert, dass sie in unserer hektischen Zeit an der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit buchstäblich vorbeirauschen. Und über ein weiteres Thema herrscht Schweigen. Wie es mit der öffentlichen Meinung zu diesen Vorgängen bestellt ist, dazu wird nichts mitgeteilt. Es ist nicht so, dass es dazu keine Erkenntnisse gibt, sie werden bisher nicht publiziert. Nach wie vor soll das Volk nicht wissen, was es selbst denkt. Die Taktik der Informationspolitik der herrschenden Eliten in Politik und in den Medien unterscheidet sich grundlegend von der, die beim Krieg der Nato gegen Jugoslawien 1999 eingesetzt wurde. Damals wurde in dem

Kampf um Deutungen eine ideologische Übermacht mobilisiert, die nichts bewirkt hat. Es blieb bei der verbreiteten Skepsis, eine mehrheitliche Akzeptanz konnte nicht erreicht werden. Vielleicht ist die jetzt eingesetzte Taktik des Verschweigens, der beiläufigen Informationen und damit der allmählichen Gewöhnung erfolgreicher? Das gilt es zu untersuchen. Aber eine Konsequenz ist von vornherein klar: Die Mauer des Schweigens muss durchbrochen werden. Sozialistische politische Bildung kann dazu einen Beitrag leisten.

Gespaltene Meinungen zur Beteiligung der Bundeswehr an Einsätzen in Afghanistan

Wenige Tage vor den Vorkommnissen vom 6. März hatte das Meinungsforschungsinstitut EMNID im Rahmen seiner täglichen Erhebungen² zu aktuellen Themen wieder einmal nach den Meinungen zur Beteiligung der Bundeswehr an Einsätzen in Afghanistan gefragt. Insgesamt fanden unmittelbar vor den Vorfällen rund 58 Prozent der Deutschen die Beteiligung der Bundeswehr an den Einsätzen richtig und 42 Prozent fanden sie nicht richtig. Es handelt sich dabei um relativ stabile Relationen in den Meinungen zum Einsatz militärischer Gewalt, die auch schon im Zusammenhang mit dem Krieg gegen Jugoslawien und zu Beginn der militärischen Aktionen der USA in Afghanistan festgestellt worden waren (Wittich 2001b). Damit gab es Anfang März in Deutschland keine Mehrheit gegen den Bundeswehreinsatz, aber reichlich zwei Fünftel sind gleichwohl eine erhebliche Minderheit. Große Unterschiede gibt es zwischen West und Ost. Im Westen fanden zu diesem Zeitpunkt 63 Prozent die Beteiligung der Bundeswehr richtig, 37 Prozent fanden sie falsch. Nahezu umgekehrt waren die Relationen im Osten. Hier waren nur 36 Prozent für die Beteiligung der Bundeswehr und 64 Prozent waren dagegen.

Am Tag nach den Vorfällen mit ihren tragischen Folgen wurde die gleiche Frage wieder gestellt. Festzustellen ist nunmehr eine leichte Verschiebung. Mit knapp 56 Prozent findet immer noch eine Mehrheit die Beteiligung der Bundeswehr richtig, aber ihr Anteil hat um zwei Prozent abgenommen. Mit reichlich 44 Prozent bilden die Gegner der Beteiligung der Bundeswehr immer noch eine Minderheit, aber sie hat sich um zwei Prozent vergrößert. Die Unterschiede zwischen West und Ost sind immer noch deutlich, aber die Tendenzen gehen in Meinungen zu Einsätzen der Bundeswehr in Afghanistan eine ähnliche Richtung. Im Westen stimmen nunmehr noch reichlich 61 Prozent zu, zwei Prozent weniger als drei Tage zuvor. Die sich gegen den Einsatz der Bundeswehr aussprechen, haben um jene zwei Prozent zugenommen und machen jetzt knapp 39 Prozent aus. Im Osten hat die Zustimmung weiter um

2 Der folgende Text verwendet Daten, die aus diesen Erhebungen zur Nachnutzung übernommen wurden. Insgesamt umfasst der Datensatz 2.014 Fälle, 503 vom 18. Februar 2002 zur Beteiligung Deutschlands an einem Krieg gegen Irak, 504 vom 4. März 2002 zum Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan, 505 vom 5. März 2002 zur Übernahme einer Führungsrolle der Deutschen in Afghanistan, 502 vom 7. März 2002 wiederum zum Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan.

fast drei Prozent auf jetzt 33 Prozent abgenommen, die Ablehnung wird nun von zwei Dritteln der Ostdeutschen getragen.

Der Vergleich der Ergebnisse beider Erhebungen hinsichtlich des Umfangs der Gegnerschaft bestätigt die festgestellte Tendenz. Das Vorkommnis mit zwei toten und fünf verletzten Soldaten hat die Gruppe der Gegner des Bundeswehreininsatzes insgesamt und im Westen wie im Osten leicht anwachsen lassen, die Relationen sind dabei insgesamt nur wenig verändert. Die Mehrheit der Befürworter ist kleiner geworden, aber sie ist nach wie vor gegeben. Im Westen erreicht die Gruppe der Gegner fast 40 Prozent, im Osten ist deren klare Mehrheit weiter angewachsen.

Keine Mehrheit für Eskalation

Bereits Mitte Februar, als in den Medien eine mögliche Führungsübernahme durch die Deutschen erörtert worden war, war eine entsprechende Frage in den Erhebungen gestellt worden. Die Ergebnisse sind eindeutig. Mehr als drei Viertel der Bevölkerung insgesamt sind gegen die Übernahme einer Führungsrolle durch deutsche Militärs in Afghanistan, nur ein knappes Viertel hat sich dafür ausgesprochen. Die Meinungsbilder in West und Ost sind dabei ähnlich. Im Westen sind ziemlich genau drei Viertel dagegen und nur ein Viertel dafür. Im Osten lehnen 85 Prozent eine Führungsrolle ab und nur 15 Prozent sind dafür.

Ende Januar wurde vom Verteidigungsministerium informiert, dass bis Mitte Februar 250 Angehörige der ABC-Kräfte der Bundeswehr zur Teilnahme an der Operation «Enduring Freedom» auf die arabische Halbinsel verlegt werden, am 26. Februar kam die Mitteilung, dass sie an einem Manöver in Kuwait teilnehmen. Maßgebliche Politiker der USA nähren schon seit geraumer Zeit Spekulationen über bevorstehende Aktionen gegen Irak.

Am 5. März wurde nach den Meinungen zu einer Beteiligung der Bundeswehr an Aktionen der USA gegen Irak gefragt. Die Meinungen fallen sehr deutlich aus. Insgesamt sind nur 15 Prozent der Deutschen der Meinung, dass die Bundeswehr auch gegen den Irak eingesetzt werden soll, 85 Prozent sprechen sich dagegen aus. Wiederum sind die Unterschiede zwischen West und Ost nicht erheblich, im Westen machen die Gegner von Einsätzen gegen den Irak 84 Prozent aus, im Osten sind dies mehr als 88 Prozent, und nur bei 16 beziehungsweise zwölf Prozent fänden derartige Einsätze Unterstützung.

Die Regierungsparteien haben vor allem im Osten ein Problem

Dass sich im Zusammenhang mit politischen Orientierungen, wie sie in den gegenwärtigen Wahlabsichten zum Ausdruck kommen, Unterschiede zeigen, ist nicht überraschend. Keine erheblichen Unterschiede gibt es im Westen bei den Wählerschaften von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie von CDU und FDP, bei allen überwiegt die Zustimmung, die Werte bewegen sich jeweils in der Nähe des Durchschnitts. Überwiegende Ablehnung gibt es bei der Wählerschaft der PDS (und daneben bei

den rechten). Interessant ist, dass in den Gruppen der aktuellen Nichtwähler und der Unentschlossenen die Anteile derer deutlich höher sind, die die Bundeswehreinätze ablehnen. Im Osten ist die Situation sehr viel differenzierter. Die Meinungen sind zwischen Anhängern von FDP und CDU einerseits, die mehrheitlich diesen Einsätzen zustimmen, und jenen von PDS und Bündnis 90/Die Grünen, die sie völlig ablehnen, sowie von der SPD, die sie mit deutlicher Mehrheit ablehnen, klar gespalten. Auch für den Osten gilt, dass von Nichtwählern und Unentschlossenen die Beteiligung der Bundeswehr überdurchschnittlich oft abgelehnt wird.

Die Mauer des Schweigens durchbrechen

Ablehnende Meinungen zur Beteiligung der Bundeswehr an den Einsätzen in Afghanistan sind in allen Gruppen zu finden, sie werden aber vor allem von Frauen, von Älteren, von relativ niedrig Gebildeten und von Nichtberufstätigen getragen. Insgesamt ist festzustellen, dass es in der deutschen Öffentlichkeit eine leichte Mehrheit für die Beteiligung der Bundeswehr an den Einsätzen in Afghanistan gibt, die angesichts der ersten Toten gegenwärtig leicht schrumpft. Es gibt aber auch eine ins Gewicht fallende Minderheit, die diesen Einsatz ablehnt, auch sie hat Anspruch darauf, dass ihre Meinung zur Kenntnis genommen wird. Jegliche Ausdehnung, sei es bezüglich der Intensität deutschen Engagements, sei es hinsichtlich einer Erweiterung auf weitere Länder, stößt jedoch auf die Ablehnung einer übergroßen Mehrheit.

Bei Spiegel Online ist aktuell zu lesen:

«Selten hatte ein Papier so viel Brisanz, wie der am Samstag von der *Los Angeles Times* beschriebene Geheimreport des Pentagon. Darin vollzieht die US-Regierung einen fundamentalen Schwenk, die Abkehr von der Abschreckungsdoktrin des Kalten Kriegs: Atomwaffen sollen nicht mehr nur als strategisches Abschreckungspotenzial wirken, sondern in Zukunft gezielt in regionalen Konflikten zum Einsatz kommen.

Doch damit nicht genug: Die US-Militärs sollen Mini-Atombomben entwickeln, mit denen die Amerikaner dann Höhlensysteme zertrümmern wollen, in denen sich der Terroristenführer Osama bin Laden versteckt halten könnte oder der irakische Diktator Saddam Hussein. Es wurmt die Generäle, dass sie trotz modernster Waffen und eines milliarden-teuren Feldzuges noch immer nicht die Köpfe ihrer Gegner in den Händen halten. Immer wieder haben US-amerikanische Militärexperten den Einsatz von Nuklearwaffen zur Zerstörung der unterirdischen Anlagen in Afghanistan und im Irak diskutiert. Die gewaltige Vernichtungskraft würde dafür sorgen, dass die Verstecke weitaus schneller und billiger zu zerstören wären als mit konventionellen Waffen.

Das Papier mit dem nüchternen Titel «Nuclear Posture Review» wurde bereits im Januar dem Kongress zugeleitet, war aber bisher geheim geblieben. Unterschrieben von dem US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld leitet es in kaltblütiger Militärsprache eine äußerst gefährliche Entwicklung ein: Sie macht Atomwaffen zum Bestandteil des Anti-Terror-Arsenals, wie etwa die Super-Bombe «Daisy Cutter», die größte konventionelle

Bombe der Welt. Atomraketen, Atomgranaten und lasergesteuerte Nuklear-Mini-Bomben gehören plötzlich zum taktischen Schreckenskabinett der Militärs.

Rasch sollen die US-Militärs in den nächsten Monaten die neuen Waffen entwickeln. Das Pentagon-Papier fordert die Entwicklung von Atomsprengsätzen, die weniger ›Kollateralschäden‹ anrichten als herkömmliche Nuklearwaffen. Konventionelle Cruise Missiles sollen umgebaut werden, sodass sie auch kleinere Atomsprengköpfe tragen können. Dass die wendigen Flugraketen in der Vergangenheit immer mal wieder vom Kurs abkamen und fernab des Ziels aufschlugen, scheint die Militärs nicht zu stören.» (Müller 2002)

Bisher gibt es in Deutschland keine Mehrheit gegen den Krieg in Afghanistan und die Beteiligung der Bundeswehr daran. Aber trotz der Mauer des Schweigens, die um die Ereignisse errichtet wurde, lehnt ein erheblicher Teil der Deutschen den Krieg und die Beteiligung des eigenen Landes daran ab. Für eine Eskalation wäre eine Mehrheit nicht zu haben. «Operation Anaconda» und «Operation Enduring Freedom» stehen dafür, dass die Eskalation bereits im Gange ist. Für einen ersten Schritt zur Stärkung von Widerstand, der gebraucht wird, um bereits entworfene Szenarien zu verhindern, ist es notwendig, die Mauer des Schweigens zu brechen.

Angst und Skepsis. Öffentliche Meinung in Deutschland

vor einem neuen Irak-Krieg

herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 1/2003, Berlin.

«Gerade wir Deutschen, die wir durch die Hilfe und Solidarität unserer US-amerikanischen und europäischen Freunde und Partner die Folgen zweier Weltkriege überwinden konnten, um zu Freiheit und Selbstbestimmung zu finden, haben nun auch eine Verpflichtung, unserer neuen Verantwortung umfassend gerecht zu werden. Das schließt – und das sage ich ganz unmissverständlich – auch die Beteiligung an militärischen Operationen zur Verteidigung von Freiheit und Menschenrechten, zur Herstellung von Stabilität und Sicherheit ausdrücklich ein.» (Gerhard Schröder, Regierungserklärung am 10. Oktober 2001)

Die Mehrheit der Deutschen rechnet damit, dass es zu einem Krieg gegen den Irak kommen wird. Fast 70 Prozent glauben an seinen Ausbruch. Zugleich ist die Angst vor diesem Krieg stark verbreitet. Insgesamt drei Viertel der Deutschen haben Angst vor dem Krieg gegen den Irak, ein Viertel fühlt sich frei von dieser Angst. In den Anhängerschaften aller Parteien, auch der Regierungsparteien, sind es jeweils Mehrheiten, die diese Angst teilen.

Das sind Ergebnisse empirischer Erhebungen, die das Meinungsforschungsinstitut EMNID zwischen dem 6. und 10. Januar 2001 zu einem möglicherweise bevorste-

henden Krieg gegen den Irak durchgeführt hat. Die Daten wurden zur Nachnutzung erworben.³

Die von verantwortlichen Politikern der Bundesregierung formulierte Absage an eine deutsche Beteiligung an einem militärischen Angriff der USA auf den Irak findet in der öffentlichen Meinung eine breite Unterstützung. Etwa drei Viertel der Deutschen erwarten, dass sich Deutschland im Falle eines Angriffs der USA auf den Irak in keiner Weise beteiligt. Etwa ebenso viele erwarten, dass es bei dieser kategorischen Ablehnung bleibt. Nur 20 Prozent sprechen sich jetzt für eine deutsche Beteiligung aus. Argumente, dass die aktuelle deutsche Position dem internationalen Ansehen – etwa in der UNO – schadet, zeigen eine gewisse Wirkung. Aber diese Wirkung bleibt gering und ändert an den Mehrheitsmeinungen nichts.

Allerdings gibt es – und das ist gleichfalls ein stabiles Merkmal der öffentlichen Meinung in den Fragen der Kriegsbeteiligung – eine verbreitete Skepsis gegenüber der Festigkeit der Politik der Bundesregierung. Zusagen, die USA bei einem Krieg im Irak indirekt unterstützen zu wollen, stoßen auf eine geteilte Meinung, etwa die Hälfte der Deutschen hält das für Wortbruch.

Die in der deutschen Öffentlichkeit generell verbreitete Ablehnung von Krieg und deutscher Kriegsbeteiligung ist im Falle der Ausdehnung des Kriegs auf den Irak besonders stark.

Der Druck der Meinungsmacher und die Resistenz der Öffentlichkeit

Dass die USA gegenwärtig mit dem Säbel rasseln, ist eine Verniedlichung. Die aktuellen Meldungen besagen, dass der Aufmarsch an den Grenzen zum Irak um weitere 62.000 Mann verstärkt wird und damit die Zahl von 100.000 überschritten ist. Sie stehen dort nicht mit leeren Händen, sondern mit Kriegsschiffen und Flugzeugen, mit Panzern und Raketen, mit der vollen Kriegsmaschinerie der Supermacht.

Interessant ist die Sprachregelung, die gegenwärtig bei solchen Meldungen greift. Vermieden wird das abwiegelnde Wort «Militäraktion», das angesichts der Größenordnung des Truppeneinsatzes selbst den politischen Akteuren und Meinungsmachern offenkundig unangemessen erscheint. Die Rede ist aber auch nicht von «Krieg». Es sei ein «Feldzug», was da demnächst losgehen soll. Dieses Spiel mit Worten erweist sich als widersprüchlich. Einerseits soll damit räumliche und zeitliche Begrenztheit suggeriert werden. Gerade das aber ist offen und völlig unklar. Der geografische Raum selbst ist voller Konflikte und Irak ist nicht das einzige Land, in dem es Ölhähne gibt, nach deren Kontrolle die USA gieren. Zu welchem politischen Abschluss gebracht werden kann, was demnächst beginnen soll, ist gleichfalls völlig unklar, und damit auch der zeitliche Horizont. Andererseits entspricht es den Realitäten, das Wort Krieg für das Bevorstehende zu vermeiden. Es handelt sich um die Ausweitung eines Kriegs,

3 Der Datensatz umfasst die Angaben von 2.002 Personen. Die Daten wurden mit SPSS gerechnet und statistisch geprüft.

der bereits stattfindet und vor dessen Beginn bereits ein hoher US-amerikanischer Militär verkündete, er würde der größte seit dem Zweiten Weltkrieg. Und es ist ein Krieg, an dem Deutschland beteiligt ist.

Je näher der Tag rückt, an dem aus dem Aufmarsch ein Einmarsch werden soll, desto mehr nimmt der Druck auf die deutsche Politik zu, sich zu positionieren. In Wahlkampfzeiten haben die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien – die die Beteiligung Deutschlands am Krieg gegen Afghanistan und den Einsatz von Angehörigen der Bundeswehr dort und anderswo politisch zu verantworten haben – einer deutschen Beteiligung an einem Krieg gegen den Irak eine Absage erteilt. Sie wussten, dass man mit Kriegsbeteiligung in Deutschland keine Wahlen gewinnen kann.

Auch diesmal wieder geht dem Kampf der Waffen der Kampf um die Köpfe voraus und er wird ihn wohl auch begleiten. Zwei Argumentationslinien werden eingesetzt. Zum einen wird ein Kausalzusammenhang unterstellt: Weil die USA den Deutschen nach zwei Weltkriegen zur Demokratie verholfen haben, sei Deutschland nunmehr in der Pflicht, den USA im «Krieg gegen den Terrorismus» zu helfen (so etwa Gerhard Schröder in der Regierungserklärung vom Oktober 2001). Zum anderen wird die internationale Reputation bemüht: Es könne dem Ansehen Deutschlands in der Welt schaden, wenn es sich aus der Ausweitung des Kriegs heraushält.

In jüngster Zeit wird Letzteres häufig in einen Zusammenhang gestellt mit den Aufgaben, die Deutschland in der UNO als nicht ständiges Mitglied des Sicherheitsrats erhält. Darauf bezieht sich die Frage, ob Deutschland in der UNO sicherheitspolitisch Vertrauen verspielt habe. Den Ergebnissen zufolge ist mehr als die Hälfte der Deutschen, nämlich 52 Prozent, der Meinung, dass sicherheitspolitisch kein Vertrauen in der UNO verspielt wurde. Aber immerhin 43 Prozent teilen die Auffassung, dass in der UNO Vertrauen verloren gegangen ist. Fünf Prozent haben die Frage nicht beantwortet.

Die ideologische Verknüpfung der Absage der Regierung an eine deutsche Kriegsbeteiligung im Irak und internationalem Ansehen Deutschlands zeigt somit Wirkung, aber diese Wirkung bleibt begrenzt. Das gilt für West und Ost.

Im Osten ist zwar der Anteil derer, die einen Vertrauensverlust annehmen, mit 46 Prozent geringfügig höher, aber insgesamt bleibt es bei den Relationen.

Zugleich wurde nach den Erwartungen gefragt, ob Deutschland dabei bleiben soll, sich an der Ausweitung des Kriegs auf den Irak nicht zu beteiligen. Bei dieser Frage ist ein Zeitvergleich möglich, weil sie im September des Vorjahres bereits ähnlich gestellt worden war. Die Ergebnisse besagen, dass das Meinungsbild in dieser Frage stabil ist. Im September 2002 waren es 71 Prozent, die der ablehnenden Haltung der Bundesregierung zustimmten und sich gegen eine deutsche Beteiligung aussprachen. 26 Prozent waren für eine deutsche Beteiligung. Jetzt sind es 77 Prozent, die erwarten, dass es dabei bleibt, dass sich Deutschland im Falle eines Angriffs der USA auf den Irak in keiner Weise beteiligt. Nur 20 Prozent sind es, die sich jetzt für eine deutsche Beteiligung aussprechen.

Die Unterschiede zwischen West und Ost sind bei dieser Frage größer. Im Westen sind es mit 73 Prozent fast drei Viertel, die erwarten, dass es bei der ablehnenden Haltung bleibt, im Osten wird diese Position von fast 90 Prozent geteilt. Da beide Fragen am selben Tag gestellt wurden, kann untersucht werden, ob sich statistisch ein Zusammenhang zwischen den Meinungen zum Vertrauensverlust und den Erwartungen bezüglich einer deutschen Beteiligung gegen den Irak gibt.

[Tatsächlich] existiert ein solcher Zusammenhang. Der Kontingenzkoeffizient beträgt 0,23, das heißt, zwischen beiden Positionen besteht ein nachweisbarer, aber nicht sehr starker Zusammenhang. Von denen, die der Meinung sind, dass sicherheitspolitisch kein Vertrauen in der UNO verloren wurde, erwarten 84 Prozent, dass es bei einer Nichtbeteiligung Deutschlands bleibt, nur 13 Prozent sind gegenteiliger Auffassung. Aber auch in der Gruppe, die einen Vertrauensverlust annimmt, ist es eine deutliche Mehrheit von 70 Prozent, die sich gegen eine deutsche Beteiligung positioniert, 27 Prozent sind für eine aktive Beteiligung Deutschlands.

Die Erwartung, dass sich Deutschland in keiner Weise an einer Ausweitung des Kriegs auf den Irak beteiligt, zieht sich durch die Anhängerschaften fast aller Parteien. In der Wählerschaft der PDS sind alle dieser Auffassung, bei Bündnis 90/Die Grünen fast alle. Etwas weniger sind bei der SPD dieser Meinung, aber 82 Prozent sind auch eine deutliche Mehrheit. Immerhin 69 Prozent in der CDU-Wählerschaft teilen diese ablehnende Position. Nur bei der FDP ist dies eine Minderheitsmeinung. Auch unabhängig von Parteienbindungen erwarten Mehrheiten, dass es bei deutscher Nichtbeteiligung bleibt, bei den potenziellen Nichtwählern sind das 81 Prozent, bei den Unentschlossenen 78 Prozent. Insgesamt erwartet somit eine Mehrheit der Deutschen, dass sich die Bundesrepublik an Kriegshandlungen gegen den Irak in keiner Weise beteiligt. Daran hat die Argumentation, Deutschland könnte international Vertrauen einbüßen, wenig verändert. Diese Position wird mehrheitlich in den Anhängerschaften fast aller Parteien vertreten, besonders stark gerade in denen der Regierungsparteien.

Mehrheit gegen deutsche Beteiligung

In den Folgetagen wurden direkt Meinungen zu der Aussage erfragt, dass Deutschland einen Einsatz deutscher Truppen bei Kriegshandlungen der USA gegen den Irak kategorisch ablehne.

Das Meinungsbild ist klar, 72 Prozent halten diese kategorische Absage für richtig, eine Minderheit von 26 Prozent hält sie für falsch. Nur zwei Prozent haben sich dazu nicht positioniert.

Dass die Ablehnung einer direkten militärischen Beteiligung Deutschlands richtig ist, ist Mehrheitsmeinung insgesamt in Deutschland. Diese Meinung wird von 68 Prozent im Westen vertreten, im Osten stehen mit 84 Prozent noch deutlich mehr auf dieser Position. Im Osten halten nur 13 Prozent das für falsch, im Westen 30 Prozent.

Nach der Bundestagswahl haben Vertreter der Bundesregierung mit relativierenden Aussagen die zuvor formulierte kategorische Ablehnung abgeschwächt (Überflugrechte, Nutzung US-amerikanischer militärischer Einrichtungen auf deutschem Boden usw.), was eine Zusage indirekter Unterstützung bedeutet.

Erfragt wurden die Meinungen, ob Zusagen einer indirekten Unterstützung der USA im Falle eines Irak-Kriegs einen Wortbruch darstellen. Dazu sind die Meinungen klar geteilt. Jeweils knapp die Hälfte der Deutschen hält solche Zusagen für einen Wortbruch beziehungsweise nicht dafür. Im Osten sind es mit 53 Prozent etwas mehr, die derartige Zusagen für einen Wortbruch halten, 43 Prozent sehen darin keinen Wortbruch. Im Westen stellen sich die Relationen leicht anders dar, hier meinen 46 Prozent, das sei Wortbruch, 49 Prozent teilen diese Kritik ausdrücklich nicht.

In dieser Frage gibt es deutliche Unterschiede zwischen den Anhängerschaften der einzelnen Parteien. Entscheidend in diesem Zusammenhang ist das Ergebnis, dass in der Frage «Wortbruch oder nicht» die Meinungen in den Anhängerschaften aller Parteien geteilt sind. Am häufigsten wird die Meinung, eine indirekte Unterstützung der USA bei einem Irak-Krieg sei ein Wortbruch vonseiten der Bundesregierung, in der Wählerschaft der PDS vertreten, drei Viertel äußerten sich entsprechend. Ansonsten reflektiert das Meinungsbild die politischen Auseinandersetzungen in der Gesellschaft und deren lagerförmige Gestalt. In den Anhängerschaften der Regierungsparteien sind es Minderheiten, die einen Wortbruch sehen, aber ihre Anteile (SPD: 34 %, B90/G: 44 %) haben eine bemerkenswerte Größe. Bei Oppositionsparteien sehen jeweils leichte Mehrheiten einen Wortbruch (CDU/CSU: 54 %, FDP: 56 %). In der Gruppe der Nichtwähler hält eine leichte Mehrheit, bei den Unentschlossenen eine leichte Minderheit eine indirekte Unterstützung für einen Wortbruch.

Bereits im September 2002, als die Bundesregierung eine Absage an eine deutsche Beteiligung erstmals öffentlich machte, bewerteten fast 60 Prozent der Deutschen dies als Wahlkampftrick (Wittich 2002b: 4). Diese Skepsis ist somit ein relativ stabiles Merkmal in der öffentlichen Meinung.

Angst vor einem Krieg, mit dem die Mehrheit rechnet

Fast 70 Prozent gaben an, dass sie glauben, es werde zu einem Krieg gegen den Irak kommen. 28 Prozent glauben dies nicht, weitere zwei Prozent haben die Frage nicht beantwortet.

Dabei gibt es einen bemerkenswert großen Unterschied zwischen West und Ost. Das Meinungsbild, das durch diese Frage insgesamt festzustellen war, wird vor allem durch die Befragten im Westen geprägt. Hier sind es mit 72 Prozent fast drei Viertel, die mit einem Kriegsbeginn rechnen, und nur ein Viertel der Westdeutschen glaubt nicht daran. Davon weicht die Verteilung der Meinungen im Osten erheblich ab. Zwar glaubt auch hier eine Mehrheit an einen Krieg gegen den Irak, aber diese Mehrheit ist mit 56 Prozent deutlich kleiner. 40 Prozent der Ostdeutschen hingegen ver-

treten die gegenteilige Meinung. Ob dahinter eventuell auch der Wunsch steht, dass der Krieg verhindert werden kann, muss hier angesichts der Datenlage offenbleiben.

So weit die Erwartung verbreitet ist, dass der Krieg kommen wird, so verbreitet ist auch die Angst davor. Insgesamt drei Viertel der Deutschen haben Angst vor dem Ausbruch eines Kriegs gegen den Irak, ein Viertel fühlt sich frei von dieser Angst.

Wiederum ist eine erhebliche Differenz zwischen West und Ost festzustellen. Sowohl im Westen wie auch im Osten geben jeweils deutliche Mehrheiten ihrer Angst vor dem Kriegsausbruch Ausdruck. Im Westen sind es 73 Prozent, 26 Prozent gaben hingegen an, keine Angst zu haben. Im Osten liegt der Anteil derer, die Angst äußerten, mit 79 Prozent noch deutlich höher, hier sind es nur 19 Prozent, die sich gegenwärtig von dieser Angst frei fühlen.

Die Angst vor dem Ausbruch eines Kriegs im Irak wird von Mehrheiten in den Anhängerschaften aller Parteien geteilt. Zugleich gibt es dabei deutliche Unterschiede. Am stärksten verbreitet ist die Angst vor dem Krieg in der Anhängerschaft der PDS, 93 Prozent sind es in diesem Klientel. In der FDP-Anhängerschaft ist dieser Anteil mit 86 Prozent auch überdurchschnittlich hoch. Aber auch in den Umfeldern der Regierungsparteien SPD und Grüne dominiert diese Angst mit jeweils 76 Prozent. In der Anhängerschaft der Unionsparteien fällt diese Mehrheit mit 68 Prozent geringer aus. Bei den Nichtwählern liegt dieser Wert etwa im Durchschnitt, bei den Unentschlossenen ist mit 80 Prozent die Angst stärker verbreitet.

An dieser Stelle sollen – gleichsam abschließend – soziale Differenzierungen in den Meinungen untersucht werden. Bei Frauen ist die Angst vor dem Ausbruch eines Kriegs gegen den Irak deutlich stärker als bei Männern. Sie wird von allen Altersgruppen mehrheitlich geteilt und in der jüngsten Generation und in den älteren Generationen dabei überdurchschnittlich häufig artikuliert. Auch nach Bildungsabschlüssen sind Differenzierungen zu konstatieren, sowohl Menschen mit relativ niedrigen Abschlüssen als auch mit relativ hoher Bildung gaben Angst häufiger zu erkennen.

Diese Differenzierungen sind bei nahezu allen hier untersuchten Fragestellungen zu beobachten, es handelt sich um systematische Unterschiede in der Verteilung der Meinungen, die die Positionen zu einem Krieg gegen den Irak betreffen.

Hannibal ante portas. Der Krieg der USA und die Weltöffentlichkeit
in: UTOPIE kreativ 150, 2003, S. 308–318.

Weltmeinung: Der Krieg steht bevor⁴

Bei den früher so beliebten Sandalenfilmen konnte man häufig den Eindruck gewinnen, besonders wenn sie aus den Studios von Hollywood kamen, die gezeigten antiken Völker, die über die staubigen Schlachtfelder zogen, seien die unmittelbaren Vorläufer der US-Amerikaner. Deren Rede- und Lebensweise wurden vorgeführt, ihre Werte waren es, denen die Helden folgten. Deren Nachfahren wiederum sind wohl als die Pilgerväter mit der Mayflower in Nordamerika gelandet. Die Nächstenliebe dieser Puritaner reichte gerade einmal bis zum Glaubensbruder, der Rest der Welt konnte notfalls mit Gewalt zum wahren Glauben bekehrt werden.

So wurde nicht nur die Kolonialisierung des Kontinents vollzogen, der Puritanismus brachte die protestantische Arbeitsethik hervor und förderte damit die Herausbildung eines besonders effektiven Kapitalismus. Das zusammen zeugte den Amerikanismus, jenes in den USA besonders in und von der weißen Oberschicht verbreitete Sendungsbewusstsein, überall auf der Welt die eigenen und für richtig gehaltenen Werte und Normen durchsetzen zu wollen. Das erklärt nicht das imperiale Gehabe der einzigen übrig gebliebenen Supermacht, kann aber den geistigen Hintergrund aktueller Vorgänge und ihrer politischen Begründungen erhellen.

Wie weiland die Sandalenheere Hollywoods machen sie sich nun daran, ihr Weltbild und damit ihre Interessen mit der Begründung des Kampfes gegen den Terrorismus auch mit den Mitteln des Kriegs durchzusetzen. Realität und Abbild sind auseinandergetreten, der Kampf um die Köpfe, der über die Bildschirme flimmert, wird die realen Vorgänge flankieren.

Überall auf der Welt wird damit gerechnet, dass ein Krieg gegen den Irak unmittelbar bevorsteht. In den westeuropäischen Ländern erwarten jeweils große Mehrheiten, dass der Krieg gegen den Irak in den nächsten Monaten zu erwarten ist. Drei Viertel und mehr halten das für sehr wahrscheinlich oder ziemlich wahrscheinlich. In Luxemburg haben insgesamt 91 Prozent diese Erwartung, das ist der höchste gemessene Wert überhaupt. In Großbritannien, Frankreich, Dänemark, Deutschland und der Schweiz liegt dieser Anteil jeweils bei über 80 Prozent, so ist das Meinungsbild auch in anderen westeuropäischen Ländern. In Portugal und Spanien sind es drei Viertel, die mit einem baldigen Beginn des Kriegs rechnen, also gleichfalls die große Mehrheit.

4 Der Beitrag basiert auf der Studie «Die Einsamkeit der Supermacht. Ergebnisse einer weltweiten Untersuchung von Gallup International», die Dietmar Wittich im Februar 2003 in Berlin öffentlich vorgestellt hat. Empirische Grundlage des Textes sind Ergebnisse einer internationalen Untersuchung, die Gallup International im Januar 2003 in 41 Ländern mit 30.000 Befragten durchgeführt hat. Vergleichbare Daten, die Gallup International vor einem Jahr zum Krieg in Afghanistan erhoben hat (mehr als 60 Länder, 55.000 Befragte) und die bisher unveröffentlicht sind, liegen gleichfalls vor und werden verwendet.

In Osteuropa ist die Situation differenzierter, die Unterschiede zwischen den Ländern sind größer. In Bulgarien und Jugoslawien sind es gleichfalls über 75 Prozent, die einen baldigen Kriegsbeginn gegen den Irak für wahrscheinlich halten. In Russland und Rumänien meinen zwei Drittel, dass er demnächst bevorsteht. Aber in Ländern wie Albanien oder Georgien ist es jeweils nur reichlich die Hälfte, die an einen kurz bevorstehenden Krieg glaubt.

In den USA selbst sind es 86 Prozent, die einen baldigen Beginn des Kriegs gegen den Irak für wahrscheinlich halten. In Kanada sind mehr als drei Viertel dieser Auffassung. In lateinamerikanischen Ländern ist das Meinungsbild ähnlich, in Ecuador sind es 84 Prozent, in den meisten Ländern sind es wie in Argentinien und Uruguay etwa drei Viertel, die demnächst den Beginn des Kriegs erwarten.

Im pazifischen Raum und in Afrika gibt es größere Unterschiede im Meinungsbild. Einerseits ist in Australien und Neuseeland die Erwartung des baldigen Kriegs so weit verbreitet wie in Nordamerika und Westeuropa. Es gibt aber auch einzelne Länder, wo diese Erwartung nur von etwa der Hälfte der Bevölkerung geteilt wird, wie in Uganda, oder sogar Minderheitsmeinung ist, das sind Nigeria und Malaysia.

Fast überall wird das US-amerikanische Sendungsbewusstsein sehr ernst genommen. Wie einst Hannibal mit seinen Kriegselefanten stehen die USA mit ihrer überlegenen Kriegsmaschinerie bereit.

Ablehnung des Kriegs in den meisten Ländern

Der Krieg der USA gegen den Irak stößt in der internationalen öffentlichen Meinung auf breite Ablehnung. Aber der Amerikanismus funktioniert heute im eigenen Land nicht mehr flächendeckend. Ein Alleingang mit Verbündeten findet gegenwärtig selbst in der öffentlichen Meinung der USA keine mehrheitliche Zustimmung. Eine mehrheitliche Zustimmung insgesamt würde dort dann erreicht, wenn es ein UNO-Mandat geben sollte, dann würden insgesamt reichlich zwei Drittel den Krieg gegen den Irak befürworten.

Die Akzeptanz eines Alleingangs der USA mit Verbündeten ist in allen anderen Ländern klare Minderheitsmeinung. Sie liegt bei Australien und Kanada bei etwa zehn Prozent, in allen anderen Ländern befürworten das nur unter zehn Prozent. Nimmt man beide Möglichkeiten der Zustimmung zusammen (in der realistischen Annahme, dass Zustimmung zu einem Alleingang bei einem Mandat der UNO gleichfalls erteilt wird), dann existieren neben den USA insgesamt nur fünf Länder, in denen der Krieg gegen den Irak überhaupt von einer Mehrheit befürwortet wird: Australien 68 Prozent, Kanada 56 Prozent, Neuseeland 60 Prozent, Niederlande 58 Prozent sowie Irland 58 Prozent (Australien, Neuseeland und zum Teil Kanada sind gleichfalls Gesellschaften, die aus englisch-protestantischen Kolonialisierungen hervorgegangen sind). In Großbritannien und Deutschland ist es jeweils knapp die Hälfte, die bei einem UNO-Mandat dem Krieg gegen den Irak zustimmt (49 bzw. 48%). In den meisten anderen Ländern sind es klare Mehrheiten, die zum gegen-

wärtigen Zeitpunkt den Krieg gegen den Irak ablehnen, zum Beispiel in Frankreich 60 Prozent, in Russland 59 Prozent, in Indien gleichfalls 59 Prozent, und in Südafrika sind 63 Prozent gegen den Krieg.

Das internationale Meinungsbild zu einem Krieg gegen den Irak ist deutlich anders, als es ein Jahr zuvor zum Krieg in Afghanistan festzustellen war.

In Westeuropa hat in allen Ländern die Ablehnung des Kriegs deutlich zugenommen, in einigen hat sich der Anteil der Kriegsgegner mehr als verdoppelt. Das gilt zum Teil auch für Länder mit einer relativ hohen Befürwortung des Kriegs wie für die Niederlande, hier ist die Ablehnung von 17 auf 38 Prozent angestiegen, für Deutschland (22 % mehr Ablehnung) und Großbritannien (21 % mehr Ablehnung). Allein in Irland ist der Zuwachs gering, fünf Prozent stärker ist die Ablehnung als vor einem Jahr. Das gilt auch für Länder, in denen bereits vor einem Jahr ablehnende Meinungen relativ häufig geäußert wurden: Luxemburg (+28%), Portugal (+24%), Schweiz (+8%), in Spanien war und ist die Ablehnung des Kriegs besonders stark, sie ist von 49 Prozent auf nun 74 Prozent angestiegen. Den größten Zuwachs haben die Kriegsgegner in Frankreich, ihre Zahl verdreifachte sich von 20 auf 60 Prozent. In Osteuropa ist die Akzeptanz eines Kriegs gegen den Irak nahezu überall gering und seine Ablehnung weitverbreitet.

In fast allen Ländern, in denen die Untersuchung stattfand, ist die Ablehnung des Kriegs Mehrheitsmeinung, nur Rumänien bildet mit 49 Prozent Zustimmung eine Ausnahme. Auch in diesem Raum wird der Krieg gegen den Irak deutlich häufiger abgelehnt als der Krieg gegen Afghanistan vor einem Jahr. Besonders stark zugenommen hat die Ablehnung in Albanien (+42%), in Georgien (+37%) und in Estland (+23%). In den übrigen osteuropäischen Ländern beträgt der Zuwachs an Ablehnung zwischen neun Prozent in Russland und 18 Prozent in Bulgarien.

Einen erheblichen Unterschied gibt es bei dieser Frage zwischen Nord- und Lateinamerika. Wie bereits dargestellt, gehören die USA und Kanada zu den Ländern, in denen der Krieg gegen den Irak eine relativ große Zustimmung findet.

Aber auch in den USA ist die Ablehnung des Kriegs um 15 Prozent höher als ein Jahr zuvor. In Lateinamerika ist die Ablehnung des Kriegs gegen den Irak Mehrheitsmeinung. Zugleich handelt es sich mehrheitlich um Länder, in denen die Ablehnung sehr stark zugenommen hat: in Argentinien um 73 Prozent, in Uruguay um 66 Prozent und in Bolivien um 56 Prozent. Auch in den Ländern des pazifischen Raums (mit Ausnahme von Australien und Neuseeland) und Afrikas wird ein Krieg gegen den Irak relativ häufig abgelehnt.

Nur in Hongkong sind die Meinungen geteilt, 49 Prozent sind insgesamt für den Krieg, 47 Prozent sind gegen ihn. Aber auch dieser ablehnende Anteil ist um 38 Prozent größer als vor einem Jahr. In den übrigen Ländern sind es jeweils Mehrheiten, die ablehnende Positionen einnehmen. Sie sind viel stärker als vor einem Jahr. Die Zuwächse bei der Ablehnung liegen zwischen 50 (Pakistan), 46 (Kenia) und 25 Prozent (Malaysia).

Wenig Bereitschaft zur Unterstützung

Bei der Frage, ob das eigene Land eine militärische Aktion der USA gegen den Irak unterstützen soll, ergibt sich ein ähnliches Meinungsbild, wie es im vorangegangenen Abschnitt dargestellt worden ist. In den meisten Ländern sind Mehrheiten der Meinung, dass ihr eigenes Land die USA in dieser Frage nicht unterstützen soll.

In Australien gibt es eine leichte, in Kanada und Großbritannien jeweils relative Mehrheiten, die dafür sind, die USA bei einem Krieg gegen den Irak zu unterstützen. In Dänemark gibt es eine leichte Mehrheit gegen die Beteiligung des eigenen Landes. In anderen Ländern liegt die Ablehnung einer Unterstützung deutlich über der Zustimmung zu einer Unterstützung des Kriegs der USA durch das eigene Land. In Indien sind 35 Prozent für und 62 Prozent gegen eine Unterstützung, in Deutschland sind 24 Prozent dafür und 71 Prozent dagegen, in Argentinien sind sechs Prozent dafür und 89 Prozent dagegen und in der Schweiz acht Prozent dafür und 90 Prozent dagegen.

Auch bei dieser Frage ist der Vergleich mit Meinungen von vor einem Jahr bezüglich des Kriegs in Afghanistan möglich. In den bisher in diesem Zusammenhang noch nicht erwähnten westeuropäischen Ländern überwiegt unterschiedlich stark die Ablehnung einer Unterstützung der USA durch das eigene Land. Die Spannweite reicht von 52 Prozent Ablehnung in den Niederlanden bis 69 Prozent in Irland. In der Mehrzahl der westeuropäischen Länder gab es vor einem Jahr Mehrheiten für eine Beteiligung des eigenen Landes. Derartige Mehrheiten gibt es (mit Ausnahme von Großbritannien, siehe oben) nicht mehr. Die Relationen sind umgeschlagen, die Ablehnung einer Beteiligung des eigenen Landes hat überall zugenommen, das reicht von acht Prozent in Portugal bis 27 Prozent in den Niederlanden.

In Osteuropa war die Situation vor einem Jahr bereits differenzierter. Es gab Länder mit einer mehrheitlichen Zustimmung wie Albanien und Rumänien, in den meisten Ländern waren Mehrheiten gegen eine Teilnahme des eigenen Landes.

Das hat sich – bezogen auf den jetzt bevorstehenden Krieg gegen den Irak – teilweise verändert. In einigen Ländern wie Bulgarien und Georgien sind die ablehnenden Positionen etwa gleich stark geblieben. In Estland ist die Ablehnung heute schwächer als vor einem Jahr (-12%). In anderen Ländern hat der Anteil derer, die eine Unterstützung ablehnen, zugenommen (Albanien +13%, Bosnien und Herzegowina +10%).

In Lateinamerika war vor einem Jahr die Unterstützung des Kriegs in Afghanistan seitens des eigenen Landes Mehrheitsmeinung. Das ist völlig umgeschlagen. Gegenwärtig sind in allen Ländern große bis sehr große Mehrheiten gegen eine Unterstützung eines Kriegs der USA gegen den Irak durch das eigene Land. Diese ablehnenden Mehrheiten reichen von 58 Prozent in Kolumbien bis zu 89 Prozent in Argentinien. Auch im pazifischen Raum und in Afrika gab es vor einem Jahr in den meisten Ländern Mehrheiten für eine Unterstützung, nur Indien bildete eine Ausnahme, dort waren 82 Prozent dagegen. Gegenwärtig ist die Situation ziemlich einheitlich.

Neuseeland stellt eine Besonderheit dar, hier gibt es mit 51 Prozent nur eine knappe Gegnerschaft gegen eine Beteiligung des eigenen Landes, aber immerhin 37 Prozent sind dafür, die USA bei einem Krieg gegen den Irak zu unterstützen. In den anderen Ländern ist die Ablehnung Mehrheitsmeinung, das reicht von 62 Prozent in Indien bis 81 Prozent in Nigeria, die dagegen sind, dass ihr Land Unterstützung leistet.

Bewertung der US-Außenpolitik

In den USA meinten vor einem Jahr noch zwei Drittel, dass die US-amerikanische Außenpolitik positiv auf das Land zurückwirke, was wohl bedeutet, dass sie dem Wohle des eigenen Landes diene. Diese Mehrheit ist geschrumpft in eine relative Mehrheit von 43 Prozent, die auch gegenwärtig positive Wirkungen sieht. Immerhin 36 Prozent sind gegenwärtig der Meinung, dass die US-amerikanische Außenpolitik auf die USA selbst negativ wirkt, dem Land also schadet.

Aus internationaler Sicht bot die US-Außenpolitik vor einem Jahr ein differenziertes Bild. Es gab Länder, in denen die Meinung überwog, die US-amerikanische Außenpolitik wirke positiv auf das eigene Land, in anderen Ländern überwog die Meinung, sie wirke negativ, und es gab Länder mit einem ausgewogenen Meinungsbild.

Diese Außensicht auf die Außenpolitik hat sich verändert. Jetzt lassen sich drei Gruppen von Ländern unterscheiden. Zunächst gibt es eine Gruppe von Ländern, in denen vor einem Jahr etwa 40 Prozent eine negative Wirkung der US-amerikanischen Außenpolitik auf ihr Land sahen und in denen dieser Anteil in diesem Jahr stark angestiegen ist. Zu diesen Ländern gehören in dieser Auswahl Frankreich (von 38 auf 71 %), Deutschland (von 40 auf 67 %) und Spanien (von 37 auf 57 %).

In einer weiteren Gruppe war es vor einem Jahr noch Minderheitsmeinung, dass die US-Außenpolitik negative Wirkungen auf das eigene Land habe, dort ist jetzt eine relative Mehrheit dieser Meinung. Dazu gehören in dieser Auswahl Großbritannien (von 29 auf 42 %) und Bulgarien (von 24 auf 41 %).

In einer dritten Gruppe von Ländern hat sich der Anteil derer mit einem negativen Bild der US-Außenpolitik im letzten Jahr nur geringfügig verändert. Dafür stehen Russland (von 54 auf 55 %), Pakistan (von 42 auf 44 %) und Bolivien (von 54 auf 55 %).

In den westeuropäischen Ländern ist der Trend relativ einheitlich. Die US-amerikanische Außenpolitik hat insgesamt an Ansehen verloren. Der Anteil derer, die eine positive Wirkung sehen, ist fast überall zurückgegangen und jetzt deutliche Minderheitsposition. In Dänemark gibt es einen Rückgang von 34 auf 17 Prozent, in Luxemburg von 33 auf zwölf Prozent, in den Niederlanden von zwölf auf sieben Prozent, in Spanien von 14 auf neun Prozent. In diesen Ländern ist der Anteil derer mit einer negativen Sicht deutlich angestiegen, in Dänemark um 27 Prozent, in Luxemburg um 38 Prozent, in den Niederlanden um 35 Prozent und in Spanien um 20 Prozent. Aber auch in Portugal, wo der Anteil derer, die der US-amerikanischen Außenpolitik eine positive Wirkung auf das eigene Land zugestehen, noch leicht von 18 auf 22 Prozent

angewachsen ist, ist der Anteil derer mit einer negativen Sicht deutlich von 24 auf 36 Prozent angestiegen.

Während die Außenpolitik der USA in westeuropäischen Ländern einen deutlichen Imageverlust hinnehmen muss, ist ihre Bewertung in Osteuropa differenzierter. In Estland hat nach wie vor die relative Mehrheit ein positives Bild von den Wirkungen der US-amerikanischen Außenpolitik auf das eigene Land, die von 33 auf 39 Prozent angewachsen ist, der Anteil derer mit negativer Meinung ist von 23 auf 25 Prozent nur leicht gestiegen und nach wie vor Minderheitenposition. In Georgien ist der Anteil derer mit einer positiven Meinung erheblich, von 18 auf 38 Prozent, angewachsen und bildet jetzt eine Mehrheit. In Mazedonien haben sich die Relationen kaum verändert, etwa ein Viertel bewertet die US-Außenpolitik positiv, die Hälfte negativ. In Jugoslawien ist die Mehrheit mit einer negativen Meinung von zuvor 56 Prozent noch weiter auf jetzt 68 Prozent angewachsen.

Differenziert sind die Meinungsbilder auch in Lateinamerika. In Ländern wie Argentinien und Uruguay gab es auch vor einem Jahr schon ein negatives Bild von der US-Außenpolitik, das hat sich noch weiter verstärkt. In Argentinien waren vor einem Jahr nur zwölf Prozent der Meinung, dass diese Politik positiv auf ihr Land wirke, jetzt sind 13 Prozent dieser Meinung, ein negatives Bild hatten vor einem Jahr 57 Prozent, jetzt 58 Prozent. In Uruguay liegen die positiven Meinung etwa im gleichen Bereich, die negativen Meinungen haben sich von 45 Prozent auf 54 Prozent verstärkt. Anders ist die Entwicklung in Kolumbien. Dort war vor Jahresfrist eine relative Mehrheit von 39 Prozent der Meinung, die US-Politik wirke negativ auf ihr Land, dieser Anteil ist leicht auf 37 Prozent geschrumpft. Der Anteil derer mit einer positiven Meinung ist von 35 Prozent auf 48 Prozent angestiegen und bildet nun die Mehrheit.

Für Länder des pazifischen Raums und Afrikas ist gleichfalls ein differenziertes Bild der US-Außenpolitik zu konstatieren. In Hongkong und Nigeria ist das Bild ähnlich wie in Kolumbien, negative Wertungen nehmen ab und positive zu und sind zu Mehrheitsmeinungen geworden. Auch in Malaysia ist der Anteil derer, die meinen, dass die Außenpolitik der USA negativ auf ihr Land wirke, deutlich zurückgegangen. In Kamerun gibt es hingegen eine deutliche Zunahme derer mit einem negativen Bild.

Das Ergebnis

Weltweit wird erwartet, dass in nächster Zeit ein Krieg gegen den Irak beginnt. Überall befürchten Mehrheiten die militante imperiale Politik der USA. In den meisten Ländern gaben drei Viertel der Bevölkerung und mehr dies als ihre Meinung an. In ganz wenigen Ländern in Osteuropa und Afrika wird diese Erwartung seltener geteilt. In keinem Land, nicht einmal in den USA, findet ein Alleingang der USA und ihrer Verbündeten in einem Krieg gegen den Irak ohne UNO-Mandat eine mehrheitliche Zustimmung. In ganz wenigen Ländern ist eine mehrheitliche Akzeptanz für diesen Krieg festzustellen unter der Voraussetzung, dass es ein Mandat der UNO gibt. In den

meisten Ländern, in denen es vor einem Jahr zum Krieg in Afghanistan überwiegend Zustimmung gab, fehlt nun für einen Krieg gegen den Irak eine mehrheitliche Akzeptanz. Die Ablehnung des Kriegs ist weltweit erheblich gewachsen.

Fast überall ist die hohe Zustimmung zu einer Beteiligung des eigenen Landes am Krieg in Afghanistan bezogen auf den Irak-Krieg in Ablehnung umgeschlagen. In den meisten Ländern sind Mehrheiten der Meinung, dass ihr eigenes Land die USA diesmal nicht unterstützen soll. Nur in wenigen Ländern wie Australien und Kanada sind Mehrheiten dafür, die USA bei einem Krieg gegen den Irak zu unterstützen. In den meisten Ländern liegt die Ablehnung weit über der Zustimmung zu einer Unterstützung des Kriegs der USA durch das eigene Land.

Das Ansehen der Außenpolitik der USA hat im letzten Jahr deutlichen Schaden genommen. In den meisten Ländern werden mehrheitlich negative Wirkungen der US-Außenpolitik auf das eigene Land genannt. Das gilt insbesondere für Westeuropa, wo ein negatives Bild überall zur Mehrheitsmeinung geworden ist, das gilt auch für die Mehrzahl der lateinamerikanischen Länder. In Osteuropa, im pazifischen Raum und in Afrika ist das Bild differenzierter, aber auch dort gibt es in der Mehrzahl der Länder diesen negativen Trend.

Gegen diesen Krieg gibt es in Deutschland eine stabile Mehrheit, das Meinungsbild entspricht dem in den meisten westeuropäischen Ländern. 80 Prozent der Deutschen rechnen damit (oder befürchten), dass in absehbarer Zeit ein Krieg gegen den Irak beginnt. Die befürwortende Mehrheit, die vor einem Jahr zum Krieg in Afghanistan zu konstatieren war, gibt es zu einem Krieg gegen den Irak nicht. Die Hälfte lehnt diesen Krieg generell ab, einen Alleingang der USA und ihrer Verbündeten befürwortet nur eine Minderheit. Wenn es zu einem UNO-Mandat kommt, ist die Zustimmung allerdings deutlich größer. Eine deutsche Beteiligung an einem solchen Krieg wird von 71 Prozent der Bevölkerung abgelehnt. Es gibt in Deutschland einen deutlichen Ansehensverlust der USA. Zwei Drittel der Deutschen meinen, dass die US-amerikanische Außenpolitik eine negative Wirkung auf ihr Land hat. Diese Ansicht wird deutlich häufiger vertreten als noch vor einem Jahr.

Und doch stehen sie offenbar unbeirrbar bereit, den Krieg zu beginnen, wie einst Hannibal vor den Grenzen des Römischen Reichs. Figuren wie Hannibal sind in der Geschichte nie geliebt und immer gefürchtet worden, jetzt werden sie abgelehnt – darin liegt Hoffnung.

Weltmeinung gegen die «neuen» Kriege

Beitrag für den internationalen Workshop «100 Jahre Friedensnobelpreis für Bertha von Suttner – 1.000 Frauen für den Friedensnobelpreis 2005», Vortrag am 9.9.2005 in Prag.

Georg W. Bush am 6. November 2003:

«Die Region des Mittleren Ostens wird entweder ein Raum von Fortschritt und Frieden werden, oder sie wird eine Quelle von Gefahr und Terror bleiben. Und wir sind bestimmt, den Triumph von Fortschritt und den Triumph von Frieden in dieser Region zu sehen. Wir werden alles in unserer Macht Stehende tun, um zu sichern, dass die Freiheit eine dauerhafte Heimstatt in Afghanistan und im Irak findet.»

Georg W. Bush am 13. April 2004:

«Vor allem die Niederwerfung von Gewalt und Terror im Irak ist lebenswichtig für die Niederwerfung von Gewalt und Terror überall; und lebenswichtig für die Sicherheit des US-amerikanischen Volkes. Jetzt ist die Zeit und der Irak ist der Platz, in der die Feinde der zivilisierten Welt den Willen der zivilisierten Welt testen. Wir dürfen nicht schwanken.»

Und gefragt nach dem Vergleich mit dem Vietnam-Krieg:

«Ich denke, die Analogie ist falsch. Und ich denke auch, die Analogie sendet die falsche Botschaft an unsere Truppen und sendet die falsche Botschaft an den Feind. Sehen Sie, das ist schwere Arbeit. Es ist schwer, die Freiheit zu verteidigen in einem Land, das von Tyrannei stranguliert worden ist. Und schließlich, wir müssen Kurs halten, weil das Endergebnis im Interesse unserer Nation ist.»

Ich glaube, Georg W. Bush wird erheblich unterschätzt, gerade von den Linken, den Intellektuellen. Nicht als Person, da sind Erscheinung und Wesen wahrscheinlich nahe beieinander. Aber als Stimme und Repräsentant der Akteure einer weltweiten politischen Strategie, die die Ressourcen der kapitalistischen Metropolen für eine Triade einsetzt:

- globalisierter Kapitalismus,
- neue imperiale Kriege,
- neoliberale Hegemonie.

Die weltweite Distanzierung und Ablehnung des Kriegs der USA gegen den Irak, die es vor Beginn der Kampfhandlungen gab, existieren nahezu unverändert fort, nachdem die USA ein Ende der Kampfhandlungen erklärt haben. In dieser Aussage lassen sich die Ergebnisse der Neuauflage einer internationalen Untersuchung zusammen-

fassen, die Gallup International im April/Mai 2003 in 41 Ländern mit 31.806 Befragten durchgeführt hat.

Untersucht wurden

- Meinungen, ob die Welt sicherer geworden ist;
- Meinungen, ob der Krieg im Nachhinein als gerechtfertigt angesehen wird;
- Meinungen zum Wiederaufbau im Irak;
- Meinungen zu internationalen Wirkungen des Irak-Kriegs;
- Meinungen zum Konflikt im Nahen Osten;
- die Bewertungen der Auswirkungen der US-amerikanischen Außenpolitik auf die eigene Einstellung und auf das eigene Land.

Hat der Krieg die Welt sicherer gemacht? Nur in den USA selbst und daneben nur in Albanien und im Kosovo war zum Zeitpunkt der Untersuchung eine Mehrheit mit der Meinung festzustellen, die Kriege hätten die Welt sicherer gemacht. Aber selbst in den USA steht ein reichliches Drittel auf der Position, die Welt sei zu einem gefährlicheren Ort geworden. Es gibt nur zwei weitere Länder, in denen weniger als die Hälfte gewachsene Gefahren sieht, die Niederlande und Litauen. In den anderen 35 der 40 Länder, zu denen Daten vorliegen, ist es Mehrheitsmeinung, dass die Gefahren zugenommen haben.

Wenn es eine Strategie der nachträglichen Rechtfertigung gegeben hat, dann ist sie gescheitert. Außer den USA selbst gibt es nur weitere neun Länder, in denen mehr oder weniger große Mehrheiten den Krieg der USA und ihrer Verbündeten gegen den Irak für gerechtfertigt halten. In weiteren fünf Ländern gibt es relative Mehrheiten. Darunter sind neben Israel und einigen der Verbündeten auch die Balkanländer Albanien und Kosovo. In den anderen 26 Ländern, die an dieser Untersuchung beteiligt waren, überwiegt die Position, dass der Krieg nicht gerechtfertigt war.

Es ist die klar überwiegende Meinung in der Welt, dass die USA und ihre Verbündeten allein für die Finanzierung des Wiederaufbaus im Irak aufkommen sollen. Von den einbezogenen Ländern sind es 27, in denen es dafür eine Mehrheit gibt. In nur wenigen Ländern artikuliert sich eine Mehrheit dagegen, in einigen halten sich Für und Wider etwa die Waage, so ist das Meinungsbild auch in den USA selbst und bei den meisten ihrer Verbündeten.

Haben sich die Gefahren des Terrorismus verringert? Es gibt nur zwei Länder, neben den Philippinen ist das noch der Kosovo, in denen eine Mehrheit meint, die Bedrohung durch den Terrorismus habe sich durch den Krieg im Irak verringert. Für die Meinung, dass sich diese Bedrohung nicht verringert habe, gibt es in fünf Ländern eine relative Mehrheit, das sind die USA, Portugal, Bulgarien, Polen und Nigeria. In allen übrigen sind Mehrheiten, meist große Mehrheiten, der Meinung, dass sich die Bedrohung durch den Terrorismus nicht verringert habe. Wenn es die Absicht war, den internationalen Terrorismus wirkungsvoll zu bekämpfen, dann ist diese Absicht in den Augen der Weltöffentlichkeit gescheitert.

Fast überall ist es Mehrheitsmeinung, dass die UNO in diesem Zusammenhang Schaden genommen hat. Es gibt nur ein Land, das sind die Philippinen, wo eine leichte Mehrheit nicht zustimmt, dass die UNO Schaden genommen hat. In einigen Ländern ist es nur eine relative Mehrheit, die eine Beschädigung der UNO registriert, dazu gehören Malaysia und Island sowie Georgien, Polen und weitere osteuropäische Länder – Albanien, Bulgarien und Litauen. In allen Regionen der Welt, in den meisten Ländern meint eine große bis sehr große Mehrheit: Im Zusammenhang mit dem Krieg gegen Irak wurde der UNO ernsthafter Schaden zugefügt.

In den Erwartungen bezüglich der Perspektiven der diplomatischen Spannungen zwischen den USA und Ländern, die gegen den Krieg waren wie Frankreich, Deutschland und Russland, gibt es zwischen den Regionen deutliche Unterschiede. In den westeuropäischen Ländern sind die Anteile derer, die in dieser Frage pessimistisch sind, relativ groß. In den USA und in verbündeten Ländern halten sich Optimisten und Pessimisten etwa die Waage. Insgesamt gibt es nur neun Länder mit einer mehrheitlich optimistischen Perspektive, in den meisten Ländern ergibt sich dazu kein eindeutiges Meinungsbild.

Dass der Krieg im Irak zu mehr Frieden und Stabilität im Nahen Osten führen wird, für diese Annahme ist selbst in den USA nur dürftige Unterstützung zu finden, selbst hier ist der Anteil derer, die diese Auffassung ablehnt, recht groß.

Mehrheitliche Zustimmung ist ansonsten nur noch im Kosovo zu konstatieren, in Australien und Nigeria gibt es relative Mehrheiten mit Zustimmung. In den anderen 37 Ländern, in denen diese Frage gestellt wurde, überwiegt die Meinung deutlich, dass der Krieg im Irak nicht zu mehr Frieden und Stabilität im Nahen Osten geführt hat. Es ist klar die überwiegende Meinung in der Welt, dass es ohne Lösung des Konflikts zwischen Israel und Palästina keinen Frieden im Nahen Osten geben kann. Die Auffassung wird auch in den USA und Israel sowie in allen anderen Ländern zumeist von großen Mehrheiten vertreten.

Die Weltmeinung zu einem Angriff auf Syrien ist eindeutig. In den USA stimmen nur 28 Prozent einer solchen Aktion der eigenen Streitkräfte auf Syrien zu, eine Mehrheit von 57 Prozent lehnte ihn ab. Es gibt überhaupt nur ein Land, wo eine mehrheitliche Akzeptanz eines solchen Angriffs festgestellt wurde, das ist der Kosovo, hier stimmten 57 Prozent zu. Es gibt insgesamt fünf Länder, in denen der Anteil der Zustimmenden in dieser Frage wie in den USA zwischen 25 und 30 Prozent liegt, auch in diesen Ländern überwiegt die Ablehnung. In den meisten Ländern ist das Zurückweisen eines Angriffs der USA auf Syrien die klar dominierende Meinung, zwischen 60 und knapp 90 Prozent vertreten sie jeweils.

Fast überall auf der Welt ist Mehrheitsmeinung, dass die USA zu sehr auf den Einsatz militärischer Gewalt gegen andere Länder setzen, was bedeutet, dass diese Mehrheiten die militärische Gewalt ablehnen. Es gibt nur wenige Länder wie Albanien, den Kosovo, die Philippinen und Malaysia, in denen auch die Gegenmeinung häufiger vertreten wird. Auch in den USA selbst sprach sich ein beachtlicher Anteil

gegen militärische Gewalt aus. In den meisten Ländern, vor allem in Westeuropa und auch bei Verbündeten der USA, sind es deutliche Mehrheiten, die sich gegen Militäreinsätze der USA wenden.

Der Krieg, den die USA im Irak geführt haben, hat ihrem internationalen Ansehen geschadet. In den meisten Ländern sagen Mehrheiten, dadurch seien ihre Einstellungen zu den USA negativ beeinflusst worden. Insgesamt wird die Außenpolitik der USA international kritisch bewertet. Besonders häufig ist die Meinung, die US-amerikanische Außenpolitik wirke negativ auf das eigene Land in westeuropäischen Ländern, in Südamerika und in Asien.

IM GEDENKEN

Gegenmachtwissen – gegen Machtwissen (Pierre Bourdieu †)

herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Text der Woche 7/2002, Berlin.

Soziologie gehört zu den Zulieferindustrien, die das Material her- und bereitstellen, aus dem in Werkstätten abseits von Öffentlichkeit Herrschaftswissen und Deutungsmacht produziert werden. Die akademische Würde, in der sich das Fach in den Tempeln der offiziellen Wissenschaft so gern selbst zelebriert, ist eine Hülle. Auf spezifische Weise war der Soziologe Pierre Bourdieu, der am 24. Januar 2002 in Paris starb, Personifizierung dieses Widerspruchs. Sein Werk und Werdegang hatten ihn auf eine herausragende Stellung in einem der feinsten Tempel der Wissenschaft befördert, den Lehrstuhl Soziologie im Collège de France. Er war ein exzellenter Zelebrant eben jener Würde, und er hat die daraus erschließbaren Möglichkeiten radikal genutzt, den Mainstream der herrschenden Gesellschaftspolitik, den Missbrauch ökonomischer Übermacht, die Instrumentalisierung von Herrschaftswissen und den verdummenden Gebrauch von Deutungsmacht in zahlreichen öffentlichen und medialen Auftritten zu kritisieren.

In der Zunft der Soziologen, in der die Ränge fein verteilt sind zwischen den Überfliegern der großen Theorien, den Designern der modischen Überwürfe à la Spaßgesellschaft und den unscheinbaren Arbeitern der empirischen Aneignung der vielfältigen Welt des Sozialen, bildete Bourdieu einen Sonderfall. Zum einen war er ein Mann der Reflexionen, er hat die soziologische Theorie bereichert – mit «Habitus», «symbolischem Kapital» oder «Distinktionsgewinn» sind einige seiner Denkzeuge sogar bis ins Alltagsbewusstsein vorgedrungen. Zum anderen war er sich nie zu schade, selbst in die Niederungen der Empirie herabzusteigen, allerdings reflexiv und kritisch, die strenge Systematik der Analyse sozialer Realität wurde ihm zugleich zu einer heuristischen Quelle theoretischer Ideen. Sein Hauptwerk «Die feinen Unterschiede» ist unter diesem Gesichtspunkt zugleich ein Forschungstagebuch.

Das ist der Stoff, aus dem am Ende des 20. Jahrhunderts die großen Kritiker der herrschenden Eliten und ihrer neoliberalen Praxis gemacht sind. Dabei hatte er aus deren Sicht durchaus vielversprechend begonnen, als Schüler von Raymond Aron, einem der Schöpfer der «Theorie der Industriegesellschaft», und in der Tradition des französischen Strukturalismus. Das Gesellschaftsbild dieser Richtung kann man sich so vorstellen, dass das Soziale ein Netz struktureller Abhängigkeiten ist, gewissermaßen eine riesige und vieldimensionale Kombination von Marionetten, die sich gegenseitig selbst spielen. Bourdieus Kritik kam nicht mit dem Gehabe des Götzensturzes und Schulenstreits daher, sie war subversiv und blieb zunächst richtungsimmanent, wenngleich folgenreich. Er nimmt die Strukturierung an und hinterfragt deren Objektivismus – der Beobachtung folgend, dass in der Gesellschaft Regeln existieren, die den handelnden Individuen vorgegeben sind, ihnen aber gleichzeitig Freiräume in der Auslegung und Handhabung dieser Regeln lassen, die wiederum eine Vielfalt von Lebensformen ermöglichen. Das ist mit Sprache vergleichbar, auch hier sind Wortschatz und Grammatik vorgegeben und gleichzeitig ist eine unendliche Zahl von sprachlichen Kombinationen und Aussagen möglich. In der gesellschaftlichen Realität hängen die Nutzungsmöglichkeiten dieser Freiräume von einer weiteren Art von Faktoren ab, eben den «feinen Unterschieden». Von frühester Kindheit an eignen sich Menschen Geschmacksurteile, Lebensstile und kulturelle Praktiken an, wie man Besteck handhabt, welchen Wein man zu welchem Gericht auswählt, wie man sich bei welcher Gelegenheit kleidet, welche Bilder an die Wände sollen, welche Gebärden in der sozialen Kommunikation eingesetzt werden usw. Das alles ist verinnerlicht und kommt im alltäglichen Sozialverhalten weitgehend automatisiert zum Einsatz. Damit werden im sozialen Umgang der Menschen untereinander «Duftmarken» versendet, kulturelle Codes, die über die jeweils erworbenen kulturellen Eigenschaften einschließlich ihrer feinen Unterschiede informieren und darüber bestimmen, zu welchen Kreisen, Zirkeln und Szenen man Zugang haben kann und zu welchen nicht, welche Karrieren offenstehen und welche verschlossen sind.

Damit war nicht nur der Weg frei für eine neue, moderne Klassenanalyse jenseits von Erstarrungen orthodoxer marxistisch-leninistischer Lehre vom Klassenkampf, es waren auch neue Ansätze für wirkungsvolle Gesellschaftskritik geboren: Zum einen wurden die Unterschiede in den Ressourcen aufgedeckt, die bei gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und beim Kampf um Deutungsmacht eingesetzt werden, das ist ein Blick auf die Gesellschaft von «unten» und nimmt Partei für die «kleinen Leute». Zum anderen werden die Produktionsmechanismen offengelegt, in denen unter anderem soziologisches Wissen in Herrschaftswissen verwandelt und als solches eingesetzt wird. Das ist zugleich Konstitution von Gegenmachtwissen. Pierre Bourdieu hätte – wie andere auch – seine Theorien nicht leben müssen; aber er hat es getan. Er engagierte sich für Benachteiligte und Ausgegrenzte, für Wohlfahrt und Solidarität, für rechtlose Immigranten und Streikende. Seine Kritik konzentrierte sich auf das Weltmachtstreben der herrschenden Wirtschaftspolitik der kapitalistischen Metro-

polen und ihre desaströsen sozialen Folgen. Bourdieu hat Mitte der 1990er Jahre den Neoliberalismus nach dem früheren Präsidenten der Deutschen Bundesbank auch das «Modell Tietmeyer» genannt. Dieses Modell, so führte er aus, steht «für einen neuen Glauben an die historische Unvermeidlichkeit, die auf dem Primat der Produktivkräfte (und jenem der Technik) gründet, also für eine neue Form des Ökonomismus». Es bringt «[...] eine normative Anschauung zum Ausdruck, wie sie den Interessen der Herrschenden entspricht, eine auf klassische Weise konservative Anschauung, legitimiert und rationalisiert durch Argumente oder Wortwahl mit ökonomischem Schwung» (Bourdieu 1996). In einem *Spiegel*-Interview im Sommer des vergangenen Jahres wurde er noch schärfer: «Der Neoliberalismus ist eine Eroberungswaffe, er verkündet einen ökonomischen Fatalismus, gegen den jeder Widerstand zwecklos erscheint. Er ist wie Aids: Er greift das Abwehrsystem seiner Opfer an.» (Zit. n. Leick 2001) Sensibel spürte er den wachsenden Willen zur Gegenwehr und das Entstehen von globalisierungskritischen Basisinitiativen. Er engagierte sich in und für neue Bewegungen. Ihren Charakter sah er so: «Es handelt sich eher um eine Gegenreformation: Die Menschen ertragen das Theater der Politik nicht mehr, so wie die Protestanten das Theater der Religion nicht mehr ertrugen. Man sehnt sich nach wahrer Politik – so wie damals nach wahrer Religion.» (Ebd.)

Als er im Jahr 2000 aufrief zur Einberufung der Europäischen Generalstände, war ihm die Paradoxie klar: Als Institution existieren diese Generalstände nicht, aber die Rückeroberung der Politik durch die Bewohner der Polis ist eine immer dringendere Aufgabe, um wirksamen Widerstand gegen neoliberale Politik zu leisten. Wir müssen diese Arbeit nun ohne ihn tun.

Peter Heilmann

in: Das Blättchen 5/2003, S. 23–26.

Wer war Peter Heilmann?, fragte mich ein Freund, ansonsten in deutscher Geschichte und Geschichte der Arbeiterbewegung außerordentlich bewandert, als ich im Gespräch erwähnte, dass dieser vor einigen Tagen gestorben sei, etwa ein halbes Jahr nach seinem 80. Geburtstag.

Kennengelernt habe ich Peter Heilmann eher zufällig. Es war Anfang 1990 bei einer der ersten Diskussionsveranstaltungen zwischen Intellektuellen West und Intellektuellen Ost im Soziologischen Institut der Freien Universität. An der anderen Tischseite saß ein älterer Herr, klein, schwächling, mit nackenlangem weißen Haar. Gesagt hat er nichts, seine hellwachen braunen Augen waren es, die das Palaver kommentierten, mal interessiert, mal nachdenklich, häufig ironisch. Das alles hätte ich längst vergessen, wäre es nicht zu einer kuriosen Fortsetzung gekommen. Eine Stunde später läuft mir im heimatlichen Kietz ein älterer Herr über den Weg, klein, schwächling, mit nackenlangem weißen Haar. Unser Erstaunen war beiderseitig. Er habe einmal in der DDR gelebt und sei nun auf der Suche nach einem alten Kollegen, eigentlich einem

alten Kollegen seiner Frau. Nun sei aber niemand da, er wolle noch ein Weilchen warten. Worauf ich ihn einlud, er könne auch bei einer Tasse Kaffee bei uns warten.

Wir haben uns dann über den Lauf der Zeiten unterhalten, die Themen des Jahres 1990 eben. Von sich hat er nicht viel erzählt, er sei nach dem Krieg Jugendfunktionär im Osten gewesen, bei einer der politischen Säuberungen im Knast gelandet, von wo er nach fünf Jahren in den Westen abgeschoben worden wäre. Der Anfang einer Bekanntschaft war gemacht.

Sie fand schnell eine Fortsetzung. Es war die Zeit der Schließungen und Abwicklungen, auch der MEGA (der Marx-Engels-Gesamtausgabe) drohte das Aus. Ganz schnell war Peter Heilmann bereit, dagegen etwas zu tun. Wöchentlich traf sich eine ständig wachsende Runde von Westberliner und Ostberliner Historikern, Philosophen und Soziologen (das gab es damals auch!) und organisierte eine Unterschriftensammlung zur Rettung der MEGA. Peter Heilmann war der Aktivste und der Pffiffigste. Was der alles für Leute kannte und dafür gewinnen konnte, sich anzuschließen, zu unterschreiben, weitere Unterstützung zu gewinnen. Die Sache wurde ein Erfolg, wenn auch nicht ganz so, wie wir es gedacht und gewünscht hatten, aber das ist eine andere Geschichte. Peter Heilmann hat einen sehr großen Anteil daran, dass die Barbarei verhindert wurde, die MEGA in einem Jahrhundert zweimal zu liquidieren, nach 1933 nun auch 1990.

So nebenher hat er mir noch einen kurzen Lehrgang zur Arbeitsweise eines linken Intellektuellen in zur Existenz der kapitalistischen Marktwirtschaft verpasst. Ich gestehe, ohne seine Ratschläge, seine Kontakte und seine tatkräftige Hilfe wäre ich mit den veränderten Verhältnissen schlechter zurechtgekommen. Und ich erfuhr auch ein bisschen mehr aus seinem Leben. «Nach dir heißt ja eine Straße in Kreuzberg!», sagte ich einmal, das war eher scherzhaft gemeint. «Nein», sagte er, «die heißt nach meinem Vater».

Als Peter Heilmann 1922 geboren wurde, war sein Vater, Ernst Heilmann, bereits seit einigen Jahren Abgeordneter der SPD im Preußischen Landtag, später war er Fraktionsvorsitzender, ab 1928 Reichstagsabgeordneter. Gleich zu Beginn der Hitler-Diktatur wurde er verhaftet und kam ins Konzentrationslager. 1940 wurde er im KZ Buchenwald ermordet, Sozialdemokrat, Antifaschist und Jude, das war eine tödliche Kombination.

Wie die Kindheit von Peter Heilmann im Nationalsozialismus verlaufen ist, als doppelt Stigmatisierter: Sohn eines «Reichsschädlings» und «Halbjude», lässt sich nur erahnen. Immerhin konnte er die Schule beenden und das Abitur machen. Die Erlebnisse seiner Schulzeit waren so, dass er es später immer abgelehnt hat, mit früheren Mitschülern zu reden. Die Universität blieb ihm als «Mischling ersten Grades» verschlossen. Peter Heilmann wurde Kammerjäger, das gehört zu den Geschichten, die niemand glaubt, wenn man sie erfinden würde: In den Kinos lief «Der ewige Jude» und der «Halbjude». Heilmann säuberte die «arischen» Haushalte von Motten, Flöhen, Wanzen und Schaben. Es folgte die Einweisung ins Strafarbeitslager, ihm

gelang die Flucht. Obwohl selbst sich als Illegaler durchschlagend, half er anderen Gefährdeten unterzutauchen.

Der 8. Mai 1945 war für Peter Heilmann Tag der Befreiung. Er wurde politisch aktiv, er wollte mitwirken an einem neuen, einem anderen Deutschland. Die Gründung der DDR erlebte er als Studentenfunktionär im Zentralrat der Freien Deutschen Jugend (FDJ). Es ist vorstellbar, woran sich die neue Nomenklatura bei dem jungen, linken Freigeist rieb: an seinem intellektuellen Format, an seinen unabhängigen Ideen, an seiner Ironie und außerdem galt mittlerweile das Parteibuch seines Vaters wieder als ehrenrührig. Peter Heilmann wurde verhaftet, diesmal von den eigenen Leuten, er wurde 1951 wegen «Boykotthetze» verurteilt und verbrachte die nächsten Jahre im Zuchthaus Bautzen, dem «Gelben Elend».

1956 wurde er entlassen und in den Westen abgeschoben. Von da an lebten er und seine Frau Joan in Westberlin. Er arbeitete als Journalist bei Rundfunksendern, gab an der Universität Seminare, war Mitglied der SPD. Schließlich wurde er Leiter der Evangelischen Akademie Berlin. Als wir uns kennenlernten, hatten Joan und er sich gerade so halbwegs ins Rentnerleben gefunden. Es war ein aktives Dasein. Er war und blieb engagiert als Sozialist, immer hilfsbereit und solidarisch, aber nicht ohne Ecken und Kanten. Knurrig konnte er werden, wenn man seine Ratschläge als das nahm, was sie waren, als Ratschläge und nicht als Richtlinien. Solidarisch und kritisch so kann ich meine Eindrücke zusammenfassen.

In die Schlagzeilen geriet Peter Heilmann Mitte der 1990er Jahre, als aus einschlägigen Quellen in die Öffentlichkeit sickerte, er habe in West-Berlin für die Stasi gearbeitet. Als Decknamen hatte er Peperkorn gewählt. Das Bild muss man sich vor Augen führen: In seinen letzten Knasttagen reisen zwei gutgenährte Genossen an und lassen ihn vorführen. Da steht er vor ihnen, abgehärmt und ausgehungert, die Sträflingskappe in der Hand. Sie wollen ihn anwerben zum Wohle der DDR, aus der er in den nächsten Tagen verjagt werden wird, und er benennt sich nach dem feisten, reichen und zynischen Lebemann Mynheer Peeperkorn aus Thomas Manns Zauberberg. Das und seine Begründung, er habe etwas tun wollen für die sozialistische Gesellschaft, die er schließlich nicht freiwillig verlassen hatte, hat das Gericht nicht verstanden. Er wurde wieder verurteilt.

Die letzten Jahre seines Lebens hat er sehr zurückgezogen verbracht. Vielleicht hat ihm gefehlt, was er selbst so reichlich gespendet hat: kritische Solidarität, ich weiß es nicht.

Straflager und untergetaucht, ins Zuchthaus gesperrt und abgeschoben, wieder verurteilt – was für eine Biografie in drei Deutschländern!

Die Leichtigkeit der systematischen Analyse (Michael Chrapa †)

Beitrag auf dem Symposium der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Hellen Panke e.V. und des FOKUS-Instituts Halle vom 2.10.2004 zum Gedenken an Michael Chrapa.

«Nichts sollte nur einfach gut sein, es sollte auch Spaß machen» – so fasste ich vor einem Jahr meine Impressionen aus etwa zehn Jahren intensiver Zusammenarbeit mit Michael Chrapa zusammen. Er war ein rundum professioneller Soziologe, ein Empiriker mit gesellschaftstheoretischem Anspruch, ein Theoretiker mit empirischer Haftung in Realitäten. Seine Arbeiten umfassen ein breites Spektrum: Wahlforschungen und Analysen für das Wahlbüro der PDS, Forschungen zu Potenzialen für linke Politik, zur politischen Meinungsbildung, Projekte zur Jugendforschung, zur Männerforschung, zu Fremdenfeindlichkeit und Feindbildern in der Gesellschaft. Wie und auf welchen Grundlagen ist moderne sozialistische Politik in dieser Gesellschaft möglich? Das war für ihn die zentrale Frage, natürlich ist sie nicht ohne soziologische Relevanz.

Michael Chrapa, so habe ich ihn erlebt, war leidenschaftlicher Empiriker, er ist ohne empirische Arbeit als Soziologe nicht vorstellbar. Er brauchte die Datensätze, die Fakten und die analytische Arbeit. Er brauchte sie als Quelle für Inspiration, um Erklärungen auf die Spur zu kommen, aus und mit ihnen Realität zu rekonstruieren. Immer war er auf der Suche nach Neuem, dabei beherrschte er beides, das spielerisch-spontane Improvisieren und die systematische Arbeit an Innovation. Dazu möchte ich aus unserer Zusammenarbeit ein Beispiel erzählen.

In Vorbereitung unserer gemeinsamen Untersuchung im Jahr 2000, auf deren Grundlage dann die Studie «Zwischen den Wahlen» entstanden ist, dachte er darüber nach, wie Bewertungen denkbarer Chancen und Risiken bei möglichen Zukunftsentwicklungen untersucht werden können. Es handelte sich dabei um nichts Geringeres als um die empirische Umsetzung von Ernst Blochs Kategorie Novum, «die unerschiedenen, [...] die unentschiedenen» Möglichkeiten (Bloch 1985: 190). Das hatte sicher auch etwas mit seinen Interessen im Zusammenhang mit der Arbeit der Zukunftskommission zu tun. Dabei konnten nur bestimmte, ausgewählte «Zukunftstrends» betrachtet werden. Andererseits hatte ein solches Herangehen einen gewissen analytischen Neuwert und eröffnete bis dahin wenig erfasste Blickwinkel.

Die folgende Gruppe von Indikatoren wurde von ihm entwickelt und von uns dann eingesetzt:

- «Einführung einer sozialen Grundsicherung»;
- «Entwicklung eines gemeinnützigen Sektors für ökologische, soziale und kulturelle Dienstleistungen»;
- «Internet für alle»;
- «Umfassende Flexibilisierung der Lebensarbeitszeit»;
- «Einführung von Volksentscheiden über das Internet»;
- «Entwicklung und Anwendung der Gentechnologie»;
- «Erweiterung des Niedriglohnsektors in der Wirtschaft»;
- «Ausweitung von persönlichem Aktienbesitz».

[Es] sahen relevante Gruppen (mehr als 40 %) in

- «Einführung einer sozialen Grundsicherung»,
- «Entwicklung eines gemeinnützigen (sozialen) Sektors»,
- «Internet für alle»,
- «umfassende Flexibilisierung der Lebensarbeitszeit»

positive Chancen für viele.

Michael Chrapa fand dieses Ergebnis interessant und relevant, er formulierte:

«Damit existiert eine zwar sicher unterschiedlich motivierte, aber im Ganzen überaus wichtige mentale Einstellungskonstellation, an die durch linke Politik angeknüpft werden kann, obwohl (oder gerade weil) sie durchaus nicht nur «von links» besetzt ist. Auf jeden Fall zeichnet sich ab, dass größere Personengruppen (in Ost und West) vorhanden sind, für die soziale Forderungen keinesfalls in einem Widerspruch zur Orientierung auf «moderne» Wissenschafts- und Technik-Trends stehen.»

Er schloss daraus, dass politische Angebote von links, die eine soziale Orientierung und eine Orientierung auf Modernisierung miteinander verbinden, Erfolg versprechend sein könnten und möglicherweise Diskursmöglichkeiten über bisher erreichbare Kreise in der Bevölkerung eröffnen.

Aber er ging noch einen Schritt weiter. Weil er die Ergebnisse so interessant fand, bildete er eine zusätzliche Potenzialgruppe. In die wurden all die Personen einbezogen, die durchgängig die Richtungen «Grundsicherung», «Gemeinnütziger Sektor», «Internet für alle» und «Flexibilisierung» als Chancen für viele bezeichneten. Als Metapher für «soziale» plus «moderne» Einstellungen wählte er für diese Gruppe die Bezeichnung «SozMod».

Die so entstandene Gruppe ist nicht gerade klein, sie umfasst etwa ein Sechstel der Bevölkerung (im Westen 16 % und im Osten 17 %). Michael Chrapa fand sie so interessant, dass er sie systematisch nach sozialen und demografischen Merkmalen untersuchte. In Auswertung (dessen) hob Michael Chrapa hervor:

«Die Betrachtung soziodemografischer Merkmale zeigt zum einen, dass in der Gruppe «SozMod» relativ viele junge Menschen (auch im Status: Lehrlinge, Studierende) vertreten sind. Hier finden sich deutliche Analogien zu den in der 13. Shell-Jugendstudie beschriebenen «modernen Werthaltungen». (Jugendwerk der Deutschen Shell 2000)

Einen zweiten gewichtigen Block bilden im Westen leitende Angestellte/Beamte und im Osten gleichfalls Personen im Beamtenstatus sowie Vertreter freier Berufe. Alles in allem scheint die Potenzialgruppe SozMod eine Vielzahl von Menschen mit Dynamik, ausgeprägten Zielvorstellungen und/oder einem «Macher-Status» zu vereinigen.»

Diese Gruppenbildung war nicht konzipiert, sie erfolgte spontan, aus der Arbeit mit dem empirischen Material heraus. Ihre Stärke, eine Gruppe mit spezifischen Positionen zu Zukunftstrends zu isolieren und herauszuheben, ist zugleich ihre Schwäche – sie sagt nichts über Positionen beim «Rest». Wir haben es auch mit anderen Methoden versucht. In der Clusteranalyse zeichnete sich die gleiche Gruppe ab, der Rest war diffus.

Aber wir hatten damit ein allgemeineres Problem auf dem Tisch: Wie ist es möglich, empirisch Meinungen zu relevanten gesellschaftspolitischen Strategien zur Zukunftsgestaltung und zu Problemlösungen (und damit deren Wirksamkeit) zu untersuchen?

In der Erhebung von 2001 (Chrapa/Wittich 2001b) wurde die Thematik nicht berührt. Aber für die Untersuchung im Jahr 2003 hatten wir folgende Indikatoren entwickelt:

- radikale Einschnitte,
- Dialog und Ideensuche,
- politische Veränderungen für Bürgerbeteiligung,
- starke Führung mit Härte,
- Orientierung auf regionale Lösungen,
- Umverteilung bei wirtschaftlich Starken,
- Schaffung soziale Grundsicherung
- Privatisierungen,
- Nutzung Ost-Erfahrungen.

Wir fanden sie noch nicht perfekt, aber einsetzbar. Allerdings waren Aspekte der Modernisierung in der hier gewählten Systematik nicht unterzubringen.

Als die Ergebnisse vorlagen, konnte sie Michael Chrapa nicht mehr auswerten.

PUBLIZISTIK

Oskar und Michel

in: *Das Blättchen* 7/1999, S. 15–17.

Shakespeare hat sieben Oskars bekommen, nicht der alte natürlich, sondern ein aufgepoppter à la Hollywood. Gerhard hatte nur einen und der ist ihm nun auch noch abhanden gekommen. Im Abstand von zwei Wochen wissen wir wieder einmal: Unsere Welt ist hurtig. Die aufregendsten Nachrichten von gestern verschwinden wie die Wurst vom Sauerkohl und sind ganz schnell vergessen. Es war, so scheint es, nur eine Episode im politischen Theater.

Aber in dem Vorgang blitzte einiges hoch, was das Erinnern lohnend macht. Da war die Geschwindigkeit des Ganzen. Gerade sechs Monate im Amt wird die neue Bundesregierung einschneidend umformiert, dem Politikwechsel, für den die Koalition von Sozialdemokraten und Bündnisgrünen antraten, folgt ein Politikwechsel.

Wir sind daran gewöhnt, dass Politik medial vermittelt wird. Geboten werden uns Klischees mit bis an Verblödung heranreichenden Verkürzungen politischer Programme und Inhalte, die zudem noch personifiziert, das heißt mit Politikergesichtern etikettiert werden. Manchmal wird dabei eben auch übertrieben. Da war zum einen das Klischee der sozialdemokratischen Männerfreundschaft. Zum anderen wurden präsentiert: Gerhard Schröder als Personifizierung weltwirtschaftlicher Kompetenz und Oskar Lafontaine als Personifizierung einer Politik für mehr soziale Gerechtigkeit. Irgendwie musste das mit sich und der Wirklichkeit kollidieren.

Nun ist die Männerfreundschaft geplatzt. Das Medientheater geriet zur Schmierenskomödie, der aufgescheuchten Meute der Meinungsmacher fehlte der Hauptdarsteller, die hektische Berichterstattung hatte immer wieder nur die eine dürftige Nachricht zu vermelden.

Soweit könnte der Vorgang als ganz amüsant abgehakt werden. Freilich darf man sich wundern, dass an den Börsen die Aktienkurse vor Freude in die Höhe sprangen.

Was haben die Börsen gegen Männerfreundschaft? Nachdenken sollte man auch über den Zeitpunkt. Es gibt da einen auffälligen Zusammenhang mit Umbrüchen in der öffentlichen Meinung. Diese Regierung war möglich geworden, weil sich im Vorfeld der Bundestagswahlen vom Herbst 1997 ein breiter gesellschaftlicher Konsens über notwendige, ja überfällige gesellschaftspolitische Veränderungen gebildet hatte. Eingestiegen ist die Koalition mit ersten Reformen als sozialpolitisches Reparaturprogramm im Kleinstformat: wieder Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zu 100 Prozent und bei Neueingestellten vom ersten Tag an, Erhöhung des Kindergelds, Herabsetzung der Gebühren für Medikamente und medizinische Behandlungen und Rücknahme der angekündigten Rentenreduzierungen.

In der Folge haben sich die Akteure dann kaum noch mit Ruhm bekleckert. Dem durchschnittlichen deutschen Michel war es auch bereits genug an Veränderungen. Just in dem Moment, als Gerhard Schröder mit der Faust auf den Kabinetttisch schlug und Wirtschaftsfreundlichkeit einforderte, war das öffentliche Ansehen der Regierung insgesamt in den Keller gerutscht und das Image des Kanzlers unverändert strahlend. Eine Mehrheit für gesellschaftspolitische Veränderungen ist in Deutschland ein sehr zerbrechliches Ding. Der Ruf, das Vaterland sei als Wirtschaftsstandort in Gefahr, erging in die neue Mitte. Gemeint war jedoch etwas völlig anderes. Gemeint war etwas Altes, die Zweidrittelgesellschaft, die Solidarität der Nicht-Habeichtse mit sich selbst.

Die Losung war Globalisierung. Die Globalisierung gibt es wirklich. Sie ist beileibe nicht eine Erfindung aus den ideologischen Giftküchen des Neoliberalismus. Die Globalisierung ist der Bewegungsraum der Informationsgesellschaft, ist die durch moderne Medien und Informationstechnologien vermittelte permanente Präsenz überall auf dem Globus zu Echtzeit. Parallel zu den technologischen Entwicklungen, die diese bewirkt haben, hat sich mit dem Wachstum und der Ausbreitung der internationalen Konzerne und der internationalen Finanzmärkte eine weitere Form der Globalisierung herausgebildet und den Weg zur eigentlichen Weltmacht beschritten, die ökonomische. Die moderne kapitalistische Weltwirtschaft ist also nicht die alleinige Globalisierung, aber sie ist die bisher am effektivsten organisierte und sie ist die folgenreichste für die immer noch nationalstaatlich organisierten Gesellschaften.

Wie in den meisten anderen modernen kapitalistischen Metropolen werden in Deutschland mehr als drei Viertel des Steueraufkommens aus den Lohnsteuern, der Mehrwertsteuer, der Mineralölsteuer, der Tabaksteuer und ähnlichen erzielt. Sie werden vor allem also bei den kleinen Leuten abgezockt. Das große Kapital hat sich aus der Finanzierung des Gemeinwesens weitgehend verabschiedet. Es spielt derweilen auf den internationalen Finanzmärkten mit sich selbst und setzt dabei jeden Tag über eine Billion US-Dollar im Devisenhandel um. Wirkliche Wertschöpfung findet aber nach wie vor nur im Rahmen der nationalstaatlich verfallenen Volkswirtschaften statt. Doch die haben kaum noch etwas davon.

Umfassendere sozialpolitische Reformen in Richtung auf mehr soziale Gerechtigkeit sind nur finanzierbar, wenn es gelingt, diese Entwicklungen der letzten Jahre wenigstens teilweise wieder umzukehren. Das hat Oskar Lafontaine offenbar versucht. Durch die Steuerreform zum Beispiel sollten die Rücklagen der Energiekonzerne und der Versicherungsgiganten besteuert werden, also ein Teil der Mittel, die auf den internationalen Finanzmärkten vagabundieren. Man kann vermuten, dass sich das nun erledigt hat, allen amtlichen Beteuerungen zum Trotz.

Der Appell an den deutschen Michel war erfolgreich. Mehrheitlich stimmt er seiner eigenen Niederlage zu und darf sich auch noch als modern fühlen, obwohl alles beim Alten bleibt. Denn sogleich wurden die Klischees neu verteilt. Gerhard ist der Modernisierer, der Strahlemann. Dafür hat er eben auch keinen Oskar mehr, aber dem wird schnell noch der Ruf verpasst, für das Alte, gar Klassenkämpferische gestanden zu haben. Es ist klar, was es bedeutet, wenn in einer Gesellschaft mit steigender Armut eine Politik für mehr soziale Gerechtigkeit als veraltet gilt.

Die Heilige Allianz

in: Das Blättchen 8/1999, S. 12–13.

Flammen schlagen aus den Fenstern aller Etagen von Häusern, die aussehen wie jene, in denen wir wohnen. Die Straßen und Parks sind wie die unseren. Menschen mit müden und leeren Gesichtern ziehen zu Zehntausenden über staubige Straßen und kampieren auf matschigen Wiesen im grenznahen Mazedonien, ohne Dächer, ohne Wasser, ohne Toiletten, ohne Heimat, ohne Zukunft.

Ich sehe die Bilder zu allen Stunden auf allen Kanälen. Politiker, Militärs und Moderatoren mit immer gleicher Betroffenheit in den Gesichtern erklären mir mit immer gleichen Worten, das alles geschähe im Namen der Menschenrechte und sei ohne Alternative. Ich bin betroffen, ich bin gewiss, Menschenrechte werden verletzt und zugleich bin ich misstrauisch, ich fühle mich als Objekt eines gewaltigen propagandistischen Feuerwerks.

Zu misstrauen ist zuerst meinem eigenen Misstrauen. Allzu leicht ist es, in platten antiimperialistischen Denkformen und in der des Kalten Kriegs unterzuschlüpfen. Sie liefern lediglich Rhetorik den Schein von Begreifen, ohne irgendetwas zu erklären. Es bleiben Fragen: Welchen Sinn macht der Luftkrieg der Nato mit modernsten Bombern und Marschflugkörpern, wenn die verantwortlichen Politiker und Militärs kein Konzept haben, wie es weitergehen könnte?

Irgendwann sind alle Flugplätze, Kasernen, Treibstofflager und Brücken zerstört. Dieses Land, in dem staatliche Arroganz einen Bürgerkrieg inszeniert, ist nicht dauerhaft zu besetzen, das wissen alle.

In der Karfreitagsausgabe der *Süddeutschen Zeitung* redet der Soziologe Ulrich Beck von «Vernunftbomben» und «Militär-Chirurgie». Er meint damit die brennenden

Häuser und zerstörten Brücken. Wäre das Mehrheitsmeinung der geistigen Elite dieses Landes was für ein Golgatha der deutschen Intellektuellen. Und weiter lese ich:

«Der Nato-Humanismus im Kosovo setzt allerdings die militärisch-politische Hegemonie, das Weltpolizistentum der USA voraus [...]. Erst in dieser hegemonialen Konstellation kann die neue Weltmoral nationale Grenzen und Souveränitätsrechte aufheben und ihren Hoheitsanspruch entfalten.» (Beck 1999b)

Ich kann mich über den Zynismus der Sätze empören, ich kann aber auch darüber nachdenken.

Was ist, wenn Beck im Kern recht hat? Ich kann seine Aussagen von dem eitlen und triumphalen Apologetentum entkleiden, dann bleiben «Weltpolizistentum» und «Hoheitsanspruch». Wenn das zutrifft, dann sind wir Zeugen eines riesigen und entsetzlichen Verwirrspiels.

Dann läuft hier etwas völlig anderes als die Verteidigung von Menschenrechten mit vielleicht nicht ganz den Normen des geltenden Völkerrechts entsprechenden militärischen Mitteln. Dann handelt es sich um die Installation einer neuen Allianz jenseits von wirklicher internationaler Kontrolle. Die alte Heilige Allianz des Fürsten Metternich erscheint demgegenüber als Vereinigung Räuber und Gendarm spielender Knaben. Aus einer solchen Sicht kommt Sinn in die Vorgänge.

Die Gelegenheit ist gut gewählt, denn die jugoslawische Staatsmacht verletzt tatsächlich massiv Menschenrechte. Die Akteure wissen, ihre Militäraktion auf dem Balkan findet keine Zustimmung bei Mehrheiten der eigenen Bevölkerung, deshalb die Vernebelungsaktion der internationalen Front der Meinungsmacher. Aber es ist noch schlimmer. Die instrumentalisierte Betroffenheit erweist sich als ein ungeheurer Zynismus. Dass die deklarierten Ziele nicht erreicht werden, ergibt Sinn. Sehenden Auges wurde in Kauf genommen, dass die Vertreibung von Albanern aus dem Kosovo nicht eingedämmt oder gar gestoppt, dass die Verletzung der Menschenrechte nicht aufgehalten, Leid nicht gemindert, sondern gewaltig ausgeweitet wurden. Der Sinn ist erfüllt, wenn die USA und die Nato ihr Eingreifen ohne effektive internationale Gegenwehr durchziehen können.

Dann ist der Vorgang als solcher legalisiert, dann können und werden diese selbst ernannten Weltpolizisten überall dort auf der Welt wieder eingreifen, wo sie meinen, die Poren der Globalisierung schließen zu müssen.

Münchhausen-TV

in: *Das Blättchen* 10/1999, S. 14–16.

Am Freitagabend klingelt der Wäschemann an der Tür. Noch bevor er das Paket herüberreicht, platzt es aus ihm heraus. Er sei nicht für Milošević, überhaupt finde er furchtbar, was die Serben im Kosovo anrichteten. Aber dass die Nato seit Wochen täglich Jugoslawien bombardiere und die Deutschen wieder mitmachten, sei eine Katastrophe. Wir würden ja dermaßen belogen, an einem Tag werde von menschlichen Schutzschilden berichtet, am nächsten sei von KZs die Rede, Belege würden nicht geliefert. Zeit seines Lebens, sagt der Wäschemann, sei er unpolitisch gewesen, war nicht einmal bei den Jungen Pionieren, aber nun ginge er zur 1.-Mai-Demo, die von der PDS veranstaltet werde. «Mir soll der Arm abfallen, wenn ich je wieder SPD oder Grüne wähle!»

Diese Geschichte fiel mir heute wieder ein, als ich mir wie gewohnt das Frühstück mit den Nachrichten aus dem Frühstücksfernsehen garnierte. Patricia Schäfer, die Moderatorin im ZDF Morgenmagazin in einem Outfit, als sei sie gerade beim Schulmädchen-Report abgeworben worden, leitete eine Frage an Rudolf Scharping mit der Floskel ein, noch sei in der Bevölkerung die Unterstützung für die Bombardierungen groß.

Halt, denke ich, das weiß ich besser: Das Gegenteil ist der Fall und die wissen das auch. Oder sie könnten es wissen. Denn die Pressemitteilung über eine Studie von Social Data Berlin ist vor einer Woche raus. Die Fernsehleute und die Politiker lügen, dass sich die Balken biegen. Aber ich habe doch schon einmal die Aufforderung an uns Zuschauer gehört: «Schicken Sie uns ein E-Mail!». Ich finde die Seite des Morgenmagazins im Internet und richtig, da ist ein E-Mail-Button. Ich klicke den kleinen Punkt mit dem @ an und nichts passiert! Ich versuche es noch ein paar Mal, immer das gleiche Ergebnis. Diese Verbindung ist abgeklemmt! Die lügen nicht nur, die schützen sich auch davor, dass jemand auf ihre Lügen reagiert.

Die Wahrheit ist: Es gibt in Deutschland seit Beginn dieser militärischen Intervention in Jugoslawien keine Mehrheit für das militärische Eingreifen der Nato ohne UNO-Mandat und für die deutsche Beteiligung. Was es seit nunmehr sieben Wochen gibt, ist die ideologische Daueroffensive von Politikern und Medien, die permanent das Gegenteil unterstellen oder es sogar behaupten.

Nun war und ist es in der Tat eine spannende Frage, wie die Öffentlichkeit in Deutschland und in anderen beteiligten Ländern auf diese gravierende politische Entscheidung reagiert. Deshalb hatte Social Data bereits in der ersten Woche der Bombardierung durch die Nato, in der noch im Fernsehen gezeigt wurde, dass deutsche Tornados in den Angriffswellen mitflogen, eine Befragung in Auftrag gegeben, eine Studie verfasst und die Ergebnisse veröffentlicht. Das Hauptergebnis: Das militärische Eingreifen der Nato ohne UNO-Mandat wurde nur von einem Drittel der deutschen Bevölkerung akzeptiert; eine relative Mehrheit von knapp 40 Prozent hielt das

nur auf der Grundlage einer UNO-Entscheidung für vertretbar, reichlich 20 Prozent waren generell dagegen, in Ostdeutschland sogar 30 Prozent, im Westen weniger.

Einen Monat später haben wir die Umfrage wiederholt. Es war in der Tat unklar, wie in der öffentlichen Meinung die Vorgänge verarbeitet worden sind. Der Bombenkrieg war eskaliert, täglich gab es Bilder von Flüchtlingen und täglich wurde beschworen, all das geschähe im Namen der Humanität. Es wäre ja möglich gewesen, dass die Meinungen in Deutschland umschwenkten. Es war also zu erkunden, ob die konzentrierte propagandistische Aktion von Medien und Politikern etwas erreicht hatte.

Nein, das hat sie nicht. Die Zahl der Befürworter hat nur ganz leicht zugenommen, ihr Anteil liegt nun etwas über einem Drittel. Die Möglichkeiten der UNO werden jetzt zwar etwas skeptischer beurteilt, aber noch etwa ein Drittel der Deutschen setzt die Hoffnung auf sie. Der Anteil der prinzipiellen Gegner des Militäreinsatzes der Nato hat sich auf ein Viertel erhöht, im Osten sind das nun sogar 40 Prozent.

Tag für Tag war den Leuten eingeredet worden, die verstärkten Bombardierungen würden zum Ziele führen, den Krieg des jugoslawischen Staats gegen Teile des eigenen Volkes und die Vertreibungen zu beenden. Doch in der Bevölkerung glauben das gerade einmal sieben Prozent. Nur elf Prozent sind der Meinung, dass durch eine Ausweitung des Einsatzes militärischer Mittel das offizielle Kriegsziel erreicht werden kann. Eine klare Mehrheit hat ganz andere Vorstellungen von Konfliktlösung: Ein Viertel setzt auf die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und UNO und mehr als die Hälfte darauf, dass alle politischen und diplomatischen Mittel genutzt werden müssten.

Baron Münchhausen war seinerzeit, gemessen an seinen heutigen Nachahmern, geradezu ein Ehrenmann: Seine Lügen betrafen nur sein eigenes Tun. Jedoch das Zweite Deutsche Fernsehen und die anderen Anstalten nicht minder verbreiten nicht Lügen über sich selbst, sondern über einen Krieg, der durch die von ihnen wohlgeleiteten Nato-Bomben nur noch entsetzlicher geworden ist. Münchhausen musste damit rechnen, ausgelacht zu werden. Das ZDF klemmt ab.

Bei Käthe Reichel in Buckow

in: *Das Blättchen* 12/1999, S. 24–26.

Wir sind, so scheint es, seit gestern in der letzten Woche des Kriegs. Am schönen Frühsommertag fahren wir durch die Märkische Schweiz, wo Brandenburger Sand Gebirge spielt, auf Buckow zu. Durch das frische Grün der Bäume leuchtet der See, an den Hängen reihen sich Häuser von sympathischer Größe, die aussehen, als beherbergten sie schon seit einhundert Jahren Sommergäste. Die Idylle der bergigen Kleinstadt lädt nachdrücklich zur Entspannung ein. Ein größerer Gegensatz zur eigenen inneren Spannung ist kaum vorstellbar.

Seit gestern könnte Frieden sein, der höchst überflüssige Bombenkrieg beendet. Das jugoslawische Parlament und der Präsident Milošević haben dem Friedensplan

zugestimmt. Die Bombardierungen gehen vorerst, wie die Nato ihren Sprecher sagen lässt, aber weiter.

Wir sind mit der Schauspielerin Käthe Reichel verabredet. Ihr Haus liegt hinter dem Brecht-Weigel-Haus gleich links um die Ecke. Als sei Idylle noch zu steigern, steht es im Feuchtbiotop an dem Fließ, der den Buckow-See mit dem Schermützel-See verbindet. Wie ein auf dem Bauch liegendes großes L schützt es die große Wiese und den Garten vor der kleinen Straße, alles ist von großen Buchen und Erlen umstanden.

Dieses Haus hat eine Geschichte und Käthe Reichel steckt voller Geschichten. Das Haus ist 1926 als Pferdestall auf die Welt gekommen. Mitte der 1950er Jahre kaufte es Bertolt Brecht und schenkte es der jungen Schauspielerin, er wollte seine Lieben bekanntlich in der Nähe wissen.

Uns begrüßend sprudeln aus der quicklebendigen kleinen Frau schon die ersten Geschichten. Sie habe jetzt ein WC und müsse nicht mehr über die Wiese zum Plumpsklo. Das Haus hätten Brecht und sie ausgebaut und eingerichtet, das Plumpsklo sei geblieben. Jetzt habe der Krieg schon mehr als 30 Milliarden gekostet, wer das wohl bezahlen soll. Sie jedenfalls habe ihr Geld jetzt in dem neuen Klo verbaut, da könne es zur Bezahlung der Kriegskosten nicht mehr herangezogen werden. Außerdem habe sie nun gleich am Morgen einen herrlichen Blick auf die Blumen, Brecht würde das freuen.

So ist das Gespräch und so ist das Haus, voller Bezüge zu Brecht und ständig präsent der Krieg in Jugoslawien. Das Interieur haben sie gestaltet. Die Stühle, die Tische, die Küchenmöbel und die Regale hat Toni Schubert, der Bühnenbildner des Berliner Ensembles, nach alten Vorbildern gebaut, die Brecht und sie ausgewählt haben. «Ich gehe jetzt Kaffee machen!», sagt Käthe Reichel und ist sofort zurück mit einer neuen Geschichte:

Das Haus sei nicht an die Wasserleitung angeschlossen, es habe einen eigenen Brunnen. Das mache unabhängig, sagt sie, wenn wieder Krieg komme. Sie habe gelesen, vor Tagen schon war der Ölteppich auf der Donau 15 Kilometer lang. Wenn die Elektrizitätswerke zerstört sind, können die Wasserwerke nicht mehr arbeiten. Die Menschen in serbischen Städten haben kein Wasser mehr. Sie habe da einen Text gemacht. Wir lesen von ihrem Entsetzen über den offiziellen Zynismus von «humanistischen» Todesurteilen.

«Ich muss jetzt Kaffee machen!», verkündet sie abermals und dreht an der Küchentür wieder um. Brecht habe gesagt, die Menschen müssten 200 Jahre alt werden, da hätten sie eine Chance aus der Geschichte zu lernen. In einem Artikel von Mary-Wynne Ashford, Vize-Präsidentin der International Physicians for the Prevention of Nuclear War (IPPNW) und Friedensnobelpreisträgerin, habe sie von deren Angst gelesen, dass der Krieg die Abrüstung um 20 Jahre zurückwerfen und die Gefahr eines Atomkriegs wieder vergrößern würde. Diese Angst habe sie auch.

«Jetzt muss ich aber wirklich Kaffee machen, nach Shakespeare darf man einen Spaß nur dreimal in Szene setzen!» Als wir ihn trinken, meint sie: «Dieses Haus gebe ich dem Brecht zurück.» Es soll ein Arbeitsort werden für Schriftsteller, Dichter und wissenschaftliche Autoren, für Leute aus der «Zunft, der Brecht angehörte».

Dann wird hier etwas bleiben, was sich lebendig auf Brecht bezieht, etwas vom kritischen Geist in seiner Tradition.

Am Nachmittag sind wir zurück in Berlin. Unter unseren Fenstern ist es auch grün. Was von oben wie ein Park aussieht, ist der älteste Friedhof von Berlin. So ein Blick ist ein Privileg, wenn man «Platte» wohnt. An seiner der Straße zugewandten Mauer ist eine Reihe mit Gräbern der letzten Toten des letzten Kriegs, den Deutsche vom Zaun brachen. Junge Menschen und ältere mussten kurz vor Kriegsende noch sterben. Wie viele Menschen werden diesmal sterben in der letzten Woche des Kriegs. Oder in der ersten Woche des Friedens? Was wird das für ein Frieden sein mit Nato-Soldaten in einer internationalen Friedenstruppe in einem Land mit seinem Partisanen-Mythos?

Wie die Börse reagiert, weiß ich schon. «Der Euro fällt weiter auf einen Tiefstand», lese ich im Ticker.

Schließtag fürs Paradies

in: Das Blättchen 17/1999, S. 8–10.

Man könnte meinen, es sei ein typisches Sommerloch-Thema. Auch meine spezielle Freundin vom Frühstücksfernsehen, die mit dem Schulmädchen-Outfit, behandelt es mit dackelgleich gerunzelter Stirn und verrät so den gespielten Ernst. Gemeint sind die Ladenschlusszeiten.

Am ersten Sonntag im August öffnete die Kaufhof AG ihre Warenhäuser am Berliner Alexanderplatz, in Halle/Saale und Dessau. In benachbarten sächsischen Städten ist der Sonntag unter dem christdemokratischen König Kurt schon eine ganze Weile nicht mehr heilig für den Einzelhandel. Na und?

Ich gestehe, mir persönlich sind Warenhäuser einschließlich ihrer Öffnungs- und Schließzeiten schnurzippegal. Ich betrete sie notgedrungen, wenn ich etwas brauche, und verlasse sie fluchtartig, ist der leidige Einkauf erledigt. In ihnen zu flanieren und mich vielleicht sogar zu unnötigen Erwerbungen verführen zu lassen gehört beileibe nicht zu meinen Vergnügungen. Die Meinung, dass mindestens die Hälfte dessen, was da herumsteht, Müll ist und schon als Müll produziert wurde, wird von mir geteilt.

Wenn schon darüber geschrieben werden soll – das Sommerloch erlegt schließlich Nicht-Urlaubern gewisse Pflichten auf –, dann lässt sich dazu auch prächtig schwadronieren. Schließlich weiß ich, dass Emile Zola das Kaufhaus «Paradies der Damen» genannt und eines von ihnen zum Schauplatz eines Romans gemacht hat. Ein Paradies für Damen? Warum nur für diese? Und: Sind ihnen die anderen Himmel der diversen Religionsgemeinschaften verwehrt?

In Zolas Formulierung steckt natürlich, dafür hat uns der Feminismus die Augen geöffnet, ein prachtvolles Stück Machismo, sie atmet den an moderne kapitalistische Marktwirtschaft angepassten Geist des Patriarchats. Die im Zeitgeist festgelegte Rollenverteilung ist durchschaubar: die Frau als Konsumentin. Doch warum soll auf ewig dem größeren Teil der Bevölkerung ihr Paradies an einem Tag in der Woche vorenthalten werden?

Als gebildeter Mensch kann ich auch zitieren, wie Walter Benjamin die Kaufhauspassage nannte: «geile Straße des Handels, nur angetan, die Begierden zu wecken». So ließe sich noch der eine oder andere Bildungsbrocken im Sommerloch breittreten, etwa dass die Mitte Berlins, seit Wertheim vor reichlich einhundert Jahren sein erstes Warenhaus in der Leipziger Straße eröffnete, für derartige Etablissements ein symbolträchtiger Ort ist.

Spätestens an dieser Stelle drängen andere Fragen nach vorn. Was ist, wenn es sich wiederum um einen symbolischen Vorgang handelt, was gäbe es dann dahinter zu entschlüsseln? Warum erfolgte der Vorstoß gegen die grundgesetzlich verankerte Arbeitsruhe am Sonntag gerade im Einzelhandel und warum in Ostdeutschland? Im Westen ist die Kaufkraft doch wesentlich größer.

Nach dem öffentlichen Dienst ist der Einzelhandel in Ostdeutschland der größte Arbeitgeber, insbesondere die Kaufhauskonzerne und Einzelhandelsketten sind mächtige Wirtschaftsfaktoren. Zugleich ist die Arbeitslosigkeit höher, auch bei Frauen. Damit existiert ein gewaltiger Druck auf die Verkäuferinnen und Verkäufer in den Warenhäusern, sich aus Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes nicht gegen die Sonntagsarbeit zur Wehr zu setzen. Die Kaufhof AG und die hinter ihr stehende Metro-Gruppe haben ganz sicher kalkuliert, dass die Gegenwehr in Ostdeutschland schwächer sein werde und sich hier ein Durchbruch für die gesamtgesellschaftlich angelegte Strategie erzielen lasse.

Da klar ist, dass die zur Verfügung stehende Kaufkraft durch veränderte Öffnungszeiten nicht um einen Pfennig zunimmt, muss es um etwas anderes gehen. Die kleinen privaten Einzelhandelsgeschäfte werden sich die zumindest zeitweilige Erhöhung der Lohnkosten nicht leisten können oder nur bei weiter verstärkter Selbstausbeutung ihre Geschäfte auch am Sonntag offen halten. Es geht um eine Umverteilung der Umsätze zugunsten der Kaufhauskonzerne und Einzelhandelsketten, um Verdrängung und Strukturbereinigung. Unsere Städte werden dadurch nicht lebendiger und attraktiver, wie apologetisierende Politiker und Journalisten gern verkünden, sondern trister und eintöniger.

Man darf weiterhin fest davon ausgehen, dass die in Aussicht gestellte Zunahme an Arbeitsplätzen nicht eintreten wird. Der Umfang der bezahlten Arbeitszeit wird nicht zunehmen, wohl aber wird sich ihre Struktur wandeln. Ganz sicher werden die Kaufhäuser nicht die gesamten Öffnungszeiten mit gleichbleibender Personalbesetzung arbeiten. Schwerlich werden sich die Einzelhandelskonzerne die vergrößerten Chan-

cen entgehen lassen, die Mehrzahl der Arbeitsplätze in Billiglohnjobs zu verwandeln. Genauso ist es in den USA vor Jahren bereits gelaufen.

So gesehen soll der Vorstoß im Einzelhandel den Durchbruch in eine umfassende Deregulierung bewirken. Man braucht nicht viel Fantasie, um sich vorzustellen, dass andere Branchen der Dienstleistungen und der produzierenden Bereiche sehr schnell folgen werden. Die strategische Richtung ist klar: Es geht um die verstärkte Umverteilung von unten nach oben.

So hat Zola schließlich unrecht. Das Kaufhaus ist kein Paradies, zumindest nicht für die Damen, die darin arbeiten.

Jugend ist anders

in: Das Blättchen 11/2000, S. 1–3.

Eigentlich sehen wir ziemlich alt aus. Wir hier in Deutschland werden immer älter, die Gesellschaft altert rapide. Das hängt einerseits mit dem «Pillenklick» zusammen, der zu einem permanenten Geburtenrückgang führte. Andererseits steigt ständig die Lebenserwartung. Heute geborene Mädchen können im Durchschnitt darauf rechnen, dass sie 80 Jahre alt werden, Jungs können sich auf 74 Jahre freuen. Jugend gerät immer mehr zur Rarität. Das steht in groteskem Gegensatz zum allgemeinen Jugendwahn, der allenthalben durch die Medien und die schöne, heile Werbewelt geistert.

Wenn es um die Jugend geht, sind die Klischees schnell bei der Hand. Entweder sind die Haare zu lang oder sie sind zu kurz. Die Jugend ist oberflächlich, unordentlich und wenig fleißig. Immer neue «Generationen» werden erfunden, die «hedonistische», die «orientierungslose», die «politikverdrossene» usw. Unterstellt wird eine die ganze Altersgruppe erfassende Dekadenz. Damit stünde der Niedergang der Zivilisation bevor. So geht das nun schon seit mehreren Jahrhunderten.

All das sind Klischees. Das belegt mit reichhaltigem Material auch die kürzlich vorgelegte Studie «Jugend 2000». Es ist die 13. ihrer Art. Mit der finanzkräftigen Deutschen Shell AG als Sponsor im Rücken lässt sich einerseits komfortabel teure empirische Sozialforschung betreiben. Andererseits steht ein solches Vorhaben von vornherein im Spannungsfeld sehr unterschiedlicher Interessen. Da sind zuerst die des Geldgebers, der den Unternehmensnamen mit einem allgemein akzeptierten Ergebnis schmücken möchte, er möchte sein Gutmenschentum nicht nur mit dem Akt demonstrieren, sondern will es auch anerkannt wissen. Da ist weiterhin die Bundesregierung, die repräsentiert durch die vom Bundesinnenministerium beaufsichtigte Bundesanstalt für Politische Bildung durchaus nicht so sehr im Hintergrund dabei ist, wie diesmal der Text unterstellt; hier wird auf Bestätigung gehofft, dass die Regierenden gut für die Zukunft sorgen.

Da ist auch die Gilde der professionellen Meinungsmacher, die für folgende Klischeeproduktionen mit Material rechnen, von dem sie sich bei Bedarf wie aus einem Steinbruch bedienen können. Die zivilgesellschaftlichen Strukturen der freien Träger

von Jugendarbeit, denen es angesichts leerer öffentlicher Kassen immer mehr an die Existenz geht, erwarten eine Bestätigung ihrer Daseinsberechtigung und beeinflussen zugleich mit ihrem kleinräumigen Agieren die Bewertung. Und schließlich gibt es ja auch noch die jungen Leute selbst in diesem Land, die sicher nicht zu Tausenden die beiden Bände lesen werden, aber doch mitbekommen, ob sie sich mit ihren Lebensbildern wiederfinden können, oder ob ihnen das Ganze am A... vorbeigeht.

Diesem Spannungsfeld von Interessen können sich die Akteurinnen und Akteure eines solchen Unternehmens nicht entziehen, sie haben es aber erfolgreich vermieden, sich dem auszuliefern. Das ist ihnen vor allem dadurch gelungen, dass sie sich konzeptionell intensiv auf ihren Gegenstand eingelassen haben. Sie folgen in ihrem Vorgehen den Sichtweisen der Jugendlichen selbst, Schwerpunkte der Studie sind Lebensgeschichten und Lebensplanungen sowie die Differenziertheit innerhalb der jungen Generation.

Die Wissenschaftler hatten die Möglichkeit, eine Vielfalt von Untersuchungsmethoden einzusetzen. Sie verbanden biografische Porträts von 32 jungen Frauen und Männern (deren Material den ganzen zweiten Band füllt), Intensivgespräche und Gruppendiskussionen miteinander. Und sie konnten sich eine Vorstudie mit 734 Interviews leisten und damit die Instrumentarien für die repräsentative Befragung von 4.546 jungen Menschen testen. Mit einer Zusatzstichprobe von 648 Jugendlichen nicht deutscher Herkunft wurden erstmals nicht nur deutsche Jugendliche, sondern Jugendliche in Deutschland zum Gegenstand gemacht.

Das Ergebnis ist eine sehr solide Momentaufnahme. Der Text ist gut lesbar und wird in einer bescheidenen und doch schönen Ausstattung der beiden Bücher präsentiert.

Wir wissen nun wieder, Jugend ist eben nicht gleich Jugend, und alle Sprüche, die anfangen mit «Die Jugend von heute ...» sind falsch. Immer weniger junge Menschen sollen mit ihrer Lebensarbeit die Grundlage dafür schaffen, dass immer mehr alte auch in Zukunft askömmliche Renten erhalten können. Die junge Generation, so ein Ergebnis der Studie, lässt sich skeptisch-optimistisch darauf ein. Doch die Studie signalisiert Widersprüche: Einerseits sind Jugendliche stark auf Beruf und Familie orientiert, andererseits gehören die Schwierigkeiten, überhaupt erst einmal in das Berufsleben einsteigen zu können, zu ihren Grunderfahrungen. Und schon bei der nächsten Drehung des Generationenkarussells wird die Familienorientierung von immer mehr jungen Menschen nicht mehr eingelöst. Das führt wiederum zu Geburtenrückgang und gefährdet den «Generationenvertrag».

Welche Lebensplanungen und -entwürfe und welche Werteskala sich in solchen Zukunftsängsten ballen, harrt dringend der Untersuchung. Gebraucht wird aber auch eine solide Studie zum Gebär- und Zeugungsverhalten beziehungsweise zur Zeugungsverweigerung.

Wegelagerer

in: *Das Blättchen* 15/2000, S. 11–12.

Es gibt traditionsreiche Dienstleister mit umfangreichen Leistungsangeboten. Sie bieten Raum für Begegnungen am Wochenende mit Vorträgen und Musik. Im Angebot sind vertrauliche Gespräche mit therapeutischer Wirkung. Anlässlich von Eheschließungen, Geburten oder Todesfällen können Unterhaltungsprogramme geordert werden. Bildungsangebote gibt es und solche zur Weiterbildung. Feste mit Initialriten beim Übergang von der Kindheit zum Erwachsensein werden ausgerichtet.

Gelegentlich essen sie auch miteinander einen Happen und trinken dazu ein Glas Wein, ich finde es allerdings nicht so toll, dass es wirklich nur ein einziges Glas Wein ist. An der Grenze finde ich, dass als Dienstleistung ein Leben nach dem Tode und noch dazu in idyllischen Gefilden in Aussicht gestellt wird. Aber insgesamt ist es ein durchaus attraktives Programm, das sich seit Jahrhunderten bewährt.

Voraussetzung dafür, alle diese schönen Angebote wahrnehmen und genießen zu können, ist Glaube, und zwar ein bestimmter, der Glaube an den Gott der Christen. Nun gestehe ich, im Glauben bin ich nicht stark. Ich glaube nicht an einen allwissenden und allmächtigen Gott, ich mochte schon nicht an die Allwissenheit des Politbüros glauben und das gab es schließlich mit Namen und Adressen wirklich. An die unbefleckte Empfängnis vermag ich auch nicht so recht zu glauben, ich habe in meinem langen Leben viel gerissenerer Tricks beim Ehebruch beobachten können. Klar ist, dass ich weiterhin mit der Auferstehung, der Ausgießung des Heiligen Geistes und den diversen Sakramenten meine Schwierigkeiten habe. Wie gesagt, mit meinen Fähigkeiten zum Glauben ist es nicht weit her. Aus all den schönen Angeboten mache ich mir deshalb auch nicht viel.

Andererseits habe ich zu Kirchen durchaus ein gutes Verhältnis, zu den Bauten und den kulturellen Traditionen. Aus manchmal leidvollen Urlaubserfahrungen weiß meine Familie, dass ich kaum an einer Kirche vorbeikomme, schon gar nicht, wenn sie alt ist. Ich weiß natürlich auch und schätze es, dass unsere europäische Kultur ohne die Werte und kulturellen Leistungen von gläubigen Christinnen und Christen nicht vorstellbar ist.

Und ich kenne und schätze viele gute Menschen, die sich von religiösen Motiven leiten lassen. Christliche Demut habe ich allemal besser gefunden als kommunistischen Hochmut. Aber die von den Kirchen angebotenen Dienstleistungen nehme ich nun einmal nicht wahr, habe es nie getan und werde es niemals tun. Ich gehe nicht zu Gottesdiensten, brauche keine Beichte, geheiratet haben wir schlicht auf dem Standesamt, ich bin nicht konfirmiert, gehe zu keiner Bibelstunde, an einem Abendmahl habe ich nie teilgenommen, und wenn ich einmal die Welt verlassen muss, werde ich wohl kein christliches Begräbnis zu erwarten haben. Auch auf einen Platz im Himmel kann ich gut verzichten. Den kann dann ein anderer kriegen.

Nun habe ich bisher immer gedacht, das sei meine Privatsache. Ein amtliches Schreiben, das in Deutschland natürlich aus einer Dienststelle kommen muss, will

mich nun eines Besseren belehren. Wenn ich keinen schriftlichen Nachweis für den Kirchenaustritt vorlegen könne, werde ich als Kirchenmitglied geführt, Punktum. Wie es mit meiner Glaubensfähigkeit steht, habe ich schon mitgeteilt, aber geführt werden will ich schon gar nicht.

Zurzeit muss ich in Deutschland gerade mal nicht beweisen, dass ich kein Jude, Mohammedaner, Buddhist oder Konfuzianer bin, aber ich soll beweisen, dass ich kein Christ bin. Der Einzige, der mit Sicherheit wissen kann, ob und was ich glaube, bin ich selbst. Meine Familie ist offiziell aus der Kirche ausgetreten, als ich noch Rollerfahrer war, aber ein Papier darüber habe ich nicht. Ich fand das bisher auch nicht schlimm, weil ich die tiefe und auf Erfahrungen gestützte Überzeugung hatte, dass man in Deutschland nur etwas ist – sei es Facharbeiter, Ehemann oder Friedensfreund –, wenn man darüber ein Papier besitzt. Dass man etwas sein kann, in dem Fall also Kirchenmitglied und Christ, weil man ein Papier nicht hat, ist mir neu.

Nun ist mir natürlich klar, dass es denen völlig egal ist, ob ich glaube oder nicht, die wollen von mir Kirchensteuern. Allgemein ist es nach Vertragsrecht aber so, dass derjenige, der Leistungen anbietet und verkauft, die Existenz eines entsprechenden Vertrags und die vertragsgerechte Leistungserbringung (so heißt das nun einmal) nachweisen muss. Hinsichtlich der Kirchenmitgliedschaft ist das in Deutschland jedoch immer noch wie im Mittelalter, es herrscht eine vorbürgerliche Rechtslage. Es ist so eine Art gewandelte Inquisition, zwar wird nicht mehr gerädert und verbrannt, ganz kapitalförmig geht es bloß um den schnöden Mammon, aber die Beweislast liegt nach wie vor bei den Einzelnen, ansonsten habe ich zu zahlen. Das ist staatlich sanktionierte Wegelagererei.

So wird nun aus einem Freund christlicher Kultur noch ein kämpferischer Atheist. Falls sie das nicht wollen, sollten sie umgekehrt vorgehen: Als praktizierenden Marxisten könnten sie mich einfach ausschließen, wegen Unvereinbarkeit. Wenn einst selbst Martin Luther exkommuniziert wurde, wäre das doch das Mindeste, was ich erwarten darf.

Der Kanzler und das Wort

in: Das Blättchen 19/2000, S. 3–5.

Wenige Monate oder Wochen, bevor dieses, unser 20. Jahrhundert zum zweiten Mal und nunmehr endgültig verabschiedet wird, ist es vielleicht nicht unbedingt ein Makel, wenn man sich so einige Gedanken macht. Literatur kann lehren – liest man Arnold oder Stefan Zweig, Thomas oder Heinrich Mann oder gar Karl Liebknecht oder Rosa Luxemburg –, dass sich wesentliche Teile des Nachwuchses der herrschenden Eliten am Ende des vorigen Jahrhunderts von ihrer Bürgerlichkeit in aller Bürgerlichkeit abzunabeln begannen. Der Soziologe Max Weber hatte dieses Zeitgefühl schon mehr als ein Jahrzehnt zuvor in seiner Freiburger Antrittsvorlesung formuliert:

«Ich bin ein Mitglied der bürgerlichen Klasse, fühle mich als solches und bin erzogen in ihren Anschauungen und Idealen. Und wenn ich mich frage, ob das Bürgertum Deutschlands reif ist, die politisch leitende Klasse der Nation zu sein, so vermag ich heute nicht diese Frage zu bejahen.» (Weber 1988)

Die 68er waren ihre konsequenten Erben und sind mit ihrer Re-Verbürgerlichung nun ihre Negation.

Am Übergang zum «kurzen 20. Jahrhundert» (Hobsbawm) war die politische Elite des noch jungen Deutschen Reichs schon am Ende. Die Endzeitstimmung – *Fin de Siècle* – des bürgerlichen Nachwuchses war dafür der mentale Ausdruck. Am Ende des 19. Jahrhunderts schienen die politischen Kräfteverhältnisse und Strukturen in Deutschland quasi ultrastabil zu sein. Nach dem Ersten Weltkrieg waren sie völlig verändert.

Eine vergleichbare Stimmung des *Fin de Siècle* scheint in der gegenwärtigen Gegenwart zu fehlen. Es gibt indessen eine Gleichzeitigkeit von Fortschrittserwartungen und verbreitetem Bewusstsein über ökologische Gefahren, die demografische Zeitbombe und andere Zukunftsrisiken. Dass alles so seinen Gang gehen werde, ist uneingestanden die dominierende Stimmung, allem Geschwätz zum Trotz, dass grundlegende Umsteuerungen um alle Ozonlöcher dieser Welt herum notwendig wären.

Unser aller Bundeskanzler liegt natürlich voll im Trend, er beteuert Kontinuität und beschwört Innovation, sein Wahlverein beteuert und beschwört gleich mit, wohl ohne mehrheitlich akzeptiertes Gefühl dafür, – vergleichbar dem Chor in griechischen Tragödien – ungewollt die Stimme gegenteiliger Entwicklung sein zu können. Kontinuität und Innovation, das kommt mir bekannt vor. In der DDR der späten 1980er Jahre, die ich liebte und an der ich litt (man kann nur wirklich leiden an etwas, was man liebt), hieß das: Kontinuität und Erneuerung.

Ich habe mich jetzt im Verdacht, ein sehr langsamer Merker zu sein: Immerhin mehr als zehn Jahre habe ich gebraucht, um die Unlogik dieser Kombination zu erkennen. In der Erneuerung ist die Kontinuität schon enthalten. Erneuerung setzt voraus, dass es etwas zu Erneuerndes gibt. In der Formel wird, mathematisch gesprochen, die Kontinuität quadriert, sie nimmt exponentiell und damit in jedem Fall erheblich schneller zu als die Erneuerung, sei sie linear, tangential oder asymptotisch. Anders gesagt: Die Formel betont das Rückwärtsgewandte stärker als das Zukunftsweisende. Kontinuität und Erneuerung heißt Rückschritt, Sackgasse im Entwicklungspoker, das war – wie sich schließlich gezeigt hat – in der DDR so und scheint als ungewolltes Erbe ins neue Deutschland übernommen. Die Greencard ist eine logische Konsequenz. Wie das neue Jahrhundert starten wird, ist unklar. Mit Golfkrieg und Kosovo ist ein neues Weltpolizistentum von USA und in ihrem Gefolge der Nato bereits institutionalisiert. Wenn der Start ins 20. Jahrhundert mit dem Ersten Weltkrieg eine Katastrophe war, und er war es in der blutigsten aller bisherigen Epochen, so würde ein ähnlicher Start bei den zwischenzeitlichen Fortschritten in Kultur und

Destruktionskapazitäten desaströs werden. Geschichte, menschliche Geschichte kann sich auch als endlich erweisen.

Wir wissen es nicht, noch nicht. Sicher bin ich mir auch nicht, ob es eine Fin-de-Siècle-Stimmung nicht doch gibt. Wir leben in einer alternden Gesellschaft mit alternden Eliten. Die öffentliche und mehr noch die veröffentlichte Meinung wird allzu sehr dadurch bestimmt. In den jüngeren Generationen, die das neue Jahrhundert gestalten werden und müssen, ist ein verändertes Verhältnis von Privatem und Öffentlichem zu erahnen. Das Private scheint entsozialisiert und individualisiert, Familie gerät eher zur Ausnahme in der Lebensplanung, das Öffentliche wirkt fremd, entrückt und sonderbar, generell kritikwürdig, Netzwerke gelten in ihrer kommunikativen Unverbindlichkeit alltäglich als das Eigentliche. Auch von dieser Seite muss als offen gelten, was folgen wird. Kontinuität und Erneuerung wird es mit Sicherheit nicht sein können. Eine Anpassung der heutigen politischen Strukturen an die Lebensentwürfe der Jüngeren ist nicht ausgeschlossen, aber eher unwahrscheinlich, man denke an die vollzogene Demoralisierung, wie sie im Spenden- und Finanzskandal einer der großen Parteien deutlich wird. Denkbar, da das neue Jahrhundert gleichfalls mit neuen gesellschaftspolitischen Entwürfen und Konstellationen eingeleitet werden wird. Denken wir positiv: Alles wird gut, was immer das heißt.

Stadt der Reichen und der Slums

in: *Das Blättchen* 25/2000, S. 14–16.

«Der Schriftsteller Rolf Schneider redete im ›Tränenpalast‹ über die Faszination kommunistischer Texte und über seine Furcht, dass sich in Mexiko oder anderswo ähnlich wie 1968 in Westeuropa eine aufbrechende Generation erneut solcher Ideen bemächtigt.»
(neues deutschland, 20.11.2000)

Das abendliche Bogotá bietet, von oben gesehen, einen faszinierenden Anblick. Die riesige Hochebene ist ausgefüllt mit Lichtern, starken und schwachen. Dichtere Helligkeit lässt ahnen, wo die Zentren liegen könnten, die Banken und die Altstadt. Lichterketten und -trauben klettern die Hänge der Kordilleren empor. So scheint von oben alles gleich.

Wenn es nicht zu viele davon gäbe, könnte Bogotá die Welthauptstadt der sozialen Gegensätze sein. Hier – vielleicht ist das eine Besonderheit – ist alles sauberlich geschieden und doch dicht beieinander. Da ist die historische Altstadt mit ihren sehr spanisch anmutenden Gassen, mit kleinen Läden, Museen und Galerien. Sie geht nahtlos in das Regierungsviertel über. Doch nicht einmal 300 Meter weiter beginnt eine Exklave der Armut und der Kriminalität. Vor deren Betreten wird dringend gewarnt. Allein schon der Anblick veranlasst den Fremden, das Viertel zu meiden.

Auf der anderen Seite beginnt der absolute Reichtum der traditionellen spanisch-kolumbianischen Bourgeoisie. Doch höher, aufwendiger, grober und protziger spreizen sich die Dependancen des internationalen Finanzkapitals. So gesehen ein durchaus «ehrliches» Stadtbild: Das internationale Finanzkapital hat Kolumbien voll in der Hand.

Das alles wird umschlossen von städtisch anmutenden großen Arealen mit einer eher kleinstädtischen Bebauung: schmale, baumbestandene Straßen, dazwischen immer wieder kleine Parks, überall sind Blüten an den Büschen und Bäumen. Die Häuser sind zwei- bis dreigeschossig, zum Teil angelehnt an den spanischen Kolonialstil, zum Teil nach dem Geschmack der 1920er Jahre, seltener modernistisch. Das sind die Wohnquartiere der Mittelschichten. Der «oberen Mittelschichten». Diese sind am Ambiente der Restaurants und Cafés zu erkennen. Vor allem aber an den vielen Wachdiensten. Die, die hier wohnen, können sich Sicherheit kaufen. Die Häuser in den Vierteln der mittleren und unteren Mittelschichten sind zwar im gleichen Stil errichtet, sehen aber meist deutlich schäbiger aus. Und die Straßen sind schlechter.

Was in Bogotá die Pole Reichtum und Armut betrifft, so gibt es dafür eine übersichtliche Topografie. Ein kleinerer Teil der Armut zieht sich über der Altstadt in die Berge hinein. Der größere Teil besiedelt den südlichen Raum. Über viele Kilometer in die Tiefe und in die Breite ziehen sich dort die Häuschen und Hütten unterschiedlicher Stufen von Armut dahin. Der Reichtum wohnt im Norden und ist weiß, die Familien können ihre Geschichte bis auf die spanischen Hidalgos und Kolonialbeamten zurückverfolgen.

Aber auch Reichtum ist nicht gleich Reichtum. Die Spanne reicht von Eigentumswohnungen in beinahe militärisch abgesicherten Wohnburgen bis hin zu prachtvoll ausgebauten Haziendas und schlossähnlichen Villen. Wo die Ebene an die Berghänge stößt, ziehen sich nur durch eine Straße getrennt schon wieder die Elendsquartiere in ihrer extremsten Gestalt nach oben.

Bogotá liegt auf einer Ebene in 2.600 Metern Höhe. Das Klima ist das ganze Jahr über angenehm, die Temperaturen bewegen sich immer zwischen 17 und 25 Grad. Bis in Höhen über 3.000 Meter gibt es eine dicke Humusschicht, auf der alles gedeiht: Reis, Mais, Kartoffeln, Kochbananen, Papaya, Mango, Grandillo, Feijoa, Sapo-te, Guanábana und Pitaya. Eine reiche Gegend, eigentlich.

Der Gegensatz von Reichtum und extremer Armut ist Resultat von doppelter Kolonialisierung. Die eine ist jüngerer Datums: Wie anderswo in Lateinamerika hat das internationale Finanzkapital auch in Kolumbien die neoliberale Globalisierung erfolgreich erprobt. Die andere liegt ein halbes Jahrtausend zurück. Durch eine Laune der Natur war Gold reichlich an der Erdoberfläche zu finden und konnte aufgelesen werden wie hierzulande Kieselsteine. Für die Indianer war Gold etwas Alltägliches.

Anders für die spanischen Konquistadoren, als sie das Land eroberten. Denen fielen angesichts des überquellenden Reichtums schier die Augen heraus. Die Fremden wurden von den friedfertigen Indianern reichlich mit Gold beschenkt. Es wurde bitter

vergolten. Das spanische Imperium ernährte sich von diesem Reichtum. Auch der Papst bekam seinen Teil ab. Selbst unsere Gegend hatte schließlich etwas davon, wurde doch der Dreißigjährige Krieg nicht unerheblich aus diesem Reichtum finanziert. Unsere Regierungen und Wirtschaftseliten sind gerade dabei, sich dem internationalen Finanzkapital anzudienen und es freundlich zu stimmen. Unter dem Stichwort Globalisierung verscherbeln sie wegen einer vermeintlichen Standortsicherung ganze Volkswirtschaften. Woher sie die Gewissheit nehmen, dass die «Konquistadoren» ausgestorben sind, bleibt ihr Geheimnis.

Nebbich!

in: Das Blättchen 7/2001, S. 21–23.

«Nebbich!» pflegt einer unserer Freunde zu sagen, wenn ein Gespräch ins Nebensächliche, Unwichtige, Überflüssige rutscht, wenn er meint, die ohnehin unscharfe Grenze zwischen Diskussion und Geschwätz würde überschritten. Er sagt es auch zu eigenen Sprüchen, das macht es sympathisch. Seine Frau verzieht dabei keine Mine, so wie sie offenbar auch andere seiner Marotten einfach ignoriert, gute Partnerschaften können auf sehr unterschiedlichen Fundamenten ruhen.

«Nebbich» ist jiddisch, das war mir klar. Als Goj ist mir das Jiddische nicht sehr geläufig. Also schlug ich im deutschen Wörterbuch nach. Adverbial gebraucht, so mache ich mich kundig, bedeutet «nebbich» so viel wie unnützlich, überflüssig. Als Substantiv heißt es so viel wie Nichtsnutz, also ein Mensch, der zu nichts zu gebrauchen ist, angesiedelt etwa zwischen Tausendsassa und Tunichtgut, eigentlich nicht unbedingt eine Zierde der Menschheit. Zumal in einer Gesellschaft, in der sich der Nutzen in US-Dollar oder anderer klingender Münze misst und der Mensch, wie ich täglich aus den Nachrichten erfahre, eigentlich erst bei der Aktie beginnt.

Vor reichlich einem Monat hat mir mein Körper mitgeteilt, dass ihm meine Lebensweise nicht gefällt. Seitdem gelte ich als arbeitsunfähig, ja mehr noch, es ist mir verboten zu arbeiten.

Eine Weile ging das ganz gut. Da lag noch der Krimi, den ich schon lange lesen wollte, daneben viel fernsehen, einfach schlafen. Aber ich gehöre wohl nicht zu den Menschen, die tagelang Krimis lesen und fernsehen können, zumal die TV-Programme tagsüber einfach noch scheußlicher als am Abend sind.

Aber es gibt ja noch andere Beschäftigungen. Da sind Formulare und Rechnungen liegen geblieben, Dokumente sind neu zu beantragen, Formalitäten zu klären, endlich auch die Steuererklärung zu machen. Und dann kommt der Moment, da ist alle Beschäftigung aufgebraucht. «Nebbich!» wird mir plötzlich klar, du bist zu nichts nützlich, ein Nichtsnutz. Der Gedanke nervt.

Der Ratschlag mit Arzt, Familie und Freunden ergab: «Du musst hier raus, wegfahren, dich erholen, spazieren gehen, langsam wieder anfangen zu arbeiten, aber ganz langsam!» Also bin ich nach Norden gefahren, sitze in einem kleinem Dorf im

Mecklenburgischen in einem Haus, das mir Freunde überlassen haben. «Nebbich», ich komme mir hier nicht viel weniger nutzlos vor als zuvor.

Zu sagen, die Landschaft in diesem Teil Mecklenburgs sei hügelig, wäre übertrieben, sie ist wellig. Wo die Feldraine waren, ziehen Reihen von Sträuchern und Bäumen Muster in die Landschaft. Man sieht, es ist Weideland, aber es weidet nichts. Hier hat es der BSE nicht bedurft, die Rinderhaltung abzuschaffen: «nebbich». Das Dorf hat 24 Häuser, Scheunen und Ställe nicht mitgerechnet. Sie liegen alle an einer Straße, die hat drei Namen. In der Mitte heißt sie Gemeindeplatz, ihr südlicher Teil ist die Hauptstraße, das nördliche Ende ist als Nebenstraße benannt. Zum Ausgleich zur sonstigen Kargheit gibt es gleich zwei Dorfteiche. Auf zwölf Häuser ein Teich, das übertrifft Berlin bei Weitem.

Das Wetter ist nasskalt, ein scharfer Nordostwind treibt klebrigen Schnee am Fenster vorbei. Der Blick aus dem Fenster zeigt den braunen Zaun, dahinter die schmale Straße, und es gibt noch eine kleine Böschung, die sich zum größeren der beiden Teiche neigt. Auf dem Teich schwimmen ein Schwanenpaar in ruhiger Eintracht sowie ein Blesshuhn. Hinter dem Teich ist ein Stück Wiese zu erkennen, das an ein Gehöft stößt. Auf der Wiese stehen drei Erlen und drei wunderschöne alte Weiden. Ganze Pyramiden von Körben müssen im Laufe der Jahrzehnte aus ihren Zweigen geflochten worden sein.

Das Ereignis des Dorfes steht unter diesen Weiden, es ist ein Pferd, kein so großes, eher ein Pony, gedrunken und kräftig mit dunkelbraunem, zottig wirkendem Fell, Mähne und Schwanz fast schwarzbraun. Es hat dem von Nordosten herantreibenden Schneeregen die Rückseite zugekehrt und steht ganz still. Jedes Mal, wenn ich aus dem Fenster sehe, steht es genau so da. So bleibt es über Stunden, den Unbilden der Witterung den Rücken zugekehrt, den Kopf im eigenen Windschatten. Ich weiß nicht, ob Pferde philosophischen Richtungen anhängen können, wenn doch, dann ist dieses Pony ein Stoiker.

Dieses Pony ist kein «Nebbich», ich habe es auch schon einen Wagen ziehen sehen. In der Zwischenzeit steht es, wartet ab und trotz den Widrigkeiten der Natur. Ich habe das Gefühl, dass ich von diesem kleinen, kräftigen Pferdchen etwas lernen kann.

Endzeit Frühlingsanfang

in: *Das Blättchen* 8/2001, S. 9–11.

Das Buddenbrookhaus ist weiß, groß und mit seinem erhabenen hanseatischen Giebel zeugt es von gebautem bürgerlichen Reichtum. Seine Ansicht bestätigt den früheren literarischen Eindruck. Wie von Thomas Mann beschrieben, liegt es in der Mengstraße gleich an der Ecke zur Breiten Straße, nach wie vor die Hauptstraße und Flaniermeile von Lübeck. Die Marienkirche trennt es vom altehrwürdigen Rathaus und vom Marktplatz. Die Geografie stimmt, nahezu aufdringlich ist sie spürbar, die

räumliche Nähe zum Kommerz, zur weltlichen und geistlichen Macht. Dieses Haus war einer der Gründe, warum ich nach Lübeck fuhr und die Stadt besichtigte.

Lübeck ist, so der erste Eindruck, eine sehr schöne Stadt, der es gelungen ist, einen großen Teil ihrer historischen Identität zu wahren, vor allem ihrer Altstadt. Diese bildet faktisch eine Insel, im Süden von der Trave umschlossen, im Norden von der Kanaltrave, die schon auf mittelalterliche Vorgänger zurückgeht. Die historische Identität findet sich nicht nur in den repräsentativen bürgerlichen Häusern in der Breiten Straße, in der Königsstraße und in den zu den alten Stadttoren führenden Hauptstraßen, die in Ausmaß und Würde dem Buddenbrookhaus gleichen. Die meisten sind in norddeutscher Klinkerbauweise errichtet und jeder Ziegelstein scheint zu sagen: «Wir sind nicht nur reich, wir sind schon seit dreihundert Jahren reich!» Sichtbare Stadtgeschichte findet sich auch in Kleinbürgerhäusern in den kleinen, abgelegenen Gassen, die Musterbahn heißen oder Hundestraße. Der letzte große Krieg hat zwar hier seine Spuren hinterlassen, Bombenlücken wurden mit für die 1950er Jahre typischen nüchternen Bauten geschlossen; aber sie sind auf einen ersten Blick nicht störend. Der kehrt schnell wieder zu dem historisch Hanseatischen zurück.

Von der Mengstraße kommend, bog ich links in die Breite Straße ein und ging Richtung Burgtor, vorbei am prachtvollen Bau der Schiffergesellschaft, der Jakobikirche und dem Heiligen-Geist-Hospital, alles Gebäude, die einen Eindruck von der Macht und Bedeutung der Hanse und dieser Stadt im frühen Kapitalismus in Norddeutschland vermitteln.

Keine 200 Meter vom Rathaus entfernt, hingen an einem der Geschäfte große gelbe Plakate «Räumungsverkauf bis zum 21. März 2001». So ganz passten die nicht zum Gesamteindruck. Es war ein großes Fachgeschäft für Kristall und Porzellan, das sich über den gesamten Erdgeschossbereich des Grundstücks erstreckte. Alles wirkte sehr solide und gediegen, graublauer Teppichboden, ein wenig gedämpftes Licht in den Räumen, dafür strahlten an die Wände und als Raumteiler gestellte Vitrinen mit viel Glas, edlem Holz, Chrom und Innenbeleuchtung um so heller. Es herrschte Gedränge, es galt, Schnäppchen zu machen.

Es waren die ganz großen Porzellan-Marken, deren Erzeugnisse in weiß und gold, in rot und blau als Reste angeboten wurden: Meißen und Königliche Porzellan Manufaktur Berlin, Henneberg und Falkenthal, Villeroy & Boch, Dijon usw.

An diesem 21. März, dem ersten Tag, der ganz dem neuen verunglückten Frühling gehört, schloss das Porzellanhaus Berg, ein traditionelles Familienunternehmen in Lübeck und das letzte Fachgeschäft für Porzellan in Norddeutschland. Die Firma Buddenbrook, gleich um die Ecke, war 1768 in Lübeck gegründet und wurde nach langem Aufstieg und, wie wir uns erinnern, raschem Verfall im Jahre 1875 schließlich liquidiert, sie wurde 107 Jahre alt. Die Firma Berg, im September 1900 gegründet, erreichte eine Lebensdauer von knapp 101 Jahren.

Das Gebäude, in dem sich das Geschäft befand, gehört zu jenen in der Lübecker Innenstadt, die dem Krieg zum Opfer fielen. Nach Kriegsende wurden die Geschäfte

wieder in Gang gebracht, in den 1950er Jahren war schließlich auch das Haus wieder errichtet. Die beste Zeit hatte die Firma, so sagt ihr letzter Inhaber, Horst Zander, in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre, neben ihm und seiner Frau arbeiteten bis zu 28 Angestellte hier. Zum Schluss waren es noch 14, meist ältere Frauen, die freundlich und zugleich mit kaum zu verbergender Trauer das Unternehmen abwickelten. An der Schwelle zum Rentenalter stehend ist es für die Inhaber wohl kaum das erhoffte Ende eines langen Berufslebens. Sie versuchen, es gelassen zu nehmen; aber die geschäftliche Situation belastet auch die private Altersvorsorge – ein aktuelles politisches KampftHEMA, das wohl nicht ohne private und damit letztlich soziale Risiken ist.

Man ist geneigt zu sagen, es sei, wie es bei den Buddenbrooks auch war: Neue Phasen kapitalistischer Produktionsweise fegen die einen vom Markt und machen für Neues Platz. Aber eine solche Sichtweise wäre nicht nur zynisch, sie trifft auch die gesellschaftlichen Vorgänge nicht, für die das Ereignis steht, und damit endet die Parallele.

Es gibt Politiker, die nicht müde werden, die «neue gesellschaftliche Mitte» zu beschwören und um sie zu buhlen. Sie verschweigen einen Teil des Preises. Traditionell gewachsene mittelständige Strukturen verschwinden aus den städtischen Kulturen, das zeigt dieser Fall. Sicher, ein Stück Zukunft ist gleich nebenan zu sehen, ein Elektronik-Fachmarkt, er heißt hier in Norddeutschland Brinkmann. Und daneben sind Karstadt und Schlecker, Fielmann und Quelle, Spar und Rossmann. Es ist nicht so, dass nur die Einkaufszentren auf der grünen Wiese innerstädtische Strukturen zerstören.

Für die großen Handelsketten und Kaufhauskonzerne sind gerade die traditionellen Innenstädte attraktiv, die Großen sind es, die überleben. Nichts von «neuer Mitte», höchstens ein paar Scheinselbstständige. Und eine Nebenwirkung für unsere Alltagskultur sollten wir auch nicht übersehen: Diese Ketten mit ihren immer gleichen Angeboten sind die strukturellen Determinanten für «gestanzte» Lebensweisen, eine letztlich wohl sehr effektive Gegenbewegung zur viel beschworenen Individualisierung von Lebensstilen, die die Postmoderne angeblich auszeichnen soll.

Ende der Nachkriegszeit?

in: Das Blättchen 13/2001, S. 5–6.

In Berlin stehen alle Zeichen auf vorgezogene Neuwahlen. Vordergründig scheint es dabei um die Frage zu gehen: Wird aus «roten Socken» nun eine Smoking-gerechte Fußbekleidung? Aber ist die Frage auch richtig gestellt? Denn schon im Ergebnis der Berliner Wahlen von 1999 wären andere Konstellationen als die Große Koalition möglich gewesen, nicht unumstritten in der Stadt und im Land, aber akzeptanzfähig im Osten sowieso und bemerkenswert auch im Westen. Aber die CDU war im Westen stärkste Partei geworden, die PDS im Osten und die SPD hatte ihre schlimmste Niederlage eingefahren. Da mochten die Sozialdemokraten doch wohl lieber nicht

gegen die Reste des antikommunistischen Zeitgeistes im Westen anrennen. «Diepgen läuft» und die SPD lief – sicher ist sicher – erst einmal mit, wohl wissend, dass der Filz schon sehr dünn und die Pleite des Stadtstaats nur noch eine Frage der Zeit war.

Das System Landowsky-Diepgen ist vom System Kohl gar nicht so verschieden, nur eben im Format von Zehlendorf und Wilmersdorf. Man spekuliert auf Geld von außen, vom Bund, von Europa, vom Verscherbeln von Tafelsilber, vom lieben Gott ..., um es dann vor allem im eigenen Filz versickern zu lassen, zur Beruhigung kriegen andere etwas ab. Die sprichwörtliche Witwe aus Wilmersdorf mit ihrem konservativen und antikommunistischen Gesellschaftsbild ist die bevorzugte Zielgruppe. In einer alternden Gesellschaft scheint diese Rechnung immer wieder für eine Weile aufzugehen. Hier ein bisschen schmieren, dort kräftig schneiden und aussitzen, aussitzen, aussitzen.

Gescheitert ist der Versuch, mit einem rückwärtsgewandten Konzept neue Ufer zu erreichen. Das Berlin von heute ist ein anderes Gemeinwesen als die alte Frontstadt Westberlin, die nur ein paar Bezirke dazu gewonnen hat, so wie die Bundesrepublik Deutschland ein anderes Gebilde ist als nur die vergrößerte Bonner Republik. Es ist die Grotteske, deren Umschlag in einen Krimi wir gerade erleben: Den Eliten der alten Bundesrepublik, die bis 1990 so dynamisch, flexibel und lernfähig erschienen, haben mit ihrem Sieg im Systemwettbewerb zwar dessen Früchte genommen, aber zugleich ihre Dynamik und Lernfähigkeit verloren. Sicherheitshalber blieben sie mit ihren Ärschen in den Schützengräben des Kalten Kriegs sitzen, offenbar ohne ernsthaft zu Kennntnis zu nehmen, dass mit ihrem Sieg auch der Feind abhanden gekommen war. Oder können sie wirklich annehmen, das Sowjetsystem fliege per Ufo wieder ein? Geblieben ist ihnen die Arroganz der Macht, die ausgespielt wurde, koste es, was es wolle. Das hat sich nun selbst ad absurdum geführt und, wie es scheint, erledigt.

Die Berliner Situation ist bei aller Zehlendorfer Spezifik nur ein Vorgriff auf das, was insgesamt in der Gesellschaft der Deutschen ansteht. Und sie ist zugleich eine Chance.

Es ist die Chance, Fehler der Geschichte zu vermeiden, indem alle Parteien zusammenarbeiten oder wenigstens kooperationsfähig werden, die demokratische politische Richtungen in der deutschen Öffentlichkeit repräsentieren. Es ist die Chance, sich produktiv der ganzen Geschichte der Deutschen zu stellen, einschließlich des halben Jahrhunderts Zweistaatlichkeit, und aufzuhören mit der Einteilung in «gute» Geschichte (West) und «schlechte» Geschichte (Ost). Es ist die Chance, die Nachkriegszeit zu beenden. Die Kooperation mit der PDS wäre das Signal für eine neue deutsche politische Rationalität und eine Hinwendung zu europäischer Normalität.

Skeptiker sagen, die Deutschen lernen nicht aus der Geschichte, sie interpretieren sie um. Natürlich ist die Versuchung für die CDU groß, noch einmal durch Aktivierung alter antikommunistischer Ressentiments zu retten, was zu retten ist. «Wir werden den Kommunisten die Stadt nicht kampfflos überlassen», kraftmeierte Eberhard Diepgen in einer ersten Reaktion. Die *Springer-B.Z.* druckte einen Leserbrief

aus Gunzenhausen/Bayern ab (solche Ortsnamen kann man nicht erfinden): «Die einstige Berliner Freiheitspartei SPD will nun diese Stadt und dieses Volk aus parteipolitischer Taktik preisgeben und den Erben eines untergegangenen unmenschlichen Regimes überlassen. Unfassbar!» Es ist nicht auszuschließen, dass Mentalitäten des Kalten Kriegs noch einmal verstärkt und hinreichend viele Wilmersdorfer Witwen mobilisieren werden können, um den Übergang zu einer neuen historisch-politischen Vernunft noch einmal zu blockieren, was bedeuten würde, die Rettung genau in den Fehlern zu suchen, die in die katastrophale Situation geführt haben.

Auch die PDS scheint durchaus in der Lage, dazu beizutragen, indem sie in internen ideologischen Grabenkämpfen das hässliche Gesicht der Nachfolgepartei öffentlich (un-)kultiviert. Dabei sind in der deutschen Gesellschaft von heute gar keine modernen Kommunisten zu erkennen. Was es zum Beispiel in der Kommunistischen Plattform gibt, das ist nicht «links», es sind die Konservativen der anderen Art, die auf ihre Weise auch Gewissheiten und Sicherheiten in alten Frontstellungen suchen. An der PDS ist es klarzustellen, dass sie sich von diesen nicht dominieren lässt. Gebrauch wird sozialistische Politik als irdisches Projekt. Die *Financial Times Deutschland* schrieb am 12. Juni: «Führende Sozialdemokraten räumen hinter vorgehaltener Hand ein, dass mit dem Fraktionsvorsitzenden der PDS wohl eine solidere Finanzpolitik zu machen sei als mit der CDU.» Das wäre doch ein Anfang.

Was für ein Krieg wird das sein?

in: Das Blättchen 20/2001, S. 1–4.

Neun Tage, nachdem entführte Linienflugzeuge als mit Passagieren bestückte Großwaffen in die Türme des World Trade Centers in New York und in das Pentagon in Washington gelenkt und vor den Augen der Welt ein entsetzlicher terroristischer Anschlag erfolgte, hielt der Präsident der USA George W. Bush junior vor dem Kongress eine Rede. Der Anschlag galt den Symbolen der größten Militär- und Wirtschaftsmacht der Welt, er tötete mehr als 6.000 mehrheitlich kleine Angestellte. Ein Verbrechen solchen Ausmaßes, das nur in kranken oder ideologisch vergifteten Gehirnen erdacht und geplant worden sein kann, darf nicht ungesühnt bleiben, es verlangt danach, die Hintermänner, Anstifter, die Planer und Unterstützer zur Verantwortung zu ziehen.

Insoweit kann es keine Meinungsunterschiede zwischen den verschiedenen politischen Kräften geben, es sei denn, sie hätten selbst kranke oder ideologisch vergiftete Gehirne. Allerdings war und ist zu erwarten, dass die Meinungen erheblich auseinandergehen werden, wenn es um die Art der Reaktion, um die Wege zur Durchsetzung von Gerechtigkeit geht. Man musste also auf die Rede des ersten Mannes der Vereinigten Staaten gespannt sein.

Noch am Abend zuvor waren Bilder aus New Yorker Kneipen zu sehen und Meinungen von Gästen zu hören, die von Trauer und Entsetzen, aber auch von dem

Wunsch zeugten, dass nicht blinde Vergeltung geübt wird und nur die wahren Schuldigen getroffen werden mögen. Mir schien dies angesichts der grauenhaften Erlebnisse bemerkenswert nachdenklich und vernünftig. Als ich dann am Morgen die Rede des Präsidenten in Auszügen sehen und hören konnte, dachte ich: Verkehrte Welt, das sind nicht die Aussagen eines verantwortlichen Staatsmannes einer Weltmacht, hier spricht ein wild gewordener Stammtischpolitiker, der seinen Rachegelüsten ungezügelt nachgibt. Nachdem ich die Rede inzwischen nachgelesen habe, weiß ich, ich habe mich geirrt, was hier gesagt wurde, ist ernst gemeint. Das ist die Strategie, die die Weltgeschichte in den nächsten Jahren bestimmen wird, wenn dem nicht widerstanden werden kann.

Man muss die Rede Wort für Wort und sehr genau lesen. Nach einer kurzen Dankagung für die internationale Solidarität folgten Forderungen an Afghanistan: Auslieferung aller Terroristen und ihrer Unterstützer, Freilassung inhaftierter Ausländer, Zugang für USA-Behörden zu den Ausbildungslagern für Terroristen und ihre Kontrolle. Dann folgen die Sätze: «Die Taliban müssen handeln und zwar sofort. Sie werden die Terroristen aushändigen oder ihr Schicksal teilen.» Das ist deutlich und, stellt man sich die militärische Realisierung vor, ebenso entsetzlich. Als herrschende Gruppe in Afghanistan sind die Taliban über das ganze Land verstreut, in allen Städten und in vielen Dörfern und Siedlungen, an den Grenzen und im Kampfgebiet in der Nordregion des Landes sowieso. Man kann nicht Krieg gegen die Taliban führen, weder aus der Luft noch mit Bodentruppen, ohne die Bevölkerung zu treffen.

Im Krieg der USA und der Nato gegen Jugoslawien wurde das entsetzliche Wort der «Kollateralschäden» in die Welt gesetzt. Bei den bevorstehenden Kampfhandlungen werden die Opfer und Leiden Unbeteiligter wahrscheinlich gewaltig sein. Wenn entsprechende Bilder vom ohnehin schon geschundenen, zerstörten und bettelarmen Kabul um die Welt gehen, wird allein das dazu beitragen, die Spirale der Gewalt weiterzudrehen.

Aber das ist erst der Anfang des Angekündigten. Weiter teilte George W. Bush junior mit: «Unser Krieg gegen den Terror wird erst zu Ende sein, wenn jede weltweit operierende terroristische Gruppe aufgespürt, gestoppt und vernichtet sein wird.» Auf die gleiche Weise? Das verspricht einen Weltkrieg. Wer das allein nur in Aussicht stellt, nimmt in Kauf, dass sich die Spirale der Gewalt ausweitert und beschleunigt. Die von der Weltmacht Nr. 1 und ihren Verbündeten Angegriffenen können sich der Solidarität von Massen von Armen in den Ländern der Unterentwicklung sicher sein, die sie verstärkt instrumentalisieren können und rekrutieren werden. Ein Krieg wird begonnen, bei dem niemand weiß, wie er beendet werden kann, ein Verstoß gegen alle Regeln und gegen die Vernunft.

Das ist jedoch noch nicht alles. Eine nächste Passage lautet: «Jedes Land in jeder Region muss sich entscheiden: Entweder sie sind mit uns oder sie sind mit den Terroristen.» Das heißt unumwunden, jedes Land, das sich nicht an die Seite der USA stellt, ist ein potenzieller Feind, der mit entsprechender Behandlung rechnen

muss, die permanente Eskalation ist bereits eingeplant. Auch eine Botschaft an die eigenen Soldaten hatte der Präsident: «Seid bereit! [...] Es wird die Stunde kommen, wo Amerika handelt, und Sie werden uns alle stolz sein lassen.» Das vermittelt den Eindruck, als glaube der Mann wirklich an die militaristischen Bilderbücher, die sicher eine Zierde seines Kinderzimmers waren, der Dank und Stolz des Vaterlandes als hinreichende Motivation für militärische und damit massenhaft lebensgefährliche Abenteuer. Nach all den Erfahrungen der Kriege des 20. Jahrhunderts kann man darin nur ein gefährlich dümmlisches Gesellschafts- und Menschenbild sehen, das eigentlich politische Verantwortung ausschließen sollte. Dabei ist in der Sache noch so vieles offen und unklar. Beweise, dass der Anschlag wirklich von Bin Laden und seiner El Kaida ausgegangen ist, wurden nicht vorgelegt. Sie waren sicher beteiligt, aber es ist schwer vorstellbar, dass diese entwickeltste Technik und Organisation nutzende menschenverachtende Aktion wirklich und allein in Terroristenlagern in der afghanischen Steppe geplant und von ihren Zöglingen durchgeführt wurde. Wer hat diese hoch entwickelten technologischen und logistischen Instrumentarien zur Verfügung gestellt? Aber es gibt noch weitere Fragen: Wie konnte es passieren, dass zeitgleich mindestens vier Mal auf US-amerikanischen Flughäfen die Sicherheitskontrollen überwunden und Passagiermaschinen in die Gewalt gebracht werden konnten? Wie ist zu erklären, dass vier Maschinen ihre Flugroute verlassen konnten, ohne dass die Luftraumüberwachung Maßnahmen einleitete? Welche Erklärung gibt es dafür, dass mit dem Pentagon in Washington ein Gebäude angeflogen und getroffen werden konnte, für das seit Jahrzehnten höchstentwickelte Luftabwehr existiert? Auf diese Fragen hätte man von Präsident George W. Bush junior Antworten erwarten können. Aber nicht nur, dass es sie nicht gab, die Fragen werden nicht mehr gestellt. Nach all dem ist zu erwarten, dass ein ungeheurer kriegereischer Flächenbrand unmittelbar bevorsteht, die «Kollateralschäden» sind wahrscheinlich schon eingeplant, ein hoch ideologischer Krieg, ein Krieg ohne Konzept für seine Beendigung, ein Krieg des Verschweigens und des Lügens. Die Mobilmachung läuft. Innerhalb der Länder der kapitalistischen Metropolen wird das Klima rauer. Auf jeden, der sich der geistigen Mobilmachung auch nur zu entziehen versucht, lauert der Vorwurf des Antiamerikanismus oder gar der Paktiererei mit Terroristen. Schon hat der ideologische Krieg im Inneren begonnen. Das macht es für die Linken nicht leichter, sich vernehmbar zu machen. Und es wird diesmal nicht ausreichen, einfach «Nein!» zu sagen oder «So nicht!».

Grundsätzliche Alternativen sind gefragt, die sowohl zivilisierte internationale Verhältnisse wieder herstellen als auch zu den Wurzeln des Geschehens vordringen. Zunächst ist eine Internationale der Vernunft bei der unerlässlichen Strafverfolgung zu begründen, das sollte in erster Linie in der Verantwortung entsprechender Spezialisten liegen und von einem Klima der internationalen Solidarität begleitet werden. Zugleich müssen die Ereignisse als ein letztes Signal verstanden und behandelt werden, dass ein weltweites wirtschaftliches, soziales und kulturelles Programm gegen

Unterentwicklung gebraucht wird, um dem internationalen Terrorismus langfristig den Boden zu entziehen. Ein solches Programm läuft letztlich auf einen gründlichen gesellschaftlichen Umbau in den kapitalistischen Metropolen selbst hinaus. In der Tat wird die Welt nach dem 11. September 2001 eine andere werden, so oder so.

Stimmungskanonen

in: Das Blättchen 11/2002, S. 3–5.

In diesem Frühling, wenige Wochen vor den anstehenden Bundestagswahlen, ist die Stimmung mies in deutschen Landen. Das wäre an sich nichts Besonderes, denn unzufrieden sind die Deutschen eigentlich immer, mal mit dem Wetter, mal mit den Preisen, mal mit der Fußballnationalmannschaft. Aber meist lassen sich die Quellen dieser diversen Unzufriedenheiten einigermaßen genau benennen und es gibt Unterschiede im Umfang und in der soziokulturellen oder der regionalen Verteilung, mal sind die Bayern und die Lehrer mies drauf, mal die Mecklenburger und die Busfahrer. Das ist diesmal anders. Eigentlich laufen alle mit langen Gesichtern herum, das ganze Volk hat schlechte Laune. Selbst den Fernsehmoderatorinnen fällt es schwer, das im Berufsbild vorgesehene Lächeln in die Mundwinkel zu zwingen. Die Ursachen sind unklar, es scheint, als gäbe es im Land eine ganze Gemengelage von Unzufriedenheiten, die sich gegenseitig verstärken.

Diese Inflation schlechter Stimmung drückt sich in Widersprüchen in der öffentlichen Meinung aus, da existieren Bewertungen nebeneinander, die sich eigentlich ausschließen sollten. Die wirtschaftliche Lage und die Aussichten werden so pessimistisch gesehen, wie bisher selten beobachtet. Gleichzeitig ist eine Mehrheit der Meinung, dass die Regierung ihre Arbeit ganz gut mache, und nur eine Minderheit nimmt an, dass die Opposition das ebenso gut oder besser erledigen würde. Trotzdem rangiert gegenwärtig in der Wählergunst die CDU/CSU deutlich vor der regierenden SPD und den koalierenden Grünen droht die Versetzung in die außerparlamentarische Bewegung. Zugleich möchte eine Mehrheit Gerhard Schröder als Bundeskanzler behalten, Joschka Fischer genießt für einen Politiker ein bemerkenswertes Ansehen, Edmund Stoiber wird nördlich des Weißwurstäquators nahezu einhellig abgelehnt. Neue Fälle von Korruption und Spendenbetrug bei Politikern regen niemanden so richtig auf, als hätte man von dieser Zunft ohnehin nichts anderes zu erwarten.

Noch nie waren die Gewinne aus Kapitalbesitz so hoch wie heute, obwohl das Wirtschaftswachstum nur auf dem Papier existiert, denn die Inflationsrate ist höher. Der Staat ist pleite und spart bei den Leistungen für das Gemeinwesen. Die Arbeits-einkommen und Renten stagnieren. Die Arbeitslosigkeit wächst und Billiglohnjobs breiten sich aus. Deutsche Schüler gehören zu den dümmsten in Europa. Love Parade und Bierfestival sind die kulturellen Höhepunkte in unserem Land. Das Fernsehen ist auf allen zig Kanälen eine Mischung aus Verdummung und Langeweile. Gleichgültigkeit, Rücksichtslosigkeit und Gewalt breiten sich aus. Deutsche Soldaten befinden

sich im Kriegseinsatz in anderer Herren Länder; aber die Öffentlichkeit erfährt nichts darüber, was da eigentlich vor sich geht.

Die Alltagserfahrung der Mehrheit der Menschen stößt allerorten auf lose Enden, nichts geht zusammen, nirgendwo sind Problemlösungen in Sicht. Diese Stimmungslage hat sich vor allem seit Beginn dieses Jahres zusammengebraut. Da kam der Euro. Er hat numerisch die Einkommen halbiert, ein großer Teil der Preise wurde kurz in Deckung gebracht und der Halbierung entzogen. Für viele wurde dadurch die problematische soziale Lage noch problematischer. Und nun wird auf Mallorca auch noch die Ökosteuern eingeführt. Das alles geht ein in die ohnehin verbreitete und nun noch verstärkte Empfindung, Objekt zu sein, sich nicht wehren, keinen Einfluss ausüben zu können.

Wenn Politiker nicht mehr weiter wissen, zitieren sie gern: «Frage nicht, was dein Land für dich tun kann, frage, was du für dein Land tun kannst!» Obwohl das bereits überstrapaziert ist, wird es wohl so weitergehen. Infolgedessen gibt es aus der Sicht von Staatsbürgerin und Staatsbürger ein Missverhältnis zwischen Preis (der ihnen aus der Tasche gezogen wird) und Leistung des Staats für wirkliche Entwicklung, und das wird zunehmen. Die viel gepriesene Pluralisierung und Individualisierung der Lebensstile hat sich in ihr Gegenteil verkehrt, es ist miefig geworden in der deutschen Gesellschaft.

Die miese Stimmung ist dafür der adäquate Ausdruck. Aber der Problemstau wird anhalten. Die ohnehin schon verengten sozialen Verhältnisse werden noch enger. Da natürlich nicht alle gleichmäßig davon betroffen sind, wird die Ungleichheit in der Gesellschaft hinsichtlich Sozillagen und Zukunftsaussichten weiterwachsen. Die demonstrierte Verwunderung über zunehmende Gewalt in der Gesellschaft und insbesondere in der jungen Generation ist pure Heuchelei. Überdurchschnittlich viele junge Männer aus Ostdeutschland, wo die Lage besonders problematisch und die Aussichten besonders düster sind, melden sich als Berufs- oder Zeitsoldaten zur Bundeswehr. Der einzige erkennbare Fortschritt ist die Zunahme der Zahl deutscher Soldaten in Kriegseinsätzen.

Der Einsatz von Fregatten der Bundesmarine am Horn von Afrika heißt nicht Kanonenbootpolitik, sondern «Sicherungseinsatz». Der Krieg ist als Mittel deutscher Politik wiederentdeckt. Dazu passt das nationalistische Gefasel, das Teile der herrschenden politischen Eliten offen oder verschämt absondern.

Vielleicht geht ihr Konzept auch auf und die Laune im Land ändert sich bald wieder, wenn die Deutschen wieder etwas gelten in der Welt. Dann sind sie wieder Stimmungskanonen.

Die großen Unbekannten

in: Das Blättchen 23/2003, S. 5–6.

Ich freue mich jedes Mal auf den Wahlabend. Weniger wegen der Ergebnisse, da gibt es selten Überraschungen. Nein, es ist wegen der Gesprächsrunden mit den Platzhirschen der Parteien, die aus sämtlichen Fernsehkanälen quellen. Was da geblödelnd wird, stellt jede Comedyshow in den Schatten.

Ich sitze da und lauere darauf, dass er auftaucht, der eine große Unbekannte. Nie werde ich enttäuscht, spätestens mit dem zweiten Satz ist er da: «Der Wähler». Das klingt, als schriebe es sich: DERWÄHLER. Er erscheint zwar niemals in persona, doch er spielt unbestreitbar die Hauptrolle und ist zugleich die interessanteste Figur der Szene. Zuerst bedanken sich die Platzhirsche artig bei dem DERWÄHLER; das wird allerdings nur so dahin gefaselt, um ihn dann den Rest des Abends hemmungslos zu beschimpfen. Dabei hat er ausgesprochen menschliche Züge, er ist aktiv und er macht Fehler. Was er produziert, ist «die Wählergunst», die er allerdings überaus launisch verteilt.

DERWÄHLER ist intelligent und dämlich zugleich, ein schlauer Idiot. Klug wägt er die Verdienste der Parteien ab, natürlich vor allem die der Wahlsieger. Immer kommt aber auch der Satz: «Wir haben es nicht vermocht, dem Wähler unser grandioses Programm zu vermitteln!», was natürlich im Klartext heißt: DERWÄHLER ist zu dämlich, die Wohltaten zu begreifen, mit denen die jeweilige Partei das Volk beglücken will. Da es sich immer um eine «Schicksalswahl» handelt (oder haben Sie schon einmal eine andere erlebt?), führt diese Blödsinnigkeit natürlich geradewegs in die Katastrophe. Außerdem ist DERWÄHLER eine gesplante Persönlichkeit, er ist zugleich mit seinem Gegenteil behaftet, er ist auch DERNICHTWÄHLER.

Vielleicht kann man sich das so vorstellen. Am Wahlsonntagmorgen räkelt sich DERWÄHLER gelassen in seinem Bett und sieht zuerst nach dem Wetter. Ist es ein strahlender Sonntag, taucht entweder sein anderes Ich, DERNICHTWÄHLER, auf und überlegt, ob es nicht eigentlich schade wäre, sich den schönen Tag mit Wählangehen zu verderben. Oder es siegt DERWÄHLER in ihm und der ist der Meinung, das Wetter sei gerade richtig für einen kleinen Spaziergang zum Wahllokal.

Bei schlechtem Wetter ist die Entscheidungssituation überhaupt nicht anders. Entweder DERWÄHLER macht überzeugend klar, dass man mit so einem Tag sowieso nichts Vernünftiges anfangen kann, also kann man auch wählen. Oder aber DERNICHTWÄHLER sagt sich, dass man bei so einem Mistwetter nicht einmal einen Hund auf die Straße jagt. Neben dem DERWÄHLER ist also immer auch das Wetter am Wahlergebnis schuld.

Noch nie ist es mir gelungen, den DERWÄHLER zu Gesicht zu bekommen. Abends wird mir dann mein Irrtum klargemacht: Sein Aufenthaltsort ist die Wahlkabine. Da er in meiner natürlich nicht sein konnte, war er in einer der anderen und dort verborgen rang er mit sich, wohin nun mit seiner Wählergunst.

In seiner Inkarnation als DERWÄHLER überlebt er selten den Wahlabend, allenfalls geistert noch ein paar Wochen als «Wählerauftrag» ein Hauch von Erinnerung an ihn durch den politischen Raum. Als DERNICHTWÄHLER taucht er noch ein paar Tage gelegentlich wieder auf. Dafür sorgt der andere große Unbekannte, der «Kollege Trend».

Der hat schon ganz zu Beginn der Wahlberichterstattung immer ein kurzes Gastspiel. Zu sehen bekommt man ihn natürlich auch nicht. Aber während die sogenannten Prognosen verkündet werden, weil es noch keine Ergebnisse zu vermelden gibt, sitzt er offenbar hinter den Kulissen und ist mit den nach ihm benannten «Trendberechnungen» beschäftigt.

Die großen Zeiten des «Kollegen Trend» beginnen am Morgen danach. Dann erscheinen schon im Frühstückfernsehen diejenigen, die hinterher immer schon alles gewusst haben, die Wahlforscher. Die kennen den «Kollegen Trend» ganz genau und intim, sie sind seine Hohepriester und verkünden seine Orakel. Dabei wird auch ganz schnell klar, dass DERWÄHLER bei allen seinen schönen und menschlich scheinenden Eigenschaften eigentlich eine Marionette ist, er zappelt an den Strippen des «Kollegen Trend». Für ihn ist nach der Wahl aber vorzugsweise DERNICHTWÄHLER von Interesse.

Kürzlich hieß es: «Bei den Kommunalwahlen in Brandenburg hat sich der Trend fortgesetzt, dass sich das Lager der Nichtwähler ständig vergrößert.» Die Botschaft geht an Lieschen Müller und Hänschen Schmidt und soll sagen: An der schlechten Stimmung im Land ist nicht etwa die Regierung schuld, die bei ständigem Gerede über «Reformen» nichts anderes tut, als uns allen immer tiefer in die Taschen zu greifen.

Auch andere Wahrheiten sollen hinter dem Kommentatoren-Blabla verborgen bleiben: Wer den Kommunen den Geldhahn immer mehr abdreht, bewirkt, dass deren Gestaltungsmöglichkeiten immer geringer werden und das erleben die Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Warum Gremien wählen, die eigene Macht- und Einflusslosigkeit nur reproduzieren und bündeln? Wer per Gebietsreform das Gegenteil von Bürgernähe produziert, der verstärkt wenn auch nicht absichtlich, so doch fahrlässig Desinteresse an Kommunalwahlen.

Der «Kollege Trend» war es nicht. Die Parteienverdrossenheit ist von den Politikern selbst verursacht. Aber da die Politiker allein bestimmen, wer in dem Spiel um Macht und Einfluss mitmachen darf, wird es wohl so bleiben.

IN WELCHER GESELLSCHAFT LEBEN WIR? IN WELCHER GESELLSCHAFT WOLLEN WIR LEBEN?

GESELLSCHAFTLICHE ERNEUERUNG, SOZIALISMUS UND SOZIALISTISCHE PROGRAMMATIK

In welcher Gesellschaft leben wir?¹

in: UTOPIE kreativ 165/166, 2004, S. 689–700.

Die Frage scheint geklärt durch den Gang von Geschichte. Die Antwort scheint auf der Hand zu liegen, sie trägt ihre Plausibilität in sich selbst. Auch für uns. Das sollte uns wundern, tragen wir doch in unseren Biografien die Erfahrungen von Existenz in unterschiedlichem gesellschaftlichem Sein.

Das ist der Ansatz: Hinterfragen wir die scheinbare Plausibilität unseres «Werkeltagbewusstseins». Der Zeitgeist bietet verschiedene Deutungsmuster (Denkformen) an: westliche Demokratie, freiheitlich-demokratische Grundordnung, marktwirtschaftlich verfasste Gesellschaft, (nicht mehr) Industriegesellschaft, (nicht mehr) Arbeitsgesellschaft, Freizeitgesellschaft, Erlebnisgesellschaft, Wissensgesellschaft. Zugleich scheint die Welt(-Gesellschaft) in ihren Normalzustand zurückgekehrt. Die im Rückblick «unnatürliche» Bipolarität der Welt mit unterscheidbaren gesellschaftlichen Ordnungen ist aufgehoben, die Welt ist wieder eins. «Geschichte ist offen!», hat der Zeitgeist von Karl Popper übernommen. Und: «Das Ende von Geschichte ist gekommen!», behauptet er zugleich, Veränderungen sind möglich, qualitative Wandlungen der Grundlagen sozialen Seins gelten als ausgeschlossen. Sozialer Wandel, um das «bewährte System» zu erhalten. Alle Politik ist Gestaltungspolitik und damit im Wesen konservativ.

Was lässt sich als Kern dieser Deutungsmuster gegenwärtiger Gesellschaft ausmachen?

1 Für eine politisch-strategische Debatte in der PDS und mit anderen Linken hat eine Gruppe von Beraterinnen und Beratern des Parteivorsitzenden der PDS ein Material erarbeitet «PDS: sozial – solidarisch – friedlich – selbstbestimmt. Thesen zur Strategie der PDS». Dieser Beitrag ist in diesem Arbeits- und Diskussionsprozess entstanden.

1. Alles dreht sich um Waren, es ist eine Gesellschaft von Waren. Was Marx «Warenfetischismus» nannte, hat den Siegeszug angetreten. Diese Warengesellschaft ist demokratisch, alle Waren sind gleich – als tauschbar. Fortschritt ist, dass prinzipiell alles in Ware verwandelt werden kann, nicht nur Produkte und Dienstleistungen, Information sowieso, aber auch Bildung und Spezialqualifikation, Kunst, Wissen, Glaube, politische Ideen, Soldaten, humanitäre Hilfe, Gesundheit, gar Solidarität (Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände), alles hat seinen Markt.

2. Diese Welt ist global. Die Realität hat die physikalische Erkenntnis eingeholt: Raum und Zeit sind relativ. Kein Ort der Erde ist unerreichbar, keine Chance mehr für Robinson. Per Information kann man überall auf der Welt eingreifen. Für Informationen gibt es keine Grenzen mehr, wie mir jeder morgendliche Blick auf den Müll in meinem elektronischen Briefkasten zeigt. Prinzipiell kann jede Produktion an jeden Ort der Welt verlegt werden, durch Umsteuerung von Kapitalflüssen, der Rest ist Organisation. Für unsere Redaktion zum Beispiel ist es völlig unerheblich, ob ein Autor oder eine Autorin im Prenzlauer Berg wohnt oder in Nordirland.

3. Der Mensch ist seinem Wesen nach ungleich. Er mag zwar «frei und gleich geboren» sein, das war es dann aber auch. Rousseau und seine Nachfahren im Geist waren und sind Spinner. Die neoliberale Hegemonie, mit der wir es seit einiger Zeit zu tun haben, basiert darauf, dass es ihren Protagonisten gelungen ist, ein antisolidarisches Gesellschaftsbild und ein egoistisches Menschenbild zu implementieren und wirksam zu verbreiten. In der Konsequenz werden Menschen eingeteilt in Wertvolle, Nützliche und Überflüssige (in den Slums dieser Welt, aber auch in den kapitalistischen Metropolen).

Soweit meine Sicht vom Gesellschaftsbild des Zeitgeistes. Aber entspricht dieses Gesellschaftsbild der Realität oder wie weit entspricht es der Realität? Sind die Alternativlosigkeit und die Plausibilität, mit der es präsentiert wird, berechtigt? Was können Ansätze zur Analyse sein?

Ansätze zur Analyse

Dazu ist erforderlich, die eingesetzte Methodologie offenzulegen. Wenn ich als Soziologe mehr tun will, als «Fliegenbeine zählen», mehr als deskriptive Aussagen zu formulieren, dann brauche ich ein internes Modell der Gesellschaft. Das ermöglicht mir, meinen jeweiligen Gegenstand zu verorten, Realität zu rekonstruieren, indem ich ihn in Beziehung setze zu Zusammenhängen, Prozessen und Verhältnissen. Mein Ansatz ist ein Vergesellschaftungsansatz. Individualität und Gesellschaftlichkeit bilden eine Identität. Ausgangspunkt war die gedankliche Auseinandersetzung mit Aussagen wie diesen:

«Persönliche Abhängigkeitsverhältnisse (zuerst ganz naturwüchsig) sind die ersten Gesellschaftsformen, in denen sich die menschliche Produktivität nur in geringem Umfang und auf isolierten Punkten entwickelt. Persönliche Unabhängigkeit auf *sachlicher* Abhängig-

keit gegründet ist die zweite große Form, worin sich erst ein System des allgemeinen gesellschaftlichen Stoffwechsels, der universalen Beziehungen, allseitiger Bedürfnisse und universeller Vermögen bildet. Freie Individualität, gegründet auf die universelle Entwicklung der Individuen und die Unterordnung ihrer gemeinschaftlichen, gesellschaftlichen Produktivität, als ihres gesellschaftlichen Vermögens, ist die dritte Stufe. Die zweite schafft die Bedingungen der dritten.» (MEW 42: 75 f.)

Um ihren Lebensprozess zu realisieren, so Karl Marx in der «Deutschen Ideologie», müssen die Menschen untereinander Beziehungen eingehen, Kooperation ist die Grundform der individuellen und der gesellschaftlichen Existenz. Diese Beziehungen sind von unterschiedlicher, sich historisch wandelnder Gestalt. Man kann die gesellschaftlichen Beziehungen unterscheiden nach Art (ökonomische, kulturelle usw.), nach Gestalt (unmittelbare – vermittelte), nach Reichweite (familial – global), nach Ergebnis (reproduktiv – kreativ) und nach sozialer Qualität (konfrontativ – kooperativ).²

Das komplexe Geflecht dieser Beziehungen der wirklichen Menschen untereinander und zu ihren Existenzbedingungen bildet die gesellschaftlichen Verhältnisse. In diesen gesellschaftlichen Verhältnissen haben die verschiedenen Arten gesellschaftlicher Beziehungen unterschiedliche Bedeutung oder unterschiedliches Gewicht. Um leben zu können, müssen Menschen bekanntlich essen und trinken, sich kleiden, wohnen sich fortbewegen usw. «Die erste geschichtliche Tat ist also die Erzeugung der Mittel zur Befriedigung dieser Bedürfnisse, die Produktion des materiellen Lebens selbst.» (MEW 3: 28) In Gesellschaften, die auf Privateigentum beruhen, sind die Mittel zur Befriedigung der Bedürfnisse knappe Güter, sie haben meist die Existenzform von Waren, und die Ressourcen, über die Bedingungen ihrer Herstellung und ihre Produkte und andere Ergebnisse zu verfügen und/oder sie sich anzueignen, sind sozial ungleich verteilt. Diese Verfügung über die Bedingungen der Produktion hat die Existenzform als Kapital, *unsere Gesellschaft ist eine kapitalistische Gesellschaft*.

Menschen sind nicht nur kommunizierende, bedürftige und produzierende Wesen, sie sind auch denkende Wesen, der Drang zum «Baum der Erkenntnis» ist ihnen eigen. Die Ergebnisse dieses Denkens sind verschiedengestaltig, sie reichen von Erfahrung bis Wissenschaft.

Zwei Aspekte sind in unserem Zusammenhang von Bedeutung: *Erstens* führt diese Erkenntnis- und Lernfähigkeit (im Kapitalismus zusammen mit der Tendenz des Kapitals, sich auszuweiten und zu rationalisieren) dazu, dass ständig neue Produkte

2 «Betrachten wir die bürgerliche Gesellschaft im Großen und Ganzen, so erscheint immer als letztes Resultat des gesellschaftlichen Produktionsprozesses die Gesellschaft selbst, das heißt der Mensch selbst in seinen gesellschaftlichen Beziehungen. [...] Die Bedingungen und Vergegenständlichungen des Prozesses sind selbst gleichmäßig Momente desselben und als die Subjekte desselben erscheinen nur die Individuen, aber die Individuen in Beziehungen aufeinander, die sie ebenso reproduzieren wie neuproduzieren. Ihr eigener beständiger Bewegungsprozess, in dem sie sich ebenso sehr erneuern, als die Welt des Reichtums, die sie schaffen.» (MEW 13: 600)

und Dienstleistungen entwickelt werden und dass die Prozesse des Herstellens immer effektiver werden, um schneller und mehr produzieren zu können. Die Verfügung oder Nicht-Verfügung über Kapital und andere kapitalförmig verwertbare Ressourcen (politische Macht, Wissen, Information, Organisations- und Verwaltungskompetenz) und der permanente Prozess der Rationalisierung (Produktivkräfte) bilden zusammen die sozialökonomischen Verhältnisse. Soziale Unterschiede, die mit diesen sozialökonomischen Strukturen zusammenhängen (von ihnen bedingt werden), haben den Charakter von Klassenunterschieden, sie bilden die Grundlage von Klassenformierung und -strukturierung, das ist unabhängig davon, welche Rolle das im öffentlichen Bewusstsein spielt. Aber die Klassenstruktur ist nur eine Dimension in den komplexen sozialen Strukturen moderner kapitalistischer Gesellschaften. So ist es zum Beispiel, wie wir von Pierre Bourdieu wissen, nicht nur von Bedeutung, was und wie viel man isst, sondern auch *wie* man isst. Die Kulturstile konstituieren den Habitus, der die Basis für die Formierung der soziokulturellen Milieus und damit verbundene Formen der Vergesellschaftung oder der Abschließung ist.

Zweitens unterscheiden sich die Ergebnisse menschlichen Denkens nach Stellung der Individuen im Geflecht der gesellschaftlichen Beziehungen und Verhältnisse und damit verbundenen Interessen. Daraus ergeben sich Unterschiede in Deutungsmustern und Zukunftsbildern (bzw. Chancen für ihre Annahme oder Zurückweisung). Menschen können sich in den hochkomplexen modernen Gesellschaften mit ihrer Vielfalt an Differenzierungen, Zusammenhängen und Spaltungen nur orientieren, wenn sie dabei Deutungsmuster (Topoi) verwenden, sie sagen ihnen, was richtig und was falsch, was gut und böse ist. Diese Deutungsmuster können sich verändern und sind veränderbar, das ist ein wichtiges Mittel zur Gewinnung oder Sicherung politischer Macht. Jene Deutungsmuster, die die meisten Menschen beeinflussen können, haben die Hegemonie, sie definieren den Zeitgeist. Sicher, die herrschende Ideologie ist immer die Ideologie der Herrschenden, Ausdruck der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse, aber nicht nur. Der Kampf um die Köpfe ist ein Krieg, die Produktion von Deutungen ist längst ein selbstständiger Industriezweig mit Mächtigen und Machtlosen, aber in diesem Krieg hat es noch nie einen endgültigen Sieger gegeben. Gegenhegemonien sind möglich.

Was ist neu? Globalisierung und Flexibilisierung

Beide Aspekte der sozialökonomischen Verhältnisse haben im modernen Kapitalismus eine neue Qualität erreicht: Die Konzentration und Ausweitung von Kapitalmacht und die Rationalisierung.

Die Entdeckung der potenziellen Globalität gesellschaftlicher Beziehungen als Beziehungen von Waren, als Weltmarkt, ist es, die Marx wenige Jahre, nachdem der Zeitgeist jubilierte «Marx ist tot!», zu dem Klassiker der Globalisierung werden ließ. Aber es gibt Unterschiede zu der Realität, die Marx reflektierte. Zum einen ist aus der potenziellen Globalität der Waren als verdinglichte gesellschaftliche Beziehun-

gen eine reale Globalität universeller Verfügbarkeit geworden. Zum anderen ist diese Globalität längst nicht mehr auf diese verdinglichten Beziehungen begrenzt, eingreifendes Handeln, Kommunikation, gesellschaftliche Beziehung in ihrer Unmittelbarkeit sind gleichfalls global möglich, und das in Echtzeit. Das Zentrum dieser Welt(-Gesellschaft) ist überall, überall, wo die entsprechenden Voraussetzungen gegeben sind. Dominiert wird das alles durch die Globalisierung des Kapitals, dieses hat es am effektivsten verstanden, die neuen Möglichkeiten zu nutzen, ja zu okkupieren.

Eine Welle von Fusionen und Übernahmen, verstärkte Konzentrations- und Zentralisationsprozesse bei den großen Unternehmensgruppen haben insgesamt zu einer Stärkung des international agierenden Finanzkapitals geführt. Sie werden gesteuert an Strategien zur Effizienzsteigerung und bewirken strukturelle Veränderungen beim gesellschaftlichen Gesamtarbeiter. Vor allem sind sie verbunden mit einer gigantischen Vernichtung von Arbeitsplätzen. Es gibt nur wenige Global Player, aber diese Wenigen haben mehr ökonomische (und politische) Macht bei sich konzentriert als je zuvor. Sie haben eine Größe erreicht, dass sie längst über die einzelstaatlichen Volkswirtschaften hinausgewachsen sind, sie in ihre Anhängsel verwandelt haben. Sie entscheiden über Kapitalflüsse, über Kredite und Zinsen. Sie entscheiden (gemeinsam mit der politischen Administration der USA) über das Agieren der Weltbank. Sie sind dabei, die Welt buchstäblich zu erobern. Das Zentrum ist eben nur der Möglichkeit nach überall.

Diese Prozesse haben technologische Grundlagen. Es sind die Informations- und Kommunikationstechnologien, die den Kapitalismus in seiner heutigen Gestalt erst möglich machen. Diese Technologien sind in der Gesellschaft allgegenwärtig, sie werden in allen produktiven und nicht produktiven Bereichen wirksam und ermöglichen jeweils Effektivität und effektive Vernetzungen. Ihre Wirkung besteht nicht in erster Linie in neuen Produkten, obwohl es auch dabei eine rasante Entwicklung gibt, die anhalten dürfte. Ihre Hauptwirkung besteht darin, dass sie vermitteln, dass sie prinzipiell alle Herstellungs-, Transport- und andere Arbeitsprozesse effektiver machen und optimieren können. Sie ermöglichen Flexibilisierung und machen sie beherrschbar.

Globalisierung und Flexibilisierung sind objektive Prozesse, sie kann man weder leugnen noch ignorieren und schon gar nicht rückgängig machen, zu ihnen kann man sich nur verhalten. In diesen Prozessen hat sich bisher das Kapital eindeutig zum Sieger gemacht. Globalisierter Kapitalismus bedeutet, dass nicht nur die Erträge gesellschaftlicher Arbeit den realen Wirtschaftskreisläufen in den nationalen Volkswirtschaften entzogen werden und in die virtuelle Sphäre der internationalen Finanzmärkte verschwinden, sondern auch, dass aus dieser Geisterwelt des sich selbst wertsteigernden Geldes ein gewaltsamer Druck in Richtung Profitsteigerung in der realen Wirtschaft ausgeübt wird, der letztlich permanenten Arbeitsplatzabbau bewirkt. Die Konsequenzen sind stagnierende Investitionen, was bei gleichzeitiger Produktivitätssteigerung die Reduzierung von Lohnarbeit zusätzlich beschleunigt, und defizitäre

Staatskassen, die Einschränkungen in den Dienstleistungen für die Gesellschaft erzwingen.

Aber es ist nicht alternativlos, dass Globalisierung und Flexibilisierung sich als kapitalistische realisieren. Die eine Frage, die sich daraus ergibt, ist die, warum es so möglich ist, was die Vermittlungen sind. Die andere ist die nach Alternativen, zum Beispiel ist doch zumindest zu fragen, ob nicht die gleichen Möglichkeiten zur Internationalisierung von anderen politischen Akteuren genutzt werden können oder zu einem anderen Typ der Regulation zwischen Wirtschaftlichem und Sozialem, nämlich zugunsten des Sozialen.

An den Linken gehen diese Prozesse vorbei, deshalb findet eine Auseinandersetzung um Gestaltungsoptionen gar nicht erst statt und deshalb haben die neoliberalen Konzepte bisher kampfflos gewonnen. Aber zu den Fragen.

Vermittlungen: politische Macht und Zeitgeist

Die oben formulierte erste Frage umfasst zwei Teile: Was bewirkt, dass diese Gesellschaft so stabil ist? Und: Was bewirkt, dass die Entwicklung in eine ganz bestimmte Richtung gehen kann, die den neoliberalen Konzepten folgt?

Diese Fragen sollen an zwei Dimensionen der gesellschaftlichen Verhältnisse diskutiert werden, einer politischen und einer geistigen. Die These ist, dass zum einen die politische Macht so verteilt und die politischen Kräfteverhältnisse so gestaltet sind, dass die Prioritäten für den Einsatz der staatlich verfügbaren Ressourcen bei der Reproduktion der ökonomischen Verhältnisse liegen, es ist eine marktradikale Politik. Zugleich werden die geistigen Verhältnisse dominiert von Deutungen, die Marktwirtschaft und Privateigentum, wirtschaftlichen Erfolg und privaten Gewinn generell positiv besetzen. Beide Aspekte verstärken einander.

Politik ist in der Realität beileibe nicht die Kunst des Möglichen. Aus meiner Sicht sind zwei Bestimmungen von Politik (des Politischen) möglich. Zum einen ist Politik die Gesamtheit der Prozeduren und Institutionen, in denen die Staatsbürger die Gestaltung ihrer gemeinsamen Angelegenheiten regeln. Zum anderen kann Politik bestimmt werden als Gesamtheit der politischen Beziehungen, die die Menschen eingehen, sich dabei orientieren und organisieren, Normen und Institutionen finden und sie verändern. Soweit die Abstraktion, die Realität ist davon entfernt. Zutreffend ist, dass es sich um Regulierung handelt, die Dimension des Politischen ist eine regulierende, reguliert wird mittels der Ressourcen, die staatlich verfügbar sind, und daneben durch die viel beschworenen Rahmenbedingungen. Ansonsten sind die Verhältnisse anders. Formal sind die Mitglieder der Gesellschaft gleich, egal ob man sie als Staatsbürger oder als Akteur politischer Beziehungen ansieht. In der Realität sind sie es nicht. In den politischen Kräfteverhältnissen haben staatliche Institutionen, Parteien und Interessenverbände (formelle und informelle) ganz klar die Übermacht. Es geht kaum um Diskurse über verschiedene mögliche Lösungsansätze zu gesellschaftlichen Problem- und Konfliktlagen. Die Konzepte sind vorgegeben, sie werden

durchgesetzt. Als Wahlbürger können sich die Mitglieder der Gesellschaft dazu verhalten, aber sie haben keine wirklichen Chancen.

Die Ressourcen, die für gesellschaftliche Steuerung zur Verfügung stehen, sind riesig, reichlich 50 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (1 Billion von 1,8 Billionen Euro) wandern durch die Staats- und andere öffentlich-rechtliche Kassen. Auch so gesehen bedeutet Politikmachen Macht haben. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass Politiker mindestens soviel Energie für die Erhaltung von Macht verwenden wie für ihre eigentliche, regulierende Funktion.

In der Welt der Erscheinungen ist immer noch der Einzelstaat der Raum der politischen Prozesse, diese Erscheinung wird reproduziert und verstärkt, indem die Einzelstaaten immer noch die Räume der Legitimationsbeschaffung sind. Aber in Wirklichkeit, in seinen wesentlichen Zusammenhängen hat auch das Politische diesen Rahmen längst gesprengt. Der internationalen Vergesellschaftung der Ökonomie folgt die internationale Vergesellschaftung der Politik. Die Europäische Union hat wesentlich mehr Einfluss auf unseren Alltag, als wir es gemeinhin annehmen. Auch hier tun sich die Linken schwer, sich dazu angemessen zu verhalten.

Kriege sind nach Ende der Bipolarität und in der Ära von Globalisierung und Flexibilisierung auch wieder zu Mitteln von Politik geworden, «neue» Kriege. Geführt werden sie von «Eingreiftruppen» und zunehmend auch von Söldnern. Vor allem die USA sind es, die internationale Konflikte mit militärischen Mitteln kontrollieren und dabei die Welt nach dem Bild der kapitalistischen Metropolen und ihren eigenen Interessen gestalten wollen. Wird die Verfassung der Europäischen Union so angenommen, wie sie jetzt im Entwurf vorliegt, dann gibt es auch in der EU einen rechtlichen Rahmen für weltweites militärisches Eingreifen, für Kriege. Überall auf der Welt sind die Menschen gegen diese Kriege, sie finden trotzdem statt. Hans Jürgen Krysmanski hat den Prozess so zusammenfassend beschrieben:

«[E]in bestimmtes Zusammenspiel von privatem Reichtum mit «Direktoraten» aus Konzernwelt, Politik, Militär, Kultur usw. [ist] heute zu einem schwarzen Loch, zu einem Gravitationszentrum der Macht verdichtet, das die Institutionen der Demokratie und die *checks and balances* der Zivilgesellschaft nicht nur der USA mit unheimlicher Gewalt aufzusaugen droht.» (Krysmanski 2003: 519)

Nach Max Weber bedeutet Macht «jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen» (Weber 1972: 28). Herrschaft hingegen kann nach ihm «nur die Chance bedeuten, für einen Befehl Fügsamkeit zu finden» (ebd.). Genau das findet statt. Weil politische Macht als politische Herrschaft ausgeübt wird, gibt es die Einheit von kapitalistischer Globalisierung und neuer imperialer Politik, die politische Herrschaft vermittelt sie.

Demokratie wird dabei ausgehöhlt, aber nicht aufgegeben, erfolgt doch die Legitimationsbeschaffung nach wie vor im einzelstaatlichen Rahmen. Und hier kommt der Zeitgeist ins Spiel.

Zeitgeist, Alltagsbewusstsein und mögliche Alternativen

Dass Bewusstseins- und Stimmungslagen in der Gesellschaft widersprüchlich sind, gilt wohl überall und zu allen Zeiten. Für die Gesellschaft in Deutschland trifft dies zu Beginn des 21. Jahrhunderts auf eine besondere Weise zu. Es gibt eine verbreitete allgemeine Unzufriedenheit, ein ausgeprägtes Krisenbewusstsein, grassierende Zukunftsangst und zugleich intensive Fortschrittserwartungen, aber alle diese Tendenzen sind in sich widersprüchlich. Die Lage in der Gesellschaft wird von Mehrheiten gegenwärtig negativer bewertet und pessimistischer gesehen als die eigene Situation, zugleich sind sehr viele in ihrer Lebensplanung verunsichert. Intensive Hoffnungen auf Veränderungen sind unmittelbar mit der Furcht vor Veränderungen verbunden, vor allem davor, selbst dabei zu den Benachteiligten zu gehören. Deutlicher als Umfrageergebnisse das können, zeigt sich diese Stimmungslage darin, dass zu Zeiten steigender Preise, zunehmender Steuern und Sozialabgaben bei stagnierenden oder gar rückläufigen Realeinkommen die Sparquote der Deutschen anwächst.

Aus dieser Grundstimmung heraus kann es zu massenhaften Protestaktionen kommen (wie am 3. April 2004 in Berlin und anderswo),³ unmittelbar politisierbar ist sie kaum, höchstens an den Rändern, und da vor allem für Rechtspopulismus, wie Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern zeigen. Warum ist das so? Es ist eine deutsche Spezifik, dass Unzufriedenheit und Krisenbewusstsein sich aus einer völlig anders gearteten Basis heraus entwickeln. Diese Basis wurde von einer verbreiteten Wohlstandsmentalität («Wohlstand ist anständig!» als Leitwert) und einem tiefen Fortschrittsglauben («Es geht immer weiter aufwärts.») geprägt, und das – bei allen sonstigen Unterschieden – im Westen und im Osten nahezu gleichermaßen. Es hat in der alten BRD immer auch Arme, Benachteiligte und Ausgegrenzte gegeben. Aber es war für die Masse der Menschen eine über Jahrzehnte nahezu ungebrochene Erfahrung, dass der Wohlstand zunahm. Das wirkte in der immer breiter werdenden sozialen Mitte der Gesellschaft und bis weit in die unteren Einkommensgruppen hinein, verschämt wurde Armut versteckt, Arbeitslosigkeit getarnt. Reformen bewirkten Fortschritt, mehr Chancengleichheit, mehr soziale Gerechtigkeit. In der DDR war das Lebensniveau zwar insgesamt bescheidener, aber der Wohlstand im Westen war für viele Vor- und Leitbild, auch wenn man nur als Beobachter von außen daran teilnahm. Die Wohlstandsmentalität wurde sehr schnell übernommen. Das wurde augenfällig in der Geschwindigkeit, mit der der durchschnittliche Ostdeutsche aus dem Trabbi in

3 [Gemeint sind bundesweite Protestaktionen gegen die «Agenda 2010» der damaligen rot-grünen Bundesregierung. Zentrales Element war der mit den Hartz-Gesetzen verbundene Sozialabbau. Am 3. April 2004 waren bundesweit rund 500.000 Menschen auf der Straße, die Hälfte davon in Berlin; Anm. d. Hrsg.]

den VW oder aus dem Wartburg in den BMW umstieg. Aus der «nachholenden Modernisierung» wurde dann zwar nichts, aber die nachholende Motorisierung war ein schlagartiger Erfolg. Diese Wohlstandsmentalität ist zugleich partizipativ (man weiß, dass man an einer allgemeinen Entwicklung teil hat) und egoistisch, erst danach – vielleicht – auch solidarisch. Mit dieser historisch akkumulierten Erfahrung kollidiert nun die aktuelle Erfahrung, dass Wohlstand nicht nur nicht wächst, sondern dass es Abstriche gibt, Wohlstand infrage gestellt wird oder sogar verschwindet. Das wirkt aktuell bis in die soziale Mitte der Gesellschaft, deren Breite jetzt abschmilzt. Das gegenwärtige Krisenbewusstsein in Deutschland ist somit in der übergreifenden Tendenz defensiv, rückwärtsgewandt, nostalgisch. Zwei politische Aspekte deuten sich aus diesem Kontext heraus schon einmal an: Soziale Absteiger tendieren eher zur Revolte als zur Revolution. Defensives Krisenbewusstsein favorisiert die alten Modelle, denen die früheren Erfolge zugeschrieben werden, und die politischen Akteure, die damit im Zusammenhang gesehen werden.

Mit dem bis hierher Gesagten ist natürlich nicht die Gesamtheit der Stimmungs- und Bewusstseinslagen erfasst, es handelt sich um eine Tendenz im insgesamt sehr differenziert strukturierten geistigen Leben der Gesellschaft, in Informationen und Meinungen, bei Werten und Deutungsmustern. Eine weitere, wesentliche Tendenz besteht darin, dass die Überzeugung: «So, wie es ist, kann es nicht bleiben!» um sich greift und zur Mehrheitsmeinung geworden ist. Welche Vorstellungen sich in diesen Überzeugungen artikulieren, ist nicht nur sehr differenziert, sie sind vor allem in hohem Maße unklar, diffus und widersprüchlich. Etwa zwei Drittel der Deutschen sehen dringenden gesellschaftspolitischen Handlungsbedarf, noch mehr jedoch sind der Meinung, dass die Agenda 2010 bisher nichts gebracht hat. Das heißt, sie wollen andere Reformen als diese, sie wollen Alternativen. SPD und Grüne sind an die Regierung gelangt, weil sie Reformen für mehr soziale Gerechtigkeit in Aussicht stellten. Vor allem seit Beginn ihrer zweiten Regierungsperiode haben sie den Begriff der Reformen umgedeutet, Reform soll nun nicht mehr sein, mehr Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit herzustellen, Reform soll nun die Verwertungsbedingungen für Kapital verbessern, den Anteil der Sozialleistungen an den öffentlichen Haushalten verringern und dadurch zu Wirtschaftsentwicklung beitragen. Das folgt der zentralen Botschaft des neoliberalen Zeitgeistes. Fast alle konkreten politischen Projekte, die die Regierung auf den Weg oder auch nur in die öffentliche Debatte gebracht hat, stoßen auf mehrheitliche Ablehnung in der Bevölkerung. Das gilt für die Praxisgebühren und überhaupt für die Gesundheitspolitik, das gilt für die Herabsetzung der Anspruchsfristen für Arbeitslose und die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe, das gilt für die Rentenpolitik sowie für Subventions- und Steuerpolitik, insbesondere für die immer wieder reflektierte Erhöhung der Mehrwertsteuer. Auslandseinsätze der Bundeswehr, die unter dieser Regierung möglich und politische Praxis geworden sind, werden gleichfalls mehrheitlich abgelehnt. Aufwind hat aber ausgerechnet die konservative Fraktion der politischen Eliten in Deutschland, deren Kritik an der Regierung

vor allem darin besteht, diese würde die notwendigen Reformen nicht konsequent genug betreiben. Die Hegemonie der neoliberalen Ideologie ist ungebrochen.

Was sind das für Gegebenheiten und Vorgänge, in denen die Reproduktion neoliberaler Hegemonie erfolgt? In der Meinungsbildung der Bevölkerung wirken relativ stabile Faktoren, und es wirken variable Faktoren. Zu den relativ stabilen Faktoren gehören Werte, Wertestrukturen und dabei gesetzte Prioritäten sowie Gesellschafts- und Menschenbilder. Sie verändern sich in «normalen» Zeiten nur relativ allmählich. Zu den variablen Faktoren gehören Problemwahrnehmungen und -bewertungen, Deutungsmuster für relevante Ereignisse und Prozesse und gesellschaftspolitische Strategien für Problemlösungen und Zukunftsgestaltung.

Freiheit, Gleichheit und Solidarität, die Werte der bürgerlichen Revolution, dominieren in unserer Gesellschaft unangefochten, sie werden in allen sozialen Gruppen und soziokulturellen Milieus mehrheitlich geteilt. Weitere Werte, denen viele Menschen eine große Bedeutung zumessen sind: Macht und Ordnung, Solidarität und soziale Gerechtigkeit, Fleiß und Ordnung sowie Kreativität und Selbstverwirklichung. Es gibt allerdings erhebliche Unterschiede, welche Strukturen sich dabei formieren und wie die Prioritäten gesetzt werden. Danach lassen sich in der Gesellschaft vier Typen von Wertestrukturen unterscheiden, die jeweils mit spezifischen politischen Orientierungen verbunden sind.

Der erste Typ setzt die Prioritäten einerseits bei Macht und Ordnung und andererseits bei Kreativität und Selbstverwirklichung, politisch dominiert eine konservative Orientierung; das sind die Werteprioritäten der eigentlichen Trägergruppe neoliberaler Politik.

Der zweite Typ setzt die Prioritäten gleichfalls bei Macht und Ordnung und daneben bei Fleiß und Wohlstand, er hat politisch eine Mitte-rechts-Orientierung und wandert zwischen rechten und sozialdemokratischen Politikangeboten.

Der dritte Typ favorisiert Solidarität und soziale Gerechtigkeit und daneben Fleiß und Wohlstand, es handelt sich um eine traditionell soziale Orientierung, politisch sozialdemokratisch oder links davon orientiert.

Nur *der vierte Typ*, der die Prioritäten bei Kreativität und Selbstverwirklichung sowie Solidarität und Gerechtigkeit setzt und sich politisch links orientiert, ist ein klares Gegenpotenzial zu neoliberaler Politik, allerdings ein relativ kleines.

Die eindeutigen Unterstützer und die eindeutigen Gegner neoliberaler Politik sind Minderheiten. Die Latenzen in den beiden mittleren Gruppen, die insgesamt klar die Mehrheit bilden, kommen vor allem dadurch zustande, dass bei ihnen eine Orientierung auf Wirtschaft und eine Orientierung auf soziale Sicherheit jeweils stark und zugleich wechselnd sind, das macht sie für neoliberale Botschaften gelegentlich und zeitweise empfänglich (vor allem, wenn sie Anlass zu Zukunftsangst haben), aber auch für andere.

Weiterhin ist von Bedeutung, dass bei dem anderen, eigentlich relativ stabilen Faktor des gesellschaftlichen Meinungsbilds, den Gesellschafts- und Menschenbildern,

der neoliberalen Ideologie ein Einbruch gelungen ist. Langfristig in entsprechenden Denkfabriken vorbereitet, ist es ihren Protagonisten gelungen, ein antisolidarisches Gesellschaftsbild und ein egoistisches Menschenbild zu implementieren und wirksam zu verbreiten. Gezeichnet wird eine Gesellschaft, die geprägt wird durch den erbarmungslosen Ellenbogenkampf um den größtmöglichen privaten Anteil am gesellschaftlichen Reichtum. Diese Gesellschaft gehört den Reichen, Mächtigen und Schönen. Der dazu passfähige Mensch hat egoistisch zu sein, als Erfolg gilt, möglichst viel in die eigene Tasche zu wirtschaften und das möglichst ungehindert. Das legitimatorische Gegenbild ist das vom faulen Menschen, der in der sozialen Hängematte lümmelt. Diese Bilder konnten sehr wirkungsvoll am Egoismus der Wohlstandsmentalität anknüpfen. An alternativen Gesellschafts- und Menschenbildern, vor allem an solchen, die eine solidarische Gesellschaft zeichnen und auf die Verbindung von individueller Freiheit und sozial gerechter Gesellschaft setzen, gibt es derzeit inhaltliche und kommunikative Defizite, sie sind unkonkret und nicht glaubhaft als realisierbar zu vermitteln.

Wie die Aktienkurse stehen, ist nur für eine Minderheit der Deutschen wirklich von Bedeutung. Trotzdem stehen die entsprechenden Botschaften täglich auf den Titelseiten der großen Boulevardzeitungen. Über die Entwicklung an den Börsen wird in allen Nachrichten- und Magazinsendungen des öffentlich-rechtlichen und des privaten Fernsehens informiert. Der Kern ist, es handelt sich nicht um Nachrichten, hier wird ein neoliberales Deutungsmuster verpackt und in einem ideologischen Trommelfeuer verbreitet. Seine Botschaft ist: «Wenn die Wirtschaft boomt (gemeint sind die privaten kapitalistischen Unternehmen), geht es der Gesellschaft gut!»

Die neoliberale ideologische Offensive (mit ihren Menschen- und Gesellschaftsbildern, Deutungsmustern usw.) hat Wirkungen erreicht, aber sie hat auch Grenzen. In der Wahrnehmung und Bewertung der drängenden gesellschaftlichen Probleme gibt es kaum Unterschiede. In der Gesellschaft existiert insgesamt eine sehr komplexe Problemstruktur, das spiegelt sich auch im Alltagsbewusstsein wider. In der Problemwahrnehmung aller Gruppen und Milieus haben globale Probleme (Frieden), existenzielle Probleme (Arbeitsplätze, Gesundheit), wirtschaftliche, ökologische und soziale Probleme besonderes Gewicht. Diese Gruppen von Problemen erhalten Priorität. Eine Besonderheit des Ostens ist, dass soziale Probleme intensiver reflektiert werden, sie rangieren vor den wirtschaftlichen Problemen. Politische Probleme und Probleme des Zusammenlebens der Menschen werden auch von vielen als Probleme in der Gesellschaft benannt, aber weniger oft als die oben aufgeführten.

Die Unterschiede liegen darin, welche Konzepte zur Problemlösung und zur Zukunftsgestaltung verbreitet werden und Akzeptanz finden. Formal gibt es im Prinzip nur zwei Ansätze für solche Konzepte. In dem einen Ansatz haben die sozialen Probleme Priorität vor den wirtschaftlichen Problemen, das ist der traditionelle sozialpolitische Reformansatz. Dieser Ansatz wird gegenwärtig im politischen Raum kaum von jemandem vertreten, er ist als unrealistisch verschrien und ist es wohl auch, er würde

allerdings bei einer qualifizierten Minderheit in der Bevölkerung Akzeptanz finden. Der andere Ansatz setzt die Priorität bei den wirtschaftlichen Problemen und rangiert die sozialen Probleme danach, das ist gegenwärtig der marktradikale Ansatz. Dieser Ansatz ist heute in Deutschland nahezu konkurrenzlos, ihm folgen alle Parteien des politischen Mainstreams, das «Kartell der sozialen Kälte». Mit Unterschieden im Detail gehen sie gleichermaßen daran, die Defizite im Staatshaushalt und in den sozialen Sicherungssystemen durch Kürzungen und Einsparungen im sozialen Bereich zu beseitigen oder zu verringern. In der Bevölkerung findet dieser Ansatz gegenwärtig auch die relativ größte Zustimmung, ohne Mehrheitsposition zu sein. Es ist jedoch auch noch ein dritter gestaltungspolitischer Ansatz vorstellbar. Der geht davon aus, dass keine der politischen Parteien des politischen Mainstreams gegenwärtig über geeignete Gestaltungsstrategien verfügt (das ist ohnehin Mehrheitsmeinung). Erforderlich ist ein neuer gestaltungspolitischer Diskurs (nicht nur in Deutschland, aber im Rahmen der Europäischen Union, des Weltsozialforums, im Europäischen Sozialforum auch in Deutschland). Diesen Diskurs sollten die sozialen Bewegungen, Verbände und die Gewerkschaften wesentlich mittragen, vor allem müssten die Bürgerinnen und Bürger an ihm relevant mitwirken können. Dieser Diskurs müsste die gegenwärtige Triade von kapitalistischer Globalisierung, neuen imperialen Kriegen und neoliberaler Ideologie kritisch reflektieren und er müsste thematisieren, wie unter den gegenwärtigen Bedingungen der Grundsatz umgesetzt werden kann, dass die Wirtschaft für die Gesellschaft da ist und nicht umgekehrt. Auch ein solcher Ansatz könnte erhebliche Akzeptanz finden.

Zentrum: Eigentum und Herrschaft

Was ergibt sich daraus insgesamt, in welcher Welt leben wir also?

1. Wir leben in einer kapitalistischen Gesellschaft mit einer sich rasch entwickelnden neuen Regulationsweise. Diese Gesellschaft ist eine Klassengesellschaft, allerdings ist dabei zu beachten, entsprechend der veränderten Produktions- und Regulationsweise funktioniert auch die Klassenformierung auf neue Weise. Und es ist ein globalisierter Kapitalismus mit einer ungeheuren Konzentration von kapitalistischem Eigentum.
2. Wir haben es damit zu tun, dass politische Macht als politische Herrschaft ausgeübt wird, die politischen Strukturen sind so gestaltet, dass sie Durchsetzungsfähigkeit und Machterhalt möglichst gewährleisten. Es gibt eine immer stärker werdende Tendenz, die politische Herrschaft als imperiale Herrschaft durchzusetzen.
3. Die Vorherrschaft des neoliberalen Zeitgeistes ist nicht nur ein Produkt des Kartells der Meinungsmacher. Im geistigen Leben dieser Gesellschaft gibt es Konstellationen von Werten und Einstellungen, die diesem Zeitgeist gegenwärtig erhebliche Wirkungen ermöglichen, zumal wirkliche, konkret ausgearbeitete Gegenkonzepte gegenwärtig fehlen.

Kapitalistisches Eigentum in seiner gegenwärtigen Gestalt als globalisierter Kapitalismus und imperiale politische Herrschaft bilden den Kern der gegenwärtigen Weltordnung. Der neoliberale Zeitgeist vermittelt als Legitimationsbeschaffer die Erhaltung und Reproduktion dieser Ordnung.

Bei der Dominanz neoliberaler Wirtschaftspolitik muss es aber nicht bleiben. Jörg Roesler hat die Krise der New Economy mit früheren Krisen nach technologischen Entwicklungsschüben verglichen und ist zu dem Schluss gekommen, dass auch diesmal wie in vergleichbaren Krisenperioden, ein Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik die Konsequenz sein kann (Roesler 2004: 225).

Im Raum steht die Frage: Was tun?

1. Zunächst müssen die Linken selbst wieder daran glauben, dass Alternativen möglich sind. Der Weg in die soziale Kälte ist nicht der einzig mögliche.
2. Es gibt einen dringenden Analyse- und Diskussionsbedarf, den gibt es international und er muss auch international bearbeitet werden.
3. Kapital und politische Herrschaft sind Bastionen, der Ansatzpunkt könnte bei den Vermittlungen liegen. Dem neoliberalen Zeitgeist muss und kann ein anderes Gesellschafts- und Menschenbild entgegengesetzt werden: eine sozial gerechte Gesellschaft und solidarische Menschen.
4. Gebraucht werden «konkrete Utopien» und deshalb ende ich auch mit einem Zitat von Ernst Bloch:

«Wie in der menschlichen Seele Noch-Nicht-Bewusstes dämmert, das noch nie bewusst war, so in der Welt Noch-Nicht-Gewordenes: An der Spitze des Weltprozesses und Weltganzen ist diese Front und die ungeheure, noch so wenig begriffene Kategorie Novum. Deren Inhalte sind nicht bloß die unerschienenen, sondern die unentschiedenen, sie dämmern in bloßer realer Möglichkeit, haben die Gefahr des möglichen Unheils in sich, aber auch die Hoffnung des möglichen, noch immer nicht vereitelten, durch Menschen entscheidbaren Glücks.» (Bloch 1985: 190)

«Das (wenig) kommunikative Handeln des Geistes der Zeit»

in: UTOPIE kreativ, Sonderheft 2000, S. 59–66.

Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre wandten sich – unter dem Eindruck der wissenschaftlich-technischen Revolution – sowohl das marxistische gesellschaftstheoretische Denken in den realsozialistischen Ländern, die DDR eingeschlossen, als auch das neomarxistische Denken im Westen der Entwicklungsproblematik zu. Dabei wurden – was zu beweisen sein wird – Ansätze entwickelt, deren Objekt das gleiche war wie das des Strukturfunktionalismus (Parsons 1971) beziehungsweise der späteren Theorie sozialer Systeme (Luhmann 1984) und die in ihrem Anspruch zumindest komplementär zu diesen waren. Der Charakter der wissenschaftlichen Revolution selbst, mit der «Informationsgesellschaft» eine Verdoppelung der Welt zu produzie-

ren, bei der die reale Welt noch einmal in und als Welt der Informationen existiert, war noch einmal überlagert durch die alles prägende Ost-West-Bipolarität des gesellschaftlichen Seins überhaupt. Die Funktionalität und Funktionalisierung der wissenschaftlich-technischen Revolution in dieser Bipolarität, bei der auf der Basis ungleich verteilter Ressourcen zu ihrer Bewältigung die Ungleichgewichtigkeit permanent zunahm (Todrüsten, CoCom-Liste,⁴ technologische Lücke), musste neben anderen Charakteristika der Rückgebundenheit marxistischen beziehungsweise neomarxistischen Denkens in die jeweiligen Systeme sowohl das Denken in «Weltganheiten» als auch – damit verbunden – Antrieb und Eigeninteresse am Diskurs nachhaltig beschädigen. Angesichts der Globalität der realen (Entwicklungs- und Komplexitäts-) Probleme, die parallel dazu und quasi außerhalb thematisiert und analysiert wurden (Meadows u. a. 1972) und deshalb später «von außen» wieder hereingeholt werden mussten, erschienen im Rückblick als spontaner Verzicht auf Hegemonie (im Sinne Gramscis).⁵

Dieser frühe Hegemonieverzicht hat sicherlich einen Komplex von Ursachen und er hat seine Vorgeschichte unter anderem in der Formelhaftigkeit von der «utopischen Illusion» von Georg Lukács, in der dem Niedergang des Kapitalismus der unaufhaltsame Aufstieg des Sozialismus, dem zunehmenden Irrationalismus der bürgerlichen Ideologie und Philosophie die Wahrhaftigkeit und Vernünftigkeit des Marxismus gegenübergestellt wurden (Lukács 1988: 669–674). Aber das war Vorgeschichte, nicht Vorentscheidung. Im Aufdämmern der wissenschaftlich-technischen Revolution in dieser gespaltenen Welt flogen die «Eulen der Minerva» (Hegel) durchaus noch.

Ernst Blochs «Prinzip Hoffnung» war noch in Leipzig begonnen worden und dann – nach seiner Vertreibung aus der DDR 1959 – in Frankfurt am Main zuerst erschienen. Es mag zynisch erscheinen vor dieser Biografie, aber Ernst Bloch figuriert gleichsam als personeller Übergang zwischen Ost-Marxismus und West-Marxismus. Bei dem Ernst Bloch des «Prinzips Hoffnung» ist die unüberbrückbare Scheidung in «Marxismus-Leninismus» als Staatsideologie und dem westlichen Neomarxismus noch nicht vollzogen.

Bei Bloch heißt das Problem: Entwicklung und Utopie oder Utopie und Entwicklung. 1959 war der von Bloch am historischen Material gewonnene Ausgangspunkt noch kein macht- (und folgen-)loser Kulturpessimismus: «In den ehrlichen, doch abstrakten Utopien hat der technisch unterstützte Fortschrittsglaube sehr oft den Schein

4 [Die Abkürzung CoCom steht für Coordinating Committee for East West Trade Policy; Anm. d. Hrsg.]

5 Bei Gramsci ist das Hegemonieproblem kein Führungsanspruch der Partei oder des Proletariats in der sozialistischen Revolution, schon gar keine platte Formel wie die von der «führenden Rolle der Arbeiterklasse bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft». Bei Gramsci ist Hegemonie gebunden an den gesellschaftlichen Vorgang «zu komplexen Superstrukturen», «in der die zuvor aufgekeimten Ideologien in Kontakt kommen und in Kontrast treten, bis eine einzige von ihnen, oder zumindest eine einzige Kombination derselben, dazu tendiert, das Übergewicht zu erlangen, sich durchzusetzen, sich über das ganze Gebiet zu verbreiten, über die ökonomische und politische Einheit hinaus auch die intellektuelle und moralische Einheit determinierend, auf einer nicht korporativen, sondern universellen Hegemonie [...]» (Gramsci 1992: 496).

des ungestörten Gelingens und Fortgangs erleichtert.» (Bloch 1985: 13) Kritisch spürt Bloch den «Verengungen» des Utopischen nach. Von Beginn an problematisiert werden ein bloß aufs Technische bezogenes Entwicklungsmodell und Annahmen von Linearität gesellschaftlicher Entwicklung. Die Aufarbeitung der Sozialutopien der Geschichte ist in dieser historischen Situation auch und vor allem eine Revue und ein Abklopfen der Traditionen sozialistischen Denkens, eine Bestandsaufnahme angesichts eingeleiteter, aber weitgehend noch bevorstehender Entwicklungsschübe. Das ist der Ansatz für eine fundierte Kritik an Poppers Konzept von der «Sozialtechnik der kleinen Schritte» (Popper 1992: 189) und für eine qualifizierte und humanistische Lösung des Problems. Für den Marxisten Ernst Bloch ist die Geschichte nicht schon entschieden, sind Art und Wirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution nicht bereits vorbestimmt. Bei ihm erscheinen die Lösung der Welt- und Menschheitsprobleme und die Lösungen europäischer und zwischendeutscher Konflikte noch offen.

«Wie in der menschlichen Seele Noch-Nicht-Bewusstes dämmert, das noch nie bewusst war, so in der Welt Noch-Nicht-Gewordenes: An der Spitze des Weltprozesses und des Weltganzen ist diese Front und die ungeheure, noch so wenig begriffene Kategorie Novum. Deren Inhalte sind nicht bloß die unerschiedenen, sondern die unentschiedenen, sie dämmern in bloßer realer Möglichkeit, haben die Gefahr des möglichen Unheils in sich, aber auch die Hoffnung des möglichen, noch immer nicht vereitelten, durch Menschen entscheidbaren Glücks.» (Bloch 1985: 190)

Mögliches Unheil oder durch Menschen entscheidbares Glück – die Machbarkeit von Zukunft. Aus marxistischer Perspektive wird die Komplexität und die zu erwartende Komplexitätssteigerung als mögliche und widersprüchliche Realentwicklung aufgenommen, nicht in der Symbolik von Systemen. Dem damaligen Stand von Systemtheorien war diese historisch-materialistische Herangehensweise überlegen, weil sie sowohl theoretisch stringent war, als auch die Dinge beim Namen nannte.

Die Kategorie Novum (Neues) wird entwickelt, also nicht Wiederholung, nicht ewige Wiederkehr bloßen Anderseins, sondern zu entfaltende, noch nicht erschiene oder nicht entschiedene neue gesellschaftliche Zustände, die ein Subjekt kennen: Menschheit. In dieser Kategorie ist sie noch da, die Einstellung auf gesellschaftliche Entwicklung als Weltprozess, da ist sie noch da, die Orientierung auf Menschheitsglück, nicht bloß auf die etwas schlechtere Konsumgesellschaft. Da ist sie noch da, die Orientierung auf Hegemonie und die Möglichkeit von Hegemonie. Aber zugleich wird auch deutlich, warum Ernst Bloch herausmusste aus der DDR: Sein Konzept war, dass die Entwicklung in die Zukunft sich nur im Kontext des Weltganzen vollziehen kann, das kollidierte erkennbar mit Bescheidenheit auf Regionalbeglückung und ganz und gar mit Positionen, dass der Einstieg in die Zukunft mit einer einzig richtigen Konzeption schon vollzogen sei. Die Scheidung von realem Sozialismus und

Ernst Bloch ist sowohl Teil als auch Signal für die Aufspaltung des marxistischen Diskurses, bevor er überhaupt richtig zustande kommen konnte: Man kann nicht miteinander reden, man kann nur auf die andere Seite übergehen (oder übergegangen werden).

Was ist geschehen mit der Kategorie Novum, wurde sie aufgenommen, die in ihrer konzentrierte Problematik? Wann ist sie marxistisch-leninistischem wie neomarxistischem gesellschaftstheoretischem Denken abhandeln gekommen?

Im Neomarxismus in Gestalt der Kritischen Theorie, so scheint es, ist diese Kategorie gar nicht angekommen, zumindest wurde sie nicht heimisch. Gerade zu dem Zeitpunkt, zu dem sich mit der wissenschaftlich-technischen Revolution die Entwicklung zur höherkomplexen gesellschaftlichen Ordnung zu entfalten begann, tritt die Gleichzeitigkeit von kritischer Kapitalismusanalyse und lähmendem Fatalismus allzu deutlich in Erscheinung. Theodor Adorno formulierte 1968 auf dem 16. Soziologentag in Frankfurt am Main bezogen auf die damalige kapitalistische Gesellschaft:

«Materielle Produktion, Verteilung, Konsum werden gemeinsam verwaltet. Ihre Grenzen, die einmal innerhalb des Gesamtprozesses dessen aufeinander bezogene Sphären doch voneinander schieden, und dadurch das qualitativ Verschiedene achteten, verfließen. Alles ist Eins. [...] Der Schein wäre auf die Formel zu bringen, dass alles gesellschaftlich das einende heute so vollständig in sich vermittelt ist, dass eben das Moment der Vermittlung durch seine Totalität verstellt.» (Adorno 1969: 25)

Ein Aufbrechen dieser Totalität erscheint unmöglich, zumal dafür auch kein Subjekt angebbar ist, sodass eine Überwindung von Kapitalismus, Entwicklung in einen neuen, anderen, höheren Entwicklungszustand von Gesellschaft unmöglich erscheint. Für die Kritische Theorie erschien eine Entwicklung über den Kapitalismus hinaus zwar wünschenswert, schon um die «freiflutende Angst» (ebd.) zu überwinden, die die Totalität seiner Vermittlungen erzeugt, aber sie erscheint unmöglich. Die Entwicklung ist zu Ende, bevor sie in der Realität überhaupt richtig begonnen hat.

Das war zu dieser Zeit im marxistischen gesellschaftstheoretischen Denken in der DDR durchaus noch anders. Novum, auch wenn so nicht benannt, war noch eine Aufgabe. Wolfgang Heise betonte 1964 den organischen

«Zusammenhang von Theorie, Organisation und gesellschaftlicher Bewegung als ein innerlich nicht aufzulösendes Verhältnis der Einheit von Weltanschauung, Gesellschaftstheorie, Methode und politisch-sozialer Praxis – und jeder Widerspruch zwischen diesen Seiten, jede Verselbstständigung eines der Momente verfälscht das Ganze. Der Widerspruch von Theorie und Praxis ist aber bei einem spontanen Verhalten unvermeidlich, ja charakterisiert dann gerade die spezifische Vermittlung zwischen gesellschaftlichem Sein und Bewusstsein.» (Heise 1964: 493f.)

Unübersehbar sind die zwei Seiten des Konzepts von Wolfgang Heise: Zum einen der Griff auf Gesamtheit und bewusste Regulation komplexer Zusammenhänge, zum anderen die Warnung vor der Gefahr, die nicht nur in der bürgerlichen Ideologie bestand, durch Verselbstständigung einzelner Seiten das Ganze zu verfälschen, Deformation von Vergesellschaftungsprozessen zu produzieren. Für Heise hilft gegen den «Bann blinder Spontaneität, die Bindung an die Norm eines anpassenden, unkritisch-konservativen Verhaltens gegenüber den materiellen Verhältnissen» (ebd.: 495) – und das ist gleichzeitig Kapitalismuskritik, Kritik am Fatalismus, an der «resignativen Kraftlosigkeit» der Kritischen Theorie zu dieser Zeit, aber durchaus auch Skepsis gegenüber Anzeichen konservativen Festhaltens an gegebenen materiellen Verhältnissen im Sozialismus – nur Erkenntnis als Theorie-Praxis-Zusammenhang, als Erkenntnis und Aktion.

«Und zur Erkenntnis drängen die Widersprüche – angefangen vom umfassendsten Existenzproblem der Zeit, der Frage nach der Sicherung des Friedens und den Bedingungen dieser Sicherung, somit den Ursachen der Kriegsgefahr, über die sozialen Konflikte zu den Widersprüchen, die zwischen den Möglichkeiten moderner Technik und den Schranken der Eigentümergeellschaft sichtbar werden, bis hin zur Problematik des Individuums unter den Lebensbedingungen des modernen Kapitalismus [...]: Überall kann Denken als «Naturprozess» sich bewähren.» (Ebd.)

Es ist ganz klar, nicht nur im Vergleich zum Haupttrend des bürgerlichen Denkens im engeren Sinne, auch im Vergleich mit der Kritischen Theorie ist Heises Konzept offener und es ist ganzheitlich. Die Beherrschung der komplexen Dialektik von Vergesellschaftungs- und Entwicklungsprozessen erscheint als möglich und machbar, sie wird angestrebt als humanistische Lösung. Aber etwas anderes wird auch sichtbar. Gerade in einer Situation, die zum Diskurs drängt, die nach einer Überwindung des Nebeneinanders ruft, beginnt das Nebeneinander, in ein Gegeneinander umzuschlagen. Marxisten im Osten und Neomarxisten im Westen sprechen nicht miteinander, sondern allenfalls übereinander. Sie bringen ihre Einsichten und Erfahrungen, wie angesichts akuter Herausforderungen Entwicklung gestaltbar sein könnte, nicht zusammen. Dieses Neben- beziehungsweise Gegeneinander und die immer penetrantere, weitgehende Identifizierung von Marxismus mit der Staatsideologie der sozialistischen Länder blockierten zugleich die Entfaltung pluraler Marxismen. Dafür gibt es eine ganze Reihe von Ursachen. Aber in der Retrospektive erscheint nachvollziehbar, wie im historischen Prozess die Entfaltung von Diskurs nicht gelang, die dann ziemlich rasch in einer zugleich aufgezwungenen und selbstorganisierten Blockade von Lernprozessen mündete. Aber diese Blockade ist nicht einer Seite allein anzulasten. Auch die weitergehende Untersuchung gesellschaftstheoretischer Leistungen im Marxismus und ihr Vergleich mit Entwicklungen im Neomarxismus werden dies zeigen.

Jürgen Habermas hielt es offenbar 1976 noch für möglich und wünschenswert, den Historischen Materialismus zu rekonstruieren. Dieser damals seitens des Marxismus ignorierte oder unter Revisionismusverdacht gestellte Versuch kann heute durchaus als Ansatz gewertet werden, angesichts der großen Herausforderungen die Lernfähigkeit marxistischer Gesellschaftstheorie zu entfalten, um im Theorie-Praxis-Kontext seine Funktionalität in Entwicklungszusammenhängen zu erhalten und wirksamer zu machen.

«Wenn wir aber nicht frei sind, die mit dem kognitiven Potenzial der Menschengattung verbundenen Geltungsansprüche abzulehnen oder zu akzeptieren, ist es sinnlos, sich für oder gegen Vernunft, für oder gegen die Erweiterung der Potenziale begründeten Handelns «entscheiden» zu wollen. Aus diesem Grunde halte ich die Entscheidung für das historisch-materialistische Fortschrittskriterium nicht für willkürlich: Die Entfaltung der Produktivkräfte in Verbindung mit der Reife der Formen der Sozialintegration bedeutet Fortschritt der Lernfähigkeit in beiden Dimensionen, Fortschritt in der objektivierenden Erkenntnis und in der moralisch-praktischen Einsicht.» (Habermas 1976: 194)

Es ist jetzt nicht der rechte Zeitpunkt, *post festum* in eine nicht stattgehabte kritische Diskussion einsteigen zu wollen; nehmen wir das Resultat. Aber auch aus historisch vergleichender Perspektive ist nicht uninteressant, wie dieses Resultat damals erreicht wurde. Der Ausgangspunkt liegt in dem angesichts der Herausforderungen sinnvollen Versuch, die Beziehungen zwischen Verhältnissen und Verhalten im Historischen Materialismus differenzierter auszuarbeiten.

«Die sozialevolutionären Lernprozesse können weder der Gesellschaft noch den Individuen allein zugerechnet werden. Wohl trägt das Persönlichkeitssystem den Lernvorgang der Ontogenese; und in gewisser Weise sind es allein die vergesellschafteten Subjekte, die lernen. Aber Gesellschaftssysteme können unter Ausschöpfung der Lernkapazitäten vergesellschafteter Subjekte neue Strukturen bilden, um bestandsgefährdende Steuerungsprobleme zu lösen.» (Ebd.: 169)

Gesellschaftliche Lernprozesse sind von der Kompetenz von Individuen abhängig, die sie erwerben, indem sie in die «symbolischen Strukturen» ihrer Lebenswelt hineinwachsen. Die Lösung strebt Habermas im Anschluss an Erkenntnisse der Entwicklungspsychologie an, indem er die gesellschaftlichen Beziehungen als kommunikative Beziehungen identifiziert. «Zur «Gesellschaft» rechne ich alle Systeme, die sich über sprachlich koordinierte Handlungen (instrumentelle und soziale) die äußere Natur durch Produktions- und die innere Natur durch Sozialisationsprozesse aneignen.» (Ebd.: 133) Gewonnen wird ein möglicher Zugriff auf die Ausdifferenzierung einer Vielzahl von Handlungsaspekten und Dimensionen, aber zum Kriterium für Gesellschaftlichkeit gerät eben die sprachliche Vermittlung. Diese spezifische «Re-

konstruktion» des Historischen Materialismus hat ein bemerkenswertes Resultat: Der Historische Materialismus wird gewogen, für gut befunden und – verworfen. Die Rekonstruktion des Historischen Materialismus ist gleichzeitig bei Habermas dessen Verabschiedung.

Etwa zeitgleich hat Erich Hahn wesentliche Aspekte seines gesellschaftstheoretischen Konzepts ausgearbeitet. Sein Anliegen ist vergleichbar, auch ihm ging es darum, aus den Erfordernissen damaliger Gegenwart und gerade angesichts zunehmender Komplexität gesellschaftlicher Entwicklungsvorgänge Analyse- und Erklärungskraft des Historischen Materialismus auszubauen, insbesondere Anschlüsse für empirisch-soziologische und gesellschaftstheoretische Entwicklungsbeiträge herzustellen. Im Unterschied zu Habermas geht Erich Hahn nicht reduktionistisch vor, er sucht nicht oder nicht zuerst nach der «Monade» von Gesellschaftlichkeit, er setzt an den Ausgangspunkt die Komplexität des Zusammenhangs.

«In der Realität existieren die materiellen ökonomischen gesellschaftlichen Verhältnisse nicht anders als im Verhalten der wirklichen Menschen. Sie existieren nicht in einer selbstständigen, abgesonderten sinnlichen Gestalt neben dem wirklichen, tagtäglichen Verhalten der Individuen.» (Hahn 1968: 70f.)

Hier ist ein Erkenntnis-konzept angelegt, das auf die Wege durch die «immer dünneren Abstracta» (Marx) nicht verzichtet, aber immer auf die konkreten Beziehungen zwischen konkreten Individuen und konkreten Gesellschaften in deren konkreten Beziehungen abhebt (was hier im Einzelnen nicht nachvollzogen werden kann). Das kann auch aus heutiger Sicht als ein erfolgversprechendes Erkenntnisprogramm angesehen werden. Nicht eine – konsequenterweise dann auch immer wiederzufindende – Grundform von Vermittlungen zwischen Individuum und Gesellschaft wird angepeilt, sondern die konkrete Ganzheit alltäglicher Zusammenhänge, Relationen und Institutionen.

«Im Grunde genommen beinhaltet die These von der Einheit von Individuum und Gesellschaft zwei Gesichtspunkte. Auf der einen Seite wird in ihr zum Ausdruck gebracht, dass die Gesellschaft nicht selbstständig, als selbstständiges Subjekt neben und außerhalb von menschlichen Individuen existiert und dass alle Erscheinungsformen der Gesellschaft, insbesondere die sozialen Institutionen und Gebilde, Existenzformen des kollektiven Lebens der Menschen darstellen, nicht aber eine von den Individuen unabhängige Realität. Auf der anderen Seite hat diese These nur Sinn, wenn sie die ständige Veränderung und Entwicklung, die ständige Reproduktion dieser Einheit von Individuum und Gesellschaft berücksichtigt und verarbeitet.» (Ebd.: 118f.)

Hier ist einerseits unschwer erkennbar eine marxistischerseits formulierte Absage an Ideologeme einer vulgärmarxistischen Opfertheorie, die die Unterordnung konkreter

Individuen als «Rädchen» unter anonyme gesellschaftliche Erfordernisse abforderte und erzwang.⁶ Andererseits wird ein von allen Seiten begehbares offenes Feld zwischen Gesellschaftstheorie und konkreter Sozialforschung eröffnet, das gleichzeitig auf die Konkretheit der jeweiligen Vergesellschaftungsformen orientiert und gesellschaftstheoretisch die permanente Rückbindung an gesellschaftliche Ganzheit, an die Komplexität ganzheitlicher Evolution gebietet. Es ist vielleicht nicht nur persönliche Bindung, die in Hahns Konzept damals ein überlegenes Erkenntnisprogramm sieht.

Aus heutiger Sicht kann nicht an den vertanen Chancen vorübergegangen werden, die in dem nicht stattgefundenen Diskurs und der blockierten Lernfähigkeit auch zwischen diesen beiden Varianten der Ausdifferenzierung «lebensweltlicher» Zusammenhänge immerhin vermutbar sind. Die historische Gerechtigkeit verlangt zu konstatieren, dass auch hier Verantwortlichkeiten ungleich verteilt sind und anderes als Klischees vermuten lassen. Erich Hahn hat sich durchaus auf die kritische Diskussion Habermasscher Standpunkte eingelassen, Habermas hat jedoch umgekehrt Erich Hahn für nicht erwähnenswert gefunden.

Erscheint aus heutiger Sicht das Aufeinanderbezogenwerden dieser beiden (und anderer) Ansätze marxistischer und neomarxistischer Herkunft zu dieser Zeit durchaus machbar und erfolgversprechend, so driftet die nachfolgende Entwicklung erheblich auseinander. Als Resultat erscheint, dass Sprachlosigkeit durch Sprachunfähigkeit komplettiert wurde. Dabei soll nicht relativiert werden, dass auch in der Folge auf allen Seiten rezeptionswürdige Erkenntnisleistungen vorgelegt wurden.

Habermas baut den in den kommunikativen Beziehungen gewonnenen Ansatz konsequent zur Theorie des kommunikativen Handelns aus, indem er auf der Grundlage eines gewaltigen theoriegeschichtlichen und theoretischen Materials Handlungstheorie als Gesellschaftstheorie entwickelt. Im Resultat entsteht ein Kosmos von Beziehungsgeflechten, die anders als bei Luhmann, aber mit ähnlicher Kompetenz Zugriffe auf die Komplexität gesellschaftlicher Zusammenhänge und Konfliktlagen ermöglichen.

Das kann hier nicht nachvollzogen werden. Im Resultat setzt sich Habermas, bei gleichzeitiger kritischer Diskussion marxischer Fehler (Habermas 1981, Bd. 2: 497 ff.), von der traditionellen Kritischen Theorie ab.

6 Diese Absage gehörte und gehört in der subjektiven Sicht des Verfassers ebenso zu den Merkmalen und zur Anziehungskraft der «Berliner Schule» des Historischen Materialismus, der in den 1960er Jahren am Philosophischen Institut der Humboldt-Universität zu Berlin seine Heimstatt hatte, wie das methodologische Herangehen, den Historischen Materialismus von den genetischen und strukturellen Zusammenhängen von Individuum und Gesellschaft her zu entwickeln. Der Verfasser ist sich der Tatsache bewusst, dass die Einengung auf Wolfgang Heise und Erich Hahn einerseits ob der herausragenden Leistung beider gerechtfertigt ist, andererseits natürlich ungerecht wirken muss, weil viele weitere Leistungen in diesem Zusammenhang unberücksichtigt bleiben müssen.

«Die kritische Theorie konnte sich ihrer normativen Grundlagen nur noch geschichtsphilosophisch vergewissern. Dieser Boden war für ein empirisches Forschungsprogramm nicht tragfähig. Das zeigte sich auch daran, dass ein klar abgegrenzter Objektbereich wie die kommunikative Alltagspraxis der Lebenswelt, in der Rationalitätsstrukturen verkörpert sind und wo Prozesse der Verdinglichung identifiziert werden können, fehlte.» (Ebd.: 561)

Diese Kritik hat sicherlich einige Berechtigung, obwohl unklar bleibt, ob eine unhistorisch ansetzende Analyse anthropologisch tiefsitzender Strukturen des kommunikativen Handelns tatsächlich die gleiche gesellschaftstheoretische Ebene betrifft. Wesentlicher erscheint an dieser Stelle das Resultat, zu dem Habermas kommt:

«In den entwickelten Gesellschaften des Westens haben sich in den letzten ein bis zwei Jahrzehnten Konflikte entwickelt, die in mehreren Hinsichten vom sozialstaatlichen Muster des institutionalisierten Verteilungskonflikts abweichen. [...] Es geht nicht primär um Entschädigungen, die der Sozialstaat gewähren kann, sondern um Verteidigung und Restituierung gefährdeter oder um die Durchsetzung reformierter Lebensweisen. Kurz, die neuen Konflikte entzündeten sich nicht an Verteilungsproblemen, sondern an der Frage der Grammatik von Lebensformen.» (Ebd.: 576)

Man mag es nicht glauben, wenn man heutige Probleme in Ostdeutschland vor Augen hat, wenn es jemals gestimmt hat, so spiegeln diese Aussagen den Status quo ante. Die Wirkungen von kapitalistischer Alleinherrschaft verweisen darauf, dass der behauptete Wesensverlust nicht so tiefgreifend gewesen sein kann. Unter dem Strich bleibt – bei aller theoretischen Leistung im Detail – der Eindruck eines Fortschrittsverzichts, ein Sicheinrichten in den gegebenen Verhältnissen, Veränderung wird nur der Interpretation zugestanden, die Wirklichkeit kann bleiben, wie sie ist. Auf dieser Seite hat das Fehlen von Diskurs einen erheblichen Schub zum Konservativen bewirkt beziehungsweise ist damit verbunden.

In alternativen Ansätzen werden andere, gleichfalls durchaus reale Probleme zentriert, die Resultate sind nicht wesentlich anders. Für Ulrich Beck ist moderne Gesellschaft dadurch bestimmt, dass insbesondere technologische Entwicklung existenzielle Risiken für die Menschheit produziert haben, die sozial gleich verteilt sind, die moderne Gesellschaft ist «Risikogesellschaft».

«Wir leben trotz fortbestehender und neuentstehender Ungleichheiten heute in der Bundesrepublik bereits in Verhältnissen jenseits der Klassengesellschaft, in denen das Bild der Klassengesellschaft nur noch mangels einer besseren Alternative am Leben erhalten wird.» (Beck 1986: 121)

Demgegenüber erscheinen Ansätze, in denen das historisch-materialistische Konzept der klassenstrukturierenden Ressourcen des Eigentums beziehungsweise der Verfü-

gung nicht einfach verworfen wird, sondern die Suche nach Ergänzungen stattfindet, um Ausdifferenzierungen erfassen zu können, bemerkenswert aktuell. Pierre Bourdieu hat das Problem der Lebensstile (der soziokulturellen Milieus) unter dem Gesichtspunkt des «kulturellen Kapitals» thematisiert und kommt damit zu ganz anderen, bemerkenswert aktuell und realistisch anmutenden Konsequenzen.

«Die praktische <Zuschreibung>, kraft derer man eine Person dadurch einer Klasse zuweist, dass man sich ihr in bestimmter Weise zuwendet (und darin zugleich sich selbst einer Klasse zuweist), hat nichts mit einem intellektuellen Verfahren zu tun. Derselbe Klassifikationsgegensatz (reich/arm, alt/jung etc.) kann an jedem beliebigen Punkt der Verteilung angewendet werden und innerhalb jedes Segments den Gesamttraum reproduzieren (wie der gemeine Verstand so richtig sagt: Man ist immer der Arme oder Reiche, der Vorgesetzte oder der Untergebene eines anderen, steht immer rechts oder links von einem andern – was nun keineswegs zu einem grundsätzlichen verdammt).» (Bourdieu 1982: 737 f.)

Ein kurzer Blick auf die andere Seite ist geboten: Auch hier geht die Entwicklung durchaus nicht in Richtung auf mehr Diskursfreudigkeit und entwickeltere Lernfähigkeit. Ebenso und vielleicht noch stärker als im westlichen Neomarxismus verharrt Gesellschaftstheorie angesichts der Globalität der Entwicklungsproblematik bemerkenswert introvertiert. Arbeit an Gesellschaftstheorie löst sich auf in eine Parallelität von

- *erstens* letztlich fruchtlosem Bemühen um die Epochen- und Formationsproblematik (z. B. Theorie der entwickelten sozialistischen Gesellschaft),
- *zweitens* insgesamt zugleich innovativer, aber folgenloser gesellschaftstheoretischer Kleinarbeit (Triebkraftproblematik) und
- *drittens* durchaus konstruktiv-kritisch angelegter empirischer Gesellschaftsanalyse (Wissenschaftlicher Rat für Soziologische Forschung in der DDR 1981).

Daneben gab es Versuche, die zugleich aufgezwungene und selbstorganisierte Blockade von Lernprozessen, an der marxistische und neomarxistische Gesellschaftstheorie mindestens gleichermaßen beteiligt waren, aufzubrechen. Verwiesen sei hier auf das Buch «Gesellschaftstheorien heute» von Dieter Bergner und Reinhard Mocek (1988). In ihm wurde versucht, die Lernfähigkeit des Marxismus nicht nur einzuklagen, sondern exemplarisch zu vollziehen und vorzuexerzieren. Es erwies sich als zu spät, sowohl für den Diskurs als auch für die Lernfähigkeit realsozialistischer Gesellschaft.

Der reale Sozialismus ist untergegangen, weil er sich behaupten musste und wollte. Marxistische Gesellschaftstheorie hat daran mitgewirkt, weil sie dabei in Dienst genommen wurde und sich in Dienst nehmen ließ. Ihr Beitrag zur Lernfähigkeit und damit zur Überlebensfähigkeit in der Systemauseinandersetzung blieb für diese Alternative zu marktwirtschaftlich verfasstem Kapitalismus zu gering und zu wirkungslos. Neomarxistische Gesellschaftstheorie schneidet in dieser Perspektive nicht besser ab.

Sein als Werden. Zur Programmdiskussion der PDS

in: *UTOPIE kreativ* 128, 2001, S. 497–501.

Es ist schon eine Weile her, da Orientierungen für menschliches Tun und Gestalten gleichsam direkt vom Himmel zu den Menschen gelangten. Aber selbst der, dem für die Steintafeln mit den Zehn Geboten die Urheberrechte zugesprochen werden, war nicht fehlerfrei, wie sich bei Sündenfall und Sintflut bereits vorher gezeigt hatte. Alles, was seither ans Licht der Öffentlichkeit gebracht wird, ist Menschenwerk – das gilt auch für Texte von Sozialistinnen und Sozialisten – und damit von vornherein von Irrtümern und Fehlern nicht gefeit.

Diesen Gemeinplatz auf das Programm der PDS von 1993 anzuwenden dürfte die Gemüter wohl heute nicht weiter bewegen. Dieses Programm hat Nützliches bei der Neuformierung sozialistischer Politik unter den gründlich veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland geleistet, aber es hat Defizite, Defekte und durch Kompromisse produzierte Widersprüche. Das Programm dokumentierte nach Versagen und Niederlage des Staatssozialismus, was die erneuerte sozialistische Partei und was sozialistische Politik nicht mehr sind.

«Betroffen und nachdenklich angesichts der Irrtümer, Fehler und Verbrechen, die im Namen des Sozialismus begangen wurden, befragen wir kritisch im Bewusstsein unserer eigenen Verantwortung für die Entstellungen der sozialistischen Idee unsere geistige und politische Tradition.» (PDS 2003: 1 f.)

In einer gedrängten Passage wurden Ursachen des Scheiterns analysiert: Staatseigentum an Produktionsmitteln statt gesellschaftliches Eigentum, mangelnde Effektivität, zentralistische Planung, bürokratische Bevormundung und Gängelei. Zugleich wurde betont, was sozialistische Politik noch ist, gleichsam trotzig wurde Kontinuität beschworen, allgemein der «kapitalistische Charakter» (ebd.) angeprangert und «neue Zugänge zu Theorie und Praxis des Sozialismus» (ebd.: 7) in Aussicht gestellt, ohne dies zum damaligen Zeitpunkt ausfüllen zu können. Das alles war garniert mit modischen Zutaten linker Westdiskurse der 1970er und 1980er Jahre.

Es hat in den Vorjahren bis in die letzte Zeit hinein viele Anläufe gegeben, um in der Partei und ihrem Umfeld eine programmatische Diskussion in Gang zu bringen, um in gemeinsamer Debatte Konsens zu Grundfragen erneuerter sozialistischer Programmatik und Politik zu erarbeiten. In diesem Zusammenhang ist an den Kommentar zur Programmatik (Brie) von 1997 zu erinnern. Auch *UTOPIE kreativ* hat erhebliche Anstrengungen in diese Richtung unternommen. Nach dem Münsteraner Parteitag wurde ein Sonderheft (*UTOPIE kreativ* 2000) zusammengestellt, um Material für die Diskussion aufzubereiten. In den bisherigen Heften dieses Jahrgangs wurde eine ganze Reihe von Beiträgen publiziert, die sich in der Sache mit Fragen programmatischer Diskussion befassten, zur Sozialismus-Debatte (Mocek 2001), zu Klassenentwicklung im gegenwärtigen Kapitalismus (Wittich 2001c), zu Anforderungen an gegenwärtiges

marxistisches Denken (Haug 2001), zur Bildungspolitik (Lohmann 2001), zu Wirtschaftsdemokratie und sozialer Gerechtigkeit (Plener 2001a; b) und weitere. Wirklich belebt hat dieses und anderes⁷ die Programmdiskussion kaum, deshalb ist es zu begrüßen, dass nun mit der Vorlage des Entwurfs der gordische Knoten erst einmal durchschlagen erscheint.

Die ersten Reaktionen liefern zunächst eine Bestätigung der Vorgehensweise, sie sind überaus rege und, wie könnte es anders sein – der Entwurf ist Menschenwerk und damit natürlich unvollkommen –, überwiegend kritisch. Der kritische Aktivismus setzte allerdings schon vor der Veröffentlichung ein (vgl. Wagner 2001).

Ich halte es für einen der Vorzüge des veröffentlichten Programmentwurfs, dass er diskussionsfähig und der Diskussion bedürftig ist. Der Grundansatz der Zielbestimmung, der den gesamten Entwurf durchzieht, besteht darin, individuelle Emanzipation und Emanzipation der Gesellschaft als untrennbaren Zusammenhang zu denken. Dies zu formulieren machen es sich die Autoren (und damit auch den Leserinnen und Lesern) nicht leicht.

«Menschen brauchen die Möglichkeit, über die gesellschaftlichen Bedingungen ihres Lebens gemeinsam mit anderen zu entscheiden. [...] Sie brauchen den Schutz vor Gewalt. Sie brauchen saubere Luft und sauberes Wasser. Sie brauchen Arbeit und Erwerb. Sie brauchen Kultur und Bildung. Sie brauchen soziale Sicherheit und Gesundheit. [...] Es sind diese Lebensbedingungen, die sie brauchen, um ihre Fähigkeiten und Bedürfnisse, produktiven Kräfte und sittlichen Maßstäbe entwickeln zu können.» (PDS 2001: 4)

Ziel sozialistischer Politik ist es somit, dass die Menschen im solidarischen Miteinander selbstbestimmt gleiche Lebenschancen als Voraussetzung für ihre freie Existenz und Entwicklung herstellen und immer wieder reproduzieren können. Es geht um die Verbindung von Libertärem (freiheitlichen Verhältnissen) und Egalitärem (sozial gleiche Lebenschancen) als Prozess – «Sein ist Werden», lehrte Hegel (1963: 91). Dieses konzeptionelle Herangehen steht in Übereinstimmung mit sozialistischen Traditionen, stellt sich produktiv Lehren aus der Geschichte und verbindet als Anspruch aktuelle sozialistische Oppositions- und Gestaltungspolitik mit gesellschaftspolitischen Alternativen der Zukunft. Im Grundsätzlichen stimme ich damit überein.

Eingeführt wird diese Zielbestimmung zum einen aus den Traditionen des Kampfes gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Diskriminierung und zum anderen aus allgemeinen menschlichen Bedürfnissen. Dieser Darstellungsweise ist es aus meiner Sicht geschuldet, dass die im Kern richtige Zielbestimmung sozialistischer Politik und Programmatik merkwürdig in der Luft schwebt. Dadurch scheint sie gesetzt, die kritische Analyse sozialökonomischer Zusammenhänge und ihrer gesellschaftlich

7 Zu denken ist dabei vor allem an das Buch «ReformAlternativen», ohne das es den vorliegenden Programmentwurf so wohl nicht geben würde; vgl. Klein (2000).

destruktiven Wirkungen erfolgt weiter hinten. Es ist meine Sicht, dass sozialistische Alltagspolitik und sozialistische Zukunftsentwürfe sich nicht einfach allgemein gegen soziale Ungerechtigkeit und Beeinträchtigung von Freiheit und Individualität richten, das auch, aber damit das wirkungsvoll geschehen kann, müssen sie auf die aktuelle Entwicklungsphase der kapitalistischen Verhältnisse bezogen sein; sie zielen auf alternative Gestaltungen in den bestehenden Verhältnissen und auf Wege in andere gesellschaftliche Zustände aus diesen heraus. Deshalb sollten sie auch unmittelbar daraus entwickelt werden.

Im weiteren Text wird vieles an den aktuell bestehenden kapitalistischen Verhältnissen zutreffend kritisch benannt, die Dominanz des internationalen Finanzkapitals, die kapitalistische Globalisierung, Shareholder-Kapitalismus, Deregulierung und Privatisierung, der moderne Pauperismus, sich zuspitzende ökologische Gefährdungen, neue soziale Ungerechtigkeiten usw.

«Heute wird versucht, einen ungezügelten Kapitalismus mit den Mitteln der ökonomischen Diktatur, der neoliberalen Sachzwanglogik, der Verwandlung des Sozialstaats in einen Wettbewerbsstaat, mit dem Diktat der internationalen Finanzinstitutionen und einem militärischen Interventionismus durchzusetzen.» (Ebd.: 12)

Das ist völlig richtig. Aber dem liegen sozialökonomische Entwicklungen zugrunde, die im Entwurf zwar auch behandelt werden, zu deren Bedeutung und Stellenwert aber offenbar noch zu diskutieren sein wird.

Die Grundlage für all diese Entwicklungen und Zuspitzungen bilden technologische Entwicklungen. Die Innovationen und der Siegeszug der Informations- und Kommunikationstechnologien sind nicht einfach eine Produktivkraftentwicklung neben anderen. Sie ermöglichen und produzieren eine allgemeine Vermittlung, die damit erlangte Fähigkeit, überall zu Echtzeit per Information steuernd einzugreifen, bewirkt in allen gesellschaftlichen Bereichen erhebliche Effektivitätssteigerungen, in der Produktion, in der Zirkulation, in den staatlichen und anderen Verwaltungen, in den Medien, im Vertrieb, im Verkehr, in den Wissenschaften, in den militärischen Bereichen usw. Ihre kapitalistische Nutzung macht die Globalisierung, die neue Qualität der Macht des Finanzkapitals und auch die damit verbundenen Folgen für Gesellschaft und Umwelt überhaupt erst möglich. Selbst die Krise der Nachkriegsordnung hat sich nicht unabhängig vom technologischen Vorsprung der kapitalistischen Hauptmächte herausgebildet. Die Gesamtheit der dadurch induzierten sozialökonomischen Veränderungen kann als Übergang vom Kapitalismus als Industriegesellschaft zum Kapitalismus als Informationsgesellschaft interpretiert werden, allerdings hat nicht ein «Informationskapitalismus» einen «Industriekapitalismus» (ebd.: 13) abgelöst, denn die Industrie existiert ja weiter, jedoch wesentlich effektiver.

Zugleich ist in diesen Entwicklungen die Subjektivität wieder sichtbar geworden, ohne die sie nicht stattfinden können. Das gilt für die Apparate- und Trägersysteme

und für den Betrieb. Gestaltet und entfaltet werden diese Technologien in einem globalen arbeitsteiligen Prozess, in den wahrhaftig «das allgemeine gesellschaftliche Wissen, *knowledge*, zur unmittelbaren Produktivkraft» (MEW 13: 594) wird. Das gilt auch für die Nutzung dieser Technologien (wobei Entwicklung und Nutzung vor allem bei Software schwer zu trennen sind), keine Information ohne (von Subjekten erzeugtes) Wissen, das eingespeist wird, keine Information ohne Sender und Empfänger. Die weltumspannenden Informationsnetze tendieren dahin, dass «die Bedingungen des gesellschaftlichen Lebensprozesses unter die Kontrolle des *general intellect* gekommen und ihm gemäß umgeschaffen sind» (ebd.).

Die kapitalistische Nutzung ist den Informations- und Kommunikationstechnologien nicht per se immanent, sie ist allerdings die herrschende,⁸ sie bewirkt Arbeitsplatzvernichtung und neue soziale Ungerechtigkeiten. Ihre gesellschaftliche Form ist verschlüsselt, sie produzieren ihren eigenen gegenständlichen Schein. Zum einen bildet der Kreis der «Eingeweihten» eine Art Gemeinschaft – «Wir sitzen ja alle in einem Netz!» –, hinter dem sich in Konfliktfällen sehr schnell Ausbeutung und Selbstausschneidung entlarven. Als allgemeine Vermittlung gesellschaftlicher Reproduktion erscheinen sie als eigentliche Macher, der Weltmarkt als virtueller Raum, obwohl die gegenständliche Produktion natürlich nach wie vor stattfindet.

Aber diese Technologien enthalten zugleich heute schon neue Möglichkeiten für flexible Arbeitsgestaltung, für intensive Kommunikation und Meinungsaustausch, für individuelle Lebensgestaltung. Eines ist jedenfalls sicher, in irgendeinen Status ante gibt es keinen Weg zurück, sowohl sozialistische Gestaltungspolitik als auch Entwürfe und Wege in eine «andere Produktions- und Konsumtionsweise» (Haug 2009) müssen die so gestalteten Realitäten zum Bezugs- und Ausgangspunkt nehmen.

Anfang Juni wird in Paris ein internationales Seminar zum Thema «Kapitalismus heute» stattfinden, von dem zu hoffen ist, das es auch für die Diskussionen in der PDS und in ihrem Umfeld sachliche Argumente und Anregungen bieten wird.

An sachlichen Argumenten ist in den meisten kritischen Stellungnahmen zum Entwurf des Parteiprogramms bisher wenig zu finden. «In der Programmdebatte stößt die PDS-Spitze auf erhebliche Skepsis», war der Untertitel eines Zeitungsberichts (neues deutschland, 5.5.2001) über eine der ersten öffentlichen Diskussionsveranstaltungen. Bereits in der Vorabverurteilung von Ingo Wagner waren die entscheidenden Stichworte benannt, sie werden seither gleichsam mit verteilten Rollen nur noch wiederholt: fehlender Antikapitalismus, Abwendung vom Marxismus und reformistische Anpassung. Das sind allesamt Reizworte. So war zum Beispiel die Rede vom «weichgespülten Antikapitalismus».⁹ Da kocht die Parteeisele natürlich hoch, denn Antikapitalismus ist uns so heilig wie Marxismus und «Widerstand und Wachhalten

8 Die kapitalistische Nutzung ist das, was heute massenhaft existiert, aber sie ist nicht die Einzige, es gibt, wie das Beispiel Linux zeigt, Alternativen (siehe Gräbe 2000: 653 ff.).

9 Ellen Brombacher auf der Veranstaltung am 8. Mai 2001 in Berlin-Hohenschönhausen.

der Alternative».¹⁰ Niemand steht auf und sagt, dass ein Antikapitalismus, der den Kapitalismus nicht trifft, keiner ist (abgesehen davon ist das auch noch ein falsches Bild: Weichspülen bewirkt Reduzierung des Reibungswiderstands – des Kratzens –, ein weichgespülter Antikapitalismus wäre demnach besonders effektiv!).

In den ablehnenden Stellungnahmen gibt es eine nahezu inflationäre Verwendung solcher Begriffe wie Produktivkräfte, Kapitalverhältnis, materialistische Geschichtsbetrachtung und andere, als sei dieser Sprachgebrauch allein schon der Nachweis der Zugehörigkeit zur reinen Lehre. Ein als alternativer Programmentwurf vorgelegtes Papier beginnt mit den Sätzen: «Nie zuvor in der Menschheitsgeschichte waren die gesellschaftlichen Produktivkräfte so entwickelt wie in der Gegenwart. [...] Doch nie zuvor in der Menschheitsgeschichte waren die kapitalistischen Destruktivkräfte so entwickelt wie in der Gegenwart.» (PDS 2001) Das ist freilich wahr und – das war immer wahr. Also nichts Neues, das ist eben der kapitalistische Charakter, das ist die permanente Zuspitzung der Widersprüche. Im weiteren Text wird dann ein rabenschwarzes Kapitalismusbild gezeichnet, in dem alles mit kräftigen Worten geißelt wird, was eben so am Kapitalismus zu geißeln ist. Das dürfte allerdings einen erheblichen Nachteil haben, viele Menschen, die für sozialistische Politik gewinnbar sind und für die sozialistische Politik auch gemacht wird, dürften darin ihren wirklichen Alltag mit seinen Freuden und Nöten nicht wiederfinden.

Man kann natürlich trefflich darüber streiten, wie das mit den Produktivkräften, dem Kapitalverhältnis usw. ist. Für ein marxistisches Herangehen halte ich für entscheidend, dass diese Begriffe immer wieder analytisch untersetzt werden, dass sie verwendet werden, um die sich verändernde Wirklichkeit zu erfassen und sie dadurch lebendig zu halten. Wird diese Arbeit umgangen oder nicht wahrgenommen, dann besteht die Gefahr, dass die Begriffe für eine vergangene Wirklichkeit stehen. Und nicht nur das, ideengeschichtlich sind sie die Demiurgen eines autonomen Ganges der Geschichte, einer Art Geschichtsgeometrie, geistiger Ausdruck realsozialistischer Wirklichkeit, in der sich die Menschen den Notwendigkeiten der Geschichte (in Gestalt der Weisheit der Parteiführung) zu fügen hatten, und in dieser Weise gebraucht als Beschwörung sachlicher Gewalten eigentlich eine menschenfeindliche Sprache. Die Rechten lügen, aber sie sprechen zu Menschen. Die Linken sagen die Wahrheit, aber sie sprechen nur von Sachen, kritisierte einst Ernst Bloch (1972: 197). Das Problem ist, dass diese Begriffe bei vielen in der PDS und in ihrem Umfeld seit Langem vertraut klingen, es sind verinnerlichte Denkformen. Deshalb wäre sauber zu unterscheiden zwischen marxistischer Analyse und marxistischem Weltbild. Wer das verwischt, macht diese Begriffe zu Munition im innerparteilichen Kampf um die Köpfe.

Selbstverständlich lässt sich über Produktivkräfte, den Charakter der gesellschaftlichen Verhältnisse, Interessen usw. trefflich streiten. Gerade die neuen technologischen

10 Uwe Jens Heuer auf derselben Veranstaltung.

Entwicklungen verdeutlichen, dass Produktivkräfte eine «soziale Macht» (MEW 3: 34) sind, dass die Individuen in ihrer produktiven Tätigkeit die «bestimmten gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse» (ebd.: 25) reproduzieren, diese also nicht ohne die Subjekte gedacht werden können. Für eine breitere Öffentlichkeit ist es relativ uninteressant, wie viele Engel auf einer Nadelspitze Platz haben. Verteidigung der «reinen Lehre» bedeutet, sie ins Museum zu verbannen. Marxistische Denktradition kann nur bewahrt werden, wenn sie sich immer wieder mit den Realitäten einlässt und sich dabei «beschmutzt», die Gefahr von neuen Irrtümern ist dabei natürlich gegeben. Aber nur dadurch können realistische Projektionen für gesellschaftliche Gegenentwürfe entwickelt werden. Die Alternative ist letztlich Sozialismus als Retrospektive, als museale Unfruchtbarkeit, bei der revolutionäre Rhetorik reale Harmlosigkeit nur dürrig bemäntelt, allenfalls geeignet, dass der Verfassungsschutz einen weiteren Posten auf seiner Beobachtungsliste behalten kann.

Im Entwurf des Parteiprogramms ist bei allen Schwächen, die er als Diskussionsvorlage eben hat, jedenfalls die Rede von wirklichen Menschen im wirklichen, vom internationalen Finanzkapital beherrschten Kapitalismus und ihren Chancen, in einer Gesellschaft leben zu können, in der sie selbst für Freiheit und Gerechtigkeit sorgen. Sein ist Werden, jedes Projekt dieser Art ist offen.

Eine notwendige Anmerkung: Die Behauptung einer «permanenten Zuspitzung der Widersprüche» als «objektiver» Vorgang der Geschichte war eine der zentralen Thesen von J. W. Stalin, mit denen er ideologisch den Terror rechtfertigte, der mit seinem Namen verbunden ist.

«Lasst uns über Sozialismus reden.» Wenn der Kapitalismus nicht das letzte Wort der Geschichte ist, was kommt danach?

Überlegungen für eine Veranstaltungsreihe, November 2017 (bislang unveröffentlicht).

Veranstaltungen und Diskussionen in den letzten Monaten und Wochen haben einige Überlegungen verstärkt, die mich schon länger beschäftigen. Wie sieht es mit dem sozialistischen Projekt heute aus? Was die Merkel-Fraktion der CDU betreibt, ist eine neoliberal geprägte/eingefärbte Reformpolitik, das macht die Sozialdemokratie in ihrem aktuellen Zustand weitgehend überflüssig. Der Platz für alternative gesellschaftliche Entwürfe und Entwicklungen ist frei.

Die «Linke» ist eine Worthülse, das Wort steht für einen politischen Kompromiss, es beschreibt eine Verortung in bestehenden Verhältnissen und ist damit im Wortsinn konservativ. Das produziert einen Widerspruch in sich. «Sozialismus» hat beziehungsweise erfordert einen Inhalt, impliziert gesellschaftliche Veränderungen. Sozialismus meint eine Gemeinschaft, die solidarisch und emanzipatorisch ist, soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit nicht nur gestaltet, sondern überwindet. Die nur etwas bessere Sozialpolitik reicht da nicht aus.

Die (welt-)gesellschaftliche Problemlage aber bleibt. Überlegungen und Diskussionen sind etwa zu folgender Frage aktuell notwendig:

1. Die Wurzeln: genetisch-historische Aspekte:
 - die utopischen Sozialisten,
 - die Revolution von 1848,
 - das Wirken von Karl Marx und Friedrich Engels,
 - die Pariser Kommune und die Entstehung der Arbeiterbewegung,
 - die Revolutionsjahre 1918/19 und die «revolutionäre Nachkriegskrise»,
 - Versagen der Arbeiterbewegung und Faschismus,
 - Antifaschistisch-demokratischer Umbruch und Neubeginn,
 - der Staatssozialismus und sein Ende,
 - die kapitalistischen Metropolen und der Rest der Welt.

2. Die Situation: strukturell-inhaltliche Aspekte, zum Beispiel:
 - In welcher Gesellschaft leben wir (Kapitalismus als Informationsgesellschaft, finanzkapitalistischer Imperialismus [...])?
 - die globale Verteilung von Armut und Reichtum,
 - die Verdrängung der USA und Westeuropas als Wirtschaftsmächte Nr. 1 durch China und Indien,
 - die Entwicklung der BRICS-Staaten¹¹ und die Konsequenzen für die Weltwirtschaftsordnung (Veränderungen in internationalen hegemonialen Strukturen – wirtschaftlich, politisch, kulturell [...]),
 - die Veränderung der Rolle der Bundesrepublik Deutschland vom Frontstaat des Kalten Kriegs zur Führungsmacht der Europäischen Union.

3. Entwürfe: Konturen und Ansätze gesellschaftlicher Alternativen (Das ist das, was zu diskutieren und zu erarbeiten wäre) zum Beispiel:
 - Eigentumsfrage: Kontrolle? Einfluss? Verfügung? – Alternativen oder Etappen?
 - Genossenschaften als Vergesellschaftungsform in Produktion, Zirkulation und Konsumtion
 - eine machtfreie Gesellschaft – es gibt keine Machtfrage! Nicht repräsentative, sondern direkte Demokratie auf allen Ebenen
 - Bildung, Kultur, Medien usw.

4. Wege: Sozialismus in einem Land oder Warten auf die Weltrevolution? Oder gibt es Zwischenstufen?

11 [Die Abkürzung BRICS steht für Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika; Anm. d. Hrsg.]

Das Ende des Staatssozialismus hat ein positives Ergebnis: Das sozialistische Projekt ist wieder offen. Bisher ist es aber noch nicht inhaltlich-programmatisch ausgefüllt worden. Daran wäre zu arbeiten.

An den obigen Punkten ist aus meiner Sicht beim ersten Schwerpunkt der zu den kapitalistischen Metropolen von Bedeutung, ohne diesen sind die anderen nur «schlechte Geschichte» (Hegel). Der zweite Schwerpunkt meint analytische Verständigung. Der dritte Schwerpunkt zielt auf das Anliegen, den Kern der Frage, der vierte auf mögliche Abläufe/Prozesse.

Dass es die Defizite im sozialistische Projekt heute gibt, daran tragen auch wir eine Mitschuld – «wir» meint zum Beispiel eine kleine Gruppe linker Intellektueller in der Redaktion und im Umfeld der Zeitschrift *UTOPIE kreativ*. Deren Anliegen habe ich im letzten Heft versucht zusammenzufassen: «[...] bestand die Funktion der Zeitschrift darin, einen Beitrag zu leisten im geistig-politischen und im kulturellen Umfeld der LINKEN und der Linken in Deutschland insgesamt». Geschlossen habe ich damals mit dem Wunsch, dass nun andere diese Aufgabe schultern müssten (Witlich 2008: 1062). Diese Hoffnung hat sich seither – aus meiner Sicht – nicht erfüllt.

Um nicht missverstanden zu werden: Ich habe großen Respekt davor, was linke Politik (und linke Politikerinnen und Politiker) in kommunalen und regionalen Räumen leisten. Auch gesamtgesellschaftlich ist die Linke durchaus wirksam und sei es nur dadurch, dass sie Themen setzt, die dann von den herrschenden Eliten ganz oder teilweise aufgegriffen werden (z. B. Kinderarmut, Frauenarmut, Mindestlöhne, Mindestrenten).

Aber eine perspektivische Sicht auf gesellschaftliche Entwicklung – wenn man so will: auf den Fortgang von Geschichte – kann das nicht ersetzen.

Nur zu einem Aspekt der gegenwärtigen Lage: Die gegenwärtige Migration («Flüchtlingsfrage») ist keine vorübergehende Erscheinung. Die «Entwicklungspolitik» der kapitalistischen Metropolen hat keineswegs Entwicklung in der Welt Nr. 3 bewirkt. Sie diente letztlich vor allem der Bereicherung der dort herrschenden Eliten, die die entsprechenden Mittel für Militärausgaben und eigenen Konsum nutzen. Insgesamt führte das dazu, dass daraus im Endeffekt eine indirekte Wirtschaftsförderung in der Welt Nr. 1 wurde und die globale Umverteilung weiter gefördert wurde, und das hält an. Was wir gegenwärtig erleben – und was sich als nachhaltig erweisen wird – ist, dass nunmehr die Menschen jenen Kapitalflüssen folgen, die sie in ihrer Heimat überflüssig gemacht haben.

Was ich meine: Darauf muss das sozialistische Projekt Antworten geben – eine emanzipatorische, solidarische und sozial gerechte Weltgesellschaft.

Die Diskussion darüber halte ich für notwendig, gerade in der Stiftung mit dem Namen Rosa Luxemburg. Ob das zum Beispiel in einer Konferenz erfolgt oder in einer Veranstaltungsreihe, das wäre abzuwägen und zu diskutieren.



Die Rosa-Luxemburg-Stiftung dankt Dr. Evelin Wittich für die Unterstützung dieser Publikation und die Möglichkeit, private Fotos für diese Veröffentlichung nutzen zu können.

LITERATUR

- Abendroth, Wolfgang (1968): *Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie*, Neuwied/Berlin.
- Adorno, Theodor (1969): Einleitungsvortrag zum 16. Deutschen Soziologentag, in: Adorno, Theodor (Hrsg.): *Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft. Verhandlungen des 16. Deutschen Soziologentags*, Stuttgart, S. 12–26.
- ALLBUS – Die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (1996): ALLBUS 1996, unter: www.gesis.org/allbus/inhalte-suche/studienprofile-1980-bis-2018/1996.
- ALLBUS – Die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (2000): ALLBUS 2000, unter: www.gesis.org/allbus/inhalte-suche/studienprofile-1980-bis-2018/2000-capi.
- Bayer (o.J.): *Arbeiten bei Bayer*, unter: www.bayer.com/de/arbeiten-bei-bayer.
- Bebel, August (1910): *Aus meinem Leben*, Stuttgart.
- Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt a. M.
- Beck, Ulrich (1999a): *Schöne neue Arbeitswelt*, Frankfurt a. M./New York.
- Beck, Ulrich (1999b): Der militärische Euro. Humanismus und europäische Identität, in: *Süddeutsche Zeitung*, 1./2.4.1999.
- Berger, Peter A. (1986): *Entstrukturierte Klassengesellschaft? Klassenbildung und Strukturen sozialer Ungleichheit im historischen Wandel*, Opladen.
- Berger, Peter A. (1992): «Was früher starr war, ist nun in Bewegung» – oder: Von der eindeutigen zur unbestimmten Gesellschaft, in: Thomas, Michael (Hrsg.): *Abbruch und Aufbruch. Sozialwissenschaften im Transformationsprozess. Erfahrungen. Ansätze. Analysen*, Berlin, S. 128–151.
- Berger, Peter A./Vester, Michael (Hrsg.) (1998): *Alte Ungleichheiten. Neue Spaltungen*, Opladen.

- Bergner, Dieter/Mocek, Reinhard (1988): Gesellschaftstheorien heute, Berlin.
- Bernstein, Eduard (1991): Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie [1899], Berlin.
- Bischoff, Joachim (Hrsg.) (1980): Die Klassenstruktur der BRD, Hamburg.
- Bischoff, Joachim (1999): Konzentrationsprozesse im Übergang zum 21. Jahrhundert, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung 39.
- Blaschke, Dieter/Rosenblatt, Bernhard von/Wagner, Gert (Hrsg.) (1991): An der Schwelle zur Sozialen Marktwirtschaft. Ergebnisse aus der Basiserhebung des Sozio-ökonomischen Panels in der DDR im Juni 1990, Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 143, Nürnberg.
- Bloch, Ernst (1972): Vom Hasard zur Katastrophe. Politische Aufsätze 1934 bis 1939, hrsg. von Oskar Negt, Frankfurt a. M.
- Bloch, Ernst (1985): Freiheit und Ordnung, Abriss der Sozialutopien, Leipzig.
- Bourdieu, Pierre (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt a. M.
- Bourdieu, Pierre (1991): Physischer, sozialer und angelegener physischer Raum, in: Wentz, Martin (Hrsg.): Stadt-Räume, Frankfurt a. M./New York, S. 25–34.
- Bourdieu, Pierre (1996): Warnung vor dem Modell Tietmeyer: Europa darf sich den neoliberalen Theorien des Bundesbankpräsidenten nicht unterwerfen, in: Die Zeit, 1.11.1996.
- Brie, André (1997): Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, Berlin.
- Brie, Michael (2003): Ist die PDS noch zu retten? Analysen und Perspektiven, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 3/2003, Berlin.
- Bundesanstalt für Arbeit (2003): Presse-Information, 8.7.2003, unter: <https://bit.ly/3ok6aOl>.
- Bundesministerium für Finanzen (2008): Kassenmäßige Steuereinnahmen nach Steuerarten in den Kalenderjahren 2002–2005, unter: www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Steuern/Steuerschaetzungen_und_Steuereinnahmen/2-kassenmaessige-steuereinnahmen-nach-steuerarten-1950-bis-2010-anlage09.pdf?__blob=publicationFile&v=3.
- Chrapa, Michael/Wittich, Dietmar (1997): Politische Potentiale für andere Mehrheiten, Berlin/Halle.
- Chrapa, Michael/Wittich, Dietmar (1998): Wahlen '98. Wo liegen Chancen für die PDS?, Berlin/Halle.
- Chrapa, Michael/Wittich, Dietmar (1999): Wahlstudie Berlin 1999, Berlin/Halle.
- Chrapa, Michael/Wittich, Dietmar (2001a): Zwischen den Wahlen. Politische Meinungen, Erwartungen, Vorstellungen und Positionen, Studie, Berlin/Halle.
- Chrapa, Michael/Wittich, Dietmar (2001b): Bürgermeinung 2001. Politische Einstellungen in der deutschen Bevölkerung, Studie, Berlin/Halle.

- Fischer, Evelyne/Norden, Johnny/Schröter, Ursula/Wittich, Dietmar (1993): Im Blick: Wahlen '94. Soziologische Zielgruppenanalyse, ISDA-Studie 11, Berlin.
- FOKUS e. V. (1999): «Bilanz 99», Halle (unveröffentlicht).
- FOKUS e. V./ISDA – Institut für Sozialdatenanalyse e. V. (1996): Gesellschaftskritische Potenziale. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage, Halle/Berlin.
- Gehrcke, Wolfgang/Wittich, Dietmar (2002): Nur eine Frage der Gewöhnung?, in: Disput 5/2002, S. 29.
- Giddens, Anthony (1988): Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung, Frankfurt a. M./New York.
- Glatzer, Wolfgang/Zapf, Wolfgang (1984): Lebensqualität in der Bundesrepublik, Frankfurt a. M./New York.
- Goetz, André (1980): Abschied vom Proletariat, Reinbek.
- Gräbe, Hans-Gert (2000): Nachdenken über Sozialismus: das Open-Source-Projekt, in: UTOPIE kreativ 117, 2000, S. 651–660.
- Gräbe, Hans-Gert (2001): Kompetenz im Informationszeitalter, in: UTOPIE kreativ 125, 2001, S. 220–231.
- Gramsci, Antonio (1992): Gefängnishefte, Bd. 3, hrsg. von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug, Berlin.
- Habermas, Jürgen (1976): Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus, Frankfurt a. M.
- Habermas, Jürgen (1981): Theorie des kommunikativen Handelns, Bd. 2, Frankfurt a. M.
- Hahn, Erich (1968): Historischer Materialismus und marxistische Soziologie, Berlin.
- Haug, Frigga (2009): Revolutionäre Realpolitik. Die Vier-in-einem-Perspektive, in: Brie, Michael (Hrsg.): Radikale Realpolitik. Plädoyer für eine andere Politik, Berlin, S. 11–26.
- Haug, Frigga u. a. (1979): Automation in der BRD, Argument-Sonderband 7, Berlin.
- Haug, Wolfgang Fritz (2001): Perspektiven gegenwärtigen marxistischen Denkens, in: UTOPIE kreativ 126, 2001, S. 324–329.
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1963): Wissenschaft der Logik. Erstes Buch [1812], Leipzig.
- Heise, Wolfgang (1964): Aufbruch in die Illusion, Berlin.
- Horkheimer, Max/Dubiel, Helmut/Söllner, Alfons (1981): Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M.
- Hradil, Stefan (1987): Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft, Opladen.
- Hradil, Stefan (1991): Sozialstrukturelle Paradoxien und gesellschaftliche Modernisierung, in: Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentags, Frankfurt a. M., S. 361–369.
- Hradil, Stefan (Hrsg.) (1992): Zwischen Sein und Bewusstsein, Opladen.

- IMSF – Institut für Marxistische Studien und Forschungen (1974): Klassenstruktur und Klassenbewusstsein in der BRD, Frankfurt a. M.
- Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.) (2000): Jugend 2000. 13. Shell Jugend-Studie, 2 Bände, Leverkusen.
- Jung, Heinz (1996): Schwache rötliche Tönung, in: neues deutschland, 16./17.3.1996.
- Kautsky, Karl (1965): Das Erfurter Programm [1892], Berlin.
- Klein, Dieter (2000): ReformAlternativen. Sozial. Ökologisch. Zivil, Berlin.
- Koch, Max (2003): Arbeitsmärkte und Sozialstrukturen in Europa, Wiesbaden.
- Koch, Michael (1994): Vom Strukturwandel einer Klassengesellschaft, Münster.
- Krysmansky, Hans Jürgen (2003): Wer führt die neuen Kriege?, in: UTOPIE kreativ 152, 2003, S. 506–519.
- Kuczynski, Jürgen (1947): Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1800 bis in die Gegenwart, 2 Bände, Berlin.
- Kuczynski, Jürgen (1961 ff.): Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, 40 Bände, Berlin.
- Kuczynski, Jürgen (1972): Klassen und Klassenkämpfe im Imperialistischen Deutschland und in der BRD, Berlin.
- Landesverband PDS Sachsen (1999): Opposition richtig machen! Für eine offensive Politik! Ausarbeitung im Landesverband der PDS Sachsen (Manuskript).
- Leick, Romain (2001): «Politik ist entpolitisiert». Der französische Soziologe Pierre Bourdieu über die Schwächen, Illusionen und Chancen der weltweiten Protestbewegung (Interview), in: Der Spiegel, 15.7.2001.
- Lohmann, Ingrid (2001): <http://www.bildung.com>. Strukturwandel der Bildung in der Informationsgesellschaft, in: UTOPIE 125, 2001, S. 205–219.
- Lötsch, Ingrid/Lötsch, Manfred (1988): Gesellschaftsentwicklung zwischen Nivellierung und Elitenbildung, in: Thomas, Michael (Hrsg.): Abbruch und Aufbruch. Sozialwissenschaften im Transformationsprozess. Erfahrungen. Ansätze. Analysen, Berlin, S. 93–107.
- Lötsch, Manfred (1981): Zur Dialektik der Annäherung von Arbeiterklasse und Intelligenz, in: Taubert, Horst/Wittich, Dietmar (Hrsg.): Lebensweise und Sozialstruktur. Materialien des 3. Kongresses der marxistisch-leninistischen Soziologie in der DDR, Berlin, S. 212–221.
- Lötsch, Manfred (1984): Sozialstruktur und Triebkräfte, in: Informationen zur soziologischen Forschung in der DDR 3/1984, S. 3–16.
- Luhmann, Niklas (1984): Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie, Frankfurt a. M.
- Lukács, Georg (1988): Die Zerstörung der Vernunft [1954], Berlin.
- Luxemburg, Rosa (1970): Erörterungen über Taktik [1898], in: Luxemburg, Rosa: Gesammelte Werke, Berlin.

- MEW – Marx, Karl/Engels, Friedrich: Werke, Berlin 1956 ff.; darin:
- Marx, Karl: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte [1852], in: MEW, Bd. 8, S. 111–207.
- Engels, Friedrich: Die Lage der arbeitenden Klasse in England [1845], in: MEW, Bd. 2, S. 225–506.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich: Die deutsche Ideologie [1845], in: MEW, Bd. 3, S. 5–530.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei [1848], in: MEW, Bd. 4, S. 459–493.
- Marx, Karl: Einleitung zu den «Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie» [1857/58], in: MEW 13, S. 615–642.
- Marx, Karl: Allgemeine Statuten und Verwaltungs-Verordnungen der Internationalen Arbeiterassoziation [1871], in: MEW, Bd. 17, S. 440–455.
- Engels, Friedrich: Herr Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft [1878], in: MEW, Bd. 20, S. 1–303.
- Engels, Friedrich: Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891, in: MEW, Bd. 22, S. 225–240.
- Marx, Karl: Das Kapital, Erster Band [1867], in: MEW, Bd. 23., S. 11–802.
- Marx, Karl: Ökonomisch-philosophische Manuskripte [1844], in: MEW, Bd. 40, S. 465–588.
- Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie [1857/58], in: MEW, Bd. 42, S. 19–875.
- Meadows, Donella H./Meadows, Dennis L./Randers, Jorgen/Behrens William W. (1972): Die Grenzen des Wachstums, Stuttgart.
- Mocek, Reinhard (2001): Auf dem Weg zur Vermessung des Gesellschaftlichen, in: UTOPIE kreativ 123, 2001, S. 66–73.
- Müller, Mathias (2002): Bush-Krieger planen das Udenkbare, Spiegel Online, 9.3.2002, unter: www.spiegel.de/politik/ausland/anti-terror-feldzug-bush-krieger-planen-das-undenkbare-a-186407.html.
- Neumann, Franz L. (1981): Die Wirtschaftsstruktur des Nationalsozialismus, in: Horkheimer, Max (Hrsg.): Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus. Analysen des Institutes für Sozialforschung 1939–1942, Frankfurt a. M., S. 129–234.
- Osterland, Martin (Hrsg.) (1975): Arbeitssituation, Lebenslage und Konfliktpotential, Frankfurt a. M./Köln.
- Parsons, Talcot (1971): The System of Modern Societies, Boston.
- PDS – Partei des Demokratischen Sozialismus (2001): Programm-Entwurf, 27.4.2001, Berlin.
- PDS – Partei des Demokratischen Sozialismus (2003): Programm, Berlin.
- Plener, Ulla (2001a): Soziale Gerechtigkeit erfordert Wirtschaftsdemokratie, in: UTOPIE kreativ 123, 2001, S. 52–65.

- Plener, Ulla (2001b): Soziale Gerechtigkeit erfordert Wirtschaftsdemokratie. Teil III: Die verdrängte Ur-Idee der Arbeiterbewegung nach dem Scheitern des Realsozialismus (1990–2000), in: UTOPIE kreativ 127, 2001, S. 441–457.
- Popper, Karl R. (1992): Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Tübingen.
- Poulantzas, Nicos (1975): Klassen im Kapitalismus – heute, Hamburg.
- Roesler, Jörg (2004): Die New Economy – ein Wiederholungsfall?, in: UTOPIE kreativ 161, 2004, S. 215–226.
- Roth, Karl Heinz (Hrsg.) (1994): Die Wiederkehr des Proletariat. Dokumentation der Debatte, Köln.
- Segert, Dieter (1991): Figuren der politischen Kultur der DDR und Schwierigkeiten ihres Umbaus, in: Brie, Michael/Klein, Dieter (Hrsg.): Umbruch zur Moderne?, Hamburg, S. 58–82.
- Statistisches Bundesamt (2002): Amtliches Endergebnis der Wahlen zum 15. Deutschen Bundestag am 22.9.2002, Wiesbaden.
- Steiner, Helmut (1985): Theoretisch-methodologische Ausgangspunkte für die soziologische Analyse von Reproduktion und Vergesellschaftung, in: Akademie der Wissenschaften der DDR/Institut für Soziologie und Sozialpolitik (Hrsg.): Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik, Berlin.
- Taubert, Horst/Wittich, Dietmar (Hrsg.) (1981): Lebensweise und Sozialstruktur. Materialien des 3. Kongresses der marxistisch-leninistischen Soziologie in der DDR, Berlin.
- Thomas, Michael (Hrsg.) (1992): Abbruch und Aufbruch. Sozialwissenschaften im Transformationsprozess, Berlin.
- Thompson, Edward P. (1987): Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse, 2 Bd., Frankfurt a. M.
- UTOPIE kreativ (2000): Sonderheft «Programmdiskussion der PDS», Berlin.
- Vester, Michael (1970): Die Entstehung des Proletariats als Lernprozess, Frankfurt a. M.
- Vester, Michael (1998): Klassengesellschaft ohne Klassen, in: Berger, Peter A./Vester, Michael (Hrsg.): Alte Ungleichheiten. Neue Spaltungen, Wiesbaden, S. 109–147.
- Vester, Michael/von Oertzen, Peter/Geiling, Heiko u. a. (1993): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Köln.
- Wagner, Ingo (2001): Sozialismus als «Heiliger Geist», in: junge Welt, 18.4.2001.
- Weber, Max (1972): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie [1921/22], Tübingen.
- Weber, Max (1988): Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik [1895], in: Weber, Max: Gesammelte politische Schriften, 5. Auflage, hrsg. von Johannes Winckelmann, Tübingen, S. 1–25.
- Weidig, Rudi (Hrsg.) (1988): Sozialstruktur der DDR, Berlin.

- Wissenschaftlicher Rat für Soziologische Forschung in der DDR (Hrsg.) (1981): Lebensweise und Sozialstruktur. 3. Kongress der marxistisch-leninistischen Soziologie, Berlin.
- Wittich, Dietmar (Hrsg.) (1989): Max Weber – Dialog und Auseinandersetzung, Berlin.
- Wittich, Dietmar (1991): Klassengesellschaft oder Vielzahl sozialer Subjekte?, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung 6, 1991, S. 98–104.
- Wittich, Dietmar (1998): «Dysfunktionale Entdifferenzierung», Mobilität und Wanderung, in: Lötsch, Ingrid/Meyer, Hansgünter (Hrsg.): Sozialstruktur als Gegenstand der Soziologie und der empirischen soziologischen Forschung, Berlin 1998, S. 176–182.
- Wittich, Dietmar (2001a): Wahlzeiten, Kriegszeiten, andere Zeiten. Betrachtungen eines ostdeutschen Soziologen, Hamburg.
- Wittich, Dietmar (2001b): Öffentliche Meinung zum Krieg in Afghanistan, Studie, Berlin.
- Wittich, Dietmar (2001c): Klassenentwicklung und Klassenanalyse in kapitalistischen Metropolen, in: UTOPIE kreativ 124, 2001, S. 116–126.
- Wittich, Dietmar (2002a): Umfang und Struktur der Wählerschaft der PDS. Veränderungen im Wahljahr 2002. Studie zur Analyse der Wahlergebnisse, Berlin.
- Wittich, Dietmar (2002b): Aktuelle Meinungen zu Kriegseinsätzen: Wenig Einigkeit in der deutschen Öffentlichkeit, Berlin.
- Wright, Eric O. (1985): Was bedeutet neo und was heißt marxistisch in der neo-marxistischen Klassenanalyse?, in: Strasser, Hermann/Goldthorp, John (Hrsg.): Die Analyse sozialer Ungleichheit. Kontinuität, Wandel, Erneuerung, Opladen, S. 174–204.
- Zapf, Walter (Hrsg.) (1991): Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990, Frankfurt a. M./New York.

«Marxistische Denktradition kann nur bewahrt werden, wenn sie sich immer wieder mit den Realitäten einlässt und sich dabei «beschmutzt», die Gefahr von neuen Irrtümern ist dabei natürlich gegeben. Aber nur dadurch können realistische Projektionen für gesellschaftliche Gegenentwürfe entwickelt werden. Die Alternative ist letztlich Sozialismus als Retrospektive, als museale Unfruchtbarkeit, bei der revolutionäre Rhetorik reale Harmlosigkeit nur dürftig bemäntelt.»

Dietmar Wittich (2001)